3 1761 07888568 8

From the Library of

Henry Tresawna Gerrans

Fellow of Worcester College, Oxford

1882–1921

Given to University of Toronto Library

By his Wife

Digitized by the Internet Archive
in 2011 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/deutschlandunddi11schi

S332d

Deutschland und die große Politik anno 1911.

Von

Dr. Th. Schiemann
Professor an der Universität Berlin

175418
14/11/22

Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1912.

29. Dezember 1910. Erzherzog Franz Ferdinand eröffnet die Delegationen in Pest.
30. Dezember. Vertagung der russischen Duma.
31. Dezember. Verbot des Zopfes für chinesische Beamte.
1. Januar 1911. Rekonstruktion des Ministeriums Canalejas in Madrid.
Estrada wird zum Präsidenten der Republik Nikaragua gewählt.

---

4. Januar 1911.

Der Übergang in das neue Jahr hat sich überall in Ruhe vollzogen, und für den Augenblick sehen wir nirgends eine akute politische Krisis. Die alten Sorgen freilich sind dieselben geblieben, und das Programm des neuen Jahres geht naturgemäß dahin, die ungelösten Schwierigkeiten zu bewältigen, die das alte zurückgelassen hat. Von einer Stagnation politischer Arbeit kann wohl an keiner Stelle die Rede sein, vielmehr glauben wir nicht, daß es seit 1870 — und von diesem Jahre ist doch die „neueste Zeit" zu datieren — eine Periode gegeben hat, in welcher nach allen Richtungen materiellen und geistigen Lebens so intensiv danach gerungen wurde, das Äußerste der Leistungsfähigkeit zu erreichen. Unser deutsches Programm, das nach außen hin in das Schlagwort „Prinzip der offenen Tür" gefaßt wird, läßt sich mit Recht als ein Kulturprogramm im besten Sinne des Wortes bezeichnen. Es schließt Unterjochung fremder Selbständigkeiten aus, verlangt Achtung fremder Sitten und Eigenart und will noch ganz oder halbgeschlossene Gebiete mit dem Gedanken der Humanität „durchdringen", ohne sie zugleich zu entmannen. Die Zukunft wird, wie wir nicht bezweifeln, den Beweis bringen, daß dieses Programm das richtige ist. Es ist ja nicht unmöglich, daß auch die Behauptung eines solchen Zieles nicht ohne Kampf zu erreichen ist. Ein Netz von Verträgen umschließt allmählich die Welt, und die Behauptung der Rechte, die solche Verträge verleihen, wird zu einem Teil der nationalen Ehre, deren Wahrung doch stets die vornehmste und zugleich selbstverständlichste unsrer politischen Pflichten ist. In dieser Hinsicht gibt es zum Glück noch keine prinzipiellen Gegensätze zwischen unsern hadernden Parteien.

Außerordentlich interessant wird es sein, die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse in England zu verfolgen. Wir halten dabei immer noch an unserer These fest, daß ein schließliches Kompromiß der beiden großen Parteien zu erwarten ist; verständigen sie sich aber, so ist auf einen nachhaltigen Widerstand der Arbeiterpartei nicht zu rechnen. Sie würde sich mit einer Abzahlung zufrieden geben, wie ein solches Kompromiß sie bringen müßte. Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß die Unionisten sich geschlagen fühlen und eine neue Auflösung weder fordern noch wünschen können. Auch die Liberalen wünschen sie nicht, und die Heißsporne auf beiden Seiten, Austin Chamberlain und Lloyd George, haben keine Aussicht, zu einer Führerstellung zu gelangen. Rechts regiert nach wie vor Balfour als Chef der Opposition, links Asquith, der an Ansehen entschieden gewonnen hat. Es ist sehr aufgefallen, daß die „Times", bisher seine entschiedenste Gegnerin, neuerdings sein Lob singt, und man will daraus den Schluß ziehen, daß die gescheiterten Verständigungskonferenzen wieder aufgenommen werden könnten. Denn daß die Unionisten bereit sind, die Erblichkeit der Lords preiszugeben und die Finanzrechte des Unterhauses unbedingt anzuerkennen, kann kaum noch bezweifelt werden, und ebenso sicher scheint es zu sein, daß ein Peersschub in größerem Umfange auf den Widerspruch des Königs stoßen wird. Man hat sogar gemeint, daß Georg V. eventuell Lord Roseberry beauftragen könnte, ein Ministerium zwischen den Parteien zu bilden. Aber Lord Roseberry hat keine glückliche Hand, und ein so tiefes Eingreifen des Königs würde zudem in England nicht gern gesehen werden. Ebensowenig ist daran zu denken, daß die von Lloyd George und Winston Churchill vertretene Richtung zu einem vollen Siege kommt. Sie sind dem Gros der Wähler zu radikal, aber immerhin stark genug, um durchzusetzen, daß England mit kräftigerer Energie als bisher der Lösung seiner sozialen Aufgaben entgegengeht. Was endlich die Iren betrifft, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß eine Verständigung der Unionisten und Liberalen zum Teil auf ihre Kosten vollzogen wird, insoweit wenigstens, daß die materiellen Machtmittel in Händen Englands bleiben und das Homerule Irlands ein wirtschaftliches, kein politisches wird. Daß der grünen Insel dieselbe Stellung eingeräumt wird, wie den großen autonomen Kolonien, ist wohl ausgeschlossen. Man spielt die ungeheure Erregung aus, die sich der protestantischen Provinz Ulster bemächtigt hat, um zu zeigen, wie gefährlich

ein solches Zugeständnis wäre, und in der Tat fest steht, daß die Orangisten alle Vorbereitungen getroffen haben, um eventuell mit den Waffen in der Hand dieses Homerule zu verhindern. Es bleibt demnach die irische Frage weit mehr als die Frage der Reform des Oberhauses der schwierige Punkt im Verfassungsleben des Reichs, wenn nicht die Formel gefunden wird, mit der nicht nur Redmond, sondern auch die sogenannten unabhängigen Iren sich zufrieden geben. Sehr eigentümlich ist die Rückwirkung, welche die Summe dieser Verhältnisse auf die englisch-französischen Beziehungen ausübt. Man muß sich erinnern, daß die Entente 1904 in der Berechnung abgeschlossen wurde, daß Frankreich sich werde benutzen lassen, um die unbequem wachsende Macht Deutschlands auf ein bescheideneres Niveau zurückzudrängen. Man war dann in London enttäuscht durch die mangelnde Aktionslust der Franzosen in den Jahren 1905 und 1906 und sagt sich heute, daß Deutschland trotz des Bestehens der Entente seither nicht schwächer geworden ist. Dazu kommt, daß die französischen Zeitungen und die öffentliche Meinung des Landes, sehr im Gegensatz zu der auf französischem Boden vertretenen Politik, für die Unionisten und deren konservatives Programm Partei nahmen. Waverley, der in dem letzten seiner Briefe über das „unbekannte England" diese Fragen behandelt, sagt darüber:

„Das Erstaunen war ungeheuer, als man sah, wie sie (die Franzosen) sich für das Veto der Lords, für die Erblichkeit der Peers, für Beschränkung des Wahlrechts und die Staatskirche begeisterten. „Was soll diese Farce? sagte mir der Friedensrichter meines Distrikts, und weshalb haben sie den Grafen von Chambord nicht auf den Thron gesetzt?" . . . Nirgends war die Entente mit aufrichtigerem Enthusiasmus begrüßt worden als in Irland, wo noch die Erinnerung an das für das monarchische und kaiserliche Frankreich vergossene Blut lebendig ist. Die Haltung der Konservativen und Katholiken war für die Iren eine harte Enttäuschung, und das hat nicht wenig dazu beigetragen, daß Deutsche und Iren sich in den Vereinigten Staaten zusammenschließen. Füge ich diesen Tatsachen hinzu, daß sich zahlreiche Ligen, Gesellschaften usw. bilden, um eine Annäherung zwischen Deutschland und England herbeizuführen, daß an ihrer Spitze Männer von Bedeutung stehen, die stetig neuen Anhang finden, daß König Georg auf das innigste mit dem Prinzen Heinrich von Preußen befreundet ist, daß der deutsche Kronprinz in

Indien und in den Kolonien eine ganz ungewöhnliche Aufnahme findet, daß „Daily Telegraph" und „Kölnische Zeitung" Weihnachtsgrüße austauschen und hundert ähnliche Symptome; daß endlich ein offiziöser Gedankenaustausch stattfindet, der den freundschaftlichsten Charakter trägt, und daß man über gewisse Fragen zu einer vollen Verständigung zu gelangen sucht, so schließe ich, daß die Lage vor vier Jahren heute eine andere geworden ist. Lese ich dann das kaiserliche Reskript, durch welches der Zar dem Grafen Osten-Sacken, seinem Botschafter in Berlin, die höchste Dekoration des Reichs, den Andreas-Orden verleiht . . . , weil er „so viele Jahre hindurch seine Tätigkeit darauf gerichtet hat, die althergebrachten Freundschaftsbeziehungen zwischen Rußland und dem Deutschen Reich aufrechtzuerhalten und zu stärken", und daß diese Verleihung nach den letzten Zusammenkünften zwischen Kaiser und Zar erfolgte, so schließe ich, daß entente cordiale (England-Frankreich) Doppelallianz (England-Japan, Frankreich-Rußland) und Tripelentente (England-Frankreich-Rußland) zwar existieren, daß aber die erste nicht mehr ist, was sie beim Abschluß war, daß die zweite nicht mehr die von Felix Faure ist, und daß die dritte nicht mehr die „Einkreisung" Deutschlands, diesen „unvergleichlichen Triumph der britischen Diplomatie", zum Ziel hat. Und viele Leute, hier wie auf dem Kontinent, teilen meine Meinung und sind darum noch keine Idioten."

Waverley, von dem wir wohl mit Recht annehmen, daß er ein als Engländer naturalisierter französischer Monarchist und Katholik ist, kann jedenfalls den Anspruch erheben, ein hervorragender Kenner englischer Verhältnisse zu sein, und deshalb setzen wir seine Beurteilung der Lage her. Sie trifft in der Hauptsache zu, und es sollte uns freuen, wenn auch sein Prognostikon einer sich anbahnenden englisch-deutschen Verständigung Wirklichkeit werden sollte. Freundschaftskomitees, Glückwünsche und Freundschaften hoher Personen führen aber nur dann zu politischer Annäherung, wenn ihnen eine Ausgleichung der Interessen vorausgegangen ist, und daß diese von beiden Seiten gern gesehen würde, dürfen wir heute als sicher annehmen. Der gute Wille allein aber tut es nicht, es gehört dazu die Fähigkeit, Lebensinteressen des andern Teils als solche anzuerkennen und gelten zu lassen, und daran hat es bisher in den Beziehungen Englands zu Deutschland gefehlt. Man hat drüben noch nicht die Tatsache verwunden, daß wir ein kolonisierendes und seemännisches Volk geworden sind, dessen Fahne

so stolz über Land und Meer weht wie die jeder andern selbstbewußten Nation.

Im Augenblick scheinen Verhandlungen zwischen England und Frankreich über Maskat im Gange zu sein, das einst bestimmt war, ein Stützpunkt des französischen Einflusses im Persischen Golf und in Vorderasien zu werden, aber vor der entschlossenen Drohung Englands aufgegeben werden mußte. Der historisch politische Zusammenhang dieser Frage, an den erinnert werden mag, ist der, daß durch eine 1862 abgeschlossene Konvention England und Frankreich sich gegenseitig verpflichteten, die Unabhängigkeit des Sultans von Oman zu respektieren. Als nun 1899 die Franzosen mit Genehmigung des Sultans eine Kohlenstation in Bender-Jsseh, sieben Meilen südlich vom Hafen von Maskat, anlegten, zwang Lord Curzon, damals Vizekönig von Indien, durch eine Demonstration der englischen Flotte vor Maskat den Sultan, jene französische Konzession zu revozieren. Die englische Regierung hat dann zwar nachträglich den Gewaltstreich Curzons nicht gebilligt, aber tatsächlich hat seit 1899 jede französische Ausbreitungspolitik in jenen Gewässern aufgehört, während England als der eigentliche Machthaber schaltet. Trotzdem hat sich dort eine kleine französische Kolonie und französischer Einfluß konserviert, der den Engländern lästig ist. Der Gedanke ist nun, daß Frankreich gegen eine Grenzregulierung in Guinea und Gambia seine Stellung und seine Ansprüche in Maskat aufgeben solle, und ebenso wird jetzt vorgeschlagen, Djibuti und die französischen Besitzungen in Indien gegen Grenzregulierungen in Westafrika einzutauschen, was ohne Zweifel dem englischen Interesse entsprechen würde, ohne Frankreich erheblich zu schädigen. Djibuti ist nämlich einer der Ausfuhrhäfen für den Waffenhandel, der durch Persien und Afghanistan an die Grenzen von Indien geht. Bekanntlich ist es wegen dieses Waffenhandels zu einem Ultimatum Englands an Persien gekommen, dessen Termin jetzt abgelaufen ist. Die Perser haben nun in ihrer Antwort erklärt, daß sie für die Sicherheit der Handelsstraßen Sorge getragen hätten, und damit hat sich England so weit zufrieden gegeben, daß es in einen zweiten Termin von drei Monaten gewilligt hat, um sich bis dahin zu überzeugen, ob jene Sicherheit tatsächlich besteht. Übrigens haben wir nicht den Eindruck, daß England sich ernstlich mit der Absicht trägt, in Persien einzugreifen und dort eine dauernde militärische Stellung zu behaupten. Man fürchtet in solchem Fall russische Gegenzüge und

ist trotz des Abkommens nicht ohne Eifersucht. Auch ist die Lage in Persien immer noch höchst unsicher. Der Regent zögert übermäßig, sich nach Teheran zu begeben, und es heißt bereits, er wol e überhaupt die auf ihn gefallene Wahl ablehnen. Der Ministerpräsident aber ist zurückgetreten, und die Ordnung dieser schwierigen Partei- und Personenfragen um so weniger abzusehen, als sie sich mit Fragen der großen Po itik verquicken.

Inzwischen ist der Herzog von Connaught nach England zurückgekehrt. Er war vom 31. Oktober bis zum 3. Dezember auf afrikanischem Boden und hat die Neue Union der südafrikanischen Staaten so gut kennen gelernt, als es in so kurzer Zeit bei allseitigem Entgegenkommen möglich ist. Am 7. November war er in Bloemfontein, wo die Basutohäuptlinge ihn begrüßten, dann besuchte er die Viktoriafälle und Rhodesia. Der Rückweg ging über Prätoria, Johannesburg nach Natal, und von Durban aus schiffte er sich nach Europa ein. Botha hat ihm ein überaus herzliches Telegramm, das die guten Wirkungen dieser Reise betont, nach Durban nachgesandt, und in der Tat scheint der Herzog mit großem Takt sich zwischen den trotz allem rivalisierenden Nationalitäten bewegt zu haben. Jetzt kommt die überraschende Nachricht, daß der Herzog nicht, wie beabsichtigt war, als Generalgouverneur nach Kanada zieht, sondern bei seinem königlichen Neffen in England bleibt, wo König Georg „einen so tüchtigen Mitarbeiter" in den jetzigen schwierigen Zeiten nicht entbehren will. Ob auch die Wandlung in den kanadischen Verhältnissen dabei mit in Betracht gezogen wurde, läßt sich nicht erkennen.

Sehr auffallend ist der Feldzug, den die russische Presse gegen den Grafen Aehrenthal eröffnet. Es ist, als hoffe sie eine Art Revanche für den Rücktritt Iswolskis zu erhalten, der übrigens doch nur die Treppe hinaufgefallen ist. Als Angriffspunkte dienen einmal der Belgrader Fälscherprozeß und zweitens die Ausweisung russischer Untertanen aus Österreich. Was nun die Düpierung eines österreichischen Dragomans durch einen unternehmenden serbischen Intriganten betrifft, der durch Fälschung von politischen Dokumenten Geld machte, so ist das kein einzelstehender Fall in der Geschichte der orientalischen Politik, und wir irren nicht, wenn wir behaupten, daß auch die russische Diplomatie in dieser Hinsicht reiche Erfahrungen gemacht hat. Die berüchtigten Leonowschen „bulgarischen Dokumente" sind ja noch nicht ver-

gessen. Über die zweite Frage ist eine Interpellation in der Duma eingebracht worden, was von der „Nowoje Wremja" mit einem bösartigen Ausfall gegen Preußen verbunden wird, wo die russischen Saisonarbeiter „in die Lage rechtloser Sklaven der preußischen Gutsbesitzer und Beamten geraten, und die aus Rußland über deutsche Häfen nach Amerika ziehenden Auswanderer in eine gleich hilflose Lage versetzt werden". Der Hauptangriff geht übrigens gegen die russische Diplomatie, der Vernachlässigung ihrer Schutzpflichten vorgeworfen wird. Wir dürfen wohl erwarten, daß bei Beantwortung dieser Interpellation auch die Verunglimpfung Preußens gebührende Zurückweisung finden wird. Was aber den Grafen Aehrenthal angeht, so halten wir es für absolut ausgeschlossen, daß diese Anfeindungen auch nur im geringsten seine Stellung schädigen könnten. Er hat sich zu große Verdienste um den Staat erworben, als daß er einem Zeitungssturm zum Opfer fallen könnte.

Einen höchst interessanten Vortrag hat kürzlich ein Herr Popow, Oberst im russischen Generalstabe, in Moskau gehalten. Er referierte über die Ergebnisse einer Expedition, die unter seiner Leitung auf Kosten der Moskauer Kaufmannschaft in die Mongolei geführt worden war. Diese Ergebnisse waren traurig genug. Popow führte aus, daß die 3 Millionen Nomaden, die unter nomineller chinesischer Oberhoheit in der Mongolei leben, für russische Waren keine Abnehmer seien, dagegen von großer Bedeutung durch den Verkauf von Rohprodukten, Fett, Felle, Wolle, für Rußland werden könnten, wenn nicht seit dem japanischen Kriege auf der sibirischen Bahn Ausländer und Chinesen über Tientsin in die Mongolei gedrungen und die Russen nach Norden verdrängt hätten. Auf zehn chinesische Firmen komme jetzt eine russische, und die Russisch-Chinesische Bank habe alle ihre Filialen schließen müssen, da sie mit den chinesischen Bankiers nicht konkurrieren könne, die ihr Geschäft als Tauschhandel führen. Anderseits aber lieferten Japaner und Engländer den Mongolen billigere Waren als Rußland, so daß die mongolischen Rohprodukte ihren Weg über Japan nach Europa nehmen, statt über Rußland. Es ist das gewiß ein klassisches Beispiel für den Mangel an Initiative und Anpassungsfähigkeit des russischen Kaufmanns und kein Wunder, daß er nicht nur im äußersten Osten, sondern sogar aus seinen alten Handelsgebieten von fremden Neulingen verdrängt wird. Reichen sich so Japaner und Engländer in der Mongolei

die Hände, so gehen die Interessen in handelspolitischer Beziehung sonst weit auseinander, und man kann ohne Übertreibung sagen, daß der Japaner in Ostasien keinen mehr erbitterten Gegner hat als den englischen Kaufmann. Das hat sich nun seit dem letzten definitiv gewordenen japanischen Zolltarif noch wesentlich gesteigert. Die englischen Zeitungen sind voller Zuschriften von geschädigten Interessenten, die sich bitter beklagen. Eine so angesehene Persönlichkeit, wie der Sekretär der Londoner Handelskammer Charles E. Mosgrave, schlägt vor, den Japanern die jetzt von ihnen gesuchte Anleihe zu verweigern, und derselbe Gedanke kommt in anderen Zuschriften zu noch schärferem Ausdruck. Man hat in Englands Kaufmannskreisen offenbar den Eindruck einer schreienden Undankbarkeit.

„Wir haben sie durch unser Geld auf eine solide Basis gesetzt, und jetzt machen sie uns unseren Export unmöglich."

„Japans Größe ist zu nicht geringem Teil dem Edelmute unserer Kapitalisten zu danken."

Das ist der Gedankenkreis, in dem die Entrüstung sich bewegt. Aber wann wäre je eine Anleihe als ein Geschäft betrachtet worden, das zu dauerndem Dank verpflichtet?

Im „Eclair" gibt ein Chinese Siu Tschangpe eine interessante Darstellung der Kräfte, die jetzt in China miteinander ringen. Es sind der Reichsrat und der neue Senat. Der Reichsrat steht dem Regenten Tschun als Berater zur Seite, besteht aber aus drei alten verbrauchten Leuten: dem Prinzen Kung als Vorsitzenden, dem Mandschu Natong, dessen Einfluß auf die Gunst von Kung zurückgeht, dem ehemaligen Vizekönig der Mandschurei Siu Shetschung, der klug zwischen Reformern und Konservativen laviert, und endlich aus dem jungen und energischen Prinzen Julang, der als entschlossener und ehrgeiziger Nationalist für die Verfassung gegen die Meinung aller übrigen Mitglieder des Reichsrats einzutreten pflegt. Der Regent und die Witwe des Kaisers Kuang Si sind beide Gegner jeder Beschleunigung der versprochenen Reformen. Diesen mehr hochgestellten als mächtigen Elementen steht nun mit seinen 200 Vertretern der neue Senat gegenüber, der die Schüchternheit der ersten Tage längst überwunden hat und bereits die Sprache des eigentlichen Herrn führt. Die Senatoren sind zur Hälfte vom Volke in den Provinzen delegiert und gründen darauf das Recht, im Namen des Volkes zu reden und zu verlangen, daß bis zur Berufung

der Nationalversammlung die Regierung ihnen Rede und Antwort stehe. Unterstützt werden sie durch den lauten Patriotismus der Pekinger Studenten, die Agitation der Provinzen und die Petitionen, die dem Reichsrat zugehen. Daß Regent und Reichsrat nach einigem Zögern nachgeben und die Nationalversammlung wohl schon in diesem Jahre berufen werden, steht bereits fest. Siu Tschangpe spottet über die Illusionen der Weißen, welche glauben, diese ganze Bewegung könnte im Sande verlaufen. Sie werde bestimmt ihr Ziel erreichen. Ob als Republik — was keineswegs unmöglich sei — oder, falls der Hof rechtzeitig nachgebe, als Monarchie, will er nicht entscheiden, neigt aber zu der letzteren Eventualität.

„Alles," — so schließt er — „was in China tätig ist, wird jetzt dem Abhang zugetrieben, der zu einer demokratischen Form der politischen Gesellschaft führt, und bald wird dieses große Reich ein staatliches Räderwerk besitzen, das dem der Völker des Abendlandes analog sein wird. Ob es dadurch glücklicher werden wird? Darum handelt es sich gar nicht!"

Man ist geneigt zu fragen, um was denn sonst? und dann lautet die Antwort: es will m ä c h t i g e r werden und traut dem alten Regiment nicht zu, dies Ziel zu erreichen. Die schließliche Entscheidung wird wohl davon abhängen, wie weit die chinesische Nationalversammlung sich disziplinieren läßt. Schon jetzt macht eine außerordentliche Leidenschaftlichkeit des nationalen Empfindens sich geltend. Aber weder kennen wir die Führer, noch läßt sich absehen, welche Rolle die untern Schichten des Volkes spielen werden, dessen ungeheure Massen in kaum glaublichem Elend leben. Die Gegensätze auf diesem Boden sind größer als vielleicht irgendwo sonst, und die entsetzliche Unsauberkeit der chinesischen Kolonie vor Charbin hat gerade jetzt in den bösen Pesttagen gezeigt, wie fern der Chinese noch den elementarsten Formen europäischer Zivilisation steht, zu denen doch vor allem Sauberkeit gehört. Ebenso zeigte sich die Unfähigkeit oder der böse Wille der chinesischen Ärzte, so daß die russische Verwaltung in Charbin allerdings in die äußerste Gefahr geriet. Von einem Schwinden der Gefahr kann noch keine Rede sein. Nach dem letzten Bericht erkrankten in Charbin 484 Chinesen. Sie sind alle gestorben. Von 11 erkrankten Europäern starben 10. In Wirklichkeit sind, wie russische Zeitungen berichten, die Zahlen weit höher zu setzen, da die auf den Straßen liegenden Chinesenleichen nicht

gezählt werden, ebensowenig, was an Tarabaganjägern der Pest zum Opfer fällt. Besonders schlimm ist das Wüten der Seuche in der Station Mandschuria und bei Chailar. Man sucht russischerseits sich durch völlige Absperrungen von den chinesischen Siedlungen zu schützen. Aber das bietet nur unvollkommenen Schutz. Die deutsche Kolonie in Charbin hat einen namhaften Beitrag zur Bekämpfung der Pest der russischen Stadtverwaltung übergeben.

5. Januar 1911. Demission des rumänischen Kabinetts Bratianu.
7. Januar. König Alfons von Spanien in Melila.
8. Januar. Monako wird Verfassungsstaat.
9. Januar. Silberhochzeit des Fürsten Bülow.
Konstituierung des Ministeriums Bienert in Österreich.
10. Januar. Konstituierung des Ministeriums Carp in Rumänien.

---

11. Januar 1911.

In den letzten 14 Tagen hat eine Intrige gespielt und, wie man hoffen darf, ausgespielt, die sich zum Ziel stellte, wieder einmal die Schatten des durch deutsche Intrigen heraufbeschworenen Kriegsgespenstes über das erschreckte Europa fallen zu lassen. Die Veranlassung hat die Potsdamer Zusammenkunft gegeben; da man aber unmöglich aus der Vereinbarung zweier Großmächte zu gegenseitigem guten Einvernehmen und zu dem Versprechen, keine gegen den anderen Teil gerichteten Anschläge zu begünstigen, Stoff zu Alarmrufen herholen konnte, mußte nach anderen Vorwänden gesucht werden, und die hat man denn schließlich auch in der Frage der geplanten Befestigung Vlissingens gefunden. Der Oberstleutnant Charles A'Court Repington, Militärbevollmächtigter im Haag und in Brüssel, schlug in einer Artikelserie der „Times" Lärm. Er sah die Neutralität Belgiens bedroht und fürchtete für die Behauptung der politischen Selbständigkeit Hollands. England und Frankreich als Garanten der Neutralität Belgiens (was übrigens ja auch Preußen, Österreich und Rußland sind) hätten dafür zu sorgen, daß dieser Gefahr vorgebeugt werde. Da nun auch französischerseits verständnisvoll auf Mr. Repingtons Sorgen eingegangen wurde, bemächtigte sich die mit der Potsdamer Vereinbarung unzufriedene Fraktion der russischen Presse des dankbaren Stoffes, wobei natürlich die „Freundin Deutschlands", die „Nowoje Wremja", die Führung übernahm und Herrn Wesselitzki, ihren Londoner Argus, als schweres Geschütz ins Feld schickte.

„Der Horizont der internationalen Politik," so beginnt Herr Wesse-

litzki, „wird fortgesetzt durch Sturmboten verdunkelt. Kaum hat sich im nahen und mittleren Orient der Himmel geklärt, dank den Potsdamer Gesprächen, von denen ich aber noch nicht sagen will, ob sie von langem Bestand sein und zu wessen Vorteil sie auslaufen werden — so steigt plötzlich eine Wolke im Nordwesten auf. Und diese Wolke ist so finster und so dicht, daß sie den ganzen Horizont bedecken und den allergefährlichsten Sturm zur Folge haben kann."

An der Hand der „Times"-Artikel und seiner eigenen, stets zu korrigierenden historischen Erinnerungen kommt nun Herr Wesselitzki zum Schluß, daß, wenn Holland an der Mündung eines Stromes Befestigungen anlege, der den Flotten Englands und Frankreichs offenstehen müsse, wenn sie Antwerpen beschützen oder verproviantieren wollen, es damit diese beiden Großmächte geradezu zum Kriege herausfordere. Besonders verdächtig aber sei es, daß Vlissingen nur an der Seeseite befestigt werden solle, während die gegen Deutschland ungeschützte Landseite offen bleibe. England habe anfangs in den Nöten der Wahlkämpfe, die hier drohenden Gefahren nicht beachtet und erst das gleichzeitige Erscheinen aufklärender Leitartikel in der „Nowoje Wremja" und im „Temps" habe die „Times" dazu angeregt, sich von Mr. Repington, dem offiziellen militärischen Vertreter Englands im Haag und in Brüssel, jene Artikel schreiben zu lassen, von denen wir oben sprachen. Da Repington mit vollem Namen zeichne, müßte man schließen, daß die englische Regierung seine Ansichten teile, womit wohl gerechnet werden dürfe. Denn hinter alle dem, so erklärt Herr Wesselitzki seinen Lesern weiter, stecke eine bösartige deutsche Teufelei. Den Holländern habe man von Berlin aus gesteckt, daß Deutschland „in dem bevorstehenden Kriege mit England" nicht werde dulden können, daß eine englische Landungsarmee, auf Belgien gestützt, ihnen Schwierigkeiten bereite. Schütze Holland sich durch Befestigung Vlissingens nicht selbst, so werde für Deutschland nichts übrig bleiben, als sich der holländischen Häfen zu bemächtigen, um den Engländern zuvorzukommen. Nur ein Schutz- und Trutzbündnis biete Rettung, und das bedeute für Holland kein Risiko, weil auch ein siegreiches England kein Interesse habe, die Selbständigkeit Hollands anzutasten. Man habe es also mit einem deutschen Ultimatum an Holland zu tun, das wie üblich als „Freundschaftsdienst" aufgedrängt wurde und dem das schwache Mi-

nisterium Heemskerk nicht zu widerstehen vermochte. Die Holländer selbst aber wollten von einer Befestigung nichts wissen und ihr Geld nicht wegwerfen, um dafür ein Bombardement ihrer Städte, eine ruinierende Blokade und den Verlust ihrer Kolonien einzulösen. Denn wenn England sie vielleicht verschmähen sollte, werde Japan zugreifen, das bereits ein Auge auf sie geworfen habe.

„In London und in Paris zweifelt niemand daran, daß die holländischen Befestigungen ebenso ein „coup" der deutschen Diplomatie sind, wie es die türkische Anleihe in Paris war. Die glückte zwar nicht; wird es mit dem Plan der Befestigung Hollands besser gehen? Noch ist das letzte Wort darüber nicht gesprochen."

Damit schließt Herr Wesselitzki, und wir bezweifeln nicht, daß er sein letztes Wort noch nicht gesprochen hat. Weit mehr, als was er noch sagen könnte, interessiert uns aber die Tatsache, daß diese Vlissinger Affäre, die, solange Holland ein selbständiger Staat ist, doch nur Holland angeht, nur ein Teil der Kampagne ist, die unternommen wurde, um den sehr starken Eindruck, den die Potsdamer Unterredungen gemacht haben, abzuschwächen. Authentisch bekannt ist von dem Inhalt der getroffenen Vereinbarungen doch nur, was Herr v. Bethmann Hollweg von der Tribüne des Reichstags aus, nach vorausgegangener Verständigung mit dem russischen Minister des Auswärtigen, mitteilte. Alles andere ist apokryph, auch wenn es, wie der in der „Evening-Times" veröffentlichte angebliche Text des Abkommens, der Wirklichkeit nahe kommen sollte. Wahrscheinlich handelt es sich bei dieser Publikation um einen Vertragsentwurf, der aus dem russischen auswärtigen Amt durch eine erstaunliche Indiskretion in den Besitz des Cityblattes gelangt ist. Daß der Text nicht echt sein kann, ergibt sich schon aus der vom Minister des Auswärtigen stammenden Erklärung, daß die Verhandlungen noch fortdauern, und daß nach Abschluß derselben der volle Wortlaut mitgeteilt werden solle. Das also ist abzuwarten. Was aber unter allen Umständen bestehen bleibt, ist abgesehen von allem Detail die feststehende Tatsache, daß Deutschland keinen gegen Rußland gerichteten Angriff, gleichviel von wem er ausgeht, unterstützen wird, wie umgekehrt Rußland an keinem gegen Deutschland gerichteten Angriff Anteil haben wird. Wenn nun dadurch weder die russisch-französische Allianz, noch das russisch-englische Abkommen tangiert oder abgeschwächt wird, so folgt daraus mit unabweislicher Logik der Schluß, daß weder Allianzvertrag

noch Abkommen Rußland die Verpflichtung auferlegten, eine Aggression des anderen Teils zu unterstützen. Es hat aber im französischen Interesse gelegen, die Fiktion aufrechtzuerhalten, daß die russische Allianz den Franzosen für alle denkbaren Kombinationen zu Dienste stehe, und ebenso fanden gewisse Kreise ihren Vorteil darin, den Revaler Unterhaltungen eine ähnliche Tragweite beizumessen. Die russischen Staatsmänner vor Herrn Sasonow sahen sich nicht gemüßigt, diesem Fundamentalirrtum entgegenzutreten, und darauf vornehmlich ist die lange bestehende Vorstellung von der Möglichkeit eines unmittelbaren Ausbruchs eines großen europäischen Krieges zurückzuführen. Die beiden Kaiser und die leitenden Staatsmänner beider Reiche haben es nun nützlicher befunden, an Stelle der herrschenden Fiktion die klare Wirklichkeit treten zu lassen und damit allerdings dem Weltfrieden einen eminenten Dienst geleistet. Die Versuche, diese Tatsache zu verschleiern, wie sie uns zunächst in der Ansprache Iswolskis an den Präsidenten Fallières, dann in zahlreichen französischen, russischen und englischen Blättern entgegentraten, sind daher zu kläglichem Scheitern verurteilt, ohne daß dadurch die Tatsache beseitigt wird, daß zwischen Rußland und Frankreich eine Defensivallianz und zwischen England und Rußland ein genau begrenztes Abkommen besteht. Ob das Verhältnis zwischen Frankreich und England außer den allbekannten Artikeln vom 8. April 1904 noch weitergehende, in ihrer Spitze gegen Deutschland gerichtete Paragraphen enthält, ist nicht bekannt, kann aber wohl als unwahrscheinlich bezeichnet werden. Bei diesen Resultaten können wir uns wohl beruhigen. Sie ändern an dem rein defensiven Charakter des Dreibundes gar nichts, aber sie klären die Weltlage und könnten schließlich einmal zu einer europäischen Politik führen. Ein vortrefflicher Artikel von Dicey in der „Empire Review" über die deutsch-englischen Beziehungen bestärkt uns in dieser optimistischen Annahme.

Abgesehen von dieser Preßpolemik, auf die wir nur eingegangen sind, weil hochpolitische Motive ihr zugrunde lagen, hat die erste Woche des neuen Jahres Ereignisse von größerer Tragweite nicht gebracht. Am meisten Interesse erregen noch die portugiesischen Angelegenheiten, die als Beleg für den Satz gelten können, daß der Sturz einer legalen Regierung in eine Tyrannis oder Diktatur auszumünden pflegt. Die heutigen Gebieter Portugals haben bereits die Zwangsmaßregeln weit übertrumpft, durch welche Minister Franco

bemüht war, die Monarchie in Portugal zu retten. Es dreht sich alles um die Frage, die im Grunde unpopuläre Republik zu behaupten, und zu diesem Zwecke ist eine drakonische Strenge gegen alle Meinungsäußerungen im Schwange, die einen der Monarchie günstigen Charakter tragen; sogar das Verbreiten „falscher und aufregender Nachrichten" wird streng bestraft, und wir erinnern uns von den Zeiten des Konvents her, was alles unter der Firma „falsche und aufregende Nachricht" gehen kann. Bereits jetzt ist ein Gesetz in Vorbereitung, das dem portugiesischen Parlament die Redefreiheit beschränken soll — man denke nur, welche Entrüstung es hervorgerufen hätte, wenn ein monarchisches Ministerium mit solchen Plänen hervorgetreten wäre. Von Freiheit kann in dieser Republik bisher keine Rede sein. Das Erstaunlichste aber ist wohl die am 30. Dezember erfolgte Eröffnung des Revolutionsmuseums, an der fünf Minister teilnahmen und deren great attraction die „Regicide Hall" ist, in der man der Bewunderung des Volkes Karabiner, Gewänder und Porträts der Königsmörder Buica und Costa und Huldigungskränze, die ihnen gelten, vorführt! Man sollte doch annehmen, daß selbst den fanatischsten Anhängern der Republik solche Schaustellungen die Schamröte in die Wangen treiben müßten. Die Helden von Houndsditch hätten eine Apotheose ihrer portugiesischen Gesinnungsgenossen nicht effektvoller anordnen können.

Seit langen Jahren hat übrigens nichts die öffentliche Meinung Englands mehr erregt, als der Kampf der beiden russischen Anarchisten der Sidney-Straße Londons gegen die Londoner Schutzmannschaft, die Feuerwehr und das schottische Leibgarde-Regiment, wobei das eigentliche Ziel, die Festnahme der Attentäter, nicht einmal erreicht wurde. Man hat sie schließlich unter den Trümmern des zusammengeschossenen Hauses ein Ende finden lassen, das subjektiv für „Peter" und „Fritz" (denn mehr weiß man nicht von ihnen) ein Heldentod war, und ohne Zweifel von ihren Gesinnungsgenossen als Martyrium gefeiert werden wird. In Wirklichkeit aber gehörten sie dem Galgen, und entschlossene Männer hätten unter guter Führung sich ihrer bemächtigen müssen und gewiß auch bemächtigen können. Nicht ohne Ironie können wir bei diesem Anlaß uns der hochmütigen Kritik erinnern, mit der englische Reporter und Leitartikler ihr Verdikt über die Niederwerfung der Moabiter Krawalle abgaben, deren unsere braven Schutzleute Herr wurden, ohne auch nur einen Soldaten zur Hilfe heran-

zuziehen. Natürlich stellt sich das Problem des Asylrechts aufs neue für London. Daß die Aliens Act 1905 gerade die gefährlichsten Verbrecher nicht trifft, ihnen vielmehr eine sichere Zuflucht gewährt, beweist die Geschichte der russischen Nihilisten und Anarchisten, die uns in zahlreichen Biographien (speziell in der russischen Monatsschrift „Byloje") vorliegt. Jeder von ihnen, der London erreicht hatte, war damit der Gerechtigkeit entzogen; ihn deckte die Tatsache, daß sein Vergehen ein „politisches" war, und er konnte von seiner Zufluchtsstätte aus nicht nur den Verkehr mit seinen Gesellen aufrechterhalten, sondern auch neue terroristische Anschläge organisieren. Das bedarf weiter keiner Belege. Nach besonders eklatanten Fällen pflegten dann 14 Tage lang die englischen Blätter von der Notwendigkeit der Aufhebung des Asylrechts für politische Mörder zu schreiben, danach aber wurde es wie auf Verabredung still und man hörte bis zum nächsten Eklat nichts mehr davon, worauf dasselbe Spiel sich wiederholte. Man sucht diese auffallende Tatsache verschieden zu erklären. Die einen sagten, daß die englische Polizei das Treiben der Anarchisten so genau beaufsichtige, daß sie eben dadurch zahlreiche verbrecherische Anschläge verhüte und die bedrohten Regierungen rechtzeitig warne. Eine andere Version behauptet, England werde, eben weil es ein Asylstaat sei, von den Terroristen nicht geschädigt und dürfe sich nicht dieses Vorteils berauben. Wahrscheinlich spielen beide Motive mit, aber das letztere ist jetzt durch die Houndsditchaffäre widerlegt, und was die überlegene Information der englischen Polizei betrifft, so erzählen uns jetzt die englischen Blätter, daß die zuverlässigsten Nachrichten über die Anarchisten stets der Berliner Polizei zu danken seien. Die „Daily Mail" vom 11. Januar hat eine interessante Statistik der in London lebenden Fremden zusammengetragen. Danach ist ihre Zahl von 1904—1908 von 41 000 auf 135 000 gestiegen, wobei 1908 unter den Fremden 15 420 Polen und 38 117 Russen gezählt wurden. Im Jahre 1909 waren es in Summa zwischen 140 und 150 000 Fremde und das Jahr 1910 ergebe eine weit höhere Zahl. Die Mehrzahl dieser Fremden komme nach London, um zu arbeiten, und die Zahl der Straffälligen sei bei Russen und Polen nicht größer als bei den in London lebenden Deutschen. Aber diese Statistik ist in vieler Hinsicht unvollkommen. Einmal verzichtet sie darauf, die Straftaten nach Nationalitäten und Verbrechen zu rubrizieren, dann aber — und das ist besonders wichtig — gibt sie keine Auskunft darüber, wie viele von diesen Russen

und Polen jüdischer Herkunft sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach aber sind es meist Juden, und gerade in deren Reihen sind die gefährlichsten Anarchisten zu finden, was wiederum die Anarchistenbiographien in der Zeitschrift „Byloje" beweisen. Die „Daily Mail" schließt ihren Artikel mit der folgenden Betrachtung:

„Die wahre Bedeutung der Russifizierung des Ostendes von London, wo die Mehrzahl der 54 000 Russen und Polen lebt, kann am besten verstanden werden, wenn man bedenkt, daß 1904 nur 678 Russen und 1938 Polen in London lebten, im Jahre 1908 aber über 38 000 Russen und 15 000 Polen und daß es heute feststeht, daß in der Metropole mindestens 60 000 diesen beiden Nationalitäten angehören."

Wir fügen hinzu, daß ein ungeheurer Prozentsatz von ihnen weder russisch noch polnisch, sondern „jiddisch" redet und in Nationalität, Moral und politischen Anschauungen etwas Besonderes, Eigenartiges darstellt. Auch das sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß die Führer der lettischen Revolution sowohl, sowie die der revolutionären Bewegung unter den russischen Studenten in der Mehrzahl Juden waren, Männer wie jener Peter und jener Fritz und auch „Helden" wie sie, der zahlreichen Jüdinnen, die eine ähnliche Rolle gespielt haben, nicht zu gedenken. Es ist damit ein Problem gestellt, dessen Lösung noch aussteht, und das auf dem Wege, wie Rußland es bisher versucht hat, ebensowenig gelöst werden kann, wie nach der englischen Methode, die von diesen Tatsachen, wie es scheint, prinzipiell absieht.

Inzwischen hat Lord Hardinge am 3. Januar zum erstenmal in dem Legislative Council zu Kalkutta präsidiert und sich den Dank der Hindu dadurch verdient, daß er die Einwanderung von Indern nach Natal durch Beschluß des Council hat verbieten lassen. Auch in Südafrika wird man ihm dafür dankbar sein, da die Konkurrenz der indischen Arbeiter und Händler unangenehm empfunden wurde. Parallel damit hat der indische Nationalkongreß unter dem Vorsitz von Sir William Wedderburn getagt und dem Vizekönig eine Loyalitätsadresse votiert, während in Allahabad eine Konferenz zwischen den führenden Köpfen der Hindus und der Brahmanen stattfand, um die bestehenden Friktionen, die bekanntlich noch jüngst zu blutigen Ausschreitungen geführt haben, zu beseitigen. Die Initiative zu dieser Aussprache ist von der Londoner Moslem league ausgegangen und das gibt in Summa bessere Aussichten für das neue Jahr, als das alte sie geboten hat. Wenn sich

die Nachricht bewähren sollte, daß auch in Ägypten die nationalistischen Führer in ruhigere Bahnen einlenken, gäbe das dem Kabinett Asquith günstige Chancen, zumal der englische Handel einen geradezu glänzenden Jahresabschluß gehabt hat.

Es scheint uns, daß in Rußland die Frage der indischen Bahn jetzt mit Ernst und Energie angefaßt wird, obgleich die einflußreiche Presse der Rechten das Projekt nach wie vor bekämpft. Dagegen sehen wir nicht, daß man in England sich für den Gedanken wirklich erwärmt, und das bleibt doch der entscheidende Faktor. An eine Wandlung der Finnlandpolitik Rußlands ist nicht zu denken. Das Problem ist neuerdings so formuliert worden:

„Finnland ist eine autonome Provinz des russischen Reichs, es ist und war niemals ein Staat; kann es aber beweisen, daß es ein Staat ist, so muß Rußland es gewaltsam erobern."

Damit hört natürlich jede weitere Argumentation auf. Wir schließen mit einem Zitat aus der „Nowoje Wremja" vom 5. Januar:

„Unsre einst freundnachbarlichen Beziehungen zu China haben sich nach dem russisch-japanischen Kriege merklich verschlechtert und sind jetzt ganz schlecht geworden."

Das ist mindestens sehr undiplomatisch ausgedrückt, und wir können uns nicht denken, daß damit der Standpunkt des Ministers des Auswärtigen wiedergegeben wird. Auch sind uns die Tatsachen nicht bekannt, die ein solches Urteil rechtfertigen könnten.

12. Januar 1911. Auflösung der Lorraine sportive
Unruhen in Bombay.
13. Januar. Grenzregulierung zwischen Liberia und Frankreich.
15. Januar. Eintreffen des deutschen Kronprinzen in Delhi.
17 Januar. Untergang des Unterseeboots U III bei Kiel.
Attentat auf den französischen Ministerpräsidenten Briand.

18. Januar 1911.

Die große Debatte, die am 12. und 13. bei Beratung des Budgets der auswärtigen Angelegenheiten in der französischen Kammer stattgefunden hat, ist in vieler Hinsicht von außerordentlichem Interesse. Es liegt leider noch nicht der stenographische Bericht vor. Die Zeitungen geben nur mehr oder minder ausführliche Auszüge, die sich zwar zum Teil ergänzen, aus denen sich aber der volle Text noch nicht konstruieren läßt. Wir halten uns im wesentlichen an die Wiedergabe des „Temps", die immer noch die vollständigste ist. Die Einleitung der Debatte durch die Herren Abel Ferry, Lucien Hubert, Denys Cochin war vorsichtig gehalten: auffallend war das Prunken mit dem französischen Geldbeutel. Es war immer wieder von dem „argent français" die Rede, und man gewann den Eindruck, als ob die épargne française nach Ansicht jener Herren nicht die entsprechenden materiellen und politischen Zinsen getragen hätte. Sonst bewegten sich diese Redner in Allgemeinheiten und klingenden Phrasen, wie z. B.: Wir sind stark „par le rayonnement de nos idées", worunter es schwer fällt, sich irgend etwas Greifbares zu denken, wenn nicht etwa darunter das Ausstrahlen des republikanischen Gedankens zu verstehen ist, der ja allerdings unter den romanischen Nationen erstaunlich an Boden gewinnt und auch in Rußland seine Adepten gefunden hat. Dann folgte die Rede Herrn Pichons, die sich wohl als ein Hymnus auf die Weisheit der von ihm geleiteten Politik Frankreichs charakterisieren läßt. Irgend etwas Neues hat die Welt aus dieser Rede nicht erfahren. Sie machte den Eindruck eines politischen Leitartikels aus der Feder eines Optimisten. Zu Rom (wohl verstanden

nicht zum Vatikan) und zur Türkei sind die Beziehungen die allerbesten, kein Wölkchen hat sie je getrübt, die Grenzrichtung in Tripolis vollzieht sich in aller Freundschaft (wobei Wadai vergessen zu sein scheint), an Griechenland ist Frankreich durch zahlreiche Bande und Erinnerungen geknüpft, neuerdings auch durch eine Militärmission unter Leitung eines französischen Generals. Die Entente mit England ist nie enger und vollständiger gewesen, die Allianz mit Rußland nie lebendiger und fester, die Interessen Österreichs, das ein Element des europäischen Gleichgewichts sei, stehen nicht im Gegensatz zu denen Frankreichs, in betreff Deutschlands schwingt Herr Pichon sich nicht zu einer gleich positiven Versicherung auf, aber er betont, daß die deutsch-russische Verständigung ebensowenig einen aggressiven Charakter trage wie die französisch-russische Allianz. Wenn Herr v. Bethmann die Notwendigkeit der Erhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel betone, so sei das auch die Politik Frankreichs und die russisch-deutsche Verständigung ein Analogon zu der deutsch-französischen über Marokko. Über die Bagdadbahn wolle er nicht reden, weil ihn das zu weit führen würde. Dann folgten einige Sätze, die lebhaften Beifall provozierten: Frankreich sei nicht isoliert:

„Wir sind mit Rußland durch eine Allianz, mit England durch die Entente, mit Spanien durch feierliche Verträge, mit Japan durch andere Abmachungen verbunden. Zu Italien unterhalten wir freundschaftliche Beziehungen. Unsere Stimme zählt in den Beratungen Europas."

Darum aber werde Frankreich nicht untätig in diplomatischer Ruhe beharren. Es wird ununterbrochen tätig sein, beobachten und überwachen. Es wird durch seine Loyalität die Welt beruhigen und den Wandlungen die Kräfte anpassen, die aus gewissen besonderen Vereinbarungen geschöpft werden (adapter aux évolutions les forces qu'on tire de certains accords particuliers). Ein Satz, der sehr viel, oder gar nichts sagt.

Es schließt sich daran der vortreffliche Grundsatz, daß innere Fragen nicht in der auswärtigen Politik mitspielen sollen, und die gleich unbestreitbare Wahrheit, daß die Diplomatie durch eine mächtige Armee und den Konsensus der öffentlichen Meinung der Welt gestützt werden müsse.

„Die Stimme der Nationen gebietet den Regierungen. Man

könnte heute keinen Krieg gegen den Willen der Völker führen, und man muß stark sein, um Respekt einzuflößen. Man muß unsre militärische Stärke entwickeln, um unsre diplomatische Aktion zu unterstützen. Man muß imstande sein, im Notfall unsere Pflichten militärisch zu erfüllen. Ich appelliere an den aufgeklärten Patriotismus der Vertreter Frankreichs." (Lebhafter Beifall auf sehr vielen Bänken.)

Herr Pichon muß oratorisch sehr schön gesprochen haben, denn der Inhalt dieser Rede ist doch recht banal. Von dem „rayonnement" der französischen Ideen, von dem Denys Cochin sprach, finden wir in diesen Ausführungen nichts. Der eigentlich politische Teil stellte — man verzeihe den Vergleich — eine Art Eiertanz dar, der alle Schwierigkeiten umging, der philosophische — wenn anders man es Philosophie nennen darf — eine arme Weisheit. Es ist daher kein Wunder, daß die Rede am folgenden Tage, den 13., recht unbarmherzig zerpflückt wurde, als Herr Jaurès zu Worte kam. Er ging von der bosnisch-herzegowinischen Frage aus und ironisierte die damals von Frankreich gespielte Rolle, wobei er namentlich auf die nach Sicherung des Friedens gemachten Versuche hinwies, Österreich von Deutschland zu trennen. Ganz haltlos sei der Vergleich Pichons zwischen dem Marokkoabkommen und der russisch-deutschen Verständigung. Bei ersterem habe es sich nur um Ausführung des Vertrages von Algeciras gehandelt, letztere habe zu einer Verständigung über ein großartiges Kulturwerk geführt, das Gebiete erschließen soll, die einst die grandioseste und feinste Kultur des Altertums trugen, und das bisher durch die Armseligkeit internationaler Eifersüchteleien behindert wurde. Jetzt habe Rußland seinen Widerstand aufgegeben und der Vereinigung der Bagdadbahn mit dem persischen Eisenbahnnetz zugestimmt — da frage er denn, welche Rolle Frankreich dabei gespielt habe? England und Frankreich seien von Rußland nicht befragt worden, man habe sie vor ein fait accompli gestellt, obgleich Frankreich durch eine Reihe von Jahren gegen seine eigenen Interessen das Bagdadunternehmen mißgünstig behandelt habe, nur um Rußland zu gefallen, das jetzt durch Förderung der Bagdadbahn sich einen moralischen Vorsprung gesichert habe. Das sei für Frankreich eine diplomatie à la suite gewesen. Jaurès kam danach auf die deutsch-russischen Beziehungen zu sprechen, die, trotz des Gegensatzes zwischen Slaven und Germanen, seit dem Siebenjährigen Kriege zu keinem Zusammenstoß geführt haben, ein Paradoxon, das sich

durch das gleiche (?) Interesse beider an der polnischen Frage und durch den gleichen Gegensatz beider gegen revolutionäre Strömungen erkläre.

„Unter diesen Umständen ist es ein kindischer Traum, sich einzubilden, daß Rußland sich wegen französischer Interessen in einen Konflikt mit Deutschland wird drängen lassen. Die Wahrheit ist, daß von Anbeginn an Rußland seine Allianz benutzt hat, um den Vorstoß der französischen „revendication" (offenbar wollte Jaurès das Wort „revanche" umgehen) zu vertagen, zu lähmen und unmöglich zu machen. Das ist historische Tatsache."

So allerdings sei die russisch-französische Allianz eine Friedensbürgschaft gewesen. Aber in solchen Verhältnissen müßten beide Teile einander gleiches Vertrauen schenken und sich gegenseitig von den Verbindlichkeiten unterrichten, die sie auf sich genommen haben. Was aber sei geschehen? Von den Verhandlungen zu Buchlau, in welchen Iswolski Aehrenthal ermunterte, sich Bosnien und Herzegowina zu eigen zu machen, habe Frankreich nichts erfahren, und doch habe Pichon gestern erklärt, daß Rußland wußte, daß es im Falle eines Krieges der französischen Hilfe sicher sei. Frankreich hätte also in einen Kampf mit den gesamten Streitkräften Deutschlands und Österreichs verwickelt werden können infolge einer geheimen Abmachung Rußlands, von der Herr Iswolski Frankreich nicht vorher unterrichtet hatte. Jaurès knüpfte daran noch bittere Worte über die Stellung, in die Frankreich durch diese Politik geraten sei: rôle d'annexe, de dépendance. Die Allianz an sich sei ihm von Wert als ergänzender Schutz gegen einen deutschen Angriff, aber man solle nicht vergessen, das Frankreich das Recht habe, behandelt zu werden wie eine „grande personne". Damit schloß die Vormittagssitzung. Am Nachmittag führte Jaurès seine Rede zum Abschluß, und nun kamen seine sozialistischen Utopien und seine revolutionären Grundsätze zu ihrem Recht. Die Zeit der Kriege, der dynastischen wie der revolutionären, sei vorüber; ebenso die der Kolonialkriege, wie Frankreich und England sie, ohne Pardon zu geben, geführt hätten. Ein Krieg um Kolonien werde nicht mehr dem Sieger zugute kommen, sondern nur die Unabhängigkeit der Kolonien zur Folge haben, und die um Landsetzen streitenden Staaten ruinieren. Wohl aber würden die einst brutalisierten Nationen wieder lebendig werden. Irland entscheide über die Geschicke Englands, die polnische Flamme brenne noch, und in Elsaß-Lothringen habe die alte französische Kultur ihre Geltung behalten.

Nicht Krieg, aber Elemente anderer Art machten sich heute geltend „und Frankreich kann eine schöne Rolle spielen, indem es sie entfesselt". Vorher aber sollte es selbst den Schwächeren gegenüber Großmut und Seelengröße zeigen. In Marokko habe es seinen Sieg vielleicht mißbraucht und dem Lande nur ein Minimum an Hilfsmitteln gelassen, um eine geordnete Verwaltung zu führen. Es gehe damit noch, solange Frankreich sich damit begnüge, die äußeren Blätter der Artischocke abzutrennen. Was aber werde geschehen, wenn es sich an dem Kern, dem Boden vergreife? Wenn man nicht überall stark sei, begnüge man sich, seine Stärke wenigstens an einem Punkte zu zeigen. Der größte Dienst aber, den Frankreich der Welt leisten könne, sei, daß es sich nicht in den Konflikt zwischen England und Deutschland hineinziehen lasse. Der Gedanke des Schiedsgerichts gewinne an Boden. Im Laufe der Zeiten stumpfen die Erinnerungen ab.

Zwischenrufe auf mehreren Bänken: Nein, nein!

Jaurès: „Ich spreche nicht von den Erinnerungen, an die Sie denken. Glauben Sie denn, daß die Völker bereit sind, endlos die Last dieses bewaffneten Friedens zu tragen, der nichts ist als eine scheußliche Karikatur des wahren Friedens!"

Damit schloß Rede und Debatte, das Nachspiel am Montag war farblos, mündete aber, dank Briand, in ein Vertrauensvotum für das Ministerium aus, das Deschanel durch einen überraschenden Angriff zu stürzen versucht hatte. Wir sind so ausführlich auf Jaurès' Rede eingegangen, einmal, weil sie viel Wahres enthält, dann aber, weil einige Zurechtstellungen unerläßlich sind. Da sei zunächst in betreff Marokkos bemerkt, daß Jaurès sich wegen der marokkanischen Artischocke unnötige Sorgen macht. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Frankreich sie entblättert. Deutschland ist durch den Vertrag von Algeciras ebenso gebunden wie Frankreich, d. h. es kann und wird nicht dulden, daß er zerrissen wird, und hat auch von Frankreich die bündige, noch in dieser Debatte von Herrn Pichon bestätigte Versicherung erhalten, daß Frankreich die Grenzen, die ihm international und durch unser letztes Abkommen gesetzt sind, nicht überschreiten wird. Die Übertreibungen der pénétration pacifique, die von gewissen kolonialen Kreisen Frankreichs empfohlen werden, sind entschieden gefährlich und nicht gangbar.

Was aber die schöne Rolle betrifft, die Frankeirch in polnischen,

finnländischen, irischen und elsaß-lothringischen Fragen spielen soll, die nach den Andeutungen Jaurès' nichts anderes sein kann, als die Revolutionierung, so ist sie ebenfalls gefährlich, da sie als eine Angriffsaktion ausgelegt werden müßte, die jenen „wahren Frieden", an den Herr Jaurès denkt, gewiß nicht zur Folge haben würde. Seine Ideen sind, recht betrachtet, ebenfalls eine Revanchepredigt, deren Wirkung, wenn sie eine Wirkung haben sollte, nebenher noch all das Elend zur Folge haben müßte, welches die notwendige Konsequenz der Durchführung des sozialistischen Systems ist. Die im Effekt verwandte nationalistische Agitation, wie sie in den Ausschreitungen der „Lorraine Sportive" zum Ausdruck gekommen ist, wird auch einen anderen Erfolg nach sich ziehen, als die Veranstalter der Demonstration beabsichtigten. Es kann mit Bestimmtheit erwartet werden, daß die vielfach beklagte laxe Haltung unserer Autoritäten einer schärferen Praxis Platz machen wird. Wo 40 Jahre der Milde nicht wirken, tritt durchgreifende Strenge in ihr Recht.

Die englische Verfassungsfrage ist immer noch ungeklärt. Einer parlamentarischen Korrespondenz des „Daily Chronicle" entnehmen wir, daß Balfour vor seiner Abreise nach Südfrankreich eine Konferenz mit den Mitgliedern des letzten konservativen Ministeriums abgehalten und bei dieser Gelegenheit erklärt hat, daß er an dem Plan festhalte, auf einem Referendum in der Frage der Tarifreform zu bestehen. Darüber ist es nun zu tiefen Gegensätzen in der Partei gekommen, so daß entweder das Referendum in das Programm der Unionisten aufgenommen werden oder Balfour als Leiter der Partei zurücktreten muß, da ein großer Teil der Unionisten am Freihandel festhält und das Referendum als demokratische Maßregel prinzipiell verwirft. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird, da die Majorität zu Balfour steht („Times", „Daily Telegraph" und „Morning Post" haben bereits ihre Zustimmung ausgesprochen), eine Spaltung der Partei die Folge sein. Die Neigung zu einem Schutzzollsystem aber ist um so geringer, als das letzte Jahr außerordentlich günstige Handelsergebnisse gebracht hat. Der Export ist um 64,8 Millionen Pfund, der Import um 53,7 Millionen gegen das Jahr 1909 gestiegen, so daß der auswärtige Handel allein ein Plus von 118,5 Millionen Pfund ergibt. Auch ist in Betracht zu ziehen, daß die Tariffrage nicht ohne Zustimmung der Kolonien entschieden werden kann, die im Mai 1911 zur Reichs-

konferenz zusammentreten werden. Die „Übersee-Staaten" (so sagt man nämlich jetzt) haben mit Ausnahme der Union von Südafrika ihr Programm für die Konferenz bereits formuliert. Das Kapparlament hat im Augenblick Ferien, wird aber, wenn es am 1. Februar wieder zusammentritt, gleichfalls ein Programm aufstellen und zugleich bestimmen, welches die Begleiter Bothas sein werden. Wahrscheinlich werden die Vorlagen der britischen Regierung, mit einigen Abweichungen, dieselben sein wie 1907. Der 22. Mai ist als Eröffnungstag vorläufig festgesetzt; da jedoch einige Staaten dem Termin noch nicht zugestimmt haben, könnte auch eine Verschiebung eintreten. Präsidieren wird Mr. Asquith bei der Eröffnung, die wohl im Auswärtigen Amt stattfindet. 1907 nahmen an den Verhandlungen acht Minister teil, dazu der Unterstaatssekretär für die Kolonien, die Konferenzsekretäre, die Privatsekretäre des Staatssekretärs für die Kolonien und die Vertreter der Überseestaaten (wie man damals noch nicht sagte). Die wichtigste Wandlung im Personalbestande der Konferenz wird darin bestehen, daß aus Südafrika nur der Prime Minister der Union kommen wird, während früher Kapland, Natal und Transvaal besondere Vertretungen hatten. Aus Australien kommt an Stelle Mr. Deakins, Mr. Fisher, aus Neufundland Sir Edward Morris an Sir R. Bonds Stelle. Kanada wird wie 1901 durch Sir W. Laurier vertreten, der die Minister der Finanzen, der Miliz und Landesverteidigung, der Marine und Fischereien mitnimmt. Noch stärker vertreten wird Australien sein, da Mr. Fisher von den folgenden Ministern begleitet wird: Minister des Auswärtigen, der Landesverteidigung, dem Staatssekretär des Auswärtigen, dem Schatzsekretär, dem Staatssekretär der Landesverteidigung und dem Sekretär des Prime Ministers; aus Neuseeland kommen der Oberrichter und die Präsidenten des Oberhauses und des Legislative Council. Das gibt eine sehr stattliche Versammlung und wohl auch sehr divergierende Interessen. Das Problem, das zu lösen ist, aber läßt sich dahin formulieren, daß das steigende Verlangen der Überseestaaten nach größerer Selbständigkeit in Vertretung ihrer politischen Interessen mit den englischen Wünschen nach schärferer Zentralisation der Reichsverteidigung und der Handelsinteressen zu kombinieren ist, was zunächst als eine fast unlösbare Aufgabe erscheint.

Sehr widerspruchsvoll sind die Nachrichten über die Aussichten des Homerule. Daß es überhaupt kommt, kann als sicher gelten, aber

über das Maß der bevorstehenden Selbständigkeit herrscht völlige Unklarheit. Es wird bereits der Gedanke laut, daß Irland im Reichsparlament stärker vertreten sei, als der Volkszahl der grünen Insel entspricht; dazu kommt, daß, wenn auch die Nachrichten von einer Bewaffnung der irischen Protestanten zweifellos stark übertrieben sind, doch in unionistischen Kreisen sehr ernstlich mit der Opposition gerechnet wird, die sie den irischen Nationalisten machen. Der „Standard" stellt eine Berechnung auf, die nachweisen will, daß die irischen Protestanten keine entsprechende Vertretung hätten, und klagt über Intoleranz. Kurz, man gewinnt den Eindruck, daß sich hier eine doppelte Opposition zu organisieren beginnt, die Redmonds Führerstellung gefährden könnte: die der Protestanten in Ulster und der verstreuten Protestanten in den anderen Provinzen, und die der intransigenten Iren, denen das Homerule Redmonds nicht weit genug geht. Unter allen Umständen stehen erbitterte Kämpfe bevor.

Die taktlose Rede, die der amerikanische Commander Sims am 3. Dezember in Guildhall gehalten hat, eine Rede, in der er gleichsam im Namen der Vereinigten Staaten versprach, daß für den Fall eines deutsch-englischen Krieges Amerika jeden Mann, jeden Dollar und jeden Tropfen Bluts zur Verfügung Englands stellen werde, hat nun ihre Sühne gefunden. Präsident Taft hat ein Schreiben an den Staatssekretär der Marine gerichtet und publiziert, in welchem er befahl, Sims einen öffentlichen Verweis zu erteilen. Es ist dabei charakteristisch, daß eine Versammlung der irischen Gesellschaften Amerikas in New York in dieser Angelegenheit die folgende Resolution faßte:

„Wir bitten, daß der Offizier Sims aus dem Marinedienst der Vereinigten Staaten entlassen werde, denn das wäre die einzig entsprechende Strafe für sein Vorgehen, das dadurch um so schwerer erscheint, daß vor einiger Zeit öffentlich von der Möglichkeit eines Krieges zwischen England und Deutschland gesprochen wurde, und daß seine Worte als ein Versprechen bewaffneter Unterstützung (von seiten Amerikas) für England gegen Deutschland ausgelegt wurden. Die amerikanische Regierung ist den Bürgern dieser Republik und der Macht, gegen welche die Drohung offenbar gerichtet war, eine öffentliche Desavouierung der unpassenden und drohenden Rede von Sims schuldig. Deutsche und Iren sind jetzt in Armee und Flotte der Vereinigten Staaten stark vertreten, und wenn ein Krieg ausbrechen sollte, werden sie wiederum

einen bedeutenden Bestandteil der Kriegsmacht des Reiches bilden. Sims' Behauptung war daher ein Affront für die deutsche und irische Bürgerschaft und zugleich eine grobe Verkehrung der Anschauungen einer weiten Majorität des amerikanischen Volkes."

Dieselbe Resolution verurteilt auch den Versuch, einen anglo-amerikanischen Schiedsvertrag zu formulieren:

„Ein solcher Vertrag würde von anderen Staaten als eine Drohung betrachtet werden und seine Annahme daher die amerikanischen Interessen schädigen."

Von gut unterrichteter Seite wird uns aus Amerika geschrieben, daß Roosevelt entschlossen sei, 1912 nicht um die Präsidentschaft zu kandidieren. Taft werde, obgleich er zahlreiche Gegner habe, wahrscheinlich doch wiedergewählt werden, da es an hervorragenden Kandidaten fehle, wohl auch aus Trägheit. Zunächst schienen die Demokraten bessere Aussichten zu haben. Gouverneur Harman von Ohio sei im Augenblick der meist versprechende Kandidat, nächst ihm Woodrow-Wilson, der frühere Präsident der Princeton Universität und danach Gouverneur von New Jersey. Dessen Aussichten könnten aber schnell steigen. Für Harman seien die Kapitalisten von Wall Street. Werde Taft gegen Harman nominiert, so könne die Wahl schließlich auf einen fortschrittlichen Republikaner fallen. Die sogen. Insurgenten seien Vertreter des Zentral-Westens, sie wünschen Herabsetzung des Tarifs und sind in andrer Hinsicht für politischen Radikalismus. Daß Roosevelt sich von der Politik zurückzieht, ist ausgeschlossen. Sein Programm soll nächstens in einer Artikelserie des „Outlook" dargelegt werden, was jedenfalls von großem Interesse sein wird.

Der Panama-Kanal wird Juli 1913 so weit fertig sein, daß ein Schlachtschiff ihn passieren kann; ein Jahr später, also Juli 1914, hofft man ihn ganz fertiggestellt zu haben.

19. Januar 1911. Revolution in Yemen unter Führung des Imam Jachya.
Staatsstreich in Paraguay, Jara wird Präsident.
21. Januar. Eröffnung der Nationalversammlung in Athen durch Venizelos.
24. Januar. Verhaftung des griechischen Kriegsministers.

---

25. Januar 1911.

Obgleich die Diskussionen der ausländischen und zum Teil auch der inländischen Presse über die Resultate der deutsch-russischen Abmachungen nicht zur Ruhe kommen wollen, halten wir es nicht für notwendig oder ersprießlich, ihnen nachzugehen. Daß die Veröffentlichung der „Evening Times" apokryph ist, wird von keiner Seite mehr bestritten und ebensowenig, daß zwischen Berlin und Petersburg Verhandlungen hin und hergehen, welche die Feststellung eines endgültigen Textes der Vereinbarungen betreffen. Da die Veröffentlichung desselben erfolgen wird, ist das einzig Vernünftige, bis dahin zu warten. Agitationen und Verdrehungen, wie sie Herr Wesselitzki von London aus nach Rußland durch das Medium seiner Telegramme verpflanzt, verdienen keine Beachtung, und wir versagen uns den billigen Triumph, seine Ausführungen ad absurdum zu führen; das wird die Veröffentlichung jener Abreden, die ja einen offiziellen Charakter tragen wird, selbst besorgen. Wohl aber möchten wir, damit die Tatsache nicht verloren geht, seine Behauptung niedriger hängen, daß die deutschen „Offiziösen", um die öffentliche Meinung Frankreichs und Englands irre zu führen, verbreitet hätten, „daß Deutschland mit Rußland eine allgemein politische Vereinbarung abgeschlossen habe, durch welche Rußland in den Dreibund eintrat und so die Triple-Entente aufhob". Dieser Unsinn ist nirgends ausgesprochen oder gedruckt worden; er entstammt ausschließlich dem erfindungsreichen Hirn des Herrn Wesselitzki, ist aber charakteristisch für die Methode seiner Berichterstattung.

Weit mehr Bedeutung messen wir den Betrachtungen zu, welche die russischen Blätter aller Färbungen den chinesisch-mongo-

lischen Angelegenheiten widmen, zumal neuerdings die russisch-chinesischen Beziehungen sich zuzuspitzen scheinen. Eine Korrespondenz, die aus dem pestverseuchten Charbin dem „Golos Moskwy" zugeht, sagt, die geographische Karte der östlichen Mandschurei müsse völlig umgemacht werden, da nicht weniger als acht mongolische Fürstentümer annektiert und administrativ den anstoßenden mandschurischen Gebieten angegliedert worden seien. Taonanfu sei der Mittelpunkt der chinesischen Verwaltung und des chinesischen Handels dieser dem Vizekönig der Mandschurei unterstellten Territorien geworden, und es bestehe die Absicht, die neue Stadt durch eine Eisenbahn mit Zizikar und Aigun zu verbinden. Bereits seien in dem an die Mandschurei anstoßenden Gebiet sieben weitere Städte angelegt worden, die zunächst nur Verwaltungszwecken dienten, aber gleichfalls bestimmt seien, Handelszentren zu werden. Dieser Teil der Mongolei galt bisher für einen der ärmsten, weil er dem Handel und der Viehzucht ungünstige Bedingungen bietet. Jetzt, da die fleißigen Chinesen an die Stelle der trägen Nomaden treten, blüht das Land auf. Das Erscheinen chinesischer Kaufleute bringt Geld ins Land, die mongolischen Rohprodukte finden Absatz, eine Reihe von Märkten ist erstanden und den chinesischen Ansiedlern sowie den dort untergebrachten Truppenteilen wird aller Bedarf von den anwesenden Händlern zugetragen.

„Mit einem Wort," — so schließt dieser Korrespondent seine Betrachtungen — „es hat sich bereits eine merkliche Wandlung in der ökonomischen Lage des Landes vollzogen, und wir müssen bezeugen, daß dieser erste Versuch Chinas, die Mongolei zu „verschlingen", einen vollen Erfolg gehabt hat. Ebenso erfolgreich ist der Versuch, die Mongolei durch Eisenbahnen China näher zu bringen. Die Zweigbahn von Peking nach Kalgan hat einen ungeheuren Strom chinesischer Kaufleute und Ansiedler in die Mongolei gezogen, und der Handel von Kalgan ist im Laufe eines Jahres um das Vierfache gestiegen. Auch ausländische Firmen aus Tientsin, die mit mongolischen Rohprodukten handeln, sind hingezogen, und deshalb haben sich jetzt die Chinesen ans Werk gesetzt, von Kalgan aus eine Eisenbahn in das Innere der Mongolei hineinzubauen. Das bergige Terrain erschwert die Arbeiten ungemein und verschlingt enorme Summen, so daß es lange dauern kann, bis die Bahn fertiggestellt ist. Aber diese Anstrengungen zeigen, daß China sich der glänzenden Ergebnisse seiner kolonisatorischen Tätigkeit in der

Mongolei wohl bewußt und entschlossen ist, sie zu Ende zu führen. Es muß aber noch hinzugefügt werden, daß die öffentliche Meinung, wie sie durch die in Peking tagende beratende Versammlung und durch die Presse zum Ausdruck kommt, die Regierung in ihren auf die Mongolei gerichteten Plänen einmütig unterstützt."

Die verhaltene Gereiztheit, die aus diesen Mitteilungen durchklingt, die ja im Grunde nur Erbauliches berichten — es wird ein bisher fast menschenleeres, verödetes Land der Kultur und der Arbeit gewonnen —, erklärt sich wohl aus der Spannung, die infolge der Verhandlungen über den russisch-chinesischen Vertrag von 1880 entstanden ist, durch den u. a. das 1871 annektierte Kuldscha gegen eine Zahlung den Chinesen wiedererstattet wurde. Bei der Revision dieses Vertrages, der den inzwischen wesentlich modifizierten Verhältnissen angepaßt werden soll, scheint China nicht das von russischer Seite erwartete Entgegenkommen gezeigt zu haben, und wenn wir auch nicht annehmen, daß die von der russischen Presse ausgesprochenen Drohungen (siehe Wochenschau vom 11. Januar) mehr sind, als eine Demonstration, läßt sich doch nicht verkennen, daß, kombiniert mit den alten Gegensätzen über die Nordmandschurei, sich hier eine K r i s i s vorzubereiten scheint. In China ist die öffentliche Meinung außerordentlich in nationalistischem Sinne erregt und die Zentralregierung nicht stark genug, diesen Strömungen gegenüber ihren eigenen Willen zu behaupten; in Rußland anderseits sieht man mit Sorge das Vordringen der chinesischen Kolonisation nach Osten. Wenn einmal das ungeheure, heute notdürftig besiedelte Gebiet der Mongolei die überschüssigen Millionen der chinesischen Bevölkerung aufgenommen hat, bedeutet das ohne Zweifel eine Verschiebung der Machtverhältnisse in Zentralasien, was sofort einleuchtet, wenn man beachtet, daß dieser Kolonisation das Vorschieben chinesischer Truppenteile parallel geht. Die militärische Reorganisation Chinas ist aber ebenso wie die politische erst in ihren Anfängen. Da kann es nicht wundernehmen, wenn Rußland dieser Entwicklung vorzubauen bemüht ist. Es schickt seinerseits Kolonisten aus, die auf mongolischem Boden Fuß fassen und die dann keine Neigung zeigen, sich der chinesischen Obrigkeit zu unterwerfen; daß Reibungen sich als Folge ergeben, Rußland Konsulate begründen will, wo es Untertanen zu schützen hat, und China ein Eindringen russischer Autoritäten in die Sphären der rivalisierenden Interessen zu verhindern sucht, ist ebenfalls nicht unverständlich. Die Summe

von alle dem gibt eine politische Spannung, aus der sich vielleicht die Tatsache erklärt, daß die auf Tibet bezügliche Bestimmung des russisch-englischen Vertrages nicht erneuert wurde, als sie im August vorigen Jahres ablief. Die „wissenschaftlichen" Expeditionen werden von beiden Teilen wieder aufgenommen werden, und das hat jetzt, da China mit großer Energie in Tibet Fuß gefaßt hat und der Dalai Lama als Schutzgast Englands auf indischem Boden weilt, doch eine ganz andere Bedeutung als vor 3 Jahren. Daß es über alle diese Fragen jetzt zu einem offenen, den Frieden bedrohenden Konflikt kommen könnte, glauben wir aber nicht. Die chinesische Drachenfahne wird heute von der Pest als ihrem Bundesgenossen getragen, und diesem Feinde aus dem Wege zu gehen, ist auch für den Tapfersten keine Schande.

Das von der chinesischen Ratsversammlung, dem Vorparlament, entworfene Verfassungsprogramm wird jetzt von der Regierung revidiert, und soll noch im Laufe dieses Jahres proklamiert werden. Vorgesehen ist die Bildung eines verantwortlichen Kabinetts und eines Reichsrats, zu dem die Mitglieder des jetzigen großen Rats unter Vorsitz des Prinzen Ching gehören werden. 1912 wird ein parlamentarisches Budget und ein Wahlgesetz veröffentlicht, und 1913 soll die Organisation des Parlaments erfolgen. Aber es fragt sich, ob es dem Regenten gelingen wird, bei diesen Terminen zu bleiben. Man ist erstaunt über die Leidenschaftlichkeit, mit der die öffentliche Meinung des Landes — und in China ist ihr Einfluß weit größer, als gemeinhin angenommen wird — auf Beschleunigung drängt, und es ist nicht unbedenklich, daß jetzt diese Agitation auch auf die Truppen übergeht.

Japan scheint dieser Entwicklung gegenüber eine beobachtende Stellung einzunehmen. Es ist zumeist mit seiner Installierung in Korea beschäftigt, hat eine gefährliche, gegen das Staatsoberhaupt gerichtete Verschwörung gebrochen und arbeitet, wie es scheint, mit großem Erfolg an der Sanierung seiner Finanzen. Dabei richten sich die Blicke auf Amerika, denn die rüstig fortschreitenden Arbeiten am Panamakanal und die unmittelbar vor der Entscheidung stehende Frage der Befestigung des Kanals erregen lebhafte Sorge. Der Augenblick ist nahe, da die Vereinigten Staaten, wenn nötig, ihre gesamte Kriegsflotte in den Großen Ozean werden werfen können, und das beunruhigt. Der „New York Herald" berichtet, daß man in Japan an eine fieberische Tätigkeit zur weiteren Stärkung der amerikanischen Seemacht glaube; es heiße,

daß in San Franzisko, in Seattle und Pearl Harbor auf Hawai große Befestigungen angelegt würden und deute das, kombiniert mit der Befestigung des Panamakanals, als Vorbereitung zu einem Angriff. Nun glauben wir mit Bestimmtheit, daß diese Absicht nicht vorliegt. Aber die Vereinigten Staaten waren bisher allerdings in gefährdeter Lage Japan gegenüber, dem nicht nur die Philippinen und Hawai offenstanden, sondern auch San Franzisko und überhaupt die gesamte amerikanische Küste am Stillen Ozean. Der peinliche Rückzug, den Amerika 1906 in der Schulfrage von San Franzisko vor Japan antreten mußte, ist nicht vergessen, man will Herr im eigenen Hause sein, ohne vor einem strengen Gesicht Japans zurückweichen zu müssen.

Was aber die Befestigung des Panamakanals betrifft, so wird es nützlich sein, den historischen Entwicklungsgang dieses Problems bis zu dem Stadium, in dem es sich jetzt befindet, zu verfolgen. Bekanntlich waren bis zum Jahre 1831 Venezuela, Kolumbia und Ecuador Teile der großen Republik Kolumbia. Dann wurden drei Staaten daraus, und Kolumbia ging fortan unter dem Namen Neugranada bis 1863, da dies Gebiet den Namen der Vereinigten Staaten von Kolumbien annahm, den es noch heute trägt. Mit Neugranada schlossen nun die Vereinigten Staaten 1848 einen Vertrag ab, der ihnen das Recht zusprach, eine damals als Nicaraguakanal gedachte Verbindung zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean herzustellen und diesen Kanal nach Belieben zu befestigen. Dieser Vertrag aber ist nie ratifiziert worden und wurde am 9. April 1850 durch den zwischen England und den Vereinigten Staaten geschlossenen Clayton-Bulver-Vertrag abgelöst, in welchem beide Mächte sich dahin verständigten, mit einem der zentralamerikanischen Staaten eine Vereinbarung über den Bau eines interozeanischen Kanals abzuschließen. Der Artikel 1 dieses Vertrages lautete:

„Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens erklären hiermit, daß keine von beiden jemals für sich eine ausschließliche Kontrolle über besagten Kanal verlangen oder behaupten wird; keine von beiden wird Befestigungen, die ihn oder die Nachbargebiete beherrschen, errichten oder erhalten, noch irgendeinen Teil Zentralamerikas okkupieren, befestigen, annektieren oder irgendwelche Obergewalt darin ausüben."

Dieser Vertrag blieb in Geltung bis zum 5. Februar 1900, an dem

der erste Hay-Pouncefote-Vertrag unterzeichnet wurde, durch den England auf sein Anrecht an Fertigstellung des Kanals verzichtete und sich damit begnügte, daß die Vereinigten Staaten versprachen, den Kanal — er sollte bereits ein Panamakanal sein — zu neutralisieren. Aber der Senat annullierte diesen Vertrag und England bequemte sich nun, einen zweiten Hay-Pouncefote-Vertrag abzuschließen, der am 18. November 1901 perfekt wurde, den Vereinigten Staaten nochmals den alleinigen Bau des Kanals übertrug, die für den Suezkanal geltenden Bestimmungen für freie Durchfahrt von Handels- und Kriegsschiffen übernahm, aber zugleich den Vereinigten Staaten das Recht zuerkannte, eine militärische Polizei am Kanal zu unterhalten: „to maintain such military police along the canal as may be necessary to protect it against lawlessness and disorder." Außerdem aber hatte der Senat den § 7 des Artikel III des 1. Hay Pouncefote-Vertrages gestrichen, der die Befestigung des Kanals untersagte. Durch einen am 18. November 1903 mit der Republik Panama abgeschlossenen Vertrag sind dann die weiteren Rechte Amerikas am Kanal auf das genaueste bestimmt worden. Das Territorium je 5 Meilen zu beiden Seiten des Kanals wurde für ewige Zeiten der großen Republik abgetreten, dazu die kleinen Inseln in der Bucht von Panama; endlich bestimmte der Artikel 23 des Vertrages, daß, wenn es jemals notwendig werden sollte,

„zur Sicherung oder zum Schutze des Kanals oder der Schiffe die ihn benutzen, oder der Eisenbahnen und Hilfsanlagen bewaffnete Macht zu verwenden, die Vereinigten Staaten das Recht haben sollen, jederzeit und nach ihrem Belieben ihre Polizei sowie ihre Land- und Seemacht zu gebrauchen, und zu diesem Zwecke Befestigungen anzulegen."

An dem Recht der Vereinigten Staaten kann also kein Zweifel sein, was freilich nicht verhindert hat, daß von seiten Panamas Schwierigkeiten erhoben wurden, die erst Roosevelt, dann den Präsidenten Taft nötigten, zu sehr ernsten Drohungen zu greifen; Taft stellte bei weiterem Widerstand die Annexion Panamas in Aussicht, und das wirkte. Aber noch ein anderer Widerspruch gegen die Befestigung des Landes muß überwunden werden; die Pazifizistenpartei in Amerika wünscht eine völlige Neutralisierung des Kanals und will von Befestigungen nichts wissen. Es ist aber nicht zweifelhaft, daß das Volk von Amerika nicht zu ihnen, sondern zu Taft hält, der in seiner Botschaft

an den Kongreß mit größter Entschiedenheit für die Befestigung eintrat und einen Kredit von 5 Millionen Dollar als erste Rate forderte. Daß er sie erhält, ist wohl sicher. Der Kanal wird, wie ein Leitartikel der „Sun" jüngst ausführte, ein amerikanischer sein, „and nothing but an American Canal!" Es ist möglich, daß man in London heute diese Wendung bedauert, aber dann mag man sich an die Männer halten, die 1901 die englische Politik machten.

Eine überraschende Folge aber wird, wie es scheint, die Eröffnung des Panamakanals haben. Columbia, Venezuela und Ecuador wollen sich zu einer groß-columbischen Union zusammenschließen. Dr. Andrés Alfonso, ein angesehener Deputierter aus Venezuela, hat diesem, von der Presse der Staaten begeistert aufgenommenen Gedanken kürzlich auf einem Bankett in Panama beredten Ausdruck gegeben.

„Columbia, Venezuela und Ecuador" — so sagte er — „föderiert oder in irgendeiner Weise verbunden, werden mit Enthusiasmus und Stolz die Union der Ozeane betrachten, die Columbus und Balboa entdeckt haben; es ist die natürliche Konsequenz der Durchbohrung des Isthmus. Die drei Nachbarnationen sind sehr daran interessiert und werden nicht schwanken, die Idee zu praktischer Ausführung zu bringen, die seit einiger Zeit aufgetaucht ist, die Idee einer nördlichen Kombination, die auf derselben Grundlage der Sympathie erstehen soll, wie die wichtige ABC-Allianz, die vor 3 Monaten von den drei bedeutendsten Republiken des Südkontinents: Argentinien, Brasilien und Chile abgeschlossen wurde, und die sich im Lauf der Zeit entwickeln wird zu den Vereinigten Staaten von Südamerika und ganz wie die große Nation des Nordens gegründet sein wird auf den Prinzipien der Freiheit, des Fortschritts und der Arbeit."

Das ist ein weiter Blick in die Zukunft, namentlich wo es sich um die Columbische Union handelt. Bisher haben die drei Staaten uns das Bild steter Wirren gezeigt, es wäre fast ein Wunder, wenn ihre Bevölkerung plötzlich Tradition und Temperament ändern sollte. Näher schon könnten auf der Grundlage einer Verständigung von Argentinien, Brasilien und Chile sich Vereinigte Staaten von Südamerika bilden, und wer wollte bestreiten, daß sich damit eine bedeutsame Zukunftsperspektive erschließt? Zunächst aber scheint uns das Bedürfnis nach einem friedlichen und freundschaftlichen Nebeneinander weit größer zu

sein, als das Verlangen nach einem Zusammenschluß der jedem Teil Opfer auferlegen würde und der auch der Tatsache nicht entspricht, daß die noch in der Bildung begriffenen Nationen Südamerikas sich fortdauernd differenzieren und offenbar zu verschiedenen Typen ausbilden. Sicher ist wohl nur das eine, daß sie allesamt keine Neigung haben, wirtschaftliche oder politische Dependenzen der Vereinigten Staaten zu werden. Der Reziprozitätsvertrag, den diese mit Kanada abgeschlossen haben, weist wohl dahin, daß, wenn die Vereinigten Staaten noch weiter wachsen sollten, dies Wachstum die Form eines engeren Anschlusses der stammverwandten nordischen Nachbarn, und nicht der schwer zu assimilierenden romanischen Nachbarn in Mittel- und Südamerika annehmen wird.

Die Unruhen, die unter den Winzern der Champagne ausgebrochen sind, scheinen nicht einen so bedrohlichen Charakter zu tragen, wie die der Weinbauern Südfrankreichs im Sommer 1907. Das Blut der Nordfranzosen ist nicht so heiß, wie das ihrer Landsleute im Süden. Immerhin ist es zu argen Ausschreitungen in Epernay und Dumery (Tal der Marne) gekommen, und es hat eines starken militärischen Aufgebots bedurft, um die Ordnung einigermaßen herzustellen. Briand, der auch hier Milde und Energie zu verbinden verstand, gebührt das Verdienst, daß Schlimmeres verhütet wurde. Von den Kammerdebatten, deren Hauptlast er ebenfalls getragen hat, interessieren uns am meisten die Erklärungen Pichons über die marokkanischen Angelegenheiten. Er hat erklärt, daß von einer Räumung Marokkos für absehbare Zeit keine Rede sein könne. Jedenfalls könne sie nicht geschehen, bevor Marokko seine Schulden getilgt habe, die in 75 Jahresraten zu erledigen seien, und mit deren Abtragung noch nicht begonnen sei. Das gibt allerdings eine Gleichung Marokko: Ägypten, wie sie der Vertrag vom 8. April 1904 vorgesehen hat, wirkt aber wenig beruhigend, wie die sich immer erneuenden Zusammenstöße der französischen Truppen mit den Landeseingesessenen zeigen. Wir haben nicht den Eindruck, als ob das marokkanische Problem einer ruhigen Lösung entgegengeht. Die erstaunliche Nachricht der „France militaire", daß die französische Armee im verflossenen Jahr 13 500 Deserteure und 53 000 Ausgebliebene zählt, was ein Plus von 500 bezw. 3000 gegen das Jahr 1909 bedeutet, zeigt wohl, daß die antimilitaristische Bewegung in Frankreich im Wachsen ist und mag den französischen Patrioten Anlaß zu trüben Betrachtungen

geben. Der Zulauf an Fremdenlegionären wird diese Lücken gewiß nicht ersetzen, und auch die schwarzen Landsleute, für die man sich heute begeistert, bieten keinen Ersatz.

Der Lärm wegen Vlissingens beginnt allmählich zu verstummen, aber es ist jetzt die komische Drohung laut geworden, daß die Mächte der Tripelentente sich von dem Haager Schiedshof fernhalten würden, falls Holland wirklich die Befestigung ausführen sollte, wobei dann freilich die Frage nahe liegt, wer denn durch diese Maßregel bestraft werden soll, und ob es wirklich denkbar ist, daß drei verschiedene Köpfe sich zu einer solchen Brüderlichkeit zusammenfinden. Ein weiteres Kuriosum ist, daß einige Blätter Holland für ein neutralisiertes Land halten, was kürzlich sogar der Pariser Korrespondent des „Lokalanzeigers" seinem Blatt allen Ernstes weitergegeben hat!!

Der „Temps" fährt fort, sich keinen Stoff entgehen zu lassen, der die Vorstellung erwecken könnte, daß Deutschland die Elsaß-Lothringer vergewaltigt. So schreibt diese „diplomatische" Zeitung in der letzten uns zugegangenen Nummer: „Die erste Seite der jüngsten Nummer des „Dur Elsaß's", die vor der Einkerkerung Zislins erschien, schildert die Lage Elsaß-Lothringens nach der Weigerung der Regierungskreise, das Reichsland zu einem Bundesstaat zu machen. Das Blatt führt den Titel: „Winter 1910—1911. Die Bettlerinnen." Man sieht in einer Winterlandschaft Elsaß und Lothringen in Gestalt zweier kleiner Bettlerinnen, die sich aneinander schmiegen, während der Sturm ihre zerfetzten Kleider fegt. Vor ihnen ist der Eingang zum „home allemand" durch eine schwere Tür verschlossen, über welcher der Kopf der wilden alldeutschen Dogge eine Reihe bissiger Zähne zeigt, so daß die beiden Bettlerinnen alle Lust verlieren, an die ungastliche Tür zu klopfen. Das Doppelblatt in der Mitte veranschaulicht durch eine ergreifende Komposition das berühmte Schlagwort von Herrn Preiß über den „Frieden des Kirchhofs". Über einer öden Ebene schwebt am dunkeln Himmel ein Geier (wenn es nicht etwa der deutsche Adler ist), unten aber sieht man eine Reihe von Galgen, an denen die Bösewichter des Elsässer Nationalismus hängen: Boll, Wetterlé, Jamain, Zislin, Hansi und andere, die „ganze Bande", die gewisse Leute gern am Galgen sähen, um „Frieden" im Elsaß zu haben.

Der „Temps" scheint nicht zu ahnen, wie sehr er durch seine Agitation die Interessen Frankreichs schädigt. Er hält in Deutschland das

Bewußtsein lebendig, daß wir mit Frankreich als mit einer unter allen Umständen feindseligen Potenz zu rechnen haben, und untergräbt die Bemühungen derjenigen, die auf gut nachbarliche Beziehungen hinarbeiten. Nebenher aber ist dieses Treiben unehrlich; wäre Elsaß-Lothringen ein Bundesstaat geworden, so würde gewiß niemand darüber in größere Entrüstung geraten als der „Temps" und seine französischen Gesinnungsgenossen in den Reichslanden.

In der englischen Verfassungsfrage ist noch keine Entscheidung gefallen.

27. Januar 1911. Vertrauensvotum für Briand.
29. Januar. Erfolge der Revolutionäre in Mexiko.
31. Januar. Der Kronprinz gibt wegen der Pest die Reise nach China und Japan auf.

1. Februar 1911.

Der Türkei ist ein schwieriger Krieg aufgenötigt worden: 31 Bataillone Infanterie und 8 Batterien Artillerie werden auf Transportschiffen, welche in aller Eile angekauft wurden, nach Yemen verschifft, das sich in vollem Aufstande befindet; die türkische Garnison in Sana wehrt sich gegen eine Belagerung, und man muß hoffen, daß es ihr gelingt, sich zu behaupten, bis der Entsatz eintrifft. Es ist in der Tat ein gefährliches Unternehmen, dem die neue Türkei gegenübersteht, und sie wird schwerlich darauf rechnen können, bei ihren nächsten europäischen Nachbarn, den Engländern, Unterstützung zu finden. Yemen ist ein verhältnismäßig junger Besitz der Türkei. Erst 1873 wurde das Land zu einer türkischen Provinz gemacht, und seither hat es eigentlich immer Schwierigkeiten gegeben, die durch Gegensätze der Rasse und der Kultur und des stark ausgesprochenen Freiheitssinns der Araber, wie auch durch die Mißbräuche des Hamidischen Systems ihre Erklärung finden. Unter dem Regime Mohammeds V. hat die reformierte oder vielmehr reformierende Türkei für den ottomanischen Patriotismus auch die arabische Bevölkerung des Reichs zu gewinnen gesucht. Sie umfaßt das gesamte ungeheure Gebiet südlich einer von Latakieh nach Mosul gezogenen Linie, also Syrien, Mesopotamien und die arabischen Provinzen. Es ist aber von vornherein zu Mißverständnissen gekommen. Die Araber fanden, daß ihnen die Vertretung im türkischen Parlament zu kärglich zugemessen wurde, sie verlangten eine weitergehende Geltung für ihre Sprache, als der Sprache des Korans, und als nun gleich nach der Thronbesteigung Mohammeds eine Hungersnot ausbrach, kam es zu aufständischen Bewegungen, die in Bagdad und Mosul, in Hodeida und Basra ausbrachen und bei denen uns bereits der Name des Imam

Jachja Hamiedin entgegentritt, der heute das ehrgeizige Haupt der antitürkischen Bewegung ist. Schon damals hieß es, daß er darauf ausgehe, sich in Yemen ein selbständiges Reich zu gründen. Der alte Verdacht, daß England die Bewegung begünstige und sich mit dem Plan trage, in Mekka oder in Kairo ein von der Türkei unabhängiges Kalifat zu gründen, wurde wieder lebendig, mit wie viel Recht oder Unrecht, hat sich nie feststellen lassen. Dagegen ist es eine Tatsache, daß der Waffenhandel, den England so eifrig verfolgt, wenn er Persien und Afghanistan zum Ziel nimmt, in Arabien nicht nur geduldet, sondern gefördert wurde. Die arabischen Nomaden sind heute vortrefflich bewaffnet und gewiß keine ungefährlichen Gegner. Wie dem auch sei, zu Anfang 1909 schien das türkische Arabien beruhigt und ebenso waren die syrischen und mesopotamischen Araber wieder zur Anerkennung der staatlichen Autoritäten bewogen worden.

Um diese Zeit unternahm der Khedive Abbas Hilmi seine Wallfahrt nach Mekka. Es ging ihm das Gerücht voraus, daß seine Absicht sei, mit Hilfe einer von Sir Edward Cassel finanzierten Aktiengesellschaft die Hedschasbahn zu vollenden und sich damit ein hohes Verdienst um den Islam zu erwerben; bald danach aber wurde aus russischer Quelle die Nachricht verbreitet, daß der Khedive in allem Geheimnis eine Art panarabischer Konferenz abgehalten habe, und damit wurde das Wiederausbrechen des Aufstandes in Yemen in Zusammenhang gebracht. Seither hat der Aufstand an Umfang und Kraft gewonnen, und wenn die Türkei nicht energisch durchgreift, liegt allerdings die Gefahr vor, daß ihr diese so überaus bedeutsamen Besitzungen, an denen ihre Stellung in der islamischen Welt hängt, verloren gehen könnten. Es ist daher kein Wunder, wenn Schewket Pascha die imposante militärische Kraftentfaltung durchgesetzt hat, von der wir oben sprachen. Die eben eingetroffene Nachricht, daß die Türkei Vorbereitungen trifft, um eine zweite Armee der ersten folgen zu lassen, zeigt, wie sehr man sich in Kanstantinopel der Schwierigkeiten bewußt ist, die überwunden werden müssen.

Ein Konstantinopeler Korrespondent des „Golos Moskwy", der in Fragen, die den Orient betreffen, wohl unterrichtet zu sein pflegt, meint, daß eine Abberufung aller türkischen Beamten aus Yemen und ihre Ersetzung durch arabisch redende Eingeborene unerläßlich sei, wenn man die Ruhe herstellen wolle. Dahin habe sich im türkischen Parlament

der Abgeordnete von Sana, Mahomet Abdalla, ausgesprochen. Derselbe Deputierte erklärte, daß mindestens in Konstantinopel eine Spezialschule errichtet werden müsse, um die für Arabien bestimmten türkischen Beamten auszubilden. Als einen der Gründe, welche den Aufstand hervorgerufen haben, gibt er auch den Bau der Hedschasbahn an, die den Arabern eine ihrer Haupteinnahmequellen, das Geleite der Pilgerkarawanen, entzogen habe; man müßte hinzufügen: und die bequeme Gelegenheit zu rauben. Denn daran ist doch festzuhalten, daß der Raub in den Kreisen der arabischen Nomadenstämme noch immer als ein edles Handwerk gilt und daß die Aufgabe der Türken, sie an die Grundlagen staatlicher Ordnung zu gewöhnen, eine zivilisatorische Bedeutung hat, die aller Sympathie würdig ist. Die augenblickliche Lage schildert jener Korrespondent folgendermaßen:

„In Yemen herrscht jetzt ein Triumvirat unter Führung des berühmten Feindes der Jungtürken, des Imam Jachja, der voriges Jahr Konstantinopel besuchte und mit ihnen darüber verhandelte, ob sie ihm die volle Verwaltung Yemens übertragen würden, falls er ihnen alle Abgaben entrichte. Die bisher einander befehdenden Imams und Scheichs haben sich jetzt vereinigt und sind in voller Abhängigkeit vom Imam Jachja. Unter den Truppenführern sind viele, die sich ihre militärische Schulung in Kairo geholt haben. Jetzt haben sie nach europäischem Muster eine Garde gebildet, die gut bewaffnet und sogar mit schnellschießenden Kanonen ausgerüstet ist. (Man fragt: von wem?) Auf der letzten Zusammenkunft arabischer Fürsten in Kafilat, die unter dem Vorsitz Jachjas stattfand, wurde beschlossen, die Unabhängigkeit Arabiens bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Auf diesem Kongreß wurde auch über die Verlegung des Kalifats nach Mekka und Übertragung der Kalifenwürde auf Jachja geredet. Böse Zungen behaupten aber, daß als der Khedive Abbas Hilmi II. im vorigen Jahre nach Mekka wallfahrtete, er durch seine Mittelsmänner Verhandlungen mit den Stammeshäuptlingen führte, damit sie ihm das Kalifat überwiesen [1]). Dieser Verdacht ist um so stärker, als Abbas Hilmi während seines Aufenthalts in Konstantinopel sich um eine Konzession bewarb, die ihm den Bau einer Eisenbahn von Syrien nach Ägypten übertragen sollte. Man kann

[1]) NB. Diese böse Zunge war höchst wahrscheinlich eben jener Korrespondent, dessen Artikel hier wiedergegeben wird.

also annehmen, daß, falls die Araber ihm das Kalifat geben sollten, er Syrien, Arabien und Ägypten vereinigen würde."

Diese letztere Konjektur erscheint uns höchst unwahrscheinlich. In Ägypten liebt man den Khedive nicht, weil er unter englischen Einflüssen steht, und es kann als ausgeschlossen gelten, daß ägyptische Truppen sich gegen den Sultan verwenden lassen. Eine Emeute würde wohl die Folge sein, denn die Sympathien der Ägypter stehen ausnahmelos auf seiten des Sultans. Ein Kalifat Jachjas aber könnte nur nach überwältigenden militärischen Erfolgen möglich werden, die ihm den Nimbus einer von Allah bevorzugten Schicksalsfigur gäben. Der „Temps", der die Revolte in Yemen ebenfalls zum Gegenstand einer recht pessimistisch ausfallenden Betrachtung macht, weist auf die großen pekuniären Verlegenheiten hin, die der Pforte aus dem schwierigen Feldzuge erwachsen müssen, und damit hat er gewiß recht. Zum Glück ist aber soeben der Depotschein über die Millionen aufgefunden worden, die Abdul Hamid im Crédit Lyonnais niedergelegt hat. Sie werden über die ersten Verlegenheiten hinaushelfen, und man darf wohl hoffen, daß die für das Frühjahr angekündigte neue Agitation der Komitatschis in Mazedonien unterbleibt, da die drei Balkankönige keine Neigung haben, sich in Abenteuer zu stürzen, die, gegen den Willen aller europäischen Großmächte, in einen blutigen Krieg ausmünden müßten.

Vom nahen Orient wenden wir uns dem fernen Osten zu. Zunächst Japan, dann den russisch-chinesischen Schwierigkeiten. Auf Japan haben zwei Ereignisse in letzter Zeit die allgemeine Aufmerksamkeit gerichtet: Erstens der Selbstmord des koreanischen Gesandten in Petersburg, des Prinzen Tschin Pomm Yi, der die Erklärung zurückließ, er habe sich das Leben genommen, weil es zwecklos geworden sei, seit Korea aufgehört habe zu existieren und weil er sich nicht rächen könne; zweitens die Rede, in welcher Graf Komura am 24. Januar dem japanischen Parlament ein Bild der Erfolge vorlegte, welche die japanische Diplomatie in letzter Zeit errungen habe. Beides, die Verhältnisse in Korea und die Politik Japans werden in der russischen Presse mit außerordentlicher Bitterkeit beurteilt. Es klingt eine Gereiztheit durch, die in den zwischen Japan und Rußland bestehenden diplomatischen Beziehungen keine Rechtfertigung findet, die aber offenbar der in Rußland vorherrschenden Stimmung entspricht. Und das ist ja begreiflich. Die Diplomatie kann mit dem Feinde von gestern eine Verstandesfreund-

schaft abschließen, aber all die ungezählten Familien, die infolge des japanischen Krieges Trauer anlegen mußten, können so schnell nicht vergessen. In betreff Koreas spielt wohl neben dem gewiß echten Mitleid, das diesem unglücklichen Staat und unglücklichen Volke gilt, auch die Erinnerung mit, daß Rußland jenen japanischen Krieg auf sich nehmen mußte, weil es Hand auf einige Wälder im koreanischen Jalugebiet gelegt hatte. Wir haben aber, seit im vorigen Sommer Korea annektiert wurde, nicht so bittere Urteile aus russischem Munde gehört wie heute. Ein Brief des „G. M." aus Söul klagt über die Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit in Korea, was alle Ausländer in eine ganz unmögliche Lage gebracht habe. Verhältnismäßig am wenigsten sei noch Rußland betroffen, das in Korea nur einige jüdische Untertanen zweifelhafter Güte habe, um die es nicht lohne, viel Aufhebens zu machen, der Handel mit Korea aber werde von großen Kaufleuten in Wladiwostok geführt, die durch die Aufhebung der Konsularjurisdiktion nicht getroffen würden. Ganz anders stehe es jedoch mit Amerika, das bisher durch ein Generalkonsulat die Interessen seiner Angehörigen (gegen 800) verteidigte. Viele derselben hätten großen Grundbesitz, Konzessionen, die den Wert vieler Millionen Dollars darstellten, und dazu kämen Kirchen, Schulen, Krankenhäuser und Missionen, die ebenfalls Millionenwerte darstellten. Man hätte diesen Leuten, da es in Korea unparteiische Rechtsprechung nicht gebe, mindestens, wie es in Japan bei Aufhebung der Konsularjurisdiktion geschah, einen Termin von 5 Jahren geben müssen, um ihre Geschäfte abzuwickeln. Der neue japanische Tarif treffe vor allem England, und das erkläre die Erbitterung, die sich der reichen Kaufleute in Schanghai, Hongkong, Yokohama, Kobe und Tschemulpo bemächtigt habe, was schließlich doch auf die englisch-japanischen Beziehungen von Einfluß sein müsse. Es schließt sich hieran erstaunlicherweise eine Diatribe gegen Deutschland, dessen Kriegsschiffe häufiger als die englischen in Tschemulpo anlaufen, und das seine Agenten, den Korrespondenten Ditmar von der „K. Z." und den früheren Kolonialminister Dernburg dort feiern lasse; auch der Korrespondent der „Associated Preß" sei ein Deutscher und nun solle gar der deutsche Kronprinz nach Japan! Auch habe man neuerdings geschickt in der chinesischen Presse die Nachricht verbreitet, daß ein Abkommen zwischen Amerika, China und Deutschland bevorstehe, um dadurch Japan zu schrecken und es den deutschen Liebeswerbungen zugänglicher zu machen!! Was

das für tolles Zeug ist; ein Beweis, wie man als Russe in Söul alles Gefühl für politische Realitäten verlieren und sich nur den mitgebrachten blinden Deutschenhaß konservieren kann.

Auch die „N. W." beschäftigt sich mit den koreanischen Angelegenheiten, und ihr Mißtrauen gegen Japan scheint noch tiefer zu wurzeln. Was sie beunruhigt, sind die von Japan in Korea angelegten strategischen Bahnen, die dem weichen koreanischen „Protoplasma" ein ehernes Knochengerüst gegeben hätten, und der Offensive, nicht der Verteidigung zu dienen bestimmt seien. Daran schließt sich eine Skizze der jüngsten Geschichte Koreas. Wie nach der Einsetzung eines japanischen Residenten in Söul, im Mai 1906, eine antijapanische Bewegung ausgebrochen, die durch die japanische Garnison niedergeworfen wurde und im Sommer 1907 nach der Abdankung des Kaisers von Korea ein zweiter Aufstand folgte, zu dem die Auflösung der koreanischen Armee das Material stellte und der mit Ausnahme von zwei Provinzen das ganze Land umfaßte. Wie auch diese Erhebung scheiterte, zeigten die offiziellen Verlustlisten. Sie betrugen vom Juli 1907, da der Aufstand ausbrach, bis zu Ende 1908, da er erstickt war, für Japan 127 Tote und 252 Verwundete, für die Koreaner 14 566 Tote und keine Verwundeten oder Gefangenen. Offenbar war das japanische Militär instruiert, kein Pardon zu geben! Nachträglich ergaben sich noch 8728 Mann, die zur Zwangsarbeit an den Eisenbahnen begnadigt wurden und endlich mußte, was übrig war, die Waffen ausliefern. So gebe es keine Koreaner mehr, nur noch lebendiges Material für den neuen politischen Organismus. Damit aber in dieser stumpfen Masse nicht neues Leben und patriotische Gefühle erstehen, knebele man die Presse, die ganz der Willkür des Ministers des Innern preisgegeben sei und deren Redakteure sogar zu Zwangsarbeit bis 3 Jahren verurteilt werden könnten. Die national-koreanische Presse, von der bis Anfang 1909 von der japanischen Polizei 24 700 Nummern konfisziert wurden, habe aufgehört zu existieren und auch die ausländischen Journale würden allmählich aus dem Lande verdrängt. „So konsequent und systematisch hat die japanische Regierung mit einer Presse gekämpft, welche die Koreaner daran erinnerte, daß sie vor kurzem noch eine Nation und selbständig waren." Es ist schwer, bitterer zu sein, noch bitterer aber ist die Ironie, mit der die „N. W." in einem Leitartikel vom 25. Januar die Politik des Grafen Komura, wie er sie selbst dargelegt hat, zu rühmen weiß. Beabsichtigt wird

zugleich, der russischen Diplomatie eine Lektion zu erteilen. Der Artikel ist so gefaßt, daß der Leser bei jedem Satze sich sagen muß, das haben sie erreicht, und wir erreichen nichts. Das Charakteristische jedoch ist, daß auch hier der Gedanke überall durchklingt, daß Japan sich mit Angriffsplänen trage. Das russisch-japanische Abkommen und das englisch-japanische Bündnis diene nur dem Vorteil der Japaner, beide sichern ihnen einen Frieden, den sie brauchen, um sich zu Wasser und zu Lande weiter zu stärken und zugleich um sich kampflos zum Herrn der Ufer des Stillen Ozeans zu machen. Der Artikel schließt mit nochmaligem Hinweis auf die Entwicklung in Korea, dessen Annektierung für viele Staaten wesentliche materielle Verluste bringen werde. Mit der Verwandlung von Korea in Tschosen — das ist der neue japanische Name des Landes — seien dem europäischen und amerikanischen Handel die Türen geschlossen worden, und doch sei kein einziger Protest dagegen laut geworden, ebensowenig habe man gegen die Aufhebung der Exterritorialität protestiert, die früher den in Korea angesiedelten Europäern und Amerikanern zu gut kam, und das sei gewiß ein Beweis der außerordentlichen Geschicklichkeit der japanischen Diplomatie. Danach heißt es wörtlich:

„Japan ist schließlich doch nicht stärker als ein beliebiges europäisches Reich oder als die Vereinigten Staaten. Vor einer Koalition müßte Japan sofort kampflos nachgeben, jetzt aber fordert Japan alle Europäer heraus — und gewinnt. Derselbe Deutsche oder Amerikaner, der in Charbin keine Obrigkeit anerkennen will als seinen Konsul, erscheint gehorsam in Söul auf den Ruf jedes Untergerichts, unterwirft sich der Entscheidung, die es trifft, zahlt die Strafe und nimmt die Gefängnisstrafe auf sich, die ihm diktiert wird.

Nachdem der japanische Minister mit Würde die von ihm erreichten Erfolge hergezählt hatte, berichtete er noch, daß er in nächster Zukunft alle Verträge Japans mit den auswärtigen Mächten kündigen und andere unter günstigeren Bedingungen abschließen werde. Nach den Resultaten des vorigen Jahres zu schließen, muß man annehmen, daß ihm das glücken wird.

Wer da weiß, was er will, und sich nicht fürchtet, bei seinen Beschlüssen zu beharren, der erreicht sein Ziel!"

Das klingt fast wie ein Schmerzensschrei und soll offenbar ein Vorwurf sein, der an bestimmte Adressen gerichtet ist. Aber die Frage liegt

nahe, weshalb, wenn das Mißtrauen Rußlands gegen Japan so lebendig ist, gerade dieser Augenblick gewählt wird, um den Chinesen einen diplomatischen Krieg zu erklären, von dem sich befürchten läßt, daß er allmählich in einen wirklichen Waffengang ausmünden könnte, der ohne Zweifel vornehmlich für Japan von Vorteil sein würde.

Die russische Auffassung der zwischen China und Rußland schwebenden Streitfrage ist nun die folgende: Für Rußland und China gilt der Vertrag von 1881, kraft dessen russische Kaufleute berechtigt sind, in den chinesischen Provinzen hinter der Mauer Handel mit Waren jeglicher Art zu treiben. Der russische Gesandte in Peking hat, auf den genauen Text des Art. 12 dieses Vertrages gestützt, gegen das Vorgehen der chinesischen Behörden protestiert, welche russische Kaufleute der durch diesen Artikel gewährleisteten Rechte berauben.

Da der Wortlaut des Artikels klar sei, hätte die chinesische Regierung sich entschuldigen und das geschädigte Recht herstellen müssen. Statt dessen rechtfertige sie ihr Verhalten durch Berufung auf die Bestimmungen über den Landhandel, die dem Vertrage vom 12./24. Februar 1881 angeschlossen sind, und deren Artikel 10 einen indirekten Hinweis darauf enthalte, daß russischen Kaufleuten verboten sei, unterwegs Waren zu verkaufen, die aus China ausgeführt werden. In Wirklichkeit spreche der Artikel ausschließlich von dem Export aus Inner-China und keineswegs von den Provinzen hinter der Mauer. Es folgt danach der russische Wortlaut des Artikels 12, den wir nach dem bei Martens veröffentlichten französischen Text hersetzen.

„Les sujets Russes sont autorisés à faire, comme par le passé, le commerce en franchise de droits dans la Mongolie soumise à la Chine, tant dans les localités et aïmaks (Stammes-Siedlungen) où il se trouve une administration chinoise, que dans ceux où il n'en existe point.

Les sujets Russes jouiront également de la faculté de faire le commerce en franchise de droits, dans les villes et autres localités des provinces d'Ili de Tarbagatai, de Kachgar, d'Ouroumtsi, et autres, situés sur les versants nord et sud de la chaine de Tian-chan, jusqu'à la grande muraille. Cette immunité sera abrogée lorsque le développement du commerce nécessitera l'établissement d'un Tarif Douanier, conformement à une entente à survenir entre le deux Gouvernements.

Les sujets Russes pourront importer dans les susdites provinces

de la Chine, et en exporter, toute espèce de produits, de quelque provenance qu'ils soient."

Diese Bestimmungen sind allerdings vollkommen klar und beweisend und werden auch nicht durch den von chinesischer Seite angezogenen Artikel 10 des réglement du commerce in Frage gestellt, so daß sich nicht erkennen läßt, wie China die vertragsmäßigen russischen Forderungen abweisen kann, falls tatsächlich diese Bestimmungen des Vertrages verletzt sein sollten, wie wir wohl annehmen müssen.

Anders dagegen scheint uns die Differenz in dem anderen Streitfall zu liegen. Der betreffende Artikel 10 lautet nämlich:

„Dans les villes suivantes: Kobdo, Ouliassoutai, Khami, Ouroumtsi et Goutchen, le gouvernement Russe établira des consulats au fur et à mesure du développement du commerce, et après entente avec le gouvernement Chinois."

Die „N. W.", die uns hier als Quelle dient, formuliert nun den russischen Standpunkt folgendermaßen:

Im Jahre 1905 schied die chinesische Regierung aus dem Kreise Kobdo einen neuen Kreis — Altai — aus. Der dort neu eingesetzte Amban nahm seine Residenz am Flusse Krana, der in den schwarzen Irtisch fällt. Die Stadt, welche erstand, erhielt den Namen Scharassume. Die Tätigkeit des neuen Amban begann damit, daß er sich systematisch weigerte, Beschwerden russischer Untertanen über Chinesen anzunehmen.... Um die russischen Kaufleute völlig aus dem Kreise Altai zu verdrängen, verbot der Amban den Einwohnern, ihnen Wohnhäuser abzutreten, und 1908 ging er so weit, daß er befahl, alle Bauten russischer Untertanen abzutragen, was auch geschah.... In Kobdo aber erlauben die chinesischen Behörden russischen Untertanen nicht, sich niederzulassen, weil dort kein russischer Konsul sei, zugleich aber erlauben sie nicht, daß in Scharassume ein russisches Konsulat begründet wird, weil dort nur wenige Russen leben."

Danach scheint formell das Recht doch ganz auf chinesischer Seite zu liegen. Die Russen haben von ihrem Vertragsrecht, in Kobdo ein Konsulat zu begründen, keinen Gebrauch gemacht. Auf ein Konsulat in dem neubegründeten Scharassume haben sie kein Anrecht, wohl aber könnten sie jetzt ihren Anspruch auf ein Konsulat in Kobdo geltend machen, was aber ebenfalls vorher der Zustimmung der chinesischen Regierung bedürfte. Wenn nun die „Nowoje Wremja" mit turkestani-

schen Schützen und Kanonen droht, die in Kuldscha einrücken würden, können wir uns nicht vorstellen, daß die russische Regierung hinter ihr steht. Wenn ja, so liegt hier eine Frage vor, die durch ein Schiedsgericht gelöst werden könnte. Einen Krieg zwischen Rußland und China, die darauf angewiesen sind, Nachbarn zu bleiben, ist die Kontroverse gewiß nicht wert, während sich anderseits, nach den Erfahrungen, die China in der Nord- und Südmandschurei gemacht hat, wohl verstehen läßt, daß man in Peking keine Neigung hat, die zähen Nachbarn in Gebieten Fuß fassen zu sehen, aus denen sie nachträglich und schwer zu entfernen sein dürften. Einen geradezu peinlichen Eindruck aber macht es, wenn die „N. W." sich zum Schluß dahin ausspricht, daß ein Kommando turkestanischer Schützen unter Führung eines Majors genügen werde, die Chinesen zur Raison zu bringen. Die nationalistische Bewegung, die heute die Geister in China beherrscht, weist vielmehr darauf hin, daß mit einem zähen Widerstande zu rechnen sein wird. Und endlich, ist nicht zu erwarten, daß jeder Vorteil, den Rußland auf Kosten Chinas gewinnt, durch einen entsprechenden — oder größeren — Vorteil erkauft werden muß, den Japan den Chinesen abzudrängen jedenfalls gerüstet ist? In diesem ganzen russisch-chinesischen Konflikt scheinen uns Zukunftsmöglichkeiten zu liegen, die jedenfalls verdienten, in die Rechnung eingestellt zu werden.

2. Februar 1911. Vertrauensvotum für das Ministerium Luzzati.
Erfolge der Revolutionäre in Honduras.
3. Februar. Eröffnung des finnländischen Landtags.
6. Februar. Eröffnung des englischen Parlaments durch König Georg.
Feuersbrunst in der Hohen Pforte zu Konstantinopel.
8. Februar. Weitere Erfolge der Revolutionäre in Mexiko.

---

8. Februar 1911.

Die oft erwähnten Erörterungen der Presse über die Bedeutung der Potsdamer Zusammenkunft und des durch eine Indiskretion der „Evening Times" zugegangenen russischen Vertragsentwurfs sind in Frankreich von den Delcassisten zu einem Vorstoß gegen Herrn Pichon benutzt worden, der offenbar das Ziel verfolgte, für einen neuen Minister des Auswärtigen Platz zu schaffen. Herr Pichon ist schon fünf Jahre im Amt, und so lange haben all die verkannten Kapazitäten, die sich für diesen Posten reif fühlen, ihre Ungeduld zügeln müssen. Ob Herr Delcassé selbst darauf rechnet, noch einmal emporzukommen, was ja in Frankreich zurückgetretenen Ministern der Auswärtigen Angelegenheiten mehrfach zuteil geworden ist, können wir nicht wissen, aber offenbar ist es sein Genius, der die Gegner Pichons inspiriert. Die Führung im Kampf hat der „Temps" übernommen, aus dem Herr Tardieu spricht. Es ist ihm gelungen, den Minister zu einer Programmrede über seine auswärtige Politik zu nötigen, aber dieser hat es vorgezogen, sie vor dem ruhigeren Auditorium des Senats, nicht vor der stürmischen und gelegentlich unberechenbaren Kammer zu halten. So geschickt nun Herr Pichon auch gesprochen hat und so günstig das Bild war, das er von der Politik Frankreichs entworfen hat, damit die Diskussion zum Abschluß zu bringen, ist ihm nicht geglückt. Der „Temps" hat ihm aufs neue den Fehdehandschuh hingeworfen, und es kann schon jetzt nicht mehr zweifelhaft sein, daß Pichon einer Interpellation in der Kammer nicht entgehen wird. Eine der vier von Herrn Tardieu aufgeworfenen Fragen hat inzwischen, offenbar aus guter Kenntnis, der „Standard" beantwortet: was nämlich

der tatsächliche Charakter und die militärische Bedeutung der entente anglo-française sei. Es sei, führt das unionistische Organ aus, eine Friedensliga zur Erhaltung des status quo, die „military conversations", von denen Pichon geredet habe, hätten allerdings stattgefunden:

England und Frankreich sind eng verbunden, nicht nur zu diplomatischen, sondern — für gewisse Eventualitäten — auch zu militärischen Zwecken. Das ist die Lage, die besteht. Frankreich und England sind verpflichtet zu gegenseitiger Unterstützung zu Wasser und zu Lande, in Krieg und Verhandlung, wenn eine der beiden Mächte von einer europäischen Kombination angegriffen wird. Je klarer dies verstanden wird, um so unwahrscheinlicher wird es, daß dieser Artikel des Vertrages wird in Aktion gesetzt werden müssen."

Der entscheidende Satz lautet in englischer Fassung:

„France and England are pledged to mutual support by sea and land, in war as well as in negociation, if either is attacked by a European Combination."

Das ist außerordentlich lehrreich und neu, eine überaus wichtige Enthüllung. Der Schwerpunkt fällt auf die Worte zu Wasser und zu Lande, und auf die Tatsache, daß der Vertrag nur in Kraft tritt, wenn der Angriff von einer Kombination mehrerer Mächte ausgeht. Daraus folgt, daß der französisch-englische Vertrag ein Bündnis nach Muster des englisch-japanischen vom 30. Januar 1902 ist, mit dem einen wesentlichen Unterschiede, daß der letztere sich ein Offensiv- und Defensivbündnis nannte, der erstere ein Defensivbündnis. Wird England nur von einer europäischen Macht angegriffen, so kann Frankreich neutral bleiben, und umgekehrt England, wenn Frankreich von nur einer Macht angegriffen wird. Bei einem Offensivkriege aber ist keine der Mächte verpflichtet, die andere zu unterstützen, sie kann eine wohlwollende aber tatenlose Neutralität beobachten, etwa wie Frankreich während des russisch-japanischen Krieges oder wie auch England während eben dieses Krieges tat. Darüber, was Offensive und was Defensive ist, sind aber die Kriegführenden stets verschiedener Ansicht gewesen.

Die zweite wichtige Tatsache, die sich aus der Indiskretion des „Standard" ergibt, ist, daß England sich in der Tat verpflichtet hat, unter den schon erwähnten Voraussetzungen, auch seine Landarmee den Franzosen zur Verfügung zu stellen, was dann allerdings die sonst

unverständliche Aufregung über die Befestigung von Vlissingen erklären würde. Für eine Kontinentalmacht hat diese von England übernommene Verpflichtung das eine Gute, daß der sonst schwer zu erreichende Gegner gefaßt werden könnte, was doch einen sehr bedeutsamen Vorteil bietet. Auch die weiteren Betrachtungen des „Standard" sind von Wichtigkeit. Zunächst vertritt er die Ansicht, daß Frankreich an dem Middle East, d. h. an Kleinasien, Mesopotamien und Persien, die ja jetzt allein in Frage kommen, nicht interessiert sei, eine Ansicht, mit der jedenfalls der „Temps" nicht übereinstimmt und von der wir auch nicht glauben, daß Herr Pichon sie teilt. Dagegen könne England nicht dulden, daß irgendeine europäische Großmacht zu Verwaltungs- oder Handelszwecken im südlichen Euphratgebiet eine überwiegende Stellung erlange oder die schwer errungene Stellung Englands im Persischen Golf beeinträchtige. Von Persien aber wird nur beiläufig die folgende Bemerkung gemacht:

„In betreff unserer Freunde, der Russen, sind wir natürlich in keiner Weise durch Vereinbarungen gebunden, die sie mit Deutschland über Territorien getroffen haben, die weder Deutschland noch Rußland gehören."

Das ist gewiß richtig, und gilt wohl ebenso in betreff anderer Mächte von Territorien, die E n g l a n d nicht gehören, über die es aber gewohnt ist, zu verfügen, als ob sie ihm gehörten. Wir wollen dabei nicht an Süd-Persien exemplifizieren, das übrigens jetzt mit dem übrigen Persien unter die finanzielle Leitung von fünf amerikanischen Finanzräten tritt, noch an Mesopotamien, wo eben jetzt Sir John Jackson M. P. mit dem Gouverneur von Bagdad einen Kontrakt abgeschlossen hat, der ihm den Bau eines großen Damms bei der Hindieh-Sektion des Euphrat zur Bewässerung Mesopotamiens überträgt (was übrigens unter gewissen Voraussetzungen der Bestätigung durch das t ü r k i s c h e P a r l a m e n t bedürfen wird). Das ist ein Kulturwerk, das, wenn es ohne politische Nebenabsichten durchgeführt wird, des höchsten Beifalls wert ist. Wohl aber ist darauf hinzuweisen, daß die Art, wie seit der Anwesenheit Lord Kitcheners in Ägypten dort die Repression der nationalistischen Bewegung, ohne jede Rücksicht auf den türkischen Lehnsherrn, betrieben wird, selbst in Rußland Befremden erregt. Uns ist in dieser Hinsicht eine Korrespondenz des „G. Moskwy" aus Kairo über die konstitutionelle Bewegung in Ägypten interessant genug erschienen, um sie unsern Lesern vorzuführen.

„Die nationalistische Bewegung in Ägypten hat jetzt offenkundige Formen angenommen. Auf friedlichem Wege eine Konstitution zu erlangen, ist offenbar unmöglich, und da das Land jede Hoffnung verloren hat, befreit zu werden, ist es entschlossen, die Verfassung aus eigener Kraft zu erringen. Die Ankunft Lord Kitcheners und seine Reise durch Ägypten haben die Erbitterung des Volkes über das seit seinem Eintreffen verschärfte System der Knechtung noch weiter gesteigert. Dieser Tage haben die Nationalisten dem Khedive eine Petition um Verleihung einer Verfassung überreicht. Sie weisen in dieser Bittschrift auf das Joch hin, das sie tragen, seit vor 28 Jahren die Engländer das Land okkupierten. Diese Bewegung hat die verschiedensten Schichten der ägyptischen Bevölkerung ergriffen. Die Erbitterung gegen die englischen Herren des Landes ist auch durch die strengen Strafen gesteigert worden, welche über die Studenten verhängt wurden, die beim Eintreffen des Khedive demonstrierten und u. a. riefen: „Fort mit den Engländern, es lebe die Konstitution, es lebe der Khedive.“ Vor kurzem gaben die Nationalisten dem Redakteur einer in Kairo erscheinenden Zeitung Albon Rougeaud, der wegen giftiger Artikel, die sich gegen die Engländer richteten, binnen 24 Stunden die Stadt verlassen mußte, in demonstrativer Weise das Geleit zum Bahnhof. Alle Publizisten und Journalisten haben sich daran beteiligt.

Die Ausweisung des Redakteurs war speziell wegen eines Leitartikels erfolgt, der sich gegen Lord Kitchener richtete, nach dessen Eintreffen die Verfolgungen der Presse und die politische Bedrückung sich erheblich gesteigert hatten.

Großes Aufsehen hat in Kairo eine Petition der einheimischen Offiziere an die türkische Regierung erregt, in welcher die Demütigungen und Beleidigungen aufgeführt werden, die sie von den, die meisten höheren Posten einnehmenden englischen Offizieren ertragen müssen. Diese Petition wurde in allen Zeitungen des Landes veröffentlicht und lautete folgendermaßen:

„Wir sind tief davon überzeugt, daß freie Männer nicht gleichgültig der Gewalt gegenüber bleiben können, die ihrem Vaterlande von Fremden angetan wird, die sich des Landes bemächtigt haben; und das um so mehr, als diese Besitzergreifung zu Unrecht geschah. Wir haben lange schweigend geduldet, dann haben wir, ohne den legalen Weg zu verlassen, uns zu beschweren begonnen, aber unsere Klagen sind

zu unserem Kummer ungehört verhallt. Jetzt sind wir gezwungen, unsere Taktik zu ändern .... Indem wir unsere Erklärung abgeben, wollen wir zugleich zu allgemeiner Kenntnis bringen, daß die Schale der Geduld übervoll ist. Die Engländer fahren fort, uns zu mißhandeln, sie spotten über die Würde der ägyptischen Offiziere und beleidigen das ägyptische Heer."

Die Korrespondenz verweilt danach bei den Klagen über die hohen Gehälter der englischen Beamten, über die steigenden Kosten für Besoldung des Heeres, die sich in den letzten drei Jahren verdoppelt hat, bei der Überfüllung der Gefängnisse und endlich bei dem feierlichen Empfange, den Mahomed Ferid Bey fand, als er aus Europa von dem ägyptischen Kongreß nach Kairo zurückkehrte. Er ist bekanntlich ebenfalls vor einigen Wochen zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt worden, wenn wir uns recht erinnern, wegen eines Zeitungsartikels, der Lord Kitchener heftig angriff. Das alles ist gewiß nicht unbedenklich und würde das Gerücht erklären, das von Verlegung der englischen Marinestation von Malta nach Ägypten und von Verstärkung der Garnison in Kairo wissen will. Entschieden ist aber bisher weder das eine noch das andere.

Erstaunlich viel unnützen Lärm haben die Verhandlungen in den österreichischen Delegationen, speziell die Rede von Kramarsch in der russischen Presse wachgerufen. Herr Menschikow, dem der ruhige Verstand stets mit seinem Temperament und seiner undisziplinierten Phantasie durchzugehen pflegt, läßt bereits den Kriegsruf gegen Österreich ertönen, weil dieses — man sollte es nicht glauben — sich mit dem „diabolischen" Plane trägt, den Russen Polen und die Ukraine zu nehmen. Es ist natürlich nicht möglich, seine stets auf ein erhebliches Zeilenhonorar berechneten ellenlangen Ausführungen in extenso wiederzugeben. Aber einige seiner Kraftsätze mögen doch hergesetzt werden, um den Lesern zu zeigen, welche Speise den russischen Zeitungslesern geboten werden darf. Nachdem er des längeren ausgeführt hat, wie Bismarck die Habsburgische Monarchie gedrängt habe, die slavischen Elemente an sich heranzuziehen und sie zu einer Föderation zusammenzufassen, fährt Herr Menschikow fort:

„Hieraus erwuchs der teuflische Plan, nicht nur die Polen, sondern auch die Kleinrussen von uns loszureißen. Ich nenne den Plan teuflisch, denn es handelt sich nicht um eine kleine Niedertracht, sondern um Tod

oder Leben für Rußland. Ich meine, die russische Regierung und die russische Gesellschaft sollte diese hinterlistigen Machinationen entschlossen und erbarmungslos zurückweisen..... Denn ein Anschlag auf Kleinrußland ist ein Versuch, Rußland zu zerreißen und den russischen Stamm selbst zu Trümmern zu zerschlagen..... Wie soll man den höllischen Anschlägen, von denen Kramarsch spricht, begegnen? Die einzige würdige Antwort ist, wie mir scheint, sich zum Kriege vorzubereiten, sich ebenso fieberisch darauf vorzubereiten wie Österreich es tut, und in noch größerer Eile. Seit die Welt steht, ist Gewalt nur durch Gewalt zurückgewiesen worden. Keine Beamtenfedern, keine diplomatischen Noten oder Tüfteleien können die große Prüfung abwenden, die Gott in Gestalt eines Krieges schickt. Weder Theorie, noch Verstand führen zu Zusammenstößen, sondern das Gefühl des Volkes, die dem Verstande nicht gehorchende Leidenschaft. Das ist eine Naturerscheinung, das fordert die Natur. Laßt uns stark sein, wenn wir Frieden wollen! Zweimal stark, wenn wir einen würdigen, unserer nationalen Ehre entsprechenden Frieden haben wollen!"

Wir bemerken dabei ausdrücklich, daß die gesperrten Stellen im russischen Text gesperrt sind, also entweder von Herrn Menschikow selbst oder von der „Nowoje Wremja".

Damit schließt diese Tirade, und man fragt sich zum Schluß, was denn Herr Menschikow mit seiner „dem Verstande nicht gehorchenden Leidenschaft" eigentlich haben will, Krieg oder Frieden?

Überhaupt ist es kaum möglich, aus der Politik der russischen Zeitungen irgendein vernünftiges Programm herauszuschälen. Die „Nowoje Wremja" setzt ihre bitteren Artikel gegen die japanische Politik in Korea fort, obgleich zwischen Rußland und Japan eine volle Verständigung in dieser ostasiatischen Frage besteht, und das große Organ der Moskauer Oktobristen leitartikelt über deutsche Intrigen in Persien, obgleich wir uns eben erst über unsere Haltung in persischen Angelegenheiten mit der russischen Regierung verständigt haben, und Rußland, nachdem es die Konsolidierung der persischen Schuldenmasse erreicht hat, eine seiner wesentlichsten Forderungen erfüllt sieht. Ebenso unklar ist die Balkanpolitik dieser Blätter, und das ist gewiß nicht gleichgültig, da wiederum wie vor jedem Frühjahr, die bulgarischen und griechischen Banden sich zur Aktion in Mazedonien vorbereiten. Die türkische Regierung hat

bereits nach beiden Seiten zu Gegenmaßregeln gegriffen, und kleine Geplänkel, bei denen es Tote und Verwundete gegeben hat, haben hüben und drüben stattgefunden. Trotzdem glauben wir nicht, daß es zu ernsten Zwischenfällen kommen wird, zumal feststeht, daß König Ferdinand, in richtiger Erkenntnis der Weltlage, unter allen Umständen einen Krieg vermeiden will.

Der frühere amerikanische Botschafter in Konstantinopel, Strauß, hat kürzlich einem großen jüdischen Meeting in New York präsidiert, an dem auch Roosevelt teilgenommen hat, um dagegen zu protestieren, daß amerikanischen Bürgern jüdischer Nationalität in Rußland sogenannte Judenpässe ausgestellt werden, in denen ihre Konfession ausdrücklich erwähnt wird. Das ist nämlich Herrn Strauß passiert, als er aus Konstantinopel nach Petersburg reisen wollte, um dort Eisenbahngeschäfte zum Abschluß zu bringen, die er für ein russisch-amerikanisches Konsortium betrieb. Hinc illae lacrimae! Aber man konnte auf diesem Meeting den Eindruck gewinnen, als wolle die gesamte Judenschaft New Yorks, und das sind über 800 000 Köpfe — beiläufig bereits ein wichtiger Faktor bei politischen Wahlen — sich in Bewegung setzen, um gegen Rußland zu marschieren. Wir machen bei dieser Gelegenheit auf eine außerordentlich interessante Artikelserie des „Standard" aufmerksam, die unter dem Titel „Problem of the Alien" durch 5 Nummern geführt wurde, und in Anlaß der Houndsditchaffäre, unter vielen Entschuldigungen vor den vornehmen englischen Juden „men who are among the most worthy of British citizens and for whom I have the greatest liking and respect", ein wahrhaft entsetzliches Bild des Elends und der sittlichen Verworfenheit jenes jüdischen Proletariats entwirft, das, meist aus Russisch-Polen und Galizien kommend, erst Whitechapel füllte und heute die Stadtteile Shadwell, Ratcliff, Spitalfields, Whitechapel, Mile End, Stepney und Bethnal Green umfaßt. Aus diesem ganzen Gebiet sind die Engländer verdrängt, denn das Verhältnis zwischen Engländern und Juden sei dasselbe, wie zwischen der braunen Ratte und der schwarzen. Der jüdische Einwanderer sei die braune Ratte, der Engländer die schwarze. Sie können nicht zusammen leben; wo immer in einem Stadtviertel der fremde Jude sich niederläßt, wird der Engländer „elbowed out" durch einen konsequenten, unerbittlichen Ausfrierungsprozeß. In ein Haus dringt erst der jüdische Mieter, dann der jüdische Pächter, der jüdische Budiker ein, und schließ-

lich geht das ganze Immobil auf einen jüdischen Besitzer über. Die Sprache dieser Stadtteile ist Jiddisch, und nur hier und da findet sich eine Inschrift „english spoken here". Habe der fremde Jude sich fest gesetzt, so richte er seinen Ehrgeiz darauf, seine Verwandten aus Warschau, Kiew, Odessa usw. herüberzuziehen, und schließlich ergibt sich in diesen neuen Ghettos eine schreckliche Übervölkerung. In den dunklen Winkeln dieser Viertel zeitigt ein Menschenschlag, von dem sich nicht behaupten lasse, daß er „a fine speciman of the human race" sei, schließlich alle Laster, speziell den schändlichsten Menschenhandel, sozial und ökonomisch sei er eine Schädigung der einheimischen Bevölkerung. Der Verfasser dieser Artikel kommt dann zu folgenden Schlüssen: daß die Masse dieser Fremden ein unerwünschter Zuzug wäre und nicht aufgenommen werden sollte, daß sie für eine große Zahl von Verbrechen verantwortlich sind, daß sie die öffentliche Moral herabdrücken, daß ihre Konkurrenz in Handel und Wandel schädlich ist, daß sie gewisse Industrien monopolisieren und die einheimischen Arbeiter ausfrieren, daß die Bildung dieser Ghettos eine Drohung für die öffentliche Sicherheit ist, ein Sammelplatz für gefährliche politische Verschwörer und Verbrecher jeder Art, und daß die Bewohner der Ghettos mit diesen Leuten aktiv oder passiv sympathisieren. Das Fremdenproblem sei daher ein jüdisches: 90 v. H. der Einwanderer sind Juden, die meist aus Rußland und Polen stammen, die den niedrigsten Typus der Rasse physisch wie moralisch herangebildet haben.

„Sie sind Fremde in jedem Sinn: im Glauben, in ihren Idealen, in der Methode des Denkens, in Kleidung und Sitten. Sie werden Fremde für alle Zeit bleiben, denn sie sind orientalisch von Charakter und können ebensowenig mit Abendländern verschmelzen, wie Öl sich mit Wasser vermengen kann."

Ein Mittel, sich von diesen schädlichen Elementen zu befreien, weiß der Verfasser nicht anzugeben. Was er in Vorschlag bringt, wird von ihm selbst als nicht durchgreifend widerlegt. Der neue Zuwachs ließe sich beschränken, aber wie soll man sich von denen befreien, die bereits da sind? Schließlich bleibt er beim Gedanken stehen, sie zu deportieren, sobald sie sich bestimmter Vergehen schuldig machen, sie dann in ihre Heimat zurückzuschaffen oder im nächsten kontinentalen Hafen auszusetzen. Letzteres ist zwar sehr liebenswürdig gedacht und müßte zunächst Frankreich treffen, würde aber auch nur wenig helfen. Es wird

den Engländern nichts übrig bleiben, als Ausnahmegesetze für diesen Teil ihrer Bevölkerung zu schaffen, wie Rußland es getan hat, und dadurch ihr Land weniger anziehend für jüdische Einwanderung zu machen, als es heute offenbar ist.

Die in New York erscheinende „Sun" veröffentlicht am 25. Januar einen Artikel, der über Carnegies Zustimmung zur Befestigung des Panamakanals referiert. Der große Philanthrop und Illusionist erklärt, daß die Befestigung des Kanals als ein mit der von ihm geleiteten Friedensbewegung wohl vereinbares Unternehmen bezeichnet werden müsse und daß wahrscheinlich bei dem rein defensiven Charakter dieser Befestigungen wohl niemals ein Schuß aus ihren Kanonen gefeuert werden würde. Die Äußerung ist interessant, weil logisch aus ihr folgt, daß Carnegie auch alle sonstigen Defensivmaßregeln, seien es nun Vermehrung der Armeen und Flotten oder Abschluß von Defensivbündnissen, billigen und durch seinen Einfluß unterstützen müßte. Soweit können wir ganz mit ihm übereinstimmen. Wenn er aber weiter den Satz aufstellt, daß die Englisch sprechende Rasse, die den Privatkrieg — womit wohl das Duell gemeint ist — innerhalb ihrer Grenzen beseitigt habe, berufen sei, auch den barbarischen Brauch des Tötens von Menschen, d. h. den Krieg, zu beseitigen, so muß doch daran erinnert werden, daß keine Nation der Welt so ununterbrochen „the savage custom of man killing" geübt hat, als England, das in den Jahren 1856 bis 1900, also in 45 Jahren, nicht weniger als 34 Kriege geführt hat, von denen 7 über ein Jahr und 8 über 2 Jahre gewährt haben, dabei aber hat es vier Millionen Quadratmeilen Land erobert. Hierüber ist Bardou, Essai d'une psychologie Anglaise, Band II pg. 458 sq., zu vergleichen, wo die Belege hübsch zusammengebracht sind.

Immer größere Beachtung zieht die Revolution in Mexiko auf sich. Es ist für keinen Staat gleichgültig, wenn ein so großes und wohlhabendes Gemeinwesen in politischen Kämpfen liegt. Sehr wesentliche deutsche Interessen können dabei in Mitleidenschaft gezogen werden, aber zunächst läßt sich immer noch hoffen, daß Porfirio Diaz schließlich der Emeute Herr wird.

Am 7. müssen die Verhandlungen im kanadischen Parlament über den mit den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Reziprozitätsvertrag beginnen. Da Laurier bisher noch immer seinen Willen durchzusetzen verstanden hat, läßt sich hoffen, daß er, trotz der von Eng-

land ausgehenden Gegenaktion, auch dieses Mal durchdringen wird. Sollte das geschehen, so wird die letzte Entscheidung dem Senat in Washington zufallen, dessen Majorität nach den letzten Wahlen demokratisch ist und demnach schwerlich widersprechen wird. Sind dann alle Schwierigkeiten überwunden, so ist damit den Plänen Joë Chamberlains eine tödliche Wunde geschlagen. Auch die Entsendung des Herzogs von Connaught als Generalgouverneur nach Ottawa wird schwerlich etwas daran ändern können.

Die Zunahme der Pest in Ostasien droht zu einer allgemeinen Gefahr zu werden. Daß die gesamte Ostküste infiziert werden wird, scheint unvermeidlich zu sein. Jetzt ist die Seuche bereits nach Orenburg übergesprungen. Das Schlimmste wird für das Frühjahr und den Sommer gefürchtet, da aller Wahrscheinlichkeit nach auch die Cholera in Rußland wieder aufleben wird.

10. Februar 1911. Rücktritt von Talaat Bey. Halil wird Minister des Innern.
11. Februar. Streik der Warschauer Studenten.
13. Februar. Neue Revolution in Nikaragua.
14. Februar. Demission von Rektor und Prorektor der Universität Petersburg.
15. Februar. Annahme des Reziprozitätsvertrages mit Kanada durch das Haus der Repräsentanten in Washington.

15. Februar 1911.

Am 6. Februar ist das erste unter der Regierung König Georgs gewählte Parlament mit all dem Pomp und all der Pracht vom König in Person eröffnet worden, die England bei der Pietät, mit der es alte Formen festhält, sich zu konservieren verstanden hat; die Thronrede selbst war möglichst knapp gehalten. Sie begann mit einem Hinweis auf den schweren Verlust, den das Reich durch den Tod König Eduards, „dessen Leben dem Dienst seiner Untertanen geweiht war", erlitten hat. Sie gedachte der Rückkehr des Herzogs von Connaught, der die ihm in Südafrika anvertraute Mission wohl erfüllt habe, erklärte die Beziehungen Englands zu den auswärtigen Mächten für fortdauernd freundschaftliche und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Kündigung des Handels- und Schiffahrtsvertrags von 1894 durch Japan zum Abschluß neuer Verträge führen werde. Die energische Vorstellung, die England in Persien wegen der Unsicherheit der südpersischen Straßen gemacht habe, hätte eine geringe Besserung der Zustände zur Folge gehabt, und das englische Ministerium werde nunmehr abwarten, ob diese Besserung anhalte. Im Mai trete die Reichskonferenz zusammen, auf der die Minister d e r englischen Besitzungen, die Selbstverwaltungsorgane haben, mit den vorzüglichsten Ministern des Mutterlandes über die wichtigen Fragen verhandeln würden, die ihnen vorgelegt werden sollen. Nach erfolgter Krönung werde er, der König, nach Indien reisen und dort eine Versammlung abhalten, um in eigener Person anzukündigen, daß er das Erbe der Kaiserlich indischen Krone angetreten habe. Danach wandte sich der König an die Mitglieder des Unterhauses

und teilte ihnen mit, daß das Budget des nächsten Jahres ihnen rechtzeitig zugehen werde.

Die Schlußapostrophe galt wieder beiden Häusern:

„Mylords und Gentlemen, es werden Ihnen ohne Verzug Vorschläge unterbreitet werden, um die Beziehungen der beiden Häuser des Parlaments zu regeln und der Verfassung eine größere Wirksamkeit zu sichern."

Es folgten noch Hindeutungen auf einige Gesetzesvorschläge sozialen Charakters und danach der ebenfalls altherbgebrachte Wunsch:

„Ich bitte den Allmächtigen, Ihre Arbeit zu segnen."

Seither sind bald acht Tage hingegangen, an denen die Verhandlungen mehr den Charakter eines Geplänkels als eines Kampfes der beiden großen Parteien getragen haben. Sicher scheint nur zu sein, daß die Unionisten ihren ursprünglichen Plan aufgegeben haben, von sich aus den Antrag auf eine Reform des Oberhauses zu stellen. Die Resolutionen, welche das Oberhaus auf den Antrag Lord Roseberrys angenommen hat, sind demnach von den Führern der Partei aufgegeben worden, ebenso wahrscheinlich auch die Idee des Referendums. Damit wird die Idee eines Kompromisses entschieden an Boden gewinnen, zumal König Georg V., was der „Eclair" mit Bedauern konstatiert, nach innen wie nach außen eine friedliche Lösung bestehender Interessenkonflikte begünstigt. Für die inneren Fragen drängt dahin auch das gemeinsame Interesse der in der Regierung des Staates alternierenden Geld- und Geburtsaristokratie, die zudem durch verwandtschaftliche Bande eng verknüpft ist. Ein Korrespondent des „Eclair" hat das in sehr drastischer Weise anschaulich gemacht: Sir Edward Tennant, Milliardär und P. M., hat zu Schwägern den regierenden Prime-Minister Mr. Asquith, Mr. Wyndham, den ehemaligen konservativen Kriegsminister, und den früheren konservativen Kolonialminister Lyttelton. Dieser letztere wiederum ist Onkel des liberalen Unterstaatssekretärs des Innern Masterman und Vetter des heutigen liberalen Gouverneurs von Südafrika Herbert Gladstone. Der jetzige radikale Minister des Innern Winston Churchill wurde Nachfolger seines konservativen Vetters, des Herzogs von Marlborough, Churchills Schwiegervater ist Schwager des Bruders des Herzogs von Westminster usw. in langer Reihe, was wohl schlagend beweist, wie verwandschaftliche Verbindungen die leitenden Persönlichkeiten beider Parteien zusammenführen. So läßt

sich wohl annehmen, daß, wenn, wie sicher ist, die Lords auch ihr Vetorecht verlieren, nichts geschehen wird, was ihre soziale Stellung und den ungeheuren Einfluß mindern könnte, den sie trotz allem behalten werden. Aber es wird interessant sein zu verfolgen, wie man sich aus beiden Lagern in die Hände spielen wird. Daß, wie behauptet wird, die bevorstehende Verfassungsänderung England in seinen Fundamenten erschüttern muß, ist ganz bestimmt falsch. Was aber die Bemerkung der Thronrede über die bevorstehende Kündigung der japanischen Handels- und Schiffahrtsverträge betrifft, so läßt sie sich nur verstehen, wenn man auf die höchst interessante Vorgeschichte eingeht, die ein scharfes Licht auf die Stellung Japans zu Vertragsrechten wirft.

Als Quelle benutzen wir zur Darlegung dieser Verhältnisse eine Korrespondenz aus Söul, die dem „Standard" zugeht, und die sich rückhaltlos ausspricht, wohl mit der Nebenabsicht, dem liberalen Kabinett Schwierigkeiten zu bereiten. Wir beschränken uns jedoch, ohne die polemischen Abschnitte zu berühren, darauf, die Tatsachen wiederzugeben. Den Ausgangspunkt bildet die Rede, die der japanische Minister des Auswärtigen, Graf Komura, am 24. Januar in der japanischen Kammer gehalten hat, und deren wir in der Wochenschau vom 1. Februar bereits gedacht haben. Er sagte u. a., daß die Übernahme des Protektorats über Korea nicht genügt habe, um die Absicht auszuführen, die Japan verfolgte, nämlich einen ewigen Frieden im fernen Osten zu sichern und das japanische Reich dauernd sicherzustellen. Deshalb habe die Annexion erfolgen müssen. Die Konvention, durch welche das Protektorat begründet wurde, ist am 17. November 1905 unterzeichnet worden, 5 Tage danach richtete die japanische Regierung eine Zirkularnote an die Mächte, in der es hieß, daß Japan,

„indem es die Last der auswärtigen Beziehungen Koreas sowie die Pflicht auf sich nehme, über die Ausführung der bestehenden Verträge Koreas zu wachen, darauf achten werde, daß diese Verträge aufrechterhalten und respektiert werden, und sich zugleich verpflichte, in keiner Weise den legitimen Interessen des Handels und der Industrie dieser Mächte in Korea zu präjudizieren."

5 Jahre danach hob Japan diese so bestimmt garantierten Verträge auf, und gleichzeitig fand das Recht der Exterritorialität, das die Fremden bisher in Korea genossen, ein Ende, weil, wie Graf Komura erläuterte,

„die Fortdauer dieses Systems einer befriedigenden und einheitlichen Wirksamkeit der japanischen Administration in Korea präjudizierlich sei."

Diese widerrechtliche Aufhebung der Exterritorialität wurde aber mit besonderer Rücksichtslosigkeit vollzogen. Als 1894 nach längeren Verhandlungen England für seine Untertanen auf das Recht der Exterritorialität verzichtete, wurde diesen ein Zeitraum von 5 Jahren gelassen, ehe die neuen Bestimmungen in Kraft traten. Jetzt fühlte sich Japan stark genug, um von dieser gebotenen Rücksicht abzusehen.

„Die britischen Untertanen gingen eines schönen Tages unter britischer Jurisdiktion zu Bett und standen, als sie am Morgen aufwachten, unter japanischer Jurisdiktion."

Ebenso eigenmächtig ist der konventionsmäßige Zolltarif bei der Annexion von Graf Komura für nicht mehr zu Recht bestehend erklärt worden „wie auch alle andern von Korea abgeschlossenen internationalen Vereinbarungen". Nur aus Gnade und „auf spontane Entscheidung" hat die japanische Regierung dem koreanischen Tarif noch eine zehnjährige Geltung zugesprochen, aber mit der ausdrücklichen Erklärung, daß er von Rechts wegen abgelaufen sei. Natürlich sind diese spontanen zehn Gnadenjahre auch eine Willkürlichkeit, die durch Verhandlungen vermieden werden mußte. Der sehr hohe japanische Tarif präjudiziert aber ohne Zweifel „den legitimen Interessen von Handel und Industrie" der zu Korea in Beziehung stehenden Mächte.

Übrigens hat Japan zu dieser Gewaltpolitik erst Oktober 1909 nach der Ermordung Itos gegriffen, der nicht vergessen konnte, daß Japan durch Protokoll vom 23. Januar 1909 „die Unabhängigkeit und Integrität des Kaiserreichs Korea" garantiert hatte. Als 1905 das Protektorat oktroyiert wurde, erklärte Ito den Koreanern mehrfach, daß sie ihre Unabhängigkeit zurückerhalten sollten, sobald sie so weit seien, to govern themselves (was, beiläufig bemerkt, genau dem Vorbilde entspricht, das England in Ägypten gegeben hat). Die Annexionspartei drang nach Itos Tode durch, und am 22. August 1910 wurde die Einverleibung — nach Zustimmung des Kaisers von Korea — Tatsache. Wie dann der Widerstand der Koreaner gebrochen und das Land bewogen wurde zu schweigen, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Die erwähnte Korrespondenz des „Standard" bemerkt noch, daß England Annexion und Aufhebung der Konsularjurisdiktion sofort anerkannte.

Wie 1894 blieb danach den anderen Mächten nichts übrig, als dem Beispiel Englands zu folgen. Interessant ist noch die folgende melancholische Schlußbetrachtung.

„Man muß die Geschicklichkeit bewundern, mit der Japan seine diplomatischen Triumphe gewonnen hat. Aber einige altmodische Leute könnten doch bedauern, daß die Vernichtung der Unabhängigkeit eines Landes, die sieben Jahre vorher feierlich gewährleistet wurde, tatsächlich von einer britischen Regierung anerkannt ward; auch könnte es sie beleidigen, daß die Form und die Bedingungen, unter denen die Annexion vollzogen wurde, die englische Interessen so empfindlich berühren, ohne Protest von einer Macht durchgesetzt werden durfte, die vor weniger als sechs Jahren feierlich garantierte, daß sie die internationalen Verpflichtungen Koreas aufrechterhalten werde."

Das alles ist ganz zutreffend und bestätigt nur die Tatsache, daß die Japaner andre Vorstellungen vom Recht haben als wir, und daß sie internationale Verpflichtungen nur anerkennen, solange es ihnen so gefällt, so daß es allezeit bedenklich ist, japanische Verpflichtungen als politische Fundamente anzusehen, auf welche sich bauen läßt, nur glauben wir nicht, daß ein unionistisches Kabinett anders gehandelt hätte, als es jetzt Sir Edward Grey getan hat. Am lehrreichsten jedenfalls müßten diese Tatsachen für Rußland sein, das durch sein jüngstes Abkommen mit Japan in die Notwendigkeit versetzt ist, in seiner ostasiatischen Politik mit diesem japanischen Faktor als mit einer kommensurabelen Größe zu rechnen.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit unserm Bedauern über den Konflikt Ausdruck geben, der zwischen Rußland und China auszubrechen droht. Die Streitobjekte sind des Einsatzes nicht wert, und eine erzwungene Entscheidung kann keinem von beiden Teilen dauernden Vorteil bringen. An guten Beziehungen Rußlands zu China ist ganz Europa interessiert, zumal jetzt, wo als Nachwirkung des russisch-japanischen Krieges sich eine Wandlung in China vorbereitet, die, wenn auch langsam und vielleicht unter Krämpfen, doch ohne allen Zweifel eine gewaltige Menschenmasse in Bewegung setzt, die, mit den Waffen unserer Kultur ausgerüstet, dahin drängen muß, die dünnbevölkerten, ungeheueren Landstrecken zu füllen, die heute politisch zu China gehören, die aber, solange Land und Volk noch in gleichsam lethargischem Zustande verharrten, unbenutzt blieben. Daß die Füllung des Landes unter

Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen beiden Mächten, sowohl Rußland wie China zugute kommen, und beiden reichen Ertrag bringen muß, liegt auf der Hand, besonders wenn man in Betracht zieht, daß auch Rußland erst jetzt beginnt, seine ungeheuren sibirischen Besitzungen energisch auszunutzen und zu kolonisieren. Der Konflikt aber käme jetzt nur tertio gaudenti zu Nutz.

Am 19. Februar wird Rußland den 50. Jahrestag der Bauernbefreiung begehen, und eine ganze Reihe zum Teil vortrefflicher wissenschaftlicher Arbeiten, die aus den Fehlern der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen suchen, hat den Boden für eine würdige Feier vorbereitet. Auch die Duma hat sich mit keiner Frage eifriger und leidenschaftlicher beschäftigt als mit der Agrarreform und dem Volksschulwesen, den eigentlichen Kernpunkten des Problems. Die erstere ist im Prinzip gelöst, zeigt aber in praxi große Schäden, die zu nicht geringem Teil darauf zurückgehen, daß die Bauern aus Unbildung ihren eigenen Vorteil nicht zu wahren verstehen, so daß sich erklärt, daß die Duma in der Frage der Willigungen für das Volksschulwesen über die Vorlage der Regierung hinausging. Der Finanzminister hatte erklärt, daß die Regierung für die nächsten 10 Jahre nicht mehr als 80 Millionen bewilligen könne, die überwältigende Majorität der Duma bestand auf 100 Millionen, so daß die Regierung eine Niederlage erlitt; eine zweite Niederlage wurde ihr in der Frage der Versicherung der Arbeiter beigebracht und eine dritte droht ihr jetzt bei der Vorlage über die Organisation der Semstwos in den Westgouvernements. Die Regierung, die durch den Premierminister Stolypin vertreten war, bestand im Reichsrat, wo die Vorlage diskutiert wurde, darauf, daß in den Kreis- und Landschaftsversammlungen die griechisch-orthodoxe Geistlichkeit eine starke Vertretung finden solle, und verlangte national gegliederte Wahlkurien. Stolypin erklärte mit größter Entschiedenheit, daß er von diesen Forderungen nicht abgehen könne. Sein Ziel war unter allen Umständen, dem russischen Element in den sechs Gouvernements Witebsk, Minsk, Mohilew, Wolhynien, Podolien, Kiew das Übergewicht zu sichern. Da war es denn von besonderem Interesse, daß ihm als Gegner Sergej Juljewisch Witte entgegentrat, der dasselbe Ziel erreichen will, aber die gewählten Mittel für falsch und ungeeignet erklärte. Er ging davon aus, daß Alexander II. im Jahre 1864 bei Begründung der Landschaftsinstitutionen den Bauern die gleiche Berechtigung verliehen habe wie

den adligen Gutsbesitzern und den anderen Ständen. Erst 1890 habe man an der Reife der Bauern gezweifelt und ihre Rechte geschmälert. Jetzt wage man nicht zu den Bestimmungen von 1864 zurückzukehren und erkläre wiederum, die Bauern der Westprovinzen seien kulturlich noch nicht genügend ausgereift. Und das geschehe am Vorabend des 50jährigen Jubiläums der Bauernbefreiung. In Wirklichkeit aber seien die Bauern der Westprovinzen reicher und besser geordnet als die der benachbarten russischen Gouvernements, und sie würden noch reicher werden, und sich noch besser selbst regieren, wenn man ihnen eine wirkliche und keine fiktive Semstwo verleihe. Was aber die politische Seite der Frage betreffe, daß nämlich die Bauern dem polnischen Einfluß entzogen werden sollen, so sei in einem Gebiete, das 14 Millionen Russen und 3 400 000 Personen anderer Nationalität zähle, und in dem diese Minderheit nur die Hälfte des Vermögens der Russen besitze, das Ziel leicht zu erreichen. Man brauche nur den russischen Bauern gleiche Rechte mit dem Adel zu verleihen, aber das gerade wolle man nicht tun.

Die Regierungsvorlage sei bereit, vor aller Welt anzuerkennen, daß in Gouvernements, die von altersher russisch seien, politische Kurien bestehen können, welche Interessen vertreten, die nicht mit den Interessen des russischen Reiches identisch sind, und die Vertreter wählen können, welche Interessen verfolgen, die nicht den Staatsinteressen Rußlands entsprechen.

„Eine so antirussische und antistaatliche Idee konnte nur in unserer sogenannten russischen Revolution entstehen. Ich kann den Gedanken nicht ertragen, daß in einem Lande, das seit den Tagen der heiligen Olga für russisch gehalten wurde, eine besondere Kurie für die Polen begründet werden soll, und daß es unter den Russen Elemente geben kann, die so unkultiviert wären, daß sie gegen das Reich und gegen den Zaren vorgehen sollten. Und deshalb wird dies Gesetz nicht durchgehen!"

Premierminister Stolypin hat sich vorbehalten, nach Anhörung der Redner zu antworten, und man kann auf die Antwort gespannt sein. Da wohl noch andere Redner das Wort ergreifen werden und die nächste Sitzung erst am 14. stattfindet, werden wir uns gedulden müssen. Es handelt sich aber um einen heftigen Vorstoß Wittes, der, wie es scheint, den Augenblick nicht für ungeeignet hält, um aus dem Schatten des Reichsrats wieder in das helle Licht einer öffentlichen Stellung zu treten.

Auch ist der Augenblick insofern nicht ungünstig gewählt, als die nationalistische Strömung in Rußland sehr lebendig ist und anderseits den konservativen Bestrebungen der Regierung eine stark nach links gerichtete Strömung der öffentlichen Meinung entgegentritt. Die Studentenunruhen, die wieder wie eine Epidemie durch die russischen Universitäten ziehen, verdienen ebenfalls ernste Beachtung, da sie, wie festzustehen scheint, unter sozialrevolutionärer Leitung stattfinden. Solche Lernstreiks mit ihren „chemischen Obstruktionen" (das Werfen von Stinkbomben) und all den schließlich unerläßlichen Maßregelungen der jungen Leute beiderlei Geschlechts, ziehen stets eine Verwilderung und Verrohung der Beteiligten nach sich und werfen eine Menge Existenzen aus der Bahn einer geordneten Entwicklung. Aus ihnen rekrutieren sich die Elemente, die zweck- und ziellos schließlich in aller Welt als „lästige Ausländer" herumirren und als verfehlte Existenzen, niemand zu Nutz, sich und ihrem Vaterlande zum Schaden abschließen. Wir bedauern, daß eine so hervorragende und feingebildete Kapazität, wie der neue Minister der Volksaufklärung, Kassso, seine Tätigkeit unter diesen schwierigen, ohne Opfer nicht zu lösenden Wirren antreten muß.

Aus der Balkanhalbinsel wird aus russischer und englischer Quelle das wenig wahrscheinliche Gerücht von einer griechisch-bulgarisch-armenischen Koalition verbreitet, die angeblich die jetzigen Verlegenheiten der Türkei ausnutzen will. Richtig ist daran, soweit wir es verfolgen können, nur die Tatsache, daß die bulgarischen Komitees sich wieder zu regen beginnen und daß Mr. Noel Buxton und sein Balkankomitee es möglich gefunden haben, ihre politische Tätigkeit wieder aufzunehmen, trotz der furchtbaren Bloßstellung dieses Komitees durch die Veröffentlichung des geheimen Memorandums eines hervorragenden bulgarischen Regierungsbeamten über die Tätigkeit der Buxton und Genossen (Juli 1908). Man darf daher wohl hoffen, daß diese Friedensstörer auch dieses Mal in ihren Anschlägen scheitern. Bei weitem wichtiger aber ist es, daß die bulgarische Regierung der Sobranje einen Antrag auf Verfassungsänderung vorgelegt hat, über den die bevorstehende „große Sobranje" zu entscheiden haben wird. Es handelt sich um die Änderung von 10 Paragraphen der Konstitution von Tirnowo. Sie sind zum Teil formellen Charakters und durch die Annahme des Königstitels geboten; dann soll die Zahl der Minister erhöht werden, und dem Ministerpräsidenten gestattet werden, Minister ohne Portefeuille

zu sein. Man will das Institut der Staatssekretäre einführen, die Vollmachten der Abgeordneten von 5 auf 4 Jahre beschränken, die Tagungen der Sobranje von 2 auf 4 Monate verlängern usw. Das Wichtigste jedoch ist, daß der Zar das Recht erhalten soll, im Namen des Staats Verträge mit anderen Staaten abzuschließen, ohne dazu der Sanktion der Sobranje zu bedürfen, sobald die Interessen des Staates Wahrung des Geheimnisses verlangen. Ausgeschlossen sind Handelsverträge und solche, welche persönliche Rechte der Bürger betreffen. Ein besonderes Gesetz wird die Zivilliste regeln. Ein Telegramm der „Nowoje Wremja" aus Sofia will wissen, daß Zar Ferdinand in Zukunft dadurch ein politisches Bündnis mit Österreich möglich machen will!

Der „Friedenspreis" der Nobelstiftung ist uns stets einigermaßen bedenklich erschienen, und die Sensationen, welche die Überreichung der „Erinnerungsmedaille" an den voriges Jahr Herrn d'Estournelles de Constant verliehenen Preis begleitet haben, bestärken uns noch in dieser Überzeugung. Es ist eine Prämie für große Eitelkeiten, die als Friedensapostel durch alle Welt wandern und deren Tätigkeit für wirkliche Sicherung des Friedens gleich Null zu setzen ist. Jeder Diplomat und jeder Soldat, der treu seine Pflichten erfüllt, leistet mehr als sie. Herr d'Estournelles de Constant aber hat den Beweis erbracht, daß die Verleihung des Friedenspreises auch einen günstigen Anlaß zu chauvinistischen Demonstrationen geben kann. Das ist geschehen durch die Ansprache, die ihm der Präsident des französischen Senats, Herr Antonin Dubost gehalten hat, der unter allerlei klingenden, im Grunde aber hohlen Phrasen, in nicht mißverständlicher Weise seinen Revanchegelüsten Ausdruck gegeben hat. Völker werden durch Interessen, nicht durch Redensarten mit einander verbunden, und solange die Menschheit ihre Natur nicht verändert, wozu geringe Aussicht ist, wird die beste Sicherung des Friedens der Wille und die Fähigkeit sein, sich zu verteidigen. Dazu hat, wie wir jüngst hervorhoben, in Anlaß der Befestigung des Panamakanals auch Carnegie sich bekannt, dessen werktätige Menschenliebe doch einen anderen Charakter trägt als die von Eitelkeit strotzenden Pilgerfahrten d'Estournelles.

In Frankreich ist inzwischen durch die Veröffentlichung der Papiere Waldeck-Rousseaus die „Affäre" wieder lebendig geworden. Der ehemalige Ministerpräsident mit dem halb deutschen, halb französischen Namen, hatte nämlich, als er im Juni 1899 ans Ruder kam, Herrn

Millerand, das damalige Haupt der Sozialisten in sein Ministerium gezogen und damit die Kombination geschaffen, die heute einen anderen Sozialisten, Herrn Briand, an die Spitze Frankreichs geführt und in Zukunft wohl auch einmal der Republik einen sozialistischen Präsidenten geben wird. Durch dieses Bündnis einer Majorität sicher, setzte er sich zwei Aufgaben, deren erste die Erledigung der Dreyfusaffäre war, während die zweite die Zertrümmerung der royalistischen, nationalistischen und antisemitischen Partei ins Auge faßte. Ersteres ist ihm ganz, das zweite nur halb gelungen. Dreyfus wurde durch den Gerichtshof zu Rennes freigesprochen und für unschuldig erklärt, den Monarchisten und Antisemiten aber warf er einen Hochverratsprozeß an den Hals, in den gegen 70 Personen verflochten wurden, der aber dahin ausmündete, daß die furchtbare Verschwörung in eine Farce auslief. Es gab schließlich nur vier Schuldige, Paul Déroulède, dem man wegen seines Patriotismus Milderungsgründe zuerkannte und aus Frankreich verbannte, André Buffet, den flüchtigen Lur Saluces und Jules Guérin, den Helden des Fort Chabrol, der mit 10 Jahren Gefängnis am schlechtesten davonkam. Sie waren alle vor die aus Senatoren gebildete haute cour gezogen worden, die von derselben Niederlage, welche die Regierung durch das Zusammenschrumpfen ihrer Anklage getroffen hatte, mitberührt wurde. Man behauptete damals, daß wahrscheinlich Millerand den Prozeß gefordert habe, um den Senat recht gründlich bloß zu stellen. Über diese ganze aufregende Zeit hat nun Waldeck-Rousseau von Tag zu Tag gehende Aufzeichnungen hinterlassen, in denen er seine Schlachtpläne gegen die Widersacher, die er vernichten wollte, niederlegte, und diese nach allen Seiten hin kompromittierenden Papiere werden jetzt mit jedem neuen Tag im „Matin" von Herrn Buneau-Varilla, trotz des Protestes der Witwe Waldecks veröffentlicht. Es ist das in der Tat ein grausames Spiel, da die Zeugen und die handelnden Persönlichkeiten jener Tage zum Teil noch am Leben und in hohen Stellungen sind, und mit Sorgen jeden neuen Morgen einer Indiskretion entgegensehen. Die Enthüllung aber der Verschlagenheit, mit der das Netz zubereitet wurde, in dem die lästigen Persönlichkeiten sich verfangen sollten, scheint all die alten Wunden aufzureißen, die man längst vernarbt glaubte.

---

16. Februar 1911. Ultimatum Rußlands an China.
17. Februar. Rücktritt des türkischen Unterrichtsministers.
18. Februar. Die bulgarische Sobranje nimmt das neue Verfassungsgesetz an.
Ausschluß von 312 Studenten aus der Universität Petersburg.
21. Februar. Antrag von Asquith auf Beschränkung der Rechte des Oberhauses.

22. Februar 1911.

Daß die jetzige Tagung des englischen Parlaments eine der bedeutsamsten in der Geschichte Großbritanniens sein wird, kann schon heute mit voller Sicherheit angenommen werden. Die Unionisten sehen finster in die Zukunft, die liberal-radikale Koalition mit ihrem Anhang unter den Iren und Arbeitern, mit stolzer Zuversicht. Mr. Asquith geht seinen Weg unbeirrt vorwärts und ist seiner Gefolgschaft sicher. Sie hat es ihm bewiesen, als sie am 16. Februar mit 326 gegen 213 Stimmen seine Politik in der irischen Frage billigte. Sobald die Entscheidung über das Schicksal des Oberhauses gefallen sein wird, soll das Homerule für Irland durchgesetzt werden. Homerule aber definiert Asquith folgendermaßen:

„Es wird in Irland ein irisches Parlament geschaffen, mit einer irischen Exekutive, die diesem Parlament verantwortlich ist, um irische Angelegenheiten zu erledigen, jedoch stets unter der Bedingung, daß die unantastbare Oberhoheit des Reichsparlaments aufrechterhalten wird (creating in Ireland an Irish Parliament, with an Irish Executive responsible to that Parliament, to deal with purely Irish affairs, subject always to the condition that the indefeasible supremacy of the Imperial Parliament be maintained).

Dieser fortan historischen Definition des Begriffs Homerule muß, damit sie reale Wirklichkeit wird, die Annahme durch ein reformiertes Oberhaus und durch den König vorangehen, und die Absicht besteht, diese Voraussetzungen sobald wie möglich eintreten zu lassen. Wahrscheinlich wird das bereits vor der Krönung geschehen sein. Denkt man

an die bitteren Kämpfe, welche um das Homerule Gladstones 1886 und 1893 geführt wurden, so ist man erstaunt über die Ruhe, mit der das Haus seine erste prinzipielle Entscheidung getroffen hat. Der Ton der unionistischen Zeitungen ist ein elegischer, hoffnungsloser. Sie wissen bereits, daß sie unterliegen werden. König Georg hat die Politik des Kabinetts gebilligt. Das Veto zu retten, ist keine Aussicht, und damit ist auch die Möglichkeit geschwunden, Homerule zu hindern oder auch nur auf längere Zeit aufzuschieben. Ehe dieses Jahr zu Ende geht, werden höchst wahrscheinlich die Wahlen zum irischen Parlament ausgeschrieben werden. Die Debatten, die noch stattfinden müssen, werden das immerhin schwierige gesetzgeberische Detail betreffen, und das mag noch viel Zeit kosten, wohl auch Gelegenheit geben, verhaltenem Groll Luft zu machen. Aber wer mag sich dem verschließen, daß hier in großartiger Weise ein altes Unrecht gut gemacht wird? Auch die, wie es schien, intransigenten irischen Nationalisten, die früher volle Unabhängigkeit unter eigener Flagge erstrebten, sind sich dessen bewußt, wie groß das Zugeständnis ist, das ihnen gemacht wurde. So läßt sich Asquith nur aufrichtig beglückwünschen und die Hoffnung aussprechen, daß eine wirkliche Versöhnung der bisher feindlich einander gegenüberstehenden Rassen die Folge sein wird. Der Abstimmung enthalten haben sich auf Verabredung 74 Mitglieder, je 37 von jeder Partei. So Balfour und Lloyd George, J. Chamberlain und J. G. Weir.

Am 16. Mai findet die Enthüllung des Standbildes der Königin Viktoria statt, wozu Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin in London eintreffen werden, wahrscheinlich als die einzigen Gäste des Königs. Es ist ja bekannt, daß unser Kaiser ein besonderer Liebling der verstorbenen Königin war und daß er ihr die herzlichste Verehrung entgegentrug. Auch haben wir in Anlaß dieses Besuches in der englischen Presse nur erfreuliche Äußerungen gehört.

Sehr bald danach, am 22. Mai, findet die Eröffnung der von den großen Kolonien beschickten Reichskonferenz statt, der gleichfalls die größte politische Bedeutung beizumessen ist. Das Programm der Verhandlungen steht bereits fest und läßt sich unter drei großen Gesichtspunkten zusammenfassen: die Reichskonferenz soll mit weiteren Vollmachten ausgestattet und zu größerer Wirksamkeit ausgebaut werden, sie soll die Schiffahrt und den Handel betreffende, allgemein für das britische Reich gültige Beschlüsse fassen, drittens endlich eine

Mitwirkung an der Verteidigung des Reichs und anderweitige Kooperation sichern.

Die Chamberlainsche Idee des Vorzugstarifs (preferential trading) kann als endgültig beseitigt angesehen werden. Die Reichskonferenz wird unter dem Banner der Aufrechterhaltung des Freihandels tagen. Das soeben veröffentlichte Weißbuch bietet ein interessantes Material zur Beurteilung der Haltung, die von den Vertretern der Kolonien zu erwarten ist. Kanada hat keinerlei Anträge eingebracht, aber erklärt, es sei darauf vorbereitet, an der Diskussion aller vorgebrachten oder vorzubringenden Fragen teilzunehmen. Von der englischen Regierung werden folgende Fragen zur Diskussion gestellt: Stellung der britischen Inder in den Dominien, Arbeiteraustausch (wobei jedoch fraglich ist, ob die trade unions dem zustimmen werden), gleiche Zeichnung für die Marken, Vereinbarung über die Ausweisung mißliebiger Fremder. Die Anträge von Neu-Seeland und Australien treten für stärkere Zentralisation und Stärkung der englischen Einflüsse ein, während in Südafrika und Kanada das Bestreben vorzuwalten scheint, in den allgemeinen Reichsangelegenheiten den Einfluß der großen Kolonien zu steigern. In Südafrika machen auch prinzipielle Gegensätze zwischen den Buren (oder wie man jetzt in England sagt „the Dutch speaking people") und den Engländern („the English speaking people") sich geltend, die ein gemeinsames Programm erschweren. Die Buren sind Protektionisten und wenig geneigt, Opfer für die Reichsverteidigung auf sich zu nehmen, während die südafrikanischen Engländer den entgegengesetzten Standpunkt vertreten, wie ein Johannesburger Korrespondent schreibt, „um der Rasse und der Einheit des Reiches willen". Der Haupttagung werden Kommissionssitzungen parallel gehen, deren Aufgabe es sein soll, eine möglichste Gleichartigkeit der Gesetze innerhalb des Empire auf verschiedenen Gebieten vorzubereiten. Da am 22. Juni die Krönung König Georgs stattfindet, soll bis dahin alles erledigt sein. Jedenfalls kommt dieser Reichskonferenz eine höhere Bedeutung zu als den früheren, und es wird von höchstem Interesse sein, zu verfolgen, wie der natürliche Egoismus der Dominien und der auf engeren Zusammenschluß hindrängende imperialistische Gedanke, sich auseinandersetzen werden. An einem Punkt hat dieser Egoismus schon jetzt eingesetzt: Der dem Abschluß nahe Reziprozitätsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Kanada wird in England keines-

wegs als ein erfreuliches Ereignis empfunden. Die Liberalen suchen zwar die Dinge zum besten zu kehren, aber auch aus ihren Organen klingt eine gewisse Beunruhigung durch; um so rückhaltloser ist dagegen die Sprache der Unionisten, die zudem, wie „Daily Chronicle" ausdrücklich erklärt, eine Propaganda organisiert haben, um, wenn irgend möglich, die kanadisch-amerikanische Verständigung noch im letzten Augenblick zu Fall zu bringen. Es ist ihnen daher ein schlechter Scherz sehr gelegen gekommen, den sich Mr. William Bennet, republikanisches Mitglied des Repräsentantenhauses für New York City erlaubt hat. Er brachte, scheinbar in vollem Ernst, die Resolution ein, daß der Präsident mit der britischen Regierung über die Annexion Kanadas durch die Vereinigten Staaten in Verhandlung treten solle, zugleich fragte er, ob nach dieser Richtung hin nicht bereits einleitende Schritte geschehen seien? Die Antwort darauf war teils Lachen, teils entrüsteter Zuruf, da Mr. Bennet als Gegner des Reziprozitätsvertrages bekannt war. Schließlich begnügte man sich, die Resolution an das Komitee für auswärtige Angelegenheiten zu weisen, und dort ist sie rasch erledigt und mit 19 gegen 1 Stimme abgewiesen worden. Präsident Taft hat dem englischen Botschafter gesagt, wahrscheinlich werde bald von der Annexion Australiens die Rede sein, er wolle jedoch mit größter Bestimmtheit erklären, daß, wenn schon annektiert werden solle, er bei nächster Gelegenheit sich der aurora borealis, des Nordlichts bemächtigen werde. Die unionistischen Blätter aber nehmen die Sache tragisch und schlagen aus ihr Kapital, um auf die Gegner des Vertrages in Kanada einzuwirken. So sind die englischen, kanadischen und amerikanischen Blätter voll von dieser Affäre, die schließlich im Sande verlaufen wird. Die Interessen, welche zu einer handelspolitischen Verständigung zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten drängen, sind zu groß, um nicht schließlich den Ausschlag zu geben und in Kanada ist andererseits keinerlei Neigung, in die mächtige Nachbarrepublik aufzugehen. Das unzweifelhaft vorhandene Bestreben, ein selbständiger Staat zu werden, läßt sich aber bis auf weiteres nicht verwirklichen, da Kanada noch zu schwach bevölkert und infolgedessen auch zu schwach ist, um den Zusammenhang und eventuell den Schutz Englands entbehren zu können. Daß aber die Zukunft einmal dahin führen muß, die großen Dominien zu vollen Selbständigkeiten zu machen, ist ein Gedanke, der den englischen Staatsmännern nicht fremd ist. Sie rechnen in solchem Falle darauf, daß eine

Föderation an die Stellen des sich allmählich lockernden Bandes treten könnte, das sie jetzt umschließt.

Von den Fragen auswärtiger Politik, die England beschäftigen, dringt nicht viel in die Presse, aber es ist sicher, daß die persischen Interessen, die Bagdadbahnfrage und überhaupt die türkischen Angelegenheiten im Vordergrunde stehen. In der „Weser-Zeitung" vom 15. Februar hat Gustav Herlt, der von Konstantinopel aus für eine Reihe deutscher Blätter schreibt, auf Grund eines Gespräches mit dem Redakteur des „Tanin", der von einer Reise durch Mesopotamien heimgekehrt war, ein überaus lehrreiches Bild der wenig erfreulichen Zustände entworfen, die in diesen fast ganz in Händen aufständischer Araber befindlichen Gebieten vorherrschen. Er führt die Aufstände auf die systematische Agitation zurück, die seit Jahrzehnten von den Engländern in Mesopotamien und Arabien betrieben wird. In Damaskus gebe es eine ganze Kolonie englischer Offiziere a. D., die unter den mannigfachsten Verkleidungen dieser Politik dienten, deren letztes Ziel die Annektierung von Arabien, Mesopotamien und Südpersien sei, um die Verbindung zwischen Ägypten und Indien herzustellen. Wenn die Türkei jetzt die Beschleunigung des Baues der Bagdadbahn wünsche, erkläre sich das aus der endlichen Einsicht der Gefahren, die dem Bestand des Reiches drohen. Daraus erklärt sich aber auch, weshalb die englische Presse mit solchem Mißtrauen den Potsdamer Vereinbarungen gegenübersteht und durch ein Sonderabkommen mit der Türkei den Boden zurückgewinnen will, den sie für gefährdet hält. Der Aufstand der Araber soll in Vorderasien die Rolle spielen, die auf dem europäischen Kontinent andere Potenzen für England zu übernehmen bestimmt waren. Überhaupt spielt das Potsdamer Abkommen noch immer in der Presse die vornehmste Rolle und englische wie französische Blätter sind bemüht, es als Mittel zu verwenden, um die Türkei gegen Deutschland mißtrauisch zu machen. Das ist auch die Tendenz eines interessanten Artikels von Raymond Reconly in der „Revue politique et parlementaire" vom 11. Februar, die diesmal wieder eine Reihe beachtungswerter Studien bringt, unter denen ein Aufsatz von Roume über die französische Politik in Wadai hervorgehoben zu werden verdient. In den Reconlyschen Ausführungen hat uns die Charakteristik interessiert, die er vom Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter entwirft.

„Die Deutschen" — schreibt Reconly — „haben einen hoch einzu-

schätzenden Erfolg errungen. Indem sie in der Bagdadbahnfrage die Tripelentente sprengten, haben sie sich in eine vortreffliche Lage gebracht, um mit England und Frankreich zu verhandeln, wenn man genötigt sein wird, sich auseinanderzusetzen. Da die Gegner getrennt worden sind, hofft man mit jedem einzelnen von ihnen leicht fertig zu werden. Es ist die Taktik des Horatius gegen die Curiatier. Herr v. Kiderlen hat sein Debut als Minister glänzend eingeleitet. Dieser Herr v. Kiderlen in übrigens „un homme de grande valeur" und man wird sich gewöhnen müssen, mit ihm zu rechnen. Unsere Diplomaten und die andern werden gut tun, darauf zu achten. Dieser, in Bismarckscher Weise, joviale Deutsche, ist scheinbar gutmütig und ein vortrefflicher Gesellschafter, großer Biertrinker, voll lustiger Anekdoten, und dabei im Grunde der geschickteste und listigste „des compères". Dieser Minister, der das Terrain sorgfältig geprüft und alle Vorsichtsmaßregeln getroffen hat, wird kühn vorwärtsschreiten, mit straffer Brust und stolzem Blick. Wenn jemand ihm in den Weg tritt, wird er nicht zögern, seine Faust zu brauchen, zumal wenn er fühlt, daß er der Stärkere ist. Das sollte man bei uns wissen und nicht übersehen."

Nun, man kann Herrn v. Kiderlen zu dieser Porträtskizze nur Glück wünschen, den Ratschlag im Schlußsatz aber können auch wir nur recht nachdrücklich befürworten. Es ist jetzt in Frankreich fast an der Tagesordnung, bei jeder Gelegenheit gegen Deutschland zu demonstrieren. Gestern war es der Friedenspreis für Herrn Constant, heute ist es das Standbild Straßburg auf der place de la concorde, und alle Tage der „Temps", der sich jetzt darin gefällt, den russisch-chinesischen Streit als eine ungeheure Intrige Deutschlands darzustellen, wobei ihm die Phantasie so weit durchgeht, daß er bereits ganz Asien in Flammen sieht. Nun liegen die Dinge aber notorisch so, daß unsre Diplomatie, was an ihr liegt, getan hat, um einem Konflikt vorzubeugen und, daß ihr nichts ferner gelegen hat, als Rußland in ein asiatisches Abenteuer zu drängen. In gleichem Sinne ist aber mehrfach auch an dieser Stelle geschrieben worden, so daß sich schwer annehmen läßt, daß der „Temps" selbst glaubt, was er schreibt. Aber dasselbe Manöver wurde ja auch 1904 gemacht, als der japanische Krieg ausbrach, obgleich die Rolle weltkundig ist, die Frankreich und England, das eine recht zweideutig und das andere recht unzweideutig, dabei gespielt haben. Der Lärm, der heute gegen Deutschland erhoben wird, geht, wie uns scheint,

auf ein schlechtes Gewissen zurück; das Vorgehen Frankreichs in Marokko, wo die pénétration pacifique in ein System des Aussaugens ausmündet, oder, was uns weniger angeht, gegen die Senussi, die widerrechtlich und gewaltsam am Auswandern verhindert wurden, lassen sich eben nicht rechtfertigen. Was aber den russisch-chinesischen Konflikt betrifft, so hat sich China so entgegenkommend gezeigt, daß sich schwerlich annehmen läßt, daß ein Kompromiß nicht erreicht werden könnte.

In der Duma geht der Kampf um die Verfassung der Westprovinzen weiter. Ministerpräsident Stolypin hat die Angriffe des Grafen Witte in sehr eingehender Rede zurückgewiesen und sich dabei mit großer Entschiedenheit zu einer rücksichtslosen Russifizierungspolitik bekannt. Er erkennt in dieser Politik, wie wir bestimmt glauben zu Unrecht, eine staatliche Notwendigkeit und glaubt an die Möglichkeit, sie tatsächlich durchzuführen. Dem Grafen Witte aber hielt er vor, daß das allgemeine Stimmrecht, das jener empfahl, sich während der Zeit, da die erste und zweite Duma tagten, selbst das Urteil gesprochen habe. Natürlich ließ sich Graf Witte nicht überzeugen; in einer der nächsten Sitzungen ergriff er zu einem neuen leidenschaftlichen Angriff das Wort, um seinen Gegnern vorzuwerfen, daß sie, einer Oligarchie zum Vorteil, das Volk zurückdrängten und die Selbstherrschaft des Zaren beschränkten, die doch nur zum Besten der Gesamtheit beschränkt werden dürfe. Es kam dann zwischen ihm und dem Abgeordneten Stischinski zu heftigen Auseinandersetzungen, so daß in Petersburg allgemein angenommen wird, daß ein Duell zwischen beiden Herren unvermeidlich sei.

Die Studentenunruhen dauern nicht nur fort, sondern nehmen an Umfang und Roheit zu. In Petersburg hat ein Student den Professor Iwanowski tödlich mißhandelt. In Moskau haben 38 Professoren und Dozenten ihren Abschied eingereicht, an ihrer Spitze Rektor und Prorektor, 12 weitere Professoren haben soeben demissioniert, und es heißt, daß die Petersburger ihrem Beispiel folgen wollen. Die Epidemie hat mit Ausnahme von Kiew und Charkow jetzt wohl alle Universitäten ergriffen, zuletzt auch Dorpat, natürlich ohne Beteiligung der deutschen Korporationen. Was die Studenten verlangen, ist Autonomie und Beseitigung der Polizei, die man herbeigezogen hat, um die Ordnung einigermaßen aufrecht zu erhalten. Die „chemischen Obstruktionen" sind noch raffinierter geworden; man benutzt jetzt Chemi-

kalien, welche die Augen schädigen, und die wahrscheinlich die Majorität bildenden arbeitswilligen Studenten werden von der Minorität, die kein Mittel scheut, sich geltend zu machen, terrorisiert. Der Minister Kassso hält glücklicherweise an dem Entschluß fest, die Universitäten nicht zu schließen, und hat, nachdem er die Polizei versuchsweise einen Tag von der Universität ferngehalten hat, sie wieder in Tätigkeit treten lassen, da noch gröberer Unfug die Folge war. Man sieht nicht, wie das alles enden soll. Die Verhaftungen zählen bereits nach Hunderten; wegen der Unruhen am 13. Februar wurden 392 Studenten relegiert, und den Professoren versagen allgemach die Nerven. Da vor Beginn der Unruhen bereits 112 Katheder in Rußland vakant waren, stehen jetzt mindestens 150 leer; die noch übrigen Professoren aber müssen meist unverrichteter Sache aus ihren Auditorien vor dem wüsten Lärmen und Schreien der Studenten oder vor den unerträglichen Gerüchen weichen, die den Raum füllen.

Die Senatorenrevisionen haben die unerwartete Wirkung gehabt, daß die Lieferungen für den Staat den Lieferanten noch teurer zu stehen kommen als früher. Bisher betrug die Courtage, die man den Beamten zu zahlen hatte, 10 v. H., sie ist jetzt auf 25 v. H. gestiegen „weil das Risiko größer geworden ist". Dabei dauern die Revisionen noch immer fort. Im Augenblick wird davon die Petersburger Stadtverwaltung betroffen, bei der ungeheure Unterschleise festgestellt werden sollen. Man sollte demnach meinen, daß es in der Tat vor der eigenen Tür genug zu fegen gibt, und allerdings füllen die aufgeführten Tatsachen die Spalten der russischen Blätter, aber die „Nowoje Wremja" findet immer noch Raum, um ihr altes Spiel, Verdächtigung der Nachbarn, fortzusetzen. Das Neuste in diesem Genre ist die Behauptung, daß Erzherzog Franz Ferdinand sich mit der Absicht trage, eine Ukraine von den Karpathen bis zum Kaukasus unter österreichischem Zepter zu vereinigen. Zugleich aber klagt dasselbe Blatt über Vergewaltigung der in Österreichisch-Galizien lebenden Kleinrussen durch die Polen, was doch gewiß kein Mittel ist, die übrigen Kleinrussen für Österreich zu gewinnen.

Die Ministerkrisis in der Türkei ist so zum Abschluß gekommen, daß Hakki Pascha Großwesir bleibt und Halil Bey an Talaats Stelle das Ministerium des Innern übernimmt, Rifaat, Djavid Bey und Scheifket Pascha behalten ihre Posten. Die Leitung liegt offenbar noch ganz in

Händen des jungtürkischen Komitees. Mit Bulgarien ist ein Handelsvertrag glücklich zustande gekommen, aber die Gerüchte von bevorstehenden Unruhen in Mazedonien wollen nicht abbrechen. Auch der Aufenthalt König Peters in Rom ist in diesem Sinne ausgebeutet worden. Daß Ricciotti Garibaldi den angekündigten Einfall in Albanien wird ausführen dürfen, halten wir für ausgeschlossen.

24. Februar 1911. Der deutsche Reichstag nimmt das Gesetz über die Friedenspräsenzstärke des Heeres an.
25. Februar. Annahme des Handelsvertrages mit Japan durch den Senat in Washington.
27. Februar. Rücktritt des Ministeriums Briand.
28. Februar. Graf Aehrenthal tritt einen mehrmonatigen Urlaub an.
1. März. Das Ministerium Monis konstituiert sich.

1. März 1911.

Am 8. Februar gaben wir der Vermutung Ausdruck, daß eine im „Temps" aus der Feder Herrn Tardieus stammende Artikelserie einen Ansturm gegen das Ministerium Briand ankündige; wir hätten aber nicht geglaubt, daß die Tatsachen diese Vermutung so rasch bestätigen würden. Herr Briand und mit ihm das gesamte Ministerium hat demissioniert, nicht infolge einer parlamentarischen Niederlage, sondern nach einem mit geringer Majorität errungenen Vertrauensvotum, bei dem ein großer Teil der Radikal-Sozialisten sich auf die Seite der Gegner des Ministeriums schlug. Herr Briand sah ein, daß er seiner Gefolgschaft nicht mehr sicher war, und daß man ihn nötigen wolle, zu der Politik zurückzugreifen, deren Programm mit dem Namen Combes verbunden bleibt. Es kann ihm nur zur Ehre gereichen, daß er sich solchen Zumutungen entzog. Wir stehen vor dem wohl einzigartigen Fall, daß ein Ministerium stürzt, weil es sich weigert, in die Unabhängigkeit des Richterstandes einzugreifen, und weil es nicht so intolerant sein will, wie es die von den Idealen der französischen Freimaurerei — die wir mit der unsrigen nicht identifizieren wollen — erfüllte, radikal-sozialistische und revolutionär-sozialistische Minorität verlangt.

Als Herr Briand am 24. Juli 1909 das Ministerpräsidium übernahm, sah man außerhalb Frankreichs nicht mit besonderem Vertrauen den kommenden Dingen entgegen. Er hatte in den Reihen des französischen Sozialismus eine der Führerstellungen eingenommen, und die Krisis, welche durch die „Konföderation der Arbeiter", die „eingeschriebenen Seeleute" und den Ausstand der Postbeamten hervorgerufen wurde,

ließ befürchten, daß ein sozialistischer Ministerpräsident nicht der rechte Mann sein könne, um Frankreich aus diesen Wirren zu geordnetem Staatsleben zurückzuführen. Um so erfreulicher war die Enttäuschung, als Herr Briand nach allen Seiten dem jakobinischen Haß mit Energie und Konsequenz entgegentrat. Er hat sich ohne Zweifel um Frankreich verdient gemacht, und wir verstehen es daher wohl, wenn das „Journal des Débats" in einem flammenden Artikel von einem Staatsstreich spricht, den die Radikalsozialisten „un parti qui n'a que des appétits et aucune idée politique", durch den Sturz des Ministeriums gegen das Land selbst geführt haben.

Ganz ebenso können wir nur unser Bedauern über den Rücktritt Herr Pichons aussprechen. Seit er bei der Konstituierung des Ministeriums Clemenceau am 22. Oktober 1906 die Leitung der auswärtigen Politik Frankreichs übernahm, hat er mit großer Umsicht und in richtiger Einsicht in die politischen Realitäten Konflikte zu vermeiden verstanden. Daß er unser Freund nicht war, wollen wir ihm nicht verdenken. So wie nun einmal die politische Richtung der Geister in Frankreich ist, läßt sich das von einem französischen Minister des Auswärtigen nicht erwarten. Auch das verdenken wir ihm nicht, daß er sich der Suggestion nicht zu entziehen vermochte, die von König Eduard VII. ausging. Aber er war ein Mann, der sein Geschäft verstand, ein Arbeiter, der auf eigenen Füßen stehen konnte und mit dem sich sachlich und ruhig reden ließ, wenn Interessenfragen auf der Tagesordnung standen, so daß wir mehr als einmal unter Aufgabe aller Animosität uns mit ihm verständigen konnten. In der politischen und diplomatischen Welt hinterläßt er ein gutes Angedenken: un homme de bonne foi.

Daß die Bildung eines neuen Ministeriums sich rasch vollzieht, ist wenig wahrscheinlich. Es wird eine Konkurrenz der Begehrlichkeiten geben und der Ausgang läßt sich nicht absehen, da keine Persönlichkeit unter den Deputierten so weit die andern überragt, daß sie nicht zu umgehen wäre. Doch ist es wohl nicht ausgeschlossen, daß Herr Delcassé wieder auftaucht, wenngleich nicht als Minister des Auswärtigen, was wegen der Erinnerungen, die an seinem Namen haften, nicht möglich ist. Eher schon könnte an Herrn Deschanel gedacht werden, der schon lange nach diesem Posten strebt, falls nicht die Wahl auf einen der Botschafter fallen sollte.

Die französische Presse ist natürlich zumeist durch diese nächstliegenden

Interessen in Anspruch genommen. Nebenher dauert die Quälerei durch die Waldeck-Rousseau-Papiere des „Matin" fort, und neuerdings begeistern der „Temps" und andere Blätter in Anlaß der jüngsten Reichstagsverhandlungen sich wieder für die Fremdenlegion. Der „Temps" spricht von „Verleumdungen" durch die deutsche Presse und scheint vergessen zu haben, daß es ein französisches Offiziersjournal, die „Patrie", gewesen ist, welches die Fremdenlegionäre als „outlow's", „Deserteure" und Leute, die „mit Familie und Vaterland gebrochen haben" charakterisiert. Solche Leute, die ihren Namen zu nennen nicht wagen dürfen, nach deren Vergangenheit prinzipiell nicht gefragt wird, die mit der Uniform eine ehrlose Tat zu decken haben, nimmt keine Armee Europas außer der französischen in ihre Reihen auf. Wir fühlen uns keineswegs verpflichtet, aus Höflichkeit gegen den Nachbarn diese allerdings befremdliche Tatsache zu übersehen, und halten es durchaus für geboten, daß junge Leute davor gewarnt werden, sich aus Lust zu Abenteuern in diese Hölle zu begeben. Der Staatsmann, der den Mut findet, die Nation von der Fremdenlegion zu befreien und sie durch Freiwillige zu ersetzen, die dem eigenen Volkstum angehören und die sich ihrer Vergangenheit nicht zu schämen brauchen, wird Frankreich einen größeren Dienst leisten, als alle Tapferkeit der Desperados, die heute ihr Blut für eine fremde Sache hingeben.

Die erste Lesung der englischen Parlamentsbill ist vorigen Mittwoch erfolgt. Sie brachte dem Ministerium eine Majorität von 123 Stimmen (350 gegen 227) und bestimmte, daß in Finanzfragen das Veto der Lords aufhören solle, daß aber in allen anderen Fragen dem Oberhause die Macht bleibt, die Rechtskraft eines Beschlusses des Unterhauses während zweier Tagungen des Parlaments aufzuhalten, endlich daß die Dauer der Legislaturen von 7 auf 5 Jahre beschränkt werden solle. Da nun eine erste Abstimmung nicht mehr als einen formellen Charakter trägt, wird der eigentliche Kampf der Parteien erst jetzt beginnen. Es handelt sich um die Frage, ob die Reform des Oberhauses wie Lord Roseberry sie vorgeschlagen hat, und wie die Lords sie anzunehmen bereit sind, gleichzeitig mit der Parliamentary Bill verhandelt werden soll. In betreff der letzteren sind die Unionisten bereit, auf das Vetorecht in Finanzfragen zu verzichten und gegen die Verkürzung der Legislaturperiode nicht zu opponieren. Sie verteidigen nur noch ihr Vetorecht in nicht finanziellen Angelegenheiten. Auf

dieser Grundlage war während der Konferenzen der Parteiführer Asquith bereit gewesen, Frieden zu schließen, aber die Unionisten hielten sich damals noch für stark genug, um günstigere Bedingungen zu erreichen, und lehnten daher ab, was sie heute gewiß bereuen. Nun ist in den Motiven, welche dem Text der Parlamentsbill vorausgeschickt sind, allerdings gesagt, daß die Aufhebung des Vetos eine Reform des Hauses der Lords zur Folge haben solle, keineswegs aber, wann diese Reform stattfinden werde. Da sich Asquith den Iren gegenüber verpflichtet hat, Homerule durchzuzwingen, ohne, wie Balfour und die Unionisten verlangen, vorher noch einmal das Volk durch ein Referendum zu befragen, ist die Aussicht auf ein Kompromiß heute geringer als vor 8 Tagen. Die liberale Majorität ist des Erfolges sicher, sobald sie zusammenhält, eine Schwenkung in der Homerule-Frage aber müßte das Ministerium sofort zu Fall bringen. Schon der Beschluß der Iren, sich nicht an den Krönungsfeierlichkeiten zu beteiligen — was übrigens unter lauten Loyalitätsversicherungen geschehen ist —, zeigt, wie mißtrauisch sie trotz allem sind, erst wenn ihnen Homerule gewährt ist, wollen sie sich als Voll-Engländer fühlen. Weil aber ein reformiertes Oberhaus ein stärkeres Oberhaus bedeutet, fürchten sie, daß von diesem noch im letzten Augenblick Schwierigkeiten ausgehen könnten, und deshalb wollen sie nichts davon wissen, daß die Reform der Annahme des Homerule und der endgültigen Beseitigung des Vetos der Lords vorausgehe. Damit zu rechnen ist Asquith genötigt.

Auch nach anderer Richtung macht sich der irische Einfluß geltend. Man redet nicht mehr von „Homerule all round", d. h. von gleichzeitiger Einführung des Homerule auch für Schottland und Wales, sondern von „Federal Homerule", was so viel bedeuten soll, daß zunächst nur Irland zu befriedigen sei, weil — wie O'Connor ausführte — es nicht in der Art des englischen Volkes liege, mit einem Mal die volle Logik einer Politik hinzunehmen und für ein irisches Homerule die Notwendigkeit besonders klar zutage trete. Das irische Homerule müsse jedoch so beschaffen sein, daß es nicht in Widerspruch zu Prinzipien stehe, die seine Übertragung auf andere Teile des Reiches unmöglich machen. Das „Federal Homerule" verlange neben dem besonderen irischen Parlament für speziell irische Angelegenheiten zugleich eine Vertretung Irlands im Reichsparlament, damit der Zusammenhang mit den Reichsinteressen lebendig bleibe. Die Homerule-Politik des liberalen Kabinetts

sei daher eine eminent imperialistische und könne ebenso auf Schottland und Wales, wie auf die großen Kolonien übertragen werden. O'Connor behauptet, daß er auf seiner jüngsten Reise durch Kanada gefunden habe, daß sich alles auf dieses Programm zusammenzufinden bereit sei, sogar die Orangistenlogen, so daß „in der weiteren Atmosphäre dieses Dominiums mit Selbstverwaltung sogar religiöse Animositäten sich dem liberal-imperialistischen Ideal der Union und Versöhnung unterordnen".

Wie weit hier ein mehr oder minder bewußter und interessierter Optimismus mitspielt, wollen wir nicht entscheiden. Vertretung der Kolonien in einem Reichsparlament bedeutet notwendig Unterordnung unter dasselbe, und dazu ist vorläufig eine ausgesprochene Neigung nicht vorhanden. Erst die Imperial conference wird uns darüber Klarheit schaffen. Ein Londoner Korrespondent des „Temps", Philippe Millet, urteilt in dieser Hinsicht höchst pessimistisch. Er geht von der Prämisse aus, daß der Reziprozitätsvertrag zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten ohne Zweifel wie in Washington auch in Kanada Annahme finden werde, und daß, wenngleich eine politische Annexion „pour l'instant" nicht zu fürchten sei, doch die ökonomische Annexion nach Annahme des Vertrages eine vollendete Tatsache sein werde. Schon jetzt sei die amerikanische Zivilisation überall in Kanada eingedrungen. Während 1898 in das westliche Kanada 9119 Amerikaner einwanderten, seien 1903 nicht weniger als 49 473 Einwanderer aus den Vereinigten Staaten hingezogen, und zwar lauter landwirtschaftlich hervorragende Elemente. Das sei zwar noch nicht mehr als die Zahl der englischen Einwanderer und würde die Amerikanisierung Kanadas nicht erklären, wenn nicht die amerikanischen Industriellen auf kanadischem Boden große Fabrikanlagen gegründet und die englischen überholt hätten. England lege seine Kapitalien zu $^5/_6$ in Staats- und Munizipalanleihen an, Amerika fast alles in industriellen Unternehmungen. Dazu komme die amerikanische Eisenbahnpolitik. 1890 überschritten nur drei Eisenbahnen die kanadische Grenze westlich vom Oberen See, heute seien es zwölf, und die Verbindung zwischen Amerika und Kanada unendlich viel rascher als die von England aus. Die Handelspolitik der Vereinigten Staaten sei gleichfalls der englischen überlegen. England habe nur den einen British Trade Commissioner in Montreal, dazu einige subalterne Agenten, die Vereinigten Staaten 76 Konsuln oder Konsularagenten, die, durch ganz Kanada verstreut, in stetem Zusammenhang mit Washing-

ton stehen, endlich verständen es die Amerikaner besser, dem Geschmack der Kanadier Rechnung zu tragen. Schon 1895 war der amerikanische Import (11 Millionen Pfund Sterling) doppelt so groß als der englische (6), im Jahre 1909 waren es 37 Millionen gegen 14. Herr Philippe Millet gibt den Fehlern des liberalen Kabinetts schuld an dieser Entwicklung und meint, Chamberlains Zollreziprozität, wenn man sie verwirklichte, hätte das Übel abwenden können. Von dem kanadisch-amerikanischen Vertrage, der den Wohlstand und die Konsumtionsfähigkeit Kanadas bedeutend steigern müsse, würden die englischen Freihändler gewiß keinen Vorteil ziehen.

„Auf die ökonomische Lösung Kanadas wird früher oder später eine politische Trennung folgen. In dieser Hinsicht — so schließt Millet — ist es schon charakteristisch, daß von allen Dominien nur Kanada zu verstehen gegeben hat, daß ihm die bevorstehende Reichskonferenz gleichgültig sei. Das einzige Band, das in Zukunft bestehen wird, wird die Verteidigung zur See sein. Aber auch dieses Band beginnt sich zu lockern, seit die Kanadier sich entschlossen haben, eine Flotte zu bauen. In Anbetracht dieser Tatsachen fragt man sich, ob, um das Reich zu erhalten, es genügt, einen Prinzen von königlichem Geblüt zum Generalgouverneur von Kanada zu machen. Was aber völlig unbegreiflich erscheint, ist, daß England ein Jahrhundert lang Amerika geschont hat, um ihm dann seine schönste Kolonie in die Arme zu werfen."

„Federal Homerule" würde, wenn Herr Millet recht behalten sollte, demnach noch in weitem Felde sein. In Frankreich ist man offenbar mit der Politik des liberalen englischen Kabinetts nach allen Richtungen unzufrieden, und wie die Betrachtungen über die Bagdadbahn zeigen, wird diese Unzufriedenheit noch zunehmen, wenn in dieser Frage eine englisch-deutsche Verständigung erfolgen sollte, die von der Türkei als ihren Interessen entsprechend akzeptiert wird.

In betreff der während der letzten Woche von der französischen Presse und von der Rednerbühne aus verbreiteten Nachrichten über die französisch-russisch-englischen Einverständnisse verhalten sich die englischen Zeitungen entschieden ablehnend. Die „Daily News" wollen nur von gewissen Abmachungen mit Frankreich und von anderen mit England wissen, nichts von einer Verständigung zu dreien. Der Ausdruck „Tripleentente" erwecke daher eine falsche Vorstellung. Die „Nation" erklärt, das eigentliche Band zwischen Rußland und Frankreich sei stets nur ein

finanzielles gewesen, und in Anlaß der Rede Pichons formuliert wiederum die „Daily News" ihr Urteil folgendermaßen:

„Der Abschnitt in der Rede Pichons über militärische Verständigungen (conversations) zwischen Frankreich und England müsse jeden Engländer beunruhigen. Habe eine militärische Konvention existiert, so sei sie geheim; Sir Edward Grey habe niemals Anlaß zur Vermutung gegeben, daß sie bestehe. Eine solche Konvention würde inkonstitutionell sein und das Fundament der parlamentarischen Regierung erschüttern, darüber dürfe kein Zweifel sein."

Das sind Äußerungen, die man in Frankreich beachten sollte, um nicht durch Lieblingsillusionen in die Irre geführt zu werden.

In Rußland tagt jetzt neben Duma und Reichsrat ein Adelskongreß in Moskau, dem ein Telegramm Kaiser Nikolaus' II. aus voller Seele Erfolg in seinen Arbeiten zum Heile Rußlands wünscht. Diesem Kongreß hat Herr Purischkewitsch einen Bericht über die Studentenunruhen vorgetragen und folgende Fragen zur Beantwortung vorgelegt:

„Findet der Kongreß es für wünschenswert, daß 1. die Aufnahme freier Zuhörer eingestellt wird; 2. daß obligatorischer Besuch der Vorlesungen, nicht nur der Universität eingeführt wird; 3. daß ein Minimum von Vorlesungen gehört sein muß, damit ein Studienjahr angerechnet und die Zahlung erlassen wird."

Er will ferner, daß für den Besuch höherer Lehranstalten und den Bezug von Stipendien Fristen gestellt werden, Aufhebung des Systems der Fachstudien und Wiedereinführung der Kurse, Zulassung in die Universität nur auf Grund von Eintrittskarten nebst Photographie, Gründung einer Universitätspolizei, Verbot von Studentenversammlungen, sofortigen Ausschluß der Führer von Streiks und Versammlungen, Erlaß eines Gesetzes, das chemische Obstruktionen wie versuchten Totschlag straft, Ausweisung streikender Studenten aus den Universitätsstädten auf ein bis drei Jahre, Ausschluß von Juden, die an Streiks teilnehmen, mit Verlust des Rechts ferner Universitäten zu besuchen, an den Gymnasien der Kreisstädte Begründung obligatorischer Internate, Aufhebung der mit der Verleihung von Universitätsdiplomen verbundenen staatlichen Rechte, Normierung der Zahl der Studenten, Aufhebung der studentischen Mittagstische als Zentren revolutionärer Propaganda!

Nebenher ging eine Reihe von Anträgen, die gegen die Professoren gerichtet waren, die Herr Purischkewitsch einer schärferen Kontrolle unterstellen und für Versäumnis von Vorlesungen strafen will. Der Gang der Debatte zeigte, daß diese Anträge, deren Verwirklichung mehr Übles als Gutes stiften und, wie man sagt, das Kind mit dem Bade verschütten würden, in der Versammlung sehr sympathisch aufgenommen wurden. Es war dieser Kongreß, wie eines der Mitglieder, Herr Markow II, ausführte, in der Tat ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung, speziell gegen den Unterrichtsminister, von dem wir überzeugt sind, daß er mit besserer Kenntnis und ruhigerem Urteil den betrüblichen Erscheinungen an den russischen Hochschulen gegenübersteht. Die Zustände, wie sie zurzeit sind, tragen allerdings einen nicht zu duldenden Charakter, aber wir glauben, daß Herr Kassso den richtigen Weg geht, wenn er die Universitäten nicht schließt und sich auf Beseitigung der Rädelsführer beschränkt. Daß die Professoren vor zwei bis drei Zuhörern unter polizeilichem Schutz, bei steter Gefahr, „chemisch obstruiert" zu werden, schließlich nicht lesen wollen, ist begreiflich. Die Abschiedsgesuche, deren Zahl immer noch steigt, beweisen wohl, daß ihre Lage unerträglich geworden ist. Irren wir nicht, so ist nach Säuberung der Universitäten von den Rädelsführern, die der sozialrevolutionären Partei angehören, die Verleihung wirklicher akademischer Freiheit an die Studenten und voller Autonomie an das Professorenkollegium, etwa nach deutschem Muster, das einzige Mittel, mit den Schäden aufzuräumen, die eine ernste Gefahr für das Reich zu werden drohen. Das ganze unwissenschaftliche System der Kurse mit jährlichem Abschlußexamen und obligatorischem kontrollierten Kollegienbesuch, das jede Freiheit wissenschaftlicher Entwicklung ausschließt, müßte entschlossen beseitigt und anderseits dafür Sorge getragen werden, daß Elemente, die nach Erziehung, Mitteln und Kenntnissen nicht in die Universität gehören, von ihr ferngehalten werden. Das Elend, in welchem ein außerordentlich hoher Prozentsatz russischer Studenten und Studentinnen lebt, spottet aller Beschreibung und ist allen Mitleids wert. Diese betrübliche Erscheinung erklärt sich aber zum Teil dadurch, daß in der Tat Elemente zum Studium an Universitäten drängen, denen die Voraussetzungen gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Bildung fehlen, wobei das letztere zu nicht geringem Teil auf die geringen Leistungen zurückzuführen ist, welche von russischen Gymnasien erzielt werden, und

durch die steten Unterbrechungen des Unterrichts noch verschlimmert wird. Und noch eins mag bei diesem Anlaß hervorgehoben werden. Die Abgangszeugnisse der russischen Gymnasien, die uns bei der großen Zahl russischer Studenten, die nach Deutschland drängen, häufig zu Gesicht kommen, geben erfahrungsmäßig keinen zuverlässigen Maßstab für die Studienreife der Inhaber. Aber da das Programm dieser Gymnasien oder anderer zum Universitätsbesuch berechtigender Anstalten mit dem unserer höheren Schulen formell identisch ist, finden die Inhaber dieser Zeugnisse bei uns ohne weiteres Aufnahme. Die Reifezeugnisse, die wir erteilen, werden dagegen in Rußland nur in Ausnahmefällen anerkannt, es wird vielmehr von unseren Abiturienten eine Prüfung an einem russischen Gymnasium in russischer Sprache, Geschichte und Literatur verlangt, wenn sie an russischen Universitäten studieren wollen. Diese Vergünstigung gilt aber nur für russische Untertanen, deren Eltern in Deutschland leben, wobei speziell an die Diplomaten zu denken ist, die bei uns einen Posten bekleiden. Das gibt eine unwürdige Stellung für die Inhaber unserer Reifezeugnisse und ist zugleich eine durch nichts gerechtfertigte Mißachtung unserer Schule. Es wäre daher nur billig, daß uns entweder volle Reziprozität gewährt wird, oder daß wir in Zukunft nur solche Absolventen russischer Lehranstalten an unseren Universitäten und technischen Hochschulen zulassen, die sich als Externe einem Abiturientenexamen an unseren Gymnasien oder Realschulen unterzogen haben. Auch hätte eine solche Maßregel den Vorzug, eine Anzahl unliebsamer Elemente von den deutschen Hochschulen fernzuhalten und die Qualität der russischen Zeugnisse festzustellen.

Die Universitätsfrage ist jetzt so sehr das alles übrige in den Hintergrund drängende Problem, daß andere Fragen in der Presse kaum Beachtung finden. Aus dem, wie es scheint, einer gütlichen Ausgleichung entgegengehenden Konflikt mit China weiß die öffentliche Meinung Rußlands nicht recht, was sie machen soll. Sie war zunächst instruiert, scharfe Noten anzuschlagen, und hat das mit der ihr eigenen Freude an Übertreibungen getan, danach mußte sie abwiegeln, was in wahrhaft drastischer Weise von der „Nowoje Wremja" vollzogen worden ist, während andere, weniger an unvermitteltes Umspringen gewohnte Blätter noch an der ersten Richtung festhalten, vielleicht in der Hoffnung, daß noch eine Kontreorder folgt, was keineswegs unmöglich ist.

Sehr merklich im Steigen begriffen ist die antisemitische Hochflut, die durch Rußland zieht und nur von Kadetten und Sozialisten nicht begünstigt wird; endlich fällt immer mehr auf, daß die Regierung die Mariaviten in Polen mit aller Energie unterstützt. Es scheint sich in der Tat auf russischem Boden ein antiklerikaler Katholizismus auszubilden, der unter dem Schutz, der ihm zuteil wird, zu einer Macht heranwachsen könnte. Auch kann es nicht für ausgeschlossen gelten, daß er sich dauernd auf Russisch-Polen beschränken wird.

2. März 1911. Annahme der Vetobill in 2. Lesung durch das Unterhaus.
4. März. Vereidigung des persischen Regenten Nasr ul Mulk auf die Verfassung.
6. März. Vertrauensvotum der franz. Kammer für das Ministerium Monis.
8. März. Mobilisierung amerikanischer Truppen an der Nordgrenze Mexikos.

---

8. März 1911.

Überraschend schnell ist die Konstituierung des neuen französischen Kabinetts unter Herrn Monis als Ministerpräsidenten zustande gekommen. Der Präsident der Republik hat alle Welt überrascht, indem er einen Mann mit der Verantwortung für die Stellung Frankreichs in der Weltpolitik betraute, auf den weder in Frankreich noch irgendwo sonst jemand verfallen wäre. Und gleich überraschend war die Ministerliste, die Herr Monis komponierte. Das neue Kabinett, meint der „Daily Chronicle", wird die Ansichten der revolutionären Sozialisten reflektieren, und das ist offenbar richtig, da Herr Jaurès seinen Anhängern den Befehl zugehen läßt, sich dem Ministerium mit ihren Stimmen zu unbedingter Verfügung zu stellen. Gleicher Jubel herrscht in den Kreisen der C. G. T., des allgemeinen Arbeiterbundes und der Cheminots, der streikenden Eisenbahner, die nun mit voller Bestimmtheit darauf rechnen können, daß ihnen all ihre Sünden vergeben sind.

In merkwürdiger Weise repräsentiert das neue Kabinett zugleich ein Bündnis des Großkapitals mit dem extremen Sozialismus. Herr Monis gehört zu den reichsten Männern Frankreichs, und ein Teil seiner Kollegen sind Multi-Millionäre, dazu stehen sie alle in nahen Beziehungen zu Herrn Combes, dessen Ministerium den Franzosen in übeler Erinnerung geblieben ist. Der Minister des Auswärtigen, Herr Cruppi, dessen frühere Ministerkarriere längst verblaßt und vergessen war, wird wohl eine Stütze an dem Stab geschulter Beamten finden, die Herr Pichon ihm hinterläßt, vielleicht auch an dem neuen Marineminister Herrn Delcassé, unserm besonderen Freunde, obgleich uns in allen Tönen versichert wird, daß Herr Delcassé entschlossen sei, sich auf sein Ressort

zu beschränken, und daß Herr Cruppi unbeeinflußt seine eigenen Wege gehen werde. Das wäre zwar wunderbar, aber unmöglich ist es nicht, und wir wollen es bis auf weiteres annehmen. Erstaunlich ist immerhin, daß an keinen der französischen Botschafter gedacht worden ist, als es sich um Besetzung des freigewordenen Sessels am Quai d'Orsay handelte, etwa an einen der Brüder Cambon, die sich doch einen Namen gemacht haben, oder an Herrn Bompard, den Botschafter in Konstantinopel. Es wären noch andere Namen von Klang zu nennen. Aber offenbar muß man im Moment einer Ministerkrisis in Paris sein und zugleich einen Sitz im Parlament haben, um nicht vergessen zu werden. Von den übrigen Ministern ist der des Krieges, Herr Berteaux, der bekannteste, die übrigen sind, abgesehen von ihrer Parteiangehörigkeit, leere Blätter, niemand weiß, was sich von ihrer Leistungsfähigkeit erwarten läßt. In Summa geht die Meinung dahin, daß Frankreich nur selten ein Ministerium von größerer Unbedeutendheit gehabt hat. Delcassé, der für die größte Kapazität gilt, war aber, bei all seinen Gaben, ein politischer Phantast, der seine Wünsche für Realitäten hielt und scheitern mußte, als Schein und Wirklichkeit einander gegenübertraten.

Man hat es Herrn Fallières sehr übel genommen, daß er durch Herrn Monis und dessen Genossen Frankreich den Sozialrevolutionären ausgeliefert hat, und darüber ist manches bittere Wort gefallen. Auch findet man es nicht korrekt, daß er ein so ausgesprochenes Parteiministerium komponieren ließ, obgleich Herr Briand, als er zurücktrat, eine Majorität der anderen Gruppen für sich hätte, und diese doch auch Berücksichtigung verdient hätten. Das alles deutet auf Sturm im Innern, während nach außen weitergehende Aktionen schwerlich zu erwarten sind. Der Lärm um die Vlissinger Befestigung hat bereits fast ganz nachgelassen, seit Holland gezeigt hat, daß es nicht willens ist, sich bevormunden zu lassen; die Emphase, mit der die gesamte französische Presse die schlechte Sache der Fremdenlegion verteidigt, ruft nur Achselzucken hervor. Wenn die französische Armee es möglich findet, in ihre Reihen eine Legion minderer Ehre aufzunehmen, ist das ihre Sache. Die verlorenen Söhne anderer Nationen, die dieser militärischen Ethik Frankreichs zum Opfer fallen, sind eben verloren. Was uns angeht, ist die Art dieser Rekrutierung. Daß Frankreich dabei rücksichtslos verfährt, mag sich ja aus der ungeheuren Zahl der Desertionen und der sich nicht zum Dienst in der französischen Armee stellenden Wehrpflichtigen er-

klären. Ihre Zahl betrug von 1904 bis 1907 im Durchschnitt, nach französischen Angaben, die nicht bestritten worden sind, jährlich 14 000 Mann, oder 3 v. H. der Einberufenen. Es ist nicht anzunehmen, daß dies Prozentverhältnis inzwischen günstiger geworden ist. Eben jetzt hören wir von neuen Weigerungen der inscripts maritimes, ihrer Dienstpflicht gerecht zu werden. Auch die Abnahme der Geburten mag hier mitspielen. Aber dieses Versagen der eigenen Volkskraft rechtfertigt nicht die Aufnahme Unmündiger. In dieser Hinsicht wenigstens ist eine Remedur unerläßlich, und das geflissentliche Umgehen jeder Prüfung der Angaben der sich zur Fremdenlegion Meldenden über ihr Alter und ihre Vergangenheit ist mit den ungeschriebenen Gesetzen internationaler Ethik absolut unvereinbar.

In England sind charakteristischerweise die Organe der Unionisten Lobredner des Kabinetts Monis, die Liberalen Gegner desselben. Uns ist dabei aufgefallen, mit welcher Schärfe die „Daily News" den Stand der französischen Marine beurteilen, zumal erst kürzlich eine Verherrlichung derselben durch die französische Presse ging und die Überlegenheit betont wurde, die Frankreich durch seine Unterseeboote und durch sein Marinepersonal, auch England gegenüber, erreicht habe. Die „Daily News" schreiben dagegen:

„Die Verwaltung der französischen Marine ist notorisch skandalös, und es wird interessant sein, zu sehen, ob Herr Delcassé das Mittel finden wird, den Franzosen für ihr Geld etwas zu geben, was einer Marine ähnlich sieht."

Daran knüpft sich die weitere Bemerkung, daß Herr Delcassé während der fünf Jahre, da er Privatmann war, hoffentlich sehr vieles gelernt haben werde.

„Frankreich bedarf keiner aggressiven Politik, und unser Land wird in keiner Weise an einer Kombination teilnehmen, die gegen Deutschland gerichtet ist."

Der „Eclair", dem wir dieses Zitat entnehmen, bemerkt dazu:

„Der letzte Satz dieses inspirierten Artikels der „Daily News" kann nicht unbemerkt und unverstanden bleiben. So unangenehm das für gewisse hartnäckige Träumer sein mag nach all den Lobpreisungen der entente cordiale, ein Gutes hat es: Umschweife werden hier nicht gemacht, und das wird uns davor bewahren, dem Schein,

falschem Glanz und eitlen diplomatischen Formeln zu trauen. Die Enttäuschung ist grausam: aber eine harte Wahrheit ist immer noch besser als ein utopischer Wahn. Avis au Trio Cruppi-Delcassé-Berteaux!"

In England hat die 2. Lesung der Parlamentsbill vier Tage gedauert und dem Kabinett Asquith den Sieg mit 368 gegen 243 Stimmen, also mit zwei Stimmen Majorität mehr als bei der ersten Lesung, gebracht. Jetzt tritt eine Pause von zwei bis drei Wochen ein und danach folgt die Beratung der Amendements, die den Debatten der dritten Lesung vorausgehen. Der Ausgang kann nicht zweifelhaft sein. Überraschend aber ist die von Blättern aller Farben bezeugte Gleichgültigkeit gegenüber den auch in der Kammer vor wenig besetzten Bänken, aber mit großer Leidenschaft geführten Debatten. Das gleiche wird auch bei Beratung der sehr zahlreichen von der Opposition eingebrachten Amendements geschehen. Die große Masse der Bevölkerung bringt nur geringes Interesse den Einzelheiten entgegen. Für sie ist die Hauptentscheidung bereits durch den Ausfall der Wahlen gegeben. Dagegen ist charakteristisch, daß in beiden Parteien innere Gegensätze zum Ausdruck kommen. Balfour hat gegen die Jung-Tories zu kämpfen, welche sich für ein aus der Wahl hervorgegangenes Oberhaus aussprachen, während er daran festhalten will, daß die Peers erbliche Mitglieder des Hauses der Lords bleiben. Damit kommt er aber den Wünschen des linken Flügels der Liberalen entgegen, die von einer Reform, durch welche das Oberhaus an Ansehen und folglich auch an Einfluß gewönne, nichts wissen wollen. Ihrer Meinung nach würde es genügen, sich auf völlige Beseitigung des Vetos des Oberhauses zu beschränken, und im übrigen die Lords bei ihrer Verfassung zu lassen. Sir Henry Dalziel, der Führer der Radikalen, hat bereits das Amendement eingebracht, daß der einleitende Satz der Parlamentsbill, der eine Reform des Hauses der Lords ankündigt, gestrichen werden solle. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es jedoch dabei bleiben, daß Asquith seine Fassung der Bill auch in dritter Lesung durchbringt.

Eine interessante Nachricht kommt aus Südafrika. Das Unionsparlament hat alle früheren Gesetze der einzelnen Unionsstaaten, welche die Frage der Einwanderung betreffen, aufgehoben und in Anpassung an Australien ein für die gesamte Union geltendes Gesetz erlassen, das von der Rasse und Farbe der Einwanderer ganz absieht und

dagegen einen Bildungszensus einführt. Verboten ist der Eintritt in das Gebiet der Union

„jeder Person, die, wenn ein dazu bestellter Immigrationsbeamter ihr nicht weniger als 50 Worte in einer Sprache diktiert, deren Auswahl ihm freisteht, jene Worte nicht zur Zufriedenheit des Beamten schreibt".

Es liegt auf der Hand, daß damit die Zurückweisung unbequemer Einwanderer ganz in den Willen jener Beamten gelegt wird, die nur eine Sprache zu wählen brauchen, von der sie wissen, daß sie dem Einwanderer fremd ist. Außerdem finden Abweisungen statt infolge physischer oder geistiger Krankheit, ungenügender Mittel, Degeneration oder endlich, wenn Nachrichten vorliegen, die es glaubhaft machen, daß der Betreffende ein unerwünschter Bürger sein werde. Nicht zu verbieten ist die Einwanderung von Mitgliedern von Armee und Flotte, von Offizieren und Mannschaft fremder Kriegsschiffe, von Personen, die bei der Union empfohlen sind usw. Dagegen bestimmt die Bill, daß abgewiesene Einwanderer, die dennoch in die Union eindringen, mit 3 Monaten Gefängnis und eventuell mit Zwangsarbeit zu bestrafen und dadurch aus der Union zu entfernen sind. Wer verdächtig ist, Eindringling zu sein, kann ohne weiteres verhaftet und vor Gericht gezogen werden.

Diese Bestimmungen, die weit strenger sind als die früher geltenden, sind ohne Zweifel vornehmlich gegen Inder und Mongolen gerichtet, umgehen aber geschickt, sie zu nennen, um die englische Regierung der Notwendigkeit zu entheben, für ihre indischen Untertanen und ihre Verbündeten im fernen Osten einzutreten.

In Rußland wird das Fest des 50jährigen Jahrestages der Aufhebung der Leibeigenschaft gefeiert, ohne daß es zu einer rechten Freude kommen will. Die Parteigegensätze stehen einander in außerordentlicher Schärfe gegenüber. Die Studentenunruhen in beiden Residenzen dauern fort; in Moskau ist das Entlassungsgesuch von 12 Professoren von der Regierung endgültig angenommen worden, 490 Studenten, davon 370 in Moskau, sind relegiert worden, die früheren ausgeschlossenen (168 in Moskau, 60 in Warschau usw.) nicht mitgerechnet; von den 30 Millionen Rubeln, die für den Bau von vier Schlachtschiffen angewiesen waren, sind 12 Millionen spurlos verschwunden, die Revision der Petersburger Stadtverwaltung durch den Senator Neidthardt (Schwager Stolypins) hat zur Entdeckung schlimmer Mißstände geführt

und in der Stadtverordnetenversammlung eine skandalöse Szene zur Folge gehabt, so daß das Stadthaupt und dessen Gehilfe unter den Zurufen: Diebe hinaus! das Sitzungslokal verlassen mußten. Dagegen sind aus Charbin günstige Nachrichten über die Abnahme der Pest eingelaufen, und die russisch-chinesischen Gegensätze scheinen in eine gütliche Verständigung auszumünden. Interessant ist eine Reihe statistischer Notizen, die den materiellen Fortschritt illustrieren, den Rußland in den Jahren 1861—1911 gemacht hat. Die Einnahmen sind von 359 Millionen auf 2526 Mill. Rbl., die Ausgaben von 438 auf 2451 Mill. Rbl., der Export stieg von 181 auf 1438 Mill. Rbl., der Import von 159 auf 896 Mill. Rbl. Aus 1488 Werst Eisenbahnen sind 64 101 geworden, die Sparkasseneinlagen sind von 8 auf 1562 Millionen gestiegen. Der Konsum des Zuckers stieg von 1,5 Pfund auf 15,4, der Verbrauch von Branntwein sank von 20,7 Flaschen auf 11,6 auf den Kopf der Bevölkerung. Weniger erfreulich ist die für die Jahre 1906 bis 1910 einschl. festgestellte Selbstmordziffer für Petersburg. Die Selbstmordversuche betrugen 1906 — 906, 1907 — 1377, 1908 — 2268, 1909 — 2380, endlich 1910 — 3196, was in Summa für Petersburg allein 10 224 angezeigte Selbstmordversuche gibt. Wie groß mag da die Ziffer für ganz Rußland sein?

Im allgemeinen wird man zu dem Schluß gelangen, daß, so groß das Verdienst war, das Kaiser Alexander II. sich durch Aufhebung der Leibeigenschaft erworben hat, das Resultat den Erwartungen nicht entsprach, die man an diese befreiende Tat knüpfte. Die 50 Jahre, die seither verflossen sind, waren schwere Jahre für Rußland, trotz der ungeheueren Ausdehnung des Reiches während dieser Periode und der zweifellos auf das Beste des Staates gerichteten Bestrebungen der drei Kaiser, deren Regiment in dieses halbe Jahrhundert fällt. Der polnische Aufstand, an dem der intolerante russische Nationalismus heranreifte, die schlecht ausgeführten Reformen und der russisch-türkische Krieg, an denen erst der passive, dann der aktive und terroristische Nihilismus erwuchs, charakterisieren den Abschluß der Regierung Alexander II. Die Periode der Reaktion, die mit Alexander III. begann und bis über den Ausgang des unglücklichen russisch-japanischen Krieges dauerte, um dann in die Revolution der Jahre 1905 und 1906 auszumünden, führte zur Verleihung der Verfassung, die bestimmt war, aus Rußland einen Rechtsstaat im europäischen Sinn des Wortes zu machen, die aber

infolge der Maßlosigkeit der beiden ersten Volksvertretungen und des geringen Einflusses, den sich die dritte Duma zu erwerben verstand, den Anlauf zu einer neuen Reaktion kirchlichen, nationalistischen und bureaukratischen Charakters brachte, deren Ausgang auf ein unsicheres Zukunftsbild hinweist. Zufrieden ist, soweit sich derartige Strömungen erkennen lassen, niemand in Rußland, aber wir sind überzeugt, daß alles bereit sein würde, sich einem starken und nachhaltigen Willen zu beugen.

Neuerdings ziehen die orientalischen Angelegenheiten wieder die Aufmerksamkeit auf sich. Der Einfluß des Komitees Einheit und Fortschritt in Saloniki greift offenbar zu tief in das staatliche Leben ein und erschwert durch sein Mißtrauensvotum bald gegen diesen, bald gegen jenen Minister dem Großwesir das Regiment. In Albanien scheint sich ein neuer Aufstand vorzubereiten, der Aufstand der Araber dauert fort und seine Bewältigung wird noch dadurch erschwert, daß die Cholera dem türkischen Heere droht. Dazu schwirren allerlei beunruhigende Nachrichten um. So wird der „Nowoje Wremja" vom 4. März aus Konstantinopel telegraphiert, daß die Häupter der arabischen Stämme mit ausländischen Konsuln Verhandlungen über die Proklamierung der Unabhängigkeit Yemens unter englischem Schutz führen. Der Militärgouverneur von Assir, Soliman Pascha, habe Befehl erhalten, mit den Führern des Aufstandes in Yemen Verhandlungen anzuknüpfen und ihnen eine weitgehende Autonomie für den Fall zu versprechen, daß der Aufstand aufhöre. Von diesen Nachrichten erscheint uns nur die letzte richtig. England hat zurzeit zu viel mit seinen inneren Angelegenheiten zu tun, um einen Konflikt mit der Pforte zu provozieren, der zu bedenklichen Wendungen führen könnte. Auch ist, soviel sich sehen läßt, England bemüht, möglichst gute Beziehungen zur Pforte aufrecht zu erhalten. Daß für April ein neuer Aufstand in Mazedonien angekündigt wird, gehört so sehr zum Frühlingsprogramm der Alarmisten, daß wir dieser Nachricht um so weniger Wert beimessen, als Bulgarien jetzt bemüht ist, aus handelspolitischen Rücksichten der Pforte angenehm zu sein. Die Annäherung des bulgarischen Exarchats an das Patriarchat scheint in eine Verständigung auf der Grundlage auszumünden, daß die Bulgaren bereit sind, den Patriarchen als Haupt der „großen Kirche" anzuerkennen und sich nur die Administration der eigenen Diözesen vorzubehalten, auch sind sie bereit, den Patriarchisten auf bulgarischem und dem strittigen mazedonischen

Boden ihre besondere kirchliche Vertretung zu lassen. Man hat daraus den Schluß auf eine bevorstehende politische Einigung, ja sogar auf ein Bündnis Bulgariens und Griechenlands ziehen wollen, was mindestens verfrüht ist.

Für Griechenland ist jetzt die Hauptfrage, ob Venizelos, der offenbar staatsmännische Fähigkeiten zeigt, mit seinen Verfassungsprojekten durchdringt. Es handelt sich um Abschaffung des Einkammersystems durch Begründung eines Senats, was allerdings einen großen Fortschritt bedeuten würde — falls die geeigneten Senatoren zu finden sind. Das aber ist keineswegs ganz sicher.

Der endlich in Teheran eingetroffene Regent, Nasr ul Mulk, ist sowohl in England wie in Rußland persona grata und hat es verstanden, sich beim Medschlis in Respekt zu setzen. Man muß hoffen, daß es den erwarteten amerikanischen Finanzräten gelingen wird, die überaus schwierige Lage der Schulden Persiens zu ordnen. In diesen Finanzfragen liegt der Kern aller politischen und materiellen Nöte des Landes, dessen natürlicher Reichtum in den Händen uneigennütziger Verwalter genügen müßte, allen Forderungen gerecht zu werden.

Besorgnis erregt neuerdings das Erscheinen afghanischer Stämme an den südöstlichen Grenzen Persiens. Man bringt es mit der Unterbindung des Waffenhandels durch die englischen Kriegsschiffe in Zusammenhang, die im persischen Golf kreuzen.

Die Nachrichten von einem Zusammenwirken Englands, Rußlands und Frankreichs gegen Tibet ist offenbar falsch und vielleicht darauf zurückzuführen, daß England und Rußland sich gegenseitig die wissenschaftlichen Expeditionen wieder freigegeben haben, die das Abkommen von 1907 untersagte.

In Korea soll eine nationale Erhebung gegen die Japaner ausgebrochen sein. Sie wird wohl erbarmungslos niedergeschlagen werden. Die sozialistische und antidynastische Verschwörung in Japan ist unterdrückt worden und beschäftigt die Gerichte. Aber wir sehen daraus, daß Japan nicht nur die technischen Errungenschaften Europas, sondern auch seine politischen Krankheiten übernimmt. Es wird sich zeigen, ob es auch zu den politischen Gegenmitteln zu greifen die Kraft und Weisheit hat, die dem Staat das gute Gewissen und das Recht energischen Schutzes seiner Autorität sichern.

Von japanisch-amerikanischen Gegensätzen, sogar von einem bald bevorstehenden Kriege wird neuerdings wieder viel geschrieben und geredet. Richtig daran ist wohl nur die tiefe Antipathie der Amerikaner gegen Japan; von da bis zu einem Kriege ist ein weiter Weg im figürlichen und auch im geographischen Sinne.

Nachrichten, die der New Yorker „Sun" aus Galveston (Texas) zugehen, berichten, daß amerikanische und mexikanische Detektivs den Beweis erbracht hätten, daß die gegen Porfirio Diaz erhobene Empörung von Amerika aus mit Geld und Waffen unterstützt worden sei. Eine Liste von gegen 200 Namen, darunter über 20 wohlbekannte Bürger von Texas, ist aufgefunden worden, und einer der Führer des Aufstandes, Higino Toguma, der die Beziehungen vermittelt, in Brownsville verhaftet worden. Die mexikanische Regierung bemüht sich — wohl vergeblich — um seine Auslieferung.

10. März 1911. Nachricht von Erfolgen der Türken in Yemen.
11. März. Sistierung der mexikanischen Verfassung.
13. März. Rede Sir Edward Greys über die deutsch-englischen Beziehungen.

---

15. März 1911.

Die aufständische Bewegung in Mexiko, von der seit einem Vierteljahr mehr oder minder alarmistische Nachrichten in die europäische Presse übergingen, hat eine größere politische Bedeutung gewonnen, seit Amerika sich gedrungen fühlt, durch Mobilisierung eines Drittels seiner Armee die spanisch-mexikanische Nordgrenze zu schützen. Der Grenzkordon, der so errichtet worden ist, umfaßt Texas, Neu-Mexiko und Arizona und ist bestimmt, wie Präsident Taft offiziell erklärt hat, der Neutralität der Vereinigten Staaten Respekt zu sichern. Er hat zweitens kundgetan, daß er die Bildung einer unabhängigen Regierung im nördlichen Mexiko verhindern wolle, daß er endlich in Übereinstimmung mit Präsident Diaz die Ausländer und ihr Eigentum schützen wolle. Obgleich nun keinerlei Recht besteht, die Äußerungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten anzuzweifeln, kann doch keineswegs angenommen werden, daß er damit ein erschöpfendes Bild der Politik hat geben wollen, welche die Vereinigten Staaten in Hinblick auf die gegenwärtige Lage in Mexiko, einzuhalten gedenken. Das hohe Alter von Porfirio Diaz und die Wahrscheinlichkeit, daß im Fall seines Todes Unruhen in den einzelnen mexikanischen Bundesstaaten ausbrechen, spielt aller Wahrscheinlichkeit nach mit. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß das indianische Halbblut, das einen beträchtlichen Teil der mexikanischen Bevölkerung ausmacht, an sich zu revolutionären Bewegungen geneigt ist, und daß die Insurgenten des Nordens von den Vereinigten Staaten aus bewaffnet wurden, natürlich gegen Wissen und Willen der Regierung in Washington. Wie jedoch unkontrollierbare Nachrichten behaupten, nicht ohne Mitwissen und Unterstützung großer

amerikanischer Kapitalisten, die ein finanzielles Interesse an einer Stärkung des amerikanischen Einflusses in Mexiko haben.

Es spielt aber noch ein weiteres Problem von internationalem Interesse mit. Seit die Arbeiten am Panamakanal in verstärktem Tempo fortgeführt werden und ihrer Vollendung entgegensehen, gewinnen die westmexikanischen Häfen an strategischer und politischer Bedeutung. Der wohlorientierten Korrespondenz eines russischen Blattes und telegraphischen Meldungen der Presse entnehmen wir die Nachricht, daß Mexiko einen Traktat mit Japan abgeschlossen habe, der zur Aufhebung der Konzession führte, die den Vereinigten Staaten die Magdalenenbai als Kohlenstation und Basis für die Kriegsmarine öffnete. Wir betonen dabei ausdrücklich, daß weder jener Vertrag mit Japan, noch auch die Öffnung der Magdalenenbai aus authentischer Quelle bekannt ist. Die Schlüsse, die aus diesen angeblichen oder wirklichen Tatsachen gezogen werden, gehen nun dahin, daß das Endziel der amerikanischen Politik auf die Erwerbung des südlichen Teiles von Niederkalifornien gerichtet sei, in dem die Magdalenenbai liegt. Die amerikanischen Kreuzer, die jetzt an der Ost- und Westküste der Vereinigten Staaten von Mexiko tätig sind, sollen offiziell den Waffenschmuggel verhindern, also das leisten, was die mexikanische Regierung im eigensten Interesse selbst tun sollte und — wie es scheint, nicht zu tun vermag. Wäre Porfirio Diaz bei völliger körperlicher und geistiger Rüstigkeit, so hätte ein Protest seinerseits wohl diese Bevormundung zurückgewiesen, wie sich aus einer Äußerung schließen läßt, die der zurzeit in New York anwesende mexikanische Finanzminister getan hat, als er mit völliger Bestimmtheit ein Eingreifen Amerikas in mexikanische Angelegenheiten als beleidigend zurückwies und als casus belli bezeichnete.

Wenn man diese Nachrichten analysiert, fällt zunächst auf, daß sie eine Besorgnis vor japanischen Angriffsplänen zeigen, die zwar unter amerikanischen Alarmisten verbreitet ist, an die aber die politisch richtig orientierte Regierung in Washington zurzeit nicht glauben kann. Es ist allerdings richtig, daß Japan den mexikanischen Dingen besonderes Interesse zuwendet und daß zahlreiche Japaner sich in Mexiko aufhalten, wo eine nationale Antipathie ihnen nicht entgegentritt. Daraus auf Anschläge Japans zu schließen, wäre aber unbillig. Der japanische Ehrgeiz richtet heute mehr als je sein Gesicht nach Westen, wo die mandschurischen, koreanischen und chinesischen Angelegenheiten die höchste Aufmerksamkeit

der japanischen Politiker in Anspruch nehmen. Sollte es je zu einem amerikanisch-japanischen Konflikt kommen — und wenn Amerika nicht angreift, scheint er uns für absehbare Zeit ausgeschlossen —, so kann er sich nur gegen die Philippinen, und äußerstenfalls gegen Hawai richten, nicht gegen den amerikanischen Kontinent. Sollte der oben angeführte Vertrag über die Magdalenenbai wirklich existieren, so würde er der Furcht der Japaner vor einer möglichen amerikanischen Aggression, nicht eigenen kriegerischen Absichten entspringen. Immerhin ist anzunehmen, daß Präsident Taft und auch Staatssekretär Knox diese mexikanischen Unklarheiten zum Anlaß nehmen werden, die Befestigung des Panamakanals noch zu beschleunigen. Auch läßt sich nicht übersehen, daß die Magdalenenbai in ehrgeizigen Händen zu einem Gibraltar des Stillen Ozeans werden könnte.

Wir notieren in diesem Zusammenhang die weitere Nachricht, daß eine neue Erhebung in Kuba bevorstehen soll, die, wenn sie nicht rechtzeitig von der kubanischen Regierung unterdrückt wird, unweigerlich die Annexion der Insel nach sich ziehen müsse. Die dahin lautenden Erklärungen der amerikanischen Regierung sind noch in frischer Erinnerung, und die bevorstehende Eröffnung des Panamakanals erhöht die strategische Bedeutung Kubas so beträchtlich, daß der volle Besitz der Insel allerdings erstrebenswert scheint.

Die russisch-chinesischen Verhandlungen haben trotz des günstigen Anfangs zu einer Entscheidung noch nicht geführt. Es scheint, daß russischerseits in der Mongolei Handelsvorteile erstrebt werden, die über den Petersburger Vertrag von 1881 hinausgehen und deren Willigung China zu gewähren zögert. Vielleicht spielt auch die Tatsache mit, daß der russische Minister des Auswärtigen Sasonow immer noch schwer krank darniederliegt, und offenbar eine zeitweilige Stellvertretung für ihn ins Auge gefaßt wird, da er unter allen Umständen einen längeren Erholungsurlaub wird antreten müssen. Ob der Botschafter in Konstantinopel, Tscharikoff, diese Stellvertretung übernehmen wird, ist zweifelhaft. Man wird sich gerade jetzt schwer entschließen, ihn aus Konstantinopel nach Petersburg zu rufen, da bekanntlich das Frühjahr stets eine Balkankrisis vorzubereiten scheint und notorisch beunruhigende Nachrichten verbreitet sind. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Erfolge der Türken im Yemen die auf Abenteuer ausgehenden slavischen und griechischen Elemente der Balkan-

halbinsel zur Besonnenheit zurückführen werden, und daß in Mazedonien eine ausreichende türkische Militärmacht zurückbleibt, um Überraschungen zu verhindern. Auch stellt sich immer mehr heraus, daß es eine Übertreibung ist, wenn von einer Erhebung des gesamten arabischen Elements gegen das türkische geredet wird. Es besteht heute ebensowenig eine national-arabische politische Gemeinschaft, wie in früheren Jahrhunderten, und die Aufgabe, welche die Türken im Yemen vertreten, ist schlechterdings ein notwendiges Kulturwerk. Es handelt sich darum, die Beduinenstämme, welche die großen Karawanenstraßen und die Hedschasbahn durch ihre Raubzüge und durch ungerechtfertigte Tributerhebungen in letzter Zeit noch mehr als früher belästigt haben, zum Stillehalten zu nötigen. Auch sind trotz der Ungunst vom Klima und der Verluste, welche die Cholera gebracht hat, die Türken nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten im Vorteil geblieben, so daß der Ausgang wohl ein stärkeres Anziehen der türkischen Oberherrlichkeit in Seir und Yemen sein wird. Von einer Unterwerfung ganz Arabiens ist keine Rede und kann auch keine Rede sein. Was aber Mesopotamien betrifft, so hat die Türkei es dort mit Unruhen, nicht mit einem Aufstande zu tun, so daß eine Gefahr im Bagdadgebiet nicht besteht.

Alle diese Tatsachen haben die Bedeutung der türkischen Eisenbahnpolitik in Vorderasien wesentlich erhöht. Es ist in der Tat durchaus notwendig, daß die Hindernisse schwinden, die immer wieder einer beschleunigten Ausführung der Bagdadbahn entgegengetreten sind, und dazu scheint jetzt gute Aussicht zu sein. Hat uns die Potsdamer Vereinbarung die Sicherheit gebracht, daß wir von russischer Seite keine Intrigen zu fürchten haben, so hat anderseits Sir Edward Grey auf eine Anfrage im Parlament sich zu dem unumwundenen Zugeständnis bekannt, daß England keinerlei Recht habe, der Ausführung der Bagdadbahn, solange sie auf türkischem Boden bleibe, entgegenzutreten. Dagegen ist England mit Koweit als Endpunkt der Bahn nicht einverstanden. Die Oberherrlichkeit, die England über Koweit beansprucht, ist zwar unserer Meinung nach völkerrechtlich nicht nachweisbar, sie entspricht aber den tatsächlichen Verhältnissen, und damit wird bis auf weiteres zu rechnen sein. Daraus ergibt sich wohl der Schluß, daß, während die Fortführung der Bahn bis Bagdad als gesichert gelten darf, über die Endlinien von Bagdad bis zum Meer eine Verständigung zwischen der Türkei, der Bagdadbahngesellschaft und England herbei-

geführt werden muß, um dieses große Kulturwerk zu ersprießlichem Abschluß zu führen. Dazu aber liegen die besten Aussichten vor. Wir möchten überhaupt hervorheben, daß die politischen Beziehungen zwischen England und Deutschland neuerdings merklich besser geworden sind und sich noch weiter bessern können. Die vom Parlament beschlossene, sehr bedeutende Bewilligung zur Stärkung der englischen Schlachtflotte beunruhigt uns keineswegs. So wie die Richtung der Geister in England heute ist, dürfen wir den noch vor nicht allzulanger Zeit mit so viel Emphase vorgetragenen Plan, die deutsche Flotte durch einen plötzlichen Überfall zu vernichten, als nicht mehr existent betrachten. Einerseits weil der Versuch der Ausführung doch mit einem ungeheuren Risiko verbunden wäre, anderseits aber, weil die Idee, daß Deutschland sich seinerseits mit Angriffsplänen trage, nicht ernstlich geglaubt wird und keinen Boden mehr hat. Wir haben allezeit die Ansicht vertreten, daß ein Zusammengehen Englands und Deutschlands die für beide Teile vorteilhafteste Kombination darstellt, und daß sie, verwirklicht, eine neue Epoche fruchtbarer Weltpolitik einleiten müßte.

Inzwischen nimmt der Kampf zwischen Unionisten und der regierenden liberal-radikalen Partei einen überaus stürmischen Verlauf, ohne daß die von Balfour geführte Opposition bisher auch nur eine Handbreit politischen Bodens gewonnen hätte. Asquith zwingt mit unerschütterlicher Energie in Parlamentssitzungen, die durch die Nacht bis in den hellen Morgen dauern, seine Abstimmungen durch. Die Opposition redet erfolglos zum Fenster hinaus, und es läßt sich mit Sicherheit vorhersagen, daß vor der Krönung die Vetobill erledigt sein wird. Was danach folgt, ist freilich zweifelhaft. Die Ernennung von dreihundert und mehr Peers ist ein so ungeheuerlicher Schritt, daß es nicht sicher ist, daß König und Kabinett sich dazu entschließen, ohne daß nochmals Verständigungskonferenzen zwischen Liberalen und Konservativen stattfinden. Man wäre also doch genötigt, ein Kompromiß ins Auge zu fassen, wie wir von vornherein angenommen haben. Eine weitere neue Phase der Entwicklung ist mit dem Moment zu erwarten, da die Homerulebill zur Diskussion gestellt wird, und es ist nicht undenkbar, daß die tiefe Abneigung, die im eigentlichen England sich gegen das Homeruleprojekt richtet, die Durchführung desselben wenn auch nicht verhindert, so doch nicht unwesentlich verschiebt.

Inzwischen nähern wir uns der Zeit, da die Reichskonferenz zusammentreten wird. Es wird die bedeutsamste sein, die in England getagt hat, und namentlich die neue Rolle, die Kanada infolge seines Reziprozitätsvertrags mit Amerika spielen muß, sehr fühlbar werden. Daher ist es ganz richtig, was ein amerikanischer Staatsmann, der jüngst Paris passierte, Herr Raymond Recouly, über diesen Reziprozitätsvertrag sagte: „C'est la plus grosse chose qui nous arrive, depuis que nous avons acheté la Louisiane à la France." Was damit gefallen ist, ist das Chamberlainsche System, das durch Vorzugszölle die Kolonien an das Mutterland knüpfen wollte. Ist es auch ausgeschlossen, daß der amerikanische Einfluß die übrigen großen Kolonien Englands in das System seiner materiellen Interessen hineinzieht, so zeigen doch auch Australien, Neuseeland und Südafrika immer deutlicher, daß sie keine Neigung haben, ihren Handel und ihre Industrie den englischen Interessen ohne Vorbehalt zu Dienst zu stellen. Sie stehen zu England nicht nur aus nationaler Sympathie, sondern weil sie noch des englischen Schutzes bedürfen. Das letztere Band aber verliert bereits an Kraft, seit diese Kolonien beginnen, sich militärisch auf eigene Füße zu stellen. In Australien ist ein Milizsystem bereits eingeführt, und ganz neuerdings hat Botha im Unionsparlament zu Kapstadt sich mit großer Bestimmtheit dahin ausgesprochen, daß ein System selbständiger Verteidigung Südafrikas organisiert werden müsse.

Die Erregung, welche die Konstituierung des Ministeriums Monis zur Folge hatte, dauert ungemindert fort. Groß ist namentlich die Erbitterung der katholischen Kreise des Landes, die freilich in der Kammer nur verhältnismäßig schwach vertreten sind. Sie fürchten nicht ohne Grund eine Wiederaufnahme der gehässigen Verfolgungen der Tage Combes', und die Angriffe, die von Anhängern des Ministeriums gegen die Unabhängigkeit des Richterstandes gerichtet sind, steigern die Erbitterung und leiten sie in Kreise hinein, die sich mit dem Schlagwort „Klerikal" nicht abtun lassen. Anderseits kann Herr Cruppi sich nicht rühmen, daß ihm Vertrauen entgegengetragen wird. Man zweifelt an seiner Kompetenz und sieht nicht in ihm, sondern in dem als Marineminister der aktiven Politik zurückgewonnenen Helden von 1905, Herrn Delcassé, den Inspirator der auswärtigen Politik Frankreichs, mit dem in Zukunft zu rechnen sein wird. Die Verschärfung der Lage in Marokko, die optimistischen Versicherungen, die Herr Delcassé

über das Marineprogramm Frankreichs gegeben hatte, sowie das Bild der großartigen Erfolge, welche die französischen Unterseeboote bei den letzten Manövern auf Kosten der Panzerschiffe errungen haben, zeigen, daß seine Neigung, durch oratorische und farbige Effekte mit Zukunftsprestige zu arbeiten, die Jahre seiner politischen Abstinenz überdauert haben. Auch gibt es bereits Politiker, die ein künftiges Ministerium Delcassé prophezeien, das am Horizont aufsteigen werde, wenn die Herren Monis und Cruppi nebst den minderen Genossen sich wieder auf ihre Vermögensverwaltung zurückgezogen haben werden. Andererseits zeigen die Aufstände in Cancale und in Bayonne, daß die Seeleute im Norden wie im Süden im sozialistischen Charakter des Ministeriums eine Rechtfertigung für ihren rücksichtslos egoistischen praktischen Sozialismus finden, und das mag noch andere Interessenkreise zu ähnlichem Verhalten begeistern.

Wie weit die republikanisch-sozialistische Ansteckung in die andern lateinischen Staaten hineingreift, haben die Ereignisse in Portugal und Spanien gezeigt. Ob die neue portugiesische Republik, über deren Lebensfähigkeit schon jetzt mit Bestimmtheit zu reden verfrüht wäre, ihre Entstehung direkten französischen Anregungen dankt, ist fraglich, die indirekte Einwirkung aber hat ohne Zweifel mitgespielt, und das portugiesische Parteileben ist heute ein ziemlich getreues Spiegelbild des französischen, wie wohl nicht näher ausgeführt zu werden braucht. In Spanien hat die frische und kraftvolle Persönlichkeit des Königs bisher die revolutionär-sozialistischen Elemente niederzuhalten vermocht. Aber die Agitation dauert fort, und die Konzessionen, welche die Regierung stetig den antiklerikalen und sozialistischen Strömungen zu machen genötigt ist, um ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen, darf nicht als ganz unbedenklich bezeichnet werden. Aber der König hat es verstanden, das militärische und politische Ehrgefühl der Nation, die sich nach dem Ausgang des kubanischen Krieges tief gedemütigt fühlte, zu heben, und die jüngsten Erfolge, die Spanien, nicht zu großer Befriedigung Frankreichs, in Marokko errungen hat, sind ihm und dem monarchischen Sinne der Spanier zugute gekommen.

In Italien, wo ebenfalls Strömungen, die den französischen verwandt sind, Boden zu gewinnen suchen, halten die Verdienste der Monarchie, die eben jetzt durch die Halbsäkularfeier wieder lebendig in das Bewußtsein der Nation treten, den republikanischen Utopien

ein kräftiges Gegengewicht, das durch die Zugehörigkeit Italiens zum Dreibunde eine weitere Stärkung erfährt. Man darf aber hoffen, daß die Selbstdiskreditierung des republikanisch-sozialistischen Gedankens in Frankreich und Portugal und wo sonst er um Anerkennung ringt, den noch auf monarchischen Idealen ruhenden Teil der lateinischen Staaten vor weiterer Ausdehnung der Kontagion schützen wird.

18. März 1911. Demission des Ministeriums Luzzati in Rom.
20. März. Angebliches Demissionsgesuch des russischen Ministerpräsidenten Stolypin.
22. März. Unterzeichnung der Verträge über Weiterbau der Bagdadbahn.

---

22. März 1911.

In der russischen Duma hat es bei Beratung des Budgets der Ministerien des Innern, des Auswärtigen und des Unterrichts überaus stürmische Verhandlungen gegeben, bei denen Töne angeschlagen wurden, die lebhaft an die erste und zweite Duma erinnerten. Verhältnismäßig maßvoll war noch der Angriff des Oktobristen Schidlowski auf die Polizeipraxis des Ministeriums des Innern. Er wies mit großem Nachdruck darauf hin, daß die administrativen Ausweisungen, die in letzter Zeit wieder häufiger geworden sind, dem Fundamentalgrundsatz aller Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen, daß nämlich niemand gestraft und gemaßregelt werden solle, bevor man ihm Gelegenheit gegeben hat, sich zu rechtfertigen. Er ging dabei so weit, zu sagen, daß der Hauptrevolutionär Rußlands die Administration sei, erklärte aber schließlich, daß, wenn er sich das Recht wahre, die Regierung zu kritisieren, er doch entschlossen sei, mit ihr zu arbeiten und stellte sich damit im Gegensatz zu der von dem Redner der Kadetten vertretenen Ansicht, der Regierung jede Mitarbeit zu versagen.

Weit stürmischer gestaltete sich die Verhandlung am 15. März. Der Führer der Kadetten Miljukow griff bei der Verhandlung über den Etat des Ministeriums des Auswärtigen die Politik des kranken Ministers Sasonow auf das leidenschaftlichste an. Die von Iswolski vertretene Richtung sei die den russischen Interessen entsprechende gewesen; nicht dem fernen Osten, sondern dem Balkan und Persien müsse Rußland seine Politik zuwenden, die Vereinbarungen zu Potsdam erscheinen ihm als eine schädliche Verirrung, China sei der natürliche Freund Rußlands, Japan der Gegner. Die Lage erinnere an die Tage vor Ausbruch des japanischen Krieges. Auf den stürmischen Beifall,

den die Linke ihm zollte, folgte gleich lauter und anhaltender Beifall, als die Redner der Oktobristen und der Rechten die Rede Miljukows als unpatriotisch zurückwiesen, so daß die Sitzung in allgemeiner Erregung schloß. Sie steigerte sich noch, als auf der Abendsitzung desselben Tages bei Beratung des Etats des Unterrichtsministeriums eines der Mitglieder der Rechten, Herr Obraszow, nach heftigen Ausfällen gegen den korrumpierenden Einfluß des Judentums mit der Behauptung auftrat, daß während der Matrosenemeute Hunderte von Studentinnen sich den Matrosen preisgegeben hätten, um sie für die Revolution zu gewinnen. Es kam darüber zu einer wilden Szene zwischen den Abgeordneten der Rechten und der Linken, die in Tätlichkeiten auszuarten drohte und nur dadurch ein Ende fand, daß die elektrische Beleuchtung des Saales abgestellt wurde. Am 17. März wurden dann zwei Redner der Rechten, Obraszow und Samyslowski, und der Sozialdemokrat Jegorew auf fünf bzw. drei Sitzungen ausgeschlossen.

Was nun die von Obraszow aufgestellte Behauptung betrifft, so ist sie nicht von ihm erfunden. Am 16. August 1906 veröffentlichte nämlich der „Vorwärts" unter der fettgedruckten Überschrift „Heldinnen" die folgende Notiz:

Die „Birschewija Wjedomosti" melden aus Kronstadt, 15. August: „Unter den Verhafteten befanden sich auch weibliche Agitatoren, darunter mehrere Kursistinnen, d. h. weibliche Studenten. Vor den Oktoberunruhen (1905) sind viele von ihnen, um Propaganda zu machen, in verrufene Häuser eingetreten. Sie haben sich der Schande in die Arme geworfen, um erfolgreich unter den Untermilitärs wirken zu können."

Wir haben seinerzeit diese empörende Parteinahme für eine zugleich moralische und politische Niedertracht niedriger gehängt (Deutschland und die große Politik, Band 7, S. 29), um die Gesinnung zu charakterisieren, die der „Vorwärts" und seine Inspiratoren während der bösen Tage der russischen Revolution entwickelten. Sie haben damals fast jeden politischen Mord verherrlicht und bekanntlich auch für die „Opfer des russischen Freiheitskampfes", d. h. für die in den baltischen Provinzen mordenden und sengenden Banden Geld gesammelt. Am 5. Oktober 1906 wurde im „Vorwärts" über 326 522 Mk. quittiert, und diese Sammlungen wurden noch 1907 fortgesetzt. Zu den Schandflecken, die seither auf diesem „führenden Organ" unsrer Sozialdemo-

kratie haften, gehört auch jenes „Heldinnen" der Notiz vom 16. August 1906. Herr Obraszow hat seine Behauptung also nicht völlig aus den Fingern gesogen. Die „Birschewija Wjedomosti" oder der „Vorwärts" oder unsere Wiedergabe des „Vorwärts"-Artikels können seine Quelle gewesen sein, was natürlich noch lange nicht beweist, daß die behauptete Tatsache richtig ist. Darüber können nur die Akten der Kronstadter Polizei und die Berichte, die über die Kronstadter Revolution dem Minister des Innern zugingen, Auskunft erteilen.

Charakteristisch ist aber die erhitzte Atmosphäre, in der die Dumaberatungen sich vollziehen, und der Umstand, daß die Opposition gegen die Politik der Regierung sich auch auf den Reichsrat übertragen hat. Am 17. März hat diese hohe Körperschaft mit 92 gegen 68 Stimmen den Antrag auf Einführung nationaler Wahlkurien in den Westprovinzen abgelehnt, obgleich der Ministerpräsident persönlich in sehr eindringlicher Rede dafür eintrat. Man gewinnt den Eindruck, daß es sich um einen systematischen Versuch handelt, Stolypin und Sasonow zu beseitigen, um eine Rückkehr zu der Politik zu ermöglichen, die von Iswolski und dem jetzt wieder in den Vordergrund tretenden französischen Marineminister vertreten wird. Bei der Korrektur dieser Zeilen geht uns die telegraphische Nachricht zu, daß der Ministerpräsident demissioniert hat, und daß sein Abschiedsgesuch sofort bewilligt worden ist. Wir haben oft Gelegenheit gehabt, die Tatkraft zu rühmen, mit der Herr Stolypin die russische Revolution niedergeworfen hat. Er hat keinen Augenblick den Mut verloren und nie gezögert, auch seine Person einzusetzen. Das wird seinem Namen ein ruhmvolles Blatt in der Geschichte des neuen Rußland sichern. Auch daraus aber haben wir kein Hehl gemacht, daß seine Begünstigung der intoleranten nationalistischen Bewegung, die heute in Rußland vorherrscht, einen schweren Mißgriff bedeutet. Es ist unmöglich, die ganze bunte Bevölkerung Rußlands zu Groß-Russen in Sprache und Denken umzuwandeln. Der Versuch mußte scheitern, und er wird nochmals scheitern, wenn er wiederholt werden sollte. Daß der kluge bisherige Finanzminister Kokowzew nunmehr die leitende Stellung im Ministerium erhalten hat, könnte eine günstige Wendung in der inneren Politik bedeuten, wenn er sich die Unabhängigkeit von den Extremen rechts und links zu wahren versteht. Über seine auswärtige Politik zu prognostizieren, ist noch nicht möglich. Die Franzosen, die mit ihm zahlreiche Finanzoperationen gemacht haben, hoffen auf eine

Rückentwicklung der alliance franco-russe zu aggressiven Tendenzen. Wir glauben nicht an die Wahrscheinlichkeit, um nicht zu sagen an die Möglichkeit einer Verwirklichung dieser Hoffnungen. Aber den Absichten Miljukows, wie er sie in seiner oben erwähnten Rede entwickelte, und seiner Hintermänner, würde eine solche Wendung allerdings entsprechen. Was ihr entgegensteht, ist der offenkundige Wille Nikolaus' II., in guten Beziehungen zu Deutschland zu beharren, und das ist heute doch noch der wesentlichste Faktor in der Politik Rußlands. Auch der Name des Grafen Witte ist in das Netz der Intrigen verwickelt worden, die sich abgespielt haben. Der „Golos Moskwy" schreibt darüber:

„Einige dienstfertige Zeitungen haben Interviews mit Witte abgedruckt, und Witte ist wieder „in Mode", was zu beweisen war. Fügt man hinzu, was an Ausfällen Wittes im Reichsrat erfolgte, so erhält man einen förmlichen „boom", mit dem der „große Mann" zufrieden sein muß."

Hieran schließt sich die Wiedergabe eines Artikels der „Rjetsch", der allerdings des Lobes für den Grafen voll ist und ihn als liberalen Politiker feiert, offenbar mit der Absicht, den Gegensatz gegen die konservative Politik Stolypins ins rechte Licht zu stellen. Wie die jüngsten Ereignisse gezeigt haben, hat aber die Stunde Wittes noch nicht geschlagen.

Daß jedoch in der Tat noch immer unerläßlich ist, daß in Rußland eine starke Hand am Ruder bleibt, zeigt der „russische Brief" des oft erwähnten Petersburger Korrespondenten des „Journal des Débats". Er beginnt mit der, wie uns scheint, nicht unbedingt sicheren Behauptung, daß der Studentenstreik gebrochen sei. Interessant ist jedoch, was er von der Vorgeschichte der Studentenerhebung erzählt:

„Es besteht kein Zweifel, daß es sich um eine Insurrektion handelte, die von den als terroristisch bekannten Komitees vorbereitet wurde. Die Agitation an den Universitäten war nur ein Vorwand. Man hat jüngst, auf Befehl Herrn Stolypins, so ziemlich überall zahlreiche Haussuchungen angestellt und die Entdeckungen der Polizei waren ebenso fruchtbar wie aufklärend. (Ich bin in dieser Hinsicht — schreibt der Korrespondent — außergewöhnlich gut unterrichtet.) Die Polizei hat also zahlreiche kleine Geheimdruckereien entdeckt und eine ungeheure Menge Proklamationen konfisziert. Aus dem vergleichenden Studium dieser Dokumente sowie aus vielen, meist chiffrierten Briefen, die auf-

gefangen wurden, ergibt sich, daß die Erhebung im Auslande, vornehmlich in London, Paris, Genf und Zürich vorbereitet wurde. Die meisten der Proklamationen waren an die Arbeiter unserer großen Fabriken gerichtet. Sie wurden beschworen, den Studenten zu Hilfe zu kommen, die man verfolge, weil sie eine Teilung der Güter des Landes und der Kapitalien verlangt hätten, wovon, beiläufig bemerkt, niemals die Rede war. Seither ist bewiesen worden, daß die den Propagandisten zur Verfügung gestellten Summen aus Finnland kamen (?). Aus dem Inhalt der Dokumente ist leicht ersichtlich, daß die „Führer" törichterweise auf eine allgemeine Erhebung des Landes hofften."

Das wäre also — wenn die „Lettre de Russie" recht unterrichtet ist, der Anlauf zu einer neuen Revolution gewesen, was die außerordentliche Strenge des Eingreifens der Regierung erklären würde. Eine Bestätigung der „Débats"-Korrespondenz scheint übrigens die Nachricht zu geben, daß in der Nähe Rigas der aus England kommende Dampfer „General Gurko" angehalten wurde, weil er eine Ladung Proklamationen enthielt.

Die Nachrichten über die russisch-chinesischen Beziehungen sind in der letzten Woche außerordentlich widerspruchsvoll gewesen, was in der „Nowoje Wremja" in Leitartikeln zum Ausdruck kam, die heute Frieden, morgen Krieg, und dann wiederum Frieden ankündigten. Tatsache ist, daß offenbar beide Parteien sich erfreulicherweise zu Zugeständnissen bereit gefunden haben. Von einem russischen Konsulat in Scharasumé ist weiter keine Rede, das Recht, ein Konsulat in Kobdo zu errichten, ist aber Rußland nie bestritten worden. Dagegen haben die Chinesen in der für Rußland sehr bedeutsamen Frage der Freigebung des Teehandels rückhaltlos nachgegeben. Trotzdem läßt sich nicht übersehen, daß die nationalistische Erregung in China sehr hohe Wellen schlägt und neuerdings auch eine antijapanische Note durchklingt. Man fürchtet in Peking, daß chinesische Zugeständnisse an Rußland japanische Kompensationsforderungen in der südlichen Mandschurei nach sich ziehen könnten. Neuerdings lauten die Berichte wieder wenig günstig. Wir glauben trotzdem, daß sich der Friede wird erhalten lassen, aber in Rußland hat eine Rede des japanischen Gesandten in Peking, Idshuin, große Entrüstung hervorgerufen. Nach dem Referat der „Nowoje Wremja" vom 17. März soll er, als er am 9. März in Tokio an der Sitzung der Asiatischen Gesellschaft teil-

nahm, gesagt haben, „Japan müsse alles opfern, um den Frieden und die Unabhängigkeit Chinas zu behaupten".

„Der chinesischen Regierung und Gesellschaft — bemerkt dazu die „Nowoje Wremja" — wird so das Versprechen gegeben, daß China vor aller Unbill geschützt werden solle, selbst wenn Japan alles darum opfern sollte. Die Rede des Diplomaten, der in Peking Japan vertritt, verfolgt also indirekt den Zweck, die chinesische Regierung zu veranlassen, den gerechten Forderungen Rußlands nicht nachzugeben, da China nichts dabei riskiere; im entscheidenden Augenblick werde Japan, ohne Opfer zu scheuen, für China eintreten."

Es knüpfte sich daran in dem der „Nowoje Wremja" eigenen aufgeregten Ton die Warnung, daß China sich nicht durch die Fallstricke der Japaner fangen lassen solle, und man fragt sich erstaunt, ob das Blatt denn vergessen habe, daß zwischen Japan und Rußland ein Vertragsverhältnis besteht, das mit einer Bundesgenossenschaft außerordentliche Ähnlichkeit hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben wir es auch hier mit einem Mittelding zwischen Übertreibung und freier Erfindung zu tun, wie es in der politisch-journalistischen Schule des Herrn Argus Wessélitzki als Surrogat für Politik benutzt wird.

Die Rede Sir Edward Greys über die Taftsche Schiedsvertragsidee beherrscht in Frankreich und England noch alle Gedanken. Nach der ersten Begeisterung, die klingender Philanthropismus in England stets findet, regt sich nunmehr die Kritik. Während die „leitenden Lichter der Freien Kirchen in London Sir Edward überströmend feiern, als ob das erwünschte Ziel bereits erreicht sei", zergliedert der „Standard" das Projekt recht unbarmherzig. Es handele sich um drei verschiedene Dinge: erstens um Präsident Tafts Vorschlag eines allgemeinen Schiedsvertrages zwischen England und Amerika, der alle strittigen Fragen, auch solche, die in das Gebiet nationaler Interessen und nationaler Ehre fallen, umfassen soll. Zweitens um die Möglichkeit einer Allianz zwischen den beiden angelsächsischen Nationen, durch welche sie sich zu gegenseitiger Hilfe für den Fall eines Angriffs verpflichten, drittens endlich um eine Vereinbarung der Großmächte unter Führung Englands und Amerikas, um eine Weltpolizei auszuüben und Widerwillige mit Waffengewalt zu zwingen, ihren Streit zu lassen und sich einem Schiedsgericht zu fügen.

Nun ist ad 1 der „Standard" natürlich bereit, einem Schiedsgericht

zwischen England und Amerika zuzustimmen, aber er findet mit Recht diesen Gedanken nicht originell. Eine Londoner Korrespondenz der „Débats" erinnert daran, daß dies eine Wiederholung des Olney-Pouncefote-Vertrages vom 11. Januar 1897 wäre, den der amerikanische Senat am 5. Mai verwarf. Auch der „Standard" erinnert sich dessen, meint aber, daß damals der irische Einfluß die Ablehnung herbeiführte und daß diese irische Opposition mit der Einführung von Homerule wohl schwinden würde. Aber die internationalen Folgen eines solchen Vertrags scheinen ihm recht unklar; da es überhaupt ausgeschlossen sei, daß es zu einem englisch-amerikanischen Kriege kommen könne, werde zwischen diesen beiden Staaten alles beim alten bleiben, ohne daß dadurch die am Horizont aufsteigenden Gefahren im geringsten gemindert werden. Freilich werde es ad 2 eine große Sache sein, wenn nun Mr. Bryce und das Staatsdepartement sofort eine Dualallianz unterzeichneten, in der England und Amerika sich für den Kriegsfall gegen jede beliebige dritte Macht verbänden, aber dieses pium desiderium Sir Edwards habe nicht die geringste Aussicht, verwirklicht zu werden. Die einzige Großmacht, mit der Amerika Krieg führen könnte, sei Japan — der Verbündete Englands, während andererseits wohl ausgeschlossen sei, daß Amerika seine Flotte über See schicken werde, um England in einem europäischen Kriege zu unterstützen. Über die dritte Greysche Idee aber schüttet der „Standard" das Füllhorn seines Spottes aus. Ein erzwungenes Schiedsgericht! Der bloße Gedanke eines derartigen Zwanges werde statt zu einer Minderung zu einer ungeheuren Steigerung der Rüstungen führen. Kurz, das ganze Greysche Schema sei nichts anderes als „the passing vision of a political idealist", ein liebenswürdiger Gedanke, dessen einziger Fehler sei, daß er sich jetzt nicht ausführen lasse. Gleich daran schließt sich ein Leitartikel über das englische Flottenprogramm, wie es das liberale Ministerium vorgebracht hat, um an der Hand einer Rede Balfours den Nachweis zu führen, daß dieses Programm — bekanntlich das weiteste, das England je gehabt hat — durchaus ungenügend sei, um dem britischen Handel ausreichenden Schutz zu gewähren! Dagegen warf der Führer der Arbeiterpartei, Mr. Dillon, in seiner Rede gegen Greys Ausführungen unter anderem die Frage auf, was wohl geschehen solle, wenn die Ägypter einen Schiedsspruch verlangten, um über das Recht der englischen Okkupation zu entscheiden, oder die Perser, um den russisch-

englischen Vertrag los zu werden. Er berührte auch die Frage der englisch-französischen Beziehungen und bemerkte dabei, daß viele Engländer mit Besorgnis sich der Rede Pichons über beständige „conversations militaires“ mit England erinnerten.

„Was ist denn da besprochen worden? Ich habe ein Gefühl von Mißbehagen, wenn ich denke, daß ein Geheimvertrag mit Frankreich bestehen sollte. Wohin führen diese Verträge und Ententen, wenn nicht dazu, das Budget für Flotte und Heer zu erhöhen. Jetzt will man Schiffe bauen, um gegen vier alliierte Mächte zu kämpfen. Die Opposition will die Regierung in schimpfliche Orgien für Marineausgaben stürzen.“

Wir haben diese Rede nach dem gekürzten Text des „Temps“ wiedergegeben, der selbst mit großer Entschiedenheit dem Greyschen Gedanken entgegentritt und dessen Londoner Korrespondent die folgende amüsante Charakteristik des englischen Pazifizismus gibt:

„Wer dieser Tage die lyrischen Hymnen gelesen, welche die radikalen englischen Zeitungen dem internationalen Frieden widmen, könnte mit Fug und Recht annehmen, daß England soeben von einem pazifizistischen Rausch ergriffen ist. Aber das sind nur Worte; der Verstand kehrt wieder, sobald man den Tatsachen gegenübersteht!“

Damit ist wohl der Nagel auf den Kopf getroffen. Zu einem Schiedsvertrag mit Amerika — selbst wo Interessen und Ehrenfragen mitspielen — wäre England allerdings bereit, denn die Verhältnisse liegen so, daß es in der Tat nichts gibt, was England von Amerika haben möchte, während das Umgekehrte keineswegs absolut sicher ist, und England nur vorteilen könnte, wenn es bei solchen, nicht selbst verschuldeten Konflikten sicher wäre, daß Amerika sich unbedingt einem Schiedsspruch fügte, aber 1897 ist das Prinzip, wie wir ausführten, nicht vom Senat in Washington akzeptiert worden, und wie er sich diesmal zu den Taft-Greyschen Ideen stellen wird, ist noch keineswegs sicher. Sieht doch Herr Argus in der „Nowoje Wremja“ bereits den Augenblick kommen, da Amerika das Erbe aller englischen Kolonien antreten werde!

Das alles sind Träume und Halluzinationen. Wer mit den Realitäten des Augenblicks rechnet, die Möglichkeiten der Zukunft ins Auge faßt und vor allem auf sich selber rechnen darf, wird nach wie vor mehr für die Erhaltung des Weltfriedens tun, als alle Friedens- und Schiedsgerichtsenthusiasten. Eine angelsächsische Weltpolizei zur Erhaltung der

internationalen Moral und zur Konservierung des status quo in aller Welt wäre eine solche politische Ungeheuerlichkeit, daß die heilige Allianz Alexanders I. und die Prinzipienpolitik Nikolaus' I., welche die Entwicklung der Welt auf den Wegen zu freierer Gesittung aufzuhalten bemüht waren, dagegen als schüchterne Versuche auf den Bahnen dieses neuen Pazifizismus erscheinen.

Die amerikanisch-mexikanischen Verwicklungen sind heute noch ebensowenig geklärt wie vor acht Tagen. Wohl aber scheint sich eine weitere Ausbreitung des Einflusses der Vereinigten Staaten in Zentralamerika vorzubereiten. Das Syndikat Clare hat alle Aussicht, zwei Drittel von Guatemala zu erwerben, und wenn Präsident und Vertretung von Guatemala sich dazu verstehen, wird sich nicht bestreiten lassen, daß damit eine notwendige Entwicklung zum Abschluß gelangt, aber auch nur dann.

Zum Schluß noch einige Tatsachen. In Frankreich, wo mit Ausnahme der Sozialisten sich alles gegen das neue Regiment wendet, wird der Kriegsminister Berteaux heftig angegriffen, weil er, wie sich ergeben hat, das schimpfliche System der Gesinnungsdelationen (Fiches) aufrecht erhält. Zu dem Aufstande der Fischer sind jetzt Aufstände der Winzer im Norden getreten. In Marokko findet eine Verstärkung der französischen Kriegsmacht statt, um den Sultan gegen die im Aufstande befindlichen Stämme zu unterstützen. Herr Charles Malo tröstet in den „Débats" die Nation wegen der Abnahme ihrer Bevölkerungsziffer durch den einigermaßen künstlichen Nachweis, daß es in künftigen Kriegen auf den Ausgang der ersten Schlacht ankommen und der Sieg demjenigen gehören werde, der über die meiste Munition zu verfügen habe. Die heute zu jedem Geschütz gehörenden 3000 Geschosse müßten daher entsprechend vermehrt werden. Da diese Geschosse offenbar uns gelten sollen, werden wir uns daher vorzusehen haben.

In Persien hat der Regent mit seiner Politik den vollen Beifall Rußlands und Englands gefunden, und die russischen Truppen sind infolgedessen aus Kaswin und Teheran zurückgezogen worden. Endlich, die Türkei dringt erfolgreich in Arabien vor, und Australien hat den Beschluß gefaßt, eine mächtige Kriegsflotte zu bauen. Daß wiederum ein englischer Spion ergriffen wurde, zeigt doch von großer Zähigkeit des englischen Marinedepartements und dürfte das Schicksal der letztergriffenen nicht eben günstiger gestalten.

24. März 1911. Kaiser und Kaiserin in Wien.
27. März. Einführung der Semstwo in den Westprovinzen Rußlands.
Rücktritt des Dumapräsidenten Gutschkow.
30. März. Auflösung des österreichischen Abgeordnetenhauses.
2. April 1911. Die Demission des spanischen Ministeriums Canalejas wird vom Könige abgelehnt.
4. April. Unterzeichnung des englisch-japanischen Handelsvertrages.
10. April. Revolutionäre Bewegungen in Kanton.
12. April. Beginn von Winzerunruhen in der Champagne.
Verhaftung des Kassendirektors des Ausw. Amts Hamon in Paris.
18. April. Monarchische Unruhen in Mozambique.
21. April. Trennung von Kirche und Staat in Portugal.
Annahme des Reziprozitätsvertrages mit Kanada durch das Haus der Repräsentanten in Washington.
26. April. General Moinier kündigt den Vormarsch der Franzosen nach Fez an, Major Brémond trifft bereits am 26. April dort ein.

---

26. April 1911.

Nachdem in der Champagne die aufständischen Weinbauern ihr Zerstörungswerk im Angesicht der Gewehr bei Fuß stehenden und nur post festum eingreifenden Truppen zum Abschluß geführt haben, geht endlich die französische Regierung mit Verhaftungen vor, um den Schuldigen ihre Strafe zukommen zu lassen. Es wird nun freilich in der sozialistischen Presse behauptet, daß man nicht die rechten ergriffen habe, und das mag zum Teil zutreffen; das Wesentliche bleibt aber doch, daß überhaupt etwas geschieht, was nicht unbedingt im voraus anzunehmen war. Der Ministerpräsident, dessen politische Vergangenheit ein durchgreifendes Vorgehen gegen sozialistische und anarchistische Ausschreitungen ausschließt, hat zudem eben jetzt durch den Zwang, den er auf die Eisenbahndirektionen ausübt, um sie zur Wiederanstellung böswilliger Streiker zu nötigen, gezeigt, daß ihm systematische Desorganisation der staatlichen Grundfesten in die Reihe der peccata venialia fällt; das sabotage der Winzer wird wohl gleich nachsichtig beurteilt werden. Man wird daher nicht irren, wenn man annimmt, daß dieses Ministerium dauernde nachwirkende Spuren

im Leben Frankreichs hinterlassen wird. Die Sozialisierung Frankreichs führt zur Dekomposition der Gesellschaft, und die an einer Stelle versagende Gerechtigkeit treibt naturgemäß dahin, daß an anderer Stelle das Gesetz und die sittliche Weltordnung mit Füßen getreten wird. Das gibt immer neue „Affären": Affäre Hamon-Rouet, Affäre Valensi-Chedanne, Affäre Warzé, Affäre Meulemans, Affäre Clementi und wie sie sonst heißen mögen, die Helden der Spionage, des Ordenshandels und der offenen Hände. Wir glauben nicht, daß der Kultus des Geldes je allgemeiner in Frankreich gewesen ist als heute. Schon daß im jetzigen sozialistisch-radikalen Ministerium nicht weniger als acht Millionäre sitzen, ist charakteristisch genug, mehr noch wohl die Tatsache, daß die Waffe der französischen Politik, ihr Schwert und ihr Schild, heute das Geld ist, und daß man sich dessen offen rühmt. Das selbstzufriedene: „Wir haben es, und wir können es bezahlen" klingt bei allen politischen Aktionen des Staates durch, was in beinahe komischer Weise zum Ausdruck kam, als Rußland, trotz der französischen Milliarden, es wagte, in Potsdam über Interessenfragen, die Frankreich wahrhaftig nichts angehen, sich mit Deutschland zu verständigen.

Noch wichtiger, wenngleich komplizierter, ist die Rolle, welche das französische Geld in der marokkanischen Frage gespielt hat und noch weiter zu spielen bestimmt scheint. Der Sultan Mulay Hafid ist bereits so völlig der Schuldknecht Frankreichs geworden, daß man am Quai d'Orsay nur die Schlinge zuzuziehen brauchte, um ihm vollends den Rest von scheinbarer Unabhängigkeit zu nehmen, die man ihm zu lassen für gut befunden hat. Wenn bisher damit gezögert wurde, so waren es internationale Verbindlichkeiten, über die man sich noch nicht hinwegzusetzen wagte. Aber nach dem Vorwande wird eifrig gesucht, und vor kurzem schien man ihn bereits gefunden zu haben: Fez bedroht, die Europäer daselbst in äußerster Lebensgefahr, der Kommandant Brémond im Begriff niedergemetzelt zu werden oder durch Hunger zugrunde zu gehen, Mulay Hafid fleht um französische Hilfe! Das waren die Schlagworte, die mit einem mehr als gewöhnlichen Apparat an Phrasen, kommentiert und übertrieben durch die vom „Temps" geführte Presse, der öffentlichen Meinung Frankreichs an den Kopf geworfen wurden, um die Stimmung für einen Eroberungszug nach Marokko zu erhitzen. Und wo die Besorgnis laut ward, daß die von Frankreich abgeschlossenen Verträge solchem Vorgehen im Wege

ständen, erklärte der „Temps", man dürfe den Vertrag von Algeciras nicht unter die Lupe nehmen und dasselbe gelte von den Verträgen, die 1901 und 1902 mit Italien, 1904 mit England, 1904 und 1905 mit Spanien und 1909 mit Deutschland abgeschlossen seien. Die Verhältnisse seien aber andere geworden. „Il est nécessaire que le gouvernement français garde pour lui et pour lui seul la responsabilité de ses actes." Dazu ist wohl nur zu bemerken, daß das letztere gewiß zutrifft, und daß wir ebenso wie die übrigen Mächte keinerlei Neigung zeigen werden, an dem geltenden Vertragsrecht rütteln zu lassen. Wir erfahren übrigens aus einem sehr lehrreichen Artikel von R. Recouly in der „Revue politique et parlementaire", daß der geheime französisch-spanische Vertrag von 1904

„eine Teilung Marokkos für den Fall ins Auge faßt, daß der Sultan alle Autorität verliert und das der Anarchie ausgelieferte Land die Intervention Frankreichs und Spaniens verlangt."

Herr Recouly meint, diese Eventualität sei nicht naheliegend; aber wer wird bestreiten können, daß Frankreich mit allen Mitteln darauf hinarbeitet, sie herbeizuführen? Mulay Hafid wurde von den Marokkanern zum Sultan erhoben, weil man von ihm hoffte, daß er die Abhängigkeit, in der sein Vorgänger von Frankreich stand, durch ein würdigeres Verhältnis ersetzen werde. Statt dessen hat man ihn zu einem Sultan gemacht „qui ne peut rien" und den seine Untertanen wegen dieser Abhängigkeit und der ungeheuren Enttäuschung, welche sein Regiment bedeutet, ebenso, und vielleicht noch mehr hassen, als seinen Vorgänger. Es kann aber nicht übersehen werden, daß die Finanzschlingen, die ihm um Hand und Fuß geworfen waren, ein selbständiges Regiment ausschlossen und ihn nötigten, die unpopulären Wege einzuschlagen, die zu der Emeute geführt haben, welche die jetzt bevorstehende französische Expedition zu rechtfertigen bestimmt war. Nun steht fest, daß weder Herr Monis, noch der politische Neuling an der Spitze des französischen Auswärtigen Amts, Herr Cruppi, Neigung hatten, sich in das marokkanische Abenteuer zu stürzen. Sie haben der Suggestion weichen müssen, die vom „Temps" und seinen Hintermännern — zu denen wir wohl nicht mit Unrecht Herrn Delcassé zählen — ausgegangen ist, und der sie nun gehorchen, obgleich, wie sich jetzt herausstellt, Fez sich nach wie vor vortrefflich hält und alle Angriffe der Aufrührer zurückweist, von einer Gefahr für Brémond und seine Leute

aber keine Rede sein kann. Auch versagt der „Temps" sich den Triumph nicht, in seiner Montagsnummer zu konstatieren, daß alle Forderungen, die er stellte, vom Ministerium übernommen wurden, und das ist allerdings ein großer publizistischer Erfolg. Nur liegt die Frage nahe, wer denn eigentlich die auswärtige Politik Frankreichs macht, die Regierung oder der „Temps". Wenn, wie es scheint, das letztere der Fall ist, könnte jene Marokkoexpedition das Signal zu Ereignissen von außerordentlicher Tragweite sein. Die in der Schauja zum Marsch gegen Fez bestimmte Truppe zählt 20 000 Mann, deren Mehrzahl aus Franzosen oder unter französischer Hoheit stehenden Truppen besteht. Daß sie Fez erreichen werden, ist zweifellos, weniger sicher, wie viele von ihnen den Rückzug wieder antreten werden.

Wir knüpfen eine allgemeine Bemerkung an die oben erwähnten Tatsachen. Das Charakteristische der französischen Marokkopolitik ist ihr aufreizender Charakter. Es heißt den Patriotismus und den Verstand der Marokkaner zu niedrig einschätzen, wenn man annimmt, daß sie die Ziele der französischen Politik nicht erkennen. Sie wissen, daß es sich um ihre Existenz als Nation handelt. Daher die Unversöhnlichkeit, die sie allen französischen Sultanen entgegentragen werden, und der religiöse Fanatismus, der sich an dem politischen entzünden muß. Von einer pénétration pacifique wird bald keine Rede mehr sein; trotz der offiziellen, im „Matin" veröffentlichten Erklärung, daß Frankreich keine Eroberungsgedanken hege, weist alles auf solche Absichten hin. Frankreich pflegt drei Schritte vorzugehen und nachher einen zurückzuweichen, die beiden anderen gelten als gewonnenes Terrain. Das ist die Methode, die bisher eingehalten wurde und die offenbar dahin zielt, die öffentliche Meinung Europas und die Empfindung der Marokkaner zu demoralisieren. Man soll sich daran gewöhnen, jenen einen Schritt rückwärts noch als einen Erfolg zu betrachten. Bisher schien das Spiel zu glücken. Aber diesmal geht das Vorrücken in zu raschem Tempo vor sich, und die Täuschung ist nicht mehr möglich. Nicht nur die marokkanischen Wespen dürften nunmehr ausschwärmen, auch Europa wird sich daran erinnern müssen, daß feierliche Verträge die Integrität Marokkos und die Souveränität des Sultans garantiert haben. Jene Verträge dürften allerdings „unter die Lupe" genommen werden, denn auf der Erhaltung des Vertragsrechts ruhen die Beziehungen der Völker zueinander. Wer es bricht, hat die Folgen sich selber zuzuschreiben.

Die große Beunruhigung, welche die mexikanische Frage hervorgerufen hat, beginnt sich zu legen. Es ist gute Aussicht, daß der von Porfirio Diaz mit dem Führer der Rebellen Madero abgeschlossene fünftägige Waffenstillstand in einen Friedensschluß ausmündet, der zugleich die Stärkung der Stellung Mexikos den Vereinigten Staaten gegenüber zur Folge haben würde. An eine Absicht der Vereinigten Staaten, erobernd in Mexiko aufzutreten, haben wir keinen Augenblick geglaubt. Einmal weil die Streitkräfte Amerikas für ein so weitgehendes Unternehmen zurzeit nicht ausreichen, anderseits, weil das ohnehin beunruhigte lateinische Amerika sich infolge einer derartigen Politik auch handelspolitisch dem nordamerikanischen Einfluß entziehen würde. Endlich ist Präsident Taft ein sehr entschiedener Gegner des mexikanischen Abenteuers. Daß die Aufstellung der amerikanischen Truppen an der mexikanischen Grenze in gewissem Sinn in Zusammenhang mit der für Amerika trotz seines jüngsten Handelsvertrags immer noch sehr lebendigen japanischen Frage steht, darf trotz mehrfacher Dementis wohl als sicher gelten. Die über transatlantische Verhältnisse meist vortrefflich orientierte „Weser-Zeitung" behauptet auf Grund einer Korrespondenz aus Mexiko mit großer Bestimmtheit, daß es zwar falsch sei, daß Mexiko den Japanern die Magdalenenbucht als Flottenbasis zugesagt habe, daß aber allerdings ein japanisch-mexikanischer Vertrag existiere, der die Mexikaner verpflichte, „den Amerikanern den Gebrauch der Magdalenenbucht als Flottenbasis aufzusagen". Das würde, bei der großen Bedeutung, welche strategisch der Magdalenenbai zukommt, allerdings erklären, daß man in Washington auf Porfirio Diaz nicht gut zu sprechen ist und ihn gern durch eine andere Persönlichkeit, etwa durch Madero, ersetzt sähe.

Über die allgemeine Lage in Amerika entnehmen wir dem Brief eines einflußreichen und sehr wohl unterrichteten Freundes, daß die Stellung Tafts zurzeit eine sehr merkwürdige ist. Persönlich ist Taft sehr angesehen und bei der gesamten Nation ungewöhnlich populär. Seine Persönlichkeit zieht an, und wo er sich zeigt, gewinnt er Freunde. Anderseits verlor er sehr rasch an politischer Macht, als er vor zwei Jahren den Payne-Aldrich-Tarif annahm und verteidigte. Jetzt ist sein Stern wieder im Steigen, weil sein soeben im Hause der Repräsentanten mit großer Majorität angenommener Reziprozitätsvertrag mit Kanada höchlichst gebilligt wird. Die Vertreter der Hoch-

tarifpolitik bekämpfen ihn heftig, aber vor Ende des Jahres wird wohl auch der Senat zugestimmt haben. Die Vorbereitungen für die Präsidentschaftswahlkampagne von 1912 haben bereits begonnen. Augenblicklich scheint es, als ob Taft bestimmt von den Republikanern nominiert werden wird, aber die radikaleren Elemente unter ihnen schauen nach einem anderen Kandidaten aus. Wird er nominiert, so wird seine Wahl sehr schwierig, wenn die Demokraten eine wirklich bedeutende Persönlichkeit ihm entgegenstellen, weil innerhalb der republikanischen Partei der feste Zusammenhang und die Disziplin nicht mehr besteht, die für Roosevelts Wahl entschied. Anderseits wirft man den Demokraten vor, daß sie kein positives Programm haben, und wenn ihr Kandidat gewählt werden sollte, wird das eine Wahl sein, die mehr *gegen* die Republikaner als *für* die Demokraten geschieht. Aus alledem läßt sich aber noch nicht der Schluß ziehen, daß Roosevelt ausgespielt habe. Er hat erst kürzlich in Berkeley, der Universität von Kalifornien, unter ungeheurem Zudrang sechs Vorlesungen gehalten. Bei der letzten mußten gegen 15 000 Personen wegen Raummangels abgewiesen werden.

Eine unerfreuliche Erscheinung ist, daß in den letzten Wochen wieder eine *Hochflut deutschfeindlicher Artikel*, zweifellos *englischer* Provenienz, durch die Presse zieht. Auch andere Momente tragen dazu bei. Die Politik Nordamerikas steht weit mehr als anderweitig denkbar ist, unter dem Einfluß wirtschaftlicher Interessen oder persönlicher Einwirkungen von Privatpersonen. Die antideutsche Bewegung wird von dem *Chesterkonsortium* geführt, das aus unerfindlichen Gründen das Scheitern seiner kleinasiatischen Eisenbahnpläne auf deutsche Gegenwirkungen zurückführt, während es kein Geheimnis ist, daß ganz andere Faktoren sich der Ausführung dieser Pläne entgegensetzten; ganz ähnlichen Ursprungs aber ist die parallel laufende *antirussische Kampagne* in den Vereinigten Staaten, die von Herrn Strauß, dem ehemaligen amerikanischen Gesandten in der Türkei, geführt wird. Herr Strauß ist Jude und wollte in der Chesterangelegenheit, an der er mit interessiert ist, nach Petersburg reisen; aber die russische Regierung verlangte von ihm, daß er als Jude um eine besondere Vergünstigung zur Reise nach Rußland einkomme. Dazu wollte sich wiederum Herr Strauß nicht bequemen, der danach aus einem Russenfreunde zu einem erbitterten Gegner Rußlands wurde.

Auch die jüngste Krisis in der *jungtürkischen Frage* steht in gewissem Zusammenhang mit der Judenfrage. Unsre Leser

werden sich erinnern, daß das Salonikikomitee des Vereins „Einheit und Fortschritt" zu nicht geringem Teil aus ehemaligen spanischen Juden besteht, die zum Islam übertraten und ihre politische Erziehung in Frankreich in den Kreisen der dort herrschenden Freimaurer fanden. Gegen diese Elemente, zu denen auch Djavid Bey gehört, richtete sich die Aktion der „Dissidenten". Es hat am 22. April eine Generalkonferenz der Partei „Einheit und Fortschritt" stattgefunden, im ganzen 178 Personen, von denen 110 den Dissidenten angehörten. Der Sieg ist ihnen zugefallen. Sie haben in das Parteiprogramm die Aufnahme von zehn Artikeln durchgesetzt, die einer Generalversammlung zur endgültigen Annahme vorgelegt werden sollen. Es scheint sicher, daß sowohl der Großwesir wie Schewket Pascha diese Aktion gebilligt haben und daß als Resultat eine Schwächung des Einflusses zu erwarten ist, den bisher das leitende Komitee in Saloniki ausübte. Das aber kann nur erfreulich sein. „Einheit und Fortschritt" haben als parlamentarische Partei ihre volle Existenzberechtigung, als Geheimkomitee und als Nebenregierung sind sie, wie wir gleich bei Begründung dieser Organisation ausgeführt haben, durchaus schädlich. Der erste Schritt zum Besseren war der Austritt aller Offiziere aus dem Komitee, jetzt ist der zweite geschehen, wir hoffen, daß der letzte, entscheidende, die Auflösung dieser Nebenregierung, bald folgen wird. Bei den großen äußeren Schwierigkeiten, mit denen die Türkei heute zu kämpfen hat, dem Aufstand in Arabien und Albanien und der wenig zuverlässigen Haltung der vier Königreiche, ist es durchaus notwendig, daß das türkische Ministerium wohl erwogene Pläne unbehindert durch Seiteneinflüsse kräftig durchführen kann. Hakki Bey und Schewket Pascha aber haben durchaus das Zeug dazu.

Es heißt, daß der russische Botschafter in Konstantinopel, Hofmeister Tscharykow, bestimmt ist, der Nachfolger des leider hoffnungslos darniederliegenden Ministers Sasonow zu werden. In England und Frankreich wird daran die Hoffnung auf einen Systemwechsel in der russischen Politik im Sinne der Ära Iswolski geknüpft. Welches die geheimen Gedanken von Herrn Tscharykow sind, wissen wir natürlich nicht. Er hat nie Gelegenheit gehabt, sie öffentlich auszusprechen, und ist in Konstantinopel natürlich genötigt, den Weisungen zu folgen, die ihm aus Petersburg zugehen. Wir haben daher keinen Anlaß, in ihm einen künftigen Gegner da zu erblicken, wo die russischen und die deutschen Interessen einander nicht entgegenstehen; aber freilich spricht auch

bisher nichts dafür, daß er ein Freund der durch die Potsdamer Verhandlungen eingeleiteten Politik freundnachbarlicher Verständigung mit Deutschland ist. Er war Unterstaatssekretär unter Iswolski und gilt als entschiedener Anhänger jener neoslavischen Politik, die bisher an den unvertilgbaren Gegensätzen scheiterte, welche nun einmal, als eine Folge historischer Erinnerungen und vitaler Interessengegensätze, die slavischen Stämme trennen. Daß Ministerpräsident Stolypin den höchsten russischen Orden, das Andreaskreuz, erhalten hat, ist wohl ein vollgültiger Beweis, daß der Gegensatz, in dem er zu Reichsrat und Duma steht, ihm die Gunst seines Herrn nicht gemindert hat. Die Semstwo in den Westgouvernements wird nunmehr nach seiner Vorlage tatsächlich durchgeführt werden. Wieweit sie sich bewährt, bleibt abzuwarten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er sein Ziel, die Beseitigung des Übergewichts, welches die polnische Minorität in diesen Gebieten bisher behauptet hat, tatsächlich erreicht. Auch scheint eine gewisse Beruhigung in den Universitäten eingetreten zu sein. Ob die aus den liberalen und radikalen Blättern sprechende Unzufriedenheit Boden im Volke hat, läßt sich schwer ermessen. Wollte man ihnen Glauben schenken, so müßte man annehmen, daß die Möglichkeit einer zweiten Revolution nicht ausgeschlossen ist. Am tiefsten greift die Unzufriedenheit unter der jüdischen Bevölkerung um sich; gegen die revolutionären Elemente unter ihnen geht aber auch die Regierung am energischsten vor. Im Augenblick ist sie am Werk, die Reste der Organisation des „Bund" unschädlich zu machen. Auch gegen die katholische Propaganda in den Westprovinzen geht die Regierung energisch vor. Endlich wird mit großer Nachhaltigkeit den unredlichen Beamten auf den Leib gerückt, aber bisher bringt fast jeder Tag neue ungeheuerliche Entdeckungen von Unterschleif und Diebstahl.

In England ist, wie von vornherein feststand, die Reformbill vom Unterhause in zweiter Lesung mit sicherer Majorität angenommen worden. Mr. Asquith zeigt in Verfolgung seines Planes eine unbeugsame Energie. Als Kuriosum notieren wir dazu, daß Witte in einer Zuschrift an den „Daily Telegraph" den Vorschlag macht, das Haus der Lords nach dem Muster des russischen Reichsrats zu gestalten! Wer hätte es für denkbar halten sollen, daß England sich dereinst für parlamentarische Lebensformen seine Vorbilder aus Rußland würde setzen lassen! Wenn je, so haben wir hier eine lustige Ironie der Geschichte.

27. April 1911. Unruhen in Kanton.
28. April. Friedensverhandlungen zwischen Aufständischen und Regierung in Mexiko.
29. April. Entsendung der Ilis nach Kanton.
2. Mai 1911. Unterzeichnung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages.

3. Mai 1911.

Das jüngste Vorgehen der russischen Regierung gegen katholische Geistliche in den Westprovinzen scheint ein Licht auf die Frage zu werfen, weshalb der Ministerpräsident Stolypin mit so außerordentlicher Energie darauf bestand, gegen Duma und Reichsrat, seinen Entwurf für die Gestaltung der Semstwo in den Westprovinzen durchzuzwingen. Erst war es die Ausweisung des Jesuiten Wercinski, danach die Absetzung des Bischofs Denisow von Mohilew, dem zugleich auf Allerhöchsten Befehl sein Gehalt entzogen wurde, endlich fand vom Departement der Angelegenheiten fremder Konfessionen eine Untersuchung über die Organisation der Jesuiten in Rußland statt. Aus einem Artikel des „Golos Moskwy" vom 27. April erfahren wir, daß Wercinski eine Zuflucht beim General des Jesuitenordens Grafen Szeptycki in Lemberg gefunden hat, dessen Delegierte kürzlich in Moskau eine Konferenz im Kreise der dortigen Katholiken über die durch das Ausscheiden Wercinskis notwendig gewordenen Maßregeln abgehalten hatten. Der letztere habe namentlich dadurch große Geldmittel für seine propagandistische Tätigkeit zur Verfügung erhalten, daß er Juden in den Schoß der katholischen Kirche aufnahm, und diesen so die Möglichkeit bot, unbeanstandet in die der jüdischen Ansiedlung verschlossenen Gebiete einzudringen. Der „Gol. Moskwy" knüpft daran Angriffe gegen den Direktor des Departements für fremde Konfessionen im Ministerium der Volksaufklärung und teilt mit, daß beim Metropoliten von Moskau eine geheime Beratung stattgefunden habe, deren Gegenstand die katholische Propaganda in Rußland war.

Was wir hier hervorheben, sind jedoch nur die Symptome einer

weiter greifenden polnisch-katholischen Aktion politischen Charakters, über welche etwas ausführlicher zu referieren wir uns um so mehr verpflichtet fühlen, als sie auch uns ganz direkt angeht. Im Sommer vorigen Jahres erschien ein bereits 1906 verfaßter, aber im März 1910 veröffentlichter offener Brief eines Grafen A. Orlowski, der sich als Neffe der Fürstin Karoline von Sayn-Wittgenstein einführt, an das russische Konzil (das bekanntlich geplant, aber bisher noch nicht zusammengetreten ist). Dieser offene Brief ist, wie das Titelblatt ankündigt, in 25 Tausend Exemplaren gedruckt worden und setzt sich zum Ziel, für die Ideale einer in Lemberg begründeten „Ligue des Unislaves" das russische Konzil, an dessen baldige Eröffnung der Graf Orlowski glaubt, zu gewinnen, und sie überhaupt unter den Slaven energisch zu propagieren. Zusammengestellt wurden diese „Ideale" in den folgenden sechs Programmpunkten der „Unislaven":

1. Unter den Slaven, das Prinzip katholischer Einheit begründen, wie es alle Zeit durch das Recht des Bischofs von Rom, des Nachfolgers St. Peters, dargestellt wurde, die von den Bischöfen erwählten Patriarchen zu bestätigen. (Bekanntlich wurde zeitweilig in Rußland an Herstellung des Patriarchats gedacht.)

2. In den Gesetzen und Sitten der Slaven den katholischen Geist durch die Presse der Unislaven, ihre Literatur und ihre Klubs zu verbreiten.

3. Darauf hinzuarbeiten, die autonomen slavischen Völker zu einem katholischen Reich zu gruppieren, ohne den Wegen der Vorsehung vorzugreifen.

4. Mit friedlichen Mitteln ohne revolutionäre Taten zu handeln.

5. Die Autonomie der Völker, die das künftige slavische Reich bilden werden, auf der allgemeinen Basis der Gerechtigkeit zu begründen: durch Wahlsystem, Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit des Kultus, Garantien für das Individuum.

6. Polen in den Grenzen von 1772.

Der diesem Programm vorausgeschickte Abschnitt aber schließt mit den Worten:

„Eine Befreiungstat verlangt, weil sie heilig ist, Selbstaufopferung, die, wie es im Eid der Kardinäle heißt, gehen muß usque ad effusionem sanguinis."

Wir haben diesem offenen Brief, der uns schon im Herbst 1910

zugung, zunächst keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt: Der Adressat des Briefes, das russische Konzil, existierte nicht, das Ganze erschien uns als die wesenlose Utopie eines Phantasten. Aber wir haben uns getäuscht. Soeben ist in einer Auflage von 35 000 Exemplaren eine zweite Schrift des Grafen Orlowski verbreitet worden, unter dem Titel: „Concours international (50 000 Frs.) Programme unislave 1910. Lettre au concile Russe. A. Rey et Cie. Imprimeurs-Editeurs, à Lyon." Offenbar ist Graf Adam Orlowski inzwischen sehr tätig gewesen. Er hat Geld und Zustimmung für seine Ideen gefunden und sie zu einem Preisausschreiben kondensiert, das in Anlehnung an die oben aufgeführten sechs Punkte folgende Themen für eine internationale Konkurrenz ausschreibt:

„Betrachtungen über den bevorstehenden Bankrott des Kontinents, der durch übermäßige Kriegsbudgets erschöpft wird.

Möglichkeit der Herabsetzung dieses Budgets.

Herstellung eines dauerhaften Friedens durch Rekonstituierung des mächtigen Polen von 1772 und Wiederaufnahme der tausendjährigen polnischen Politik, wie sie gekrönt wurde durch den Erfolg der Union der Griechen mit Rom. Annäherung der Slaven an Frankreich, Spanien, Italien, durch den Einfluß der Versöhnung der übrigen orientalischen Kirchen mit den Lateinern, um einerseits dem orthodoxen Absolutismus, anderseits dem protestantischen Übergewicht und der Hegemonie Preußens ein Gegengewicht zu setzen.

Neues Gleichgewicht Europas, neue Stützen und neue Säulen für die nationalen Freiheiten."

Die Bewerbungen, die um die ausgeschriebenen Preise stattfinden, sollen auf die Initiative der internationalen Vereinigung der Akademien der Akademie zur Entscheidung zugewiesen werden, die in einem freien Lande durch die Unabhängigkeit ihrer Institutionen dazu meist geeignet erscheint.

Falls nun die Ideen der von Orlowski begründeten „Ligue unislave" sich in praxi verwirklichen, erwartet er davon für die Welt die folgenden Vorteile:

Frankreich erhält seine Revanche für Elsaß-Lothringen und die Rheingrenze, die deutschen Bundesstaaten gravitieren

fortan nach Österreich. Polen, dessen Bevölkerung der Frankreichs gleichkomme, wird als Hort des Katholizismus ein notwendiger Faktor im europäischen Gleichgewicht und wird ein Wall gegen das Vordringen der Germanen nach Westen und zugleich ein Zügel des Despotismus im Osten. Es wird den heidnischen Modernismus brechen, und wenn erst Rußland katholisch geworden ist, in ihm einen loyalen Beschützer finden, ganz wie Bulgarien und Serbien, die gleichfalls der Universalkirche anzuschließen sind.

So geht es noch lange weiter, aber zu diesem absurden Programm bringt Graf Orlowski eine Reihe von Namen angeblich zustimmender Personen (on doit à la mémoire des générations futures, héritières des efforts de la Semeuse de la Civilisation, ceux qui nous ont écrit et ceux qui ont accompagné de leur sympathie le Leitmotiv général). Er beginnt mit den Geistlichen: Es sind 61 Namen: Kardinäle, Erzbischöfe, Bischöfe und unter diesen auch: Seine Eminenz Kardinal v. Kopp, Fürstbischof von Breslau, die Bischöfe von Münster, von Freiburg und von Paderborn. Nun zweifeln wir keinen Augenblick daran, daß es sich um eine freche Fälschung handelt, da es undenkbar ist, daß deutsche Bischöfe sich an einem vom deutschen Standpunkte aus hochverräterischen Unternehmen beteiligt haben sollten. Ebenso undenkbar ist die gleichfalls behauptete Zustimmung der Universität Breslau und mindestens höchst auffallend ist die Nennung des Namens des Präsidenten der französischen Republik Fallières in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Ligue Française, während die Zustimmung des Jockey-Klub einen direkt komischen Charakter trägt.

In Summa, der Eindruck, den wir gewonnen haben, ist der, daß mit unredlichen Mitteln eine ungeheure Reklame für eine verbrecherische Utopie gemacht wird, und wir erwarten mit Bestimmtheit, daß die genannten hohen deutsch-katholischen Geistlichen sich mit aller Entschiedenheit von der Genossenschaft lossagen, der man durch die Autorität ihres Namens ein Relief geben will. Daß aber die russische Regierung gegenüber den ihr natürlich bekannten Bestrebungen der Ligue unislave, in den für das Polen von 1772 beanspruchten Westprovinzen zu Mitteln greift, welche ihr geeignet scheinen, diese Bestrebungen lahmzulegen, kann nicht wundern und rechtfertigt sich unter diesen Umständen

von selbst, aber natürlich nur als lokale, durch Ausnahmezustände gebotene Maßregel.

Wir halten es für nützlich, in diesem Anlaß noch eine andere, in Rußland höchst unpopuläre und auch bei uns vielfach getadelte Maßregel näher zu beleuchten: die Maßregelungen, die neuerdings Studenten und Professoren verschiedener russischer Universitäten getroffen haben. Beide, Lehrer und Lernende, kämpfen unter der Fahne der Autonomie, und wir sind gewiß die letzten, welche Lehr- und Lernfreiheit in Frage stellen möchten. Aber auch hier befindet sich die russische Regierung in einer Notlage. Mit Ausnahme allbekannter wissenschaftlicher Autoritäten, die jedoch nicht sehr zahlreich sind, wird an den russischen Universitäten wenig gearbeitet und die Universitäten als Selbstverwaltungskörperschaften haben fast überall versagt. Es fehlt ihnen der Rechtsbeistand, den unsere Universitäten am Universitätsrichter haben, das Konseil (Senat), zu dem alle ordentlichen und außerordentlichen Professoren gehören, ist zu zahlreich, das Direktorium, dem die ökonomische Verwaltung zugewiesen ist, erfahrungsmäßig dieser Aufgabe nur selten gewachsen, endlich der Prorektor, der für Erhaltung der „Ordnung" und für alle Studentenangelegenheiten einzustehen hat, erst recht nicht in der Lage, seine Autorität zur Geltung zu bringen. Dazu kommt der fast allgemein verbreitete Usus, daß die Professoren ihre Vorlesungen in lithographierten Heften den Studenten zugänglich machen, was natürlich den Unterricht schädigt und zu einem ganz mechanischen herabdrückt. Auch hiervon gibt es glänzende Ausnahmen. Aber wie dem auch sei: Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß dieses System schlecht funktioniert und daß den russischen Studenten, die dem Universitätsleben seinen Charakter geben, hundert andere Dinge, vor allem die Politik näher liegen als ihre Studien. Die Rolle, welche diese Studentenschaft in der Revolution gespielt hat, ist ja allbekannt, ebenso die Lernstreiks, die einen fast chronischen Charakter angenommen haben. Neuerdings ist nun, als die Regierung bei der versagenden Autorität der Universitätsorgane, die Lernwilligen, von ihren Kameraden brutalisierter Studenten durch die Polizei zu schützen bemüht war, der Lehrstreik einer Reihe von Professoren hinzugekommen, was dann zu den bekannten unerquicklichen Konflikten der letzten Monate geführt hat. Eine Reihe von Professoren reichte Entlassungsgesuche ein, sie wurden vom Ministerium sofort angenommen,

darauf sind andre bereits beschlossene Abschiedsgesuche zurückgenommen worden und im Augenblick sind die Universitätsverhältnisse zu leidlicher Ruhe gelangt. Aber über 120 Katheder sind vakant, Studenten in großer Zahl relegiert worden, und es läßt sich nicht absehen, wie die Schwierigkeiten, die sich aus diesen Verhältnissen ergeben, überwunden werden sollen. Daß in der Person des jetzigen Ministers der Volksaufklärung K a s s o eine wissenschaftliche und organisatorische Kraft von wirklicher Bedeutung die Leitung in Händen hat, darf nicht übersehen werden. Er kennt als ehemaliger Professor an der Universität Moskau die Verhältnisse genau, ist, wie uns versichert wird, nichts weniger als bureaukratisch veranlagt und will Ordnung schaffen. Nach Herstellung derselben mag die Freiheit folgen. Ob die akademische Freiheit, die unsere Studenten mit Recht genießen, schon jetzt auf russischem Boden möglich ist, mag zweifelhaft sein. Zunächst bestreiten es alle Kenner russischer Universitätsverhältnisse, die wir zu sprechen Gelegenheit hatten. Aber wir meinen, das Ziel sollte es sein, sie dahin zu führen, zunächst durch größere Lernfreiheit, dann durch Beseitigung des Gebrauchs der lithographierten Hefte und der gebundenen Marschroute, die dem Gang der Studien gesetzt wird, endlich durch Stärkung der Autorität des Lehrkörpers. So wie die Verhältnisse heute liegen, ist der Ausblick in die Zukunft ein trüber, die Gegensätze steigern sich, und was gewiß dabei leidet, ist die wahre Freiheit von Lehrern und Studenten und die Wissenschaft, die nicht dank der Universität lebendig bleibt, sondern sich ihr zum Trotz behauptet.

Wie vorauszusetzen war, haben die in F r a n k r e i c h verbreiteten Nachrichten über die Zustände in Marokko sich als tendenziös übertrieben erwiesen. Wir wollen abwarten, was nunmehr Frankreich tun wird. Durch die Erklärung, die uns die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 30. April gebracht hat, ist unsere Stellung zu der Wendung, welche die marokkanische Frage genommen hat, in erfreulicher Weise klargestellt worden: „Ein Durchbrechen wesentlicher Bestimmungen der Algecirasakte, selbst wenn es durch zwingende äußere Umstände und gegen den Willen der handelnden Macht herbeigeführt würde, würde sämtlichen Mächten ihre volle Aktionsfreiheit wiedergeben und könnte damit zu Konsequenzen führen, die sich zurzeit nicht übersehen lassen." Das ist, wie wir glauben annehmen zu dürfen, auch der Standpunkt, den die anderen Vertragsmächte einnehmen; aber wir freuen uns, daß er zuerst

bei uns in nicht mißverständlicher Weise formuliert worden ist. Die Hoffnung des „Temps", daß Brémond mit seinen Leuten Fez nicht erreicht haben werde, ist durch die offiziell bestätigte Nachricht von seinem Eintreffen widerlegt worden, die sogenannten Belagerer stieben auseinander, und so läßt sich erwarten, daß diese mit so viel Lärm und Enthusiasmus in Szene gesetzte Expedition der Franzosen in Frieden wieder heimkehrt, was unzweifelhaft die beste Lösung wäre.

Zu der Frage des geplanten englisch-amerikanischen Schiedsvertrages bringt der „Standard" vom 29. April eine interessante Betrachtung. Alle Engländer, schreibt das Blatt, würden sich freuen, wenn Präsident Taft und Sir Edward Grey einen Vertrag zustande brächten, der einen Krieg zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten unmöglich mache. Aber man dürfe seine Hoffnungen nicht allzu hoch spannen. Noch sei der Vertrag nicht abgeschlossen und viele Hindernisse noch zu überwinden. Der Senat mache Schwierigkeiten, und selbst wenn der Vertrag perfekt werden sollte, dürfe man nicht zu viel von ihm erwarten; denn wenn der unwahrscheinliche Fall eintrete, daß ein Konflikt erstehe, welcher die Lebensinteressen eines beider Teile berühre, dann würden diplomatische Formeln schwerlich ausreichen, um den Frieden zu erhalten: etwa wenn die Monroedoktrin verletzt oder die Unabhängigkeit Kanadas bedroht werde? Auch müsse man nicht vergessen, daß ein amerikanisch-englischer Vertrag nur diese beiden Mächte binde. Sowohl Mr. Asquith als Mr. Balfour hätten für notwendig befunden, nach den in Guildhall angestimmten Friedenshymnen darauf hinzuweisen, daß man nicht glauben dürfe, daß der Vertrag, falls er abgeschlossen werde, auch nur im geringsten England von der Bürde befreien werde, seine Rüstungen auf dem Gipfel seiner Leistungsfähigkeit zu behaupten.

„Wir kommen" — schließt der „Standard" — „zuletzt auf den „barbarischen", aber unwiderlegbaren Satz zurück, daß das beste Mittel, einen Krieg zu vermeiden, darin liegt, daß man stark genug ist, um ihn zu triumphierendem Abschluß durchzukämpfen. Es wäre eine ernste Gefahr, wenn der liebenswürdige Idealismus, den der Taftsche Antrag wachgerufen hat, zum Glauben führte, daß er eine Art „billige Verteidigung der Nationen" biete, einen Ersatz für Schiffe, Kanonen und Armeen, die unserer unvollkommenen Welt nicht nur das Werkzeug des Krieges, sondern auch das Bollwerk des Friedens sind."

Wir teilen diese Ansicht durchaus und können uns ein System von obligatorischen Schiedsverträgen, das ja nach der Ansicht unserer Friedensapostel die ganze Welt umfassen soll, gar nicht denken ohne einen Exekutor, der die Ausführung der Schiedssprüche erzwingt. Damit aber wäre die Kette des circulus vitiosus geschlossen, und der Schiedsspruch, dem sich eine stolze und selbstbewußte Nation nicht fügen kann, sobald sie sich in ihrer Ehre gekränkt oder bedroht fühlt, müßte erst recht in einen Krieg ausmünden. Man denke z. B. an einen Schiedsspruch zwischen England und der Türkei wegen Ägyptens, zwischen den Vereinigten Staaten und England wegen des Panamakanals, und die völlige Unerheblichkeit solcher theoretischer Entscheidungen fällt sofort in die Augen. Über Fragen, die in das Gebiet der Adiaphora gehören, mag der Haager Schiedshof entscheiden, er kann weder die kretische noch die mazedonische Frage lösen, der großen Konfliktsprobleme zu geschweigen. Solange ein Volk lebensfähig ist, wird es sich selbst zu verteidigen wissen und auch Bundesgenossen finden. Beugen kann man sich der Entscheidung der Waffen, nicht einem Spruch, dessen Gerechtigkeit stets von dem einen oder dem anderen Teil angezweifelt wird, wo Ehrenfragen mitspielen.

Über die parlamentarische Lage in England schreiben die stets pessimistisch getönten Artikel Waverleys im „Eclair": „Die Strömung zugunsten der schottischen Homerule wird von Tag zu Tag stärker. Die Folge dieser Agitation wird „Home Rule all round" für die drei keltischen Nationen: Iren, Schotten, Waliser sein. England, der „Predominant factor", wird auf die „Predominance" verzichten und das föderative Prinzip anerkennen müssen. Die Beseitigung des Veto der Lords, das in zweiter Lesung vor Ende des Monats Mai angenommen sein wird (ich wette, daß es mit einer Majorität von gegen 100 Stimmen geschieht) bedeutet den ersten großen Schritt auf dieser Bahn." Es schließt sich hieran eine schwarz in Schwarz gemalte Darstellung der Lage in Schottland, die wir uns nicht zu eigen machen wollen, aus der sich aber doch ergibt, daß auch dort die Landwirtschaft und mit ihr die bäuerliche Bevölkerung in bedenklicher Weise abnimmt. Waverley schließt mit der folgenden Notiz über die deutsch-englischen Beziehungen: „Ich habe mehrfach seit einem Jahr den Abschluß einer englisch-deutschen Verständigung angekündigt, und das wird sich ebenso bestätigen, wie meine Behauptung, daß es keine schriftliche englisch-französische Militär-

konvention gebe. Man hat sich unterhalten und geschwatzt, das war alles, und man müßte erstaunlich naiv sein, um daraus zu schließen, daß England eine geschriebene Verpflichtung eingehen werde, ce qui seul eût compté, et encore!!“

Die Krisis, die sich in der Türkei zwischen der Partei Einheit und Freiheit, dem Komitee von Saloniki und dem Ministerium abgespielt, ist noch immer nicht genügend geklärt, um ein sicheres Urteil zu rechtfertigen. Festzustehen scheint bisher nur soviel, daß das Ansehen und der Einfluß Mahmud Schefket Paschas noch weiter gefestigt ist, was um so erfreulicher ist, als damit auch die Stellung des Sultans gewonnen hat.

Eine gewisse Beunruhigung rufen die russisch-chinesischen Beziehungen hervor, die, wie es scheint, in eine Annäherung Chinas an Japan ausmünden wollen. Dem Aufstande in Kanton messen wir eine weitergehende Bedeutung nicht zu.

1. Mai. 1911. Eröffnung eines internationalen Postkongresses in Rom.
7. Mai. Abschluß eines neuen russisch-japanischen Abkommens.
Porfirio Diaz erklärt sich bereit, nach Herstellung des Friedens in Mexiko zurückzutreten.
8. Mai. Lord Lansdownes Reformprojekt für das Haus der Lords.
9. Mai. Demission von Finanz- und Unterrichtsminister in der Türkei.
Ernennung eines Ministeriums Ching in Peking.
Besuch des Präsidenten Fallières in Brüssel.
10. Mai. Johann Orth (Erzherzog Johann) wird für tot erklärt.

10. Mai 1911.

Die Krönungstage in England und die Reichskonferenz nahen heran, und es ist kein Zweifel, daß beides unter lebhafter Teilnahme All-Englands sich vollziehen wird. Die feierliche Krönung des Königs ist in der Tat ein Nationalfest, an dem der allgemeine Loyalismus der Engländer sich noch mehr erwärmt. Der Prunk der sorgfältig beibehaltenen Formen weit hinter uns liegender Vergangenheit wird als eine Verherrlichung der Geschichte Englands freudig empfunden. Es kann nach dieser Richtung hin dem Gefühl der Nation nicht genug getan werden. Kennt der Durchschnittsengländer nur die Geschichte seines Landes, so kennt er ihre Erfolge dafür meist gut, und in ihren Helden bewundert er sich selbst. Das soll kein Tadel sein. Es liegt in der Naivetät dieser Auffassung ein Stück nationaler Kraft, das freilich, wenn es in Selbstüberschätzung umschlägt, gefährlich werden kann. England hat die sich daraus ergebenden Krisen mehrfach durchgemacht: Indien, Afghanistan, Südafrika wissen davon zu erzählen, aber es hat sie schließlich jedesmal zu überwinden vermocht, und nur das haftet in der Erinnerung der Nation. Es ist alle Aussicht, daß dieses Mal die Krönungsfeier einen ungewöhnlich glänzenden Verlauf nehmen wird. Neben den europäischen Fürsten, unter denen unser Kaiser, der nächste Verwandte König Georgs, in jeder Hinsicht der erste ist, werden aus dem die Welt umspannenden Reich der britischen Besitzungen und Kolonien die Vertreter sich einfinden, etwa wie zu den glänzenden Festlichkeiten des

60. Regierungsjubiläums der Königin Viktoria, unter deren Regiment die, faſt möchte man ſagen, „märchenhafte“ Ausdehnung des britiſchen Weltreichs ſich vollzog. Und doch iſt ſeither alles ſo anders geworden. Die Kolonien ſind zu Nationen ausgewachſen, ihre Vertreter tragen die Stirn hoch und bringen einen eigenen Willen und ein eigenes politiſches Programm mit ſich, das keineswegs mit dem identiſch iſt, das die klugen Köpfe in Downingſtreet mit zäher Konſequenz im Wechſel der Zeiten aufrechtzuerhalten bemüht ſind. Der ſtolze Traum Chamberlains, Mutterland und Kolonien zu einem Reichszollverein zuſammenzufaſſen, iſt endgültig geſcheitert, und die Reichskonferenz, deren Zuſammentreten unmittelbar bevorſteht, wird zu beweiſen haben, ob der zweite Programmpunkt Chamberlains, „imperial defence“, d. h. die Verpflichtung der Kolonien, mit ganzer Macht für die Intereſſen Englands in aller Welt einzutreten, ſich verwirklichen läßt. Sehr günſtig liegen die Ausſichten dafür keineswegs, und was ſich jetzt auf kanadiſchem Boden vollzieht, der zwar noch nicht perfekt gewordene, aber ſichtlich bevorſtehende wirtſchaftliche Anſchluß Kanadas an die Vereinigten Staaten von Nordamerika hat in London entſchieden deprimierend gewirkt. Zwar während der Krönungstage wird es wegen dieſes Problems keinen Mißton geben. Sir Wilfried Laurier, der, wie man fürchtete, wegen der Reziprozitätsbill fern bleiben würde, wird in England erſcheinen, und mit ihm die Miniſter der kanadiſchen Flotte und der Miliz, dazu Delegierte des Parlaments von Ottawa und beſondere Krönungsdelegierte. Laurier wird am 23. Mai das kanadiſche Parlament auf zwei Monate vertagen, und erſt wenn es wieder zuſammentritt, ſoll ihm die Reziprozitätsfrage zur endlichen Entſcheidung vorgelegt weden, wenn, was noch nicht unbedingt feſtſteht, nach Annahme des Antrages durch die neue Kammer in Waſhington und durch den Senat das letzte Wort Kanada zufällt.

Dort aber haben die ſehr aufrichtig gemeinten, aber ebenſo ungeſchickten Reden Champ Clarks und Bennets, die ſich für Annexion Kanadas ausſprachen, begreiflicherweiſe verſtimmt, ſo daß Laurier alle Mühe hatte, die Erregung zu ſtillen. Man wird von Europa aus dieſe Verhältniſſe ruhiger und wohl auch richtiger beurteilen. Der handelspolitiſche Anſchluß an die Vereinigten Staaten bedeutet noch keineswegs eine Löſung von England und, wenn — was uns ſehr fern zu liegen ſcheint — dieſe einmal ſtattfinden ſollte, dürfte ſie weit eher

zur Bildung eines selbständigen kanadischen Staates, als zu einer Verschmelzung mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika führen. Schon jetzt aber greift diese kanadische Frage sehr lebhaft in die Kämpfe der beiden großen amerikanischen Parteien ein. Das Verdienst, den Vertrag angenommen zu haben, wird der neuen Kammer zufallen, in der das demokratische Element überwiegt, sie hofft auch den nächsten Präsidenten zu stellen, freilich ohne recht zu wissen, welchen Namen sie zu nennen hat. Es ist aber fraglich, ob nicht zuletzt doch die beiden dissentierenden Gruppen der Republikaner sich noch rechtzeitig verständigen und den Sieg erringen. Ein kanadischer Korrespondent der „Débats" meint, daß die Dissidenten zunächst den Senator von Wisconsin, La Folette, als Kandidaten gegen Taft aufstellen würden, wenn aber für keinen von beiden eine sichere Majorität zu finden sei, trotz allem Roosevelt von beiden Parteien auf den Schild gehoben und dann auch nominiert werden könnte. Unzweifelhaft werden auch die mexikanischen Angelegenheiten dabei mitspielen, die eine immer bedenklichere Gestalt annehmen. Sicher ist, daß man in New York an Krieg glaubt, und es ist zweifelhaft, ob Taft sich dem Druck der öffentlichen Meinung auf die Dauer wird entziehen können. Es sprechen auch hier, wie in der gesamten amerikanischen Politik, gewaltige Geldinteressen mit, und wenn die Millionen Carnegies für Frieden, Schiedsgericht und allgemeine Verbrüderung eintreten, so arbeiten andere Millionen nicht weniger energisch nach entgegengesetzter Richtung. Gibt es aber Krieg, so wird die Energie Roosevelts und die Popularität seines Namens wohl durchdringen. Zu dem Possenspiel, welches ernste Aktionen zu begleiten pflegt, gehört wohl, daß der unermüdliche „Baron" d'Estournelles de Constant dem Präsidenten Taft eine Medaille für seine Bemühungen um Erhaltung des Friedens überreicht hat.

Doch wir kehren zu den englischen Angelegenheiten zurück. Der zweite gewaltige Unterschied, der uns bei dem Vergleich des Jubiläums von 1897 und dem jetzigen Krönungsfest entgegentritt, betrifft die inneren Angelegenheiten. Damals schien die Herrschaft der Konservativen unerschütterlich begründet. Lord Salisbury war der allmächtige Gebieter, und zwischen dem Hause der Lords und den commons herrschte ungetrübte Einigkeit. Heute gebieten die „little Englanders" von damals, und es steht fest, daß das Haus der Lords sein Vetorecht in allen Fragen verliert, die sich mit einer Geldbewilligung

in Zusammenhang bringen lassen, und ebenso fest, daß eine Reform des Oberhauses stattfindet. Es fragt sich nur, nach welchem Rezept das letztere geschehen soll, ob durch einen Pairsschub, der den liberalen Elementen ein für allemal das Übergewicht sichert, oder nach den Ideen Lord Lansdownes, der jetzt so weit ist, daß er anerkennt, daß eine Gleichberechtigung beider Häuser nicht aufrecht zu erhalten ist, und daß die stärkere Stellung dem Hause der Gemeinen gehört. Nun läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß in spätestens 14 Tagen die Parlamentbill, d. h. die Beseitigung des Vetos der Lords im Unterhause angenommen sein wird, und das ist dann der kritische Augenblick für die Lords. Lassen sie die Vetobill unbeanstandet als ein nicht mehr abzuwendendes Verhängnis über sich ergehen, so findet voraussichtlich das von uns schon vor Monaten angekündigte Kompromiß statt und die Regierung ihrerseits stimmt der Reformbill Lord Lansdownes zu. Die „Westminster Gazette" hat am 3. Mai in einem viel bemerkten Artikel das Signal zu Kompromißverhandlungen gegeben, und wenn die unionistischen Blätter sich zurzeit noch etwas spröde zeigen, ist doch nicht wahrscheinlich, daß sie in dieser Haltung beharren.

„Wir sehen", schrieb die „Westminster Gazette", „keinen Grund, weshalb die Regierung, wenn sie ihrer Vetobill sicher ist, den Bemühungen Lord Lansdownes, das Haus der Lords umzubilden, entgegentreten sollte."

Man ist auf beiden Seiten müde geworden. Das Land bringt der Opposition der Lords weiter kein Interesse entgegen, weil es ganz richtig annimmt, daß im Prinzip die Frage bereits gelöst ist. Für das geplante Referendum vermag sich niemand zu begeistern, auch wäre dessen Ausgang derselbe, den die letzten Wahlen ergeben haben. Das wissen auch die Lords, und es kommt Lansdowne wohl jetzt nur noch darauf an, sein Reformprojekt so durchzubringen, daß es das unter den jetzigen Verhältnissen mögliche Maximum an Geltung dem Oberhause und der sozialen Stellung seiner Mitglieder — die durch einen Peersschub von so großem Umfange, wie er notwendig wäre, entschieden leiden würde — aufrechterhält. Die Verschwägerungen zwischen den in beiden Häusern vertretenen Adelsfamilien und Finanzmagnaten werden naturgemäß dahin wirken, daß die Reform möglichst schmerzlos vollzogen wird und ihre gesellschaftlichen und privaten Interessen nicht schädigt. Aber wie auch der Ausgang sei, es ist ein neues England,

mit dem zu rechnen ist, und die demokratische Woge, die durch die Welt zieht, hat auch dort vieles niedergeworfen, was für alle Zeiten fest fundamentiert schien.

In den jingoistischen Kreisen spielen noch andere Erwägungen mit, die eine Beseitigung der inneren Wirren erwünscht erscheinen lassen. In der „National Review" ist unter der Spitzmarke: Wenn England erwachen wollte! ein Artikel von W. Morton Fullerton erschienen, um dessen Verbreitung der „Temps" sich bemüht. Es handelt sich um eine Klage über versäumte Gelegenheiten. Wenn Frankreich und England zusammengewirkt hätten, wäre nach Ansicht des Verfassers viel Unheil verhütet worden. Die Ereignisse, an welche die Schlagworte: „Potsdam, Vlissingen, Maskat, Bagdad, türkische Anleihe" erinnern, hätten in solchem Falle nicht stattfinden können. Ein Teil des Schadens, der dadurch entstanden sei, lasse sich nicht mehr gut machen, andere Positionen aber könnten zurückgewonnen werden. Die Aktionsmittel seien noch dieselben, man müsse sie nur zu brauchen wissen. Hierzu macht der „Temps" die folgenden, höchst charakteristischen Glossen:

„England wie Frankreich stecken seit einigen Monaten zu tief in innerer Politik. Möchten doch die Ereignisse die Blicke beider Staaten nach auswärts richten. Sie werden dann keine Ursache zum Verzweifeln, sondern Gründe zum Handeln finden; keine Gründe anzunehmen, daß der Dreibund auf allen Feldern gewonnenes Spiel hat (wie er im Orient es gewonnen hat), sondern Gründe zur Annahme, daß durch ein tägliches, aufmerksames, folgerichtiges und vereinbartes Vorgehen sie im Verein mit Rußland ihre Interessen verteidigen müssen und verteidigen können, ohne daß diese Verteidigung notwendig den Weltfrieden stören muß. — Das sind die Erwägungen, welche die jetzige Lage Europas Herrn Fullerton einflößt. „Quand l'Angleterre s'éveillera" bestätigt so in vielen Punkten, was wir ausgeführt haben. Wir erlauben uns hinzuzufügen, daß, wenn diese Ausführungen durch ihre Offenheit vorgefaßten Meinungen anstößig erschienen und gewisse Interessen verletzten, sie immerhin den berechtigten Beitrag einer unabhängigen und aufrichtigen Presse zur nationalen Politik darstellen."

Der „Temps" charakterisiert sich nach diesem, die Diversion nach außen empfehlenden Artikel allerdings als würdiger Gesinnungsgenosse der „National Review", die bekanntlich seit über 10 Jahren Monat für Monat den Krieg gegen Deutschland als eine Notwendig-

keit predigt. Aber die „National Review“ hat bereits so sehr in England an Ansehen verloren, daß sie fast nur in den Kreisen des Preßringes, zu dem sie gehört, beachtet wird, auch die Protektion des „Temps“ wird ihr nicht zu wirklichem Einfluß verhelfen. Wohl aber halten wir es nicht für ausgeschlossen, daß früher oder später einmal in England die Überzeugung zum Durchbruch kommen wird, daß die seit der Venezuelaaffäre erst von der englischen Presse, dann von der englischen Regierung aufgenommene Politik der Schädigung und Verdächtigung Deutschlands ein ungeheurer politischer Mißgriff war. Als Resultat ergab sich, daß Deutschland stetig stärker wurde. Wie Frankreich für unsere Armee Reklame gemacht hat, indem es die Welt in Bewegung zu setzen versuchte, um sie gegen uns zu wenden, und sich trotzdem nie stark genug fühlte, um die Wünsche seiner Chauvinisten zu verwirklichen, so haben die Ausfälle und Drohungen der Jingopresse unsere Marine populär zu machen geholfen und damit wesentlich dazu beigetragen, daß sie das wurde, was sie heute ist. Endlich haben beide, England und Frankreich, durch ihr Jammern über die deutsche Konkurrenz erheblich geholfen, unserm Handel und unserer Industrie die Stellung zu erobern, die sie heute unbestritten in aller Welt einnehmen.

England und Frankreich waren in dieser Hinsicht für uns „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“, und das wird, allem Anschein nach, der „Temps“ auch in der *Marokkofrage* sein, von der seine Betrachtungen in dem oben erwähnten Artikel ausgingen. Übrigens ist die Freude über die Marokkopolitik des „Temps“, von der die Herren Monis und Cruppi sich vergeblich zu emanzipieren versuchen, auch in Frankreich keinesfalls nach jedermanns Geschmack. Es ist in dieser Hinsicht besonders lehrreich, die parallel erscheinenden Artikel des „Temps“ und der „Débats“ zu vergleichen. Auch stehen die „Débats“ nicht allein. Der „Eclair“ schließt einen scharfen Artikel gegen Spanien, dem er den Vorwurf macht, daß es aus Gründen innerer Politik eine Diversion nach außen suche (also gerade, was der „Temps“ für England und Frankreich *empfiehlt*!), mit dem folgenden Seufzer:

„Wir sehen nicht, wie wir aus diesem Wespennest herauskommen sollen; in der Nähe von Spanien bedrängt, aus der Ferne von Deutschland überwacht! Wieviel besser wäre es gewesen, einem Unternehmen fernzubleiben, das uns bereits so viel kostet. Die marokkanische Anarchie

störte uns ja nicht und gestattete wenigstens niemandem einzugreifen."

Das „Eingreifen" gilt Spanien in Anlaß eines Buches von G. Maura, Abgeordneten in den Cortes, das den Titel führt: „Die marokkanische Frage vom spanischen Standpunkte aus," Es heißt darin ganz unverhüllt, daß Spanien zum Kriege gezwungen sein werde, sobald der Territorialbestand an der Spanien gegenüberliegenden Küste des Mittelmeeres oder an der atlantischen Küste gegenüber den Canarischen Inseln verletzt werde. In der Tat hat Spanien jetzt gegen 30 000 Mann auf marokkanischem Boden, die Franzosen etwa 35 000, wenn ihr Bestand vollzählig sein wird. Es ist aber durchaus nicht anzunehmen, daß sie deshalb aneinandergeraten werden. Dazu ist Spanien zu schwach und zu abhängig vom Wohlwollen Frankreichs. Das Gefährliche dieser Truppenkonzentrationen liegt darin, daß man die Rechnung für die unnötigen Expeditionen wahrscheinlich wieder den Marokkanern zu präsentieren gedenkt, um ihnen eine neue finanzielle Schlinge um den Hals zu werfen. Im bürgerlichen Leben würde man derartige Operationen mit einer sehr wenig schmeichelhaften Bezeichnung belegen.

Einer interessanten Korrespondenz der „Nowoje Wremja" aus Yokohama entnehmen wir, daß in Japan der amerikanisch-japanische Handelsvertrag in der Presse und im Parlament eine sehr schlechte Aufnahme gefunden hat. Die Japaner fühlen sich verletzt, daß Amerika sie nicht auf dem Fuße voller Parität behandelt. Während nämlich den Amerikanern volle Freiheit gewährt wird, in Japan Grundeigentum zu erwerben, ist es den Japanern in den meisten der Staaten der Union untersagt, Immobilienbesitzer zu werden; in der Frage der japanischen Einwanderung aber hat die japanische Regierung versprechen müssen, dafür Sorge zu tragen, daß Japaner nicht mehr nach Amerika emigrieren würden. Auf diesem Wege umging man ein amerikanisches Verbot gelber Einwanderung. Der über diese Verschleierung entrüstete Graf Okuma macht dazu die amüsante Bemerkung: Die japanische Regierung gleiche dem Manne, der sich die Ohren verstopfe, weil er eine Glocke stehlen wolle! Der Graf Hajashi aber erklärte, daß, da der auf 12 Jahre abgeschlossene Vertrag jederzeit durch eine sechs Monate vorher angezeigte Kündigung gelöst werden könne, man darauf rechnen müsse, daß Amerika sich das zunutze machen wolle. Wir müssen wohl

daraus schließen, daß die Beziehungen beider Staaten derartige sind, daß sie sich gegenseitig nicht ohne Mißtrauen beobachten, und das mag es wohl erklären, daß, nachdem Japan in den Tagen der russisch-chinesischen Krisis zeitweilig eine große Zurückhaltung zeigte, es jetzt wieder entschlossen auf die russische Seite tritt.

Über den Inhalt des englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages bringt, sehr verfrüht, der „Daily Telegraph" Angaben, die wir nach einem Londoner Telegramm der „Nowoje Wremja" wiederholen, weil sie offenbar einem der Vertragsentwürfe entnommen sind. Es heißt darin:

„Beide Teile verpflichten sich, alle Fragen, welche vitale Interessen, Unabhängigkeit und Ehre treffen, durch ein Schiedsgericht zu entscheiden."

Artikel 4 stellt fest, daß während der Dauer des Vertrages beide Teile sich verpflichten, keinerlei Verträge oder Abkommen mit einer dritten Macht ohne vorherige Zustimmung des andern Teils abzuschließen.

Nach Artikel 3 werden Fragen, die andre Mächte betreffen, nur mit Zustimmung der letzteren entschieden werden.

Endlich sagt Artikel 5, daß bestehende Bündnisse und Verträge ihre Kraft verlieren sollen, wenn sie vitale Interessen des andern Teils schädigen.

Das wäre eine so ungeheure Beschränkung der Aktionsfreiheit beider Mächte, Englands wie Amerikas, daß die Ausführung nur unter der Voraussetzung denkbar ist, daß der eine Staat ganz in den andern aufgeht. Wir glauben nicht, daß die Neigung dazu in London oder in Washington vorhanden ist — aber es wäre interessant, die Probe auf dieses Exempel zu machen.

Eines aber beobachten wir nicht ohne ein Gefühl der Beunruhigung und des Erstaunens: die zunehmende Agitation, die im Zusammenhang mit dem angestrebten anglo-amerikanischen Schiedsvertrage gegen Deutschland gerichtet wird. Es ist, als solle dieser Vertrag in ein Bündnis gegen Deutschland ausmünden, dessen Politik mit den bekannten Waffen angegriffen wird, die dem Arsenal der schlimmsten antideutschen Organe Englands entnommen sind. Man sollte es aber nicht für möglich halten, daß diese gewissenlose Aktion auch von einem deutschen Vertreter im Kongreß, Herrn Barthold, mitgemacht wird, und daß zahlreiche Deutsch-

Amerikaner dies Treiben unterstützen. Jedenfalls sind wir um die eine Erfahrung reicher geworden, daß die Freunde, die wir in den Reihen der geistigen Häupter Amerikas gewonnen zu haben meinten, sich der systematischen antideutschen Kampagne nicht öffentlich entgegenstellen, wie wir meinten, es erwarten zu dürfen.

Die „Kreuz-Zeitung" hat in dem letzten ihrer New Yorker Briefe diese antideutsche Strömung in den Vereinigten Staaten sehr lehrreich dargelegt, wir können ihre Ausführungen auf das nachdrücklichste denen empfehlen, die, wenn von amerikanischer Politik die Rede ist, gewohnt sind, sich in sentimentalen Utopien zu beweegn.

In Rußland dauern die Angriffe auf den Ministerpräsidenten fort. Er wird wahrscheinlich am nächsten Mittwoch (dem 10. Mai) seine Politik vor der Duma zu vertreten haben, und es ist ziemlich sicher, daß ihm ein Mißtrauensvotum antworten wird. Daraus folgt aber keineswegs, daß er zurückzutreten genötigt wäre. Rußland ist kein parlamentarischer Staat, was offenbar immer wieder vergessen wird. In der Frage der nationalen Kurien in den Westprovinzen hat Stolypin den Zaren auf seiner Seite und ebenso in der Schulfrage. Dazu kommt, daß grade jetzt die Regierung wieder zahlreichen revolutionären Umtrieben, speziell in Moskau und Kiew, aber auch in Petersburg auf die Spur gekommen ist und deshalb eine feste Hand am Staatsruder nicht entbehrt werden kann. Der Nachricht, daß der Minister des Auswärtigen, Sasonow, bald sein Amt wieder aufnehmen wird, muß man leider sehr skeptisch gegenüberstehen. Wenn es mit seiner Gesundheit auch etwas besser gehen soll, ist doch nicht zu vergessen, daß er schwer krank war und es wahrscheinlich noch ist. Die von mehreren deutschen Blättern gebrachte Nachricht, daß die deutschfeindlichen Artikel des Redakteurs Jegorow in der „Nowoje Wremja" auf Grund eines Paktes geschrieben wurden, den ein sehr hoher Beamter des Auswärtigen Amtes hinter dem Rücken Sasonows mit Jegorow abgeschlossen habe, der sich dagegen verpflichtete, den Minister und seine Politik nicht direkt anzugreifen, klingt zunächst unglaubwürdig, bedarf aber durchaus einer Aufklärung. Eine doppelte politische Buchführung ist in Rußland keineswegs unerhört, im vorliegenden Fall aber möchten wir darauf hinweisen, daß die Artikel der „Nowoje Wremja", welche Deutschland und Österreich-Ungarn angriffen, zugleich Angriffe gegen die offizielle Politik Sasonows waren.

— Der „Golos Moskwy" setzt seine Enthüllungen über die angebliche oder wirkliche Propaganda der Jesuiten in Rußland und speziell in Moskau fort. Auch darüber wäre eine authentische Auskunft notwendig. Endlich sei noch des Gerüchts Erwähnung getan, daß Graf Witte als Kandidat für die Botschaft in Berlin genannt wird, wovon aber in Berlin bisher nichts bekannt ist.

Der erwartete Besuch englischer Parlamentarier in Petersburg und Moskau ist abgesagt und angeblich auf den Herbst vertagt worden. In Petersburg geht das Gerücht, daß der Aufschub in Zusammenhang mit einer Spionageaffäre stehe. Unser Gewährsmann wußte jedoch nicht, ob es sich dabei um russische oder englische Spionage handle. Am 4. Mai ist Friedrich Baron Meyendorff gestorben, der 24 Jahre lang als livländischer Landmarschall um die Erhaltung des Landesrechts und um Behauptung der deutschen Kultur Livlands gekämpft hat. Er war ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle und zugleich ein Staatsmann, der auch in schwerer Zeit Mut und Urteil nicht verlor. Sein Geschlecht ist seit Ende des 12. Jahrhunderts in Livland heimisch.

Die inneren Wirren in der Partei Einheit und Fortschritt haben nun doch zum Rücktritt Djavids geführt. Es ist aber noch immer nicht klar, ob die Krisis damit ihren Abschluß gefunden hat, doch spricht vieles dafür und wir dürfen wohl als Resultat eine Wendung zu einer weniger gewaltsamen inneren Politik der Türkei erwarten.

11. Mai 1911. Einführung einer provisorischen Regierung in Juarez.
14. Mai. Lidji Jassu wird zum König von Abessinien ausgerufen.
15. Mai. Annahme der Vetobill in 3. Lesung des Unterhauses.
16. Mai. Sabler wird zum Oberprokureur des hlg. Synod ernannt.
17. Mai. Annahme der Vetobill in erster Lesung des Oberhauses.

17. Mai 1911.

In Anlaß der Agitation des Grafen Orlowski, der im Namen der „Union unislave" für die Herstellung Polens in den Grenzen von 1772 eintrat und dabei eine Anzahl hoher deutscher Geistlicher als Gesinnungsgenossen für sich in Anspruch zu nehmen sich nicht entblödete, geht uns die folgende Erklärung zu:

„Es hat sich in den Kurien der unterzeichneten Ordinariate nicht feststellen lassen, ob und in welcher Form dem Grafen Orlowski ein Schreiben von ihnen zugestellt worden sei. Wenn das aber der Fall sein sollte, würde es sich nur um eine einfache Empfangsbestätigung handeln können, die zu einer Sympathiebezeugung für hochverräterische Umtriebe mißbraucht worden ist."

Im Mai 1911.

Der Fürstbischof von Breslau, der Erzbischof von Freiburg, der Bischof von Paderborn, der Kapitelsvikar v. Hartmann zu Münster.

Es hat sich, wie wir einem Begleitschreiben des Geheimsekretärs Sr. Eminenz des Kardinals Kopp entnehmen, in der erzbischöflichen und in den anderen bischöflichen Kanzleien, die in Betracht kommen, wohl in zwei Exemplaren die unaufgeschnittene erste Broschüre (lettre au Concil Russe) gefunden, die zweite, den Namen der Prälaten enthaltende Broschüre (Concours international. Programme unislave), jedoch nicht, so daß kein Zweifel darüber bestehen kann, daß es sich um einen bewußten Mißbrauch von Namen handelt, durch deren hohe Autorität der Verfasser seinen Anschlägen ein Relief geben wollte.

Es ist dieselbe Gewissenlosigkeit und Leichtfertigkeit, die von jeher ein Charakteristikum der polnischen Politiker gebildet hat. Der Feldmarschall Gneisenau hat sich darüber in einem Briefe vom 6. März 1831 folgendermaßen ausgesprochen:

„Alles, was ich Ihnen über die Begebenheiten in Polen mitteile, verbürge ich nicht. Polen ist das Land der Lügen, der Leichtgläubigkeit und der Unzuverlässigkeit."

So ist es geblieben bis auf den heutigen Tag. Ein charakteristisches Beispiel dafür haben in der Duma die polnischen Vertreter gegeben, die mit so großem Aufwand von sittlicher Entrüstung über die Vergewaltigung peroriert haben, die ihnen in den sogenannten russischen Westprovinzen zuteil geworden sei oder noch drohe: sie haben „kühl pfeifend ihre Prinzipien in den Wind geschlagen", um die deutschen Kolonisten zu schädigen, deren rechtliche und wirtschaftliche Existenz eben jetzt in unerhört ungerechter Weise von der Reichsregierung in einem der Duma vorgelegten Gesetzentwurf gefährdet worden ist und von der Dumakommission noch speziell in antideutschem Sinn zugespitzt wurde. Die unduldsame nationalistische Strömung, die heute mehr als alles übrige das politisierende Rußland beherrscht, macht keinen Unterschied zwischen der loyalen deutschen Bauernschaft Wolhyniens, Podoliens und Kiews und den Polen, die diese Provinzen nebst den übrigen sogenannten Westgebieten als ihr Erbe in Anspruch nehmen, ja sie ist sogar eher bereit, den letzteren Zugeständnisse zu machen, wenn sie nur die erstere verdrängen oder zugrunde richten könnte. Und das alles geschieht in einem Atem mit den Entrüstungskundgebungen, welche die „Rechtsverletzung" des Ministerpräsidenten hervorgerufen hat! Das wäre im Grunde nur von volkspsychologischem Interesse für uns, wenn es sich nicht zugleich um eine Verletzung unseres Nationalgefühls handelte. Diese Kolonisten werden gedrangsalt, nur weil sie deutscher Herkunft sind, und obgleich sie ihren Pflichten gegen Rußland und seinen Herrscher auch da treu blieben, da fast das gesamte Reich in offener Empörung sich erhoben hatte. Bringen wir diese Tatsache in Zusammenhang mit der Feindseligkeit, mit der fast die gesamte russische Presse alle Fragen beurteilt, die Interessen des Deutschen Reichs berühren, so müßten wir blind sein, wenn wir nicht erkennen wollten, daß die Behandlung der deutschen Kolonisten in Rußland ein weiteres Symptom des Hasses ist, den die

russische Intelligenz — mit wenig zahlreichen Ausnahmen — uns als Staat entgegenträgt. Damit haben wir trotz aller Vereinbarungen in Spezialfragen zu rechnen.

Wir wollen in diesem Anlaß auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, wie tief unser Nationalgefühl verletzt wird durch die indirekte Unterstützung, welche das unverschämte Treiben der Tschechen ihren deutschen Landsleuten gegenüber von seiten der österreichischen Reichsregierung findet. Das Band gleicher politischer Interessen, das die habsburgische Monarchie mit dem Deutschen Reich verbindet, wird nicht von den Tschechen, sondern von den Deutschen gefestigt. In der Krisis der serbisch-bosnischen Frage waren es die Deutsch-Österreicher, nicht die Tschechen, welche entschlossen die Reichsinteressen vertraten. Die Tschechen ließen Serbien leben, als ein österreichisch-serbischer Krieg unter Teilnahme Rußlands unmittelbar bevorzustehen schien, und bekanntlich ist es Herr Klofacz gewesen, der die verleumderische Legende von der Eroberung Rußlands durch deutsche Kolonisten nachdrücklich auf dem Petersburger Slavenkongresse vor zwei Jahren vertreten hat. Und dabei leben die Tschechen von den Brosamen, die von dem Tisch deutscher Geistesarbeit und deutscher Kultur fallen, und ihre Sprache hört auf, wo Böhmen seine Grenze findet.

Wenn wir weiter ausschauen, finden wir freilich diese Feindseligkeit gegen Deutschland ebenso in Amerika, England und Frankreich, und auch dort treibt sie die allersonderbarsten Blüten. So schreibt ein Mr. W. Atherton du Pun in einem Aufsatz über die Kriegsakademie in Washington:

„Würden wir im Kriege mit Deutschland stehen, und wären unsere Truppen bis auf 10 Meilen an Berlin herangekommen, so würde die amerikanische Führung über die Geländeverhältnisse in der Nähe der deutschen Reichshauptstadt derartig genau informiert sein, daß unsere Geschütze so gerichtet werden könnten, um ohne weiteres das Kaiserliche Schloß oder jedes andere öffentliche Gebäude in Trümmer zu legen. Die Kanoniere würden im Dunkeln und über die umliegenden Hügel hinwegschießen können, denn sie wären imstande, die Höhen- und Seitenrichtung nach den von unserer Kriegsakademie vorbereiteten Karten zu nehmen und würden daher noch sicherer treffen, als wenn es sich um Feuern mit direktem Anvisieren handelte. Jede Anhöhe, jeder Wasserlauf, jedes Stück offenen Terrains in der ganzen Berliner

Umgegend wäre unsern Leuten bekannt .... Denn die Vereinigten Staaten unterhalten eine Institution, deren Aufgabe es ist, die Vorbereitungen für den Krieg auf das genaueste zu treffen."

Die „Militärisch-politische Korrespondenz" vom 13. Mai, der wir diese kuriose Äußerung eines von der amerikanischen Kriegstechnik berauschten Kopfes entnehmen, bemerkt dazu:

„Vor der säulentragenden Front des so besungenen Heims der Yankee-Kriegsgöttin steht — die Bronzestatue Friedrichs des Großen, die einst der Kaiser dem amerikanischen Volke zum Geschenk gemacht hat."

Wir nehmen diese Phantasie nicht tragisch. Sie fällt in den Zusammenhang der antideutschen Agitation, von der wir vor acht Tagen berichtet haben, und die, wie wir jetzt glauben, ein politisches Manöver war, das die Bestimmung hatte, den amerikanisch-kanadischen Reziprozitätsvertrag schmackhafter zu machen, dem zuliebe ja auch jener englisch-amerikanische Schiedsvertrag in die Welt gesetzt wurde, der alle Symptome der Lebensunfähigkeit an der Stirn trägt. Herr Wesselitzki, den wir ausnahmsweise richtig orientiert glauben, telegraphiert darüber am 11. d. M. der „Nowoje Wremja":

„Die englische Regierung hat unbedingt den Artikel des von Amerika vorgeschlagenen Schiedsgerichts abgelehnt, der die Bündnisse des einen Teils in Abhängigkeit von der Zustimmung der anderen Macht setzt. Der Vertrag bestimmt nicht, wie Streitigkeiten beigelegt werden sollen, welche Lebensfragen und die Ehre der Nation betreffen; ohne diese Bestimmung aber bedeutet dieser Vertrag nichts wesentlich Neues, so daß der ganze Lärm umsonst war und England volle Aktionsfreiheit behält."

Gewiß, umsonst war auch die damit verbundene Deutschenhetze, die, wie wir hoffen, in eine starke Reaktion ausmünden wird, deren Ausgangspunkt wir aber nicht in Amerika, sondern in England zu suchen haben. Professor Hans Delbrück hat im Maiheft der preußischen Jahrbücher über die antideutsche Agitation in England und über unsere Stellung zur Frage der Schiedsverträge einen offenen Brief an den Herausgeber der „Contemporary Review" veröffentlicht, der die Unredlichkeit der unter der Maske ehrlicher Aussprache einhergehenden englischen Preßpolemik darlegt. Er exemplifiziert an Mr. Dillon und

an dem Organ des Friedensapostels Stead, der „Review of Reviews" und deren „aus Haß und Argwohn erzeugten Phantasien", und er hätte den Kreis der nach gleicher Richtung und mit den gleichen Mitteln arbeitenden englischen Zeitungen und Monatsschriften verfünffachen können. Niemand hat entschiedener als der Schreiber dieser Zeilen den Gedanken einer deutsch-englisch-amerikanischen Verständigung vertreten (vgl. Mc Clures Magazine Juni 1910), aber daß sie auf dem Wege von Schiedsgerichten zu erreichen wäre, welche den Nationen das Recht nehmen, selbst zu entscheiden, wo die Grenzen ihrer Nachgiebigkeit liegen dürfen, das halten wir allerdings für ausgeschlossen. Der gangbare Weg ist der der Bundesgenossenschaft zur Vertretung gemeinsamer Interessen. Die Vereinigten Staaten haben bisher prinzipiell diesen Weg gemieden. Ob sie diese Haltung auf die Dauer werden behaupten können, ist fraglich; daß es ein Interesse geben könne, das zu einem Bruch zwischen Amerika und uns führen könnte, bestreiten wir auf das bestimmteste, solange Amerika amerikanische und nicht fremde Politik macht. Wir möchten dasselbe von England sagen, wenn wir nicht mit der unberechenbaren englischen Einbildungskraft zu rechnen hätten, die sich periodisch Phantome konstruiert, an welche sie glaubt, als ob sie Realitäten wären, und darüber nur zu leicht übersieht, was tatsächliche Wirklichkeit ist.

Nun ist dieser Tage aus dem anglo german friendship commitee, eine „englisch-deutsche Freundschaftsgesellschaft" (Society) geworden, und es sind dabei, namentlich vom Lordmayor von London, viele gute Worte gesprochen worden. Auch eine Reihe zu beherzigender Vorschläge wurde laut, um beide Nationen einander näher zu bringen. Trotz alldem sehen wir den Erfolgen der Gesellschaft nicht sehr hoffnungsvoll entgegen, denn zweierlei ist unerläßlich, um die vorhandenen Gegensätze zu mildern: die Haltung der Presse muß eine andere werden, und die Tatsache, daß Deutschland zu Lande und zu Wasser eine Großmacht ist, die volle Gleichberechtigung verlangt, muß rückhaltlos anerkannt werden. Solange das nicht geschieht, wird die Spannung dauern und liegt die Gefahr vor, daß sie einmal zu einer explosiven Entladung führt. Es ist charakteristisch, daß in unserer Presse eine Frage immer wieder aufgeworfen wird, die, in bezug auf sich, keine andere Nation stellt. Die Frage, weshalb wir überall so unbeliebt seien? Zunächst ruht die Frage, so gestellt, auf einer falschen

Prämisse, daß nämlich andre Nationen sich größerer Zuneigung bei den übrigen Völkern erfreuen. Ich wüßte nicht, welches Volk die Engländer liebt, oder die Franzosen, oder die Russen? Ein Volk liebt nur sich selbst; wo alle Bevölkerungsschichten von Grenznachbarn verschiedener Nationalität in Berührung zueinander treten, bildet sich überall eine nationale Abneigung aus, während von diesem Gegensatz keine Rede zu sein pflegt, wo gleiche Gesellschaftsschichten in zufällige Berührung zueinander treten. Als kolonisierende Nationen haben Engländer, Franzosen, mit gewisser Einschränkung auch die Russen, und, seit sie kolonisieren, auch die Amerikaner sich die Todfeindschaft der unterworfenen Völker zugezogen, und es ist nicht die geringste Aussicht, daß das anders werden sollte. Politische Freundschaft aber ist Interessenfrage und währt so lange, wie die Gleichheit der Interessen. So ist historisch betrachtet nichts unwahrscheinlicher, als daß die englisch-französische oder die englisch-russische Entente von Dauer sein wird, vielmehr spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß die jetzt von Delcassé mit so großer Eile gebaute französische Flotte eher mit einem englischen Gegner zu rechnen haben wird, als die deutsche, deren Stellung zu England strategisch lange nicht so stark ist wie die Frankreichs. Die „Unbeliebtheit" Deutschlands erklärt sich aus der Tatsache, daß hüben wie drüben immer noch die Hoffnung besteht, *uns auf den politischen Standpunkt vor 1866 und 1870 zurückzuwerfen*. Bevor sich das ändert, ist auch an eine Wandlung unserer Stellung zu unseren Rivalen nicht zu denken, und das beste Mittel, diese Wandlung herbeizuführen, ist nicht nur Aufrechterhaltung unserer Machtstellung, sondern Steigerung derselben. Die „Beliebtheit" wird sich dann von selbst einstellen.

Die marokkanischen Verhältnisse nehmen genau die Entwicklung, die wir vorausgesehen haben. Je tiefer die Franzosen in das Land einrücken, um so mehr steigert sich der Fanatismus der Bevölkerung, ihr Haß gegen alles Französische und gegen Mulay Hafid, dem an der französischen Invasion die Schuld beigemessen wird. In Frankreich selbst steigt die chauvinistische Woge und das Bestreben, die Volksgenossen in nicht unbedenkliche Illusionen einzulullen. Die Blätter verfolgen die Taktik, ungünstige Urteile über die französische Politik zu verschweigen und Verluste der französischen Truppen in Marokko nicht wiederzugeben. Das fällt sogar in England auf und wird in einer

Korrespondenz des „Standard“ vom 11. Mai in Anlaß des Verlusts in den Kämpfen zwischen Salé und El Kunitra recht nachdrücklich hervorgehoben. Die Franzosen verloren in zweitägigen Kämpfen am ersten Tage mehrere hundert Farren, 475 Kamele und 56 Maultiere, am zweiten Tage 713 mit Munition und Proviant beladene Kamele, dazu 36 Tote und zahlreiche Verwundete, während der Verlust der Zemmurs, die den Angriff machten, nach demselben Bericht sehr gering gewesen sein soll. Der „Standard“ bemerkt dazu:

„Diese Treffen waren am Mittwoch in Paris bekannt, aber die offiziellen Berichte nehmen von diesen schweren Verlusten keine Notiz.

Nun, das ist ja von jeher französischer Brauch gewesen. Schlimmer ist es jedoch, wenn der „Figaro“ bemüht ist, seinen Lesern die Vorstellung beizubringen, daß Kaiser Wilhelm sich im Gegensatz zu der offiziellen Erklärung der „Nordd. Allgem. Ztg.“ stellen und den Franzosen freie Hand in Marokko lassen werde („on croit enfin que le retour de l'empereur Guillaume a exercé une influence pondératrice sur certains partisans de la manière forte, pour qui un succès diplomatique eût été assez bien accueilli à l'approche des élections“). Das heißt doch die Rechnung ohne den Wirt machen. Die Erklärung der „Nordd. Allgem. Ztg.“ hat selbstverständlich die Billigung Seiner Majestät erhalten, und zudem ist es bekanntlich Kaiser Wilhelm selbst, der die Parole Integrität, Souveränität und offene Tür angekündigt und durchgesetzt hat. Dabei aber wird es bleiben. Es ist nicht die Art unseres Kaisers, einen Rückzug anzutreten, wo das gute Recht ihm zur Seite steht, geschweige denn, sich von großen Worten und eiteler Renommage imponieren zu lassen.

Die türkische Krisis innerhalb der Partei Einheit und Fortschritt und im Zusammenhang damit innerhalb des Ministeriums hat eine Wendung genommen, von der sich hoffen läßt, daß sie zu einer Konsolidierung der legalen Regierung führen wird und die Macht des Sultans, der ja von den besten Absichten erfüllt ist, steigert. Denn daß die Nebenregierung des Zentralkomitees von Einheit und Fortschritt eine Anomalie darstellte, wie sie in keinem geordneten Staatswesen auf die Dauer geduldet werden kann, läßt sich nicht bestreiten. Damit soll nicht gesagt sein, daß in ihrer ersten Gestalt und in der ersten kritischen Periode nach der Julirevolution des Jahres 1908 die Existenz dieses Komitees

nicht eine Notwendigkeit war, auch machen wir ihm seine Verdienste nicht strittig. Der jetzt verabschiedete Finanzminister Djavid hat sich um die so überaus wichtige Regelung des türkischen Finanzwesens hoch verdient gemacht. Aber das Komitee war eine anspruchsvolle, herrschsüchtige und doktrinäre Clique, die sich ihre politischen Ideale aus den Freimaurerkreisen Frankreichs geholt hatte, zum großen Teil aus jüdischen Konvertiten bestand und keine Fühlung mit dem im Grund hochkonservativ gerichteten, und am Scherifat festhaltenden Volk hatte. Eine Wandlung war daher notwendig, und wir bedauern nur, daß sie nicht vollständiger gewesen ist. Aber offenbar hat die Bewegung gegen das Komitee ihren Abschluß noch nicht gefunden. Wir haben noch eine weitere Entwicklung der Krisis zu erwarten. Zurzeit scheint die faktische Macht fest in den Händen des Großwesirs und der Minister des Krieges, der Marine und der Justiz zu ruhen. Der Sultan steht zu ihnen.

Einen immer ernsteren Charakter nimmt die Revolution in Mexiko an. Porfirio Diaz, der „alte Löwe", behauptet sich zwar noch, aber die Eroberung von Juarez durch die Rebellen bedeutet für ihn eine wirkliche Gefahr. Anderseits herrscht Unfriede im Lager Maderos, und es ist nicht abzusehen, ob die dürftig genug hergestellte Autorität des Insurgentenführers sich auf die Dauer behaupten wird. In der Frage, ob eine Intervention der Vereinigten Staaten trotz aller Erklärungen Tafts stattfinden werde, gehen die Ansichten weit auseinander. Es steht nicht einmal fest, ob der Rücktritt Dickinsons, des Staatssekretärs für den Krieg, und seine Ersetzung durch Stimson als ein Symptom aufzufassen ist, das eine Wendung zum Frieden ankündigt. Man darf wohl sagen, daß alle europäischen Großmächte eine friedliche Lösung wünschen. Es sind sehr bedeutende Handelsinteressen, die sie in Mexiko zu vertreten haben, wie denn z. B. die Hamburg-Amerika-Linie seit 1903 nicht weniger als drei Linien mit monatlichen Abfahrten nach Mexiko unterhält.

18. Mai 1911. Französisch-marokkanische, türkisch-albanische Kämpfe.
21. Mai. Friedensvertrag zwischen Madero und Porfirio Diaz.
Moinier trifft in Fez ein.
22. Mai. Annahme des Lansdowneschen Reformprojekts in 2. Lesung des Oberhauses.

24. Mai 1911.

Kaiser Wilhelm ist nun wieder auf deutschem Boden, nachdem die Feierlichkeiten, welche die Eröffnung des Denkmals der Königin Viktoria begleiteten, ihren Abschluß gefunden haben. In der langen Reihe englischer Zeitungsstimmen, welche während dieser Festzeit zu uns herübertönten, ist kein Wort und kein Gedanke laut geworden, der die Harmonie gestört hätte, welche die kaiserliche und die königliche Familie verband, und ebenso erfreulich war die Haltung der ungeheuren Volksmenge, die an den Festlichkeiten teilnahm und die, man darf wohl sagen jeden Schritt der kaiserlichen Gäste begleitete. In einem der meist verbreiteten illustrierten Journale Englands, dem „Country Life", kommt die durch ganz England gehende Empfindung sehr hübsch und ohne Zweifel sehr aufrichtig zum Ausdruck. Der Artikel erschien erst am Tage der Abreise Kaiser Wilhelms und lautet folgendermaßen:

„Es war eine überaus glänzende Versammlung: Vertreter von Rassen und Ländern, wie sie in einer allen gemeinsamen Absicht wohl noch niemals sich zusammengefunden hatten. Aber die eine Herrschergestalt (Imperial figure), die vor allen hervorragte, das war doch der Kaiser. Von dem Augenblick an, da er in Sheerneß landete, hat das englische Volk mit sicherem Sinn die hohen Beweggründe seines Besuches erkannt: die nie versagende Loyalität, mit welcher er der Einen gedenkt, der sein Vertrauen und seine Liebe gehörte, solange sie lebte; die Erfüllung von König Eduards Wunsch; die Freundschaft, die er der regierenden Familie und ihren Untertanen entgegenbringt. Auch war es kein besonderer Zufall, der ihm ein so prächtiges Willkommen eintrug

(so magnificent a welcome). Sein Charakter ist derart, daß er in England Respekt und Anerkennung gebietet. Aufrichtig und spontan von einer Energie, die bis zum Ungestüm anschwellen kann, Soldat zu Lande und Seemann auf dem Meere, besitzt er zugleich all die Attribute von Höflichkeit und Herzensgüte, die wir mit dem „großen alten Namen Gentleman" verbinden. Er war ein Gast, auf den Großbritannien stolz war, ein Leidtragender, dessen grüner Kranz, am Fuß der Statue niedergelegt, ein Zoll war würdig der Königin Viktoria."

Wir nehmen diese Anerkennung unseres Kaisers mit Dank an und wissen, daß sie wohlverdient ist.

Es ist wie immer und überall die Persönlichkeit des Kaisers, die sich geltend gemacht hat und die mindestens für die Dauer seiner Anwesenheit alle Gegner entwaffnet. Wir kennen das ja von den früheren Kaiserbesuchen in England her und hoffen, daß diesmal die Nachwirkung von längerer Dauer sein wird. Die Engländer sind ein zu praktisches Volk, um nicht endlich zu erkennen, daß sie gerade in den Fragen, an welchen sich ihr Gegensatz gegen Deutschland erhitzte, der Flottenfrage, und der Tatsache, daß Deutschland seine Großmachtstellung überall dort zu behaupten und zu konsolidieren entschlossen ist, wo die deutschen Farben wehen, mit einem festen Willen und einer unabwendbaren Tatsache zu rechnen haben. Sie müssen sich bei leidenschaftsloser Erwägung zugleich sagen, daß dieses neue Deutschland bestimmt ist, kein Feind, sondern ein Freund Englands zu sein, sobald ihm nicht mehr, wie es früher systematisch geschehen ist, die Lebensadern unterbunden werden und sobald nicht mehr jeder Erfolg Deutschlands als eine Schädigung Englands empfunden wird. Wenn England heute seine Freunde in Frankreich, Rußland, Japan sucht, so erklärt sich das aus einer Interessengemeinschaft ad hoc, zu bestimmten Zwecken, und eben deshalb müssen die Ententen und Allianzen ihrem Wesen nach terminiert sein. Sie können noch geraume Zeit fortleben, trotz der Gegensätze, die Rasse, Religion und überkommene historische Erlebnisse notwendig bedingen, für eine gebotene Kombination wird wohl auch in England sie niemand halten. Früher oder später einmal muß die Wandlung eintreten, und wir sind durchaus in der Lage, diesen Zeitpunkt abzuwarten. Bis dahin gehen wir unsere Wege und England die seinigen, und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es in gegenseitigem Respekt und in gutem Frieden geschehen wird.

Die Kaisertage in London sind für England zugleich Tage wichtiger politischer Entscheidungen und politischer Vorbereitungen gewesen. Die Parlamentsbill (Veto) ist im Unterhause mit einer Majorität angenommen worden, die bereits sicher war, als die Bill eingebracht wurde, im Oberhause haben die Verhandlungen über Lord Lansdownes Reformantrag begonnen, und ohne viel Beifall bei den Lords oder ernsten Anteil im Lande zu finden, hat der Antrag doch in zwei Lesungen eine Majorität erlangt. Aber den einen geht der Antrag zu weit, den andern bietet er zu wenig, man hat für ihn gestimmt, weil bisher nichts Besseres zu finden war. Als absolut ausgeschlossen muß es gelten, daß das Unterhaus eine wesentliche Abschwächung seiner Beschlüsse hinnehmen wird. Lord Lansdowne aber möchte den Lords das Veto in der irischen Frage wahren. Sollte ihm dabei das Oberhaus Gefolgschaft leisten, so würde der Pairsschub unvermeidlich werden und dadurch eine Majorität für die Politik des Ministerpräsidenten sich im Hause der Lords selbst zusammenfinden, in welcher der Widerspruch der Anhänger Balfours und Lansdownes „ertrinken" würde. Diese äußerste Konsequenz zu vermeiden, wird von beiden Seiten auf das Kompromiß hingearbeitet, dessen Zustandekommen als der notwendige Ausgang erscheint. Übrigens laufen Gerüchte um, die darauf hindeuten, daß nach endgültiger Erledigung der Parlamentsreform eine neue Parlamentskrise zu erwarten sei. Die sozialistischen und extremradikalen Elemente wollen die Oligarchie brechen, die durch die Abhängigkeit beider Parteien von ihren Führern — dem Prime Minister und dem Führer der Opposition — bedingt wird. Bekanntlich finden Wahlen in England auf den Namen der Parteiführer statt. Man wählt für oder wider Asquith und für oder wider Balfour, und die gewählten Parlamentsglieder haben unter allen Umständen mit diesen Führern zu stimmen. Darauf beruht das System des englischen Parlamentarismus und das Alternieren der regierenden Kreise im Regiment, es geht darauf auch die Tatsache zurück, daß die Bildung einer dritten oder vierten Partei fast unmöglich ist; wenn sie trotzdem als feste Organisation ins Leben tritt, wie jetzt die labour party und die irische Gruppe, so muß sie sich einer der beiden großen Parteien anschließen, aber damit bietet sich ihr noch keineswegs die Aussicht, jemals die Führung zu erlangen. Sie bleibt eine Minorität, die unbequem werden, und die sich, um Zugeständnisse zu gewinnen, heute mit

dieser und morgen mit jener Partei verbinden kann, aber auch sie ist Gefolgschaft. Da kann es von Bedeutung werden, daß Lloyd George in seinem viel bewunderten Budget u. a. Diäten für das Unterhaus (400 Pfund auf den Kopf) in Rechnung gestellt hat, was eine weitere Stärkung der Demokratie im Parlament zur Folge haben wird.

Nun sind auch die Vertreter der Kolonien zur Reichskonferenz eingetroffen, und das Programm dieser wichtigen Tagungen ist bereits veröffentlicht. Es lassen sich dabei vier Gruppen von Anträgen unterscheiden: Solche, welche die Verfassung, die Reichsverteidigung, die Verwaltung, und endlich solche, welche den Rechtsgang betreffen.

Zur ersten Kategorie gehören: Vertretung der Dominien in einem imperialistischen Staatsrat, der Gutachten zu erteilen hat (Imperial Advisory Council), Umbildung des Kolonialamts, Austausch von Zivilbeamten.

ad 2 Kooperation der Streitkräfte des Imperiums zu Wasser und zu Lande, Bestand der Flotten, und die Londoner Deklaration über das Kriegsrecht auf hoher See.

ad 3. Organisierung der All-Red-route, d. h. einer regelmäßigen Verbindung von England über Kanada nach Australien, Legung eines atlantischen Staatskabels und einer Telegraphenlinie durch Kanada, Stellung der Indianer in den Dominien, Kooperation zur Ermutigung des britischen Handels, der Industrie und der Schiffahrt, Auswanderung und Lage der ausgetauschten Arbeiter, Bau von staatlichen drahtlosen Telegraphen, billigere Kabeltarife, überall gleichartige Pfennigpost, Prägung und Kurant. — Endlich

ad 4. Revision der Gesetze für Kauffahrer und Navigation, Reichsappellhof und alle Fragen, welche Uniformität der Gesetze innerhalb des Empire betreffen.

Die meisten dieser Anträge gehen von Australien und Neuseeland aus, also von den Dominien, die des englischen Schutzes am meisten bedürftig sind. Kanada und Südafrika sind zurückhaltender. Die Eröffnung hat am 22. Mai stattgefunden und die Sitzungen sollen bis zum Krönungstage, dem 22. Juni, dauern. Neben den offiziell in Aussicht genommenen 15 Hauptsitzungen sollen noch Hilfssitzungen stattfinden. Es ist aber wohl nicht daran zu denken, daß alle Vorlagen erledigt werden. Der „Standard" meint, dazu würde kaum ein Jahr ausreichen. Wie

1907 wird wohl das radikale Australien im Verein mit Neuseeland das treibende Element sein. Mr. Fisher hat bereits erklärt, daß seiner Meinung nach auch die Vereinigten Staaten herangezogen werden müßten, damit alle englischsprechenden Nationen vereinigt seien, das gäbe dann ein gutes Vorbild für die künftige Weltföderation, die Herr Fisher allerdings nicht auf dieser Reichskonferenz zustande bringen will. Aber merkwürdig ist es doch, daß gescheute Männer, wie Mr. Fisher es ohne Zweifel ist, an solchen papierenen Utopien Freude finden können. Eine andere sehr gefährliche Utopie ist von der Konferenz protestantischer Geistlicher in London angeregt und propagiert worden: es solle in großem Maßstabe unter den Völkern des Islam missioniert werden. Nun ist erfahrungsmäßig der Islam in seiner fatalistischen Sicherheit nicht zu erschüttern und leider der Übertritt von Christen zum Islam eine nicht seltene Erscheinung, während der umgekehrte Fall kaum einzutreten pflegt, unter einer kompakten islamischen Bevölkerung aber überhaupt nicht vorkommt. Die Aufgabe der christlichen Mission liegt wohl darin, dem Vordringen des Islam, namentlich unter der schwarzen Bevölkerung Afrikas, zuvorzukommen. Eine religiöse Propaganda von seiten der Engländer würde unter den 70 Millionen mohammedanischer Untertanen Englands nur zu Ausbrüchen eines gefährlichen Fanatismus führen, und in dieser Erkenntnis hat sich England, soviel uns bekannt ist, trotz seiner positiv-kirchlichen Richtung, auf diesem Boden bisher aller Propaganda enthalten.

Ob der erweiterte Schiedsgerichtsgedanke nicht auch in die Reihe dieser Utopien zu setzen ist, wird wahrscheinlich schon die nächste Zukunft lehren. Zwischen Staaten wie Amerika und Deutschland, die keine territorialen Reibungsflächen bieten, wäre ein weitgreifendes Schiedsgerichtsverfahren wohl denkbar, ohne daß dadurch Unzuträglichkeiten entstehen. Zwischen England und den Vereinigten Staaten ist die Praxis der Ausführung schon bedeutend schwieriger, wie denn, um ein naheliegendes Beispiel anzuführen, der Ausfall des Schiedsspruches über Klondyke den Anstoß zu jener Bewegung gab, die auf eine Emanzipation Kanadas von der englischen Tutel hinarbeitet. Es mag in diesem Anlaß erwähnt werden, daß eine Ungeschicklichkeit des Festkomitees für die bevorstehende Krönungsfeier in Kanada sehr böses Blut gemacht hat. Zum Festprogramm gehört auch die Vorführung einer Reihe historischer Darstellungen, die

glorreiche Ereignisse aus der englischen Geschichte in Erinnerung bringen sollen. In dieses Programm war ursprünglich auch das Treffen bei Chateaugay aufgenommen worden, da französische Kanadier 1813 eine amerikanische Übermacht aus dem Felde schlugen. Aus Rücksicht auf die Vereinigten Staaten wurde Chateaugay nachträglich aus dem Festprogramm gestrichen zur großen Entrüstung der Kanadier, was ja begreiflich ist, wenn man weiß, daß die Amerikaner im nächsten Jahr die große Niederlage festlich begehen werden, die der englische Admiral Peary 1813 auf dem Erie-See erlitt. Der Kongreß hat für diesen Festtag 1 Million Mark bewilligt, und weitere Beiträge fließen jetzt reichlich aus den verschiedenen Staaten der Union ein. Ein weiteres Symptom der Stimmung in Kanada hat eine Rede des kanadischen Senators Power geboten, der sich dahin aussprach, daß ein von England geschickter Generalgouverneur für Kanada überflüssig sei, woraus wohl gefolgert werden muß, daß Earl Grey sich seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hat. Man hatte von ihm eine Stärkung des kanadischen Loyalismus erwartet und fühlt sich enttäuscht.

Am Sonnabend sind als letzte Konferenzmitglieder Laurier und Botha in England eingetroffen. Auf ihr Verhalten wird mehr ankommen, als auf das aller übrigen Delegierten zusammengenommen.

Die mexikanische Revolution ist, wenn nicht eine neue Bewegung im Süden ausbrechen sollte, zu ihrem Abschluß gelangt. Der hochverdiente 80jährige Präsident Porfirio Diaz ist — recht brutal — zur Abdankung genötigt worden und Madero tritt dem Vizepräsidenten de la Barra bis zur bevorstehenden neuen Präsidentenwahl als Ratgeber an die Seite. Von einer Intervention der Vereinigten Staaten ist weiter keine Rede. Aber in der Halbinsel Niederkalifornien dauert die Anarchie fort und daran könnten sich weitere Ereignisse von politischer Tragweite knüpfen.

Sehr widerspruchsvoll lauten die Nachrichten aus dem fernen Osten. Während der japanische Botschafter in Washington, Baron Uchida, sich in einer Rede, die er in Anlaß des jüngsten japanisch-amerikanischen Handelsvertrags hielt, außerordentlich optimistisch aussprach und die friedlichsten Gesinnungen darlegte, und die „Pol. Telegr.-Agentur" von einer Erklärung Katsuras berichtet, die ausdrücklich betonte, daß die Mandschurei China gehöre und bei China bleiben müsse, behaupten russische Blätter, daß Japan in Hinblick auf die schwierige Lage,

in der China sich befinde, die russische Regierung aufgefordert habe, an die endgültige Lösung der mandschurischen Frage heranzutreten und Japan bei den Forderungen zu unterstützen, die es an China richten müsse. Ein Reisebegleiter des früheren Dumapräsidenten Gutschkow wiederum erzählt, daß Japan sich in der Südmandschurei so festgesetzt habe, daß an ein Aufgeben dieser Position nicht zu denken sei, während in der Nordmandschurei, die von Rußland okkupiert ist, die Zustände alles zu wünschen übrig ließen. Nun befindet sich China allerdings zurzeit in der schwierigen Lage eines Staates, der im Begriff ist, umwälzende Reformen auszuführen. Ein Ministerium nach abendländischem Muster ist eingeführt worden, eine Münzreform im Werke, die Verstaatlichung der Eisenbahnen wurde in Angriff genommen, die Armee reorganisiert, und dabei wird die Mongolei und Tibet kolonisiert und der Versuch gemacht, in der Nordmandschurei den an Rußland verlorenen Boden wieder zurückzugewinnen. Während der Aufstand in Kanton glücklich niedergekämpft worden ist, gärt es jetzt bedenklich im südlichen China, und es ist daher wohl begreiflich, daß die drei politischen Nachbarn Chinas, Rußland, Japan und England nicht ohne Unruhe diese Entwicklung verfolgen. Lord Minto hat sie neuerdings auf einem Bankett der Central Asian Society beleuchtet und, vom englisch-russischen Abkommen vom 31. August 1907 ausgehend, bemerkt, daß die Gefahr, die Indien früher von Nordwesten her drohte, jetzt im Nordosten ihren Mittelpunkt habe. China sitze in Tibet fest und sei zu einer Gefahr für Indien uud für Birma geworden. Unsere Leser werden sich erinnern, daß die Stipulationen des russisch-englischen Abkommens, durch welche beide Staaten auf „wissenschaftliche Reisen" nach Tibet verzichteten, durch gegenseitiges Übereinkommen aufgehoben worden sind, was wohl darauf hindeutet, daß die tibetanische Frage über kurz oder lang wieder auftauchen dürfte, eine Annahme, die durch jene Rede Lord Mintos eine indirekte Bestätigung findet.

Den marokkanischen Dingen stehen wir nach wie vor abwartend und beobachtend gegenüber. Es ist aber vielleicht im Hinblick auf falsche Auslegungen, welche die offiziösen und offiziellen Äußerungen der russischen und der englischen Regierung in der französischen Presse gefunden haben, nützlich, darauf hinzuweisen, daß beide Mächte sich, wie wir es tun, ausdrücklich zu den drei Fundamentalsätzen der Akte von Algeciras bekannt haben: Integrität Marokkos, Sou-

veränität des Sultans, offene Tür. Wie wir haben sie der festen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß Frankreich sich gleichfalls — wie es versichert hat — dadurch gebunden fühle. Die Frage ist nur, wieweit Frankreich noch Herr seines Willens ist — vorausgesetzt, daß dieser Wille ernstlich vorhanden ist. Die „Débats" vom 17. Mai machen kein Hehl daraus, daß aus der Hilfsexpedition eine Armee geworden ist, und daß die Aufhebung der Blockade von Fez nichts anderes sein würde als eine Episode der beginnenden Kampagne. „Elle ne terminera rien". Der „Standard" vergleicht in einem Artikel, den er „die marokkanische Gefahr" nennt, die Lage Frankreichs mit derjenigen, in der die britische Regierung sich 1880 nach Lord Roberts siegreichem Marsch nach Kabul befand. Afghanistan mußte trotzdem geräumt werden. Frankreich könne sicher sein, daß, wenn das geringste Anzeichen vorliege, daß Frankreich in Fez bleiben wolle, „the trouble will begin, not so much in Morocco as in Europe". Der „Standard" knüpft daran unter Beteuerung der freundschaftlichen Gesinnung Englands den dringenden Rat, daß, sobald die Sicherheit der europäischen Kolonie hergestellt sei, Frankreich sich ohne Zeitverlust zurückziehen und alles tun solle, um den status quo womöglich wieder herzustellen. Die Hauptsache sei, den Eindruck zu vermeiden, daß Frankreich permanent in Fez bleiben wolle. Gewiß sei das nicht die Absicht der französischen Staatsmänner; ihre Sorge müsse aber dahin gerichtet sein, daß sie nicht wider ihren Willen dahin geführt werden. Es ist nicht unmöglich, daß das schwere Unglück, das Frankreich durch den Tod des Kriegsministers und die Verwundung des Ministerpräsidenten getroffen hat, auch auf die Haltung der französischen Politik in der marokkanischen Frage einwirkt, aber für wahrscheinlich halten wir das nicht. Die Stellung der Kolonialpartei und ihrer Organe ist zu mächtig, und die momentane Schwächung der Spitzen der Regierung kann diese Einflüsse eher stärken als vermindern. Dazu kommt, daß die Vorstellung an Boden gewinnt, daß das marokkanische Abenteuer bestimmt war, als Ableitung für innere Schwierigkeiten zu dienen, die sich nicht vermindern wollen. Das „Journal des Débats" hat vor etwas über acht Tagen in einem kurzen Artikel „Nouvelles moeurs", neue Sitten, einen wahren Schmerzensschrei über die Schäden ausgestoßen, welche die Politik der Emporkömmlinge „politique d'arrivisme" Frankreich gebracht habe. Diese „Arrivisten" aber tragen auch die Hauptschuld an der höchst gefährlichen marokkanischen Krisis.

In Rußland werden die Prinzipienfragen immer mehr zu Personalfragen, und es ist nicht zu verkennen, daß von vielen Seiten her gegen den Ministerpräsidenten gearbeitet wird. Einer seiner rüstigsten Gegner ist Graf Witte, der aber wieder selbst so viele Feinde hat, daß seine Angriffe nicht zum Ziel führen. Die Ernennung des W. G. K. Sabler zum Oberprokureur des heiligen Synod gilt ebenfalls als eine Gefährdung der Stellung Stolypins, wie wir meinen zu Unrecht, da beide Männer in vieler Hinsicht Gesinnungsgenossen sind. Beunruhigend wirkt es, daß immer wieder revolutionäre und anarchistische Organisationen aufgedeckt werden, so neuerdings ein umfangreiches Bombenlager in Warschau. Auch eine Spionageaffäre erregt Aufsehen und Beunruhigung. Der „Golos Moskwy" schreibt darüber:

„In Petersburg läuft das Gerücht um, daß eine Balletkünstlerin, die der Spionage überführt ist, ausgewiesen sein soll. Wie erzählt wird, stand diese Person schon seit vielen Jahren im Dienst zweier europäischer Mächte, bei sehr hohem Gehalt, gegen 200 000 Rubel jährlich. Sie erhielt Nachrichten recht wichtigen Charakters von einer hochgestellten Persönlichkeit, die nichts davon ahnte."

Das letztere klingt recht unwahrscheinlich.

Sehr erfreulich sind die Nachklänge vom Aufenthalt unseres kronprinzlichen Paares in Petersburg. Sie haben überall infolge ihres frischen und natürlichen Wesens den besten Eindruck hinterlassen. Als eine der Folgen dieses Besuches läßt sich ein Artikel von Menschikow in der „Nowoje Wremja" hervorheben, der im Gegensatz zu der Alltagshaltung des Blattes von der besten Gesinnung gegen Deutschland erfüllt ist. Pourvu que cela dure!

Die türkische Krisis scheint doch in eine Niederlage des Saloniker Komitees auszumünden. Es soll dem türkischen Ministerium keine Instruktionen mehr zugehen lassen, und wenn sich das bestätigt, darf man wohl in Zukunft mit einer größeren Selbständigkeit der offiziellen Türkei rechnen.

25. Mai 1911. Der Präsident von Mexiko, Porfirio Diaz, legt sein Amt nieder.
31. Mai. Deutschland erklärt sich bereit, den von Amerika eingebrachten Schiedsvertrag zu prüfen.

31. Mai 1911.

General Moinier ist in Fez eingetroffen, und nachdem in den vorausgegangenen Wochen eine Alarmnachricht nach der andern durch die Zeitungen ging, erfahren wir jetzt aus dem Munde des „Temps", daß all dieser Lärm müßig gewesen ist:

„Das fremdenfeindliche Marokko, das uns die Straßen sperrte, der heilige Krieg, der gegen uns erklärt war, die Stämme, die sich eher niedermetzeln lassen würden, als den Weg freizugeben, das Wespennest, der Abgrund — und was man sonst prophezeit hat, um diejenigen einzuschüchtern, die Marokko besser kannten und nicht daran glaubten, daß das Unternehmen so schwierig sei — all dieser „Bluff" ist zerstoben.."

Der „Temps" versäumt nur hinzuzufügen, daß sein Spezialbluff, die furchtbare Gefahr, die den in Fez lebenden Europäern drohte, erst recht zerstoben ist, und wenn er sich rühmt, daß Moinier sein Ziel erreicht hat, weil er sich genau an die Ratschläge gehalten hat, welche der „Temps" schon am 3. Mai erteilt hat, so gönnen wir ihm diesen Triumph, weil er bestätigt, daß allerdings der „Temps" und seine Leute es sind, welche die Marokkopolitik Frankreichs gemacht haben, und nicht die französische Regierung. Es ist daher von Interesse, das Programm zu verfolgen, das der „Temps" für seine weitere Aktion in Marokko entwirft. In Kürze läßt es sich dahin zusammenfassen, daß die Akte von Algeciras umgangen werden soll, ohne daß eine formale Verletzung nachweisbar ist. Die Detailausführungen münden in die Zeichnung einer Idylle aus. Aus der bloß fiktiven Souveränität und Unabhängigkeit des Scherifs wird mit Frankreichs Hilfe eine Realität gemacht werden. Man wird ihm eine leistungsfähige Armee organisieren, Straßen anlegen und die strategisch bedeutsamen Punkte befestigen, und dem General Moinier, der sich so kurze Zeit wie möglich in Fez

aufhalten wird, es überlassen, zu bestimmen, wieviel französische Instrukteure notwendig sind, um das Ziel zu erreichen und die Pflicht zu erfüllen, die Frankreich übernahm, als es darauf einging, eine Militärmission nach Fez zu schicken („lorsqu'elle a consenti à envoyer à Fez une mission militaire").

„Ein Sultan, der Herr von Fez und der Straßen ist, die dahin führen, wird zum erstenmal in der Geschichte Marokkos souverän und unabhängig sein, und zum erstenmal wird, im Besitz dieser Straßen, der internationale Handel in der Lage sein, aus der ökonomischen Freiheit Nutzen zu ziehen. Wie wir schon vor einem Monat sagten, soll die jetzige Krisis nur zu einem Resultat führen: zu einer vollkommeneren Ausführung der Akte von Algeciras. Die Maßregeln, die wir ankündigen, werden diese Ausführung sichern."

In der Tat, ein Idyll, von dem sich nur wünschen läßt, daß es Wirklichkeit wird; aber uns klingen noch die Worte des „Journal des Débats" im Ohr, die Kampagne wird nichts zum Abschluß bringen „elle ne terminera rien", und eben jetzt verbreitet der Telegraph die Nachricht, daß Mulay Hafid durch Moinier gebeten habe, daß Frankreich das Protektorat über Marokko übernehmen solle! Da wird man wohl abwarten müssen, wie der „Temps" darüber entscheidet und wie die Herren Monis und Cruppi danach verfügen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird eine tugendhafte Ablehnung erfolgen, falls diese Bitte nicht auch in das Gebiet französischer Erfindungen fällt. Nicht auf den Namen, auf die tatsächliche Wirklichkeit kommt es an, und das Rezept des „Temps" bedarf nicht so plumper Mittel. Im übrigen läßt sich nur sagen, daß wir uns wohl nach wie vor auf Beobachtung dieser tatsächlichen Wirklichkeit beschränken dürften, bis die Situation genügend geklärt ist.

Es ist erstaunlich, wie unfreundlich die Nachrufe sind, welche die nichtradikalsozialistische Presse dem so gewaltsam dem Leben entrissenen Kriegsminister Berteaux widmet. Einen Verlust habe nur die revolutionäre Partei und speziell Herr Jaurès erlitten, denn niemand habe mehr für den Fortschritt der Demagogie in Frankreich getan als dieser millionenreiche Kriegsminister, der zugleich Börsenmakler war. Was allgemein an ihm anerkannt wird, ist seine persönliche Gutmütigkeit und Hilfsbereitschaft, auch hielt man ihn für einen Kenner des Kriegswesens und man rühmte seinen energischen Fleiß. Energie und

Fleiß zeigt offenbar auch der Ministerpräsident Monis, der trotz seiner schweren Wunden Ministerratsitzungen an seinem Bett abhalten läßt und sogar Journalisten empfängt, was die Ärzte ohne Zweifel jedem andern Kranken in gleicher körperlicher Lage untersagt hätten. Aber es gilt, die Partei in ihrer gebietenden Stellung zu behaupten. Monis hat sogar den tapferen Beschluß gefaßt, einen aktiven General, Herrn Goiran, zum Nachfolger Berteaux' zu ernennen, und damit nicht geringe Unzufriedenheit unter den Parlamentariern hervorgerufen, die diesen Posten wie alle Ministersitze als eine Anwartschaft betrachten, die einem der ihrigen zufallen muß. Aber sie halten mit ihrem Ingrimm zurück, um diejenigen nicht zu unterstützen, die im Hinblick auf die langwierige Behandlung, die Monis' Wunden verlangen (die Ärzte meinen, er werde zwei bis drei Monate liegen müssen,) die Konstituierung eines neuen Ministeriums wünschen.

Die Annahme der Verfassung für Elsaß-Lothringen durch den Reichstag hat wieder einmal den Haß zutage treten lassen, mit dem die Franzosen uns beehren. Die Presse aller Parteien setzt sich offenbar zum Ziel, andauernd die Beziehungen der Reichslande zum Reich zu vergiften und alles in das schlimmste Licht zu setzen, was im Elsaß und für das Elsaß geschieht. Dieses Treiben dauert bereits über ein Menschenalter, es ist aber jetzt besonders aufdringlich und ungehörig geworden und gewinnt immer mehr den Charakter eines Eingreifens in deutsche Verhältnisse. Ein Analogon dazu wäre, wenn wir uns zum Ziel setzen wollten, die Bestrebungen der monarchistischen Parteien in Frankreich zu unterstützen und ihnen für gewisse Eventualitäten die Sympathien Deutschlands in Aussicht zu stellen. Jedenfalls trägt diese Preßpolitik nicht dazu bei, die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland zu bessern, was bei den großen Zusammenhängen der Weltpolitik doch nicht gleichgültig sein dürfte.

Die Reichskonferenz in London nimmt einen ungemein interessanten Verlauf. Um den Zusammenhang dieser Verhandlungen recht zu verstehen, darf nicht vergessen werden, daß Beschlüsse nur mit Einstimmigkeit gefaßt werden können. Die Konferenz von 1907 war eine Kolonialkonferenz, so daß die jetzt tagende Konferenz ein Novum ist. Auch sind in den vier Jahren, die hinter uns liegen, sehr bedeutsame Wandlungen in den Dominien eingetreten. Die südafrikanischen Staaten sind zu einem Unionsstaat zusammengeschmolzen, alle Dominien er-

heben den Anspruch, Nationen (self-governing nations) zu sein, Australien und Kanada haben begonnen, sich eine selbständige Kriegsmarine zu gründen und ihre Milizen wesentlich verstärkt, selbst Neuseeland behauptet, 80 000 Mann zur Verfügung zu haben. Sir Frederik Borden, der kanadische Kriegsminister, hat noch kurz vor seiner Abreise nach London dem kanadischen Parlament zu Ottawa angekündigt, daß er die aktive Kriegsmacht Kanadas schon jetzt auf 60 000 Mann und 30 000 Pferde bringen wolle. Sein weiterer Plan umfaßt einen Zeitraum von sieben Jahren, in welchem er die kanadische Armee um 35 Batterien Feldartillerie, 10 Haubitzenbatterien, eine schwere Batterie, drei Ingenieur-Feldtruppen, ein Regiment Kavallerie, eine Munitionskolonne, 6 Divisions-Munitionskolonnen, 7 Kompagnien Feldingenieure, 1 Telegraphendetachement, 16 Kompagnien army service corps und 4 Feldambulanzeinheiten vergrößern will. Endlich hat Kanada sich in handelspolitischer Beziehung fast ganz auf eigene Füße gestellt, was noch deutlicher hervortreten wird, wenn der Reziprozitätsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika Wirklichkeit geworden sein wird. In England aber ist der Gedanke eines Reichszollverbandes, der den Anstoß zur imperialistischen Politik gab, endgültig als dem Prinzip des Freihandels widersprechend aufgegeben worden. Das gibt nun ein ganz anderes Bild, als es das Jahr 1907 bot. Leider werden wir über das Detail der interessantesten Verhandlungen nur summarisch und durch offizielle Mitteilungen unterrichtet werden, in „cut and dried summary of the debates", denn die Presse ist von den Sitzungen ausgeschlossen.

Das Hauptinteresse der letzten Sitzung, die wieder unter dem Präsidium von Mr. Asquith stattfand, lag in dem Antrage von Sir Josef Ward, dem Ministerpräsidenten von Neuseeland. Er war in folgender Resolution formuliert:

„Daß das Empire jetzt ein solches Stadium imperialistischer Entwicklung erreicht hat, welches es ratsam macht, daß ein Reichsstaatsrat existiere, von Vertretern aus allen Teilen des Reiches mit Selbstregierung, der in der Theorie und faktisch die Reichsregierung in allen Fragen beraten soll, welche die Interessen der überseeischen Dominien Seiner Majestät berühren."

Dieser Antrag, der ähnlich schon 1907 von Ward gestellt worden war, wurde in übermäßig langer Rede von ihm begründet. Er wies

darauf hin, daß zwei Dominien eine eigene Flottenpolitik hätten, was einen Reichsrat notwendig mache, dessen Aufgabe es wäre, die Politik der nationalen Verteidigung und der noch wichtigeren Politik maritimer Überlegenheit zu harmonischem Zusammenhang zu führen. Er möchte auch lieber den Reichsrat „Reichsverteidigungsparlament (Imperial Parliament of Defense“) nennen. Bisher hätten die verschiedenen Teile des Reichs keinerlei Stimme in Fragen, die Krieg und Frieden betreffen, obgleich das für sie Lebensfragen seien. Wenn die Dominien sich dahin verständigen wollten, dem Reichsschatz Beiträge für Erhaltung der Marine zu zahlen, müsse ihnen auch in diesen Fragen eine Stimme zufallen. Wichtiger noch als für die Dominien sei die Frage eines Reichsverteidigungsparlaments für England selbst, wegen der großen Opfer, die es zur Behauptung seiner Stellung bringen müsse. Jedenfalls genüge die jetzige Verfassung nicht. Er will nicht die Frage der Streitkräfte zu Lande dem Imperialrat, den er plant, unterordnen, aber die Einheit der Kriegsmarine sei unerläßlich und werde wahrscheinlich, wenn durchgeführt, zur Folge haben, daß der Weltfriede für die kommenden Generationen gesichert sein werde. Der Wardsche Antrag fand aber bei den anderen Dominien sowohl wie von seiten Mr. Asquiths sehr entschiedenen Widerspruch, namentlich als Ward seinen Antrag im einzelnen darzulegen versuchte und durch die Zwischenfragen seiner Kollegen genötigt wurde, zuzugestehen, daß seine Gedanken ohne Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Dominien wie des Mutterlandes überhaupt nicht durchführbar seien. Am bedeutendsten waren die Einwendungen, die Mr. Asquith machte. Es sei viel leichter in abstracto sich für einen engeren politischen Zusammenschluß auszusprechen, als ihn praktisch durchzuführen. Wenn Wards Schema angenommen werde, würde die Autorität der Regierung des Vereinigten Königreichs geschwächt, wenn nicht zerstört werden in Fragen von solcher Bedeutung, wie die Leitung der auswärtigen Politik, der Abschluß von Verträgen, oder die Kriegserklärung. Die Verantwortlichkeit der Reichsregierung dem Reichsparlament gegenüber könne nicht zerstückt werden, und die Koexistenz der vorgeschlagenen Körperschaft, mit den ihr zugedachten Befugnissen, neben der Regierung des Vereinigten Königreichs, werde dem geltenden System der Verantwortlichkeit verhängnisvoll werden. Jene Körperschaft werde die Macht haben, den Dominien eine Politik aufzunötigen, die einem oder mehreren von

ihnen nicht konveniere, die in vielen Fällen Ausgaben voraussetze, die durch Abgaben aufgebracht werden müßten, welche das Volk der Dominien nicht billigen werde. Im Namen der britischen Regierung könne er daher einem Antrag nicht zustimmen, der in so vollem Widerspruch zu den Fundamentalprinzipien stehe, auf denen das britische Reich ruhe und sich entwickelt hat. Der „Standard", der diese Debatte kommentiert, führt, um die Ungereimtheit des Wardschen Vorschlages recht handgreiflich zu illustrieren, ein drastisches Beispiel an. Man nehme an, was geschehen wäre, wenn Großbritannien vor kurzem (within recent times) es nötig gefunden hätte, den Krieg gegen eine andere europäische Macht aufzunehmen: sagen wir, gegen Rußland, wegen der Dardanellen. (Man erinnert sich dabei an Iswolskis Wunsch, von England die Zustimmung zu gewaltsamer Öffnung der Dardanellen zu erhalten.) Die Kriegserklärung hätte das gesamte Reich in Mitleidenschaft gezogen. Kanadas pazifische Küste wäre von russischen Kriegsschiffen verwüstet worden, Australien hätte zu Wasser und zu Lande zu leiden gehabt, und jeder Teil des Reiches schwere Verluste tragen müssen. Und doch wäre keines der Dominien willig gewesen, das Mutterland zu unterstützen und mit ihm zu leiden, die meisten, wenn nicht alle, hätten den Ursprung des Streites überhaupt nicht eines Streites wert gefunden. Endlich übersehe Ward, daß nichts dafür spreche, daß auch nur eines der überseeischen Dominien bereit sei, das Risiko auf sich zu nehmen, als habe es auch nur auf ein Jota seiner Autonomie verzichten wollen! Das schließliche Resultat war denn auch, daß Sir Josef Ward seinen ganz aussichtslosen Antrag zurückzog.

Überhaupt ist der Eindruck, den man aus den Referaten über die Verhandlungen und aus den Kommentaren der Presse gewinnt, daß die allgemeine Neigung dahin geht, die Bestimmungen aufrechtzuerhalten, über welche man sich 1907 über die Beziehungen zwischen Mutterland und den überseeischen Nationen verständigt hatte, aber nicht weiter zu gehen. Das Band dürfte eher gelockert als gestärkt werden. Mr. Asquith hat durchaus recht, wenn er es einen articulus stantis et cadentis Imperii nennt, daß jeder Teil Herr in seinem eigenen Hause bleibe. Jedes eine Einheit für sich, aber zugleich zu der größeren Einheit des Empire gehörend. Je elastischer das Band ist, desto wahrscheinlicher, daß es nicht reißt und daß die Dominien den Sprung nicht tun, durch den die Vereinigten Staaten sich vom Mutterlande lösten.

Den größten Eindruck auf die Vertreter der Dominien hat es gemacht, daß man sie zur Beratung der Landesverteidigungsbedürfnisse in den inneren Rat des Reichs, d. h. in den Kreis der leitenden Staatsmänner gezogen hat (in the inner Council of the Empire), und daß Sir Edward Grey ihnen dort einen Einblick in die großen Probleme der auswärtigen Politik gab, mit denen Großbritannien zu rechnen hat. Über den Inhalt dieses Kursus großer Politik ist natürlich nichts bekannt geworden. Aber gewiß war das Vertrauen, das die Regierung den Vertretern der überseeischen Nationen zeigte, eine Maßregel großer politischer Klugheit. Sowohl Botha wie Fisher, der australische Ministerpräsident, haben sich geradezu enthusiastisch darüber geäußert. Sie brauchten beide dieselben Ausdrücke: Eine neue Ära habe mit dieser Sitzung begonnen, und man darf wohl annehmen, daß wir hier die Wiederholung einer Äußerung erkennen müssen, die in der Sitzung selbst gefallen ist. Auch darauf mag hingewiesen werden, daß Botha auf dem Frühstück, das ihm der Eighty Club gab, holländisch sprach und dabei seines Freundes Leander Jameson gedachte. Der Grundgedanke seiner Rede war, England solle Südafrika nur sich selber überlassen, dann werde es Wunder erleben. Er strecke den Engländern die Freundeshand von Volk zu Volk entgegen! In der Tat, welche Wandlung der Zeiten, und wie klug und mutig war der Gedanke Campbell Bannermans, den Burenstaaten volle Selbstregierung zu verleihen.

Merkwürdig gering ist, nach übereinstimmendem Urteil, das Interesse, das diese an sich doch höchst wichtigen Fragen im Publikum wachrufen; man kümmert sich ebensowenig um sie, wie um die letzten Stadien des Kampfes um die Vetobill und um die Reform des Oberhauses. Die schließliche Verständigung der Parteien wird als sicher angenommen. Das Oberhaus wird schwächer, aber nicht ohnmächtig sein und seinen alten Glanz, den im Grunde kein Engländer preisgeben möchte, bewahren. Auch an den Gedanken, daß Homerule für Irland und schließlich Homerule all round Tatsache werden muß, hat man sich gewöhnt. Jetzt finden zwischen dem liberalen Kabinett und den Iren die wichtigen Verhandlungen über die pekuniären Leistungen Irlands statt, und auch darüber ist man der Verständigung nahe. So richten sich alle Gedanken auf die bevorstehende Krönung mit ihrem Prunk und ihren Schaustellungen, wohl auch auf die Gelegenheit, an den von allen Himmelsgegenden zuströmenden Gästen ein Erkleckliches zu verdienen.

Zu diesen Gästen wird auch Mrs. Annie Besant gehören, die aus Indien eintrifft, um eine bevorstehende neue Fleischwerdung Christi anzukündigen, deren Anzeichen sie u. a. in dem zukünftigen anglo-amerikanischen Schieds- und Friedensvertrag erkennt. Sie kündigt auch die Verschmelzung aller Religionen an und bringt zwei indische Knaben mit sich, von denen der eine Reinkarnation Buddhas sein und nach ihrer Schätzung ein Alter von 20 bis 30 000 Jahren haben soll. Sie will die Krönungsfeierlichkeiten mitmachen und dann nach Oxford gehen.

Gleich nach der Abreise Kaiser Wilhelms hat Herr André Chéradame in der Mittelasiatischen Gesellschaft einen Vortrag über die Bagdadbahn gehalten, dem Lord Rolandshay präsidierte. Er legte dar, wie die Deutschen sich allmählich der türkischen Eisenbahnen bemächtigt haben und wie sie bemüht sind, die Türkei zu beherrschen. An den Erfolgen Deutschlands trage die Passivität, das Schwanken und die Zusammenhanglosigkeit der Diplomatie der Triple-Entente schuld. In Potsdam habe Rußland sich selber aufs schlimmste geschädigt. Er schloß mit einer Aufforderung an die einflußreichen Politiker Englands, Rußlands und Frankreichs, sich bei der bevorstehenden Krisis zu verständigen. Lord Rolandshay wandte sich darauf an Herrn Wesselitzki (nach dessen telegraphischem Bericht wir referieren), um dessen Ansicht als die eines Kenners zu hören. Herr Wesselitzki bekräftigte alles, was Chéradame ausgeführt hatte, und führte als Beweis für die Lügenhaftigkeit der deutschen Presse an, daß diese behauptet habe, Rußland sei aus der Tripleentente ausgetreten und habe sich Deutschland angeschlossen (!!). Diese Insinuation hätten Sasonow, Grey und Pichon zurückgewiesen. Die kürzlich von Rußland in Berlin gemachten Vorstellungen hätten eine internationale Beruhigung zur Folge gehabt und bewiesen, wie treu Rußland zu seinen Verbündeten und Freunden stehe. Rußland habe auch seine Zustimmung zu einer Eisenbahn Bagdad-Koweit nicht gegeben und gehe nach wie vor Hand in Hand mit England und Frankreich. Die Linie Hannekin—Teheran werde, falls Rußland sie zugestehe, ein dem Frieden gebrachtes Opfer sein. Die Tripleentente sei die mächtigste Kombination der Welt, aber wenn sie Erfolge erzielen wolle, müsse sie ein klares Programm haben und einheitlich vorgehen. Die Bagdadbahn sauge die Türkei aus zum besten ausländischer Spekulanten. Es sei Aufgabe der drei Mächte, dem entgegenzutreten, die Erhöhung der Zölle nicht zu dulden und darauf zu dringen, daß die Über-

schüsse zu Reformen in Mazedonien verwendet werden. Alle Redner, die nach Wesselitzki sprachen, waren darin eines Sinnes, daß noch nichts verloren sei und bei engem Zusammenschluß der drei Mächte sich alles wieder gut machen lasse!

So haben sich also die alten Freunde Chéradame und Wesselitzki unter dem Präsidium eines Lords in detrimentum Germaniae wieder einmal zusammengefunden. Aber welch ein Gewebe von Lügen und Entstellungen haben sie ihren Zuhörern vorgeführt! Es ist ein Gegenstück zu den systematischen Unwahrheiten, welche die slavische Balkanpresse, speziell die montenegrinische und bulgarische, jetzt wieder gegen die Türkei verbreitet, um die Ungeschicklichkeit zu verdecken, welche durch die drohende Mitteilung des Hofmeisters Tscharykow an die Pforte begangen war. Man braucht sich nur an die Tatsache zu halten, daß die Pforte konservieren will, was sie hat, die andern aber auf Kosten der Türkei ihre Territorien erweitern wollen, um zu verstehen, von welchem Teil die Provokationen, ausgehen. Die Idee dieser Kleinen ist, daß sie alles wagen können, weil Rußland schließlich durch die öffentliche Meinung genötigt sein werde, ihnen beizuspringen. Das letztere aber ist leichter geplant als ausgeführt. Auch wissen wir bestimmt, daß die russische Regierung sehr weit davon entfernt ist, einen Krieg mit der Türkei zu wünschen, durch welchen die von ihr in Angriff genommene Sanierung des Reichs in verhängnisvoller Weise unterbrochen würde. Wir bedauern daher auf das lebhafteste, daß der Publikation der Mitteilung an die Türkei, die, wie gesagt, einen entschieden drohenden Charakter trug, nicht die Veröffentlichung einer mindestens gleich energischen Note an Montenegro vorausgegangen ist.

Die Duma ist, nachdem sie in der letzten Woche ein erstaunliches Arbeitsprogramm erledigt und u. a. auch die gegen die Kolonisten gerichtete Vorlage beseitigt hat — wozu wir ihr Glück wünschen — in die Ferien geschickt worden. Sie wird erst am 28. Oktober wieder zusammentreten. Bis dahin wird sich wohl die heute noch unsichere innerpolitische Lage geklärt haben. Wir hoffen besonders, daß Herr Sasonow sich inzwischen so gekräftigt haben wird, daß er seine Tätigkeit wieder aufnehmen kann. Vielleicht entscheidet sich bis dahin auch die Frage, wann das russische Konzil tagen wird, für dessen Zustandekommen sich Herr Sabler, der neue Oberprokureur des Heiligen Synod, lebhaft

interessiert. Endlich das Prinzip der vollen Gewissensfreiheit ist jetzt in Rußland tatsächlich anerkannt, und auch das bedeutet einen ungeheuren Fortschritt, der freilich nicht überall freudig begrüßt wird.

Die Zustände in Portugal laufen einer Krisis entgegen und die jüngste, an alle Bischöfe der Welt gerichtete Enzyklika mag sie beschleunigen. Jedenfalls läßt sich sagen, daß bisher die neue Republik niemandem Respekt eingeflößt hat.

Daß Porfirio Diaz aus Mexiko hat fliehen müssen und dabei durch Angriffe der siegreichen Revolutionäre in Lebensgefahr geriet, wird wohl eines der schlimmsten Kapitel in der Geschichte menschlicher Undankbarkeit sein. Wir wüßten keinen, der sich um Mexiko mehr verdient gemacht hat, als er.

1. Juni 1911. Absetzung des marokkanischen Großwesirs Glani.
2. Juni. Eintreffen des Khedive in Konstantinopel.
3. Juni. Beurlaubung des russischen Ministers des Ausw. Sasonow.
4. Juni. Enthüllung des Nationaldenkmals für König Viktor Emanuel II.
5. Juni. Fahrt Mohammed V. nach Saloniki.
6. Juni. Annahme der Verfassung durch die griechische Nationalversammlung.

7. Juni 1911.

Schon geraume Zeit steht die Weltpolitik unter dem Stern der Schiedsverträge, und bekanntlich ist die Welt bereits von einem Netz solcher Verträge umspannt. Von 1904 bis 1909 sind 80 solcher Verträge zum Abschluß gebracht worden, davon 23 von den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Auch wir haben in Fragen von höchster politischer Wichtigkeit mehrfach drohende Konflikte auf dem Wege einer schiedsrichterlichen Entscheidung ausgeglichen. Heute scheint nun die Idee eines Weltschiedsvertrages aufzutauchen, und Amerika hat die Initiative dazu ergriffen, indem es erst England, dann Frankreich und endlich Deutschland heranzog, um mit ihnen dem Idealismus zum Sieg zu verhelfen, der diesem Gedanken teils wirklich zugrunde liegt, teils nur zugrunde zu liegen scheint. Der amerikanische Zweigverein für internationale Verständigung veröffentlicht allmonatlich Flugblätter unter dem Titel: International Conciliation, pro patria per orbis concordiam. Damit wird der Grundgedanke dieser Bestrebungen, soweit sie die Vereinigten Staaten betreffen, deutlich zum Ausdruck gebracht: per orbis concordiam soll der amerikanischen patria gedient werden, und das ist, falls es sich erreichen läßt, gewiß ein Gedanke, der dem amerikanischen Patrioten lockend erscheinen muß. Auch lassen die amerikanischen Berichte über die Kongresse für internationale Schiedsgerichte und Frieden keinen Zweifel darüber, daß es sich darum handelt, vornehmlich Amerika von der unwillig getragenen Last für Armee und Marine zu befreien. „Welch ein Paradies könnte unser Vaterland sein" — sagte auf dem Friedenskongreß zu Chikago am 4. Mai

1909 Mr. Bartholdt — „wenn die Vereinigten Staaten, die jetzt jährlich über 300 Mill. Dollars für Flotte und Heer ausgeben, 200 Millionen von dieser Summe für die Verbesserung von Flußläufen, Häfen und Straßen verwenden könnten, und welche Last könnte von den Schultern des Volkes abgewälzt werden?" Präsident Dr. Nicholas Murray Butler hat den Gedanken des künftigen Weltfriedens tiefer gefaßt. Er sah das Sturmzentrum des Weltwetters in der Gemütsverfassung eines großen Teils des englischen Volkes, das sich — wie er eingehend darlegt — völlig zu unrecht von Deutschland bedroht glaube und in dem „two power naval standard" das Rettungsmittel gegen diese Gefahr erblickt. Wir setzen einen kurzen Abschnitt aus Butlers Rede, die am 19. Mai 1909 in Mohonk Lake gehalten wurde, hierher, da sie unseres Wissens in Deutschland nicht die ihr gebührende Beachtung gefunden hat:

„Angestachelt durch Alarmisten im Parlament und in der Presse ist ein liberales Ministerium genötigt worden, zu sagen, daß es Maßregeln vorschlagen und unterstützen wolle, um die Kriegsflotte zu vermehren und so zu stärken, daß die Macht der britischen Flotte stets um ein Zehntel größer sei als die Gesamtsumme der Gefechtsstärke der beiden in der Welt nächst starken Seemächte. Anfänglich wurde sogar vorgeschlagen, die Flotte der Vereinigten Staaten dabei mit in Anrechnung zu bringen. Später wurde diese Position glücklicherweise zurückgezogen. Es ist aber zu beachten, daß bei Berechnung dieses „two-power standard" die englischen Jingoes als feindliche Elemente Franzosen und Japaner in Anrechnung bringen, mit denen sie in engster Allianz stehen, und auch die Russen, mit denen England jetzt eine herzliche Freundschaft pflegt. Mit anderen Worten, falls alle diese Allianz- und Freundschaftsverträge nicht Betrug und Schwindel sind (a fraud and a sham), sollten doch diese Nationen nicht in Anschlag gebracht werden. So bleibt keine Seemacht von Belang übrig als die deutsche, mit der eventuell zu rechnen wäre. Aus diesem Grunde ist es gerade jetzt das Interesse und die günstigste Gelegenheit, Amerika und der Welt dadurch einen Dienst zu leisten, daß an Stelle der Verdächtigungen und des Mißtrauens zwischen England und Deutschland herzliche Freundschaft hergestellt wird. Ist das geschehen, so ist ein großer Schritt vorwärts zur Einschränkung der Rüstungen getan und es kann der weitere Fortschritt folgen, die Welt nach den Prinzipien zu organisieren, für welche England selbst lange eingetreten ist und für deren Entwicklung

und Anwendung es so ungeheure Opfer gebracht und so herkulische Arbeit vollzogen hat."

Bis auf den Schlußsatz, der historisch nicht recht faßbar ist, falls nicht etwa die neue Politik Englands den Dominien gegenüber gemeint ist, können wir uns diesen Ausführungen voll anschließen. Zweifelhaft dagegen ist uns, ob der von der zweiten Haager Konferenz eingesetzte „high court of international justice" wirklich, wie der ehemalige Staatssekretär Elihu Root schon 1908 ausführte, kraft des Zwanges, den die öffentliche Meinung ausübe, in der Tat endgültige und unwidersprochene Entscheidungen werde treffen können, wo stark empfundene nationale Interessen einander gegenüberstehen. Andrew Carnegie hält auch das letztere offenbar für sicher und hat in der New Yorker Friedensgesellschaft sich am 21. April 1909 darüber in der folgenden kategorischen Weise ausgesprochen: Um die Nationen vor sich selber zu retten, muß ... eine Friedensliga der meist vorgeschrittenen Nationen entstehen, welche erklärt, daß, seit die zu einer Nachbarschaft zusammengeschrumpfte Welt in steter gegenseitiger Berührung ist und ihr jährlicher Gesamthandel 28 000 Millionen Dollar übersteigt, alle zivilisierten Nationen am Weltfrieden tief interessiert sind und die Zeit geschwunden ist, da einer oder zwei Nationen gestattet werden darf, ihn zu brechen (the time has passed when any one or two nations can be permitted to break it!) Die Rede mündete in eine Reihe von Resolutionen aus, deren eine den Präsidenten Taft aufforderte, diese wichtige Frage in seine friedfertigen Hände zu nehmen. Noch deutlicher kam dieser Gedanke in einer Adresse zum Ausdruck, die der bereits erwähnte Mr. N. Bartholdt der Schiedsgerichtskonferenz in Mohouk Lake am 21. Mai 1909 vorlegte; beides, die Carnegiesche Resolution und die Bartholdtsche Adresse, aber haben offenbar den Anstoß zu dem Antrage auf obligatorische Unterwerfung unter Schiedssprüche gegeben, mit dem infolge der Initiative des Präsidenten Taft sich jetzt England, Frankreich und Deutschland zu beschäftigen haben werden.

Der offizielle Text des amerikanischen Antrages ist zwar noch nicht publiziert, aber wir erinnern uns (siehe Wochenschau v. 10. Mai), daß alle Fragen, welche vitale Interessen, Unabhängigkeit und Ehre der Staaten betreffen, durch das geplante obligatorische Schiedsgericht entschieden werden sollen, und daß bestehende Bündnisse und Verträge,

die den Lebensinteressen eines beider Kontrahenten widersprechen, aufzuheben sind.

Nun müßte freilich in jedem einzelnen Fall festgestellt werden, welches die vitalen Interessen eines Staates sind, und diese Aufgabe muß von vornherein als unlösbar bezeichnet werden, da die Staatsmänner, welche die Verantwortung für die Politik eines Staates tragen, ihren Blick naturgemäß nicht nur auf die Gegenwart, sondern auch auf die Zukunft zu richten haben. Denn wer wollte behaupten, daß die staatlichen Verhältnisse der Gegenwart für alle Zeit den Bedürfnissen der Zukunft entsprechen müssen? Gerade die Geschichte der Vereinigten Staaten spricht mit lauter Stimme dagegen. In dem Konflikt zwischen Nord- und Südstaaten, aus dem die große Republik von heute hervorgegangen ist, stand, wie wohl nicht mehr zu bestreiten ist, das formale Recht auf seiten der Südstaaten, und aller Wahrscheinlichkeit nach hätte jeder Schiedshof zugunsten der Südstaaten entschieden. Deutschland ist damals die einzige Macht gewesen, die das moralische Recht des Nordens anerkannte. Mindestens höchst zweifelhaft ist, wie seinerzeit ein Schiedsspruch in der kubanischen Frage ausgefallen wäre, und deshalb gilt von den Differenzen der Vereinigten Staaten mit den mittelamerikanischen Staaten, was in Zusammenhang mit dem Lebensinteresse steht, das die Beherrschung des Panamakanals für Amerika bedeutet. Endlich, welcher Schiedshof der Welt würde die Monroedoktrin als zu Recht bestehend anerkennen, zumal seit die Vereinigten Staaten im Stillen Ozean, also außerhalb des amerikanischen Kontinents Fuß gefaßt haben. Es ist eine Machtfrage, keine Rechtsfrage, um die es sich handeln würde, wenn etwa England in Zukunft einmal einer weiteren territorialen Ausdehnung der Vereinigten Staaten entgegentreten sollte oder versuchen wollte, weitere Kolonien auf süd- oder mittelamerikanischem Boden zu begründen.

Doch das sind zurzeit noch höchst unwahrscheinliche Doktorfragen. Es scheint uns aber eine praktische Frage von höchster Bedeutung in den Taftschen Anträgen übergangen zu sein. Die Gefahr von kriegerischen Verwicklungen, die weitere Kreise ziehen könnten, liegt vornehmlich darin, daß die Mächte *nicht* in das Schiedsgerichtssystem, wie es geplant wird, hineingezogen werden, die als die schwächeren den Übergriffen der stärkeren Nachbarn ausgesetzt sind. Die Vernichtung des unbestreitbaren Rechts des Sultans von

Marokko auf Selbständigkeit und Integrität seines Territoriums durch die tückische Penetrationspolitik Frankreichs und den Landhunger Spaniens gibt dafür ein naheliegendes Beispiel, und zwar um so mehr, als neben dem durch nichts zu widerlegenden Anspruch des Sultans, seine Interessen und sein Recht ebenso durch einen Schiedshof prüfen und entscheiden zu lassen, wie es andern Mächten nicht nur zugesprochen, sondern aufgedrungen werden soll, noch der Umstand mitspielt, daß an diesen marokkanischen Angelegenheiten die Möglichkeit, fast möchte man sagen die Wahrscheinlichkeit von Konflikten hängt, deren Tragweite sich nicht übersehen läßt. Was aber läßt sich dafür anführen, daß Marokko nur Objekt eines Schiedsverfahrens sein darf. Ähnlich liegt es mit Persien. Weshalb soll nicht auch dieser Staat in das erstrebte Netz von obligatorischen Schiedsgerichten eingeschlossen werden, so daß seine „Beschützer" sich den Schiedssprüchen nicht entziehen können, die er beantragt? Unerläßlich aber wäre, sobald die übrigen Großmächte solche Verträge abschließen, auch der Anschluß der Türkei. Die orientalische Frage ist heute ebenso sehr eine Realität, wie sie es 1854 und 1877 war, nur daß die Türkei jetzt weniger als früher als bloß duldender Faktor erscheint und nicht mehr der halb ohnmächtige Spielball der Mächte ist, die heute ein Interesse haben, sie zu stärken, und morgen bereit sind, alles daran zu setzen, um sie zu schwächen. Endlich, wie wäre es möglich, China nicht in den Kreis der Schiedsgerichte hineinzuziehen? Die beiden Mandschureien, die Mongolei, Tibet sind wunde Stellen am politischen Körper Asiens, und dasselbe gilt von einem Teil der süd- und ostasiatischen Staaten.

Deutschland, das in keinem Teile der Welt einen gewissenhaft abgegebenen Schiedsspruch zu fürchten hat, aber erst kürzlich auf die Weigerung Englands stieß, durch einen Schiedsspruch die Ansprüche seiner im Burenkriege geschädigten Untertanen entscheiden zu lassen, Deutschland ist nicht an einer Beschränkung, sondern an einer weiteren Ausdehnung des Schiedsgerichtssystems interessiert. Nur müßte eine allseitig klare, unzweideutige, nicht einzelne Staaten bevorzugende und andere ausschließende Vereinbarung getroffen werden.

Wer wollte jedoch verkennen, daß etwas ungemein Phantastisches, bald himmelstürmend Idealistisches, bald rücksichtslos Realistisches in den politischen Initiativen der amerikanischen Staatsmänner, und was gelegentlich dasselbe ist, der amerikanischen Geldmagnaten steckt. Eine

Korrespondenz des „Standard" aus New York, den 24. Mai, gibt uns die Rede wieder, die der Gouverneur von Michigan, Chase Osborn, vor dem Finanzkomitee des Senats gehalten hat. Diese Rede, die unter vorausgegangener Billigung des Präsidenten Taft gesprochen wurde, ging von dem kanadisch-amerikanischen Reziprozitätsvertrage aus und gipfelte in dem Gedanken des politischen Zusammenschlusses beider Staaten. Chase Osborn wurde vom Senator McCumber mit der Frage unterbrochen, ob er an Annexion denke. Der Gouverneur antwortete, es gibt noch eine andere Alternative: „daß Kanada eine Kolonie bleibt, ist ebenso wahrscheinlich, wie daß ein junger blauer Reiher in seinem Nest bleibt, nachdem es zu klein für ihn geworden ist." Der sich daran knüpfende Dialog hob diesen Gedanken noch schärfer hervor, und als McCumber den Gouverneur schließlich fragte, ob er wisse, daß Sir Wilfried Laurier den kanadischen Farmern gesagt habe, daß sie bessere Preise für ihre Produkte erhalten würden, wenn die Reziprozität angenommen würde, antwortete Osborn:

„Ich kann wohl verstehen, weshalb der Premier das sagte. Laurier ist ein Politiker und Staatsmann ersten Ranges; jetzt arbeitet er darauf hin, daß sein Vertrag auf dieser Seite des Meridians bestimmt angenommen werde, und er wird alles irgend Vernünftige sagen, was zur Erfüllung seiner selbstischen Neigungen führen kann — ich sage das nicht in ungünstigem und kleinlichem Sinne. Die Frage ist auf beiden Seiten des Meridians mit zu großer Selbstsucht angefaßt worden, und ich sage das nicht aus Unhöflichkeit. Ich versuche es zu sagen, weil ich von der Überzeugung durchdrungen bin, daß das Zusammenschließen der Völker (sc. Kanadas und der Vereinigten Staaten) weit wichtiger ist als irgendeine ökonomische Erwägung."

Der Korrespondent des „Standard" bemerkt dazu: Daß die Ansichten des Gouverneurs sympathisches Interesse erregten, zeigt ein Zwischenfall am Schluß seiner Ausführungen. Der Gouverneur spricht sehr schnell, und es war fraglich, ob die Stenographen alle seine Bemerkungen aufgezeichnet hatten. Senator Stone, der Führer der Reziprozitätspartei im Senat, sagte: „Ich hoffe, es steht alles darin, denn es war die stärkste und klarste Ausführung, die wir gehört haben." Es fielen in dieser Verhandlung noch Äußerungen, die für die Zukunft Deutschlands sehr aussichtsvoll, für die Englands sehr pessimistisch klangen, so daß diese Töne von jenseit des Ozeans einen merk-

würdigen Kommentar sowohl zu der Schiedsgerichtsfrage wie zu den Verhandlungen der Londoner Reichskonferenz gaben. Als positives Resultat der letzteren ist zu verzeichnen, daß die Londoner Deklaration über das Prisenrecht von den Dominien angenommen worden ist. In der Frage der Reichsverteidigung war diesmal England, durch den Mund Sir Edward Greys — im Gegensatz zu der Haltung, die er 1907 einnahm —, das treibende Element. Das Detail der Verhandlungen ist geheim geblieben, da sie hinter geschlossenen Türen stattfanden. Wir wissen nur, daß Sir Wilfried Laurier sich für Kanada die Entscheidung vorbehalten hat, ob Kanada sich aktiv an einem Reichskriege beteiligen werde und deshalb mit aller Bestimmtheit widersprach, als der Vertreter Neuseelands darauf bestehen wollte, daß die Fragen der großen Politik Englands vor ihrer Entscheidung den Dominien zur Beratung vorgelegt würden. Dagegen hat Lord Haldane auf einem Bankett des Londoner Offiziers Training Corps über den allgemeinen Charakter der Verhandlungen sich äußerst befriedigt ausgesprochen.

„Ich habe" — sagte er — „heute den ganzen Tag in der Konferenz mit den „Prime Ministers" der Dominien verbracht und mit ihnen, unseren eigenen Ministern und unseren größten Fachmännern über das Problem der Reichsverteidigung und unserer Armeen verhandelt. Ich sehe auf die letzte Woche mit tiefer Befriedigung zurück. Wir haben uns gegeneinander erschlossen, die, welche über See herkommen, und wir, die sie hier empfangen. Wir zogen einander ins Vertrauen und fanden, daß wir gemeinsame Ziele, gemeinsame Aufgaben und gleiche Gesinnung teilten, und darum kamen wir zu einem gemeinsamen Schluß über Probleme, die bisher dunkel und schwierig waren. Diese letzte Woche wird, wie ich glaube, eine denkwürdige Woche in der Geschichte des Reichs werden.

Eines der größten Probleme, das unsere Generation zu lösen hatte, war, wie wir den weiter abliegenden Teilen des Reiches zu Hilfe kommen können, wenn sie in Gefahr sein sollten. Es kann gelöst werden, wenn nur die besten der Nation bereit sind, die Last auf sich zu nehmen. In den Trainingkorps der Offiziere steckt das Material, dieses Problem zu lösen. Auf sie hat man geblickt, um das Schicksal des Vaterlandes zu sichern — sie gehören der großen Gemeinschaft an, die nicht scheut, Karriere und Leben für die Nation einzusetzen, deren Söhne sie sind."

Dies Referat, das wir dem „Daily Chronicle" entnehmen, ist

ziemlich unbestimmt gehalten, scheint aber doch darauf hinauszukommen, daß eine Art Austausch von Offizieren beabsichtigt wird, wie schon früher von Haldane in Vorschlag gebracht wurde, aber wir erkennen nicht, ob auch eine einheitliche Ausbildung und ein gemeinsamer Generalstab geplant wird. In betreff der Flotte hat England sich entschlossen, den Dominien ihren eigenen Willen zu lassen: Kanada und Australien werden eigene Flotten haben, die andern Schiffe oder Geld zur Anschaffung von Schiffen stellen. Dabei geht die Hoffnung dahin, daß eine einheitliche Leitung sich herstellen lassen wird. Übrigens steht nicht unbedingt fest, daß die Dominien sich den von ihren ersten Ministern getroffenen Entscheidungen unbedingt anschließen werden.

Der in Abwesenheit Fishers als Premierminister Australiens fungierende Mr. Hughes hat im „Sydney Daily Telegraph" einen Artikel über die Erneuerung der englisch-japanischen Allianz veröffentlicht, der großes Aufsehen erregt. Wenn Japan die Aufhebung des Artikels verlange, der die Farbigen von Australien ausschließe und Zulassung japanischer Untertanen in alle Teile des britischen Reiches verlange, so werde Australien dem nie zustimmen, es sei denn, daß man es mit der Schärfe des Schwertes dazu zwinge.

„Wir wollen" — sagte Hughes — „auch dann darauf bestehen, ein „weißes Australien" zu bleiben, wenn das Wohl des Reiches zu verlangen scheint, daß wir unser Prinzip aufgeben."

Der Schluß, der sich daraus für England ziehen läßt, kann nur der sein, daß der Wille Australiens eine der Bedingungen sein muß, von denen die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses abhängt.

Merkwürdig übrigens, wie ironisch und skeptisch der „Temps" sich den Arbeiten der Reichskonferenz gegenüber verhält. Er meint, das Resultat werde ebenso nichtig sein, wie das der Kolonialkonferenz von 1907. Das aber ist bestimmt falsch, wenn wir auch nicht bestreiten wollen, daß die Dominien zumeist ihre eigenen Interessen im Auge behalten. Es darf aber nicht vergessen werden, daß gerade die Behauptung dieser Interessen ein starkes England zur Voraussetzung hat.

Während wir vor acht Tagen berichten konnten, daß die Verhandlungen des Kabinetts mit den Iren einen günstigen Verlauf nehmen, ist plötzlich eine Wandlung eingetreten. Das Finanzkomitee, das die Verhandlungen führt, weigert sich, die Forderungen Redmonds anzunehmen, es will dem Reichsparlament unter allen Umständen das

Gesetzgebungsrecht auch für Irland vorbehalten, und Asquith soll diesen Standpunkt teilen.

„Die wenigen Nationalisten, welche wissen, was vorgeht", — schreibt der „Standard", „sind wütend und drohen mit Repressalien. Aber die Antwort lautet, daß, wenn sie sich weigern anzunehmen, was die Regierung bietet, sie nichts erhalten würden. Beide Teile zeigen eine unbeugsame Stirn, und man muß abwarten, wer nachgeben wird. Man kann nicht sagen, daß die Mitglieder der Regierung enthusiastisch für Homerule eingenommen sind, und man glaubt in einflußreichen Kreisen, daß, wenn die Nationalisten die Vorschläge der Regierung verwerfen sollten, die letztere nicht abgeneigt sein wird, sich bald an die Nation zu wenden, um eine von den Nationalisten unabhängige Majorität zu gewinnen ..... Die Situation zwischen beiden Parteien ist kritisch geworden, und wenn es zu keiner Verständigung kommt, ist ein Bruch vor Ende dieser Sitzungsperiode nicht unmöglich."

Zwischen Frankreich und Spanien steigen die Mißhelligkeiten. Wir erleben das amüsante Schauspiel, daß der „Temps" der spanischen Regierung ein Kolleg über die Bedeutung des Vertrages von Algeciras und über die Notwendigkeit hält, die Souveränität des Sultans und die Integrität Marokkos zu achten. Der Delcassésche Vertrag von 1904 sei ausdrücklich durch die Vereinbarungen von Algeciras beseitigt. Das mag alles richtig sein, klingt aber aus dem Munde des „Temps" einigermaßen auffällig und wird in einem Tone vorgebracht, der an den Schulmeister erinnert, der einen dummen Jungen zurechtweisen muß. Weit ernster zu nehmen ist ein Artikel von Charmes in dem Juniheft der „Revue des deux Mondes", der eine blutige Kritik an der Marokkopolitik der Regierung übt und wohl den Ansichten entspricht, welche die nicht zur treibenden Kolonialpartei gehörende ungeheure Majorität der Franzosen vertritt.

Am 4. Juni sind zwei Feste gefeiert worden, die wir mit unsern aufrichtigen Glückwünschen begleiten. In Rom gipfelte in der Enthüllung des Denkmals König Viktor Emanuels die Reihe von Festlichkeiten, durch welche Italien die welthistorische Tatsache seiner nationalen Einigung beging. Unsere Geschichte ist so eng mit der Verwirklichung der Ideale verknüpft, welche die italienischen Patrioten so treu hegten und so tapfer zu erringen wußten, daß wir beides notwendig in Zusammenhang bringen müssen. Wenn wir Bismarck sagen, denken wir

auch an seinen italienischen Vorläufer Cavour, dem niemand ein schöneres Denkmal gesetzt hat als der warmherzigste unserer Geschichtsschreiber, Heinrich v. Treitschke. Ebenso aber ist der Name unseres großen Kaisers untrennbar mit dem Viktor Emanuels I. verbunden. Sie sind beide die großen Baumeister gewesen, die den Dom der nationalen Einheit errichtet haben.

Das Millennium der Normandie aber ist ein Fest, an dem die germanische Rasse in all ihren Zweigen teilnimmt. Jener Rollo, der auf latinisiertem fränkischen Boden Fuß faßte und dessen Nachkommen England das feste Knochengerüst gaben, das dem britischen Weltreich noch heute den sicheren Halt gibt, ist einer der Typen des staatenbildenden Germanenbluts. Auch heute noch trägt der Normanne in Wuchs und Zügen den Stempel seiner Herkunft, als glänzendes Zeugnis der Kraft seiner Ahnen. In Rennes, das den Mittelpunkt jener Normannenfeste bildet, wird man mit Recht stolz auf eine große Vergangenheit blicken. Wir wünschen der edelen Rasse, daß sie den Stolz auf ihren Ursprung sich dauernd lebendig halte.

Der König Nikolaus von Montenegro, der einige Tage an sich gehalten hat, scheint wieder kriegerisch gestimmt zu sein. Es scheinen — so paradox es klingt — Geldsorgen dabei mitzuspielen. Montenegro ist gewohnt, „unterstützt“ zu werden.

8. Juni 1911. Demission des belgischen Ministeriums Schollaert.
10. Juni. Protest Mulay Hafids gegen die Landung spanischer Truppen in Larrasch.
13. Juni. Beginn der Wahlen zum österreichischen Reichsrat.
Konstituierung des Ministeriums Broqueville in Brüssel.

14. Juni 1911.

Die Erledigung der beiden großen Sensationsprozesse, die monatelang die öffentliche Meinung Rußlands aufregten und speziell die höchsten Kreise der Gesellschaft in Spannung hielten, hat nicht beruhigend gewirkt. Die Schuldigsprechung des Generals Reinbodt, den das Gericht der Gnade des Zaren empfahl, scheint in weiten Kreisen nicht verstanden zu werden, weil jedermann weiß, daß Mißbrauch der Amtsbefugnisse und ungenügende Kontrolle der Untergebenen zu den charakteristischen Erscheinungen gehören, die sich im öffentlichen Leben Rußlands wiederholen und die namentlich in den stürmischen Tagen der Revolution und der darauffolgenden Revanche des Staats, fast könnte man sagen, als normal betrachtet wurden. Die Testamentsfälschung Wonljärljärskis war sensationell nur wegen der Höhe der Summe, um die es sich handelte, wegen der gesellschaftlichen Stellung des Fälschers und wegen der nationalen und konfessionellen Gegensätze, die mitspielten. Das Vermögen der polnisch-katholischen Oginskis sollte in die Hände des russisch-orthodoxen Wonljärljärski übergehen. Das ist nun durch den Spruch des Gerichts unmöglich geworden, trotz der bis in die höchsten Kreise reichenden Konnexionen, deren sich der Fälscher Demitri W. erfreute. Er hatte die Schamlosigkeit, als er das Wort zu einem letzten Rechtfertigungsversuch erhielt, die Ehre seiner Mutter anzutasten, wie denn die Schatten, die in beiden Prozessen auf die Gesellschaftsschichten fielen, in welchen die „Helden" der Anklage sich bewegten, überaus dunkel waren. Aber Rußland wird, wie es scheint, überhaupt die Prozesse nicht los, die zur Sanierung des Staats von der Regierung angestrengt wurden. Die Senatorenrevisionen wollen kein

Ende nehmen, und überall, wo die Senatoren Garin, Medem, Neidhardt und wie sie alle heißen, ihre Sonde gebraucht haben, sind sie auf Gesetzesverletzungen, Mißbrauch der Amtsgewalt, Unterschleife und Bestechungsorganisationen gestoßen. Ob städtische oder staatliche Organisationen, Petersburg, Moskau oder Warschau, es war überall das gleiche Bild, und wenn die Intendantur am meisten kompromittiert ward, war damit nicht gesagt, daß die stürmisch verlangte, aber nicht erfolgte Revision der Marineverwaltung zu besseren Resultaten geführt hätte.

Merkwürdig aber ist der Pessimismus, den die öffentliche Meinung Rußlands diesen gewiß ernst gemeinten und energisch durchgeführten Säuberungsarbeiten gegenüber zeigt. Sie will nicht glauben, daß „dadurch im allgemeinen die Atmosphäre klarer und reiner geworden" sei. Der „Swet" drückt sich darüber folgendermaßen aus:

„Nach der Revision: Der Unternehmer geht, wo es darauf ankommt, mit seinem Vorrat desselben bewährten Bestechungsmaterials vor. Man erkennt die Qualität an, aber die Quantität ist es, auf die es ankommt. Mit Hundertrubelscheinen lohnt es der Mühe nicht mehr. Wo früher 300 Rubel reichten, um alle zu befriedigen, kommt man jetzt mit 3000 nicht aus. Sie sagen: Die Revision! Sie ist streng, sagen sie. „Es kommt alles vors Gericht und in die Voruntersuchung," sagen sie. Es kommt uns selbst teuer zu stehen — sagen sie. Aber schließlich — so sagt man — nehmen sie doch."

Die Achtung vor dem Gesetz liegt, trotz der Entrüstung, die in Duma und Reichsrat über das „unkonstitutionelle" Verfahren Stolypins in der Frage der Westprovinzen laut geworden ist, nicht im russischen Blut, und ebensowenig die Entsagung, die sich mit einem knappen Gehalt begnügt, wo jede Vergünstigung, die der Träger eines Amtes gewährt, mit Gold aufgewogen wird und dabei das Angebot größer ist als die Nachfrage. In früheren Jahrhunderten wurden die Beamten des Großfürsten von Moskau direkt darauf angewiesen, von den unbestimmten Erträgnissen ihrer amtlichen Stellung zu leben, und diese Tradition ist geblieben und auf jede amtliche oder private Erwerbstätigkeit übertragen worden. Es würde sehr schwer fallen, im weiten Kreise der russischen Beamtenfamilien eine zu finden, die in den letzten drei bis vier Generationen nicht in der Person des Familienhauptes „unter Gericht" gestanden hätte, aber die Versuche der russischen Herrscher, von Paul

zu Alexander III., dem Übel zu steuern, sind alle fruchtlos geblieben. Wir glauben nicht, daß der Erfolg des heutigen Regime ein günstigerer sein wird.

Auch die Hand Stolypins reicht nicht so weit und es ist offensichtlich, daß die Zahl seiner Feinde stetig zunimmt. In Rußland glaubt man nicht, daß er der steigenden Flut seiner Gegner, der prinzipiellen wie der persönlichen, noch lange wird standhalten können. In den Kreisen der äußersten Rechten ist man unzufrieden, daß der Ministerpräsident nicht energischer gegen Freimaurer und Juden vorgeht, obgleich die letzteren gewiß nicht übermäßig schonend behandelt werden, die Liberalen werfen ihm Eigenmächtigkeit vor, und daß die ohne Zweifel noch sehr zahlreich vorhandenen revolutionären Elemente ihn hassen, kann bei der Energie, mit der er sie zu vernichten sucht, nicht wundernehmen. Es kommt aber hinzu, daß es Gebiete gibt, die sich dem Einfluß des Ministers völlig entziehen und denen er machtlos gegenübersteht. Der vielbesprochene Fall des Mönches Heliodor mag als Beispiel dienen. Dieser Mann, von Geburt Kosake, hatte während der Revolution und in den darauf folgenden Jahren durch sein entschiedenes Eintreten für die Regierung nicht wenig dazu beigetragen, der revolutionären Strömung, soweit sein Einfluß ging, das Wasser abzugraben. Aber diese Tätigkeit kombinierte sich mit großem persönlichen Ehrgeiz und mit einem religiösen Fanatismus, der den Charakter eines mystischen Prophetentums annahm, ihm aber eine stetig wachsende Gemeinde gläubiger Verehrer zuführte. In Zaritzyn, an der Wolga, wo er seinen Sitz hatte, wurde sein Treiben schließlich dem heiligen Synod zu lärmend. Der Oberprokureur Lukianow erreichte, daß der heilige Synod ihn in ein ferngelegenes Kloster verbannte. Heliodor, oder wie die Russen schreiben, Iliodor, gelang es aber, aus seinem Exil zu entkommen, er kehrte nach Zaritzyn zurück und erklärte dort, er werde nicht essen und nicht schlafen, bis jenes Verbannungsdekret vom Synod zurückgenommen sei. Eine nach Tausenden zählende, täglich anwachsende Volksmenge erklärte, daß sie mit Iliodor fasten und beten werde, auch mit ihm sterben wolle, wenn man Gewalt brauchen und ihn aus Zaritzyn entfernen sollte. Nun hatte Iliodor sich allerdings schließlich erbitten lassen, Speise zu sich zu nehmen; da er aber dabei blieb, Zaritzyn nicht zu verlassen, auch unter den im Synod sitzenden Geistlichen einige offen für ihn eintraten und die Regierung es für gefährlich hielt, unter diesen Umständen ihre

Machtmittel in Anwendung zu bringen, erhielt Iliodor ausdrücklich die Erlaubnis, im Kloster von Zaritzyn zu bleiben.

Herr Lukianow, der diese offenbare Niederlage schwer empfand, bat und erhielt seine Verabschiedung. Der „heldenmütige" Mönch triumphierte, und es ist ganz ausgeschlossen, daß der Nachfolger Lukianows, der neue Oberprokureur Sabler — ein zur griechischen Kirche konvertierter lutherischer Deutscher — ihm seine Zirkel stören wird. Vor wenigen Tagen ist Iliodor in Petersburg gewesen, wo er vom Zaren empfangen wurde, wahre Triumphe feierte und eine Kollekte organisiert hat, um Gasthöfe für die zahlreichen Pilger zu bauen, die nach Zaritzyn wandern, um sich von dem heiligen Mann segnen zu lassen. Er will nämlich, wie er selbst erklärt hat,

„Zaritzyn zu einem festen mächtigen und unerschütterlichen Hort der Rechtgläubigkeit und russischer Staatsgesinnung machen, damit daraus ein gesundes, bewußtes, echt russisches und echt rechtgläubiges, an den rechtgläubigen Überlieferungen der Väter und Vorväter festhaltendes, religiöses und patriotisches Leben unter dem Volk des Don- und Wolgagebietes erstehe."

In dem Aufruf, den er an alles russische Volk richtet, bemerkt er dabei ausdrücklich, daß die Beiträge nach Zaritzyn „zu seiner persönlichen Verfügung" geschickt werden sollen. Er habe schon früher (1906) von den armen Leuten 300 000 Rbl. erhalten, jetzt wende er sich an die Reichen usw. Der bekannte Publizist Menschikow macht darauf aufmerksam, daß dieses Vorgehen Iliodors den lauten Beifall des „Kolokol", des Hauptorgans des russischen Klerus, findet.

Dieses Treiben erinnert doch sehr an die Anfänge des Priesters Gapon, der schließlich das Signal zur russischen Revolution gab, und wir halten es nicht für ganz ausgeschlossen, daß der „Vater" Iliodor einmal ähnliche Wege einschlägt. Aber es ist auch eine andere Wendung nicht ausgeschlossen, er könnte werden, was der vor kurzem gestorbene Vater Iwan von Kronstadt war, der Hofheilige und Wundertäter, dessen Heiligsprechung bereits erfolgt ist.

Die ostentative, sich in den Vordergrund drängende und nach Popularität haschende Kirchlichkeit ist heute in Rußland ebenso eine Empfehlung, wie in den letzten Jahren Kaiser Alexanders I. der Mystizismus es war, und wie damals findet die Richtung Aufmunterung von oben und Anklang in den unteren Schichten des Volkes. Der Bischof

Seraphin von Podolien, der eben jetzt mit großem Gefolge eine ungeheures Aufsehen erregende Wallfahrt zu Fuß von Kamenz nach Potschajew gemacht (etwa 200 km), ist ein Beispiel dafür, und gewiß nicht das letzte, obgleich ihn Menschikow in der „Nowoje Wremja" blutig verhöhnt und obgleich wie er wohl diejenigen denken, die in dem konstitutionellen Rußland von heute die Führung zu haben *scheinen*. Das Volk als solches aber dürstet nach dem Taumel der letzten Jahre nach den seelischen Erregungen, die ihm die wahren und die vermeintlichen Gottesmänner bieten. Es sind zwei Welten, die nebeneinander stehen und die nicht ineinander übergehen: das intellektuelle Rußland und das Rußland jener bäuerlichen Kreise. Werden beide zunächst und vor allem von den Banalitäten und Sorgen des Alltagslebens beherrscht, so richtet sich das Bestreben derjenigen, die darin keine Befriedigung finden, bei den einen auf die Politik, bei den anderen auf religiöse Empfindungen und Erregungen, die dabei mit den schlimmsten Instinkten Hand in Hand gehen können. Wir können uns daher wohl vorstellen, daß diese Regungen dem russischen Ministerpräsidenten nicht unbedenklich erscheinen.

Was aber die Opposition gegen seine innere und äußere Politik betrifft, so geht sie vornehmlich auf die Ungeduld zurück, mit der in den Reihen der Intellektuellen auf politische Erfolge gewartet wird. Man will im Innern wie im nahen und im fernen Orient Früchte einsammeln, die noch nicht reif sind, und wirft der Regierung vor, daß sie weder die Türken noch die Chinesen zu Paaren treibt, daß Frankreich nicht dienstfertig, England nicht nachgiebig, Österreich-Ungarn und Deutschland nicht bescheiden genug sind, die russische Überlegenheit anstandslos anzuerkennen. Nun hat der „Kladderadatsch" am letzten Freitag eine höchst treffende Karikatur gebracht. Sie stellt einen sitzenden Russen dar, mit Stelzbein und Gichtfuß, den linken Arm verbunden, den Rücken auf die Krücke gestützt. „Zum Donnerwetter!" — ruft er — „Ruhe in Europa!" Gemeint war damit die Neratowsche Note an die Türkei, die ja allerdings klang, als sei Rußland im Begriff, auf dem Balkan rein Haus zu machen. Die Gegner der russischen Politik in Moskau und Petersburg haben beides, Stelzfuß und Gicht, vergessen und beachten nicht, daß Rußland zwar in Europa Einfluß ausüben kann, indem es sich auf seine diplomatischen Helfer stützt und in Asien das Abkommen mit Japan ausnutzt, daß aber noch Jahre werden hingehen müssen,

ehe es eine unabhängige eigene Politik wird führen können. Es ist durch Rücksichten auf die Interessen seiner halben und ganzen Verbündeten gefesselt und bedarf der Ruhe. Wer mit einer großen politischen Aktion Rußlands rechnet, der rechnet daher falsch, es kann heute nur defensive, nicht aggressive Politik treiben. Im fernen Osten steht es in Abhängigkeit von dem guten Willen Japans, in Persien von den Schachzügen der englischen Politik, und in der Türkei ist das finanzielle Interesse Frankreichs keineswegs immer mit dem politischen Interesse Rußlands identisch. Der Schritt, den Graf Aehrenthal in der albanesischen Frage unternahm, aber kann als eine warnende Antwort auf die Neratowsche Note über die montenegrinisch-türkischen Differenzen betrachtet werden und scheint uns eher bestimmt gewesen zu sein, einen Eindruck in Petersburg hervorzubringen, als einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Türkei anzukündigen. Hält man sich an den Effekt, den beide Kundgebungen nach sich zogen, so hat die russische in der Türkei einen schlimmen Eindruck hervorgebracht, weil man mit Recht darauf hinweisen konnte, daß die Ermahnung an die falsche Adresse gerichtet war, während die österreichischen Mitteilungen tatsächlich dahin geführt haben, einen Ausgleich mit Albanien anzubahnen, der, wie sich hoffen läßt, in eine wirkliche Versöhnung ausmündet.

Wir meinen also, um uns präzise zu formulieren, die inneren und äußeren Verhältnisse Rußlands schließen eine Zuspitzung der orientalischen Frage zu einer Krisis aus und die Welt braucht mit ihr nicht zu rechnen. Sie kann ihre Aufmerksamkeit anderen Problemen zuwenden, und von diesen verdient keines größere Aufmerksamkeit, als die marokkanische Frage, die in der Tat akut geworden ist. Wir denken dabei nicht an die spanisch-französischen Gegensätze, obgleich sie wichtig genug sind, sondern an die weit wichtigere Frage, was will Frankreich, wohin treibt es, was ist das Ziel, welches es erreichen will? Wir finden darauf eine Antwort von überraschender Aufrichtigkeit in einem Aufsatz von Edmond Doutté „L'oeuvre Marocaine", veröffentlicht in der „Revue politique et parlementaire" vom 10. Juni. Der Verfasser geht vom Eintreffen der Franzosen in Fez aus und wirft in diesem Anlaß die Fragen auf, die wir oben stellten. Er will sie beantworten an der Hand der Geschichte, der glorreichen Erinnerung, die sich den Franzosen an die Namen Algérie, Clauzel und Bugeand knüpfen.

„Eine Armee in der Mitte von Arabern gleicht einem wütenden

Stier, den eine Wolke von Fliegen umring. Dieses Wort Bugeauds ist klassisch geblieben, es sagt, daß eine große europäische Truppe, der die Afrikaner nichts anderes entgegensetzen, als den Raum, ohnmächtig ist. Die Bergbewohner selbst stellen sich nie das Ziel, das Gros unserer Armeen zu zerstören, weil sie dessen unfähig sind; sie plündern den Train, belästigen die Nachhut, ermorden Nachzügler, sie kämpfen fliehend, simulieren einen Rückzug, um den Feind in Einöden zu verlocken, oder sie veranlassen ihn zu Verfolgungen durch berechnete Flucht und ermüden ihn, ohne daß er einen Vorteil davon hat: es ist die Kriegführung der Numider. Ist es aber nötig, so verteidigen sie jeden Fußbreit ihrer Wohnstätten, und da ihre Stämme häufig sehr zersplittert sind, bringen die Vorteile, die man erringt, keine Entscheidung..... Die Eroberung, ich wollte sagen, die Pazifikation ganz Marokkos kann sehr lange dauern, sehr kostspielig und reich an Überraschungen sein. Möchte sie doch unsere politischen Erwägungen verfeinern, unseren Mut heben und zur Eintracht im Lande führen! Es gibt Leute, die davon geträumt haben, daß die großen Anstrengungen, die wir jetzt machen, sich hätten vermeiden lassen. Diese chimärischen Geister, zu denen auch wir gehörten, glaubten, daß Frankreich versuchen könne, seinen Einfluß auf fast friedlichen Wegen auszudehnen, und daß, wie es in Algier geschah, die unerschöpfliche Fülle an Energie im Volke von Marokko ausgenutzt werden könnte, um einen Stamm durch den andern zu zwingen.

Wer heute noch dieser unmöglich gewordenen Politik nachtrauern wollte, wäre nicht zu entschuldigen: Der bewunderungswürdige Elan unserer Waffen kann nicht plötzlich zum Stehen gebracht werden. Wir können nicht, ohne gefährliche Inkonsequenz, uns weigern, die Frucht zu pflücken, nach der wir die Hand ausgestreckt haben..... Natürlich werden wir über unsere Taten schamhaft den Schleier diplomatischer Fiktionen werfen, aber da wir nicht darauf rechnen können, daß sie irgend jemand täuschen, wäre es gefährlich, uns selbst zu täuschen und uns nicht auf Opfer vorzubereiten. „Eroberungen", sagt Montesquien, „sind leicht, weil man seine volle Kraft daransetzt, sie sind aber schwer zu behaupten, weil man sie nur mit einem Teil seiner Macht verteidigt." Der General Moinier, der über 20 000 Mann befehligt, hat unterwegs 10 000 Mann zurückgelassen, nur 500 sollen in Fez bleiben. Es bleiben ihm also nur einige 12 000, um Mekines, das künftige Versailles von

Fez, zu nehmen, die Stadt zu besetzen und die Verbindungen mit Fez und von Fez nach Tanger zu sichern. Er muß aber außerdem einige Rebellen züchtigen, um ein Exempel zu statuieren, und die Stämme schützen, die sich uns unterworfen haben, denn gewiß werden ihre Nachbarn sie unter dem Vorwande angreifen, daß die Unterwerfung unter die Christen eine Verletzung des Koran sei. Er wird endlich einer Reserve bedürfen, um auf Überraschungen gefaßt zu sein: Wer darf also, unter diesen Verhältnissen, an eine Rückzugsbewegung denken? Denn wenn die große und schwierige Aufgabe ausgeführt ist, wird der General dennoch mitten unter Feinden sein: Die Bräber, die Stämme um Tâza, die von Jebâla, die fast nie einen Herrn anerkannt haben, werden ihn von weitem allseitig umgeben. Wie ein unzuverlässiges Meer unaufhörlich die Küsten bedroht, werden ihre zahllosen Fluten gegen die Küsten der kleinen Insel schlagen, die wir pazifiziert haben, und ihre Horden werden unsere Bundesgenossen beschimpfen. Und dabei setzen wir noch voraus, daß Süd-Marokko ruhig bleibt, und daß das Kriegsglück keinen Abd-el-Kader gegen uns erstehen läßt. Wird aber der jetzige Brand allgemein, so wird sich die Ordnung mit nicht weniger als 80- oder 100 000 Mann herstellen lassen. Bugeand unterwarf Algerien erst von dem Tage ab, da er mehr als 100 000 Mann hatte, die sofort in 15 gleichzeitig operierende Kolonnen zerlegt wurden... Gewiß, wir fassen nur die schlimmsten Möglichkeiten ins Auge: man darf hoffen, daß so große Hindernisse nicht in so kurzer Zeit uns entgegentreten, sondern nur nach langen Zwischenräumen aufeinander folgen werden. Große Windstillen werden die Perioden kriegerischer Aktionen voneinander trennen, und die Festsetzung des französischen Einflusses im fernen islamischen Westen wird eine Detailarbeit sein.

Im Verlauf dieser Arbeit wird die klassische europäische Strategie ganz nutzlos sein. Große Kolonnen werden eine Ausnahme sein, der Krieg wird Polizei sein, und die militärische Besetzung wird sich in eine Administration verwandeln. Und in der Herstellung dieser Ordnung werden unsere Offiziere mehr noch als bei der Eroberung ihren praktischen Sinn für Realitäten zu beweisen haben!"

Es schließt sich hieran die angelegentliche Empfehlung, die Geschichte Algiers und des „Bureau Arabe" zu studieren, dessen Tätigkeit sich durch ein halbes Jahrhundert bewährt habe. Dann fährt Edmond Doutté folgendermaßen fort:

„Das ist die Politik, die wir in Zukunft zur Geltung bringen müssen. Man hat gesagt, auf welch materielle Macht wir uns stützen sollen, um von Fez aus weiter zu greifen (pour rayonner autour de Fez). Dieses schwierige Problem ist eben gelöst worden: Die Armee des Generals Moinier ist der feste Kern, der uns bisher fehlte. Die Gums der Stämme können das geschmeidigste, dem Lande best angepaßte und billigste Kriegsinstrument werden. Die regulären Truppen Mulay Hafids werden die alten Aufgaben der Mahallas wieder aufnehmen: sie werden Garden und Garnisonstruppen sein. Lange Kameradschaft im Kriege und das dauernde Beispiel der anderen Truppen werden ihnen allmählich Korpsgeist und das Ehrgefühl aufnötigen, das sich nicht in allen Stücken improvisieren läßt. Diese wichtige Aufgabe wird ganz den Offizieren „d'Affaires Indigènes" (Instruktoren) zufallen: Initiative, Plan und Ausführung, das wird die edele Aufgabe sein, die der intelligenten Tätigkeit der Armee gestellt wird.

Mulay Hafid wird nach wie vor von den Bestimmungen der Akte von Algeciras vorteilen. Die Diplomaten werden, mit feinem Lächeln, sich gegenseitig die Versicherung geben, daß dieses Protokoll immer noch respektiert wird: aber das wird niemanden täuschen, weder die Kanzleien, noch das Publikum, noch Mulay Hafid. Aber die Gesellschaftsordnung verlangt, daß die Formeln sich umwandeln. Er, der sich für den Befreier des marokkanischen Volkes ausgab, könnte heute das Werkzeug seiner Knechtschaft genannt werden, wenn man nicht wüßte, daß es nicht unsere Art ist, zu knechten, sondern zu befreien. Er verliert, wenn wir ihn schützen, geht aber völlig zugrunde, wenn wir ihn verlassen, er hat kein Prestige als das unsrige und ist nur noch ein Überbleibsel aus einer Vergangenheit, die schon fern scheint. Ecce novus rerum jam nascitur ordo."

Gewiß, das ist sehr offen ausgesprochen, dabei freilich recht zynisch, und der Hymnus am Schluß wohl etwas verfrüht. Dennoch ist uns dieses offene Bekenntnis zu der „plus grande entreprise coloniale de notre époque" lieber als all die heuchlerischen Versicherungen, die wir bisher zum Überdruß zu hören bekommen haben. Auch mag man in Frankreich davon durchdrungen sein, daß Deutschland mit der Realität, nicht mit dem Schein rechnen wird. Der internationale Charakter der marokkanischen Frage macht sich zudem immer mehr geltend. Bereits haben Spanien und mit diesem England gezeigt,

daß sie nicht gesonnen sind, Zuschauer zu bleiben. Wenn Deutschland schweigt, ist damit nicht gesagt, daß es abdiziert; wir warten unserer Stunde und wissen, daß sie kommen wird.

Auf der englischen Reichskonferenz tritt immer deutlicher zutage, daß Kanada und Südafrika alle auf Steigerung des Einflusses der englischen Regierung auf die Dominions gerichteten Anträge ablehnen. Das war das Schicksal des Antrages auf ein ständiges Komitee der Reichskonferenz, das in Form eines längeren Memorandums von Mr. Harcourt eingebracht wurde. Sowohl Botha wie Laurier widersprachen mit solcher Entschiedenheit, daß Harcourt seinen Antrag zurückzog. Ebenso fiel ein Antrag Neuseelands auf Reform des Kolonialamts. Der Antrag auf einen Austausch von Zivilbeamten der Dominions und des Mutterlandes, und der Dominions untereinander wurde zwar angenommen, aber mit einem Amendement, das an die Stelle des Wortes „Austausch" Besuche (statt: interchange—visits) setzte, was natürlich dem Antrage jede praktische Bedeutung nahm. Der Widerspruch ging in diesem Fall von der englischen Regierung aus.

Endlich wird berichtet,

„daß einer der einflußreichsten Premiers gesagt habe, daß seiner Überzeugung nach, falls nicht bald in Irland Homerule durchgeführt werde, dem britischen Reich der Zerfall drohe. Diese Überzeugung wird auch von andern Premiers geteilt und zwar um so mehr, da die Iren in allen Kolonien einen so starken Einfluß ausüben, daß jede koloniale Regierung von ihnen abhängig ist."

Diese Nachricht, die wir wörtlich wiedergeben, geht auf ein Londoner Telegramm des Herrn Wesselitzki zurück, dem die Verantwortung dafür überlassen bleibt. Sie ist aber um so auffallender, als dieser vielgenannte Korrespondent der „Nowoje Wremja" bisher stets nur Vorteilhaftes von England zu berichten wußte.

Parallel ging der Reichskongreß, der jährliche Kongreß der „Orangia Unie" in Bloemfontein, auf welchem Stein, Hertzog und De Wet zugegen waren. Es wurde dabei die absolute Gleichberechtigung beider Sprachen ausdrücklich festgehalten, und von Stein mit großem Nachdruck hervorgehoben, daß in der Eingeborenenpolitik zu dem System zurückgegriffen werden müsse, welches in früheren Zeiten die Buren verfolgt hätten. Die Eingeborenen hätten allen Respekt vor den Weißen verloren, und man stehe jetzt am

Rande eines Abgrundes. Das einzige Mittel zur Rettung sei, den Wall von Respekt wieder aufzurichten, den die Vorfahren begründet hätten. Gleichheit zwischen Schwarzen und Weißen existiere nicht und dürfe nicht künstlich konstruiert werden! Auch das ist eine Politik, die zwar vernünftig ist, aber den Theorien der englischen Politik widerspricht.

Große Beachtung verdient die Nachricht, daß Japan auf den Bonin-Inseln eine Basis für seine Kriegsflotte herrichtet. Es handelt sich ohne Zweifel um eine gegen die Vereinigten Staaten gerichtete Maßregel.

17. Juni 1911. Demonstration der Frauenrechtlerinnen in London.
18. Juni. Hundertjahrfeier Deutscher Turner auf der Hasenheide.
19. Juni. Eintreffen des deutschen Kronprinzen und der Kronprinzessin zu den Krönungsfeierlichkeiten in London.

21. Juni 1911.

Unter dem Titel „Morocco and its troubles" veröffentlicht der „Daily Chronicle" vom 13. Juni eine äußerst interessante und, im Hinblick auf heute, aktuelle Korrespondenz von Donald Mackenzie, dem Verfasser des Buchs „Das Khalifat des Westens" und Begründer der englischen Kolonie in Cap Juby am äußersten Süden der atlantischen Grenze Marokkos im Jahre 1879. Die englische Regierung trat Cap Juby gegen Zahlung von 50 000 Lstr. dem Sultan von Marokko ab, bedang sich aber dabei aus, daß weder Cap Juby noch das anliegende Gebiet (the territory around it) jemals ohne vorausgegangene Zustimmung Englands auf eine andere Macht übertragen werden dürfe. Donald Mackenzie hat nun seit März dieses Jahres eine große Rekognoszierungsreise durch Marokko unternommen und gibt uns jetzt rückschauend die Eindrücke, die er von der französischen Marokkopolitik gewonnen hat. Sie sind so bedeutsam, daß wir sie im Wortlaut wiedergeben:

„Während meines kürzlichen Aufenthalts in Marokko befragte ich Hrn. K. Lister, den britischen Gesandten, die Konsularagenten, Kaufleute und andere an Marokko interessierte Personen, auch einige maurische Gouverneure und andre indigene Beamte. Ich kann gleich sagen, daß die französische Methode, Marokko zu behandeln, von Anbeginn an fehlerhaft war. Die Franzosen provozierten die Revolte in Casablanca, die zu soviel Blutvergießen und Elend geführt hat. Das gleiche kann in Anlaß der Unruhen, deren Objekt Fez war, von der Shauja gesagt werden, sie wurden nach denselben Gesichtspunkten vorbereitet.

Der jetzige Sultan wurde auf den Thron von Marokko durch einen großen Berberhäuptling, Sidi Madani El Glawi, gehoben, dessen Schloß im Atlas wie eine alte normännische Burg aussieht. Diesem mächtigen Mann mußte Abdul Aziz weichen, und Mulay Hafid regiert an seiner Statt. Damit hatte Glawi tatsächlich ganz Marokko vom Atlas zu Fez und weiter nördlich in seiner Hand. Das widersprach der Politik Frankreichs, die einen geschmeidigen Minister und einen schwachen Sultan verlangte, damit es ganz Marokko in seine Gewalt bekäme. Der Glawi war wegen seiner berberischen Herkunft vielen arabischen Stämmen widerwärtig. Die Franzosen stachelten sie zur Rebellion gegen die maurische Herrschaft auf, und um dieselbe Zeit schickten sie einen Offizier nach Fez, den Obersten Mangin, und bewogen den Sultan, ihn zum Hauptinstrukteur seiner Armee in Fez zu ernennen, eine Maßregel, von der wohl gesagt werden kann, daß sie eine schwere Beleidigung der Mauren war.

Auf den Rat Mangins ließ der Sultan zwei eingeborene Soldaten auf offenem Markt in Fez hinrichten, weil sie ein Pferd und einen Maulesel gestohlen hatten. Sie hatten aber den Diebstahl aus Hunger begangen, denn seit Monaten hatten sie keinen Sold erhalten. Oberst Mangin verlangte auch noch die Hinrichtung von zwei anderen Soldaten; als aber Glawi davon hörte, protestierte er und sagte, er könne nicht dafür einstehen, daß die Stämme Frieden hielten, wenn noch eine Hinrichtung stattfinde. Was aber bereits geschehen war, erbitterte die Stämme so sehr, daß sie zu glauben begannen, der Sultan und der Glawi wollten ihr Land an die Franzosen verkaufen. Sofort ertönte der Ruf, daß die Europäer in Fez in Gefahr seien, ein Alarm, für den weder der Sultan, noch sein Minister verantwortlich gemacht werden kann."

Mackenzie geht danach auf die Mißbräuche ein, die mit dem System der Schutzbefohlenen betrieben werden, und gibt den Inhalt eines Gespräches wieder, das er mit einem alten maurischen Freunde hatte, der ihn bat, dafür zu sorgen, daß England die Wahrheit erfahre.

„Er sagte, daß der jetzige Sultan der beste sei, den die Mauren in dieser Zeit der Not haben könnten, auch pries er mit warmen Worten den Minister des Sultans, Glawi. Er sagte, die Algecirasakte müßte eingehalten werden, nur dadurch könne, wie er glaube, das Land reformiert und den Ideen des Abendlandes erschlossen werden. Er beklagte die Okkupation von Fez durch eine europäische Macht und sagte, es solle von Europa nicht geduldet werden."

Der Artikel schließt mit lebhaften Klagen über die Parteilichkeit der französischen Zollbeamten und bringt zur Illustration eine Reihe drastischer Beispiele, die wir übergehen. Das Wesentliche ist, daß die Ausführungen Mackenzies die Fabel widerlegen, daß die Engländer die französische Politik in Marokko billigen. Wenn die englische Regierung auf Grund des Vertrages vom 8. April 1904, d. h. der Gleichung Marokko-Ägypten, sich die Verletzung des Vertrages von Algeciras gefallen läßt, so liegt es daran, daß sie ihren Lohn für dieses Zugeständnis vorweggenommen hat, aber es ist eine bekannte Tatsache, daß von 1904 bis heute die in Marokko angesessenen oder interessierten Engländer im schärfsten Gegensatz zur Politik gestanden haben, die Frankreich auf algierischem Boden verfolgt. Diese Tatsache ist bekannt, und wir haben mehrfach an dieser Stelle darauf hingewiesen.

Inzwischen hat Frankreich Mulay Hafid genötigt, den Glawi zu entlassen und gefangen zu nehmen und dem Sultan dadurch die tödliche Feindschaft derjenigen zugezogen, denen er seine Krone verdankt. Je isolierter er aber inmitten seines Volkes steht, um so mehr wird er ein willenloses Werkzeug in den Händen seiner französischen „Beschützer". Es ist daher lächerlich, von einem Protest des Sultans gegen das Vorgehen Spaniens in Marokko zu reden, protestiert hat durch seinen Mund Frankreich, und es ist durchaus glaubwürdig, wenn die Spanier behaupten, daß der vor Alkassar lagernde Kapitän Moreaux die Kabylen gegen Spanien aufhetze. Das wäre nur die Wiederholung der Methoden, die Mackenzie in seiner Darstellung der Ereignisse geißelt.

Im übrigen kann man sich trotz der Reden von Cruppi und Canalejas dem Eindruck nicht entziehen, daß die spanisch-französischen Beziehungen sich von Tag zu Tag zuspitzen. Endlich verdient es Beachtung, daß aus Tanger gemeldet wird, daß die Garnison von Gibraltar um angeblich 4000 Mann verstärkt worden sei. Es ist kaum zu bezweifeln, daß wir an der Schwelle folgenreicher, hoffentlich friedlich ablaufender Ereignisse stehen. Die Stärke der spanischen Position liegt in der vorausgegangenen Aktion Frankreichs, und in der Unwahrscheinlichkeit, daß Frankreich sich zu Zwangsmaßregeln hinreißen läßt, die den benachbarten lateinischen Bruder dauernd dem Vertragsgenossen von 1904 entfremden müßten; die Schwäche Frankreichs in der nicht aufrecht zu erhaltenden Behauptung, daß es selbst

noch auf dem Boden der Stipulationen von Algeciras stehe. Man rechnet — wie wir vor acht Tagen ausführten — in Paris darauf, daß die diplomatischen Augurn sich lächelnd dahin verständigen werden, daß der Vertrag von Algeciras trotz allem noch in voller Kraft stehe: das mag der Ausgang der französisch-spanischen Unterhaltungen sein: daß die übrige politische Welt diese durchsichtige Heuchelei mitmacht, gilt für uns höchst unwahrscheinlich. Qui vivra verra!

Heute, am 19. Juni, proklamiert die inzwischen zusammengetretene portugiesische Konstituante die Republik als gesetzliche Staatsform Portugals und spricht die Verbannung des Hauses Koburg-Braganza aus. Es ist kein Zweifel, daß es eine gewalttätige Minorität ist, die der Nation ihre monarchische Verfassung geraubt hat, und daß die Entscheidung nicht als eine endgültige betrachtet wird, die jetzt gefallen ist. Alle Nachrichten, die aus Spanien und Portugal einlaufen, sind darin einig, daß eine monarchische Gegenrevolution sich vorbereitet, die im Süden wie im Norden bereits begonnen hat und, wie es scheint, von Spanien nicht ungern gesehen wird. Aber nicht darauf kommt es an, sondern auf eine kraftvolle, opferfreudige Führung der überrumpelten Nation durch ihr natürliches Oberhaupt, den König Manuel. Wenn er nicht seine Person einsetzt, um seinem Geschlecht die Krone und seinem Volke die Segnungen einer monarchischen Staatsordnung zu erhalten, ist seine Sache verloren. Natürlich hängt auch viel an der Haltung Englands, dessen säkularer Einfluß auf Portugal stets stärker gewesen ist, als jeder andere. Aber es fragt sich, ob die kühl rechnenden englischen Staatsmänner es nicht im Interesse der englischen Politik vorteilhafter finden, mit einer von Parteiungen zerrissenen schwachen portugiesischen Republik als mit einer Monarchie zu rechnen, die, wenn der jetzt 21jährige König ein Mann geworden ist, doch noch eine Zukunft haben könnte. Für Spanien ist das republikanische Portugal mindestens eine Verlegenheit, möglicherweise eine Gefahr, da es sich nunmehr zwischen zwei radikal-sozialistischen Republiken eingezwängt findet, die, wie die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt hat, den spanischen Republikanern und Anarchisten eine stets sichere Zuflucht bieten.

Eine Konsolidierung der Monarchie hat in Griechenland am 6. Juni die Annahme der revidierten Verfassung durch die konstituierende Versammlung gebracht. Das durch die Verfassung vom 28. November 1864 begründete Einkammersystem ist dank

der Energie von Venizelos durch ein Zweikammersystem ersetzt worden, und es läßt sich hoffen, daß fortan die Politik Griechenlands nach innen wie nach außen sich in ruhigeren Bahnen bewegen wird. Es tut das um so mehr not, als die Überhitzung aller nationalen Fragen auf der Balkanhalbinsel zurzeit wohl einigermaßen gedämpft erscheint, aber keineswegs als beseitigt betrachtet werden kann. Daß aus der Haltung Montenegros während des Aufstandes der Albanesen kein größerer Brand entstanden ist, dankt die Welt der Einmütigkeit, mit der alle an der Balkanfrage interessierten Großmächte für Erhaltung des Friedens eingetreten sind. In Rußland ist die Aehrenthalsche Note schlecht aufgenommen worden, weil sie angeblich offene Türen einrannte. Die Türkei habe bereits, bevor jene Note erschien, den Beschluß gefaßt, die Reise des Sultans nach Mazedonien zu einer Versöhnungsaktion zu benutzen und Graf Aehrenthal nur bezweckt, den Eindruck abzuschwächen, den Rußlands Eintreten für Montenegro gemacht habe. Auch habe Österreich seinen Einfluß auf die katholischen Albanesen unterstreichen wollen. Nun ist inzwischen auf eine Interpellation im ungarischen Parlament eine authentische Auskunft über Verlauf und Motive des Eingreifens des Ministers des Auswärtigen gegeben worden, die mit all diesen nicht gerade wohlwollenden Konjekturen aufräumt und ausdrücklich feststellt, daß die türkische Regierung den ihr zugegangenen Rat gut aufgenommen und befolgt habe. Damit kann diese Frage, die inzwischen infolge der versöhnlichen Haltung des Sultans zu einer Doktorfrage geworden ist, wohl als erledigt betrachtet werden. Überhaupt hat die Reise des Sultans nach Mazedonien und die große Demonstration auf dem Felde von Kossowo, die unter starker Beteiligung der Albanesen stattfand — es waren nach der niedrigsten Schätzung 150000 Mann Albanesen auf dem Amselfelde versammelt —, einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Aus Rußland kommt die Nachricht, daß Mohammed V. eine neue Reise nach Syrien und Palästina unternehmen werde, was der jetzt in Konstantinopel anwesenden Deputation aus Beirut bereits mitgeteilt worden ist. Auch das ist von Bedeutung. Der Sultan zeigt so viel guten Willen und politischen Takt, daß sich wohl annehmen läßt, daß seine Regierung den schwierigen Übergang der Türkei zu den politischen Lebensformen abendländischer Kultur wesentlich erleichtern wird. Die Zwischenfälle an den Grenzen Russisch-Asiens, Bulgariens und Griechenlands, die fortdauernden

Kämpfe in Arabien und die Nachwehen der Erhebung der Albanesen, zeigen freilich, wieviel noch zu tun ist, ehe die Türkei all ihre Kräfte planmäßiger Lösung der schwierigen Aufgaben wird widmen können, welche ihr die Notwendigkeit stellt, die Kräfte der Nation und die reichen Schätze nutzbar zu machen, welche das herrliche Land bietet, über das sie herrscht. Diese Entwicklung zu fördern ist seit den Tagen Kaiser Wilhelms II. das redliche Bemühen Deutschlands gewesen, und wir meinen, daß dies kein geringer Ruhmestitel für die Regierung unseres Kaisers ist.

Es fällt doch sehr auf, wie pessimistisch die russische Presse wiederum die mandschurische Frage und die mit ihr in Zusammenhang stehenden Probleme beurteilt, zumal dieser Pessimismus mit der Rückkehr des Kriegsministers Suchomlinow aus dem fernen Osten nach Petersburg zusammenfällt. „Nowoje Wremja" sagt direkt, es sei zeitweilig eine wahre Panik im Gebiet der nordmandschurischen Bahn und in Charbin ausgebrochen, so daß man eiligst das außerhalb der Stadt gelegene Hospital der Grenzwache geräumt und die Kranken nach Charbin geschafft habe, auch die Beamten ihre Familien nach Rußland zurückgeschickt hätten. Diese Sorgen aber seien keineswegs auf blinden Lärm zurückzuführen. Die friedliche Lösung des jüngsten diplomatischen Konflikts zwischen China und Rußland habe die Krisis nur verschoben, und zwar nur auf kurze Zeit. In Wirklichkeit sei die Lage die folgende: Die chinesische Regierung habe nicht nur eine bedeutende Zahl neuformierter Truppen in die Mandschurei verlegt, sondern sie organisiere unter dem Vorwand, eine Landpolizei zu schaffen, ein Volksheer. Jeder Hof von 30 Schen (gegen 22 ha) Land stellt einen Milizmann im Alter von 20 bis 25 Jahren, jedes Dorf im Durchschnitt also 15 bis 20 Mann, die zu Zehnschaften und Hundertschaften unter besonderen Anführern zusammengesetzt werden. Im Kreise Ninguta z. B. sind es Offiziere, die in Peking die Militärschule besucht haben, in den Kreisen Zizikar und Mukden Offiziere der Mukdener Kriegsschule. Die Kommandanten der Hundertschaften haben ihren Sitz im Zentrum ihres Formierungsgebietes, wo sich die Milizmannschaften auf ihren Ruf zu stellen haben. Alle Hundertschaften sind mit Mausergewehren des Kalibers 7,1 mm bewaffnet und mit je 100 bis 200 Patronen ausgerüstet. Täglich zweimal wird je zwei Stunden exerziert und die Leute machen einen vollen Exerzier- und Schießkursus durch.

Die Miliz muß außerdem Wachtdienste leisten, für die Hauptstraßen Posten stellen, nachts zwischen den Dörfern ihres Rayons patrouillieren und in Zusammenhang mit dem Nachbarrayon bleiben. Studenten klären die Bevölkerung über die Notwendigkeit und die Pflicht auf, ihren Grund und Boden zu verteidigen. In der Provinz Chulundschön (?) wird die Landpolizei sogar mit Maschinengewehren bewaffnet. Zurzeit seien alle Dörfer längs der Mandschurischen Bahn bis Charbin bewaffnet, und das sei eine Tatsache, mit der Rußland rechnen müsse. Die Japaner hätten diese Landpolizei an der Straße Mukden — Andun nicht geduldet und jetzt auch die Auflösung der Formationen in der Südmandschurei verlangt. Nun hätten deutsche Firmen im Jahre 1910 für die Mandschurei 95 000 Gewehre geliefert und jetzt habe allein die Firma Arnholdt Körber u. Co. sich verpflichtet, für die Provinz Mukden 50 000 Gewehre zu stellen, woraus sich wahrscheinlich die Anwesenheit eines deutschen Vizekonsuls in Zizikar erkläre, da Deutschland sonst keine Interessen in der Nordmandschurei habe. Man wisse außerdem, daß das Arsenal von Detschou beschäftigt sei, für die Mandschurei 1 900 000 Patronen 6 mm und 4 100 000 7 mm zu verfertigen. Nun könne man sagen, daß diese Nachrichten sich auf die Zeit vor Beilegung des russisch-chinesischen Konflikts beziehen, aber die Japaner berichten von großen Lieferungen nach Zizikar Anfang April und die Charbiner Zeitung „Neues Leben" schreibe am 20. April:

„Die Verstärkung und Bewaffnung der chinesischen Landpolizei in Ortschaften, die im Rücken der Ansiedlungen an der Ostchinesischen Bahn liegen, schreiten mit unermüdlicher Intensität weiter. Nach den letzten Nachrichten trafen in Mangon 750 und in Imjanpo 400 Mauser nebst Patronen ein."

Die chinesische Zeitung „Dunschinbao" teilt Ende April mit, daß „dieser Tage aus Zizikar nach Lahasusu 750 Flinten zur Bewaffnung der Landpolizei abgeschickt wurden."

Das seien, schreibt der Korrespondent der „N. Wr.", nur fragmentarische Nachrichten. Verfolge man sie aber von Tag zu Tag, so sei völlig klar, daß die chinesische Regierung sich zwar offiziell dem russischen Ultimatum gefügt habe, indirekt aber zu Maßregeln greife, welche die russische Bevölkerung der Mandschurei beunruhigen müssen. Der Verfasser verspricht eine Fortsetzung und weiteres Detail. Man wird es abwarten müssen, um zu einem Urteil zu gelangen. Bisher

mußte man aus den Nachrichten, die durch die Presse gegangen sind, schließen, daß es sich um Maßregeln gegen die unerträglich gewordene Chunchusenplage handele, von der ja auch die russischen Zeitungen ausgiebig zu erzählen wissen. Möglich ist allerdings auch, daß sich hier eine Volksbewaffnung vorbereitet, die der russischen Stellung gefährlich werden könnte. Aber man ist gewohnt, daß die russische Presse übertreibt, und in Petersburg und Moskau scheint man gerade jetzt außerordentlich nervös zu sein. Namentlich beunruhigt die letzte chinesische Anleihe und angeblich große Landerwerbungen der Amerikaner zur Begründung industrieller Unternehmungen auf mandschurischem Boden. Ein vorläufiger Kontrakt sei schon am 18. Mai/1. Juni unterzeichnet worden, jetzt liege die Frage zu endgültiger Entscheidung dem Waiwupu vor. Der Amerikaner Parker solle das Unternehmen leiten und amerikanische Delegierte seien bereits unterwegs, um das Land zu besichtigen. Kurz, es handle sich darum, auf Umwegen das so mühsam zu Fall gebrachte Projekt Knox zu verwirklichen. So meldet ein Pekinger Telegramm der „N. Wr.", und diese Nachrichten mögen es erklären, daß das Organ Herrn Sjuworins die amerikanische Flotte bei ihrem Eintreffen in Kronstadt so lau begrüßte. Es dauerte geraume Zeit, ehe sie sich entschloß, einen anderen Ton anzuschlagen.

Mit großer Teilnahme begleiten wir die Reihe der Festtage, die jetzt in London ihren Anfang nehmen. Sie werden vom 20. bis zum 27. d. M. dauern. Am 22. ist die Krönung König Georgs und am 24. der zweite Höhepunkt des Festes, die große Flottenparade vor Spithead, wohl die größte, welche die Welt bisher gesehen hat. Seine Majestät hat Deutschland durch den Kronprinzen vertreten lassen, und auch die Frau Kronprinzessin nimmt an den Festlichkeiten teil. Gewiß haben wir darin ein erfreuliches Zeichen zu erkennen, wie innig die Beziehungen der beiden Herscherhäuser heute sind. Auch unsere Glückwünsche gelten dem Könige und seinem Volke, das, wie kürzlich bei der Enthüllung des Standbildes der Königin Viktoria, ein neues Zeugnis seiner unerschütterlichen monarchisch-dynastischen Gesinnung gibt.

22. Juni 1911. Krönung in London.
23. Juni. Sturz des Ministeriums Monis.
28. Juni. Konstituierung des Ministeriums Caillaux.

28. Juni 1911.

Der Zusammenbruch des Ministeriums M o n i s ist zwar überraschend, aber nicht unerwartet gekommen. Dieses 34. Ministerium der dritten Republik ist vom Tage seiner Begründung an als kurzlebig bezeichnet worden. Es hat keine Freunde gehabt, kein Vertrauen genossen, und nur einen Tag allgemeiner Teilnahme erlebt. Dies war jener 20. Mai, da der Kriegsminister Maurice Berteaux erschlagen, der Ministerpräsident Monis schwer verwundet vom Flugfelde Issy-les-Moulineaux fortgetragen werden mußten. Drei Tage danach schien der Ministerpräsident der von seinem Krankenbette aus die Führung des Kabinetts mit großer Energie behauptete, einen wirklichen Triumph zu feiern. General Moinier war in Fez eingetroffen und hatte dort „befreit", was sich für bedroht hielt. Dann folgte am 27. die Ernennung des Generals Goiran zum Kriegsminister, eine Wahl, die ungewöhnliches Aufsehen erregte, da es im republikanischen Frankreich fast zu einem Glaubenssatz geworden ist, daß nur ein Zivilist dieser Stellung gewachsen ist. Wer hätte vorhersehen können, daß gerade dieser tapfere General der Totengräber des Ministeriums sein werde, und zwar, weil er für den Fall eines Krieges die Leitung desselben nicht einem Generalissimus, sondern dem Ministerrat übertragen wissen wollte. Darüber kam es dann zu einer außerordentlich leidenschaftlichen Debatte, in welcher General Goiran sich u. a. dazu verstieg, Napoleon I. als Beispiel dafür zu nennen, daß eine einheitliche Kriegsleitung durch einen Fachmann verhängnisvoll werden müsse. Man hat ihm den Trugschluß, der darin steckte, nicht vorgehalten, obgleich es nahe genug lag, darauf hinzuweisen, daß Napoleon an seiner Politik, nicht an seiner, trotz gelegentlicher Mißgriffe, bewunderungswürdigen Kriegsführung gescheitert ist. Auch darauf

wurde nicht hingewiesen, daß das Grundübel der französischen Heeresorganisation darin liegt, daß dieses Heer keinen obersten Kriegsherrn hat, an den es durch seine Geschichte und durch ein Band gegenseitiger Treue gebunden ist, das stärker ist als Parteiinteressen und stärker als der Tod.

Denn wer wollte in dem Präsidenten der Republik einen Kriegsherrn erkennen? Die Verfassung kennt ihn nicht als solchen, und wenn in der Vorstellung der Franzosen unzweifelhaft als selbstverständlich angesehen wurde, daß im Fall eines Krieges, der mehr ist als eine Marokkoexpedition, ein Generalissimus mit diktatorischer Gewalt die Führung übernehmen werde, so steht ihnen wohl ebenso fest, daß unter keinen Umständen der Präsident der Republik dieser Mann sein darf. Da nun ebensowenig für möglich gehalten wird, die gesamte militärische Kraft des Landes dem Ehrgeiz eines Mannes anzuvertrauen, der diese Macht mißbrauchen und sich oder einen der im Hintergrunde stehenden Prätendenten zu napoleonischer Stellung erheben könnte, ergibt sich daraus wohl, daß der Generalissimus ein Phantom ist, das sich nicht verkörpern läßt, und daß General Goiran durchaus recht hatte, wenn er sagte, es geben keinen Generalissimus. Sein ungeheuerer Fehler lag darin, daß er den Franzosen eine Lieblingsillusion zerstörte, und dieser an sich wenig bedeutsame Umstand hat dahin geführt, daß die Feinde des Ministeriums sich zusammentaten, um es zu Fall zu bringen.

Daß nun, in der inneren und äußeren Krisis, in der Frankreich steht, die Rekonstruktion der Regierung möglichst schnell erfolgen mußte, lag auf der Hand, und allem Anschein nach wird schon nach wenigen Tagen das neue Kabinett beisammen sein. Präsident Fallières hat keinen Augenblick verloren: Caillaux, der bisherige Finanzminister, soll Ministerpräsident werden und nach den in die Presse gedrungenen Nachrichten ist er offenbar gesonnen, ein Ministerium von starken Männern zu bilden und die geringeren Kapazitäten unter seinen ehemaligen Kollegen abzuschieben. Ganz neue Namen werden unter keinen Umständen auftauchen, man bleibt im Kreise der Ministrables der Partei. Die wesentlichste Schwierigkeit nach der steigenden Desorganisation, welche Folge der geringen Autorität des Kabinetts Monis war, wird die Überwindung der Abhängigkeit sein, in welcher das Kabinett vor seinen sozialrevolutionären und sozialradikalen Hintermännern stand. Die Finanzen, die

jetzt schon den siebenten Monat mit provisorischen Willigungen über Wasser gehalten werden, müssen endlich durch Erledigung des Budgets auf sicheren Boden gestellt werden; die Frage der Wahlreform, nach der ganz Frankreich schreit, die aber den persönlichen Interessen der Parlamentsmajorität widerspricht, muß trotz allem durchgesetzt werden; die Winzer sind zu befriedigen, ohne daß zuviel an staatlicher Autorität dadurch preisgegeben wird, daß die Sabotageausschreitungen unbestraft bleiben. Auch die Frage der Eisenbahner ist noch nicht gelöst, die Disziplin in der Marine ist noch herzustellen und, was vielleicht das wichtigste ist, die demokratische Tyrannei muß gebrochen werden, die, wie Villey in einem Buche „über die Gefahren der französischen Demokratie" sagt, das Leben unerträglich macht. Die kleinen Tyrannen, die ihrerseits wieder von den großen Tyrannen im Parlament und in den Ministerien zu leiden haben, sind die Plage des Landes. Dazu kommt der alles beherrschende Einfluß der französischen Freimaurerei, die fast alle Stellungen mit ihren Adepten besetzt, und jenes zahllose, schlecht besoldete französische Heer kleiner Beamten, das durchweg in die Reihen der Unzufriedenen tritt und schadenfroh bereit ist, jedem zuzufallen, der eine Änderung der geltenden Staatsordnung in Aussicht stellt. „Diese Republik", schreibt uns ein Amerikaner, der mehrere Monate Frankreich bereiste, „wird noch schwere Kämpfe zu bestehen haben, wenn sie ihre Stellung behaupten will." Was ihm zumeist auffiel, war die Abhängigkeit aller Welt von der Freimaurerei, die die Posten besetzt und nimmt, und die ungeheure Macht der zu großem Teil in jüdischen Händen liegenden Pariser Presse. Wir haben häufig Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, und möchten noch ausdrücklich hervorheben, daß es diese Kreise sind, die den französischen Chauvinismus pflegen und stets aufs neue anregen.

Was die äußere Politik betrifft, mit deren Problemen das neue Kabinett zu rechnen haben wird, so spielen neben der marokkanischen Frage, die infolge des spanisch-französischen Konflikts immer mehr den Boden der Akte von Algeciras verläßt, die finanziellen Unternehmungen Frankreichs auf der Balkanhalbinsel, in Kleinasien, Persien und in der Mandschurei eine merkwürdige Rolle; man sieht nicht recht, in welchem Verhältnis sie zu den politischen Zielen der Tripelentente stehen; sie scheinen ihnen oft zu widersprechen und sind jedenfalls nicht mit ihnen identisch.

Mit der Anerkennung der portugiesischen Republik dürfte es noch gute Weile haben. Zu den zahlreichen Beschwerden, die von früherer Zeit her unerledigt geblieben sind, ist neuerdings ein Protest getreten, den die englischen Protestanten, die schottischen Presbyterianer und die irisch-römisch-katholische Kirche in Portugal erhoben haben. Es handelt sich um die Maßregeln, mit denen das Kirchengesetz des Justizministers Affonso Costa die ausländischen Kirchen in Portugal bedroht. Sie sind aufgefordert worden, vom 20. Juni ab den Bestimmungen dieses Gesetzes nachzukommen und namentlich ihre finanziellen Angelegenheiten der Kontrolle des portugiesischen Administrationsrats zu unterstellen. In Lissabon hat nun in der englischen Gesandtschaft eine Versammlung stattgefunden, auf welcher beschlossen wurde, daß jeder der Gesandten bei seiner Regierung anregen solle, die portugiesische Republik nicht anzuerkennen, bevor die kirchliche Organisation, die er zu vertreten habe, von den „fanatisch-antireligiösen Bestimmungen" des Costaschen Gesetzes völlig befreit ist. Eine Lissaboner Korrespondenz des „Standard", der wir diese Notiz entnehmen, berichtet, daß Zirkulare von unbekannten Autoren in den Straßen verteilt worden seien, die das Volk auffordern, darauf zu bestehen, daß die fremden Kirchen gezwungen werden, sich den Anordnungen zu fügen, die für die portugiesischen Kirchen gelten. So sei die Lage „exceedingly delicate" geworden. Das scheint uns übertrieben. Es wäre ja lächerlich, wenn Portugal sich den wohlbegründeten Forderungen der Mächte nicht fügen wollte. Auch ist mit jener konstituierenden Versammlung, die sich für die republikanische Staatsordnung ausgesprochen hat, ein Definitivum erst geschaffen, wenn die monarchische Restaurationsbewegung, die zahlreiche Anhänger im Lande und außerhalb desselben hat, scheitern sollte, was nicht feststeht. Zunächst sind es noch innere Parteikämpfe, mit denen zu rechnen ist, und bevor die offizielle Anerkennung der Republik erfolgt ist, läßt sich diese Gegenaktion gegen das so schmählich gestürzte Königtum keineswegs als illoyal oder revolutionär bezeichnen.

Auf dem Balkan will es nicht ruhig werden. Die Albanesen scheinen aufs neue ermutigende Zusagen von auswärts erhalten zu haben und geben sich mit den ihnen vom Sultan gemachten Zugeständnissen nicht zufrieden. Montenegro ist trotz aller Mahnungen, die ihm zugehen, entschieden kriegerisch gestimmt, und man gewinnt

den Eindruck, als wolle es Rußland in einen Krieg mit der Türkei hineinziehen, den es systematisch zu provozieren bemüht ist. Es ist daher mehr als naiv, wenn die „Nowoje Wremja" die europäischen Organisationen des Roten Kreuzes auffordert, den Montenegrinern ihre Lazarette und Verpflegungszüge zu schicken, zumal sie daran die höhnische Bemerkung knüpft, daß es offenbar verfrüht sei, von Europa Gerechtigkeit zu erwarten. Nebenher aber warnt dasselbe „edle" Blatt die Türkei, indem sie darauf aufmerksam macht, daß die Gewährung der Autonomie an Albanien die Annexion des Landes durch Österreich-Ungarn zur Folge haben und dabei beweisen werde, daß die Türkei einerseits schwach und andrerseits „moralisch unselbständig sei". Ein anderes Feld für die Kriegstreiberei der „Nowoje Wremja" ist Bulgarien. In Tyrnowo ist nämlich am 22. Juni die große Sobranje eröffnet worden, die berufen worden ist, um den § 17 der Verfassung dahin abzuändern, daß dem König das Recht erteilt wird, Verträge mit auswärtigen Mächten abzuschließen, ohne die Volksvertretung zu befragen. Ein Telegramm, das der „Nowoje Wremja" aus Tyrnowo zugeht, erzählt nun, daß, als der König in die Versammlung trat, die Bauernpartei, die Radikalen und die Sozialisten sich dem allgemeinen Hurra nicht angeschlossen hätten und nicht aufgestanden seien. Nachdem König Ferdinand seinen Thronsitz eingenommen, hätte der Führer des Bauernbundes, Stawbulowski, reden wollen, sei aber zweimal von der großen Majorität der Regierungspartei niedergeschrien worden. Nach einer anderen Version rief Stawbulowski: „Was hat der König hier zu suchen? Sein Platz ist draußen! Wir werden über ihn zu Gericht sitzen!" Die Opposition aber habe gerufen: „Nieder mit dem Könige!" Der König habe die Szene ruhig angesehen und dann mit der „ihm eigentümlichen Aussprache" die Thronrede verlesen, die u. a. den Satz enthielt:

„Mag auch diesmal der Genius Bulgariens, der den Wünschen des Landes stets Schwingen gab, der es stützte und in den Jahren schwerster Prüfung aufrechterhielt, hier Führer sein, der Genius, dem wir die Möglichkeit des politischen Lebens unserer Gesellschaft danken." Es folgte die Vereidigung der Abgeordneten, und als der Priester die Worte verlas „Zum Heil der Verfassung und des Zaren", hörte man — sagt jenes Telegramm — laute Rufe: „Nur nicht für den Zaren."

Nun kann gar kein Zweifel sein, daß der Wunsch des Königs erfüllt und der § 17 die von ihm verlangte Änderung erhalten wird. Der Kommentar der „Nowoje Wremja“ zu jenem Telegramm, ein Meisterstück an Doppelzüngigkeit, beginnt mit lautem Lob des monarchischen Sinnes der Bulgaren und der Verdienste des Königs um Bildung, Finanzen und Wehrhaftigkeit des Volkes, mündet aber in folgende erstaunliche Betrachtungen aus:

„Bulgarien, soweit es Bulgarien und nicht Erbgut eines deutschen Prinzen und österreichischen Leutnants ist, kann nur eine Politik haben: die völliger Einigung mit dem Schöpfer Bulgariens (sc. Rußlands). Eine solche Politik bedarf keiner Geheimnisse. Sie wird stets Billigung in der Sobranje finden, wie immer sie auch nach dem Willen des bulgarischen Gossudar zusammengesetzt sein mag. Was sind das also für Vereinbarungen mit auswärtigen Mächten, die der bulgarische Monarch geheim, ohne Wissen des Volks abschließen will? Er wird das Geheimnis nur in einem Falle brauchen, wenn er daran geht, Verträge zu schließen, die gegen Rußland gerichtet sind..... Das bulgarische Volk kann ein Recht des bulgarischen Gossudar, heimlich Verträge mit auswärtigen Mächten zu schließen, nicht brauchen. Man braucht nur an den geheimen Vertrag zu denken, den Frankreich mit Spanien in der marokkanischen Frage abgeschlossen hat, um die Nichtigkeit geheimer macchiavellistischer Verträge zu begreifen. Geheimverträge sind eine Überlieferung längst geschwundener Zeit, sie haben sich überlebt. Geheimnis bedeutet Betrug. Betrügen kann aber im entscheidenden Augenblick nur der Starke, das heißt nicht Bulgarien, sondern Österreich. Die in Tyrnowo zusammengetretene große Sobranje soll ihre Zustimmung zu einer Reihe von Anträgen geben, welche die Verfassung ändern. Stimmt sie dem Vorschlage auf Änderung des Artikels 17 zu, so läuft Bulgarien Gefahr, der Spielball vielleicht phantastischer Anschläge zu werden.“

Nun, König Ferdinand hat seinen Willen bereits durchgesetzt, und jener Geheimvertrag mit Österreich könnte demnach abgeschlossen werden. Was er bezweckt, erfährt die allwissende „Nowoje Wremja“ aus dem Munde eines ihrer bulgarischen Korrespondenten, eines Herrn Werbenko, und es lohnt wohl, diese neueste Enthüllung etwas niedriger zu hängen.

„Österreich hebt den Schleier von seinen Plänen. Wer Österreich kennt, weiß auch, daß es nicht mit Gewalt Mazedonien besetzen wird. Das ist nicht die Art Österreichs. Es will die Ufer des Ägäischen Meeres und Saloniki auf andere Weise gewinnen, indem es nämlich unter Zustimmung Europas die Autonomie Albaniens begründet. Aber eine Autonomie, in welche neben den rein albanesischen Landen der größte Teil von Mazedonien mit dem Teil des Wardar und Saloniki mit eingeschlossen werden soll. Für Bulgarien bleibt das östliche Mazedonien mit der Struma als Grenze. Österreich rechnet nämlich so: Die Idee der Autonomie Albaniens wird in Europa nur wenige Gegner finden: die Grenzen dieses autonomen Albaniens aber wird die österreichische Diplomatie möglichst weit auszudehnen bemüht sein. Als Resultat wird sich ergeben, daß die mazedonischen Slaven (Bulgaren und Serben) aus der Skylla in die Charybdis geraten, denn im autonomen Albanien würden die Albanesen, ein wildes, unkultiviertes Volk, das den Slaven feindselig ist, das sie bekämpfen wird, sich den Österreichern ganz zu Diensten stellen, und zwar um so mehr, als österreichische Eisenbahnen Albanien durch Altserbien, über Mitrowitza nach Saloniki und in anderer Richtung durchschneiden werden. Den Slaven wird diese albanesische Autonomie schwerlich von Nutzen sein, für Serbien, Montenegro und auch für Bulgarien bedeutet sie eine ungeheure Gefahr. Erkennen das die verantwortlichen Kreise Bulgariens? Es scheint, nach den Zeitungen zu urteilen, daß sie in diese österreichische Falle geraten sind....."

Wir bemerken zu dieser törichten, ganz aus der Luft gegriffenen politischen Phantasie, daß ein sorgfältiges Pflegen feindseliger Stimmungen gegen Österreich-Ungarn ebenso zu dem eisernen Bestande des Programms der „Nowoje Wremja" gehört, wie das Verdächtigen der deutschen Politik. Es ist eine Art Verfolgungswahn, der ansteckend von den Redakteuren auf die Mitarbeiter übergeht und dann schließlich innerhalb Rußlands alles verdächtigt, was nicht in diesen Zauberkreis hineingehört, außerhalb Rußland aber fast die gesamte Welt. Außer Deutschland, Österreich und der Türkei sind es Schweden, Japan, China, Amerika, alle mittelasiatischen Staaten, in Europa noch Rumänien, die als heimliche oder offene Feinde bezeichnet werden. Die Behandlung Großbritanniens wechselt; stets umschmeichelt werden

Frankreich und Italien. Die Gefahr dieser Politik liegt aber darin, daß die „Nowoje Wremja" notorisch sehr häufig zu offiziösen Kundgebungen des russischen Auswärtigen Amts benutzt wird, und daß eben deshalb die Ausführungen des Blattes eine weite Ausdehnung finden und praktisch politische Wirkungen hervorrufen.

Bezeichnend für die Strömung, die sich heute in Rußland geltend macht, ist der von der „Semschtschina" vertretene Gedanke, die Residenz von Petersburg in die Umgegend von Moskau zu verlegen. Der Gedanke ist nicht neu. Das Altrussentum hatte nach dem Tode Peters des Großen keinen lebhafteren Wunsch gehegt und in den Tagen Peters II. war er der Verwirklichung nahe. Auch Kaiser Nikolaus I. hat sich in den 40er Jahren dahin ausgesprochen, daß ihm die Gründung von Petersburg als Residenz des Reiches ein Fehler Peters zu sein scheine. Die Stadt lag ihm den revolutionären Einflüssen des Abendlandes allzu nahe. Dieselben Motive spielen wohl bei der „Semschtschina" mit, sie gehören jedoch zu den Utopien, von denen man träumen kann, die sich aber nicht verwirklichen lassen.

Alle russischen Blätter bringen ausführliche Berichte über den großen Intendanturprozeß, bei dem nicht weniger als 70 Intendanten auf der Anklagebank sitzen, und das merkwürdigste dabei ist wohl, daß diese Leute kein eigentliches Schuldbewußtsein haben. Sie haben getan, was seit uralten Zeiten getan wurde und nach dem russischen Sprichwort „von den Händen abgewaschen werden kann". Sie haben nicht gestohlen, sondern genommen. Sie haben ihre feste Taxe gehabt und sie ehrlich eingehalten. Ebenso naiv aber sind die Zeugen, d. h. diejenigen, die bestochen haben. Auch das ist von jeher so gewesen und der einzige Weg, Geschäfte zu machen. Eine große Firma hat es sich 20 Millionen Rubel kosten lassen. Das Geld aber blieb doch meist im Lande, wenn die Herren Intendanten und ihre Damen nicht gerade eine Reise ins Ausland unternahmen. Wozu also all der Lärm? Freilich, die armen Soldaten, die Pappsohlen an ihren Stiefeln und faules Tuch an ihrem Rocke trugen, waren zu bedauern. Aber schließlich haben auch sie sich zu helfen gewußt, und tapfer geschlagen haben sie sich bei alledem. Die Senatoren aber, deren Revision so viele Leute unglücklich macht, haben nicht Nutzen gebracht, sondern nur die Preise verdorben. Es wird doch alles beim alten bleiben! Das sind die

Töne, die aus den Aussagen der Beteiligten wiederklingen, und die pessimistischen Betrachtungen, die von Zeitungen darüber angestellt werden. Es ist ein ganz erstaunliches kulturgeschichtliches Material, das hier ans Tageslicht gefördert wird.

Ein anderes kulturhistorisches Bild, gleichsam eine Aufnahme bei Blitzlicht, zeigen die Verhaftungen, die am 20. Juni in Petersburg unter den Führern der Sozialrevolutionäre stattgefunden haben: Ein Student des psycho-neurologischen Instituts, die Tochter eines Generalmajors, eine Hauslehrerin und zwei Zuhörerinnen eben jenes psycho-neurologischen Instituts, von denen die eine Tochter eines Hofrats, die andere Tochter eines lettischen Bauern ist. Wie meist in solchen revolutionären Organisationen überwiegen die Frauen und gehen die Stände bunt durcheinander. Was beunruhigt, ist die gar nicht abbrechende Reihe dieser revolutionären Organisationen. Erst im März dieses Jahres ist eine russische Anarchistenschule, die mit „expropriiertem" Geld in Bologna unterhalten wurde, aufgelöst worden, eine andere soll unter Gorkis Leitung auf Capri bestehen. Man fragt wohl, wohin das alles führen soll, und kann darüber streiten, was verderblicher wirkt, die Kriegstreibereien und systematischen politischen Verleumdungen der „Nowoje Wremja", die selbstzufriedene und selbstgerechte Arbeit der Intendanten, oder die konspirative Tätigkeit derer, die zum Schluß gelangt sind, daß Zerstören die produktivste Arbeit ist.

Die Londoner Krönungstage haben mit ihrem Glanz und ihrem patriotischen Jubel jedes andre Interesse auf englischem Boden in den Hintergrund rücken lassen. Weder vom Seemannsstreik, noch von der Reichskonferenz, noch überhaupt von großer Politik ist dieser Tage die Rede. Es ist eine Revue der Weltmachtsstellung Großbritanniens, und wie billig sind die Schatten, die allem Menschenwerk anhaften, dabei nicht beachtet worden. Heute ist der Tag der Flotte und wer sich eine Vorstellung von dem Stolze machen will, mit dem jeder Engländer auf diese nationalste Schöpfung seiner Rasse blickt, der lese die Artikel, die in den großen englischen Zeitungen ihr gewidmet werden. Sie sind überaus charakteristisch, auch in ihrer Beurteilung der Vertretung, welche die fremden Flotten finden. Die Nummer des „Standard" vom 26. Juni sei unseren Lesern als besonders lehrreich empfohlen.

Der Rücktritt Bienerths und der Auftrag, den der Frhr. v. Gautsch erhalten hat, ein neues Ministerium zu bilden, zeichnen die fast unentwirrbaren Schwierigkeiten, in denen das innere Leben Österreichs sich bewegt. Es hängt eben alles an der Nationalitätenfrage, und bevor eine annehmbare Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen gefunden ist, läßt sich auf bessere Zeiten nicht rechnen.

29. Juni 1911. Das serbische Kabinett Paschitsch demissioniert.
1. Juli 1911. Sendung des „Panther" nach Agadir.
3. Juli. Kapitulation vor dem englischen Seemannsstreik.
5. Juli. Sendung weiterer türkischer Truppen nach Jemen.

---

5. Juli 1911.

Wie billig, beginnen wir mit der am Sonnabend, dem 1. Juli, 4 Uhr nachmittags, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlichten deutschen Kundgebung in der Marokkofrage:

„Die im Süden Marokkos interessierten deutschen Firmen haben die Kaiserliche Regierung unter Hinweis auf die Gefahren, die angesichts der Möglichkeit des Übergreifens der in anderen Teilen Marokkos herrschenden Unruhen den dortigen gewichtigen deutschen Interessen drohen, um Maßregeln zur Sicherung von Leben und Eigentum der Deutschen und deutschen Schutzgenossen in jenen Gegenden gebeten. Die Kaiserliche Regierung hat zu diesem Zwecke zunächst die Entsendung von S. M. S. „Panther", das sich in der Nähe befand, nach dem Hafen von Agadir beschlossen und dies den Mächten angezeigt. Den in jenen Gegenden maßgebenden Marokkanern ist gleichzeitig mitgeteilt worden, daß mit dem Erscheinen des deutschen Kriegsschiffs in dem Hafen keinerlei unfreundliche Absicht gegen Marokko oder seine Bewohner verbunden ist."

Wer diesen Wortlaut sorgfältig überdenkt, sieht sofort, daß es sich nicht um eine gegen den Vertrag von Algeciras gerichtete Aktion Deutschlands handelt, sondern um eine Gegenaktion, wie sie als notwendige Folge der von französischer wie von spanischer Seite verletzten internationalen Übereinkunft sich ergibt. Die Expedition nach Fez und Mekines und die dadurch veranlaßte Besetzung von Larrasch und Elksar durch die Spanier haben in Marokko eine Erregung hervorgerufen, die nach der Absetzung El Glawis auch die Sicherheit des Südens,

der bisher ruhig war, bedroht, und Schutzmaßregeln gegen wahrscheinliche Gefährdung der gewichtigen deutschen Interessen in jenen Gebieten notwendig machte. Die Entsendung des „Panther" ist eine vorläufige Maßregel, die an sich vielleicht schon genügen wird, jene Gefahren abzuwenden, und eine Landung ist nicht beabsichtigt, falls die Umstände sie nicht gebieten; aber der Ausdruck „zunächst" weist darauf hin, daß er wahrscheinlich Verstärkung erhalten wird. Die den Konferenzmächten zugegangene Anzeige beweist den guten Willen Deutschlands, den drohenden marokkanischen Konflikt zu einer der Billigkeit entsprechenden und unsern Interessen Rechnung tragenden Lösung zu führen, die den „maßgebenden Marokkanern" — womit wohl vornehmlich Verwandte und Anhang El Glawis gemeint sind — gegebene freundschaftliche Mitteilung, daß die Erhaltung der Ruhe unter den marokkanischen Häuptlingschaften ein wesentliches Ziel ist, welches das Erscheinen der deutschen Flotte in Agadir verfolgt. Den Namen Agadir wird man in der Akte von Algeciras nicht finden. Es gibt keine internationale Bestimmung, die benutzt werden könnte, das Erscheinen eines deutschen Kriegsschiffes als illegal anzufechten. Weder die Akte von Algeciras noch das deutsch-französische Abkommen vom 8. Februar 1909 wird dadurch berührt. Es handelt sich eben nur um eine Stellungnahme zu der neuen Lage, die durch die Übergriffe der französischen und der spanischen Politik geschaffen worden ist.

Wir haben lange zugesehen, beobachtet und erwogen und schließlich, als uns der Augenblick gekommen schien, Würde und Interesse Deutschlands zu wahren, gehandelt. Die Rolle des betrogenen und betrügenden Augurn, die jüngst ein französischer Schriftsteller der europäischen Diplomatie in der marokkanischen Frage zuwies, ziemt sich für Deutschland nicht. Die französische Presse, die sich bemühte, die Expedition Moiniers als unter Billigung und im Auftrage Europas geschehen darzustellen, wird heute von Frankreich selbst Lügen gestraft: „il n'y a eu ni approbation ni mandat", schreibt das „Journal des Débats" in einer blutigen Kritik der Marokkopolitik des Ministeriums Monis und zugleich kündigt das Blatt an, daß die Politik verhüllter Eroberung (politique de conquête déguisée) noch vor Schluß des Jahres dahin führen werde, daß Frankreich einem feindseligen Spanien und einer deutschen Abrechnung gegenüberstehen werde (une Allemagne qui nous demanderait des comptes). Das ist nun freilich

rascher gekommen, als die „Débats" vorhergesehen haben, aber trotz des perspektivischen Fehlers, der diesen Ausführungen zugrunde liegt, verdient der richtige Blick in die Zukunft alle Anerkennung. Noch deutlicher bekennt sich der „Eclair" — dessen Erwägungen bereits nach erhaltener Nachricht vom Vorgehen Deutschlands datieren — dazu, daß die Sendung des „Panther" nichts mit der Akte von Algeciras zu tun habe. Der Zorn Herrn Judets richtet sich gegen die unvorsichtige Politik Delcassés, die Frankreich nötige, die volle Integrität Marokkos zu behaupten, was eine „duperie" sei, und gegen Spanien „qui se moque de ses engagements" und das die Schuld trage, wenn heute die Algecirasakte ihre Autorität verliere. Dabei aber lasse sich nicht leugnen, daß Deutschland bisher korrekt gehandelt habe (demeure pour le présent correcte). Freilich wittert er Hintergedanken und erklärt emphatisch, daß Frankreich keine afrikanische Grenze mit „den Leuten von Berlin" brauchen könne. Unsere Morgen- und Mittagsblätter haben noch eine lange Reihe französischer Zeitungsstimmen im Auszuge wiedergegeben. Der Gesamteindruck ist der eines sehr aufrichtigen, aber vorsichtig zurückhaltenden Ärgers. Man ist vollkommen überrascht worden, möchte keine ernsten Verwicklungen und schaut mit unsicherer Spannung hinüber zum Freunde jenseit des Kanals, ob dieser nicht geneigt sein werde, die marokkanischen Kastanien aus dem Feuer zu holen. Nun läßt sich mit großer Bestimmtheit sagen, daß die unionistische Presse Alarm schlagen wird, schon um dem Kabinett Asquith, mit dem es jetzt auf Tod und Leben um die Vetobill kämpft, weitere Schwierigkeiten zu bereiten; wir halten es aber für völlig ausgeschlossen, daß eine englische Einmischung erfolgen kann. Es fehlt die Basis dafür und Sir Eduard Grey ist gewiß nicht geneigt, eine Politik von Abenteuern auf sich zu nehmen.

Das Wesentliche ist uns die dankbare und freudige Aufnahme, die das Vorgehen unserer Regierung in der deutschen Presse gefunden hat. Man darf wohl sagen, daß die gesamte Nation die eingeschlagenen Wege billigt; die Ruhe, Umsicht und Tatkraft der Leitung unserer auswärtigen Politik, die, wie selbstverständlich ist, in all ihren Stadien die Billigung Sr. Maj. des Kaisers gefunden hat, wird allgemein anerkannt. Man braucht kein Hellseher zu sein, um zu wissen, daß die Fahrt Herrn v. Kiderlen-Waechters nach Kiel stattfand, um die letzten Maßnahmen der Entscheidung Sr. Majestät zu unterbreiten.

Inzwischen ist das Ministerium Caillaux konstituiert worden, es hat der Kammer sein Programm vorgelegt und nach der anschließenden Debatte auch das übliche erste Vertrauensvotum erhalten. Aber man kann nicht sagen, daß es vor der öffentlichen Meinung eine gnädige Aufnahme gefunden hat.

„Das Ministerium Caillaux" — schreiben die „Débats" — „ist endgültig zustande gebracht worden, es ist sogar schlecht zustande gebracht. Schon gestern (28. v. M.) konnte man erraten, daß es nicht gut sein werde, heute weiß man es mit Bestimmtheit. Ein Glück noch, daß es ziemlich schnell konstituiert wurde.... Denn es wurde mit jeder Stunde schlechter und wäre schließlich abscheulich geworden. Aber bevor dieses Äußerste eintrat, war es zustande gekommen. Es scheint nicht schlimmer zu sein als das Ministerium Monis und darauf zu wetten wäre gefährlich gewesen. Aber es gehört derselben Spezies an. Es ist wieder ein Kabinett Malvy, als ob die radikale Partei keine andere Blüte zeitigen könnte. Das Hauptverdienst des neuen Kabinetts — und dadurch unterscheidet es sich von seinem Vorgänger — ist, daß es einen Führer hat. Aber dessen Absichten sind noch ein Rätsel."

Am 2. Juli, nachdem durch die Programmrede des Ministerpräsidenten und seine weiteren Erklärungen dies Rätsel gelöst war, wird das Verdammungsurteil der „Débats" auch auf ihn ausgedehnt. Das Programm habe einige gute Stellen enthalten, die nachträglichen Erläuterungen aber hätten alles verdorben. Am Schluß seiner Deklaration habe Caillaux gesagt, er wolle eine Regierung sein, die regiert. Er bekenne sich zum Standpunkt, daß ein Budget nicht aufgestellt werde, um verzettelt zu werden „ce qui est beau". Er glaube, daß Gesetze da seien, um angewandt zu werden „ce qui est admirable" und füge hinzu, das Publikum dürfe nicht glauben, daß das beste Mittel, Karriere zu machen, Überschreitung der Gesetze und Vorschriften sei „ce qui est presque téméraire". In gewöhnlichen Zeiten hätten solche Gedanken als Anzeichen gesunden Menschenverstandes gegolten, gegenüber der combistischen, radikalen und sozialistischen Kammer sei es ein Beweis von Mut gewesen. Denn in der politischen und administrativen Welt, die das radikale Regiment geschaffen habe, wolle keiner gehorchen und verstehe niemand zu befehlen. Nun habe Herr Caillaux deutlich gesagt, er wolle Gehorsam und wolle die Verantwortung für seine Befehle tragen. „C'était très beau!" Aber

„c'était trop beau". In seiner zweiten Rede habe er dem Radikalismus alle Zugeständnisse gemacht, die dieser wünschen konnte. Das Ministerium Caillaux habe gewiß gute Absichten, nur würden sie vielleicht nie Wirklichkeit werden, es sei wie die Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert. Die „Débats" wollen abwarten, welches die Taten des Ministeriums sind, bis es ihm, wie die Kammer, ein Vertrauensvotum erteilt. — Gleich unbarmherzig werden die einzelnen Minister charakterisiert und eigentlich nur Herr Delcassé als Marineminister gutgeheißen. Messimy (den übrigens unsere Kolonialzeitung sehr anerkennend beurteilt) kommt sehr schlecht weg, de Selves, dem Minister des Auswärtigen, in dessen Händen jetzt die Lösung der Marokkoschwierigkeiten Frankreichs liegt, wird geraten, diejenigen anzuhören, die sich mit Politik beschäftigen; die Herren Steeg, Couyba usw., besonders aber der Arbeitsminister Augagneur, werden übel mitgenommen, und ähnlich wie die „Débats" urteilt die große Majorität der französischen Presse. Wir sind bisher auf keinen einzigen unbedingten Freund des Ministeriums gestoßen. Nun läßt sich nicht übersehen, daß die innere Politik Frankreichs allerdings ein aufrechtes Haupt verlangt, das sich nicht vor dem sozialistisch-anarchistischen Götzen beugt, der heute tyrannisch die Arbeiterwelt Frankreichs beherrscht. Das Eisenbahnattentat bei Pont-de-l'Arche, das nur dank einem glücklichen Zufall ohne Verlust von Menschenleben — und Hunderte waren gefährdet — ablief und all die anderen verbrecherischen Formen, die das „sabotage" nunmehr seit Jahr und Tag unter kaum verhüllter Teilnahme der C. G. T. angenommen hat, verlangt nicht nur eine Sühne, sondern eine Reform der Arbeitersyndikate in konservativem Sinne und das gerade ist von Herrn Augagneur, dem Caillaux diese Probleme anvertraut hat, am wenigsten zu erwarten. Dasselbe gilt von der Schulfrage und den damit in Zusammenhang stehenden noch ungelösten religiösen Problemen. Der Bischof von Montauban Mgr. Marty hat erst kürzlich gegen den neuen Gesetzesantrag des Ministers Steeg „sur la défense laïque" mit aller Entschiedenheit protestiert.

„Wir haben", schreibt er, „die Gewißheit, daß die neutrale Schule Frankreich töten würde, wie sie die Seelen tötet. Der Herr Minister gebe sich daher nicht dem Glauben hin, daß seine Motive und sein Gesetzesartikel unsere Entschlüsse brechen werden. Es ist vergeblich, daß er zu uns von Strafgeboten, Repressionsmaßregeln, von Korrektionsrichtern,

von Geldstrafen bis 200 Fr. und Gefängnis von sechs Tagen bis zwei Monaten spricht, von lauter Dingen und Personen, die freilich wenig liberal sind. Wir werden, ruhig und fest, unsere religiöse und patriotische Verteidigung fortsetzen."

Der Bischof schließt mit der Erklärung, daß er am Tage, da dies Gesetz votiert werden sollte, seinen Diözesanen verbieten werde, ihm zu gehorchen. Man darf aber nicht vergessen, daß Frankreich ein katholisches Land ist, und daß die ungeheure Majorität der Bevölkerung sich den Zusammenhang von Kirche und Schule nicht will rauben lassen. Es ist Gewissenszwang, der unter der Fahne der Gewissensfreiheit seine „pénétration pacifique" zu vollziehen sucht und dabei auf einen Widerstand stößt, dem, wie die Geschichte Frankreichs schon mehr als einmal gelehrt hat, schließlich der Sieg zufallen muß. Eben jetzt finden diese Gegensätze eine lehrreiche Illustration in Roubaix, wo ein Turnfest von 8000 katholischen Jungen vor den Organisationen der Radikalsozialisten durch ein Aufgebot von 400 Gendarmen, zwei Schwadronen Dragoner und ein Regiment Jäger geschützt werden muß! Nimmt man die Streitigkeiten über die Wahlreform, die ungelöste Winzerfrage und die ebenfalls ungelöste Frage der Eisenbahner hinzu, so erhält man ein annäherndes Bild von den inneren Schwierigkeiten, mit denen das heutige Frankreich zu rechnen hat.

Auch England steht vor ungelösten inneren Problemen. Die Verfassungskrisis hat ihren Höhepunkt erreicht. Der Gegenantrag der Lords, der die Vetobill auf das rein finanzielle Gebiet zurückführen will und alle Verfassungsänderungen, namentlich soweit sie in Zusammenhang mit den Homeruleplänen für Irland, Schottland und Wales stehen, der Entscheidung des Unterhauses zu entziehen sucht, hat noch einmal alle Kämpfer ins Feld geführt. Die Treuga Dei der Krönungstage ist abgelaufen. Aber die Aussicht, daß der Sieg den Unionisten zufällt, ist außerordentlich gering. Er beschränkt sich auf die Hoffnung, daß der König einem Pairsschub seine Zustimmung versagt und daß danach Asquith, wie er für diesen Fall angekündigt hat, zurücktritt und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Aber einmal ist König Georg sehr konstitutionell gesinnt, und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er den Ratschlägen Folge leistet, die Asquith ihm erteilt, zweitens aber wäre eine Wiederholung von Neuwahlen höchst unpopulär, und die Partei, die sie veranlaßt, kann einer Niederlage mit Sicherheit entgegen-

sehen; endlich ist nicht wahrscheinlich, daß das regierende Kabinett sofort einen Pairsschub von 400 bis 500 Köpfen verlangen wird. Es werden wohl erst einige zwanzig Pairs kreiert werden und so fort, bis die Lords mürbe geworden sind. Doch das sind so spezifisch englische Dinge, daß ein Nichtengländer nicht anders als neutral ihnen gegenüberstehen kann, auch ist gar nicht abzusehen, ob eine weitere Demokratisierung der englischen Verfassung nach außen hin schwächend oder stärkend wirken wird. Das kann nur die Erfahrung lehren.

Daß die Reichskonferenz nicht die in England erwarteten Früchte getragen hat, ist erst jüngst in der „Kreuz-Zeitung" eingehend dargelegt worden. Aber es lohnt vielleicht, nochmals daran zu erinnern, wie erstaunlich der politische Einfluß der Kolonien in den vierzehn Jahren gewachsen ist, die seit der ersten Reichskonferenz im Jahre 1897 hingegangen sind. Damals waren, von Kanada abgesehen, das seit 1867 sich in seine föderative Verfassung bereits eingelebt hatte, die Kolonien noch keine politischen Einheiten, sie bestanden aus zahlreichen kleineren autonomen Gemeinschaften, die mit entschlossenem Egoismus an ihren Sonderinteressen den Nachbargemeinschaften gegenüber festhielten. Als dann am 1. Januar 1901 der Commonwealth von Australien sich konstituierte, 1909 die Union der südafrikanischen Staaten folgte, da waren aus den „in der Riesenwiege geborenen" englischen Schützlingen zwar noch nicht Riesen, aber doch starke Männer geworden mit eigenem Wollen und stolzem Glauben an eine große Zukunft. An eine Verwirklichung des schon in den Wahlen von 1905 gescheiterten Chamberlainschen Traumes von dem britischen Reichszollverein war nicht weiter zu denken und die schüchternen Versuche, welche auf der Reichskonferenz des Jahres 1907 gemacht wurden, ein Stück davon zu retten, mußten schon damals scheitern. Man hat 1911 nicht einmal versucht, darauf zurückzukommen. Politisch wie materiell überwog eine zentrifugale Tendenz unter Führung von Laurier, dem staatsklugen und verschlagenen Leiter Kanadas. In der Frage der Reichsverteidigung unterlag die Tendenz, die Großbritannien für alle denkbaren Eventualitäten die Hilfsleistung der überseeischen Dominien sichern wollte; Kanada behält sich seine Entscheidung vor für den Fall, daß es sich um eine Offensive Englands handeln sollte, und das bedeutet doch, daß es über Recht oder Unrecht eines englischen Krieges entscheiden will. Angenommen hat die Reichskonferenz einen

Antrag Lauriers, der den englischen Kolonien das Recht sichern soll, von Handelsverträgen Englands mit anderen Mächten zurückzutreten, falls diese Verträge den besonderen wirtschaftlichen Interessen dieser Kolonien nicht entsprechen; endlich ist es nicht möglich gewesen, eine politische Vermittlungsinstitution zu schaffen, welche in der Zwischenzeit zwischen zwei Reichskonferenzen, das ist für je vier Jahre, den Zusammenhang zwischen Reichs- und Kolonialinteressen aufrechtzuerhalten bestimmt sein sollte. Die Verständigung konnte nur über Angelegenheiten minoris momenti gefunden werden, deren wichtigste die Begründung eines Oberapellhofes war. Nehmen wir hinzu, daß das Amt des Generalgouverneurs in den Dominien nur die kostspielige Stellung eines Figuranten ist, pour sauver la face, so stellt sich die Einheit des Reichs und seiner Kolonien zwar nicht als eine Fiktion, aber doch als eine Tatsache dar, die mehr vom freien Willen der Kolonien, als von dem des Mutterlandes abhängt. Bei alledem spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß dieser freie Wille sich in Zeiten der Not dem Mutterland mit Energie zuwenden wird. Es werden Bundesgenossen sein, die natürlichsten und gebotenen Bundesgenossen, doch mit dem Vorbehalt, nicht zu Zwecken mißbraucht zu werden, die sie nicht übersehen oder die sie mißbilligen.

Der Schiedsvertrag zwischen England und den Vereinigten Staaten, der vom Präsidenten Taft ausging und dem beide Staaten im Prinzip geneigt sind, hat zu einem englischen Gegenvorschlag geführt, den wir ebensowenig kennen wie den Wortlaut des amerikanischen Antrags. Auch die an Frankreich und Deutschland gegangenen Anträge sind noch nicht publici juris geworden. Man scheint in Washington Wert darauf zu legen, daß die Verständigung mit England zunächst perfekt werde. Wahrscheinlich spielt dabei die Idee der angelsächsischen Rassengemeinschaft mit. Über diese Frage hat sich Präsident Wheeler, unser Freund von seiner Tätigkeit in Berlin her, vor einer großen Versammlung in der Universität von Montana am 8. Juni u. a. folgendermaßen geäußert:

„Wir nennen uns Angelsachsen und rühmen uns unserer Beziehungen zu England, aber wir sind keine Angelsachsen. Wir haben die englische Sprache, wir erfreuen uns der englischen Literatur, viele unserer Sitten und Gebräuche sind englisch, aber wir sind keine Angelsachsen. Die einzigen Teile unseres Landes, die von Engländern besetzt

wurden, waren Neu-England und das Stromgebiet von Virginien. Die anderen Kolonien wurden von Volk verschiedener Rassen besiedelt. Von Holländern in New York und Pennsylvanien, von Franzosen und Spaniern im Süden, von Schotten und Iren in der Mitte. Wollt ihr die Rassenunterschiede erkennen, so seht euch die Kirchen an. Wo Engländer sind, ist die Episkopalkirche, wo Schotten und Iren leben, die presbyterianische. Es war eine schottisch-irische Rasse, welche über die Berge nach Kentucky und Tennessee stieg. Dort ist natürlich auch anderes Volk, aber ihr werdet finden, daß die starknochigen strengen Männer und Frauen, auf welche Kentucky so stolz ist, alle schottisch-irischer Herkunft sind. In Südkarolina und Georgia, ja sogar in Neu-England gab es Franzosen, denn wo ihr Namen wie Bowdoin College und Faneuil Hall findet, muß eine französische Spur sein.

Es gab auch einen Zufluß von Juden in Neu-England, was Namen wie Lyman und Lyons beweisen. Sie kommen alle aus derselben Wurzel. Aber die Rassenzüge gingen in dem neuen Lande verloren. Das Volk war zu beschäftigt, diesen Dingen seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, und die unterscheidenden Bezeichnungen gingen bald verloren. Später kamen die Iren, und von ihnen haben wir einige unserer nationalen Züge gewonnen. Der breite Sinn für Humor, der uns aufrechterhalten hat, der uns über unruhige und schwere Zeiten hinweggeholfen hat, diese besondere Religion der amerikanischen Rasse danken wir den Iren.

Noch später kamen die Deutschen, nicht die pennsylvanischen Deutschen, sondern die Deutschen von St. Louis, Milwaukee und Cincinnati. Es ist Tatsache, daß ein Drittel der Bevölkerung dieses Landes deutscher Abkunft ist, und daß von unsern 90 Millionen 14 Millionen rein deutschen Geblüts sind. Es ist daher eine Anmaßung (presumptuous), wenn von den Amerikanern als von Angelsachsen geredet wird. Der Amerikaner ist daher das Produkt keiner Rasse, sondern die Amerikaner und der Amerikanismus sind geschaffen worden durch die Geographie des Landes. Sie sind das Resultat eines besonderen Landes."

Wir müssen noch einen Augenblick bei den albanesisch-montenegrinischen Angelegenheiten verweilen. Zurzeit agitiert der Kronprinz Danilo von Montenegro mit außerordentlicher Naivetät in London gegen die Türkei, indem er die Albanesen idealisiert und die großen Zugeständnisse, zu denen die Türkei sich bereit

gefunden hat, herabzusetzen und zu verdächtigen bemüht ist. Bekanntlich hat die Türkei nicht nur eine sehr weitgehende Amnestie gewährt und den Termin für die Unterwerfung verlängert, sondern auch Entschädigung für die abgelieferten Waffen, Wiederaufbau zerstörter Kirchen und Häuser, Befreiung aller unter 23 Jahre alten Männer vom Kriegsdienst zugesagt, auch versprochen, daß die Dienstpflicht nur in Albanien und in Konstantinopel abgeleistet werden solle. Sie hat die Anstellung von Kaimakans und Mudir in Albanien auf Landeseingeborene beschränkt, aber das alles befriedigt nicht, weil von außen her weitere Vorteile bei fortgesetztem Widerstande in Aussicht gestellt werden. In Petersburg besorgt Herr Lazar Miuschkowicz das Agitationsgeschäft, wobei er von der „Nowoje Wremja" nach Kräften unterstützt wird. Das Blatt klagt über die himmelschreiende Ungerechtigkeit der Türken, welche die selbstlose Friedensarbeit König Nikolais nicht anerkennen wollen. Wir stoßen in einem fulminanten Leitartikel, der diesem Thema geweiht ist, auf die ungeheuerliche Behauptung, daß der Gossudar von Montenegro der Türkei seinen Schutz gewähre! Und die Ausführung gipfelt in der Forderung, daß Europa eine Gesamtgarantie dafür übernehmen soll, daß die Türkei ihre den Albanesen gegebenen Zusagen wirklich erfüllt.

Das wäre also eine Rückkehr zu der Politik der Intervention in die inneren Angelegenheiten der Türkei. Es ist ganz ausgeschlossen, daß das geschehen sollte, und in Petersburg hat Herr Miuschkowicz offiziell einen dahin lautenden Bescheid erhalten, aber erledigt ist damit die Frage noch nicht, und allerdings läßt sich nicht übersehen, daß die Fortsetzung der montenegrinischen Agitation gefährliche Früchte zeitigen könnte.

Auffallend sind die sich häufenden Klagen der russischen Presse über wirkliche oder angebliche Übergriffe und Gewalttätigkeit der Chinesen. Man gewinnt den Eindruck, daß sich dort im fernen Osten ein neues Gewitter zusammenzieht.

6. Juli 1911. Mobilisierung montenegrinischer Truppen.
Erklärung von Asquith über Marokko.
9. Juli. Rückkehr des nach Resicht entflohenen persischen Regenten nach Teheran.
10. Juli. Prügelei in der französischen Kammer.
11. Juli. Albanisch-türkische Schwierigkeiten in Argyrokastro.

12. Juli 1911.

Nach acht Tagen höchster Erregung in Frankreich und in bestimmten Organen der russischen und der englischen Presse, während mit geringen, aber charakteristischen Ausnahmen unsere Zeitungen eine ruhige und besonnene Haltung zeigten, die wohl mit Recht als Ausdruck des Vertrauens gelten kann, das wir der Leitung unserer Politik entgegenbringen, haben die Wogen politischer Mutmaßungen, Kombinationen und dreister Erfindungen, die von außen her an unsere Gestade schlugen, allmählich begonnen sich zu legen. Die nüchterne Wirklichkeit macht sich geltend, und selbst Blätter wie der „Standard" bestreiten nicht mehr, daß die Akte von Algeciras zerrissen am Boden lag, bevor die Entsendung des „Panther" nach Agadir diese Tatsache auch blöden Augen bloßlegte.

„Wir sind" — schreibt dieses führende Organ der unionistischen Opposition — „weit davon entfernt, eine Schuld im Vorgehen Deutschlands zu finden. Der Tadel — if there is blame — trifft Spanien, welches beliebte, ein internationales Abkommen, an dem es beteiligt war, null und nichtig zu machen. Der grundlose und nicht zu verteidigende Vormarsch nach Alcazar hat tatsächlich die Algecirasakte totgeschlagen" (knocked the life out of the Algeciras Act).

Nun ist diese Motivierung des „Standard" gewiß nicht erschöpfend. Es ist entschieden unbillig, die Schuld an dem offenkundigen Zusammenbruch der Vereinbarungen vom 7. April 1906 ausschließlich Spanien zuzuschieben. Eine von langer Hand vorbereitete und mit großer Konsequenz durchgeführte Umgehung der Algecirasakte unter möglichster

Wahrung des Scheins, aber von unverkennbarer Tendenz ist von französischer Seite vorausgegangen. Sie zielte dahin, Marokko tatsächlich zu einer französischen Dependenz zu machen, und erwartete, daß die an der marokkanischen Frage beteiligten und durch die Algecirasakte gebundenen Mächte die Augen schließen und, wo das Übersehen nicht mehr möglich war, mit einem Augurnlächeln erklären würden, daß es trotz allem beim alten bleibe. Als nun das Vorgehen Deutschlands zeigte, daß wir für dieses Spiel nicht zu haben waren, war die Entrüstung in Paris groß, was um so erstaunlicher ist, als schon seit den Tagen, da Pichon die auswärtige Politik Frankreichs leitete, über eine Ausgleichung der französischen und der deutschen Interessen verhandelt wurde. Herr Cruppi ging zu einer anderen Methode über, er schickte die französischen Truppen nach Fez und Mekines, provozierte damit die Übergriffe Spaniens und nötigte dadurch Deutschland, mit der so geschaffenen neuen Lage zu rechnen. Gewiß, der Vertrag von Algeciras liegt am Boden und mit ihm der deutsch-französische Vertrag vom 9. Februar 1909, der sich in seiner Präambel ausdrücklich als eine Auslegung der Akte von Algeciras einführt.

Nun hat es einen Augenblick scheinen können, als solle die Entsendung des „Panther" in eine große Staatsaktion von internationaler Tragweite ausmünden. Die französischen Zeitungen riefen um Hilfe nach England und Rußland, wie jenes kleine Mädchen, das in einem Angstanfall auf die größeren Brüder hinwies, die „spucken und beißen" können, und die „Nowoje Wremja", die ja allezeit begierig nach Gelegenheiten spürt, um Konflikte zuzuspitzen, erklärte feierlichst, daß sie uns aus der internationalen Gemeinschaft wegen Verletzung der Algecirasakte ausschließe. Das ist freilich nur lächerlich und müßte, wenn die „Nowoje Wremja" konsequent wäre, jetzt von ihr gegen Spanien und Frankreich gewendet werden; aber es läßt sich nicht verkennen, daß der Boden für ruhige und sachliche Verhandlungen mit der französischen Regierung wesentlich erschwert worden wäre, wenn das Quai d'Orsay der Pariser Presse folgend auf eine Aktion zu dreien gegen Deutschland gedrängt hätte. Einen solchen Druck läßt eine Nation sich nicht gefallen, die sich ihrer Kraft und des guten Rechts ihrer Ansprüche bewußt ist. Daß die französische Regierung der Suggestion der französischen Presse, wie es scheint, nicht folgen will, sondern durch Herrn Jules Cambon den Weg von Verhandlungen zu zweien angeknüpft hat, gilt uns als ein

gutes Zeichen, das auf gütliche Verständigung in nicht allzu ferner Zukunft hinweist. Die Erklärung, die Mr. Asquith im englischen Parlament auf eine Anfrage Balfours gegeben, enthält sich jeder Erwähnung der Sendung des „Panther" nach Agadir und sagt auf die Frage, ob er der Kammer einige Auskunft über die Lage in Marokko geben könne, wörtlich das folgende:

„Ereignisse, die jüngst stattfanden, sind Gegenstand der Verhandlung zwischen den an Marokko meist interessierten Mächten, und ich kann zurzeit nur wenig über die Verhandlungen sagen, die in Gang sind. Aber ich wünsche, daß deutlich verstanden werde, daß in den Augen der britischen Regierung eine neue Lage in Marokko entstanden ist, und daß es möglich ist, daß ihre zukünftigen Folgen die Interessen Englands direkter treffen, als es bisher der Fall gewesen ist. Ich vertraue, daß die diplomatische Verhandlung eine Lösung finden wird, und daß bei dem Anteil, den wir daran nehmen werden, wir, wie billig, uns bemühen werden, unsere Interessen zu schützen und auch gegen Frankreich unsere britischen Vertragspflichten zu erfüllen, die der Kammer wohlbekannt sind."

Der Schluß, der sich daraus ergibt, ist, daß England gleichfalls die Vereinbarungen von Algeciras als hinfällig erkennt, daß es etwaigen Schädigungen des britischen Interesses vorzubeugen entschlossen ist und auf dem Boden der besonderen Verpflichtungen, die es Frankreich gegenüber übernommen hat, stehen bleiben will.

Was nun das britische Interesse betrifft, so wird dabei offenbar auf die Nordküste Marokkos hingewiesen, der „Standard" kommentiert zugleich auf die atlantische Küste, und auch das mag richtig sein, aber beides wird hier nicht als eine Frage betrachtet, in welcher unser Interesse mit dem englischen kollidieren könnte; die Vertragsverpflichtungen Englands an Frankreich aber ruhen auf dem Abkommen vom 19. Januar 1899, das die Franzosen aus Ägypten und dem Sudan verdrängte und dafür ihnen das Gebiet westlich von der ägyptisch-sudanesischen Einflußsphäre Englands preisgab. Dieser Vertrag, der eine ungeheure Verschiebung der Machtverhältnisse im nördlichen Afrika anbahnte, ist bekanntlich weder von der Türkei noch von einer der europäischen Mächte anerkannt worden, verpflichtet aber England und Frankreich gegeneinander und wurde die Brücke zu dem Vertrag vom 8. April 1904, gegen den die jetzt hinfällig gewordene Entscheidung

der Konferenz von Algeciras Stellung nahm. Die Welt ist daher zu der politischen Lage zurückgekehrt, die vor dem 8. April 1904 bestand, und es handelt sich für uns darum, diese Verhältnisse so zu nützen, daß einerseits Deutschland, das durch die Ungunst der Weltlage und wohl auch durch eigene Versäumnisse bei der Teilung Afrikas so schmählich zu kurz gekommen ist, die ihm gebührende territoriale Stellung gewinnt, und zweitens, daß die marokkanische Frage zwischen Frankreich und uns als Streitobjekt so aus der Welt geschafft wird, daß Frankreich befriedigt ist und unsere materiellen Interessen auf marokkanischem Boden gesichert werden. Die schwierige Antwort auf die Frage nach dem Wie? müssen wir der Weisheit derjenigen überlassen, welche die Verantwortung für das Endresultat zu tragen haben. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir bei den in Betracht kommenden Regierungen den besten Willen voraussetzen, zu einer Lösung zu gelangen, die kein Provisorium ist, sondern Dauer verspricht. Unter keinen Umständen kann von einer Verquickung dieser afrikanischen Probleme mit den asiatischen die Rede sein, wie vielfach in Frankreich angedeutet worden ist, dazu würde Deutschland sich bestimmt nicht bereit finden. Ebensowenig ist an die Wiederkehr des status quo ante zu denken. Wir stehen vor einer neuen Lage, und sie muß eine neue Lösung finden. Zum Schluß sei noch auf den Geheimvertrag hingewiesen, den Frankreich am 10. April dieses Jahres mit Mulay Hafid abgeschlossen haben soll und dessen Text eine in Tanger erscheinende englische Zeitung der „Moghreb el Akfa" veröffentlicht hat. Sollte, wie hier und wie es scheint auch in England geglaubt wird, der Vertrag echt sein, so hätten wir einen neuen Beweis dafür, daß Frankreich den Vertrag von Algeciras als ein überwundenes Stadium seiner marokkanischen Politik betrachtet.

Man darf es wohl als ein gutes Vorzeichen betrachten, daß die albanisch-montenegrinischen Schwierigkeiten abzuflauen beginnen. Der montenegrinische General Miuschkowicz ist in Petersburg sehr nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß Montenegro den Frieden zwischen Albanern und Türken fördern, nicht die Unruhen weiter schüren solle. Auch hat König Nikolai sich bereit gefunden, die Versöhnungsverhandlungen zwischen Malissoren und Türken auf montenegrinischem Boden zu fördern, und die Wahrscheinlichkeit eines bevorstehenden Besuchs des Königs in Konstantinopel kann als ein weiteres günstiges Symptom für Beilegung der jetzigen Wirren um so mehr betrachtet

werden, als die Türkei den Forderungen der Albaner entgegenkommt und ihnen den Termin für die Unterwerfung zum zweitenmal um weitere 14 Tage verlängert hat. Bei alledem ist ein unbedingter Optimismus immer noch verfrüht. Es ist mit den Albanern wie mit den Marokkanern, Persern und Afghanen. Sie bilden zahlreiche fast unabhängige Häuptlingschaften, die an eine große Freiheit der Bewegung gewohnt sind, und es ist immer möglich, daß, während ein Teil dieser Häuptlingschaften sich unterwirft, ein anderer seine Unbotmäßigkeit behauptet. Die Hoffnung auf endgültigen Frieden beruht auf der nur langsam vordringenden Überzeugung, daß Hilfe von außen unter keinen Umständen zu erwarten ist. Erst wenn es so weit ist, wird sich auf die Herstellung geordneter Verhältnisse rechnen lassen.

Von außerordentlichem Einfluß auf die Stellung, welche die öffentliche Meinung Rußlands den Fragen des fernen Ostens gegenüber einnimmt, ist die Reise des früheren Dumapräsidenten Gutschkow nach Russisch-Ostasien, China und Japan geworden. Nun ist Gutschkow gewiß eine geeignete Persönlichkeit, um mit offenen Augen und ohne Voreingenommenheit sich ein Urteil zu bilden. Er ist durchaus westeuropäisch gebildet, vielgereist — er hat als Freiwilliger auf der Seite der Buren gefochten — und dank der großen politischen Rolle, die er gespielt hat, sowohl bei der russischen Administration, wie bei den chinesischen und japanischen Autoritäten ein wohl aufgenommener Gast. Man hat ihn durch Zuvorkommenheit in Peking wie in Tokio zu gewinnen gesucht, aber er hat sich, wie die von seinen Begleitern ausgehenden Berichte zeigen, nicht blenden lassen. Solcher Berichte liegt eine lange Reihe vor, die, kombiniert mit den Urteilen anderer russischer Kenner des fernen Ostens (von den sensationellen Telegrammen der „Nowoje Wremja" sehen wir prinzipiell ab) im wesentlichen das folgende Bild ergeben. Die Vorstellung von der „gelben Gefahr" gewinnt in Rußland stetig mehr an Boden, wobei die chinesische Gefahr weniger als die unmittelbar drohende erscheint. Man schreibt ihr einen elementaren Charakter zu und macht der russischen Regierung den Vorwurf, daß sie selbst durch ihre Eisenbahnpolitik dazu beitrage, sie näherzubringen. Es sei das langsame Überfluten des Transbaikalgebiets und der Küstenprovinz östlich vom Amur durch eine chinesische Einwanderung, der die von der russischen Regierung geförderte Ansiedlung russischer Bauern und Arbeiter sich in keiner Weise gewachsen zeige. Sie wird

von den bedürfnislosen, niemals arbeitsmüden Chinesen zurückgedrängt, so daß die weite russisch-chinesische Grenze bereits gelb angestrichen werden müßte. Es sei daher ein großer politischer Fehler, wenn Rußland sich um eine Eisenbahnkonzession Kjachta-Urga bemühe, der die Chinesen bereits von Kalgan aus (der ersten Station in der Mongolei) entgegenkommen. Die Folge einer Verbindung Kjachta-Kalgan würde nur sein, daß Rußland seinen Import- und Exporthandel den fremden Konkurrenten werde abgeben müssen. Von Moskau bis Kjachta seien es 5500 Werst, von Tientsin bis Urga nur 1200 und die Schlüsse, die daraus zu ziehen seien, lägen auf der Hand. Die von Odessa ausgehenden Fahrzeuge der Freiwilligen Flotte könnten z. B. mit dem Norddeutschen Lloyd nicht konkurrieren, da ihr Frachttarif um das Dreifache höher sei als der des Lloyd. Eine richtige russische Politik dürfe daher nicht Bahnen bauen, die durch die Mongolei führen, sondern nur solche, die bis an die Grenze der Mongolei reichen, also von Werchneudinsk nach Kjachta, von Biisk und Semipalatinsk zur Grenze und von einer der Stationen der Taschkentbahn nach Kaschgar.

„Mögen die Herren Ausländer mit ihren Waren, wie in früheren Zeiten und wie wir es tun, mit Karawanen reisen. Es ist nicht unsere Aufgabe, für sie Eisenbahnen zu bauen. Haben wir unsere Zufuhrbahnen zur Mongolei, und dann weite wüste Strecken zur Verteidigung des Marktes im Süden, so wird unser Handel in sehr wesentlichem Vorteil dem ausländischen gegenüber sein. Man werfe daher die törichten Ansprüche auf eine Konzession in der Mongolei fort und baue Zufuhrbahnen zu ihren Märkten."

Das ist die eine, wie uns scheint, vom russischen Standpunkt aus sehr einleuchtend dargelegte Seite der chinesischen Frage. Ganz ebenso wird man der Überzeugung beipflichten können, daß Rußland nicht von einer militärischen Aktion Chinas bedroht ist, wenigstens nicht auf absehbare Zeit. Denn es ist wohl richtig, was ein japanischer General einem jener russischen Reisenden gesagt haben soll: „China hat wohl gute Soldaten, aber kein Heer." Man müßte nach alledem annehmen, daß Rußland guten Grund hat, die Chinesen zwar nach Möglichkeit vom Eindringen in die Grenzen Sibiriens zurückzuhalten, im übrigen aber seinen Vorteil fände bei den jetzt stattfindenden Verhandlungen über die Erneuerung des Vertrages von 1881, der am 20. August abläuft, sich China entgegenkommend zu zeigen.

Noch aktueller und von größerer Bedeutung für die internationale Politik sind die in der „Nowoje Wremja" vom 8. Juli veröffentlichten Betrachtungen von Cholmski, die ebenfalls auf Gutschkow zurückzuführen sind und die russisch-japanischen Beziehungen betreffen. Sie sind entschieden antijapanisch gehalten, sie behaupten, daß Japan während des jüngsten diplomatischen Konflikts zwischen Rußland und China eine hinterlistige und doppelzüngige Politik verfolgt habe, indem es einmal die Russen zu aggressivem Vorgehen in der Mandschurei und Mongolei zu veranlassen bemüht war, anderseits China gegenüber die Theorie vertrat, daß es an Japan seinen besten Freund und Ratgeber habe und gleichzeitig den Russen die Notwendigkeit eines engen Zusammenschlusses der japanischen und russischen Interessen predigte.

„Mit außerordentlicher Hartnäckigkeit bemühen sich die Japaner, der russischen öffentlichen Meinung im fernen Osten die Vorstellung beizubringen, daß es notwendig ist, endlich die mandschurische Frage zu „entscheiden". Alle Gespräche, die Gutschkow mit den Zivil- und Militärautoritäten der südlichen Mandschurei führte, kamen schließlich darauf hinaus. Die Japaner selbst aber haben in der Südmandschurei eine eigentümlich abwartende Stellung eingenommen. Sie zeigen den Chinesen gegenüber eine Milde und Duldsamkeit, die sonst nicht ihren Methoden entspricht. Während der 14 Tage, die wir in der Südmandschurei verbrachten, waren wir Zeugen vieler kleiner, aber erbitterter Streitigkeiten zwischen Chinesen und Japanern (Zank, Überfall, sogar Totschlag), und in all diesen Fällen entschieden, wohl auf Befehl von oben, die japanischen Gerichte sehr milde. Gutschkow meint, das werde nicht von Dauer sein. Die Japaner buchen alles, und der Augenblick wird kommen, da sie ihre Rechnung vorweisen und Zahlung verlangen werden. Gewiß aber werden sie dann bekommen, was sie brauchen. Die Japaner verstehen es meisterhaft, die Kastanien durch fremde Hände aus dem Feuer zu holen; dabei sind sie verschlagene doppelzüngige Politiker. Jetzt fallen die japanischen Interessen mit den unsrigen zusammen und deshalb bemühen sie sich, Rußland zu einem aktiven Vorgehen im fernen Osten zu veranlassen. Das ist an vielen Anzeichen zu erkennen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß, nachdem sie von der Unterstützung Rußlands Vorteil gezogen haben und sie nicht mehr brauchen, die Japaner sich nicht bedenken werden, Wege einzuschlagen,

die uns feindselig sind und die diametral der Politik widersprechen, die sie in Gemeinschaft mit Rußland vertreten haben."

Aus seiner Reise in der Südmandschurei hat Gutschkow den Eindruck gewonnen, daß diese Schwenkung der japanischen Politik in nicht zu ferner Zukunft stattfinden wird.

„Die feste und unfreundliche Politik Amerikas, das merkliche Abflauen der Sympathien Englands für Japan, das sich in Peking deutlich geltend macht, haben die Japaner unruhig und mißtrauisch gemacht, und um Korea und die Südmandschurei in Ruhe zu verdauen, braucht Japan noch für eine Reihe von Jahren die Unterstützung Rußlands. So ist die Gefahr eines baldigen Zusammenstoßes mit Japan für uns nicht vorhanden. Allerdings ist der Begriff „nahe" dehnbar, aber es ist nicht unmöglich, diese politische Gleichung zu lösen und das x zu finden. Dazu braucht man nur das militärische Programm Japans zu kennen, das offiziell 1919 perfekt werden soll.

Von den 444 893 000 Jen außerordentlicher Ausgaben, die für das Jahrzehnt 1909—1919 angewiesen sind, wurden 337 684 000 Jen für Heer und Flotte bestimmt, wobei mehr als 295 Millionen Jen auf die Periode 1909—1913 fallen. Ende 1913 muß Japan all seine Neuformationen und seine Umbewaffnung vollzogen haben, so daß für die folgenden Jahre sozusagen das Detail übrig bleibt. Daneben hat aber Japan ..... ein maskiertes Kriegsbudget, d. h. große militärische Ausgaben wurden auf andere Ressorts abgewälzt (z. B. die Schiffswerft Wakamina und der Unterhalt der Division, welche die mandschurische Bahn schützt), während eine ganze Reihe kostspieliger Unternehmungen für Heer und Marine wie der Bau der Festung Gensan, die Flottenbasis Tschinschin, der Bau von Kasernen und der strategischen Chaussee in Korea, in keinem Budget zu finden sind, und wie Kenner des japanischen Finanzwesens behaupten, aus dem in der Londoner Bank liegenden Goldfonds von 273 Millionen Jen gedeckt werden, der aus den vom Ministerium nicht verausgabten Resten der japanischen Anleihen gebildet wurde. Diese kolossalen Aufwendungen machen es Japan möglich, den wesentlichen Teil seines Programms schon 1914 auszuführen, wenn die japanische Armee (ich spreche nicht von der Flotte, da sie uns nicht interessieren kann) im Vergleich zu 1904 folgendermaßen aussehen wird:

Gegen 13 Felddivisionen zu 20 000 Mann, 13 Reservedivisionen zu 3 Regimentern, 2 abgetrennte Kavalleriebrigaden, 3 abgetrennte

Artillerieregimenter und 15 Batterien Festungsartillerie im Jahre 1904, wird Japan 1914 verfügen über 22 Felddivisionen zu 23 000 Mann, 22 Reservedivisionen zu 23 000 Mann, 6 abgetrennte Kavalleriebrigaden, 5 abgetrennte Artilleriebrigaden, 4 Regimenter Gebirgsartillerie, 2000 Belagerungsgeschütze.

Strategische Stellung 1914: Das Eisenbahnnetz in der Südmandschurei und in Korea, die Flottenbasis in Tschiunschin (an der russischen Grenze) das Netz der Festungen, Magazine und strategischen Chausseen in Korea (an der russischen Grenze), die Vollendung der Bahn Tientsin—Tjumen. Diesem Bilde ist noch eine Eigentümlichkeit der japanischen Umbewaffnung anzuschließen: Die Gebirgsbatterien des größten Teils der Divisionsartillerie sind zu Feldgeschützen umgebildet, woraus sich ergibt, daß die Japaner sich weder Korea noch die Südmandschurei als Kriegsschauplatz denken.

Darüber, daß diese Rüstungen nicht gegen China gerichtet sind, ist kein Wort zu verlieren.... Fragt man, was die Japaner antreibt, mit so fieberischer Eile ihr Rüstungsprogramm zu vollenden, so antworten sie uns selbst ganz offen: die Furcht vor Rußland. Trotz unserer Niederlage fürchtet Japan nur Rußland, vielleicht nicht so sehr mit dem Verstand als aus Instinkt, nicht nur in Zukunft, sondern schon für die allernächste Zeit.

Die „Kontinentalpolitik" Japans, von welcher die Weltpresse so viel redet, wird nicht durch Ehrgeiz und Imperialismus, sondern durch ökonomische Notwendigkeiten bestimmt. Weder Formosa noch Korea werden dem Staatsorganismus Japans ein Lebenselixier sein, sie schwächen vielmehr; das Lebenselixier hofft Japan nur in der Mandschurei zu finden. Die Japaner glauben, daß nicht nur die Handelspolitik Amerikas und das erwachende China, sondern auch Rußland ihnen dabei im Wege steht. Japan glaubt, daß Rußland weder jetzt noch in naher Zukunft seinen Ansprüchen entgegentreten kann. Und deshalb, weil es Rußland nicht traut, beeilt sich Japan, seine Rüstungen bis 1916 zu beendigen, d. h. vor Eröffnung des Panamakanals, um, auf seine Kriegsmacht gestützt, die mandschurische Frage so zu lösen, wie es ihm notwendig scheint. Deshalb glaube ich, daß eine Wendung der japanischen Politik nicht gar zu fern liegt, wenn wir unsern Trumpf, die Furcht Japans vor der elementaren Macht Rußlands, nicht ausspielen und

nicht vorher die vitale Entscheidung treffen, die Japan veranlassen würde, sein Schwert ruhig in die Scheide zu stecken."

Unter dieser „vitalen Entscheidung" ist offenbar gemeint, daß Rußland und Japan sich über die Annexion der Mandschurei verständigen und durch ihr Zusammenstehen jeden Widerstand Chinas unmöglich machen.

Wir haben diese jedenfalls interessanten Ausführungen fast wörtlich wiedergegeben, weil sie eine Zukunftsperspektive zeigen, die alle Beachtung verdient. Die Lösung, die hier vorgeschlagen wird, müßte Japan ganz ungeheuer stärken und ihm die Möglichkeit geben, seine Stirn nach Osten oder Süden zu wenden, d. h. entweder zur Abwehr gegen Amerika durch Annektierung der Philippinen und Havais, oder nach Indien, das trotz aller Agitation aus eigener Kraft völlig unfähig ist, sich der englischen Herrschaft zu entziehen, aber unter japanischer Führung eine in der Tat furchtbare Macht darstellen würde. Daß für das eine wie das andere Unternehmen propagiert wird, ist aus den zahlreichen in Indien wie in Amerika und Japan erscheinenden revolutionären Organen wohl bekannt. Es geht neben der nüchternen und kühl berechnenden Politik der japanischen Staatsmänner ein phantastischer, nach allem verlangender Zug durch die japanische Seele. Die Parole Asien den Asiaten ist keineswegs verklungen. Auch werden die Fühler sehr weit ausgestreckt. Uns liegt die bereits im zweiten Jahre erscheinende englische Monatsschrift „The Islamic Fraternity" vor, „an organ devoted to promoting fraternal feeling among the followers of Islam and those of other sister religions". Diese Monatsschrift erscheint in Tokio, und der Redakteur und Manager ist Mohammed Barakatullah of Bhopal, India, dessen Namen jedermann in Indien kennt und der auch in Downingstreet noch in lebendiger Erinnerung steht.

14. Juli 1911. Der „Eber" ersetzt den „Panther" vor Agadir.
15. Juli. Das französische Nationalfest führt zu antimilitaristischen Kundgebungen. Revision des englisch-japanischen Bündnisvertrages.
16. Juli. Beginn einer revolutionären Bewegung in Mazedonien.
17. Juli. Ratifikation des deutsch-japanischen Handelsvertrages.
18. Juli. Verhaftung des französischen Konsuls in Tanger durch die Spanier.

19. Juli 1911.

Die hinter uns liegende Woche ist in Verhandlungen zwischen Herrn Jules Cambon und Herrn v. Kiderlen-Waechter hingegangen, über deren Detail nichts Sicheres in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Es waren Verhandlungen zu zweien, in welchen weder die sich immer mehr zuspitzenden französisch-spanischen Gegensätze mitgespielt, noch Rußland und England dreingeredet haben. Man darf daraus wohl schließen, daß Frankreich wirklich eine Verständigung sucht, die andernfalls außerordentlich schwierig werden dürfte. Daß die Herren Cambon und de Selves bereits jetzt darüber im klaren sind, daß es sich für Deutschland nicht um Errichtung eines Kulissenbaues handelt, der bestimmt ist, alte Gegensätze zu verdecken und späterer gewaltsamer Lösung vorzubehalten, ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen. Herr v. Kiderlen hat kein Hehl daraus gemacht, daß er eine endgültige Stellungnahme in der Frage der afrikanischen Interessen Deutschlands und Frankreichs anstrebt. Zukunftskonflikte, die heute auf diesem Boden nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich erscheinen, sollen auf dem Wege einer Verständigung, die in ein festes Vertragsverhältnis ausmündet, für immer getilgt werden. Nun liegt auf der Hand, daß dieses Ziel ohne beiderseits zu bringende Opfer nicht erreicht werden kann. Eine territoriale Machtstellung Deutschlands in Südmarokko ist ein glühender Wunsch weiter patriotischer Kreise. Aber die Erfüllung dieses Wunsches ist ausgeschlossen, wenn wir daran festhalten, daß das Ziel der jetzt schwebenden Verhandlungen eine Ausgleichung unserer und der französischen Interessen in Afrika sein muß. Verzichten wir darauf, den lockenden Aus-

sichten in Südmarokko nachzugehen und damit auf eine Stellung, die ohne Zweifel das nordafrikanische Reich Frankreichs gefährdet, so muß eine bedeutsame afrikanische Kompensation an anderer Stelle gefunden werden, so daß beide Teile sich zufrieden geben können und die afrikanische Frage ein für allemal aus dem deutsch-französischen Konto gestrichen wird. Über das „Wie" zu diskutieren, ist, wie wir schon vor acht Tagen ausführten, nicht unsere Aufgabe, und wie uns scheint, überhaupt nicht Aufgabe der Presse. Es ist sehr leicht, patriotische Wünsche zu formulieren und jede Forderung durch eine noch weitgehendere zu übertrumpfen. Aber nützlich ist es gewiß nicht. Wir bedauern deshalb, daß Herr Tardieu, der offenbar in den letzten acht Tagen den „Temps" mit seinen Leitartikeln über Marokko verschont hatte, wieder zur Feder gegriffen hat, um mit dem ihm eigentümlichen Pathos sein altes Lied wieder anzustimmen. Schön ist es nicht, und dem Vorteil Frankreichs hat es zu keiner Zeit gedient. Eine groteske Eitelkeit, die sich selbst gern deklamieren hört und an großen Worten Freude findet, führt zu politischer Sabotage, was vielleicht noch ärgeres Unheil anrichten kann als die Sabotage der Spezialisten im Fach der Telephon und Telegraphenschneider.

Inzwischen ist eine Reihe politischer Tatsachen von höchster Wichtigkeit perfekt geworden, die einer eingehenden Erörterung bedürfen. Am 13. Juli haben der Staatssekretär Sir Edward Grey und der außerordentliche Botschafter Japans am britischen Hofe zum dritten Male den Bündnisvertrag vom 30. Januar 1902 erneuert. Als am 12. August 1905 die zweite Erneuerung stattfand, bedeutete sie eine Stärkung des Bündnisses von 1902, erst 1915 lief dieser Vertrag ab. Er ist also jetzt etwas über 3 Jahre vor Ablauf seines Endtermins, und zwar wiederum auf 10 Jahre, bestätigt worden, so daß man an eine dauernde politische Kombination glauben könnte, wenn die neue Fassung nicht eine sehr bedeutsame Lockerung des Bandes zeigte, welches Großbritannien und Japan zehn Jahre lang verbunden hat. Die Präambel des neuen Vertrages hält daran fest, daß wie früher der Zweck des Bündnisses 1. Festigung und Erhaltung des Friedens in Ostasien und Indien sei, 2. Wahrung der Interessen aller Mächte in China durch Sicherung der Integrität und Unabhängigkeit Chinas und des Prinzips der offenen Tür, 3. Aufrechterhaltung der territorialen Rechte beider Mächte in Ostasien und Indien und Verteidigung ihrer besonderen Rechte in beiden Regionen.

Dagegen sind aus dem Vertrage von 1905 die Artikel gestrichen, die Japans Rechte in Korea und Englands Recht betreffen, Maßregeln zum Schutz seiner indischen Besitzungen zu ergreifen. Offenbar, weil es überflüssig schien, diese Frage nochmals ausdrücklich hervorzuheben. Japan fühlt sich in Korea sicher, und niemand bestreitet den Engländern das Recht, ihre indischen Grenzen zu verteidigen. Auch spielt dabei wohl die Erwägung mit, daß es vielen Engländern ein unheimlicher Gedanke war, Japaner als Helfer in indischen Verlegenheiten zu haben. Ob es gleich überflüssig war, aus dem Artikel VI die Bestimmung auszumerzen, welche Englands Neutralität in einem russisch-japanischen Kriege festsetzte, mag zweifelhaft erscheinen, erklärt sich aber aus dem russisch-japanischen Abkommen von 1909. Die Artikel I, II, III, V und VI wiederholen die allgemeinen und speziellen Maßnahmen, die im Vertrage von 1905 bestimmt waren, durch Mittel des Krieges oder der Diplomatie zu verhüten, daß die drei in der Präambel festgesetzten Grundsätze von anderen Mächten verletzt würden. Sie enthalten, kurz gefaßt, die Bestimmungen eines Offensiv- und Defensivbündnisses. Da kommt nun neu der Artikel IV hinzu, der wörtlich sagt:

„Sollte eine der beiden hohen kontrahierenden Mächte einen allgemeinen Schiedsvertrag mit einer dritten Macht abschließen, so ist vereinbart worden, daß nichts in diesem Vertrage die Macht, die den Vertrag geschlossen hat, nötigen soll, in Krieg mit der Macht zu treten, mit welcher sie in einem solchen Schiedsvertrag steht."

Daß dieser Artikel in Zusammenhang einerseits mit den Verhandlungen der Reichskonferenz, anderseits mit dem unmittelbar vor dem Abschluß stehenden englisch-amerikanischen Schiedsvertrag steht, unterliegt keinem Zweifel. Von den großen englischen Kolonien hat, abgesehen von Südafrika, das weit vom Schuß liegt, keine ein Hehl daraus gemacht, wie lästig ihr das englisch-japanische Bündnis sei, und aus der letzten Weltreise der amerikanischen Kriegsflotte ist noch in frischer Erinnerung, wie enthusiastisch die Ovationen waren, die ihr in Australien und Neuseeland entgegenkamen. Es war völlig ausgeschlossen, daß sie an der Seite Englands an einem Kriege teilnehmen könnten, in dem Japan und die Vereinigten Staaten als Gegner einander gegenüberstanden. Die ganze Schiedsvertragspolitik Tafts ist aber darauf berechnet gewesen, der englisch-japanischen Kombination den Stachel zu nehmen. Dieses Ziel ist nunmehr erreicht, und wenn man sich jetzt in Washington

und London vergnügt die Hände reibt, wird wahrscheinlich die Stimmung in Tokio die entgegengesetzte sein. In Japan betrachtet man die Vereinigten Staaten nach Abschluß der Verständigung mit Rußland als den einzigen Gegner, von dem ein Angriff drohen könnte. An Amerika glaubte man einen Konkurrenten in der Mandschurei und im eigentlichen China fürchten zu müssen, und konnte sich sicher fühlen, solange man das seemächtige England als Bundesgenossen für alle denkbaren Kombinationen im fernen Osten zur Seite hatte. Diese Sicherheit ist nun geschwunden. Japan ist Amerika gegenüber auf die eigenen Kräfte angewiesen und wird wohl oder übel sich mit der neuen Weltlage — denn das ist es — zurechtfinden müssen. Sollte es aber England belieben, und wir halten diese Möglichkeit keineswegs für ausgeschlossen, auch mit Rußland und China Schiedsverträge zu schließen, so wäre Japan völlig auf seine ursprüngliche Isolierung zurückgeworfen.

Nun liegen die Verhältnisse heute so, daß Japan und Rußland im höchsten Grade unwillig darüber sind, daß ein englisch-französisch-deutsch-amerikanisches Syndikat den Chinesen eine 100 Millionenanleihe bewilligt hat, die zum Teil für Bedürfnisse der Mandschurei bestimmt ist, in der Rußland und Japan sich bereits als die eigentlichen Herren betrachten. Die Presse beider Länder hat denn auch Alarm geschlagen, und Gutschkow, der soeben aus dem fernen Osten nach Moskau zurückgekehrt ist, hat sich einem Interviewer, der nach der politischen Lage fragte, dahin geäußert, daß im fernen Osten sich ein äußerst verwickelter Knoten geschürzt habe, der nur mit dem Schwerte gelöst werden könne. Das aber sei nicht zu umgehen. Ein wohl auf Gutschkow als Quelle zurückgehender Artikel des „Golos Moskwy“ entwickelt diesen Gedanken an der Hand japanischer Zeitungen noch weiter. Alle Bemühungen der japanischen Diplomaten, freundschaftliche Beziehungen gegenseitigen Vertrauens zwischen Japan und China herzustellen, seien an der Doppelzüngigkeit und am Mißtrauen der chinesischen Regierung gescheitert; weder Drohungen noch Freundlichkeit seien von Wirkung, und dasselbe gelte von den Beziehungen Chinas zu Rußland. Es sei daher nicht möglich, mit China als mit einer befreundeten Macht zu reden. Der neue Kurs Chinas, d. h. die Anleihen rechts und links, zu beliebigen Bedingungen, bei Verleihung maskierter Konzessionen an Ausländer (wobei Russen und Japaner nicht bedacht würden), beweise, daß die Teilung Chinas unter allen Mächten begonnen habe,

und zwar mit Ausschluß der beiden Nachbarmächte, die am Schicksal Chinas meist interessiert seien, d. h. Rußlands und Japans. Japan glaube nicht an die Erneuerung Chinas; die höheren Klassen seien unfähig, die Masse des Volkes stecke aber noch in der alten Finsternis. Die Aufnahme der europäischen Zivilisation habe nur die Oberfläche berührt und sei nicht in die Tiefen gedrungen. Kurz, der Boden sei günstig, um China in Fetzen zu zerreißen. Es solle aber noch ein letzter Versuch gemacht werden, um die chinesische Regierung zur Vernunft zu bringen und sie zu veranlassen, Japan die Hand entgegenzustrecken Der Kaiser von Japan werde Peking besuchen. Als Ereignis, das in der Geschichte Japans wie Chinas unerhört sei, werde diese Aufmerksamkeit, nach Ansicht der japanischen Politiker, auf alle Chinesen, vom Prinzregenten bis zum letzten Kuli, einen tiefen Eindruck machen. Führe auch das nicht zum Ziel, so bleibe nichts übrig, als durchschlagende Maßregeln zu ergreifen, um die Gewalt zu paralysieren, die Amerika, Deutschland und andere Mächte (charakteristischerweise werden England und Frankreich nicht namentlich genannt) den Chinesen antun, um, wenn nicht anders mit den Waffen in der Hand die Hegemonie Japans in China zu begründen. Japan könne nicht dulden, daß andere in China als Herren hausen, denn das sei eine Bedrohung der Lebensinteressen des Reichs des Mikado. Könne China seine Abhängigkeit nicht selbst behaupten, so dürfe es von niemandem abhängen als von Japan.

Es ist schwer verständlich, wie man in Rußland solchen Ausführungen Beifall schenken kann. Liegt doch auf der Hand, daß ein von Japan geführtes China vor allem eine furchtbare Gefahr für Rußland bedeuten muß. Angenommen nämlich, daß der japanisch-russische Vertrag dahin ausmündet, daß Rußland die nördliche Mandschurei und Japan die südliche Mandschurei plus der Hegemonie über China gewinnt, so scheint uns, daß die nächste Folge dieser Hegemonie das Verdrängen Rußlands nicht nur aus allen von China gewonnenen Positionen sein wird, sondern überhaupt der Verlust seiner Besitzungen an den Gestaden des Großen Ozeans und die Überflutung Sibiriens durch die von Japan nach Norden und Westen gedrängten Chinesen.

Der „Temps" hat neuerdings aus der Feder des Generals H. Langlois zwei längere Ausführungen über die Zukunft Japans und die gelbe Gefahr gebracht, welche ein Referat der Ge-

danken geben, die der englische General Hamilton, Militärattaché während des russisch-japanischen Krieges, während seines vieljährigen Aufenthalts im fernen Osten gewonnen hat. Hamilton führt den Niedergang Chinas und den Aufschwung Japans auf die militärischen Tugenden der letzteren und den jetzt tausendjährigen Antimilitarismus der ersteren zurück. Wenn Japan sich zum Führer Chinas aufschwinge, werde die Parole „Asien den Asiaten" Wirklichkeit werden und danach die größere Gefahr für Europa eintreten, die von der pénétration pacifique der billigen Arbeitskraft und der unermüdlichen Arbeitsenergie der Chinesen drohe. Der ewige Friede und die Gleichheit aller Arbeiter, die der Sozialismus predige, sei eine gefährliche Utopie.

„Wenn der ewige Friede gesichert ist und mit ihm jene industrielle und soziale Gleichheit, ohne welche der Friede nur ein phantastischer Traum ist, so wird der Chinese, so wie ich ihn in der Mandschurei kennen gelernt habe, imstande sein, den gegenwärtigen Typus des Arbeiters weißer Rasse zu zerstören. Die Sozialisten, welche Gleichheit in der Arbeit predigen, ahnen nicht, wohin ihre Theorien führen. Soll denn die weiße Rasse bestimmt sein, schließlich zu verschwinden? Meiner bescheidenen Meinung nach hängt ihre Zukunft von einem ab: werden wir, ja oder nein, den gesunden Verstand haben, unser Ohr denjenigen zu verschließen, die den Krieg und die Vorbereitung zum Kriege als ein unnötiges Übel darstellen? Ich glaube, daß die Arbeiter wählen müssen. So wie die Welt nun einmal heute ist, müssen sie unter ihren Kindern das militärische Ideal hochhalten und willigen Herzens die Lasten tragen, die der Militarismus mit sich bringt, oder aber sie müssen den harten Kampf um ihre Existenz gegen die Rivalität einer Arbeiterwelt aufnehmen, deren Erfolg keinem Zweifel unterliegt. Um den Asiaten das Recht der Auswanderung und das Recht zu verbieten, durch ihre Konkurrenz die Löhne herabzudrücken und unter uns zu leben, gibt es nur ein Mittel, und das ist das Schwert. Vergessen Amerikaner und Europäer, daß ihre privilegierte Stellung nur an der Kraft ihrer Waffen hängt, so wird Asien bald seine Revanche genommen haben. Ich fürchte — fährt Hamilton fort — daß die europäischen Staatsmänner mit schwerer Sorge beobachten, wie ihre Nationen vergessen, daß außerhalb des berückenden Kreises abendländischer Zivilisation Millionen von Menschen leben, die bereit sind, schwachen Händen das Zepter zu entreißen, sobald der alte kriegerische Geist entartet ist. Wie sonderbar lesen sich die

Berichte über die Konferenzen, in denen man über die Vorzüge des Friedens diskutiert, als ob es in der Welt nur Pazifizisten gibt. — Es ist, als wenn die Schafe den Wolf vergessen, um über den Nutzen der Hunde und der Schäfer zu verhandeln. Inzwischen aber werfen sich Asien und Afrika in unruhigen Träumen von Eroberungskriegen auf ihrem Lager hin und her.... An anderer Stelle aber sagt Hamilton: Wenn ich versuche, in die japanische Seele einzudringen, komme ich außer Fassung (Quand j'essaye de pénétrer l'âme japonaise, je suis dérouté.)

Was in der japanischen Seele bei Unterzeichnung des neuen Bündnisvertrages mit England für Empfindungen und Gedanken lebendig geworden sind, ist allerdings nicht leicht zu sagen. Aber mutmaßen läßt sich, daß Japan seinen Grimm verbergen wird und sich nun, da der Panamakanal noch mindestens zwei Jahre lang als Weg für amerikanische Kriegsschiffe nicht dienen kann, und da es mit Rußland einig ist, um so schneller gegen China wendet, um die Stellung in der Mandschurei und womöglich die Hegemonie in China zu gewinnen. Daß es im fernen Osten ruhig bleibt, erscheint fast ausgeschlossen. Welches die Haltung Europas und Amerikas dabei sein wird, ist eine Schicksalsfrage von ungeheuerer Tragweite.

Überhaupt zeigt sich immer aufs neue, daß der Orient uns ein Buch mit sieben Siegeln bleibt. Unsre Leser werden sich erinnern, daß zu Anfang dieses Jahres England und Rußland die Lage in Persien höchst optimistisch beurteilten. Der Regent war zurückgekehrt und schien bereit, in allen Stücken den Weisungen zu folgen, die ihm aus der russischen und der englischen Gesandtschaft zugingen. Der Ministerpräsident Sepechdar galt für energisch, und die schwierige Aufgabe, für die Ordnung der persischen Finanzen zu sorgen, schien durch Berufung eines amerikanischen Finanzmannes, des Herrn Shuster, glücklich gelöst zu sein. Aber schon im Frühjahr zeigten sich bedenkliche Symptome neuer Wirren. Der Kriegsminister Sani ed Dauleh wurde auf offener Straße in Teheran ermordet, das Kabinett Sepechdars zeigte sich unfähig, und der Ministerpräsident selbst war wegen seiner Gewalttätigkeit und Habsucht bald allgemein verhaßt. Im Juni kam es zum Bruch zwischen ihm und dem Medjlis, bei dem bittere Klagen gegen die von Sepechdar eingesetzten Gouverneure eingelaufen waren. Der Ministerpräsident floh darauf aus Teheran nach Resht und ließ dem Regenten sagen, daß er aus Gesundheitsrücksichten nach Paris reisen müsse. Auf die Bitten des Re-

genten bequemte er sich dann zu einem Ultimatum, das u. a. Entlassung des Medjlis, Neuwahlen, Absetzung des gesamten Personals im Justizministerium und der sämtlichen Beamten Teherans, endlich Beseitigung des amerikanischen Finanzrats verlangte, der, beiläufig bemerkt, in heftigem Konflikt dem russischen Gesandten gegenüberstand. Die englischen Zeitungen, die neben den russischen am ausführlichsten über diese Wirren berichteten, meldeten schon am 14. Juli, daß Prinz Salar ed Dauleh, der Bruder des abgesetzten Schahs Mohammed Ali (der aus Odessa verschwand und sich jetzt in Marienbad befindet), in offener Rebellion an der türkischen Grenze stehe. Dieser Prinz, der 1904 Gouverneur in Luristan war und im folgenden Jahr gegen den Schah rebellierte, hat nun, wie ein heutiges Telegramm berichtet, Mohammed Ali wieder zum Herrscher ausgerufen. Inzwischen aber ist Sepechdar wieder als Ministerpräsident nach Teheran zurückgekehrt, und einer der Führer der Revolution, die Mohammed Ali stürzte, Serdar Assad, ist aus der Verbannung zurückgerufen worden, um den Aufstand niederzuwerfen. Persien steht also wieder vor einem Bürgerkriege, und die Zustände scheinen schlimmer zu liegen, als bevor Rußland und England es auf sich nahmen, für gesunde staatliche Verhältnisse in Persien Sorge zu tragen. Man wird sich dem Schluß nicht entziehen können, daß die Mittel, die sie in Anwendung brachten, jedenfalls die richtigen nicht gewesen sein können.

Sehr unerfreulich sehen auch die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel aus. Von Montenegro wird ohne Zweifel ein unehrliches Spiel getrieben und der Aufstand in Albanien weiter geschürt. Während früher die Revolte sich auf den Norden beschränkte, ist sie jetzt auch im südlichen Albanien ausgebrochen. Auch das Treiben der Banden in Mazedonien geht wieder an. Dazu kommt, daß die Türkei gerade jetzt empfindliche Verluste in Arabien erlitten hat, wo der Krieg Menschen und Geld verzehrt. Daß die Türkei unter diesen Umständen gewiß nicht die Absicht gehabt hat, Montenegro zu bedrohen, und daß sie Erhaltung des Friedens in Mazedonien und friedliche Verständigung mit den Albanesen zu erreichen bemüht ist, entspricht so sehr ihren Interessen, daß an der Aufrichtigkeit ihrer Friedensliebe nicht gezweifelt werden kann. Aber wunderbar wäre es nicht, wenn sie schließlich die Geduld verlöre und dem gewissenlosen Treiben, das von Cetinje ausgeht, ein energisches quos ego! entgegensetzte.

Der slavische Journalistenkongreß in Belgrad hat mit jähem Mißklang geendet. Auf eine Rede des russischen Vertreters Baschmakow war aus Rücksicht auf die anwesenden Polen die vom Programm vorgesehene russische Nationalhymne nicht gespielt worden, während der darauf folgende polnische Redner die unerhörte Taktlosigkeit beging, für das Fortfallen der russischen Hymne ausdrücklich zu danken und danach die Musik intonierte: „Noch ist Polen nicht verloren". Sämtliche Russen haben in begreiflicher Erbitterung das Bankett sofort verlassen, und es läßt sich denken, wie die Kommentare der russischen Presse über das „Belgrader Inzident" lauten:

„Wir haben, schreibt der „Golos Moskwy", uns schon nach dem Prager Kongreß sehr skeptisch der Begeisterung gegenüber gezeigt, welche die polnisch-russische Annäherung hervorrief. Wir sahen in der realen Wirklichkeit dazu keinen praktischen Boden, so aufrichtig auch die polnischen Tränen schienen, welche damals auf die Westen der gerührten Russen flossen. Jetzt haben die Belgrader Tage bewiesen, daß wir mit unserm Skeptizismus recht hatten..... wie sorgfältig auch die Polen ihre wahren Empfindungen Rußland gegenüber verbergen, sie brechen doch durch und schreien uns an, vielleicht gegen den Willen weiterblickender Politiker, die einsehen, daß die Zeit für offenkundige Feindseligkeit nicht günstig ist und daß es vorteilhafter ist, die russische Gesellschaft in angenehmer Täuschung zu erhalten.

Das Belgrader Inzident war solch ein unerwarteter Ausbruch, der mit einemmal das Bild der wahren „polnischen Loyalität" und ihrer „freundschaftlichen Gefühle" für Rußland zeigte. Nun, wir danken auch dafür. Es ist besser, genau zu wissen, mit wem man es zu tun hat. Wir wußten es schon früher, aber man darf wohl hoffen, daß es jetzt auch die Blinden einsehen werden."

Ähnlich schreibt die russische „Petersburger Zeitung":

„Fortan wird kein Russe, der sein Vaterland lieb hat, allslavische Kongresse jemals besuchen!"

Das ist sehr bitter, entspricht aber einer Wirklichkeit, die Jahrhunderte alt ist.

Das bulgarische Parlament hat nunmehr die Verfassungsänderung angenommen, die dem Zaren Ferdinand das Recht erteilt, mit Wissen seiner Regierung Geheimverträge abzuschließen. Das Urteil der russischen

Presse steht dieser Tatsache unsicher gegenüber, doch überwiegt das Mißtrauen.

Völlig unsicher liegen die Verhältnisse in Portugal. Zunächst behauptet die regierende republikanische Partei noch ihre Macht. Aber es fragt sich, wie lange das dauern wird, da die monarchistischen Parteien, Manuelisten und Miguelisten, sich zusammengeschlossen haben, und im Lande selbst die Republikaner eine Minorität bilden, die zudem die mächtige Geistlichkeit und damit auch die Frauen zum Gegner hat.

Der 14. Juli hat in Paris, abgesehen von geringfügigen Krawallen mit den Anarchisten und Antimilitaristen, dank dem entschlossenen Schutz, den Polizei und Truppen boten, und dem prachtvollen Wetter, einen würdigen Verlauf genommen. Aber auch an diesem nationalen Festtage hat es nicht an Sabotage gefehlt, und seither hat jeder neue Tag weitere Nachrichten über zerschnittene Telegraphendrähte und Versuche, Eisenbahnzüge zu vernichten, gebracht. Die „K. Z." gibt als „Bilanz der Sabotage" 2611 Fälle von Zerstörungen am Eisenbahnmaterial an und führt die Verwilderung, die aus diesen Zahlen spricht, auf die Massenbegnadigungen zurück, die bekanntlich seit einer Reihe von Jahren die Regel geworden sind. Aber wie läßt sich erwarten, daß eine radikal sozialistische Regierung andere Früchte erntet?

21. Juli 1911. Genehmigung der Regierungsvorlage auf Änderung der Verfassung durch die bulgarische Nationalversammlung.
22. Juli. Einzug Mohammed Alis in Asterabad.
23.—25. Juli. Brände in Konstantinopel.

---

26. Juli 1911.

Wohl nur selten sind acht Tage von so bedeutsamer und so vielseitiger Wichtigkeit gewesen, wie sie die hinter uns liegende Woche gebracht hat. Vor allem: in England ist die Entscheidung gefallen in der großen konstitutionellen Frage, welche Unterhaus und Oberhaus, Ministerium und unionistische Koalition trennte. Nachdem das Oberhaus einstimmig die Vetobill mit den für das Unterhaus unannehmbaren Amendements votiert hatte, wandte sich Mr. Asquith an König Georg mit der Bitte, ihn zu ermächtigen, so viele Peers zu ernennen, als nötig seien, den Widerstand des Oberhauses zu brechen. Der König stimmte dem Antrag zu, und darauf richtete Asquith den folgenden Brief an den Führer der Unionisten:

10. Downing Street, Juli 20. 1911.

Lieber Mr. Balfour!

Ich halte es für höflich und richtig, bevor irgendwelche öffentliche Entscheidungen angekündigt werden, Sie wissen zu lassen, wie wir die politische Lage beurteilen. Wenn die Parlamentsbill in der Form, welche sie jetzt angenommen hat, in das Haus der Commons zurückkommt, werden wir genötigt sein, das Haus zu bitten, die Amendements der Lords abzulehnen. Unter diesen Umständen wird, falls es nötig werden sollte, die Regierung dem Könige raten, von seiner Prägorative Gebrauch zu machen, um zu erreichen, daß die Bill *im wesentlichen* in derselben Form, in welcher sie das Unterhaus verließ, zum Gesetz wird, und Seine Majestät hat geruht anzudeuten, daß er es für seine Pflicht halten werde, diesen Rat anzunehmen und danach zu handeln. Ihr aufrichtig ergebener

H. H. Asquith.

Es haben danach erregte Versammlungen im Palais Lansdowne stattgefunden. Lange schwankten die Meinungen hin und her, es wurde viel und erregt gesprochen. Da aber Lord Lansdowne erklärte, daß nunmehr jeder Widerstand vergeblich sei und einen Mangel an Achtung gegen die Krone bedeuten würde, läßt sich nicht mehr daran zweifeln, daß die Lords sich dem Willen des Königs und des Unterhauses fügen werden. Natürlich unterbleibt dann die Ernennung neuer Peers, und das ist für die Lords wohl das Wesentliche. Denn wer mag mit Sicherheit vorhersagen, wie lange die Regierung von Mr. Asquith und seinen Gesinnungsgenossen dauern wird. Kommen aber einmal die Unionisten ans Ruder, so liegt es in ihrer Hand, jeden Gesetzesantrag durchzusetzen, der ihnen gefällt, da das Haus der Lords, nachdem die Überschwemmung desselben durch radikale Peers abgewehrt ist, unter allen Umständen mit einem unionistischen Kabinett Hand in Hand gehen wird. Die Wandlung, die bevorsteht, ist also weniger tiefgreifend, als in der Polemik der Parteien dargelegt wurde. Hat eine prinzipielle Demokratisierung der englischen Verfassung auch ohne allen Zweifel stattgefunden, so trägt diese doch mehr einen zeitweiligen als einen dauernden Charakter. Sie muß unter einem Kabinett mit unionistischer Majorität zum Stehen gebracht werden können, und es läßt sich annehmen, daß in der Homerulefrage geheim gehaltene Vereinbarungen zwischen Mr. Asquith und Mr. Balfour erfolgt sind, welche die Gefahren dieser Konzession wesentlich mindern. Am Montag ist es dann noch einmal zu einer wilden Szene gekommen, die wenig mit dem Anstande vereinbar ist, den die „Mutter der Parlamente" für sich als selbstverständliche Voraussetzung in Anspruch nimmt. Die Opposition hat Mr. Asquith durch wüstes Geschrei nicht zu Worte kommen lassen, und der Speaker mußte die Sitzung schließen. An der oben dargelegten politischen Situation ist freilich damit nichts geändert.

Das zweite historisch-politische Ereignis der Woche ist die Annahme des Reziprozitätsvertrages zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten durch den Senat in Washington. Wir verzichten, über die Tragweite der Tatsache zu diskutieren. Jedenfalls führt sie eine neue Lage in die Geschichte Amerikas ein. Der Schwerpunkt des politischen Lebens beginnt sich zu verschieben, und die Folgen, die gewiß nicht von heute auf morgen ans Licht treten werden, bleiben abzuwarten. Wir sind nicht der Meinung, daß England Grund hat, sich darüber zu freuen; auch

ist ja allbekannt, daß die von England geführte Presse alles Denkbare getan hat, um diesen Ausgang abzuwenden.

Ein drittes Ereignis von unberechenbarer Tragweite ist die Rückkehr des entthronten Schahs von Persien, Mohammed Ali, als Prätendent auf den verlorenen Thron, den jetzt sein unmündiger Sohn unter der Regentschaft des Prinzen Nasr-el-Mulk einnimmt. Es ist sehr fraglich, ob das Erscheinen des Schah auf persischem Boden als eine Überraschung zu betrachten ist, oder ob es sich um einen von langer Hand vorbereiteten und nachsichtig geduldeten Anschlag handelt. Der Schah ist nicht eben eine sympathische Persönlichkeit. Als er am 16. Juli 1909 flüchtig Teheran verlassen mußte und unter russischer Eskorte nach Odessa geleitet wurde, haben ihm wohl nur wenige nachgetrauert. Er war gewalttätig, grausam, unzuverlässig. Als er am 23. Februar 1907 seine Regierung antrat, versprach er, seinem Lande eine Verfassung zu verleihen, und das ist gewiß nicht auf den Rat Rußlands geschehen, das sehr wohl weiß, wie unhaltbar auf dem halbnomadischen Boden Persiens ein Verfassungsleben ist. Es müssen andere Einflüsse gewesen sein, die den Schah in sein schlecht berechnetes System drängten. Wie dem auch sei, am 20. Oktober 1907 nahm Mohammed Ali die vom Medjlis ausgearbeiteten Grundgesetze des neuen konstitutionellen Staates an. Er hat sie am 23. November desselben Jahres und 25. Januar 1908 beschworen, es aber schon im Februar 1908 nicht für möglich gehalten, bei diesem Eide zu bleiben. Der Medjlis ward aufgelöst, und im Oktober 1908 erklärte der Schah die Verfassung für nicht existent. Nun muß wohl ausdrücklich hervorgehoben werden, daß in diesen Konflikten zwischen Schah und Parlament Rußland den Schah unterstützte. Man sah aus guten Gründen in Petersburg den persischen Parlamentarismus mit sehr skeptischen Augen an. Dann aber kam das russisch-englische Abkommen, das Persien in zwei Einflußsphären, eine nördliche russische und eine südliche englische, zerlegte, in der Mitte aber eine quasi selbständige Zone bestehen ließ, die unter dem kombinierten Einfluß beider Mächte stand. Es war die Konsequenz dieser Tatsache, daß im April 1909 Russen und Engländer ihre Truppen, die einen in den Norden, die andern in den Süden Persiens einrücken ließen, und daß unter dem überwiegenden Einfluß Englands Rußland nunmehr sein bisher eingehaltenes System aufgab und den Schah nötigte, sich wieder zu dem von England geforderten konstitutionellen System zu bekennen. Das

geschah im Mai 1909; am 15. Juli aber mußte Mohammed Ali flüchtig Persien verlassen. Es schien die gesamte Nation sich gegen ihn erhoben zu haben. Aus welchen Gründen, mag unentschieden bleiben. Wir haben das Material nicht, um darüber mit Sicherheit zu urteilen. Aber seit der Schah in Odessa gute Unterkunft und unter dem Druck beider „Schutzmächte" eine recht ansehnliche persische Pension erhalten hatte, begannen die konstitutionellen Experimente in Persien einen Charakter anzunehmen, der ihnen immer mehr die Sympathien der Perser entzog. Man fühlte sich unter einer Fremdherrschaft stehen, und obgleich auch in Teheran kein Zweifel darüber bestand, daß Rußland und England im Grunde divergierende Interessen verfolgten, daß Rußland dauernd im Norden Fuß fassen, England sich eine Straße durch Persien nach Indien sichern und vor allem dem durch Persien gehenden Waffenhandel ein Ende machen wollte, war man doch weder klug noch energisch genug, der englisch-russischen Politik eine persische entgegenzusetzen. Für die beiden „Schutzmächte" aber war das Problem, durch ein System gegenseitiger Zugeständnisse vor allem auf Kosten Persiens das eigene Interesse zur Geltung zu bringen. Daß Nasr-el-Mulk Regent wurde, war der Ausdruck des Kompromisses, der zwischen den Kabinetten von St. James und Petersburg stattgefunden hatte. Seit Beginn des laufenden Jahres aber hatte sich die Lage insofern geändert, als in der Frage der Eisenbahnkonzessionen und der Finanzverwaltung die Interessen Englands und Rußlands sich zu trennen begannen. Es ließ sich erkennen, daß man zwar den Schein des unbedingten Zusammenstehens aufrecht zu erhalten bemüht war, in Wirklichkeit aber entgegengesetzte Ziele verfolgte. An den in Persien stehenden russischen Truppen hatte man in London keine Freude, in Petersburg nicht an den Bemühungen englischer Privatpersonen (von denen man glaubte, daß sie von Downing Street aus unterstützt würden), zu leitender Stellung in der persischen Finanzverwaltung zu gelangen. Endlich kam als neues Element ein amerikanischer Finanzmann, Mr. Shuster, mit seinem Stabe hinzu, dem man englischerseits für nötig hielt, größeres Entgegenkommen zu zeigen, als den russischen Wünschen entsprach. Um diese Zeit wurden die bereits früher aufgetauchten Gerüchte lebendiger, daß Mohammed Ali sich mit der Absicht tragen könnte, nach Persien zurückzukehren. Er hatte von der russischen Regierung die Erlaubnis erhalten, nach Österreichisch-Baden zu reisen, um sich dort einer Kur zu unterziehen. Aus Baden

aber verschwand Mohammed Ali eines schönen Tages, und jetzt ist er an der südöstlichen Ecke des Kaspischen Meeres auf persischem Boden gelandet, heute bereits unter ungeheuerem Zulauf in Asterabad, zweifellos entschlossen, von dort nach Teheran zu ziehen. England und Rußland aber haben erklärt, daß sie seinem Unternehmen völlig neutral und nur beobachtend gegenüberstehen würden. Daß dabei die Empfindungen beider Mächte dieselben sind, erscheint uns zweifelhaft. Rußland kann mit Fug und Recht auf die Dankbarkeit Mohammed Alis rechnen. Er wird nichts verweigern, was ihm die Gunst des Gastfreundes in Odessa sichern kann. Selbsterhaltung heißt jetzt vor allem das Ziel seines Lebens, und die kann ihm Rußland weit besser als England gewährleisten. Das persische Volk aber scheint lieber den Despotismus eines Mannes als den eines komplizierten Vertretungskörpers tragen zu wollen. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß dem konstitutionellen Persien seine Truppen unter den Händen zusammenschmelzen werden und daß der Sieger in der persischen Frage — wie es ja der Natur der Dinge entspricht — Rußland sein wird.

Mit großer Teilnahme haben wir von dem furchtbaren Unglück vernommen, das halb Konstantinopel in einen Trümmerhaufen verwandelt hat. Das schwerste dabei ist wohl die gefährliche Verwundung, die den tapferen Schewket Pascha betroffen hat, den — wie man wohl sagen darf — besten Mann der Türkei, dessen Energie und Patriotismus gerade jetzt notwendiger schien als je. Wir hoffen und wünschen ihm baldige Genesung und der Türkei ein Ende des Parteihasses, der so entsetzliche Früchte getragen hat.

Die Verhandlungen zwischen Herrn Cambon und Herrn v. Kiderlen-Waechter scheinen, nach dem ungeheuren Lärm zu urteilen, den das englisch-französisch-russische Preßkonsortium erhebt, einer Entscheidung nahe zu stehen. Die Telegramme, die Herr Wesselitzki aus London der „Nowoje Wremja" schickt, bieten dem sensationslüsternen Publikum eine politische Ente nach der anderen, wie z. B. die lächerliche Behauptung, daß Deutschland von Frankreich den Verzicht auf sein Vorkaufsrecht in betreff des Kongostaates verlangt habe, woran natürlich nicht zu denken ist. Der Kongostaat ist bekanntlich als solcher völkerrechtlich gesichert, und in Belgien denkt niemand daran, diese geniale Schöpfung Leopolds II. preiszugeben. Sollte aber wider alle Wahrscheinlichkeit Belgien einmal dieser Goldgrube überdrüssig werden, so ist wohl nicht

daran zu zweifeln, daß nicht nur französische und deutsche, sondern vor allem englische Ansprüche in den Vordergrund treten würden, und es könnte dann sehr fraglich sein, ob England einen größeren Vorteil durch eine Verständigung mit Deutschland oder mit Frankreich finden würde. Wozu also die Erregung über eine Frage, die als Zukunftsproblem denkbar, in der Gegenwart aber nur als nichtexistent bezeichnet werden muß? Auf die Hitzwelle, welche durch die französische Presse zieht, wollen wir nicht näher eingehen. Verlangen die Franzosen Rückkehr zur Akte von Algeciras, so mögen sie die Schauja und Casablanca räumen und alle Maßregeln rückgängig machen, durch welche sie die Bestimmungen über die Organisation der Polizeitruppen überschritten haben. Aber es widerstrebt uns, hier hundertmal Gesagtes zu wiederholen. Die Zumutung, daß wir in dieser ganzen Angelegenheit die Rolle des betrogenen und betrügenden Augurn spielen könnten, ist zu ungeheuerlich, als daß sich annehmen ließe, die Franzosen hätten selbst ernstlich daran geglaubt. Auch leben wir nicht im Zeitalter Friedrich Wilhelms IV., sondern im Zeitalter Wilhelms II. Es ist deshalb ein ungeheurer Irrtum Frankreichs, wenn es meint, durch das stete Ausspielen des Zorns seiner Verbündeten dem Gang der Verhandlungen eine Wendung zu geben, die Deutschland zu einem schimpflichen Rückzug nötigt. Im Gegenteil, auf diesem Wege könnte allerdings die bisher durchaus ruhige und freundschaftliche Verhandlung einen gereizten Charakter annehmen, der den schließlichen Ausgang ernstlich gefährden müßte.

Im Augenblick wird in Frankreich und in der zum obenerwähnten Konsortium gehörenden englischen und russischen Presse antideutsches Kapital aus der Rede geschlagen, die der Schatzkanzler Lloyd George am 21. Juli im Mansion House gehalten hat. Man hat daraus eine englische Drohung an unsere Adresse herauslesen wollen und sich beeilt, in diesem Sinne kommentierte Auszüge durch den Telegraphen in alle Welt zu verbreiten. Jetzt liegt der offizielle Text dieser Rede vor uns und sie läßt sich wohl am besten dahin charakterisieren, daß, wenn man überall, wo Großbritannien gesagt wird, Deutschland setzen wollte, diese Rede wörtlich so von unserem Staatssekretär des Reichsschatzamtes vor dem deutschen Reichstage gehalten werden könnte. Auch wir können mit Stolz darauf blicken, wie Wohlstand und Unternehmungsgeist bei uns wachsen. Auch wir erblicken in dem steigenden Wohlstand anderer Staaten einen Vorteil und können mit Mr. Lloyd George sagen:

„Alles, was zum Gedeihen der Welt beiträgt, ist unser Interesse, alles, was dieses Gedeihen schädigt, ist ein Verlust für uns." Der Passus der Rede aber, der zu so vielen mißgünstigen Kommentaren Anlaß gegeben hat, lautet, wenn wir Deutschland setzen, wo England steht, folgendermaßen:

„Ich glaube, daß es im höchsten Interesse nicht nur unseres Vaterlandes, sondern der Welt liegt, daß Deutschland auf jede Gefahr hin (at all hazards) seinen Platz und sein Ansehen unter den Großmächten behauptet. Deutschlands mächtiger Einfluß hat mehr als einmal in der Vergangenheit unschätzbare Dienste der Sache humaner Freiheit geleistet und kann es noch in der Zukunft tun. Es hat mehr als einmal in vergangenen Zeiten Mächte, die manchmal nur allzu geneigt sind, diese Dienste zu vergessen, vor zerschmetternden Niederlagen, ja vor nationaler Vernichtung bewahrt. Ich würde große Opfer bringen, um den Frieden zu erhalten, und ich sehe nichts, was die Störung guter internationaler Beziehungen rechtfertigen würde, es seien denn Fragen von größtem nationalem Interesse; sollte uns aber eine Lage aufgenötigt werden, in welcher der Friede sich nur erhalten ließe durch Aufgabe der großen und wohltätigen Stellung, die Deutschland durch Jahrhunderte voller Heroismus und voller Großtaten errungen hat, sollte Deutschland in Fragen, die seine Lebensinteressen angehen, behandelt werden, als wäre es nicht von Belang im Rate der Völker, dann — das sage ich ausdrücklich — wäre der Friede um jeden Preis eine unerträgliche Demütigung für eine große Nation wie die unsrige. Nationale Ehre ist keine Parteifrage. Die Sicherheit unsres großen internationalen Handels ist keine Parteifrage. Der Friede der Welt ist am besten zu sichern, wenn alle Nationen redlich das erfüllen, was Voraussetzung des Friedens ist. Weil ich der Überzeugung bin, daß die Nationen beginnen, sich besser zu verstehen, den gegenseitigen Standpunkt sorgfältiger zu erwägen, weil sie geneigter sind, ruhig und ohne Leidenschaft zu verhandeln, bin ich der Meinung, daß zwischen heute und dem nächsten Jahre nichts eintreten wird, was einen Reichsfinanzminister nötigen könnte, nicht in den Ruf einzustimmen, der dem fortdauernden Gedeihen der Reichsfinanzen gilt."

Lloyd George sprach von England, und jeder Staatsmann in verantwortlicher Stellung wird, wie wir es hier der Anschaulichkeit wegen getan haben, diese Rede Wort für Wort für sein Volk in Anspruch

nehmen. Wir sind deshalb weit entfernt davon, darin eine Drohung zu sehen. Daß Lloyd George seinen Optimismus nur auf ein Jahr ausdehnte, erklärt sich aus der Tatsache, daß von seinem diesjährigen Budget die Rede war und er nächstes Jahr ein neues vorzulegen hat. Die Schlüsse, die an diese Terminierung geknüpft werden, sind also durchaus unhaltbar. Soviel uns bekannt ist, liegt zwischen uns und England nicht der geringste Anlaß zu einem Konflikt. Das Wettern der englischen, antideutschen Preßklique und ihrer Mäzene kennen wir aber seit mehr als zehn Jahren. Sie hat uns in noch ganz anderen Tönen bedroht als heute, und uns doch nie veranlaßt, auch nur einen Schritt von der eingeschlagenen Bahn abzuweichen. Wäre die englische Regierung ihr Werkzeug, so wie heute der „Temps" bemüht ist, die französische zu dem seinigen zu machen, so hätte schon lange ein Weltkrieg nicht nur England und uns, sondern ganz Europa und Amerika in Brand gesetzt. Aber Leitartikel sind keine Kanonen und Tafelreden keine Siegesbulletins. Weder die einen noch die andern entscheiden über die Zukunft.

Einen ganz besonders lächerlichen Eindruck aber macht es, wenn man in Frankreich sich bemüht, unser Vorgehen in der Marokkofrage durch innere Schwierigkeiten Deutschlands zu erklären, als ob bei uns und nicht in Frankreich der gesamte Eisenbahnverkehr durch verbrecherische Anschläge (2000 seit einem Jahr berechnet Yves de Constantin in der „Revue internationale") gelähmt wird, als ob bei uns und nicht in Frankreich der Antimilitarismus und die sich wiederholenden Rebellionen der Seeleute an der Tagesordnung wären, der zahllosen andern Übel nicht zu gedenken, die uns Tag für Tag von der französischen Presse über die unheilvollen Schäden der Justiz, der Verwaltung, des regierenden Cliquenwesens zugetragen werden. Und dabei erlaubt man sich über die inneren Schwierigkeiten der Nachbarn die Achseln zu zucken! In die gleiche Kategorie gehören die auf Elsaß-Lothringen gerichteten Aufreizungen des französischen Patriotismus, die von der gesamten französischen Presse gepflegt werden. So empfiehlt der „Eclair" das Buch von George Ducrocq: „La blessure mal fermée", das nach den vorgelegten Auszügen von kläglicher sentimentaler Tendenz und entschlossener Feindseligkeit ist. Die Charakteristik des „Eclair" aber lautet: „Es ist ein schönes Buch, es rührt und ist voller Hoffnung!" Und zum Erbauen der Patrioten seines Schlages weist er auf den alten Soldaten hin, der das Denkmal in Weißenburg zu hüten hat und jedem

Besucher die folgende erstaunliche Phrase wiederholt: „C'est par ici que partait Napoléon toutes les fois qu'il allait en Russie." „Dieser Mann", schließt Herr Ducrocq, „kennt keinen Zweifel und hat recht!"

Inzwischen liegen sich Franzosen und Spanier in den Haaren, und es scheint, trotz aller Versuche, zu einer Ausgleichung zu gelangen, nicht möglich, das hitzige Temperament der beiderseitigen militärischen und zivilen Vertreter zu zügeln. Einmal haben die Spanier sich zu einer Art Abbitte bequemen müssen; jetzt wird, dank dem unqualifizierbaren Verhalten des Leutnants Thiriet, wohl Frankreich daran glauben müssen, und wenn nicht alles trügt, werden solche „Zwischenfälle" sich noch häufig wiederholen. Doch wir wollen nicht mit einem Mißton schließen und weisen deshalb auf eine Unterredung hin, die ein Gewährsmann des „Neuen Wiener Tagblatts" mit Herrn René Millet, wohl dem hervorragendsten der französischen Kolonialpolitiker, gehabt hat. Die Marokkofrage war das Thema, und Herr Millet sagte u. a.: „Selbst an territoriale Veränderungen außerhalb Marokkos kann man denken in dem Sinne eines Austausches, etwa durch Abtretung französischen Kongogebiets an Deutschland zugunsten Kameruns, und durch gleichzeitige Abtretung der zwischen französischen und englischen Gebieten eingeklemmten Enklave von Togo. Es gibt derartige Kolonien, von denen ein Staat sich ohne dauernden Nachteil trennen kann. Ich möchte sie amorphe nennen. In dem Austausch von derartigen Kolonien, durch den eine Arrondierung und Konzentration des Kolonialbesitzes stattfindet, liegt ein Gewinn für beide Teile. Man könnte einzelne sogar gegen kommerzielle Vorteile aufgeben. Denn diese amorphen Kolonien entsprechen den alten Kontors der konkurrierenden Europäer zur Zeit des primitiven Tauschhandels mit den Eingeborenen. Diese rückständige Einrichtung hätte an dem Tage aufgegeben werden sollen, an welchem durch die Berliner Konferenz das Recht eines Landes auf die Hinterländer seiner Besitzungen genau bestimmt wurde. Heute ist unsere Rolle in Afrika eine ganz andere. Sie besteht darin, den Reichtum dieses Weltteiles zu entwickeln, indem wir die Zivilisation bis ins Herz seiner Länder tragen. Das können nun die großen Nationen nur leisten, indem sie ihrem Besitze eine möglichst konzentrierte Gestalt geben. Es ist ein ähnlicher Vorgang wie die Kommassation der verstreuten Parzellen in der Landwirtschaft. Nun aber ist Marokko keine verstreute Parzelle. Es ist nicht eine amorphe Kolonie, sondern die Vormauer von Algier

und Tunis, und das algerisch-tunesische Reich ist nicht irgendeiner Kolonie gleich zu achten, die wir ohne großen Schaden auch verlieren könnten. Es ist die Verlängerung des französischen Territoriums, es ist Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut, es ist Neu-Frankreich, „La Nouvelle France", entstanden an der Stelle, an der einst auch das Römerreich übers Meer hinausgewachsen war. Und wir verteidigen Algier-Tunis in Marokko. — Es liegt auch keineswegs im Interesse Deutschlands, uns darin zu stören. Es hat ebensowenig wie wir ein Interesse daran, an dem Atlasgebirge eine zweite Vogesengrenze zu bewachen. Bismarck hatte mit seinem überlegenen Verstand zuerst das politische Prinzip begriffen, daß man uns freies Wachstum jenseits des Mittelmeeres gönnen muß. Da wir zur Entwicklung unseres afrikanischen Reiches, wenn nicht auf die Zustimmung, so doch wenigstens auf die wohlwollende Neutralität Deutschlands angewiesen sind, so müssen wir diese nach dem Prinzip des „Do ut des" bezahlen; Deutschland läßt uns etwas teuer zahlen, aber schließlich: Les affaires sont les affaires, und wirtschaftlich wollen wir gern Opfer bringen. Politisch aber können wir es nicht, denn es gilt die Sicherheit unseres afrikanischen Besitzes."

27. Juli 1911. Erklärung Asquiths im Unterhause über die Marokkofrage.
28. Juli. Abschaffung der Todesstrafe in Portugal.
31. Juli. Erfolge des Exschah Mohammed Ali auf persischem Boden.
3. August. Unterzeichnung des englisch-amerikanischen und des französisch-amerikanischen Schiedsvertrages.
4. August. Ernennung von John Leishman zum amerikanischen Botschafter in Berlin.
8. August. Ablehnung eines Mißtrauensvotums gegen das Kabinett Asquith durch das Unterhaus mit 365 gegen 246 Stimmen.
9. August. Annahme des Mißtrauensvotums durch das Oberhaus mit 282 gegen 68 Stimmen.
10. August. Annahme der Vetobill durch das Oberhaus.
12. August. Niederlage Mohammed Alis durch die Bachtiaren.
18.—20. August. Generalstreik der Eisenbahner in England.
19. August. Unterzeichnung des deutsch-russischen Abkommens über Persien.
24. August. Manuel d'Arriaga wird zum Präsidenten der portugiesischen Republik gewählt.
27. August. Rede Kaiser Wilhelms in Hamburg über Seegeltung.
30. August. Die Spanier besetzen Larrasch.
31. August. Prinz Jussuf Izzedin, türkischer Thronfolger, in Berlin. Petersburger Konferenz zur Revision des russisch-chinesischen Vertrages. Konstituierung des Ministeriums Sajonji in Japan.
2. September. Enthüllung des Steubendenkmals in Potsdam.
7.—13. September. Unruhen und Kämpfe in Persien.
9. September. Kämpfe der Spanier im Rif.

13. September 1911.

In der Marokkokrisis ist von den französischen Zeitungen und speziell vom „Temps" so viel Unwahres und tendenziös Falsches verbreitet worden, daß, wenn einmal die volle Wahrheit zutage tritt, die Leser dieser Blätter völlig urteilslos sein müßten, falls sie ihren Leiborganen noch weiter Glauben schenkten. Aber es wird doch nützlich sein, die wesentlichsten Unwahrheiten richtigzustellen. Zunächst wird behauptet, Deutschland habe durch Entsendung des „Panther" nach Agadir die Okkupation und Besitzergreifung Südmarokkos einleiten wollen. Das ist eine Erfindung, die nicht den geringsten tatsächlichen Hintergrund hat. Die Absicht, eine landesherrliche Stellung in Marokko zu gewinnen, hat keinen Augenblick bestanden, wohl aber hat Deutschland durch das Zeigen seiner Flagge in Agadir Frankreich darauf hinweisen wollen, daß es nicht geneigt sei, sich düpieren zu lassen,

wie es seit Abschluß des Vertrages von Algeciras gegen den Geist dieses Vertrages und durch Umgehung seiner Bestimmungen systematisch von Frankreich versucht worden ist. Um diesem Zustande ein Ende zu machen, hatte Deutschland das Abkommen vom 9. Februar 1909 abgeschlossen, das bestimmt war, klare Verhältnisse zu schaffen und unserem Handel, sowie anderen wirtschaftlichen Unternehmungen in Marokko einen festen Boden zu ruhiger Entfaltung zu sichern. Frankreich hat es möglich gemacht, durch ein System konsequenter Schikanen auch diese Vereinbarung zu umgehen, und schließlich durch den Marsch nach Fez gezeigt, daß es die Bestimmungen der Akte von Algeciras völlig über Bord geworfen habe. Wenn nun Deutschland in den Verhandlungen, die nach Agadir angeknüpft wurden, sich bereit zeigte, seinerseits den Franzosen die politische Stellung in Marokko zu überlassen, der sie zustrebten, so konnte das selbstverständlich nur unter zwei Voraussetzungen geschehen: erstens, Deutschland mußte für die Machterweiterung, die ein Festsetzen Frankreichs in Marokko für die afrikanische Stellung der Republik bedeutete, eine Entschädigung an afrikanischem Territorium gewinnen, und zweitens, es mußte Garantien dafür erhalten, daß die offene Tür in Marokko, die der Vertrag von Algeciras in der Theorie gesichert hatte, für Deutschland auch tatsächlich auf immer offen bleibe. Daß solche Sicherheiten erforderlich sind, zeigt die Erfahrung, die alle Welt an den französischen Kolonien gemacht hat, in Algier wie in Tunis und in Madagaskar; es läßt sich zu weiterer Belehrung der Welt an dem englisch-französischen Vertrag vom 8. April 1904 erkennen, der ausdrücklich die offene Tür in Marokko für England auf nur 30 Jahre terminierte. Was Deutschland verlangt, ist also nicht mehr aber auch nicht weniger als die offene Tür, ohne Privilegien und Monopole, wie der „Temps" seinen Lesern insinuiert und wie, dem Beispiel Herrn Tardieus folgend, die übrige französische Presse wiederholt. Eine ohne Zweifel von sehr orientierter Seite stammende Benachrichtigung des „Lokalanzeigers" bestätigt unsere tatsächlichen Angaben und ergänzt sie durch die Mitteilung, daß

„die Marokko-Angelegenheit in der Hauptsache, wenn nicht unerwartete Zwischenfälle eintreten sollten, bis zum Ende dieser Woche erledigt sein werde".

Daß unerwartete Zwischenfälle immerhin denkbar sind, ist bei der Schwäche der heutigen französischen Regierung allerdings nicht aus-

geschlossen. Sie hängt von den Schwankungen der öffentlichen Meinung Frankreichs, d. h. von der Pariser Presse, ab, und da diese in Händen der französischen Marokko-Interessenten ruht, zu denen neben Herrn Tardieu, wenn wir recht unterrichtet sind, auch Herr Caillaux und Herr Delcassé gehören, kann nicht vorhergesehen werden, wohin dieser Wind sie treiben wird. Dazu kommt, daß die „France militaire" die Temperatur der französischen Armee allmählich überhitzt hat, und daß Herr Delcassé der französischen Kriegsmarine sein „archiprêt" zugerufen hat.

Nun steht es freilich nach englischen Berichten mit dieser absoluten Kriegsbereitschaft der französischen Flotte einigermaßen zweifelhaft. Der Korrespondent des „Standard", der die Flottenmanöver bei Toulon mitmachte, erzählt, wie zur Zeit, als der Kreuzer „St. Louis" den „Poignard" niederrannte, die gesamte französische Flotte von einem gleichen Schicksal hätte betroffen werden können.

„Als beide manövrierenden Flotten nur fünf englische Meilen voneinander entfernt waren, fiel um 7 Uhr ein außerordentlich schwerer Nebel, um 8 Uhr konnten die Schiffe der Geschwader einander nicht mehr sehen. Trotzdem kam Befehl, nicht Anker zu werfen, sondern „blind weiterzudampfen", geleitet nur durch den Ruf der Sirenen. Als dann um 8½ Uhr der Nebel ebenso plötzlich schwand, als er gekommen war, bot sich ein höchst sonderbares und unerwartetes Bild, das in wirklichem Kriege die erstaunlichsten Folgen gehabt hätte. Drei der großen „Dantons" waren nahe beieinander geblieben, aber der „Voltaire" war weit nach Osten mit vier „Patries" des Feindes, während der fünfte blockierende „Danton", der „Diderot", der hinter „Mirabeau" sein mußte, fünf Meilen westlich von ihm lag. Andererseits war der „Suffren" von seinem Geschwader durch drei große Kreuzer des Feindes abgeschnitten. Die einzigen Schiffe, welche ihre Formation strikt eingehalten hatten, waren sechs der sieben alten Kreuzer, was sich durch die Tatsache erklärt, daß sie vom Auslanddienst zurückkamen und Offiziere und Mannschaft mehr an Nebel gewöhnt waren als ihre Kollegen vom Mittelmeer."

Das stimmt nun freilich schlecht zu den erneuten Triumphreden Herrn Delcassés, die uns ohnehin verdächtig erscheinen, weil es nicht wohl denkbar ist, daß selbst ein Mann von seinem „Genie" in so kurzer Zeit

eine Flotte, über deren vernachlässigten Zustand alle Welt unterrichtet war, zur Vollkommenheit führt. Auch sind die Revolten in der Marine, die fast zu den normalen Erscheinungen dieser Flotte gehörten, nicht so leicht zu vergessen. Wer aber kann dafür bürgen, daß die „inscrits maritimes“ nicht eines schönen Tages aufs neue den Dienst verweigern, wie es diese freien Männer schon mehr als einmal getan haben. Noch drastischer als im „Standard“ wird die prahlerische Kundgebung Delcassés durch einen Bericht des „Giornale d'Italia“ bloßgestellt, der einen Vergleich zwischen der Flottenrevue in Toulon und in Kiel anstellt (konf. den römischen Brief der „Kreuz-Zeitung“ vom 9. September), der in ein geradezu vernichtendes Urteil über die französische Inferiorität ausmündet. Man fragt sich dabei wohl, wen Herr Delcassé täuschen will, und ob er im Begriff ist, an der französischen Flotte dieselben unheilvollen Experimente zu machen, die seinen Ruf als Politiker in den Jahren 1904 und 1905 in nicht beneidenswerter Weise begründet haben. Gleich abenteuerlich ist aber die Renommage mit dem Aufgebot von fünf Millionen Soldaten, mit dem man uns imponieren will. Kurz, das ganze Treiben macht einen kläglichen Eindruck, der noch dadurch verstärkt wird, daß gleichzeitig die Hilferufe nach Rußland und nach England ergehen. Über den Widerhall, der durch die „Times“ und ihre Genossen, die journalistischen wie die politischen, den Franzosen zugetragen wurde, ist so viel geschrieben worden, daß wir darauf verzichten, centies dicta zu wiederholen, zumal diese Elemente unbelehrbar und unbekehrbar sind. Aber es ist vielleicht nützlich, auf eine Stimme hinzuweisen, die in diesen Chor nicht einstimmt, sondern zur Besinnung ruft. Es ist der in London erscheinende „Economist“, der direkt erklärt:

„daß eine Politik unfreundlicher Haltung gegen Deutschland weder beim Volk noch in den Geschäftskreisen Englands Unterstützung finde“. „Wir haben“ — schreibt er — „einen ungeheuren und einträglichen Handel mit Deutschland, dessen Unterbrechung wahrscheinlich 10 Prozent unserer Arbeiter ohne Beschäftigung ließe. Dazu aber sind wir dem deutschen Volke verbunden durch unser Blut, durch historische Überlieferung, durch das, was wir der deutschen Philosophie, deutscher Literatur und Wissenschaft danken. Die Deutschen bekennen sich zu einer entsprechenden Schuld, und die meisten politischen Reformen Deutschlands sind unter dem Einfluß und im Licht unserer eigenen freien Institutionen unternommen worden, während anderseits nicht vergessen werden darf,

wieviele unserer sozialen Pläne, wie z. B. die Altersversorgung, durch deutsche Erfahrung geleitet worden sind. Wenn wir das sagen, wollen wir damit keineswegs kalt Wasser oder einen Zweifel auf den Wert unserer entente cordiale mit Frankreich werfen. Wir protestieren nur gegen die diplomatische Vorstellung, daß Freundschaft mit einer Nation Friktion mit einer andern bedeutet. Wir gehen aber weiter und sagen, daß eine Politik kontinentaler Allianzen vermieden werden sollte. Es ist der eine große Vorteil unserer insularen Stellung, daß wir unsere Hände nicht zu binden brauchen. Die auswärtige Politik Englands sollte auf der Basis britischer Interessen geführt werden, und das große Interesse Britanniens ist Friede, Freiheit des Handels und freundschaftliche Verständigung mit allen Ländern. Binden wir uns an ein Land, so wird es unmöglich, da die Verhältnisse sich ändern, die Wege zu gehen, die wir für richtig und vorteilhaft halten."

Die Ausführung dieser Ideen würde allerdings einen völligen Wandel in der englischen Politik bedeuten, einen Wandel, der leider noch sehr unwahrscheinlich ist. Die englische Politik ist noch nie in so gebundener Route marschiert, wie heute, und sie ist uns gegenüber nie feindseliger gewesen als während des letzten Jahrzehnts, gleichviel ob Konservative oder Liberale am Ruder waren, und wir haben speziell die Herren Grey und Nicholson, die heute die Verantwortung für die englische Politik tragen, allezeit als Gegner uns entgegenstehend gefunden. Aber vielleicht stehen wir vor einer Wandlung dieser Politik. Die Gedanken des „Economist" zeigen eine neue, nicht wahrscheinliche, aber auch nicht unmögliche Perspektive.

Auch in Rußland bereitet sich eine Wandlung vor. Vor kurzem haben die russischen Sozialrevolutionäre in Paris einen Kongreß abgehalten, über dessen Beschlüsse uns eine lettische Zeitung unterrichtet. Zugegen war der feste Kern der emigrierten russischen Sozialrevolutionäre, die ihren dauernden Sitz in Paris haben, wo sie unter dem Schutz der heute in Frankreich dominierenden Staatstheorien in voller Sicherheit das Zentralkomitee bilden, welches für die nächste russische Revolution die Vorbereitungen trifft. Dazu kamen dann die Delegierten der russischen revolutionären Organisationen, u. a. auch die Letten, welchen die Angaben über den Verlauf der Verhandlungen zu danken sind. Das Pariser

Zentralkomitee wünschte Wiederaufnahme der terroristischen Aktion, stieß aber auf den Widerspruch der Delegationen, die nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern von praktischen Gesichtspunkten ausgehend diesen Vorschlag ablehnten. Zurzeit gebe es in Rußland nur zwei „fliegende Kampfdruschinen", d. h. terroristische Organisationen mit wechselndem Sitz, die eine im Norden, die andere im Westen. Es fehle an tüchtig eingearbeiteten Kräften — kurz, noch sei es zu früh. Um die leere Parteikasse zu füllen, schlug nun das Zentralkomitee vor, zu neuen Expropriationen zu schreiten, und zur Bearbeitung dieses wichtigen Problems haben die Herren Sozialrevolutionäre dann ein Komitee gewählt, über dessen Beschlüsse aus naheliegenden Gründen nichts an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Wir führen die Tatsache an, weil sie uns die steigende Abneigung erklärt, mit der, je länger je mehr, in den konservativen Kreisen Rußlands der Zusammenhang verfolgt wird, der zwischen dem radikalsozialistischen Frankreich und den radikalen und revolutionären Elementen Rußlands besteht. Auch beunruhigt die Gefahr, daß Rußland kraft seines Bündnisvertrages in eine Frage, die mit russischen Interessen nichts zu schaffen hat, hineingezogen werden könnte, von der man fürchtet, daß sie in einen Krieg ausmünden werde. In der Abneigung aber, um Marokkos willen einen Krieg auf sich zu nehmen, stehen, wenngleich von andern Gesichtspunkten ausgehend, auch die übrigen Parteien in Rußland mit den Konservativen auf gleichem Boden. Mehr als je nehmen die Fragen der inneren Politik alles Interesse in Anspruch, und wenn die „Nowoje Wremja" eine andre Haltung zeigt und mit „Matin" und andern chauvinistischen Blättern Frankreichs, Englands und Amerikas um die Wette gegen Deutschland hetzt, so steht doch nichts hinter ihr, was stark genug wäre, diese Gesinnung in kriegerische Taten umzusetzen.

Rußland steht mitten in einer Reorganisationsarbeit, die alle Zweige seines öffentlichen Lebens umfaßt: Schule, Verwaltung, Heer und Flotte werden umgebildet, das schwere Problem der Agrarfrage ist weit davon entfernt, gelöst zu sein, und die auswärtige Politik hat sich vor allem das Ziel gesetzt, Rußland auf eine längere Reihe von Jahren den Frieden zu sichern. Die Bemühungen Rußlands um Erhaltung des Friedens auf der Balkanhalbinsel während der letzten kritischen Monate waren notorisch aufrichtig gemeint und haben wesentlich dazu beigetragen, daß König Nikolai von Montenegro seiner offen-

kundigen Absicht, einen Balkankrieg zu forcieren, entsagen mußte. In Persien aber ist Rußlands Aktion mehr eine diplomatische als eine militärische, und die Bemühung des Petersburger Kabinetts vornehmlich dahin gerichtet, die auf die Dauer unhaltbare Interessengemeinschaft mit England solange zu behaupten, als sie sich vorteilhaft erweist. Sie hat in letzter Zeit schwere Proben zu bestehen gehabt, und wenn nicht das Kabinett Asquith in jedem einzelnen Fall, zuletzt in der vielerörterten Affäre Stocks, sich den russischen Ansprüchen gefügt hätte, wäre das Abkommen vom 30. August 1907 längst in die Brüche gegangen. Aber England hat Rußland gegenüber auf eine selbständige Interessenpolitik verzichtet, seit die Probleme seiner inneren Politik alles übrige in den Hintergrund treten ließen. Auch daß im Widerspruch zum Abkommen von 1907 Rußland eine „wissenschaftliche" Expedition nach Tibet abfertigen konnte, illustriert diese Tatsache. Es ist eine irrtümliche Annahme unserer Presse, wenn sie die Leitung der Weltpolitik von London ausgehen läßt. Die Modifikation des japanisch-englischen Bündnisvertrages geschah auf ein Gebot der Vereinigten Staaten von Nordamerika und hat naturgemäß sofort zu einer weitern Annäherung Japans an Rußland geführt, das dadurch noch mehr als es ohnehin der Fall war, genötigt ist, seine Interessen dem fernen Osten zuzuwenden. Endlich, es finden jetzt die wichtigen Verhandlungen über Erneuerung und Modifikation des russisch-chinesischen Vertrages von 1881 statt, an denen die für die Zukunft beider Reiche wichtige Lösung der Frage hängt, ob die Mongolei in das Gebiet der russischen Kolonisation fallen soll, oder ob China dieses lange vernachlässigte Gebiet besiedeln und befestigen wird. Der Bau der Amurbahn aber wird von Rußland mit äußerster Energie gefördert, so daß sie nach dem Bericht des Verkehrsministers Anfang 1913 Blagoweschtschensk erreichen wird. Es ist wiederum eine technische Leistung großen Stils, deren Kulturwert und strategische Bedeutung nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Wie sollte Rußland alle diese weitgreifenden und bedeutsamen Unternehmungen fremden Interessen zum Opfer bringen, wenn nicht unabweisliche Vertragspflichten dazu nötigten? Soviel bekannt ist, kommt eine russische Hilfeleistung für Frankreich aber nur in Betracht, wenn Frankreich der angegriffene Teil ist. Das Eingreifen Rußlands aber bedingt auch Österreich-Ungarns Eingreifen, also eine Kombination von unabsehbarer Tragweite. Der russische Staatsmann, der dafür die

Verantwortung zu übernehmen bereit wäre, ist wohl nur in dem Redaktionslokal der „Nowoje Wremja“ zu finden.

Es spielen für Rußland aber noch andere Faktoren mit, die, abgesehen von dem Risiko eines Krieges, in welchem es nichts zu gewinnen, wohl aber vieles zu verlieren gibt, dafür sprechen, daß den leitenden Kreisen Rußlands nichts ferner liegen kann als Neigung zu kriegerischen Abenteuern. Am 28. Oktober beginnt die vierte und letzte Session der dritten Duma. Alles weist darauf hin, daß es eine Session schwerer Kämpfe zwischen Regierung und Volksvertretung sein wird. Der Ministerpräsident Stolypin hat am 27. Mai, d. h. einen Tag nach Schluß der dritten Session der Duma, den Ukas über Einführung der Semstwo in den Westgouvernements vorgelegt, so daß eine Beratung weiter nicht erfolgen konnte, und inzwischen mit größter Eile das Gesetz, welches die unpopuläre Wahl nach nationalen Kurien oktroyiert, auch tatsächlich durchgeführt. Die Majorität der Duma wird die Rechtmäßigkeit der Maßregel bestreiten, aber ohne Zweifel nicht in der Lage sein, sie rückgängig zu machen. Dazu kommt die Unzufriedenheit der Linken mit dem Vorgehen des Unterrichtsministers Cassso, der mit eiserner Hand Ordnung und Arbeitsfähigkeit in Schule und Universität herzustellen bemüht ist und, wie in Rußland wohl stets zu geschehen pflegt, dabei einigermaßen summarisch vorzugehen scheint. Aber es kann fraglich erscheinen, ob überhaupt auf anderem Wege ein Arbeitsleben an diesen Instituten zu erzielen ist. Eine weitere Frage, welche zu einem Kampfmoment zu werden droht, ist die Rolle, welche der Erzpriester Iliodor spielt, der sich hohen Schutzes erfreut, aber offenbar keine andere Autorität anerkennt als seine eigenen Eingebungen. Iliodor spielt sich als Bekämpfer der Revolution auf, und Revolution ist ihm alles, was anders denkt als er. Dabei hat er einen stetig wachsenden Anhang, der auch in die oberen Schichten der Bevölkerung reicht, im wesentlichen aber aus Bauern und Arbeitern besteht. Seine Stellung ist so stark, daß der Heilige Synod, dem sein Treiben gefährlich schien und der ihn maßregeln wollte, einen Rückzug hat antreten müssen, was natürlich Selbstgefühl und Überhebung des heiligen Mannes beträchtlich gesteigert hat. Wie lange er sich wird behaupten können, bleibt bei alle dem fraglich. Schließlich sei noch auf die merkwürdige Tatsache hingewiesen, daß in Berlin eine russische Zeitung erscheint („Berlinski listok“) von der uns freilich nur eine Nr. 1 zu Gesicht gekommen ist, die sich die Aufgabe

stellt, den Ministerpräsidenten Stolypin zu bekämpfen, und zwar weil er angeblich sich über die Autorität des Zaren hinwegsetzt. Illustriert wird diese Behauptung an dem Prozeß gegen den Moskauer Polizeiminister Reinbot, dessen Verurteilung Stolypin durchgesetzt habe, weil er in ihm einen Rivalen fürchtete, da der Zar persönlich Reinbot liebte und schützte. Da das „Berlinski listok" Organ der äußersten Rechten ist, finden wir so alle Parteien der Regierung oder vielmehr dem Ministerpräsidenten entgegenstehen, und es erscheint fraglich, ob Stolypin unter diesen Verhältnissen sich auf die Dauer wird behaupten können. Wir würden sein Ausscheiden bedauern. So wenig sympathisch uns der übertriebene Nationalismus seiner inneren Politik ist, läßt sich doch weder vergessen, daß er sich das wesentlichste Verdienst um die Niederwerfung der Revolution erworben hat, noch daß seine auswärtige Politik, trotz Iswolski, die nachbarlich guten Beziehungen mit Deutschland zu wahren verstand. Die Potsdamer Verständigung ist nicht zu geringem Teil als sein Werk zu betrachten. Summieren wir all diese Tatsachen, so lassen sie ein Eingreifen Rußlands in die marokkanischen Händel höchst unwahrscheinlich erscheinen. Es wäre weit bedenklicher für Rußland als für uns.

Der englische wie der französische Schiedsvertrag mit den Vereinigten Staaten sind vorläufig am Widerspruch des Senats gescheitert. Auch Roosevelt hat sich mit großer Entschiedenheit gegen diese Politik seines einstigen Freundes und jetzigen Rivalen ausgesprochen, und die amerikanische Presse, die zeitweilig voller Jubel den ewigen Frieden in diesen Verträgen begrüßte, verurteilt jetzt die Form der Verträge. Wenn sie schließlich, wie wahrscheinlich ist, dennoch unterzeichnet werden, werden sie eine Form angenommen haben, die ihnen jede politische Bedeutung nimmt.

Wir kehren zum Schluß noch einmal zum Marokkokonflikt zurück. Die deutsche Politik hat die ganze Aktion von Anfang bis zu dem wahrscheinlich nahen günstigen Ausgange mit ebenso großer Besonnenheit wie Entschiedenheit geführt. Diejenigen, die heute für eine andere Politik eintreten, welche in eine dauernde Festsetzung Deutschlands in Marokko ausmünden soll, verkennen offenbar die Möglichkeiten der Weltlage und den wahren Vorteil Deutschlands. Marokko oder einen Teil Marokkos uns anzueignen, war nur möglich um den Preis eines Krieges mit England und Frankreich, der ein Weltkrieg geworden wäre. Der Einsatz

wäre größer als der mögliche Gewinn, das moralische Recht mehr als zweifelhaft, die Politik in Widerspruch zu unserer ganzen bisherigen Haltung gewesen. Wir haben zu keiner Zeit ein anderes Ziel verfolgt, als in Marokko zu gleichem Recht unbehindert unseren wirtschaftlichen Interessen nachzugehen. Wenn wir jetzt Frankreichs Vormachtstellung in Marokko formell anerkennen, beanspruchen wir dafür ein Äquivalent, wie Frankreich es 1904 den Engländern zuerkennen mußte. Dieses Äquivalent werden wir im französischen Kongo erhalten, in Marokko die gewünschte Sicherheit für Handel und Wandel. Nur unter diesen Voraussetzungen erkennen wir die neue Stellung an, die Frankreich beansprucht. Sollte Frankreich in letzter Stunde unsere gerechten Forderungen ablehnen, so dürfen wir mit voller Bestimmtheit darauf rechnen, daß auch in der dann vorliegenden neuen Lage Deutschland besonnen und fest seine Ehre und seine Interessen zu behaupten wissen wird.

14. September 1911. Schwere Verwundung des Ministerpräsidenten in Kiev.
16. September. Der chinesische Ministerrat ersucht den Kaiser um Rückberufung Juanshikais.
18. September. Tod Stolypins.
20. September. Verhängung des Belagerungszustandes über ganz Spanien.

20. September 1911.

In der Marokkokontroverse ist im Laufe der hinter uns liegenden Woche von der französischen Regierung die deutsche Antwort auf das französische Projekt, welches ein Teil der Pariser Presse als Ultimatum zu bezeichnen beliebte, beraten und durch ein Gegenprojekt beantwortet worden, über dessen Inhalt unser Staatssekretär und der französische Botschafter bereits am Freitag in eingehende Verhandlung getreten sind. Am Sonnabend wurde aus „sicherer Quelle" bekannt, daß beide Parteien einander wesentlich näher gekommen sind, so daß die Differenzen prinzipieller Natur als beseitigt betrachtet werden könnten, während in Fragen von minderer Tragweite auf eine Verständigung hingearbeitet werde. Was darüber hinaus in der fremden wie in unserer Presse gesagt worden ist, hat den Wert, den Konjekturen ohne sichere Unterlage haben können, und wir verzichten daher darauf, sie zu analysieren. Ebenso beabsichtigen wir nicht die Apostrophe zu beantworten, die „Elpenor" in der „Post" an den Schreiber dieser Zeilen gerichtet hat. Die aufgeworfenen Streitpunkte lassen sich vor der weiten Öffentlichkeit nicht ohne Schädigung unserer politischen Interessen diskutieren, und dieser Gesichtspunkt sollte doch unter allen Umständen der entscheidende bleiben.

Dagegen scheint es uns nützlich, auf eine wenig beachtete Notiz hinzuweisen, die sich im Leitartikel des „Journal des Débats" vom 14. September findet. Sie teilt uns mit, daß der französische Ministerrat sich in der Marokkofrage dem System wieder angeschlossen (rallié) habe, für welches die öffentliche Meinung Frankreichs fast einmütig eintrete.

„Man könnte sagen „einmütig", wenn es nicht noch einige Männer gebe, die ehemals eine politische Rolle gespielt haben und sich nicht

darein finden können (ne peuvent se résigner), aufrichtig die Tripelentente (als Tatsache) hinzunehmen. Diese Männer haben sich eine persönliche Vorliebe für eine deutsch-französische Kombination bewahrt. Sobald die Ereignisse beide Kombinationen einander gegenüberstellen, verfehlen sie nicht, die Verständigung mit England anzuschwärzen und die Vorteile einer Vereinbarung mit Deutschland anzupreisen."

Wir wissen nicht, auf wen damit gezielt wird, dürfen aber wohl annehmen, daß diese ehemals aktiven Staatsmänner nicht zu der radikalsozialistischen Gruppe gehören, die heute — gewiß nicht nach dem einmütigen Wunsch Frankreichs — die innere und äußere Politik der Regierung der Republik leitet, so daß bei dem unberechenbar schnellen und innerlich widerspruchsvollen Wechsel der französischen Ministerien nicht ganz ausgeschlossen scheint, daß auch diese Freunde einer mehr als ephemeren Verständigung mit uns einmal wieder ans Ruder gelangen, was uns dann aufrichtig freuen sollte. Aber offenbar ist das eine Frage noch fern liegender Zukunft. Inzwischen hat sich infolge der systematisch aufregenden und aufreizenden Arbeit der französischen und der englischen Presse eine merkwürdige psychologische Erscheinung diesseits wie jenseits des Kanals gezeigt, wie sie sonst nur in verzweifelten Fällen von delirium tremens vorzukommen pflegen. In Rußland unterscheidet man bekanntlich drei Stadien von Halluzinationen, die sich dabei ergeben. In leichteren Fällen sieht der Kranke „Teufelchen" (tschortotschka), andere sehen schon die „grüne Schlange", die aber am übelsten dran sind und denen nicht mehr zu helfen ist, sehen die „blutigen Jungen" (krowawy maltschik). In Frankreich, in der Nähe von Luneville, im Walde von Parroy, sind nun wirklich die „blutigen Jungen" gesehen worden, und zwar nicht einmal, sondern zweimal und von verschiedenen Personen. Zwei französische Zeitungen, die „Patrie" und der „Eclair de l'Est", haben sich dann bemüht, der erstaunlichen Nachricht weitere Verbreitung zu geben! Diese „blutigen Jungen" trugen die unverkennbaren äußeren Merkmale preußischer Ulanen und sind zuletzt von keinem Geringeren als dem Maréchal de logis der 18. Jäger, also von einem Mann, der sich auf Uniformen versteht und einen Ulanen von einem Tannenbaum unterscheiden kann, gesehen worden. Er hat pflichtschuldigst seinem Obersten Anzeige gemacht und dieser den ganzen Wald die Nacht hindurch durchsuchen lassen, wobei wohl angenommen werden

muß, daß er nur deshalb nichts finden konnte, weil es Nacht und dunkel war und die preußischen Ulanen, wie sie auch 1870 zu tun pflegten, sich schnell wieder aus dem Staube gemacht haben werden. Und da triumphieren die französischen Zeitungen darüber, daß törichte Leute in Deutschland ihre Sparkasseneinlagen abhoben, was in Frankreich, wo der bas de laine noch seine ehrwürdige Rolle als Sparkasse behauptet, natürlich nicht notwendig war.

Da in England die Ulanen nicht so populär sind wie in Frankreich, und die Phantasie sich mehr der See als dem Lande zuwendet, sind dort zwar nicht die „blutigen Jungen", aber wahrscheinlich die „grüne Schlange" schuld an dem Schrecken gewesen, unter dem Portsmouth zu leiden gehabt hat. Der „Daily Chronicle" erzählt uns in einer Korrespondenz, die eine ganze Spalte seines riesigen Formates einnimmt, wie in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch, als es bereits dunkel geworden war und die Ebbe ihren Tiefpunkt erreicht hatte, ein nackter Mann gesehen wurde, der zum Depot der Unterseeboote bei Fort Blockhouse schwamm, die Boote genau untersuchte, als er von einer Schildwache bemerkt wurde, 30 Fuß tief untertauchte, dann aber an anderer Stelle auftauchte und sich auch dort in verdächtiger Weise zu schaffen machte. Die sofort angestellten Versuche, den Schwimmer zu fangen, schlugen fehl, er verschwand und ist entweder ertrunken oder entkommen „and will not reappear probably for ten days". Zum Glück hat eine sorgfältige Untersuchung der Polizei gezeigt, daß „der Spion" keinerlei Bestandteile eines Unterseeboots entführt hat! Jedenfalls haben wir hier ein Pendant zu den Ulanen von Luneville, wenn es auch wahrscheinlich ist, daß in Portsmouth irgendein Lebewesen, vielleicht ein deutscher Delphin, wirklich an der verdächtigen Stelle war. Aber ist es nicht kläglich, daß man in allem Ernst derartige Hirngespinste als Symptome politischer Stimmung zu beachten genötigt ist?

Neu an der Lage in Marokko ist wohl nur die offenbar wirklich bestehende Absicht der Spanier, sich in Ifni festzusetzen. Es wird sich vom völkerrechtlichen Standpunkt dagegen nichts einwenden lassen, da der Sultan von Marokko am 26. April 1860 mit der Königin Isabella einen Friedensvertrag zu Tetuan abgeschlossen hat, durch den Spanien nicht nur die heute ihm gehörende Nordküste Marokkos bestätigt erhielt, sondern auch an der Küste des Ozeans, bei Klein-Santa Cruz, ein ausreichendes Territorium, um dort eine Fischerniederlassung zu begründen,

wie Spanien sie früher besessen hatte. Auch wird den Spaniern ausdrücklich gestattet, diesen Ort zu befestigen. (Siehe Martens Nouveau Recueil Général XVI). Aber es fragt sich, ob Spanien, das bereits über 70 000 Mann in Melilla stehen hat und nur gegen 40 000 Mann anderer Truppen in Spanien selbst, in Hinblick auf die Möglichkeit weiterer Komplikationen und der immer ernster werdenden sozialistischen und republikanischen Erhebung im Königreich, klug daran tut, sich gerade jetzt auf derartige Unternehmungen einzulassen. Wir glauben es nicht, und können die Tatsache nicht übersehen, daß die von Frankreich ausgehende politische Ansteckung schon einem lateinischen Staate seine monarchische Verfassung gekostet und den spanischen Nachbar mehr als einmal auf das ernstlichste bedroht hat. Es bedarf einer sehr starken Hand und zugleich eines sehr besonnenen Regiments, um die ernsten Gefahren abzuwehren, welche die Regierung König Alfons' XIII. bedrohen, und wir haben Grund zu fürchten, daß das Ministerium Canalejas dieser schwierigen Aufgabe nicht gewachsen ist.

Übrigens mehren sich auch in Frankreich von Tag zu Tag die politischen Sorgen des Kabinetts Monis. Die Teuerungsunruhen haben den Charakter einer Umsturzbewegung angenommen, und denselben Charakter trägt die Haltung der Arbeiter in Brest, welche den bevorstehenden Stapellauf des „Leon Bart" zu einer Chantage benutzen wollen, die allen Arbeitern des Arsenals eine Erhöhung des Tagelohnes um 50 Centimes einbringen soll. Wie es scheint, hat der Marineminister, Herr Delcassé, ihnen unter der Hand großes Entgegenkommen gezeigt, und so hofft man der Schande zu entgehen, die ein Scheitern des Stapellaufes ohne Zweifel bedeuten würde. Der tief entrüstete „Temps" gibt seinem Zorn in einem Leitartikel Ausdruck, der die Überschrift trägt: „Les Anarchistes hébergés par l'Etat!" und der in den heftigsten Ausdrücken gegen die regierende Clique der verbündeten Radikal-Sozialisten vorgeht; das „Journal des Débats" aber charakterisiert die Lage folgendermaßen:

„Wir haben in den letzten Jahren gesehen, wie bald dieses, bald jenes Gebiet der Schauplatz von Unruhen und Gewalttätigkeit wurde: Erst das Languedoc, dann die Champagne. Heute finden derartige Zwischenfälle (incidents — das Wort ist doch sehr milde!) alltäglich an zwanzig oder dreißig, wenn nicht an mehr Punkten unseres Territoriums statt. Die Gewohnheit, in Massen zur Gewalt zu

greifen, um etwas zu erringen, ist, ein Teil unserer Sitten geworden: man hat sie ermutigt durch die Desorganisation der Verwaltung, durch die Straflosigkeit der Aufwiegler, durch die Schwäche der Gerichte und der Kammern, die sich mehr als einmal unter dem Druck der Emeute improvisierte Gesetze haben abdringen lassen. Wir leiden an einer wirklichen sozialen Krankheit, die gewiß noch geheilt werden kann, aber es wäre höchste Zeit, ihre Verwüstungen energischer zu bekämpfen, als es bisher geschehen ist."

Das letztere ist gewiß richtig, aber wir halten es für ausgeschlossen, daß diese Wendung eintritt, solange zwischen den Sozialisten in Kammer und Regierung und den Sozialisten der C. G. T. nur ein gradueller Unterschied besteht, der sich aus dem Unterschied der materiellen und gesellschaftlichen Stellung beider Teile, nicht aus fundamentalen Gegensätzen der Weltanschauung erklärt.

Wir müßten in diesem Zusammenhange auf verwandte Erscheinungen in England hinweisen, wo bei der fortschreitenden Demokratisierung des Staatslebens sich gleichfalls eine Tyrannei der Arbeiterorganisationen auszubilden beginnt. Sie ist jedoch zurzeit, trotz mancher Gewaltsamkeiten, noch nicht so tiefgreifend wie in Frankreich und bedroht noch nicht die Grundlagen aller gesellschaftlichen Ordnung. Auch ist man in England bisher noch immer — wenn auch nicht ohne bedenkliche Zugeständnisse und nicht ohne rücksichtslose Anwendung von Gewalt, ihrer Herr geworden. Es wird immer noch Zeit sein, darauf zurückzukommen. Auch auf nähere Prüfung der Bedeutung, die den Wiener Krawallen zukommt, verzichten wir. Erst die nächsten Tage werden darüber entscheiden, ob wir es mit einer revolutionären Probemobilisiernng oder mit einem Putsch zu tun haben, bei dem mehr Zufall und Freude am Zerstören, als erbitterte und planmäßige Umsturzpläne das Motiv waren. Es scheint von seiten des Militärs der sich fast immer bei solchen Gelegenheiten wiederholende Fehler vorzuliegen, daß mit blinden Schüssen begonnen wurde, während eine erste scharfe Salve, auf welche blinde Schüsse folgen, erfahrungsmäßig von entscheidender Wirkung zu sein pflegt und weniger Opfer kostet.

Aber das alles tritt zurück vor dem Attentat auf den russischen Ministerpräsidenten Stolypin. Denn sein Name war ein System, und es ist für Rußland eine Frage von entscheidender Bedeutung, ob dieses System, das sich wohl am besten als ein

nationalistisch gefärbtes System Plehwe charakterisieren läßt, beibehalten wird oder ob eine scharfe Wendung in der inneren Politik des Reiches bevorsteht. Wir haben bereits vor acht Tagen sowohl auf die Tatsache hingewiesen, daß Stolypin politisch isoliert sei und erbitterte Gegner sowohl im Lager der Rechten wie in dem der russischen Liberalen habe. Auch war es in unterrichteten Kreisen Rußlands bekannt, daß er selbst amtsmüde war und sich nach einem minder verantwortlichen Posten sehne. Wir lasen zwei Tage vor dem Attentat in einem Moskauer Blatt, daß er ausersehen sei, Nachfolger Woronzow Daschkows als Statthalter des Kaukasus zu werden, und schon im Januar dieses Jahres sagte ein russischer Staatsmann in hoher Stellung, Stolypin werde keine sechs Monate mehr im Amte bleiben. Die Terroristen haben also, als sie ihm ans Leben gingen, auch von ihrem Standpunkte aus eine völlig zwecklose Tat begangen. Vorbereitet war sie von langer Hand, und der entscheidende Beschluß scheint auf jener Versammlung von Sozialrevolutionären in Paris gefaßt zu sein, von der wir ebenfalls vor acht Tagen berichteten und die, wie jetzt mitgeteilt wird, zu Anfang dieses Jahres stattfand. Ein Petersburger Telephongespräch des „Golos Moskwy" berichtet darüber, daß einige Tage nach dieser Konferenz die Petersburger Geheimpolizei die Nachricht erhielt, daß terroristische Akte in Vorbereitung seien, daß speziell Stolypin gefährdet sei und daß einige Advokaten an der Spitze der Organisation ständen. Es fanden darauf zahlreiche Haussuchungen in Kreisen der russischen „Intelligenz" statt, auch drei Verhaftungen, aber die Verdächtigen wurden entlassen, weil sich ihnen nichts nachweisen ließ. Dagegen wiesen die Spuren nach Moskau. Am 10. September wurde ein aus Sibirien entlaufener Sträfling Rykow verhaftet, der an der Pariser Konferenz teilgenommen hatte. Man fand bei ihm Briefe und Adressen, die zahlreiche andere Persönlichkeiten kompromittierten, worauf dann weitere Verhaftungen folgten. Genannt wurden u. a. mehrere Arbeiter, die Tochter eines Staatsrats, eine Ärztin, und auch ein Redakteur der „Nowoje Wremja", M. J. Rogow. Besondere Beachtung verdient, daß auch fünf Arbeiterorganisationen sich als zur russischen sozialdemokratischen Partei gehörig erwiesen und daß in ihrem Vereinslokal ein umfassendes kompromittierendes Material gefunden wurde. Endlich verhaftete die Geheimpolizei in Moskau noch eine Reihe von Personen,

die in Moskau eine autonome sozialrevolutionäre Gruppe zu organisieren bemüht waren.

In der „Nowoje Wremja" vom 10. September wurde ein ausführlicher Brief aus Genf veröffentlicht, wo nach einem Studentenkongreß, der Mitte August stattgefunden hatte, die ausländischen Vertreter der russisch-sozialrevolutionären Partei eine Sitzung abgehalten hatten, welche ausschließlich der Frage gewidmet war, wie sich am besten die oppositionelle Stimmung der Studenten für die Ziele der Partei ausnutzen lasse. Das Resultat war ein Aufruf, den der Korrespondent des Blattes teils im Wortlaut, teils im Auszuge mitteilt und in dem es u. u. heißt:

„Wir treten kühn mit dem Programm einer weiten Synthese auf, einem Programm, das für jede Form revolutionärer Energie, für alle Kräfte, Neigungen und Fähigkeiten Spielraum bietet, für alle Formen und Methoden des Kampfes bis zur schrecklichsten und entscheidendsten. Ihr, die lernende Jugend, nehmt eine zu wichtige Stellung ein, um untätig zu bleiben usw."

Auch ein Bericht an das Zentralkomitee der Sozialrevolutionäre wird mitgeteilt; er gipfelt in einer Reihe von Thesen, die sich dahin zusammenfassen lassen, daß man die Studenten für die allgemeinen Losungen der Partei und der Revolution gewinnen und organisieren müsse, damit sie die politische Führung bevorstehender Demonstrationen übernehmen.

Wir wiederholen, daß alle diese Dinge wenige Tage vor dem Attentat auf Stolypin allgemein bekannt waren; auch wird ausdrücklich berichtet, daß der Chef der Petersburger Geheimpolizei, v. Kotten, einige Tage vor der Abreise des Ministers nach Kiew ihm einen ausführlichen Bericht erstattet habe. Der Gouverneur von Kiew, Giers, und der Chef der Kiewer Geheimpolizei, Kaliobko, waren gleichfalls gewarnt und hatten nicht nur zahlreiche Personen ausgewiesen, sondern auch, was ihnen irgend verdächtig schien, bis auf weiteres verhaftet. Nur der Mann, der es auf sich genommen hatte, den Mord zu vollziehen, Bagrow, war ihnen entgangen. Er war ein Vertrauter der Geheimpolizei, und sie hat alles getan, um ihm die Ausführung seines Verbrechens zu erleichtern, und das ist gewiß ein Zeichen, wie *verderblich* das unsittliche System ist, das in Rußland, trotz aller bösen Erfahrungen bei Auswahl der Agenten der Geheimpolizei, noch immer im Schwange ist.

Die „Nowoje Wremja“ will „aus unterrichteten politischen Kreisen“ wissen, daß Bagrow schon vor drei Jahren den Auftrag erhalten hatte, Stolypin zu ermorden, und daß er selbst Mitglied des Zentralkomitees gewesen sei. Das Attentat auf den Ministerpräsidenten sei der erste terroristische Akt sein der vor kurzem erfolgten Vereinigung der drei Organisationen: russische Partei der Sozialrevolutionäre, finnländische Terroristen und jüdischer Bund. Sie hätten gemeinschaftlich einen umfassenden Plan terroristischer Akte für 1912 und 1913 ausgearbeitet, und das Attentat vom 16. habe gleichsam eine neue Ära terroristischer Tätigkeit eröffnet.

Wir dürfen leider alle diese Berichte nicht für übertrieben halten. Es droht dem Reiche und der Dynastie allerdings die höchste Gefahr der entschlossenen Ruchlosigkeit gegenüber, mit der dieser russische Terrorismus und Anarchismus an der Zerstörung des Staates arbeitet. Es tritt heute, wie nach dem Tode Alexanders II., dessen Denkmal jetzt in Kiew enthüllt worden ist, eine Schicksalsfrage an Rußland heran: Ist die von Alexander III. inaugurierte Politik des intoleranten Nationalismus und der Reaktion fortzusetzen, oder sind neue Wege einzuschlagen?

Eine Erfahrung von nunmehr 30 Jahren hat gelehrt, daß beides, Panrussismus und Repression, nicht zum Ziele führt und daß vor allem das System verderblich ist, das mit einer Hand gibt und mit der andern wieder nimmt. Es ist eine historische Unwahrheit, wenn man Alexander III. als den Besieger der Revolution feiert. Sie hat nur während seiner letzten Lebensjahre geruht und er selbst ist nur wie durch ein Wunder dem Verhängnis entgangen, das ihm bei Borki bedrohte. Unter Nikolaus II. organisierte sie sich neu, nach neuen gefährlicheren Methoden, und wenn nicht die braven Semenower Moskau erobert hätten, wäre sie wahrscheinlich schon damals, Dezember 1905, zu ihrem Ziel gelangt. Es war ein, freilich erzwungener, Weisheitsakt, daß der Kaiser sich entschloß, eine Volksvertretung zu gewähren, ein Fehler, daß er sie auf der für Rußland völlig ungeeigneten Grundlage des allgemeinen Wahlrechts zusammenrief. Der Zusammenbruch der ersten und zweiten Duma war die notwendige Konsequenz dieses Fehlers und wenn danach die dritte Duma in besserer Komposition zusammentrat und erträglich arbeitete, litt doch auch sie daran, daß die Regierung sich weder dazu entschließen konnte, die der Nation verliehene Verfassung als solche

offen anzuerkennen, noch darauf zu verzichten, mit einem System von Ausnahmemaßregeln und diktatorischen Vollmachten zu arbeiten, das, von gerechten und billig denkenden Männern ausgeführt, zwar schwer zu tragen, aber immerhin zu rechtfertigen gewesen wäre, aber den Händen despotischer, willkürlicher und zum Teil unlauterer Persönlichkeiten anvertraut, völlig unerträglich werden mußte. Die Senatorenrevisionen haben das Material beigebracht, das dieses System vor aller Welt an den Pranger stellte. Dazu kam dann der alle Fremdvölker beunruhigende, aufdringliche, nichts aufbauende und überall niederreißende Panrussismus. Die Geschichte wird es sagen, daß das loyale, arbeitsame, sittlich außerordentlich hochstehende Finnland systematisch von Rußland in eine Haltung erbitterter Opposition hineingedrängt worden ist. Ähnlich aber ist es, ohne jede Ausnahme, überall gewesen, wo die russische Regierung mit andern ihr untertänigen Nationalitäten zu rechnen gehabt hat. Ihr Eingreifen bedeutete stets einen Rückschritt in der Kultur und eine Vergiftung loyaler Gesinnung. Dazu ist dann weiter eine trotz der gesetzlich verbürgten Toleranz intolerante, nationalistisch gefärbte Kirchlichkeit getreten, die Blüten getrieben hat, wie jenen Iliodor, der vor kurzem dem Kreise seiner Gläubigen predigte:

„Wenn den Reichen ihre Häuser demoliert und ihnen und den gottlosen Juden die Bäuche aufgeschlitzt werden, so werden daran nur diese pseudogebildeten Dummköpfe und hartherzigen Reichen selbst schuld sein, welche das arme Volk knechten und berauben."

Es wäre noch viel zu sagen, und wir behalten uns vor, auf dieses Thema zurückzukommen. Eines aber sei schon jetzt gesagt, für unerläßlich halten wir die rückhaltlose Anerkennung der einmal verliehenen Verfassung, Beseitigung aller Ausnahmegesetze bei strenger und gerechter Handhabung des geltenden Rechts und Anerkennung des historischen Rechts der zum Reich gehörenden nicht großrussischen Nationalitäten.

Die revolutionären Organisationen sind eine Hydra, deren Köpfe wieder wachsen, und ihre Kraft geht darauf zurück, daß eine ehrliche Erbitterung über bestehende Schäden des staatlichen Lebens ihnen Elemente zuführt, die alle Voraussetzungen in sich tragen, nützliche Bürger und Stützen des Staates zu werden. Ein klassisches Beispiel dafür ist wohl der Nihilist Fürst Krapotkin. Er wäre auf dem Boden jedes anderen Staates eine Zierde seiner Nation geworden.

21. September 1911. Sieg der Konservativen bei den Wahlen zum kanadischen Kongreß.
22. September. Ernennung Kokowzews zum Nachfolger Stolypins.
25. September. Explosion und Untergang des französischen Linienschiffes „Liberté".
26. September. Ausstand der Docker in London.

27. September 1911.

Wir beginnen unsere Wochenübersicht diesesmal in ernster Sorge. Zwar die Marokko-Angelegenheit ist so gut wie erledigt, und in allen wesentlichen Punkten haben wir das Ziel, das wir uns setzten, erreicht. Eine wirtschaftliche Tunisierung Marokkos ist fortan ausgeschlossen, und im französischen Kongo erhalten wir die territoriale Kompensation für den Machtzuwachs, den das faktische Patronat Frankreichs über Marokko bedeutet. Verhindern ließ es sich um den Preis eines europäischen Krieges, der alle Großmächte in Mitleidenschaft gezogen hätte. Das haben wir keinen Augenblick gewollt, ebensowenig wie wir eine Festsetzung Deutschlands im Sus ins Auge gefaßt hatten. Die ganze Verhandlung hätte ohne den ungeheuren Lärm, den die an der wirtschaftlichen Monopolisierung Marokkos interessierten französischen Großkapitalisten in der von ihnen abhängigen Presse erhoben, und ohne das Eingreifen der englischen Kriegspartei, die ihrerseits die englische Presse mit geringen Ausnahmen zu mobilisieren verstand, nicht den bedrohlichen Schein annehmen können, den ihr die öffentliche Meinung auch bei uns übertreibend zugewiesen hat. Aber das liegt hinter uns, und wenn es über diese Frage noch zu einem Nachspiel in der Presse und in den Kammern hüben und drüben kommen kann, wenn der Wortlaut des Vertrages, nachdem er ein Definitivum geworden ist, der Öffentlichkeit freigegeben wird, so wird an den vollzogenen Tatsachen dadurch nichts geändert werden, und wir möchten an dieser Stelle nochmals hervorheben, daß wir Geschick und Energie, mit der die Verhandlung von unserm Auswärtigen Amt, speziell vom Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter geführt worden ist, in hohem Grade aner-

kennen. Wir zweifeln nicht daran, daß unsere Diplomatie dieselben Eigenschaften auch in Behandlung der so plötzlich aufgetauchten, weit schwierigeren tripolitanischen Frage beweisen wird. Sie hat eine lange Vorgeschichte, und wenn wir auch nicht auf Rom und Karthago zurückgreifen wollen, denn es ist eine neue Welt, die seither entstanden ist, so steht doch fest, daß das Königreich Italien, seit es auf eigenen Füßen stand, sehr bald seine Blicke auf Afrika, und zwar speziell auf Tunis, gerichtet hat. Daß Frankreich ihm in der Besitznahme zuvorkam, fällt in die Reihe der versäumten Gelegenheiten, an denen die Geschichte aller Staaten reich ist. Sie lassen sich dadurch erklären, daß zu rechter Zeit der rechte Mann nicht am rechten Platze ist. Seit Tunis nur um den Preis eines Krieges mit Frankreich zu haben war, richtete sich die Aufmerksamkeit der Italiener auf Tripolis. Wie in Tunis begann auch in Tripolis eine italienische Emigration sich festzusetzen, die von der italienischen Regierung gefördert und diplomatisch geschützt wurde, obgleich diese Einwanderer zu nicht geringem Teil Malteser waren. Es bildeten sich wirtschaftliche Interessen auf diesem Boden, und mit Eifersucht verfolgte man in Rom alles, was darauf hinzudeuten schien, daß eine andere Macht sich dort festsetzen könnte. Der französisch-englische Vertrag vom 21. März 1889, der nach Faschoda die Einflußsphären beider Staaten in Nordostafrika recht willkürlich und in offenkundiger Umgehung türkischer Besitztitel festlegte, weckte neue Besorgnisse in Italien, die nach längeren Verhandlungen zunächst zu einer französisch-italienischen Verständigung führten (Dezember 1900), von deren Existenz die Welt durch eine Rede des überaus rührigen französischen Botschafters in Rom, Barrère, erfuhr (1. Januar 1902). Die Engländer, die damals noch Gegner dieser Kombination waren, beantworteten sie durch Entsendung zweier Kreuzer in die tripolitanischen Gewässer, was dann zur Folge hatte, daß Italien auch in Verhandlungen mit England trat, die dahin ausmündeten, daß wie Frankreich sich verpflichtet hatte, nicht von Westen her seinen afrikanischen Besitz auf Kosten von Tripolis auszudehnen, England dieselben Versicherungen in betreff der Ostgrenze Marokkos gab. So erklärte Prinetti in einer Rede, die damals großes Aufsehen erregte (Mai 1902). Unbehindert konnten die Manöver der italienischen Flotte in die tripolitanischen Gewässer ausmünden, aber König Viktor Emanuel II. fand es doch nützlich, gerade damals reiche Geschenke dem Sultan Abdul

Hamid zu senden. Am 1. November 1902 hat dann ein Vertrag die vorausgegangene Verhandlung Italiens mit Frankreich und England in feste Formen gefaßt.

Diese Dinge hatten doch so großes Aufsehen erregt, daß der Reichskanzler Graf v. Bülow es nützlich fand, im Reichstage die Interessen Deutschlands an dieser Frage dahin zu definieren, daß Deutschland im Mittelmeer keine andern Interessen habe, als die friedliche Entwicklung der berechtigten Interessen seines Verbündeten, ein Standpunkt, den wir auch heute für den allein richtigen halten. Als im Oktober 1903 das italienische Königspaar in Paris weilte, ist dann zwischen Delcassé und seinem italienischen Kollegen die Gleichung Marokko—Tripolis vereinbart worden, die fortan die Haltung Italiens in allen Mittelmeerfragen bestimmt hat. Wir haben sie auf der Konferenz in Algeciras ja kennen gelernt. Im April 1908 fand dann die italienische Flottendemonstration statt, durch welche die Türkei zu Konzessionen genötigt wurde, welche die Selbständigkeit der italienischen Post auf türkischem Boden sichern sollten, und endlich brachte das vorige Jahr einen tunesisch-tripolitanischen Grenzkonflikt, der schließlich durch Konzessionen, die Frankreich und die Türkei einander machten, in Güte beigelegt ward, der aber wieder die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung Italiens auf Tripolis richtete. Obgleich nun San Giuliano noch in einer Rede, die er am 2. Dezember vorigen Jahres hielt, mit aller Bestimmtheit bestritt, daß Italien sich mit dem Gedanken eines Anschlages gegen Tripolis trage, hat seither die italienische Presse immer lauter und stürmischer darauf gedrungen, daß die Regierung jetzt endlich zugreife und sich in Tripolis festsetze. Das offizielle Italien schien aber davon nichts wissen zu wollen. Der „Temps" sagte uns am 24. September, daß der italienische Botschafter in Paris Tittoni noch jetzt erkläre, daß alles, was über die Absichten Italiens verlaute, unwahr sei. Aber die Tatsachen haben bereits gesprochen, und wir können nicht absehen, wohin die Ereignisse geführt haben werden, wenn diese Zeilen unsern Lesern zu Gesicht kommen. Eines steht uns fest: ein durch nichts provozierter Eroberungszug Italiens wäre nicht nur ein Gewaltakt und eine Herausforderung der Türkei, sondern auch eine Unklugheit und, was besonders hervorgehoben sei, eine sehr ernst zu nehmende Gefährdung des gesamteuropäischen Friedens. Da es als ausgeschlossen gelten kann, daß die Türkei sich bereit findet

— wie Italien angeblich vorgeschlagen haben soll —, Tripolis zu verkaufen, wird Tripolis erobert, und was noch mehr bedeutet, behauptet werden müssen gegen die gewiß nicht zu unterschätzende Kriegsmacht der Türkei. Eine Blockierung der türkischen Häfen aber würde weit mehr als die Türkei Italien selbst und dazu alle am Mittelmeerhandel interessierten Mächte schädigen; von einem Bombardement der Küstenstädte oder einer Okkupation derselben kann vollends nicht die Rede sein. Es ist aber zu befürchten, daß das erst kürzlich mühsam gelöschte albanesische Feuer wieder emporflammt, daß die mazedonische Frage lebendig wird, Kreta und Griechenland ihre Ansprüche erneuern und so schließlich die orientalische Frage in ihrem vollen Umfange zur Entscheidung gestellt wird. Auch eine Mobilisierung des Islam in aller Welt kommt in Frage, und das mag die Tatsache erklären, daß im Gegensatz zu Frankreich in England das Vorgehen Italiens keineswegs freundlich oder nur gleichmütig beurteilt wird.

Doch wir halten inne. Vielleicht läßt es Italien bei einer Demonstration bewenden, wenn es erkennt, wie gering die Sympathien sind und wie groß die Schwierigkeiten, mit denen es zu rechnen hat. Der „Temps" schreibt freilich: „La France se desintéressera de ce qui se passera à Tripolis, de même que l'Italie s'est desintéressée de ce qui s'est passé à Fez. Nos voisins peuvent compter sur notre loyauté." Es fragt sich aber, ob diese bequeme Passivität sich auf die Dauer wird behaupten lassen.

Was Italien jetzt unternimmt, ist weder friedlich, noch gilt es der Befriedigung berechtigter Interessen; es scheint uns daher nicht denkbar, daß Deutschland etwas anderes tut, als seinen Einfluß in Rom wie in Konstantinopel daran zu setzen, um, wenn irgend möglich, die bereits begonnene Aktion Italiens in das Fahrwasser einer diplomatischen Verhandlung abzulenken, und das wird wohl auch die Absicht der anderen Mächte sein. Glückt es nicht, so fällt die Verantwortung für die Folgen denjenigen zu, die das Land in dieses unheilschwangere Unternehmen gedrängt haben.

Seit unserer letzten Wochenübersicht ist der russische Ministerpräsident dem verbrecherischen Attentat Bagrows erlegen. Stolypin hat dem Tode tapfer ins Auge gesehen, wie er ein tapferer Mann war, solange die ungeheure Last seiner Stellung auf seinen Schultern ruhte. Den Mörder hat die verdiente Strafe getroffen. Zum Ministerpräsidenten

ist der bisherige Finanzminister Kokowzew ernannt, den seine Tätigkeit, die mit allen Fragen der inneren wie der auswärtigen Politik verbunden war, für seine neuen Aufgaben mehr als jeden andern vorbereitet hat. Er gilt für hervorragend befähigt, und seine Arbeitskraft und unermüdliche Arbeitslust war in Petersburg fast sprichwörtlich. Seinen politischen Überzeugungen nach galt er für einen Liberalen und für einen Gegner des übertriebenen Nationalismus. Der neue Minister des Innern Makarow gehört der äußersten Rechten an. Es ist eine Art Gegengewicht, das damit gegen den Ministerpräsidenten in die Wagschale geworfen wurde. So läßt sich, trotz der Erklärung der „Rossija", daß es beim System Stolypins bleiben werde, noch nicht mit Sicherheit vorhersehen, welches der politische Kurs sein wird. Zunächst ist Kaiser Nikolaus II. persönlich bemüht gewesen, die steigende antisemitische Flut, die stets in Gewalttaten auszumünden droht, zum Stehen zu bringen. Aber es fragt sich, ob diese elementare Bewegung sich auf die Dauer niederhalten läßt. Die panikartige Flucht der Juden, zumal aus Kiew, zeigt jedenfalls, daß man in diesen Kreisen an eine sehr ernste Gefahr glaubt. Die „Nowoje Wremja" zählt die Reihe der Attentate auf, die gegen Stolypin teils versucht, teils ausgeführt wurden, und macht auf die große Zahl der Juden aufmerksam, die daran beteiligt waren. Sieht man die Reihe der zwanzig an diesen Anschlägen beteiligten Terroristen durch, so erweist sich, daß immerhin sechs jüdische Namen tragen, darunter drei Frauen, was doch einen sehr starken Prozentsatz gibt.

Wenn in den ersten Tagen nach dem Kiewer Attentat stürmisch nach dem Rücktritt des Unterrichtsministers Kassso verlangt wurde, so ist es davon jetzt still geworden, und wir hoffen, daß es dabei bleiben wird, da der als sein Nachfolger genannte Kurator des Dorpator Lehrbezirks, Pruschtschenko, ein intriganter Russifikator ohne jedes Rechtsgefühl ist, der während seiner Amtswaltung nur zerstört und nichts Positives geschaffen hat. Aber noch ist, wie gesagt, alles unsicher, und man wird über den nachstolypinschen Kurs wohl erst urteilen dürfen, nachdem die Duma zusammengetreten ist und einige Wochen getagt hat.

Ein Ereignis von weitgreifender politischer Bedeutung ist die Niederlage Lauriers bei den Wahlen in Kanada und der Sieg der von R. L. Borden geführten Konservativen. Die Wahlparole galt dem von Laurier mit den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Reziprozitätsvertrage, den Borden und seine Freunde bekämpften, so daß

Bordens Sieg zugleich eine höchst empfindliche Niederlage Tafts bedeutet. In England ist die Nachricht begreiflicherweise von Unionisten und Ministeriellen mit gleichem Jubel aufgenommen worden, obgleich die letzteren von ihrem Parteistandpunkte aus eigentlich wenig Grund dazu haben. Es ist nämlich im höchsten Grade wahrscheinlich, daß der in Kanada errungene Sieg auch den Konservativen im Mutterlande den Nacken stärkt bei dem bevorstehenden Kampf um das Homerule in Irland, das nach wie vor in England bis in die Kreise der Liberalen hinein höchst unpopulär geblieben ist, und ihnen den Sieg zuführt. Das gäbe dann die Perspektive eines kommenden unionistischen Kabinetts mit all den Möglichkeiten, die an einer solchen Kombination hängen. Die Verwerfung der Kanadaakte wird die weitere Folge haben, daß in Washington auch der mit New Foundland geplante Reziprozitätsvertrag aufgegeben wird. Die Absicht ging — wie Reuter mitteilt — dahin, auf der Basis „freien Köder für freien Fisch" abzuschließen und den Markt New Foundlands der Industrie der Union zu öffnen gegen Zulassung von Papier und Holzbrei.

Mr. Borden, der nun ohne Zweifel Ministerpräsident in Kanada wird, ist 57 Jahre alt, von Beruf Rechtsanwalt, überzeugter englischer Loyalist, seit 1896 Vertreter von Halifax im kanadischen Parlament, und wurde nach dem Rücktritt von Sir Charles Tupper Führer der konservativen Opposition. „Er ist", schreibt „Daily Chronicle", „kein Fremder im Mutterlande.... Obgleich er nie Gelegenheit hatte, das Dominion auf der Reichskonferenz zu vertreten, sind seine Ansichten über die Probleme des Reichs wohlbekannt. Er hat in seinem politischen Leben stets die Ansicht vertreten, daß ein enger Anschluß ans Reich notwendig sei, und nach seiner Meinung ist Kanadas erste Pflicht, einen stattlichen Beitrag für die Reichsflotte zu leisten... Er hat die einzigartige Auszeichnung erfahren, ein besoldetes Mitglied der Opposition zu sein. Auf Antrag der liberalen Regierung willigte ihm als Leiter der Opposition das Parlament zu den 500 Pfund, die jedes Mitglied beider Häuser als Entschädigung erhält, ein Jahresgehalt von 1400 Pfund." Diese Vergünstigung wird jetzt natürlich auch Laurier zuteil werden, der seine politische Rolle keineswegs ausgespielt hat. Dazu ist der Mann zu bedeutend.

Ob auf diese erste endgültige Niederlage Tafts noch die zweite folgen wird, daß seine Schiedsverträge mit England und Frankreich

ebenfalls ganz verworfen werden, ist fraglich, aber nach der Stellung, die der Senat eingenommen hat, nicht unwahrscheinlich, zumal sein ehemaliger Freund und jetziger Rival Roosevelt im „Outlook" mit der ihm eigenen Wucht gegen ihn und seine Theorien vorgeht. Er hat in dieser Wochenschrift mit der Veröffentlichung einer Reihe von drei Artikeln begonnen, deren ersten hier im Auszuge wiederzugeben uns nützlich scheint. Er schreibt:

„Es ist eine unserer ersten Pflichten als Nation, nach Frieden zu trachten. Es ist eine noch höhere Pflicht, nach Gerechtigkeit zu streben. Es ist auch unsere Pflicht, uns nicht Täuschungen hinzugeben und nicht den Glauben zu erwecken, daß wir den Frieden bewahren können durch eine patentierte Erfindung, von welcher Menschen mit gesundem Menschenverstande wissen sollten, daß sie in der Wirklichkeit nichts ausrichten kann, und die, wenn wir sie ins Wert setzen wollen, unwiederbringlichen Schaden verursachen kann. Ich glaube aufrichtig im Prinzip an Schiedsgerichte, ich glaube, daß man dieses Prinzip, soweit als es anwendbar ist, auch anwenden soll; aber ich glaube auch, daß das Bemühen, es zur Geltung zu bringen, wo es nicht praktikabel ist, nichts Gutes, wohl aber ernstlichen Schaden herbeiführen kann. Unklares Denken und die Bereitwilligkeit, Gedanken durch Worte zu ersetzen, selbst wenn diese von einer durchaus liebenswürdigen Sentimentalität eingegeben werden, können nicht vernünftiges Handeln zur Folge haben. Ich glaube, daß die große Mehrzahl der Leute, die für jeden Vertrag eintreten, der sich Friedensvertrag oder Schiedsgerichtsvertrag nennt, weniger häufig in eine Lage versetzt werden würden, die ihr Vaterland zu demütigen droht, wenn sie sich die Mühe geben wollten, genau und endgültig zu formulieren, was sie eigentlich wünschen."

Im weiteren Verlauf seiner Untersuchung weist Roosevelt darauf hin, daß Amerika bereits zwei Serien von Schiedsverträgen habe: eine allgemeine Konvention mit fast allen zivilisierten Staaten zur friedlichen Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch Schiedsspruch; und zweitens die Schiedsgerichtskonventionen mit Großbritannien, Frankreich und verschiedenen anderen Nationen. Die letzteren seien von geringer Wichtigkeit, aber besser als die Taftschen Vorschläge, weil sie ausdrücklich festsetzen, daß Fragen, welche vitale Interessen, die Unabhängigkeit oder die Ehre der Staaten betreffen, nicht Schiedsgerichten unter-

liegen. Vortrefflich sei dagegen die allgemeine internationale Friedenskonvention, wie sie der Präsident am 28. Februar 1910 proklamiert habe und von der die *professionellen „peace advocates"* nichts zu wissen schienen. Durch diese Konvention, der außer den Vereinigten Staaten noch England, Deutschland, Japan, Frankreich und Rußland beigetreten seien, hätten diese Mächte sich feierlich verpflichtet, alles zu tun, um ihrerseits internationale Schwierigkeiten friedlich beizulegen: bevor sie zum Kriege greifen, die Vermittlung befreundeter Mächte anzurufen, und was noch wichtiger sei, das Recht dritter Mächte anzuerkennen, aus eigener Initiative, während die Differenzen noch schweben, oder in währendem Kriege ihre guten Dienste anzubieten, ohne daß darin ein „unfriendly act" erblickt werden solle. Auch eine internationale Untersuchungskommission sei vorgesehen, sowie der permanente zu diesem Zweck begründete Schiedshof im Haag.

Demgegenüber sei der Taftsche Antrag *unehrlich* und *unklar* und völlig unerfindlich, was es bedeuten solle, daß Schiedssprüche nur obligatorisch seien, wo es sich um Fragen handle, die „justiciable" seien. Der Begriff lasse sich nicht definieren und könne sowohl bedeuten, daß alles, wie daß nichts obligatorisch vor ein Schiedsgericht gehöre. Es stehe *Heuchelei* dahinter, und die könne niemals auf die Dauer Fundament moralischer Bestrebungen sein. Roosevelt wirft nun die Frage auf, ob die geplanten Schiedsverträge Amerika verpflichten, die folgenden Probleme einer schiedsgerichtlichen Entscheidung zu unterwerfen: Etwa die Monroe-Doktrin, die kubanische Frage, die Frage, ob Staatsobligationen an europäische Obligationsgläubiger zu zahlen sind, die Frage, ob europäische Staaten einen Anspruch auf dieselben Zugeständnisse haben, die Kanada auf Grund des Reziprozitätsvertrages erhalten soll, ob fremde Staaten berechtigt sind, in Panama einzugreifen, ob endlich Amerika berechtigt sei, mißliebige Ausländer auszuschließen? Roosevelt ist überzeugt, daß das amerikanische Volk sich niemals dazu verstehen werde: Schiedsverträge zu vereinbaren, wie Taft sie vorgeschlagen habe, würde ebenso gefährlich sein, als wenn man den Kanal unbefestigt ließe, oder sich weigern wollte, die Flotte auf der Höhe zu erhalten; Tafts Verträge bedeuteten keine Förderung des Friedens, sondern würden ein Hindernis sein, ihn zu behaupten. Wie denn überhaupt allgemeine Schiedsverträge bestenfalls Versprechungen seien, die sich an sentimentale Köpfe wenden, deren Bedeutung auf das lächerlichste

übertrieben werde. Der Bericht, den das Komitee für auswärtige Angelegenheiten durch Senator Lodge vorgelegt habe, sage ganz richtig, daß die Ratifizierung der Verträge in ihrer jetzigen Gestalt Erörterungen hervorrufen könne, die sehr wohl in einen Krieg ausmünden könnten, weil sie die fremden Nationen ermutigen müßten, Fragen anzuregen, über welche die Union niemals einen Schiedsspruch zulassen könne, wie z. B. die Besitzergreifung einer strategischen Stellung in St. Thomas am Atlantischen oder in der Magdalenenbai im Pazifischen Ozean, also Fragen, welche ein Schiedsgericht sehr wohl zuungunsten Amerikas entscheiden könne und die doch vitale Interessen der Union beträfen. Dieser Gedanke wird dann noch ausführlich weiter entwickelt, bis er schließlich in den klassischen Satz ausmündet:

„In der Geschichte unseres Landes haben die Friedensadvokaten, die mehr den Frieden als die Gerechtigkeit ins Auge fassen, noch niemals weder dem Frieden noch der Menschheit gedient. Die wahren Friedensfreunde, die Männer, die wirklich die Friedensbewegung vorwärts gebracht haben, sind die gewesen, die den Spuren von Washington und Lincoln folgten und für die Gerechtigkeit als das höchste Ziel nationalen Lebens eintraten. Nur wenn wir nach diesen Grundsätzen handeln, nur wenn wir den Spuren dieser großen Amerikaner folgen, können wir Nachgeborenen für den Frieden der Gerechtigkeit arbeiten und ihn sicherstellen."

Es ist wohl sicher, daß die hier ausgegebene Parole bei den bevorstehenden Wahlen eine große Rolle spielen wird. Roosevelt, der nach seiner letzten Niederlage für die Präsidentschaft gar nicht mehr in Frage zu kommen schien, stellt hier seine Kandidatur wieder auf, und nach den Mißerfolgen der Taftschen Politik sind seine Aussichten nicht übel. Ausgeschlossen ist freilich nicht, daß ein dritter, heute noch unbekannter Mann, sie beide beiseite schiebt und damit ein neuer Faktor in das Leben der großen Republik eintritt.

Noch einige Tatsachen zum Schluß. Arabi Pascha, an dessen Niederwerfung die englische Okkupation von Ägypten anknüpft, ist halb vergessen in Kairo gestorben. Mehmed Alis von Persien Versuch, seinen Thron wiederzuerobern, ist schmählich gescheitert, er selbst wahrscheinlich ein Gefangener der Regierung, die in Salar ed Dauleh einen neuen Prätendenten zu bekämpfen hat. Es stellt sich damit die interessante Frage, ob England und Rußland auch ihm gegenüber „neutral"

sein werden, was jedenfalls mehr den russischen als den englischen Interessen entsprechen würde.

In Frankreich ist der „Jean Bart" nun doch glücklich vom Stapel gelaufen, ohne daß es in Brest zu Störungen gekommen wäre, gleich günstig verlief in Lorient der Stapellauf des „Courbet". Aber an anderer Stelle ist die französische Flotte von schwerem Mißgeschick betroffen worden. Erst war es die Explosion auf der „Gloire", die 14 Mann teils tötete, teils verstümmelte, und jetzt kommt die Schreckenskunde vom Untergang der „Liberté" und der schweren Beschädigung der „Republique". Mit der „Liberté" sind mindestens 300 Mann, darunter, wie es heißt, alle Offiziere untergegangen, und der einzige Trost, den Frankreich dabei hat, liegt in der musterhaften Disziplin, die, wie wir den aus Frankreich kommenden Berichten entnehmen, bis zum letzten Augenblick trotz der unmittelbar drohenden Todesgefahr behauptet wurde. Die Beschädigung der „Republique" ist auf eine Verwundung durch Eisenteile der „Liberté" zurückzuführen, und ebenso sind zahlreiche andere Fahrzeuge des in Toulon vor Anker liegenden Geschwaders verletzt worden. Es ist ein furchtbares Unglück, das aufrichtiges Mitgefühl hervorruft. Kann der Staat auch die Wunde heilen, die seiner Wehrkraft geschlagen ist, unersetzlich bleibt der Verlust derjenigen, die um Bruder und Vater und Gatten zu trauern haben. Und ihnen zumal gilt unser Mitgefühl.

28. September 1911. Italien fordert durch ein Ultimatum die Abtretung von Tripolis von der Türkei.
29. September. Kriegserklärung Italiens an die Türkei.
Said Pascha wird an Hakki Paschas Stelle Großwesir.
30. September. Rücktritt des konservativen schwedischen Ministeriums.
1. Oktober. Madero wird zum Präsidenten von Mexiko gewählt.
3. Oktober. Beginn der Beschießung von Tripolis.
Versuch der Royalisten unter Comeiro, in Portugal Fuß zu fassen.

---

4. Oktober 1911.

Daß der vertragswidrige Marsch der Franzosen nach Fez einen Angriff Italiens auf die Türkei zur Folge haben konnte, war trotz der geheimen Verträge zwischen Italien und Frankreich nur möglich, weil die türkische Regierung, der die auf Tripolis gerichteten Absichten Italiens bekannt sein mußten und bekannt waren, so gut wie nichts getan hat, Tripolis in Verteidigungszustand zu setzen. Man hat in Konstantinopel versäumt, solange das Meer noch frei war, reguläre Truppen und Geschütz hinüberzuschaffen, und steht jetzt einer fast verzweifelten militärischen Lage gegenüber. Die ungeheure Überlegenheit Italiens über die türkische Flotte macht die Verschiffung türkischer Truppen so gut wie unmöglich. Sie auf dem Landwege in die bedrohte Provinz zu bringen, würde, auch wenn England in Ägypten keine Schwierigkeiten erregen sollte, die den Durchmarsch verhindern, von geringem Nutzen sein, da Monate nötig wären, um Tripolis zu erreichen. Versäumt ist die Sperrung der in Betracht kommenden Landungsplätze durch Minen — kurz, die Türkei ist völlig überrumpelt worden, und zurzeit kann kaum bezweifelt werden, daß Italien sein nächstes Ziel, die Okkupation strategisch bedeutsamer Punkte in Tripolis und die Errichtung der Anfänge einer italienischen Verwaltung, tatsächlich erreichen kann. Aber daß damit das neue tripolitanische Problem nicht gelöst ist, liegt auf der Hand. Ohne Anerkennung der italienischen Okkupation von seiten der Pforte bleibt die Stellung Italiens ein Anspruch von mehr als strittiger

Bedeutung, der aller Wahrscheinlichkeit nach eine Quelle dauernder Verlegenheit werden und große Opfer an Menschen und an Geld fordern wird. Diese Perspektive, der sich die italienischen Staatsmänner gewiß nicht entziehen, bietet die Aussicht auf ein Kompromiß, und es kann als sicher gelten, daß die Diplomatie Europas, vor allem die Deutschlands, bemüht sein wird, im Interesse beider Teile dahin zu wirken.

Unsre Stellung zu Italien hat ja ihre, nicht immer erfreuliche Geschichte, deren dunkle Seiten darauf zurückzuführen sind daß in dem Dreibundsvertrag die Mittelmeerfrage nicht inbegriffen ist. Vor der englisch-französischen Entente vom 8. April 1904 bedeuteten die englisch-italienischen Beziehungen, die auf eine gleiche Rivalität beider Mächte gegen die Stellung Frankreichs im Mittelmeer zurückgingen, ein Band, das indirekt England mit dem Dreibund verband. Danach aber änderte sich die Lage. Italien suchte einen Anschluß an die beiden Westmächte, und das hat sich bekanntlich in einer für uns höchst empfindlichen Weise in Algeciras geltend gemacht. Dazu kamen dann die systematischen Bemühungen Barrères, des französischen Botschafters am Quirinal, für Frankreich und gegen Deutschland Stimmung zu machen, Bemühungen, die bekanntlich von Erfolge gekrönt worden sind und noch in den letzten Wochen in äußerst feindseligen Artikeln der italienischen Presse zum Ausdruck kamen. Das offizielle Italien aber hat namentlich nach der Zusammenkunft in Racconigi in allen den nahen Orient betreffenden Fragen eine Politik gemacht, die mit England, Frankreich und Rußland, nicht aber mit Deutschland und Österreich-Ungarn Hand in Hand ging. Es ist unter diesen Umständen wohl verständlich, wenn die öffentliche Meinung in Deutschland die italienische Politik nicht eben freundlich beurteilte und daß das von niemandem erwartete Vorgehen gegen Tripolis vollends üble Kommentare fand. Die Haltung, die Deutschland seit einer langen Reihe von Jahren — seit der Kaiserfahrt nach Konstantinopel im November 1889 — unter allen Wechselfällen der Türkei gegenüber behauptet hat, wird bei uns allgemein verstanden und gebilligt und eine Schädigung der Türkei zugleich als eine Schädigung unserer Interessen empfunden. Ohne die schweren Mißstände zu verkennen, die namentlich in der türkischen Zivilverwaltung sich behauptet haben, glaubt man doch an das Existenzrecht und an die Existenzfähigkeit des osmanischen Reiches, das eine besondere, lebensfähige Kultur darstellt.

So wurde Deutschland durch die tripolitanische Aktion Italiens allerdings in eine außerordentlich schwierige Lage versetzt, aus der, wie wir darlegten, es nur den einen Ausweg gibt, daß Deutschland, soweit möglich, zwischen den aufs äußerste zugespitzten Gegensätzen beider Mächte die Gleichung herstellt, die Italien trotz der Überlegenheit, die ihm seine Seemacht sichert, veranlaßt, seine Forderungen so weit herabzusetzen, daß sie sich mit dem berechtigten nationalen Ehrgefühl der Türkei vereinigen lassen, oder anders formuliert, keine Annexion von Tripolis, sondern eine Form der Okkupation, die mit der Souveränität des Sultans vereinbar ist. Der „Standard", der sehr scharf über das italienische Ultimatum urteilt, scheint einen ähnlichen Gedanken zu vertreten. Er sagt nämlich:

„Das Argument mit Kanonenbooten, das so wirksam Staaten gegenüber ist, die sich auf die traditionellen Methoden orientalischer Diplomatie stützen, ist von uns bei vielen Gelegenheiten gebraucht worden, und man hätte es den Italienern kaum vorgeworfen, wenn sie zu etwas brüsken Maßregeln gegriffen hätten, um das Rechtsgefühl der türkischen Beamten zu kräftigen. Aber daß eine Provinz in Besitz genommen wird, ohne die Zusage künftiger Wiedererstattung, das geht weit über die Notwendigkeiten des vorliegenden Falles hinaus. Italien hat eine schwere Verantwortung auf sich genommen, indem es die Pforte zwang, die Entscheidung des Krieges anzunehmen."

Der Stolz, mit dem hier auf die korrekte Politik Englands im Jahre 1882 angespielt wird, wirkt nicht eben erbaulich, wenn man sich erinnert, daß Frankreich sich 1904 verpflichten mußte, die Engländer nicht an ihr Versprechen zu mahnen, daß sie Ägypten räumen würden, sobald die Ordnung wiederhergestellt sei. Es war die Form der verhüllten Annexion, aber sie machte es der Türkei Abdul Hamids möglich, einem Krieg mit England aus dem Wege zu gehen, und das hätte sich vielleicht auch jetzt erreichen lassen.

Deutschland hat unter diesen Verhältnissen sich bis auf weiteres darauf beschränken müssen, die Untertanen seines italienischen Bundesgenossen in der Türkei und die seines türkischen Freundes auf italienischem Boden unter seinen Schutz zu stellen. Die schwierigere Aufgabe ist natürlich der Schutz der Italiener, die namentlich in Kleinasien, aber auch in den städtischen Zentren der europäischen Türkei ziemlich stark vertreten sind. Allgemein war von vornherein die Sorge, daß

das Vorgehen der Italiener in Tripolis einen Reflex auf der Balkanhalbinsel finden könnte, und diese Sorge ist noch gesteigert worden durch das Seegefecht bei Prevesa, das zwei türkischen Torpedobooten, die von der italienischen Kriegserklärung noch nichts wußten und ahnungslos an der albanischen Küste kreuzten, den Untergang gebracht hat; dasselbe hat sich dann am 30. bei Durazzo wiederholt. Daß, wie jetzt behauptet wird, italienische Truppen in Albanien gelandet seien, können wir nicht glauben, da es direkt dem Versprechen zuwiderläuft, das Italien öffentlich gegeben hat, die Balkanhalbinsel nicht in seine Aktion hineinzuziehen. Auch sind alle Mächte bemüht, den Krieg zu lokalisieren und die unruhigen Elemente auf dem Balkan niederzuhalten. Die Organisation einer bulgarischen Bande in Mazedonien wird hoffentlich eine vereinzelte Erscheinung bleiben, namentlich läßt sich erwarten, daß Montenegro und Griechenland auf den dringenden Rat der Mächte sich aller Provokationen enthalten. Daß aber die Türkei, wenn sie zur Verzweiflung getrieben wird, unter dem Druck der ungeheuren Erregung, die sich aller Kreise der Bevölkerung bemächtigt hat, schließlich doch den Jehad erklären könnte, ist nicht absolut ausgeschlossen und würde dann eine ernste Gefahr für England werden, dessen mohammedanische Untertanen in Indien (nach der Zählung von 1901 über 62 Millionen Köpfe) bisher ein Gegengewicht gegen die allezeit zu einer Erhebung geneigte Bevölkerung Bengalens bildeten. Gerade jetzt, da der Krönungsdurbar König Georgs vorbereitet wird, wäre die Verlegenheit besonders groß, in welche England dadurch geriete. Auch die englische Stellung in Ägypten würde in solchem Falle gefährdet erscheinen. In der russischen Presse ist die Stimmung geteilt. Einerseits freut man sich über die voraussichtliche Schwächung der Türkei, anderseits aber verhehlt man sich nicht, daß Rußland für eine Lösung der orientalischen Frage in dem Sinne, wie die Nation sie von jeher gewünscht hat, noch nicht vorbereitet ist. Die russische Flotte im Schwarzen Meer ist erst im Entstehen, und ein Forcieren der Befestigungen des Bosporus könnte sehr gefährlich werden. Der von einem der russischen Blätter gemachte Vorschlag, als „Kompensation" für Erfolge Italiens die Öffnung der Meerenge zu verlangen, hat wohl keine Aussicht, von der russischen Regierung angenommen zu werden. Der neue Ministerpräsident Kokowzew vertritt ein Programm innerer Konsolidierung, nicht eine Politik der Expansion nach außen, und da der Minister des Auswärtigen Sasonow sich in erfreulichster Weise

völliger Genesung nähert und nach einem Erholungsurlaub in der Krim die Leitung der auswärtigen Politik selbst übernehmen wird, läßt sich mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß die Grundsätze, die in der Potsdamer Übereinkunft mündlich und schriftlich formuliert wurden, wieder zur Geltung kommen werden. Herr Neratow, dem Sasonows Vertretung übertragen ist, steht unter Einflüssen, die von den Botschaftern in Paris und London ausgehen und die eine Richtung vertreten, die mit der Sasonows keineswegs identisch ist. Auch der russische Botschafter in Konstantinopel gehört dieser Gruppe an.

Daß aber in Rußland jetzt die inneren Fragen vor allem die Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, ist nach den Entdeckungen, welche das Attentat Bagrows gebracht hat, sehr verständlich. Man scheint sehr weiten revolutionären und anarchistischen Verbänden auf die Spur gekommen zu sein, und die Zahl der Verhaftungen steigt mit jedem Tage. Jene Pariser Terroristenkonferenz, von der wir nach einer lettischen Quelle berichteten, ist nichts weniger als harmlos gewesen und offenbar nicht das einzige Zentrum, von dem aus auf die Organisation einer neuen russischen Revolution hingearbeitet wird. Der „Standard" vom 30. September berichtet von einer Kolonie russischer Revolutionäre in Bournemouth, die er folgendermaßen charakterisiert: Ihrem Charakter nach Kosmopoliten, sind diese Verbreiter des Geistes der Revolte unter den bäuerlichen Klassen Rußlands am Werk, durch grimmige, unaufhörliche, nicht nachlassende Bemühungen ihre russischen Brüder nach den Grundsätzen zu befreien, die der verstorbene Graf Leo Tolstoi vertrat. Ihre Zahl schwankt zwischen 20 und 30 Mann. Unter ihnen sind Männer, die einst eine hervorragende politische Rolle gespielt haben und jetzt Verbannte sind, gelehrte Professoren, Studenten, revolutionäre Bauern und ehemalige Offiziere der russischen Armee. Ihr Haupt und Direktor ist Wladimir Tschertkow, von dem Tolstoi gesagt hat: „Gott hat mir das höchste mögliche Glück gegeben — er hat mir einen Freund wie Tschertkow gegeben". In ihrem Hauptquartier, Tuckton House, beraten diese Männer die ernste Frage, wie Rußland zu reformieren sei, ohne sich um die fashionable Welt zu kümmern, die alljährlich in Bournemouth zusammenströmt. Aber „es ist keine Übertreibung, zu sagen, daß Tausende in Rußland ihren Blick auf Bournemouth richten, als auf das wichtigste Zentrum für die Propagierung revolutionärer Ideen unter den russischen Bauern". Tolstoi selbst habe die Begründung dieses Instituts

gebilligt und bis an sein Ende die Fortschritte desselben mit Interesse verfolgt. Die Tätigkeit dieser sentimentalen Revolutionäre besteht in Verbreitung der verbotenen Schriften Tolstois, die auf eigens dazu präpariertem Papier nach Rußland in gewöhnlichen Briefen verschickt werden. „Wir haben auf diesem Weg Tausende von Pfunden verbotener Schriften Tolstois unter den Bauern verbreitet, und einige Millionen von Büchern und Pamphleten sind so in Umlauf gesetzt worden." So versicherte Herr Alexander Sirnis (dem Namen nach ein Lette) dem Gewährsmann des „Standard". Er versicherte zugleich, daß Tschertkow und seine Leute den politischen Mord verdammen, aber diese systematische Vergiftung des Volkes ist schlimmer als Mord und muß schließlich in Massenmord und Totschlag ausmünden. Auch sind schon jetzt die Symptome politischer und agrarer Erregung, die sich unter der Bauernschaft zeigen, im höchsten Grade beunruhigend. Direkte Nachrichten, die wir aus dem lettischen Teil der baltischen Provinzen erhalten, weisen darauf hin, daß auch dort auf eine neue revolutionäre Erhebung hingearbeitet wird. Aber man fragt wohl, weshalb England diese Schädigung einer befreundeten und verbündeten Macht seit Jahren duldet, und wie ein konservatives Blatt, was der „Standard" doch sein will, mit unverkennbarem Wohlgefallen über die destruktive Tätigkeit von Tschertkow und Genossen berichten kann? Die Unterdrückung dieser Elemente der Zerstörung und der Dekomposition ist doch ein gemeinsames Interesse aller Kulturstaaten. Der neue Minister des Innern, Markow, dem ein guter Ruf vorhergeht, wird keine leichte Aufgabe haben, wenn er die Früchte, die aus dieser Saat reifen, ausrotten will. Die nächste Reinigungsarbeit gilt übrigens dem in Rußland meist verhaßten Institut, der Ochrana, jener politischen Geheimpolizei, deren Methoden sich nicht nur als verächtlich und gefährlich, sondern auch als lächerlich unklug erwiesen haben. Diese Geheimpolizei ist fortlaufend düpiert worden und hat durch die großen Summen, die sie ihren vermeintlich zuverlässigen Agenten zahlte, sehr wesentlich dazu beigetragen, die Kasse der Terroristen zu füllen.

Der Verlauf, den die Ereignisse in Persien genommen haben, bedeutet, nachdem der Schahprätendent und sein Bruder Salar ed Dauleh Niederlage auf Niederlage erlitten haben und flüchtig geworden sind, für Rußland wie für England einen entschiedenen Mißerfolg. Denn trotz aller Dementis von russischer Seite kann nicht zweifelhaft sein,

daß Mohammed Ali nicht nach Persien hätte gelangen können, wenn die russischen Beamten nicht beide Augen zudrückten, und ebensowenig läßt sich übersehen, daß die Neutralität Englands und Rußlands im Grunde eine Parteinahme für den Prätendenten und gegen die zu Recht bestehende Regierung war. Auch das ist wohl eine Politik, die Sasonow gewiß nicht gemacht hätte und in der Sir Edward Grey, der in Asien die englischen Interessen preisgibt, um Rußland für seine antideutsche Politik in Europa zu gewinnen, recht eigentlich „hereingelegt" worden ist.

Am 28. September hat das Kabinett des Ministers des Auswärtigen, de Selves, den Abendzeitungen und Agenturen eine Note zugehen lassen, in welcher es hieß, daß Deutschland mit „neuen Forderungen" in der Marokkofrage aufgetreten sei. Die Nachricht wurde schon am 29. September sowohl in Paris wie von Berlin aus dementiert. Aus den Erörterungen, die sich daran in der französischen Presse, speziell im „Temps", knüpften, ging nun unzweideutig hervor, daß nicht nur de Selves mit dem Ministerpräsidenten Caillaux im Kampfe lag, sondern daß auch M. Herbette, der Kabinettschef im Auswärtigen Amt, eine andere Politik trieb als sein Vorgesetzter. Zieht man nun in Betracht, daß Herr Regnault zurzeit als Experte von seinem Posten in Tanger nach Paris berufen ist, und daß zugleich die Marokko- und Kongointeressenten dort ihr Zentrum haben, so erklärt sich die ganz unleidliche Tatsache, daß die Verhandlungen, die zwischen dem Staatssekretär und Herrn Cambon stattfinden und über deren Inhalt strengste Diskretion vereinbart worden ist, in Paris sofort nach ihrem Eintreffen Eigentum der Presse werden. Dann folgen Kritiken, die von eben jenen Leuten ausgehen, die teils wie Herbette die Verhandlungen in Berlin zu diskreditieren suchen oder wie Regnault eine große Eitelkeit zur Geltung zu bringen haben, oder aber — doch wir wollen nicht weiter exemplifizieren. Das Resultat ist, daß die Verhandlungen schwieriger und langsamer werden, eine bereits vereinbarte Fassung umgemodelt wird und so dieselben Fragen immer aufs neue durchberaten werden müssen. Da ist es doch erstaunlich, daß der „Temps", der alle diese Intrigen besser kennt als jeder andere, in einem höchst insolenten Artikel Herrn v. Kiderlen dafür verantwortlich macht, daß die Marokko-Angelegenheit noch nicht erledigt ist. Offenbar geht die Absicht dahin, auch in Deutschland die von gewisser unlauterer Seite geschürte Ungeduld zu verbreiten und zu erreichen, daß zum Vorteil französischer Marokko-

Interessenten bereits gefaßte Beschlüsse rückgängig gemacht werden. Parallel mit diesem Treiben aber geht die unerhört herausfordernde Sprache des offiziellen Organs des französischen Kriegsministeriums, der „France militaire", die nicht nur in unseren militärischen Kreisen, sondern überall in Deutschland die tiefste Entrüstung hervorgerufen hat. Es ist ein gefährliches Spiel, das so getrieben wird, und gewiß nicht geeignet, der Versöhnungsaktion, auf welche unsere Diplomatie hinarbeitet, einen günstigen Boden im deutschen Volke zu bereiten. Als charakteristisch für die Lage sei noch erwähnt, daß der „Standard" in einer Zuschrift, die Albert F. Calvert, ein bekannter geographischer Schriftsteller, zeichnet, sich bemüht, Frankreich und England gegen die Kongokompensation scharf zu machen. Die Ausdehnung Deutschlands nach Süden bis zum Kongo sei für Deutschland von der allergrößten Bedeutung, weil es in den Besitz eines Territoriums komme, das sechzig Meilen am Kongo grenze. Zwischen den deutschen Kolonien in Ost- und Westafrika bleibe nur der Kongostaat, und Deutschland erlange nicht nur direkten Zugang zum Kongo, sondern werde auch leichter die geplante Eisenbahn durch den Kongostaat fertigstellen können, während England seine Kap-Kairobahn infolge deutschen Einspruchs nicht durch das Territorium des Kongo hätte einführen können. Auch das Vorkaufsrecht auf den Kongostaat habe Deutschland von Frankreich haben wollen, und das wäre eine direkte Schädigung Englands gewesen. Es werden dann die Flüsse und die reichen Distrikte aufgezählt, die in Deutschlands Hände kommen usw., in der Sprache der ungeschminkten Mißgunst. Habeat sibi, es paßt ganz in den Ton, den die unionistische Presse stets uns gegenüber eingehalten hat! An der Tatsache, daß wir den Kongo in Zukunft ungestört werden hinauf und hinabfahren können, wird durch dieses Lamento nichts geändert.

Der tragische Untergang der „Liberté" gewinnt doch ein ganz anderes Ansehen, als wir zuerst annahmen. Die gesamte französische Presse geht ungemein scharf mit der Marineverwaltung ins Gericht, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Explosion eine Folge der Nachlässigkeit war, mit der das Pulver der französischen Schiffsgeschütze behandelt worden ist. Man hat sich genötigt gesehen, das Pulver aus allen Fahrzeugen des Geschwaders zu entfernen, und wenn, wie es notwendig werden kann, dieselbe Maßregel allgemein ergriffen wird, so würde die französische Flotte, wie ein Experte erklärt, auf mindestens

zwei Jahre nicht in der Lage sein, einen Geschützkampf aufzunehmen. Schlimmer noch aber scheint uns die Konstatierung des Mangels an Disziplin in der Kriegsmarine. Auch in ihr scheint die Devise: Freiheit und Brüderlichkeit die Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Mannschaft zu bestimmen, oder, wie der „Temps" es ausdrückt, dieses Übermaß von „bonal garçonisme, qui transforme la discipline acceptée en une discipline consentie" und dessen notwendiges Ergebnis sei, daß der gesamte Dienst lax werde. Im „Eclair" gibt J. L. Dumont eine Unterredung wieder, die er mit einem Unteroffizier hatte, der glücklich mit dem Leben davongekommen war. Haben die Leute denn nicht ihre Pflicht getan?

„Seine Pflicht tun, war ein Ausdruck, den man an Bord der „Liberté" nicht brauchte. Das Schiff des Kommandanten Jaurès war ein Fahrzeug, auf dem man seinen Dienst „à la douce" machte. Man behandelte unsre Leute wie kleine verwöhnte Kinder, die man überreden muß, wenn sie gehorchen sollen, und so brachte man ihnen eine Vorstellung von militärischer Disziplin bei, die den Vorgesetzten alle Autorität nahm. Man hat es ja gestern gesehen. Als die erste Explosion stattfand, stürzten sich mehr als 100 Mann unter dem Ruf „sauve qui peut" ins Wasser...."

Ähnlich scharfe Urteile sind in allen französischen Zeitungen zu finden, und wenn jetzt wieder optimistisch in die Zukunft der französischen Marine geblickt wird, so ist das, wie Judet sich ausdrückt, ein unbußfertiger Optimismus, „un optimisme impénitant". Man mag Herrn Delcassé für das, was geschehen ist, nicht direkt verantwortlich machen, aber die Strafe, die seiner Ruhmredigkeit folgte, war furchtbar. Er hat eine unglückliche Hand, und wir glauben nicht, daß, wenn einmal das Ministerium Caillaux den Weg aller Ministerien geht, der nächste Ministerpräsident den Mut haben wird, ihn in seine Kombination einzuschließen. Die Reede von Toulon ist bis auf weiteres unzugänglich. Die gewaltigen Trümmer der „Liberté" sperren die Passage. Das Geschwader der „Dantons" wird wahrscheinlich nach Bizerta geschickt werden.

Rußland hat die portugiesische Republik anerkannt. Unmittelbar danach mußte ein bewaffneter Einfall der Royalisten niedergeworfen werden, und es läßt sich bei der Mißwirtschaft der Republikaner nicht absehen, wieviele weitere Anschläge folgen werden und welches der

endliche Ausgang sein wird. Der Versuch Castros, wieder in Venezuela Fuß zu fassen, ist endgültig gescheitert. Es war das amerikanische Gegenstück zum persischen Abenteuer Mohammed Alis. Daß England sich veranlaßt sieht, einen seiner Dreadnoughts in die ostasiatischen Gewässer zu senden, ist wohl die unmittelbare Folge der Modifizierung, die der englisch-japanische Bündnisvertrag erfahren hat.

5. Oktober 1911. Landung der Italiener in Tripolis.
7. Oktober. Rußland verlangt Neutralisierung der Getreideausfuhr aus dem Schwarzen Meer.

---

11. Oktober 1911.

Es kann gar kein Zweifel darüber aufkommen, daß ganz Italien das Unternehmen gegen Tripolis nicht nur billigt, sondern in ihm Erfüllung eines lange gehegten nationalen Ehrgeizes freudig und begeistert begrüßt. Man wird an keiner Stelle auf einen Widerspruch stoßen: Sizilien und der italienische Kontinent, Quirinal und Vatikan sind gleich fest davon überzeugt, daß es sich um einen gerechten, ja, um einen heiligen Krieg handle, und San Giuliano, der ihn herbeizuführen den Mut hatte, ist im Augenblick der meist gefeierte Held. Man muß mit diesen Tatsachen rechnen, wenn man gerecht urteilen will. Was wir in Italien sehen, ist nicht nur die Einmütigkeit der Gesinnung, die wir in Kriegszeiten wohl bei jeder tapferen Nation finden, oder doch finden sollten, die wir jedenfalls erwarten, sondern noch ein anderes Moment spielt mit. Italien lebt noch heute in den Erinnerungen des republikanischen und kaiserlichen Rom, die ihm fast lebendiger sind als die jüngste Vergangenheit. Die Vorstellung der punischen Kriege ist nicht erloschen, und aus weit späterer Zeit lebt noch das Gedächtnis der Kämpfe, die Genua und Venedig gegen die osmanische Seemacht und gegen die wilden Piraten der Küsten Nordafrikas geführt haben. Die Festsetzung Frankreichs in Algier, namentlich aber in Tunis, wurde fast wie eine Beschränkung des italienischen Erbes empfunden, und vollends die tatsächliche Okkupation Marokkos durch die Franzosen machte all diese Erinnerungen und Ansprüche aufleben. Wir haben schon vor acht Tagen hervorgehoben, wie Italien von zwei Seiten her mit dem Hinweis auf Tripolitanien getröstet worden ist, und wie es um dieser Zukunftsaussicht willen uns in Algeciras in Stich ließ und im nahen Orient mit England, Frankreich und Rußland Hand in Hand

ging, obgleich dadurch unsere Interessen empfindlich geschädigt wurden. Wir hatten kein verbürgtes Recht, dagegen Einspruch zu erheben, aber für Harmonie innerhalb der Tripelallianz war dieser politische Tanz mit dem Rivalen, der mehr bedeutete als eine „Extratour", immerhin wenig förderlich. Jetzt scheint der Einmarsch der Franzosen in Fez der kritische Augenblick gewesen zu sein, da San Giuliano sich entschloß, den lange erwogenen, aber stets hinausgeschobenen Plan der Besetzung von Tripolis in Ausführung zu bringen. Heute ist diese Besetzung Wirklichkeit geworden, eine politische Tatsache, mit der jedermann zu rechnen hat und deren Konsequenzen in möglichst erträgliche Bahnen zu lenken, Aufgabe der Diplomatie ist.

Wir sind fest überzeugt, daß es in Italiens eigenem Interesse liegt, eine Wendung zu verhindern, welche die Türkei, trotz ihrer nach innen wie nach außen bedrängten Lage, nötigt, zur Wahrung ihrer politischen Ehre zum Äußersten zu greifen. Daß scheinbar unversöhnliche Gegensätze, wie sie der Ehrgeiz des Imam Jachja, der nach dem Khalifat strebte, und die Rechte und Ansprüche des Sultans als des allgemeinen Khalifen der islamischen Welt darstellen, im Hinblick auf die italienische Gefahr völlig schwinden konnten, zeigt, was in größerem Maßstabe auf anderem Boden in der mohammedanischen Welt sich wiederholen kann. Der „Standard" vom 5. Oktober gibt die Äußerung eines zurzeit in London anwesenden Großkaufmanns Iskandor Kahlda wieder, der emphatisch versichert, seine Glaubensgenossen möchten, wenn irgend möglich, einen Krieg vermeiden, wenn das aber nicht möglich sei, kämpfen bis in den Tod. In der äußersten Not aber — so fährt er fort — gibt es noch ein Mittel, das stärkste von allen. Das sei der heilige Krieg, mit dem schon Abdul Hamid einmal gedroht habe; der jetzige Sultan würde, wenn er diesen Ruf ertönen ließe, von einer größeren und mächtigeren Persönlichkeit in der moslemischen Welt unterstützt werden, von Sedi el Sinussi, dem Propheten und seinen Genossen, die überall seien, wo es Moslems gebe, und auf dessen Wink 50 Millionen Fanatiker gegen die Christen vorgehen würden. Sidi el Senussi, der verschleierte Prophet von Kufra, den nur ein weißer Mann, Nachtigall, gesehen habe, bearbeite seit 26 Jahren alle Stämme der Moslem, von Bagdad bis Mekka, vom Balkan zu den Quellen des Nil, von Indien ins Haussaland, von Marokko bis Tripolis, und habe Araber wie Neger durch den wilden Fanatismus des kriegerischen Islam verbunden. In jeder Hinsicht zeige

sich Sidi el Senussi als der wahre Mahdi. Er stamme in gerader Linie von Mohammeds Lieblingsweib und habe das untrügliche Mal zwischen den Schultern, seine Augen seien b l a u und auch ein Arm länger als der andere. Aber tiefes Geheimnis umgebe ihn, das weder Franzosen noch Engländer zu durchdringen vermocht hätten, während er in jedem Hafen des Mittelmeeres und selbst in den Hauptstädten Europas seine Späher und Diener habe. Den charakteristischen Schluß setzen wir wortgetreu her:

„Außer von seinen Priestern, die jährlich einmal mit dem Propheten Rats pflegen, wird er nie anders als verhüllt von seinen Anhängern gesehen. In Jerebub, das vor neun Jahren El Senussis Hauptstadt war, wurden in einem großen Kloster 2000 Studenten zu Missionaren erzogen. Große Waffenlager und Werkstätten für Waffen und Munition waren an zahlreichen verborgenen Orten untergebracht, und Waffen wurden von Karawanen in alle Teile Arabiens, Zentralasiens, Nord-, Ost- und Zentralafrikas gebracht. Der Geheimnisvolle hatte auch 5000 Kamele bereit, falls plötzliche Flucht notwendig werden sollte.

Schließlich hat das stete Vorrücken der Franzosen und Engländer El Senussi bewogen, sein Hauptquartier in die Oase Kufra zu verlegen, wo er seither in der Stadt Joffo seine Anhänger erzogen und bewaffnet und große Waffenarsenale gefüllt hat, dazu Artillerie und Munition ohne Hilfe der großen ungläubigen Mächte Europas. Kufra ist 500 Meilen vom Nil und noch weiter vom Mittelmeer entfernt. Hier ist der Prophet von der grenzenlosen unwirtlichen Wüste umgeben, die Brunnen liegen 70 Meilen ab, und nur erfahrene Führer, die lieber einen tausendfachen Tod erdulden würden, als den Meister betrügen, kennen die Wege.

El Senussi ist nunmehr bereit und wartet nur auf den Ruf des Khalifen, um die christliche Welt im Blut eines mohammedanischen Jehad, eines heiligen Krieges, zu ertränken. Selbst wenn der Khalif sich ihm versagen sollte, kann El Senussi unabhängig handeln, wenn er sieht, daß das ottomanische Reich dem Untergang entgegenstürzt unter den Anfällen ungläubiger Feinde. Italiens Gier und die Gleichgültigkeit Europas können zu dem schrecklichsten Kriege führen, den die Welt je gesehen hat. Die Gefahr ist imminent, und der Schlag kann j eden Augenblick fallen."

Iskander Kahlda wird wahrscheinlich den Reflex der Vorstellung wiedergeben, der von der geheimnisvollen Macht des „Verschleierten"

in der mohammedanischen Welt von Mund zu Mund geht, und es mag viel Phantastisches dran hängen. Die orientalische Phantasie liebt mit großen Zahlen und mit weiten Räumen zu arbeiten, aber ein bloßes Gespenst ist El Senussi gewiß nicht und der Jehad keine eingebildete Gefahr. Ebenso sicher ist, daß Sultan Mehmed V. sich scheut, den Ruf ertönen zu lassen, der einen „heiligen Krieg" entfesseln würde. Die Türkei sucht nach einem Ausweg, der den Frieden in Ehren wiederherstellen läßt. Zieht man dabei in Betracht, daß es sich für sie in Tripolis um Erhaltung einer Oberherrlichkeit handelt, die nur eine scheinbare war und die sich auch in ähnlicher Form erhalten ließe, wenn den Italienern eine große Stellung in Tripolitanien eingeräumt wird, so mag man die Hoffnung nicht aufgeben, daß eine Verständigung erreicht wird, ehe es zum Äußersten kommt. In diesem Sinne arbeitet unser Botschafter, der Frhr. v. Marschall, in Konstantinopel, und er hätte vielleicht schon jetzt, nachdem Tripolis gefallen, ist, Aussicht gehabt, einen Vergleich herbeizuführen, wenn nicht andere Einflüsse dagegen arbeiteten. Wer die englischen, französischen und russischen Zeitungen aufmerksam verfolgt hat, kann nicht daran zweifeln, daß die Furcht, daß Deutschland seinen Einfluß am Goldenen Horn behaupten könnte, das durchschlagende Motiv dabei ist. Die Verdächtigungen, die in Schrift und Bild (wir denken an die in der „Nowoje Wremja" veröffentlichten Karikaturen) gegen Deutschland ausgestreut werden, übersteigen jedes Maß. So schreibt Herr Wessélitzki aus London:

„Die Italiener, die nicht zur öffiziösen Welt gehören, erklären den plötzlichen Entschluß Italiens durch den Umstand, daß deutsche Handelsagenten, wie man erfahren habe, beabsichtigen, in Cyrenaica einzutreffen, um dort deutsche Interessen zu schaffen!"

Nun, es bleibt die Hoffnung, daß derartige Erfindungen einmal aufgedeckt werden und dann der Verachtung verfallen, wie sie z. B. jener Petersburger Korrespondent des „Temps" verdient, über den die „Nowoje Wremja" genötigt worden ist, die folgende offizielle Note zu veröffentlichen:

„In Anlaß des in der Pariser Zeitung „Temps" erschienenen Interviews mit W. N. Kokowzew sind wir bevollmächtigt, zu erklären, daß der Präsident des Ministerrats niemandem ein Interview gewährt hat und deshalb nicht verantwortet, was angeblich aus seinem Munde in den Zeitungen veröffentlicht wird. Die Mitteilung

im „Temps“ und speziell die Äußerung über die Presse gehört in das Gebiet solcher Urteile, für welche die volle Verantwortung den Personen zufällt, die sie verbreitet haben.“

Es ist wohl überflüssig, hinzuzufügen, daß der „Temps“ von dieser Brandmarkung seines Korrespondenten keine Notiz genommen hat.

Doch kehren wir zur Tripolisfrage zurück. Auch ein englischer Politiker, der Rt. Hon. Alfred Lyttleton, Privy Councillor, von 1903—1905 Staatssekretär für die Kolonien, hat am 4. Oktober in Selkirk eine Rede gehalten, in welcher er (wie ein Telegramm der „N. Fr. Pr.“ berichtet) ausführte,

„daß Deutschland mit der Entsendung des Kanonenboots nach Agadir bewiesen habe, daß es seine Interessen und seine Stellung durch Drohung mit Gewalt zu fördern gedenkt. Dem deutschen Auswärtigen Amt sei es gleichgültig, ob seine Handlungsweise einen Bruch des Vertrages bedeute, auf dessen Unverletzlichkeit es während der letzten drei Jahre bestanden habe. Das deutsche Auswärtige Amt habe sich nichts daraus gemacht, eine Sprache zu führen und Handlungen zu begehen, die Europa dem Abgrund eines großen Krieges nahe gebracht hätten. Er wolle nicht die Qualität der deutschen politischen Moral untersuchen. Deutschland habe eine Chance gesehen, das eigene Interesse zu fördern, sei aber bei Ausbeutung dieser Gelegenheit unbesonnen vorgegangen. Das sei Deutschland, gepriesen als Hochstätte der Wissenschaft, der Philosophie und der großen industriellen Organisationen. Es könne nicht wundernehmen, daß Italien mit diesem Beispiel vor Augen sich unter wahrhaft zynischer Nichtbeachtung aller ethischen Begriffe von Recht und Unrecht anschicke, dem deutschen Beispiel zu folgen und offen heraus sich unter Verachtung des Rechts auf den absoluten Machtstandpunkt zu stellen.“

Wir wollen diese Äußerungen, die sich selbst richten, nicht weiter analysieren. Es ist die Sprache, die uns seit 1901 ununterbrochen aus der unionistischen Presse entgegentritt. Aber es ist doch darauf hinzuweisen, daß in England unter Führung der vorzüglichen Wochenschrift „The Economist“ eine Gegenbewegung an Boden gewinnt, die ernstlich bemüht ist, auf das Verderbliche dieser antideutschen Propaganda hinzuweisen. Wir haben in jeder der letzten Nummern des „Economist“ ganz vortreffliche Ausführungen gefunden, die dahin zielen und zu-

gleich auf die Notwendigkeit einer Verständigung mit Deutschland hinweisen. Auch die Rede, die Sir Franc Lascelles, der vieljährige Botschafter in Berlin, jüngst gehalten hat, entspringt, trotz ihres pessimistischen Schlusses, der Überzeugung, daß eine Verständigung zwischen England und Deutschland für beide Staaten ein Glück wäre, und Mc Kenna, der uns von früher her nicht gerade in erfreulicher Erinnerung steht, hat kürzlich erklärt:

„er habe immer und immer wieder gesagt, daß ihm und der Regierung nichts eine größere Befriedigung gewähren würde, als eine Vereinbarung zur Beschränkung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande abzuschließen".

Der „Economist" bemerkt dazu:

„Es ist überraschend, daß der erste Lord der Admiralität sich nicht der Zahlen seiner eigenen Budgetaufstellungen erinnert, aber das kommt nicht in Betracht gegenüber dieser deutlichen Erklärung, daß unsere Regierung bereit ist, eine Vereinbarung mit Deutschland zu treffen (to enter into an arrangement with the government of Germany). Wir hoffen und rechnen darauf, daß die Berater des Kaisers dies in seiner vollen Bedeutung erfassen (will take this at its face value), und daß die deutsche Presse dieser verantwortlichen Erklärung mehr Aufmerksamkeit schenkt, als den Auszügen, welche boshafte Korrespondenten von den unverantwortlichen Auslassungen übelgesinnter Journalisten bringen (from the irresponsible vapourings of ill-natured journalists)."

Einverstanden! Es fehlt nur eins, daß McKenna, der nur seinen Wählern gegenüber gesprochen hat, denselben Gedanken in der Form positiver Vorschläge an uns, wo gehörig, herantreten läßt. Er wird dann sicher Gehör finden, sobald diese Vorschläge auf dem Boden voller Parität beruhen.

Was offiziell über die Haltung Englands, Frankreichs und Rußlands zur tripolitanischen Frage verlautet, scheint zu beweisen, daß alle drei Mächte ernstlich bemüht sind, den Krieg zu lokalisieren. Dem Gerücht, daß England die Gelegenheit benutzen werde, um Ägypten zu annektieren, schenken wir um so weniger Glauben, als Lord Kitchener, der eben erst in Ägypten eingetroffen ist, in seiner Ansprache an den Khedive nicht die geringste Andeutung gemacht hat, die dahin ausgelegt werden könnte. Dazu kommt, daß der Krönungsdurbar bevorsteht, der eine

Verletzung der Gefühlswelt des Islam verbietet und im Hinblick auf Möglichkeiten, die sich nicht unbedingt abweisen lassen, nicht ohne Sorgen erwartet wird. Sind doch die Versicherungsprämien für diese Fahrt, die noch vor einem Monat 20 v. H. betrugen, auf 40 v. H. — also auf das Doppelte — gestiegen. Frankreich hat ähnliche Rücksichten auf Algier, Tunis und Marokko sowie auf die erregte Bevölkerung der Saharaoasen zu nehmen und ist zudem so sehr durch den Kampf mit der fortschreitenden sozialistischen und anarchistischen Auflösung, mit dem Antimilitarismus und dem Ringen der Parteien um den Platz an der Staatskrippe in Anspruch genommen, daß es wohl Demonstrationen, aber nicht Aktionen vornehmen will. Die Wahrscheinlichkeit, daß die „Liberté" Opfer eines anarchistischen Attentats geworden ist, hat durch den durch alle französischen Blätter gesandten Brief eines ehemaligen Unteroffiziers der „Liberté" außerordentlich an Boden gewonnen.

„Ich habe", schreibt er, „wenn ich meine Revisionstournee unternahm, oft Zettel mit der Inschrift gefunden: „La Liberté sautera". Mitunter galt es dem Kommandanten: Der Kommandant wird in die Luft fliegen! Ich habe den Kommandanten (Jaurès) gewarnt und ihm gesagt, er werde seine Knochen auf der „Liberté" lassen. Er wußte also, was geschah. Aber die Disziplin wurde nicht strenger, sondern laxer. Ich habe Leute in den verbotenen Räumen des Schiffes rauchend gefunden. Sie sind auf meine Klage nur leicht bestraft worden. An Bord aber sind Leute mit harten Köpfen, welche schreckliche Drohungen ausstoßen. Ich wollte nicht länger an Bord eines Schiffes bleiben, dem ohne Zweifel ein ernstes Unheil bevorstand."

Der Mann — der übrigens seinen Namen nicht zeichnet — hat sich vor der Katastrophe auf ein anderes Schiff versetzen lassen. Jedenfalls bleibt das Ergebnis der Untersuchung abzuwarten, die im Gange ist und die darüber entscheiden wird, ob das Pulver B oder der Anarchismus die Schuld trägt.

Auch die Panik bei der Bestattung der Opfer der „Liberté", bei der Gendarmen und Truppen versagten, ist ein übles Symptom, das durch das jüngste Bombenattentat in Toulon noch verstärkt wird.

In der Marokko-Angelegenheit ist jetzt die Vereinbarung so gut wie perfekt. Sie ist ganz richtig dahin fixiert worden, daß uns alle Garantien für die Sicherung unsrer Interessen gewährt sind und daß uns dafür, nicht wie bisher, ohnmächtige Zusagen des Sultans, sondern

Frankreich haftet, das demnach alle Ursache hat, an seinen Zusagen nicht zu rütteln. Die jetzt an der Tagesordnung stehende Frage der territorialen Entschädigung, die uns angeboten und zugesagt worden ist, harrt ihrer Lösung. Sowohl in Frankreich wie bei uns gehen über das „Wie?" die Ansichten weit auseinander, und es nicht unmöglich, daß alles, was bisher an Vermutungen und unsicher bezeugten tatsächlichen Angaben durch die Presse beider Länder gegangen ist, sich schließlich als trügerisch erweist. Jedenfalls können wir damit rechnen, daß sachlich begründete Einwendungen an der entscheidenden Stelle auch Berücksichtigung finden werden. Daß wir aber diese Kompensation in Marokko suchen, wie von sehr wohlgesinnter Seite immer wieder empfohlen wird, ist absolut ausgeschlossen.

Bevor wir auf die Haltung Rußlands eingehen, drängt es uns, eine Berichtigung zu bringen:

Die „Kölnische Ztg." vom 9. d. M. veröffentlicht ein Telegramm aus Petersburg, das sehr energisch gegen einen Satz unserer letzten Wochenschau protestiert, in dem gesagt war, daß „Herr Neratow unter Einflüssen stehe, die von den Botschaftern in Paris und London ausgehen, und die eine Richtung vertreten, die mit der Sasonows keineswegs identisch ist." Die „Köln. Ztg." stellt dagegen fest, „daß Herr Neratow während der ganzen Zeit der Stellvertretung die Politik durchaus im Sinne Sasonows weitergeführt, stets die korrekteste Behandlung der deutschen Angelegenheiten gezeigt und der deutschen Diplomatie keinerlei Schwierigkeiten gemacht" habe.

Das ist sehr erfreulich und wird, nach der wahrscheinlichen Quelle zu urteilen, ohne Zweifel richtig sein. Wir bedauern, durch eine Petersburger Nachricht irregeführt zu sein, die wir für wohl orientiert halten mußten, und die russischen, nicht deutschen Ursprungs war.

Rußland ist vielleicht noch mehr als die andern Mächte daran interessiert, daß aus der tripolitanischen Frage keine orientalische Frage wird. Es will keinen Krieg führen und hat gute Gründe dafür. Wie wenig es zur See dafür vorbereitet ist, hat der Besuch des russischen Geschwaders in Constanza gezeigt, wo, wenn wir uns recht erinnern, zuletzt der meuterische „Potemkin" die rote Fahne der Revolution wehen ließ. Das geschah am 8. Juli 1905. Jetzt traf, wohl um die wiedererstandene russische Flotte zu zeigen, der „Panteleimon" als Flaggschiff mit den übrigen Fahrzeugen des Geschwaders in demselben Hafen ein.

Beim Auslaufen steuerte er so ungeschickt, daß er auf einen Stein stieß und erst nachdem die Geschütze ausgeladen waren, flott gemacht werden konnte. Der „Panteleimon" ist so schwer verletzt, daß man ihn in Sebastopol in ein Trockendeck hat bringen müssen. Außerdem sind aber noch die Panzerschiffe „Iwan Zlatoust" und „Jestafii" auf eine Sandbank aufgelaufen, aber schließlich glücklich und unbeschädigt wieder flott geworden. Die russischen Zeitungen heben lobend hervor, daß durch rasch ergriffene Maßregeln ein Zusammenstoß dieser beiden Panzerschiffe noch vermieden werden konnte.

Die Untersuchung des mit außerordentlichen Vollmachten ausgestatteten Senators Trusewitsch, der die Kiewer Ochrana revidiert, soll den Beweis von ungeheuren Mißständen in dieser „Schutzkohorte" erbracht haben. In Petersburg und Moskau haben zahlreiche Verhaftungen von Anarchisten stattgefunden, unter denen, wie fast immer, eine Reihe jüdischer Namen figuriert. Auch von einer Anarchistenversammlung in Riga erfahren wir, die am letzten September stattgefunden hat. Eine lettische Zeitung ist in der doch auffallenden Lage, über die Verhandlungen der 16 Mann zu berichten, die hier ihre Pläne austauschten! Es handelte sich offenbar um die Vorbereitungen für eine zweite lettische Revolution. Herr Kokowzow und Herr Makarow, der neue Minister des Innern, werden schwere Arbeit zu bewältigen haben, wenn sie dieser Elemente der Zerstörung Herr werden wollen. Die Stimmung in Rußland ist erstaunlich pessimistisch. In einer Studie über die Reform der Armee („N. Wr." vom 7. Oktober) finden wir die folgende Betrachtung:

„Es ist traurig, zu bekennen, wir sind offenbar in eine historische Periode der Ermattung eingetreten und wissen uns aus ihr nicht aufzuraffen. Die Gesellschaft hat noch die Kraft zu großen Verbrechen, aber nicht zu Taten. Je bedeutender die Aufgabe ist, die an uns herantritt, um so mehr lassen wir den Kopf hängen und die Hände sinken."

Dabei ist die Zerfahrenheit innerhalb der Parteien größer als je. Unter der Spitzmarke „Das Spucken in der Politik" erzählt die „Deutsche Petersburger Zeitung":

„Der alte Fürst Meschtscherski wird in einer wichtigen Angelegenheit ans Telephon gerufen. Wie er herantritt, hört er die Worte: „Ich bin Purischkewitsch und spucke Ihnen in die Fratze, öffentlich!"

Fast an demselben Tage meldet der Telegraph aus Zaritzyn, der

bekannte Mönch Iliodor habe der Moskauer Stadtduma gegenüber dieselben Worte gebraucht: Ich spucke euch allen in die Fratze!

Der Grund, weshalb der arme Meschtscherski sich diese Apostrophe hat müssen gefallen lassen, ist der, daß er die Verfolgung der fremden Nationalitäten in Rußland mißbilligt hat; was die Moskauer Duma verbrochen hat, um den Zorn Iliodors zu erregen, haben wir nicht ergründen können. Er ist heute ein mächtiger Mann und darf sich dergleichen Scherze schon erlauben. Er ist zugleich der Vertreter der intoleranten konfessionellen Kirchlichkeit, die auch in offiziellen Kreisen immer mehr Boden gewinnt. Wo bleibt die angekündigte Gewissensfreiheit, wenn Gewaltsamkeiten wie die folgende möglich sind: „Wegen Taufe eines Kindes aus einer Mischehe, in der der Mann römisch-katholisch, die Frau griechisch-orthodox ist, und wo die Gatten vor der Trauung das bekannte Reversal unterzeichnet hatten, hat das Bezirksgericht den katholischen Priester Wenclaw — früher in Riga, jetzt in Nowgorod — zur Suspension vom Amte auf drei Monate und zu 100 Rbl. Geldbuße, den Vater des Kindes aber zu 14 Tagen Festungshaft verurteilt." So berichtet das „Rigaer Tageblatt" vom 29. September. Es sagt uns aber nicht, was aus dem Kinde geworden ist und welcher Nationalität die Eltern waren. Wahrscheinlich sind Vater und Priester Polen, und der polnisch-russische Gegensatz hat bei dem Urteil mitgespielt, so daß hier der russische Nationalismus an der Arbeit ist.

Die Versuche der portugiesischen Monarchisten sollen gescheitert sein. Daß sie sich wiederholen werden, ist wohl sicher. Das Gewissen der Nation reagiert gegen die Herrschaft der Männer, welche sich ihren Sitz durch die Mörder ihres Königs haben bereiten lassen und die selbst eidbrüchige Rebellen sind. Leider finden diese portugiesischen Verhältnisse einen gefährlichen Widerhall auf spanischem Boden. Canalejas hat mehr Energie bei Unterdrückung der revolutionären Elemente in Spanien gezeigt, als wir glaubten erwarten zu dürfen. Aber gefährdet ist die Stellung des Königs auch jetzt noch.

Daß der Herzog von Connaught, der Bruder König Eduards VII., als Generalgouverneur nach Kanada zieht, hat in England wohl mit Recht die Hoffnung erregt, daß Loyalismus und Imperialismus in Kanada wieder neu aufleben werden.

12. Oktober 1911. General Jiutschang, der Kriegsminister, übernimmt die Führung im Kampfe gegen die Rebellen.
14. Oktober. Ahmed Riza wird zum Präsidenten der türkischen Kammer gewählt.
16. Oktober. Sendung der „Gneisenau" nach Hankau. Erfolge der chinesischen Revolution.

---

18. Oktober 1911.

„Die lateinische See", so überschreibt der „Daily Graphic" vom 11. Oktober einen kurzen, aber bedeutsamen Leitartikel. Wortgetreu übersetzt lautet er folgendermaßen:

„Wir erhalten heute früh die offizielle Bestätigung einer Nachricht, die der „Daily Graphic" schon vor einer Woche brachte, daß nämlich der erste Teil der Verhandlungen Deutschlands und Frankreichs über Marokko abgeschlossen sei. Wie nahe uns dies einem endgültigen Abschluß bringt, bleibt abzuwarten. Wir glauben aber, daß Herr v. Kiderlen-Waechter und Herr Cambon sich bemühen werden, den letzten Teil zu beschleunigen, und es ist wohl möglich, daß, wenn der Vertrag unterzeichnet ist, er von einer unverantwortlichen chauvinistischen öffentlichen Meinung in Fetzen zerrissen wird. Das Interesse dieses ersten Teils liegt in der Tatsache, daß er den Anschluß Marokkos an die überseeischen Besitzungen der französischen Republik anerkennt und ihn zu allen praktischen Zwecken vervollständigt. Vom Atlantischen Ozean bis zur Grenze Ägyptens wird das Mittelmeer jetzt eine lateinische See. Das war der Stolz der alten Römer und der Ehrgeiz ihrer Nachkommen seit dem Zusammenbruch des Kaiserreichs. Frankreich, Spanien und Italien werden fortan Herren der See sein, von den Säulen des Herkules bis zu den Zykladen. England lassen sie einen starken Wachtturm bei Gibraltar, eine Marinestation in Malta, mit Cypern und Ägypten am andern Ende. Das ist eine sehr beträchtliche Änderung der strategischen Stellung des britischen Reichs, und wir hoffen, — nicht ohne peinigende Sorge, wie wir gestehen —, daß wir niemals Ursache haben, die Gefälligkeit zu bedauern, durch die wir das erst möglich

gemacht haben. In einem Punkt aber hoffen wir, wird die Regierung Seiner Majestät festbleiben. Gestatten wir diese Verletzung des politischen status quo im Mittelmeer, so ist das noch kein Grund, militärische Wandlungen zu dulden, die uns einst verhängnisvoll werden könnten. Wir haben uns ausbedungen, daß die Befestigung der Küste gegenüber Gibraltar nicht eine Folge des Überganges von Marokko an Frankreich und Spanien sein dürfe. Eine gleiche Bestimmung in betreff von Tripolis, das Malta und unsere Verbindung mit Ägypten und dem Suezkanal bedroht, ist unerläßlich. Die italienische Presse spricht bereits hochfahrend von Tobruk als von dem italienischen Bizerta. Das ist ein Plan, der schleunigst von Downing Street aussichtslos gemacht werden sollte."

Es ist nicht ersichtlich, wie weit hier Ansichten und Absichten der englischen Regierung zum Ausdruck kommen. An sich betrachtet scheint uns die Frage, zu welchem Recht Italien sich in Tripolis festsetzt, von den Bestimmungen in Abhängigkeit zu stehen, welche der italienisch-türkische Friedensschluß enthalten wird. Da nun, wie notorisch ist, der Vorstoß Italiens auf eine vorausgegangene prinzipielle Verständigung mit England und Frankreich zurückzuführen ist, die keinerlei conditiones sine quibus non enthielt, ist nicht recht verständlich, wie nachträglich solche Bedingungen gestellt werden könnten. Aber eines ist allerdings höchst auffallend. Ein Leitartikel des „Standard" vom 12. Oktober kündigt Kompensationsforderungen Englands an. Tobruk, heißt es in diesem Artikel in Übereinstimmung mit dem „Daily Graphic", nehme eine strategische Stellung von höchster Bedeutung ein, etwa wie Gibraltar, Malta und das französische Bizerta. Wer in Tobruk seine Flotte liegen hat, könne die Flanke jeder anderen Flotte bedrohen, die im Mittelmeer kreuze; sie beherrsche zugleich den Eingang in den Suezkanal. In Summa bedeute das eine Bedrohung der britischen Interessen, „wir könnten dadurch dazu geführt werden, uns sehr beträchtlich, wegen des Nachteils, den wir indirekt erleiden, zu kompensieren" (we might be intitlet to compensate ourselves rather heavily for the disadvantage indirectly inflicted upon us).

Zur Erläuterung dieses Satzes, der uns übrigens auch nicht erkennen läßt, ob wir es mit einer Ansicht der Regierung oder mit einem Fühler der Opposition zu tun haben, wäre eine Ausführung des

oben bereits zitierten „Daily Graphic" heranzuziehen, welche zwar die unbedingte Gerechtigkeit der türkischen Sache anerkennt, aber die Pforte darauf aufmerksam macht, daß das Recht niemals in der internationalen Politik gesiegt habe und daß es allen Mächten sehr wenig passen würde, wenn es in diesem Fall geschehen sollte. („Right has never prevailed in international politics and it would be very inconvenient for all the Powers if it were to prevail in this instance.") Wir, und wohl auch keine andere Macht, die auf den Gang ihrer Geschichte zurückblickt, wird den Vordersatz dieser Behauptung sich zu eigen machen wollen; er würde wohl auch in England zurückgewiesen werden, wenn ein Nichtengländer alle Erfolge Großbritanniens von den Tagen der Armada Philipps II. bis Waterloo unter dem Gesichtspunkt des siegenden Unrechts kommentieren wollte. Den Nachsatz aber kann man doch nur mit der Beschränkung gelten lassen, daß wir im wesentlichen bereits einem fait accompli gegenüberstehen und jede Verlängerung des Kampfes Verwicklungen möglich macht, denen zu entgehen allerdings im Interesse aller Mächte liegt. Was aber Tobruk betrifft, so ist da bisher kein Protest Englands erfolgt, auch in Zukunft ein solcher aus den oben angeführten Gründen nicht zu erwarten.

Wichtiger scheint uns eine andere in der englischen Presse auftretende Tendenz. Das Bemühen des „Economist", für eine Verständigung mit Deutschland Stimmung zu machen, hat einen lauten Widerhall gefunden. Lucien Wolff im „Daily Graphic" greift die antideutsche Politik der Regierung und ihre Haltung in der Marokkofrage lebhaft an und ebenso die damit in Zusammenhang stehende politische Rolle Englands in der tripolitanischen Frage. Noch weiter gehen andere Blätter. Der „Manchester Guardian", der als ein führendes Organ der liberalen Partei besondere Beachtung verdient, bespricht in seiner Nummer vom 10. Oktober in einem Leitartikel ebenfalls die Marokkofrage. Er bedauert, daß die englische Regierung versäumt habe, die durch Deutschlands Vorgehen in Marokko geschaffene Lage auch im britischen Interesse auszunutzen. England habe, statt die deutsche Aktion zum Ausgangspunkt einer deutsch-englischen Versöhnung zu machen, den Fehler begangen, die bestehenden Gegensätze zu verschärfen. (A problem, that had in it the possibilities of reconciliation between England and Germany has been so mismanaged as to sharpen their differences.) Der Grundsatz der offenen Tür, auf dessen Aufrechterhaltung die deutsche

Marokkopolitik abziele, sei ein starkes Band der gemeinsamen deutsch-englischen Handelsinteressen in Marokko. Englands Politik habe sich aber von dem alten Grundsatz der Aufrechterhaltung des politischen Gleichgewichts in Europa leiten lassen, der in der englischen Geschichte mehr Schaden angerichtet habe, als in der Geschichte irgendeines anderen Landes.

Über diesen Schlußsatz läßt sich wohl streiten. Nicht nur England, sondern ganz Europa hat unter jener Politik gelitten, welche Hader auf dem Kontinent als einen Vorteil Englands auszunützen bemüht war, und wir Deutsche könnten zunächst ein Lied davon singen; aber gewiß wäre es freudig zu begrüßen, wenn nunmehr in England wirklich die Erkenntnis durchbrechen sollte, daß es ein Fehler der englischen Politik war, sich in systematischen Gegensatz zu den Lebensinteressen Deutschlands zu stellen. Diesen Gedanken macht nunmehr ein sehr eingehender Artikel der „Nation" zum Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Der Ausgangspunkt ist der, daß, nachdem Frankreich in Marokko Fuß gefaßt und eine Stellung errungen habe, die der Englands in Ägypten entspreche, der Pakt des Jahres 1904, der auf der Gleichung Marokko—Ägypten ruhte, obsolet geworden sei. Vor allem dürfte keine Rede mehr von englischen Verpflichtungen sein, Frankreich militärisch zu unterstützen. Sir Edward Grey habe diese Last von Lord Lansdowne übernommen. Der Augenblick, ihrer ledig zu werden, sei nunmehr gekommen. Es gebe keine Interessen, die zwischen Deutschland und England ständen, und das Prinzip der offenen Tür müsse beide Mächte zusammenführen. Auch in der Flottenfrage bestehe, recht betrachtet, ein Hindernis nicht. Es komme darauf an, die Formel zu finden, welche beide Teile befriedige. Wir bedauern, die sehr umfangreichen Ausführungen nicht wiedergeben zu können. Sie enthalten nichts, wogegen wir Widerspruch zu erheben hätten. Aber nach allem, was vorausgegangen ist, gehört die Initiative zu einer Verständigung England, nicht uns.

So macht sich immer mehr geltend, daß eine neue Weltlage sich vorbereitet. England ist genötigt, den Schutz seiner Interessen in der „lateinischen See" — in der übrigens doch auch die österreichisch-ungarische Flotte ein bedeutsamer Faktor ist — selbst zu übernehmen. Die Tatsache, daß die englischen und die russischen Interessen in Asien nicht identisch sind, tritt immer mehr zutage, nächst Deutschland ist England zumeist daran

interessiert, daß die Türkei als Großmacht bestehen bleibt, und endlich die Revolution in China hat ein neues Weltproblem gestellt, mit dem alle am Handel im fernen Osten interessierten Mächte zu rechnen haben. Ist es auch noch viel zu früh, über den endlichen Ausgang des Rassenkampfes zwischen Mandschu und Chinesen eine Meinung auszusprechen, so glauben wir doch nicht denjenigen zustimmen zu dürfen, welche eine Selbständigkeit Zentral- und Südchinas für unmöglich halten. Die Erhebung gegen die Mandschudynastie hat sich mit erstaunlicher Schnelligkeit verbreitet, und Dr. Sunyatsen, der Organisator dieser Revolution, muß mit ganz ungewöhnlicher Energie und Klugheit vorgegangen sein, da es ihm gelungen ist, die Dynastie so völlig zu überrumpeln. Man sieht in ihm bereits den Präsidenten der künftigen chinesischen Republik, und wenn wirklich, wie behauptet wird, ein ansehnlicher Teil der regulären Armee zu ihm übergegangen sein sollte, ist es sehr wohl möglich, daß trotz Juanshikai die Dynastie gestürzt wird oder aber der Norden als ein Torso des heutigen chinesischen Reiches ihr allein übrig bleibt. Territoriale Interessen in China haben nur zwei Mächte, Japan und Rußland, die bekanntlich entschlossen sind, die Stellung, welche sie in der Nord- und in der Südmandschurei einnehmen, zu behaupten. Auch das ist sicher, daß beide Mächte in einem Verhältnis zueinander stehen, das einem Bündnis so ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern. Daß sie nun die ungeheure Verlegenheit der Regierung in Peking benutzen werden, um jene Gebiete zu annektieren, ist nicht unwahrscheinlich. Sie könnten die Abtretung der Mandschurei als Dank für eine eventuelle Hilfeleistung verlangen und erreichen und anderseits diesen Preis auch aus den Händen der neuproklamierten Republik entgegennehmen. Sentimentale Schonung hat China von keinen der beiden zu erwarten. Aber während der Ehrgeiz Rußlands nur auf die nördliche Mandschurei und auf die westliche Mongolei gerichtet ist, will Japan die vorherrschende Stelle in Ost- und Südasien erringen, was trotz des politischen Zusammenstehens beider Mächte in Rußland doch ein sehr lebendiges Mißtrauen erregt hat. Die „Nowoje Wremja" hat zur Charakteristik dieser Bestrebungen kürzlich die Statuten der „Cooperativen Association Ostasien", einer japanischen Gesellschaft, veröffentlicht, welche alle im Auslande lebenden Japaner umfassen soll. Sie stellt sich das Ziel, China, Indien, Französisch-Hinterindien, Siam und Birma gründlich zu erforschen und die

Bevölkerung dieser Länder für den Gedanken zu gewinnen, sich der politischen Führung Japans unterzuordnen. Denn trotz der Erwerbung von Korea und Formosa und trotz der Stellung, die Japan in der Mandschurei einnehme, sei das nationale Programm noch bei weitem nicht erreicht. Die Schwierigkeit, mit der Japan zu rechnen habe, liege in den Bemühungen der europäischen Mächte und Amerikas, ihren Einfluß in den asiatischen Gebieten nicht nur zu behaupten, sondern auszudehnen. Namentlich China hätten sie ins Auge gefaßt und seien wetteifernd bemüht, seine natürlichen Schätze auszubeuten und eine finanzielle Abhängigkeit zu begründen. Japans Aufgabe dagegen sei, den immer noch schlummernden Koloß aufzurütteln und dann, wenn der Boden vorbereitet, mit einer militärischen Aktion einzusetzen. Es folgen die 39 Punkte der Statuten, deren vornehmste Bestimmungen wir hersetzen:

Die Organisation führt den Namen „Kooperative Assoziation Ostasiens", d. h. Gesellschaft zu gemeinsamem Studium Ostasiens. Sie steht unter direkter Kontrolle des Generalstabs, der ihr durch Konsuln und Gesandte seine Instruktionen zugehen läßt. Das Hauptzentrum in Peking ist bereits eröffnet und hat bis auf weiteres seinen Sitz in der japanischen Botschaft. Andre Abteilungen sind begründet worden in der Mandschurei, in der inneren und äußeren Mongolei, in Tibet, Setschuan, Junnan, Futsen, Indochina, Birma und Indien. Zum Eintritt in die Assoziation sind berechtigt Offiziere und Unteroffiziere der aktiven Armee oder der Reserve, die im Ausland leben. Der Präsident wird vom Generalstabe ernannt und muß im Rang eines Majors stehen. Die wahre Aufgabe der Gesellschaft ist oben dargelegt. Ihre äußeren Beziehungen zu den ausländischen Mächten müssen daher höchst freundschaftliche sein und *scheinbar* soll sie sich mit Handel und Industrie abgeben, in Wirklichkeit soll sie jedoch eine Waffe in den Händen des Generalstabes sein, bestimmt, Nachrichten militärischen und diplomatischen Charakters zu sammeln; alle Mitglieder der Assoziation haben ihre gesamten Kräfte in den Dienst ihrer Aufgabe zu stellen.

Hieran knüpft sich der Hinweis auf die Paragraphen einer *geheimen*, nicht mitgeteilten ergänzenden *Instruktion*, welche angibt, wie aller Verdacht der Regierungen über die Tätigkeit der Assoziation zu beseitigen ist, und daß die Assoziation offiziell den fremden Gesandten und Konsuln angezeigt werden soll. Die durch die japanischen

Konsuln und Gesandten dem Generalstabe einzureichenden Berichte sind allmonatlich vorzustellen. Zur Deckung der ersten Ausgaben sind im vorigen Jahr eine halbe Million Yen angewiesen worden. In Zukunft wird in Übereinstimmung mit dem Kabinett die Hälfte der geheimen Summen des Generalstabes, des Ministeriums des Auswärtigen und des Kriegsministeriums für die Bedürfnisse der Assoziation bestimmt werden. Offiziell funktioniert die Assoziation seit dem 1. Juli dieses Jahres. Die Existenz der allgemeinen Organisation wird den fremden Mächten angezeigt werden. Die Minister und Konsuln Japans im Auslande und alle Mitglieder der Assoziation müssen alle Anstrengung daran setzen, das geheime Programm der Assoziation geheim zu halten. Deshalb wird das vollständige Programm auch nur den Präsidenten der Abteilungen zugeschickt werden. Endlich sagt der letzte 39. Punkt:

Abschriften dieser vertraulichen Erklärung sind allen Konsuln in China, Indo-China, Indien, Siam und Birma zugesandt worden. Nachdem sie das Schreiben erhalten haben, sollen Gesandte und Konsuln dem Generalstab ihr Sentiment darüber zugehen lassen.

Der Korrespondent der „Nowoje Wremja", der K. Tim. zeichnet, knüpft keine weitere Betrachtungen daran. Sie sind auch nach dem, was er vorausgeschickt hat, kaum nötig, und es erscheint nunmehr wohl verständlich, daß jetzt an vielen Stellen der Verdacht auftaucht, daß die chinesische Revolution in Zusammenhang mit japanischen Zukunftsplänen stehe. Dagegen fällt die außerordentliche Zurückhaltung auf, welche die russische Presse, die in den letzten Monaten sehr scharf über China herfiel, der chinesischen Revolution gegenüber beobachtet. Es ist, als ob sie auf ein mot d'ordre wartet. Daß von den großen Mächten nächst Japan Amerika zuerst am Platz gewesen ist, erklärt sich aus der Rolle, die die Union offenbar entschlossen ist, im Stillen Ozean zu spielen. Wie weit die angekündigte Konzentrierung der amerikanischen Flotte im Großen Ozean in Zusammenhang mit den Tagesereignissen steht, ist schwer zu beurteilen. Aber die Auffassung liegt nahe, daß man in Washington gewußt hat, daß die jüngst so schnell unterdrückte revolutionäre Erhebung in Kanton nur das Vorspiel kommender Dinge war. Übrigens ist man in den Vereinigten Staaten in lebhafter Sorge. Man befürchtet, daß die Arbeiter mit Forderungen hervortreten, die nicht zu erfüllen sind; die Zahl der Arbeitslosen ist sehr groß, und die Teuerung steigert die ohnehin wachsende

Unzufriedenheit. Die politische Lage ist unklar, wahrscheinlich werden beide Parteien Verluste durch einen Abfall zum sozialistischen Lager erleiden. Der Präsident Taft ist höchst unpopulär geworden, man wirft ihm eine unruhige auswärtige Politik vor und verlangt mehr nach Reformen im Inneren, die dem eigenen Lande zugute kommen, als nach uferlosen Weltbeglückungsprojekten.

Die Agitation in Frankreich gegen die jetzt zur Verhandlung stehende Entschädigungsfrage nimmt immer schärfere Formen an. Clemenceau und Briand stehen an der Spitze dieser Bewegung. Offenbar soll ein Druck auf das Ministerium ausgeübt werden, und für den Fall, daß die Frage nicht in einer Weise gelöst wird, welche die französischen Kolonialpolitiker befriedigt, verspricht man alles daran zu setzen, um den Vertrag durch die Kammer verwerfen zu lassen. Nebenbei wird wieder mit England gedroht. Herr Paul Leroy Beaulieu, der ebenfalls mit einer Leidenschaftlichkeit, die man dem bedeutenden Gelehrten nicht zugetraut hätte, im „Economiste français" das Wort ergriffen hat, schließt seine Betrachtung mit den folgenden fulminanten Sätzen:

„Die Verhandlungen, die in Berlin stattfinden, bedrohen unsere Ehre und unsere Würde. Wir wollen uns der deutschen chantage nicht fügen. Frankreich soll weder der Vasall Deutschlands „ni la subalterne de l'Allemagne, ni la servante de l'Allemagne" sein. Alles ist dieser Entwürdigung vorzuziehen."

So referiert Professor Izoulet aus dem Leroy-Beaulieuschen Artikel. Er knüpft daran eine eigene Betrachtung, die mit folgenden grotesken Phrasen abbricht:

„Die bloße Vorstellung einer zwecklosen Demütigung, die hingenommen werden soll an den neuen und fernen Ufern des gigantischen afrikanischen Stromes, des Kongo, hat genügt, um dumpf in den Tiefen der französischen Seele den unsterblichen Grimm wachzurufen wegen der blutigen Demütigung, die wir jüngst erduldet haben an den alten und erhabenen Ufern des großen historischen Stromes Europas, des Rheins."

19. Oktober 1911. Tod des Unterstaatssekretärs Dr. Stemrich.
20. Oktober. Die Italiener besetzen Benghasi.
22. Oktober. Eröffnung der chinesischen Nationalversammlung in Peking. Weitere Fortschritte der Revolution.
24. Oktober. Erklärungen des österreichischen Ministerpräsidenten über den italienisch-türkischen Krieg.
Demission der kretischen Regierung.

25. Oktober 1911.

Italien hat nunmehr alle strategisch bedeutsamen Orte an der Nordküste Tripolitaniens und Cyrenaikas besetzt und auch den ersten hartnäckigeren Widerstand der wenig zahlreichen Türken und der allmählich anwachsenden Scharen der Beduinenstämme des Innern zu bekämpfen gehabt. Denn daß die Senussi kein Märchen aus Tausend und einer Nacht sind, haben die Italiener in den Kämpfen vor Benghasi und durch die als Symptom sehr bedenkliche Niedermetzelung wehrloser Missionare und Kinder erfahren. Ob in der Tat der heilige Krieg entbrannt ist, läßt sich bei der großen Unzuverlässigkeit der Berichte, die den Telegraphenagenturen und den Zeitungen durch ihre streng kontrollierten Korrespondenten zugehen, nicht ermessen. Sicher ist nur das eine, daß alle Vermittlungsanläufe bisher auf einen toten Strang geraten sind: Italien will die volle Souveränität über ganz Tripolitanien behaupten, die Türkei auf ihre Herrscherrechte nicht verzichten. Nun ist wohl sicher, daß von Konstantinopel aus, was bisher tatsächlich an Italien verloren wurde, nicht zurückerobert werden kann. Italien beherrscht das Meer, und die Türkei ist ziemlich genau in der Lage, die Rußland sich notgedrungen während des Krimkrieges gefallen ließ, als es seine Flotte im Hafen von Sebastopol und hinter den Forts von Kronstadt verbergen mußte. Die türkische Flotte hat im Marmarameer Schutz gesucht, um sich für bessere Zeiten aufzubewahren, vielleicht auch um eine Wacht im Schwarzen Meer gegen unliebsame Überraschungen zu sein, die ja nicht völlig auszuschließen sind, wenn man die Wünsche der russischen

Presse, von denen wir noch zu reden haben, ernst nimmt. Nun wird von italienisch-militärischer Seite mit der Besetzung von Mytilene und Lesbos und mit einem Bombardement der Dardanellen gedroht. Wir wissen nicht, wie weit das letztere ausführbar ist. Das hängt von der Stärke der türkischen Befestigung und der Tragweite und Leistungsfähigkeit ihrer Geschütze im Vergleich zum schweren Geschütz der italienischen Flotte ab. Am wichtigsten aber scheinen uns zwei Gesichtspunkte zu sein. Es fragt sich, ob die Türkei finanziell in der Lage ist, eine lange Dauer des Krieges zu tragen, wie Italien es ohne Zweifel vermag; zweitens aber, ob Italien das Land, das außerhalb der Tragweite seiner Geschütze liegt, in absehbarer Zeit zu unterwerfen fähig ist. Was Frankreich von Etappe zu Etappe im Hinterlande von Algier und Tunis in Jahrzehnten erreichte, ist durch einen improvisierten Kriegszug nicht nachzumachen, ganz abgesehen davon, daß 1830 Algier und 1881 Tunis in weit weniger nahen Beziehungen zur Türkei standen als das heutige Tripolis. Italien hat zwar in den Anhängern jenes Hassun Karamanli P., der schon 1890 mit Crispi in Beziehung trat, um Tripolis in die Hände Italiens zu spielen, eine Stütze gefunden, aber Hassuns Einfluß reicht nicht weit und wird durch den wilden religiösen Fanatismus der Senussi paralysiert.

Es ist unter diesen Verhältnissen kein Wunder, daß in der Presse das Gerücht auftaucht, daß Italien bereit sein werde, den Türken Kompensationen zu bieten. Schon am 16. Oktober polemisierte der „Daily Chronicle" dagegen, daß, wie von gewissen Seiten behauptet werde, Italien eventuell Erythrea und Benadir den Türken für Tripolis bieten werde. Das sei, führte das Blatt aus, schon deshalb unmöglich, weil die Bevölkerung beider Kolonien christlich sei (was nur zum Teil richtig ist), England aber ein vertragsmäßiges Prioritätsrecht auf diese Gebiete habe, falls Italien sie aufgebe, endlich weil ein Verzicht auf die älteren Kolonien sofort den Sturz des Ministeriums Giolitti nach sich ziehen würde. Am interessantesten an diesen Bemerkungen, deren Richtigkeit wir nicht prüfen können, da es dazu an allem Material fehlt, ist wohl der Hinweis auf die Prioritätsrechte Englands an den ostafrikanischen Kolonien. Sie würden in englischen Händen allerdings von ungewöhnlicher politischer Wichtigkeit sein, weil dann nur noch das kleine Gebiet von französisch Somaliland zwischen dem Kranz englischer Besitzungen um Abessinien herum als Enklave zu liegen käme, und die Straße von

Babel Mandeb von englischen Geschützen beherrscht werden könnte. Daß die italienischen Besitzungen am Roten Meer auch für die Türkei wegen ihrer geographischen Lage Jemen gegenüber von Bedeutung wären, liegt auf der Hand, aber wir glauben nicht, daß diese ganze Frage bereits von irgendeiner maßgebenden Stelle zur Verhandlung gestellt ist. Die Rede Said Paschas vor dem türkischen Parlament enthält keine Andeutung, die darauf hinwiese, daß die Türkei ihren ablehnenden Standpunkt geändert hätte. Es bleibt nur übrig, die weitere Entwicklung des Krieges abzuwarten.

Mit gleich geringer Zuversicht läßt sich der Ausgang des Kampfes der chinesischen Regierung mit den Revolutionären präjudizieren. Die Kriegsbulletins beider Teile widersprachen einander strikt, und auch die Nachrichten aus englischer Quelle, die noch am reichhaltigsten fließen, ergeben nicht, daß eine Entscheidung gefallen wäre, die dem einen oder dem andern Teil einen durchschlagenden Erfolg gebracht hätte. Französische Blätter drucken einen Aufsatz des General Negrier ab, der im vorigen Jahre in der „Revue des deux mondes" erschien, höchst ungünstig über die militärischen Fähigkeiten der Chinesen aburteilt und in den folgenden lapidaren Sätzen gipfelt:

„Das chinesische Reich ist der erwachende Riese nicht. Es ist ein Opiumraucher, der seinen Rausch abzuschütteln sucht. Es stehen Zuckungen bevor. Die Intellektuellen haben den chinesischen Organismus vergiftet; selbst wenn er heilen sollte, wird er kraftlos bleiben. Es gibt keine gelbe Gefahr."

Strikt entgegengesetzt lauten andere Urteile; so schreibt, wie uns scheint allzu optimistisch, im „Daily Chronicle" Charles Halcombe, Ehrenmitglied der chinesischen Reformpartei:

„Die Provinzen Kwangnung und Kwangsi, aus denen die Leiter der jetzigen Rebellion stammen, haben stets der Mandschu-tatarischen Administration energischen Widerstand geleistet.... Wenn die große kombinierte Anstrengung der Chinesen erfolgreich ist und das Joch der Mandschu-Tataren ein für allemal abgeworfen wird..., so können wir versichert sein, daß unter der aufgeklärten Führung des kühnen christlichen Patrioten Dr. Sunyatsen das Christentum im ganzen Reich ermutigt wird und daß unser Handel in China eine festere und mehr der Billigkeit entsprechende Basis finden wird."

Er zitiert darauf den Brief eines Chinesen, der sich sehr emphatisch in diesem Sinne ausspricht. In der russischen Presse wird einerseits der sehr vernünftige Gedanke vertreten, daß der chinesischen Revolution gegenüber volle Neutralität die beste Politik sei, andererseits werden von Menschikow im Zusammenhang mit der allgemeinen für Rußland außerordentlich günstigen Weltlage die grandiosesten Zukunftspläne entworfen, allerdings unter steter Wiederholung des Leitsatzes: „Wenn wir zum Kriege bereit sind." Er denkt an eine Teilung der Türkei und Chinas und fordert als Preis für Rußland den Schlüssel zum Bosporus, Armenien und Kurdistan nebst dem Zugang zum persischen Golf und die Mongolei, die sich schon lange sehne, unter russische Herrschaft zu kommen. Die letztere sei ein Gebiet fast zehnmal so groß wie Preußen, das von den Chinesen nicht erst kolonisiert werden dürfe, denn die Auferstehung Chinas nach japanischer Methode sei der Tod Rußlands. Das Ideal eines großen Reiches aber sei, von kleinen Staaten umgeben zu sein.

„Zum großen Unglück Rußlands hat unsere halb ausländische Diplomatie das entgegengesetzte Ideal verfolgt. Denn wer anders als wir hat die Einheit Österreichs 1848 verteidigt, die Einigung Deutschlands 1871 befördert, die Türkei vor ihren aufständischen Untertanen gerettet und so fort? Es ist an der Zeit, sich endlich von diesem Verfahren freizumachen."

Endlich ist Herr Menschikow im Hinblick auf gewisse Möglichkeiten bereit, als Kompensation Galizien von Österreich zu verlangen! Excusez du peu! Aber freilich das alles nur, „wenn wir bereit sind zum Kriege!" Aber seit sieben Jahren heiße es immer: noch nicht, was Herr Menschikow nicht wahr haben will. Man dürfe bei aller Hochachtung den Herren Suchomlinow und Grigorowitsch nicht allzu viel Glauben schenken. Auch 1812, 1854, 1877 und während des japanischen Krieges habe man dasselbe Lied gesungen — heute lächelt uns das Schicksal: unseren Nachbarn sind die Hände gebunden. Werden wir bereit sein für die Entscheidung?"

Daß solche Aufrufe die „Nowoje Wremja" nicht hindern, 24 Stunden später die friedlichsten Töne anzuschlagen, darf uns ebensowenig wundernehmen, als wenn sie sich heute über eine Bemerkung der „Kölnischen Zeitung" entrüstet, welche auf das japanische Interesse an der chinesischen Revolution hinweist und sich morgen von ihrem Spezialkorre-

spondenten aus Peking telegraphieren läßt, daß der japanische Oberst Jeramiji, früher Instrukteur der chinesischen Truppen, die strategische Leitung der revolutionären Armee in Händen habe und daß verkleidete Japaner an der Revolution aktiv teilnehmen. So ist es mit der Politik der „Nowoje Wremja" immer gewesen: verlogen und widerspruchsvoll. Im allgemeinen aber findet in der öffentlichen Meinung Rußlands der Rat viel Beifall, den Augenblick zu nutzen. Nur meint der „Golos Moskwy", daß der Moment günstig sei, im nahen Orient einzugreifen, da infolge der Spannung, die zwischen England und Japan bestehe, seit der Bündnisvertrag beider Mächte so wesentlich abgeschwächt sei, Japan das Bedürfnis fühle, sich an Rußland anzulehnen. Auch dieses Oktobristenblatt schließt mit einer Apostrophe an die russische Diplomatie:

„Seid weise und berechnend, kommt den Ereignissen zuvor, bereitet euch rechtzeitig auf sie, sichert eure Stellung, solange sich das in aller Ruhe tun läßt, nicht erst, wenn der Sturm bereits wütet und die Möglichkeit verloren ist, die eigenen Interessen und Vorteile in vollem Umfange zu wahren, in ruhiger und deshalb sicherer Rechnung."

In Anbetracht all dieser und zahlreicher anderer Symptome ist es schwer glaubhaft, daß wirklich die Erhaltung des status quo das Ziel der russischen Politik ist. Wohl aber glauben wir, daß sie ihrer Stunde harrt und daß ihr Ehrgeiz jedenfalls nicht geringere Ziele verfolgt als — andere Mächte.

In der Marokko-Kompensationsfrage stehen wir wohl unmittelbar vor dem Abschluß, der, wie wir nicht bezweifeln, uns als Resultat der langwierigen und überaus schwierigen Verhandlungen das bringen wird, was wir brauchen: eine Vergrößerung Kameruns und Verbindung mit dem Kongo. Das Detail steht noch aus, erst wenn wir es authentisch kennen, wird sich darüber reden lassen. Daß die Herren Paasche und Gothein es nicht über sich bringen konnten, dem Eitelkeitskitzel zu widerstehen, der sich bei ihnen regte, als ein Reporter des „Matin" ihnen die Ehre erwies, sie zu interviewen, ist an sich ein schlimmes Symptom für das Selbstbewußtsein dieser Herren; daß sie aber, ohne jede Sachkenntnis, dem Franzosen im voraus die Politik ihres Vaterlandes preisgaben, von etlichen dummen Streichen Deutschlands sprachen und sich nach allen Richtungen hin vor Frankreich verbeugten, das ist von Männern, die den Anspruch erheben, eine geachtete Stellung in unserm Parlament einzunehmen, so ungeheuerlich, daß

uns der parlamentarische Ausdruck dafür fehlt. Nach der mehr als sonderbaren Rede Bassermanns noch eine weitere Steigerung, wer hätte das für möglich gehalten? Wir hoffen, daß die tiefe Entrüstung, welche dieses Treiben hervorgerufen hat, im Reichstage wie im Abgeordnetenhause eine entsprechende Würdigung finden wird. Nicht nur die französischen, auch die russischen Blätter haben sich aus diesen Bekenntnissen im „Matin" den Stoff zu Verunglimpfungen der deutschen Politik geholt, und den intransigenten Organen der französischen Kolonialinteressenten hat sich die Hoffnung gesteigert, nach Herrn Paasches Rat Marokko umsonst zu erhalten, wenn sie mit einem Abbrechen der Verhandlungen drohen. C'est du dernier pitoyable! pflegte Kaiser Nikolaus I. zu sagen, wenn politische oder moralische Jämmerlichkeit seinen Ekel erregte.

Bedenklich gestaltet sich die Stellung Spaniens im Rif, trotz der 40 000 Mann, die es dort stehen hat. Der Feind ist nicht in offener Feldschlacht zu fassen und die fast täglichen Überfälle kleinerer Truppenteile wirken nicht nur entnervend, sie kosten auf die Dauer furchtbare Opfer. Der „Temps" vom 22. Oktober liest den Spaniern darüber den Text und weist namentlich darauf hin, daß die Hoffnung auf deutsche Hilfe trügerisch sei. Auch wird Canalejas darauf aufmerksam gemacht, daß er Gegner habe, die nicht ungern seinen Platz einnehmen möchten: Weiler, Garcia, Prieto, Dato, Romanones. Die Rückkehr zu Frankreich und England allein könne die Krisis mindern; da aber Spanien nicht wolle, bleibe für Frankreich nichts übrig, als seine eigenen Interessen zu sichern und seine Würde zu wahren. Beides verlange gebieterisch eine Revision der Verträge von 1904.

„Wenn Frankreich ein Drittel des Kongo an Deutschland abtritt, nur um Spanien zu gestatten, sich unbehelligt in Marokko festzusetzen, würde es nicht nur ein ruinierendes Geschäft machen, sondern zugleich zum Gespött Europas werden. Die französisch-deutsche Verhandlung, deren Resultat sein muß, Marokko von der Hypothek zu befreien, die es bedrückte, hat sich auf Deutschlands Wunsch, auf das gesamte scherifische Reich bezogen, und für das ganze werden wir zahlen. Spanien, das am Vorteil Anteil hat, muß an den Kosten teilnehmen. Das ist eine Frage de bonne foi, eine einfache Zurückzahlung, die wir unter allen Umständen fordern konnten, und zwar um so mehr, als unsere Debitoren Verdächtigungen,

übele Nachrede und Rücksichtslosigkeiten gegen uns häufen. Das ist die Lage. Wir bedauern die Enttäuschungen, die Spanien im Rif erfahren hat, aber es ist nicht unsere Schuld. Was jedoch die von Spanien ergriffenen Initiativen und seine sonstigen Begehrlichkeiten betrifft, so müssen wir, um Klarheit zu schaffen, ihm nicht verhehlen, daß sie rechtlich wie tatsächlich eine Revision erfahren werden."

Unter Initiativen und Begehrlichkeiten sind die Ansprüche Spaniens auf Larrasch und Elksar gemeint, die Frankreich geräumt wissen will und deren Räumung wohl auch bestimmt erfolgen wird. Aber diese Ausführungen klingen fast wie ein Ultimatum, und es kann kaum zweifelhaft sein, daß der „Temps" in diesem Falle direkt im Auftrage der französischen Regierung spricht. Daß er es in anderen Fällen nicht tut und speziell in seiner Agitation gegen die Entschädigung Deutschlands im französischen Kongo das Organ der Ngoko Sangha-Gesellschaft war, hat neuerdings in sehr dankenswerter Weise Herr E. D. Morel in der „Daily News" unwiderleglich nachgewiesen. Dasselbe gilt von der zu dieser Gruppe gehörenden Gesellschaft des produits de Cauttchouc de la Hobaye. „Von dieser hat ein Sonderkommissar der französischen Regierung in seinem Bericht erklärt, zwei Worte seien genügend, um ihr Treiben zu kennzeichnen: Gewalttätigkeit, die bis zum Verbrechen gehe, und Unehrlichkeit bis zum Diebstahl. Ein anderer amtlicher Bericht aber erklärt, ihre Erträge seien in Blut gemacht. Von der M'Poko-Gesellschaft aber.... hat der Oberrichter der Kolonie in seinem amtlichen Bericht erklärt, die Geschäftsleitung dieser Gesellschaft habe den Geschäftsgrundsatz niedergelegt, Gummi um jeden Preis zu erzeugen, selbst um den von Verbrechen. Wiederum ein amtlicher Bericht stellt 1700 Mordtaten an Eingeborenen auf ihren Konzessionsgebieten fest." (Übersetzung der Kölnischen Ztg.".) Das Organ Herrn Tardieus wird diese Beschuldigungen, die von einem makellosen Ehrenmann wie Herrn Morel ausgehen, nicht mit Schweigen übergehen dürfen, ebenso wie die französische Regierung einer gerichtlichen Prüfung dieser Ungeheuerlichkeiten nicht wird ausweichen können. Sie gehören zu den Flecken, die eine Nation, die sich selbst achtet, nicht ungeahndet läßt. Daß es aber in Frankreich an Männern nicht fehlt, die Unsauberkeiten in ihrer Nähe nicht dulden, hat das entschlossene Eingreifen des Generals Toutée gezeigt, als er die ungetreuen Beamten von Udschda hinter Schloß und Riegel setzte. Ein weiteres Anzeichen für das Vordringen zersetzender

Elemente gibt die folgende Tatsache: An Bord eines französischen Panzers hat es wieder einmal eine Meuterei gegeben, über welche der frühere Marineminister Admiral Lanessan im „Siècle" die folgende bittere Bemerkung macht: „Wenn jetzt eine so schwere Meuterei an Bord des „Voltaire" vorkommt, so muß der Krebsschaden der Indisziplin und der Anarchie alle Mannschaften angefressen haben."

Die so oft bereits für erloschen erklärten monarchischen Restaurationsversuche in Portugal sind wieder in vollem Gang. Daß sie Aussicht auf baldigen Erfolg haben, ist trotz der kläglichen Mißwirtschaft der republikanischen Regierung nicht wahrscheinlich. Dazu ist die Schar der Monarchisten zu gering. Aber die Bewegung trägt doch den Charakter eines Bürgerkrieges, der um so mehr zerrüttend wirken muß, als auch religiöse Gegensätze mitspielen. Die Monarchisten sind zugleich „Katholiken", die Republikaner in ihrer großen Mehrheit „antiklerikal". Es ist im Grunde dasselbe Verhältnis wie in Frankreich nach Proklamierung der Republik, nur daß in Portugal die antikirchliche Politik sofort einsetzte, während Frankreich sieben Jahre wartete und auch dann sich begnügte, zunächst Grundsätze aufzustellen, die erst später zu praktischer Anwendung kamen.

Auf der Balkanhalbinsel ist es bisher leidlich ruhig geblieben, dank dem Druck der Großmächte und der Aufrüstung der Türkei. Aber es kann nicht zweifelhaft sein, daß es nur eines Nachlassens dieser beschwichtigenden Einflüsse bedarf, um Bulgarien und Montenegro, vielleicht auch Griechenland, zu veranlassen, zum Schwert zu greifen. Demgegenüber klingt die Nachricht höchst unwahrscheinlich, daß die Türkei sich mit der Absicht trage, einen Balkanbund mit den vier Königreichen abzuschließen.

Einen entschiedenen Gegner hat die russische, wie die englische Politik in Persien in einem der hervorragendsten Kenner Persiens, dem Orientalisten Edward Granville Browne gefunden. Er führt zunächst aus, daß es undenkbar sei, daß Mohammed Ali Mirza ohne Zustimmung Rußlands nach Persien hätte kommen können, und daß alle Mitglieder der russischen Gesandtschaften ihn eifrigst unterstützt hätten. Parallel damit sei eine diplomatische Campagne Rußlands gegen Morgan Shuster gegangen, den die Perser in ihrem tiefen Mißtrauen gegen die europäische Diplomatie berufen hatten, ihre Finanzen zu ordnen. Shuster habe den Major der indischen Armee C. B. Stokes,

den früheren englischen Militärattaché in Persien, zu seinem Gehilfen genommen, da Stokes Land und Leute kannte, in Persien sehr beliebt war und besonders geeignet schien, die Landgendarmerie zu befehligen, welche die Erhebung der Steuern und die Sicherheit der Straßen möglich machen sollte. Auch bestätigte der Medjlis seine Anstellung mit 63 von 72 Stimmen. Es war damit geschehen, was wenige Monate vorher die englische Regierung verlangt hatte. Trotzdem weigerte sich die englische Regierung, das Abschiedsgesuch Stokes' anzunehmen, das dieser eingereicht hatte, um England Verdrießlichkeiten zu ersparen, während gleichzeitig der russische Oberst Liatschoff, dessen Mission es sei, zu zerstören, nicht aufzubauen, von England als außer Beziehungen zu Rußland stehend betrachtet wurde, als er den Medjlis bombardierte. Es schließt sich daran ein bitterer Angriff gegen die Politik Sir Edward Greys, der sich stets den Russen unterordne und Freundschaft wie Vertrauen aller Moslems verloren habe. Noch nie sei die auswärtige Politik Englands so geheim, so wenig grade, so unzugänglich für jede Kritik gewesen, wie jetzt, sie sei mehr autokrat als in Rußland.

„Wir riskieren einen Krieg mit Deutschland, damit Frankreich sich des unglücklichen Marokko bemächtigen kann, wir setzen uns dem Spott unserer Feinde und dem Mitleid unserer Freunde wegen unserer Liebedienerei vor Rußland aus, wir entfremden uns das Vertrauen des Islam durch unsere Politik in Persien, in der Türkei und in Marokko, und wegen Tripolis sind wir mindestens verdächtig. Wie treffend scheint da, was Gordon 1880 sagte: Ich war erstaunt, eine große Regierung wie die unsrige zu sehen, regiert von Männern, die es nicht wagen dürfen, ihre Seelen ihr eigen zu nennen. (Governed by men, who dare not call their souls their own)."

Das ist sehr bitter, aber nicht zu viel gesagt. Seit 1904 werden die Interessen Englands durchkreuzt durch die divergierenden Interessen seiner alten Gegner Rußland und Frankreich, was namentlich deutlich in allen Fragen hervorgetreten ist, die im Zusammenhang mit dem großen oder mit dem kleinen Orient stehen. Es ist aber wohl ausgeschlossen, daß darin eine Änderung eintritt, solange die fast lächerliche Furcht vor einer drohenden deutschen Invasion weiter kultiviert wird.

27. Oktober 1911. An Liutschangs Stelle wird Feng Befehlshaber der chinesischen Regierungstruppen.

Vertagung des Reichstages bis zum 7. November.

30. Oktober. Kämpfe um die Quellen von Bumiliana bei Tripolis.

31. Oktober. Rücktritt des Ministeriums Gautsch in Österreich.

1. November 1911.

Die Marokkofrage und die Frage unserer Entschädigung ist in allen wesentlichen Punkten erledigt, und jetzt, da die Texte uns bald vorliegen werden, läßt sich doch hoffen, daß all die entrüsteten Kritiker, die es nicht verwinden können, daß ihre politische Phantasie mit ihnen durchgegangen ist, imstande sein werden, einige Tage an sich zu halten. Es wird danach ja Zeit und Gelegenheit geben, darüber zu diskutieren, ob es ein Unglück war, daß wir darauf verzichtet haben, einige Armeekorps nach Südmarokko zu schicken, um einen frischen und fröhlichen Krieg mit Frankreich und England auszufechten, und uns — höchst philiströs — damit begnügten, ohne Schwertstreich unser Kolonialgebiet sehr erheblich zu vergrößern und uns den Zugang zum Kongo zu sichern. Wir haben an dieser Stelle von Anfang an den letzteren Standpunkt vertreten und zweifeln nicht daran, daß dies der Standpunkt sein wird, zu dem sich schließlich alle besonnen denkenden Köpfe bekennen werden. Für ein Konquistadorenabenteuer wäre, von allem anderen abgesehen, der Zeitpunkt der denkbar ungünstigste gewesen, worüber nähere Ausführungen wohl überflüssig sind.

Die Stellung der Italiener in Tripolis ist im wesentlichen dieselbe geblieben wie vor 8 Tagen und auch die offizielle Ankündigung der Annexion hat daran nichts geändert. Ihr tatsächlicher Besitz reicht so weit, wie ihr schweres Geschütz, und auch dieses kann, wie die letzten hartnäckigen Kämpfe gezeigt haben, nicht immer helfend eingreifen. Die Bemühungen, Türken und Araber politisch zu trennen, sind bisher vergeblich gewesen, und die Italiener haben erfahren müssen, daß auch

auf diejenigen Tripolitaner kein Verlaß ist, die sich ihnen scheinbar willig unterworfen haben. Türkische Truppen, namentlich Offiziere, welche die Leitung der Beduinen übernahmen, haben es möglich gemacht, den Kriegsschauplatz zu erreichen und ein regelmäßiger Karawanendienst sorgt für die Verpflegung der arabisch-türkischen Truppen. Gekämpft wird von beiden Seiten mit großer Tapferkeit und Hartnäckigkeit, und die Verluste sind hier wie dort außerordentlich groß. Es bestätigt sich immer mehr, daß Sidi El Senussi von Kufra aus die antiitalienischen Elemente sammelt und beisammenhält, und daß der Krieg in den Augen der Tripolitaner allerdings ein heiliger Krieg ist. Der Wunsch, diesem Kriege ein Ende zu setzen, ist allgemein. Es hat aber den Anschein, als ob die diplomatische Rivalität, die leider auch in so wesentlichen Fragen besteht, einem solchen Ausgange nicht günstig ist.

Wer die tatsächlichen Verhältnisse nüchtern betrachtet, wird zugeben müssen, daß nur zwei Mächte im eigensten Interesse wünschen müßten, daß eine orientalische Krisis, wie sie die längere Dauer des Krieges herbeiführen kann, nicht nur verschoben, sondern durch Stärkung der Lebenskraft der Türkei endgültig beseitigt wird, und das sind England und Deutschland: Deutschland, weil es durch politische und wirtschaftliche Interessen seit der Orientreise Kaiser Wilhelms mit der Türkei verbunden ist, England, weil die große orientalische Frage, sobald sie aktuell wird, notwendig einen Reflex im moslemischen Teil Indiens zur Folge haben muß. Da Frankreich keine eigene, sondern nur eine russische Orientpolitik hat, kommt es nur indirekt in Frage, während natürlich nicht daran zu denken ist, daß Rußland seinen säkularen orientalischen Ehrgeiz aufgibt. Aber wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die russische Politik die Entscheidung über das Geschick Konstantinopels aufschieben will und daher jetzt für Erhaltung des Friedens arbeite. Glückt das nicht und glaubt Rußland eingreifen zu müssen, so wird auch Österreich-Ungarn nicht zurückbleiben können, das heute gleichfalls bemüht ist, für den Frieden einzustehen. Bulgarien und Montenegro aber werden nur durch den starken Druck zurückgehalten, der von Wien wie von Petersburg auf sie einwirkt. Bulgarien fühlt sich als der eigentliche Erbe und wird, falls es zum Ziele kommen sollte, den Russen den Beweis einer Undankbarkeit geben, die ältere russische Erfahrungen noch übertrumpfen wird, das liegt in der Natur der Dinge. Bei dem Ringen dieser sich auf einen Punkt vereinigenden Wünsche

aber wollen zudem noch die Hellenen ihren nicht eben bescheidenen Anteil haben, so daß sich wohl mit Bestimmtheit vorhersehen läßt, daß ein furchtbar blutiger Konflikt das Resultat dessen werden dürfte, was man die Lösung der orientalischen Frage zu nennen beliebt. Wie sollte man nicht annehmen, daß dieses Zukunftsbild, das gewiß nicht zu pessimistisch gefärbt ist und dessen Möglichkeit niemand wird bestreiten können, den Wunsch lebendig hält, den italienisch-türkischen Konflikt möglichst bald beseitigt zu sehen.

Bisher aber ist noch keine Aussicht dazu, und ohne gegenseitiges Entgegenkommen Italiens wie der Türkei wird es noch lange dabei bleiben müssen. Es stehen zwei „non possumus“ einander gegenüber und das droht die Lokalisierung des Krieges auf Nordafrika immer schwieriger zu machen. Die Kretenser treten mit ihren alten Forderungen wieder hervor und die Türkei sieht sich genötigt, auch in Samos ihre militärische Position zu stärken, um verwandten Regungen die Spitze abzubrechen. So ist die Lage im nahen Orient unsicher und höchst gefährlich; sie wird neuerdings noch dadurch erschwert, daß im Rücken der Türkei, in Persien eine überraschende Schwenkung der russischen Politik sich vollzogen hat, die offenbar durch die Entsendung indischer Truppen in die englische Einflußsphäre Persiens und darüber hinaus in Ispahan veranlaßt worden ist. Russische Truppen sind in Enseli gelandet, und es sollen, was jedoch jetzt dementiert wird, weitere 3600 Mann folgen. Zugleich kommt die Nachricht, daß mit Unterstützung russischer Truppen und russischer Kanonenboote die Turkmenen Mohammed Alis die Truppen der persischen Regierung geschlagen haben. Bisher wollte Rußland zwischen Schah und Regierung neutral bleiben. Jetzt wäre, falls die Nachricht sich bestätigt, ein völliger Frontwechsel vollzogen worden und es wäre dann nicht mehr zu bezweifeln, daß Mohammed Ali wieder der offizielle Thronkandidat des Petersburger Kabinetts geworden ist. Auch wäre dann nicht auffallend, wenn es sich bewahrheiten sollte, daß der russische Gesandte in Teheran Poklewski Kosel wirklich seinen Abschied genommen hat. Das könnte ihm nur zur Ehre gereichen. Aber man fragt wohl, wie sich Sir Edward Grey zu dieser neuen Politik stellen wird, die in dem russisch-englischen Abkommen vom 31. August 1907 gewiß nicht vorgesehen wurde. Es kann jedoch nicht scharf genug betont werden, daß in Persien wie in Tripolis Behauptungen und Dementis sich kaleidoskopartig ablösen

Wo die Wahrheit steckt, ist meist nicht zu erkennen, und Halbwahrheiten scheinen die Regel zu sein.

Im fernen Orient bereiten sich gleichfalls die größten Schwierigkeiten vor, obgleich, wie es scheint, der endliche Entschluß Yuanschikais, die ihm gebotene beinahe diktatorische Stellung zu übernehmen, bereits zu einem merklichen Erfolge der Regierung geführt hat. Hankau ist den Rebellen entrissen worden und weitere Vorteile sind nicht unwahrscheinlich. Dagegen ist Kanton abgefallen, die Regierung in Peking in großen Geldnöten, um die Sicherheit der Dynastie besorgt und noch völlig im Ungewissen, wo sie ihre Freunde und wo sie ihre Feinde zu suchen hat. Die fremden Mächte haben sich alle neutral erklärt und ihre Tätigkeit auf die Schutzpflichten beschränkt, die sie ihren Untertanen gegenüber haben, aber in Rußland macht man auf die auffallende Tätigkeit Japans im zentralen China aufmerksam und die „Nowoje Wremja" bemüht sich, nachzuweisen (in der Nummer vom 12./25. Oktober), daß es sich dabei für Japan darum handele, einen Vorsprung vor den Amerikanern zu gewinnen, in denen Japan seine gefährlichsten Konkurrenten und den künftigen Gegner erblickt. Schon seien auf Hawai, das in Summa 190 000 Einwohner zähle, 81 000 Japaner und unter diesen 42 000 Veteranen aus dem letzten Kriege. Sie erinnert auch daran, daß Japan die Annexion der Insel niemals anerkannt habe. Ähnlich lägen die Verhältnisse in den Philippinen, wo japanische Emissäre die Bevölkerung gegen die Yankees aufhetzen, und in der Mandschurei wie in Korea werde das vertragsmäßig gesicherte Prinzip der offenen Tür Amerika gegenüber durch allerlei Schikanen illusorisch gemacht. Wenn auch Japan seit der ihm ungünstigen Erneuerungen des englischen Bündnisvertrages sich friedliebend gezeigt und eine zeitweilige und oberflächliche Ruhe habe eintreten lassen, so dauere der Konflikt der Interessen doch fort, das Zentrum desselben sei China, und darüber könne es zu einem Kriege kommen, der wichtiger sein werde als alle Taten der chinesischen Revolutionäre.

Am folgenden Tage geht dasselbe Blatt auf die mongolische Streitfrage mit China ein. Wir erinnern uns, daß es sich dabei um die Revision des russisch-chinesischen Vertrages von 1881 handelt, und daß es darüber im vorigen Jahre fast zu einem Bruch zwischen Rußland und China gekommen wäre. Seither ist dieser Streitpunkt wieder aufgenommen worden, und während die Verhandlungen

in Petersburg ihren schleppenden Gang weiter gehen, wird von russischer Seite ein neuer Standpunkt inbetreff der staatsrechtlichen Stellung der Mongolei vertreten. Die jüngste Reise mongolischer Fürsten nach Petersburg hat nämlich die Regierung in Peking veranlaßt, ein Gesetz zu emanieren, das diesen Fürsten verbietet, mit ausländischen Mächten in Beziehung zu treten. Darin erblickt die „Nowoje Wremja" eine Verletzung des status quo und einen Bruch der Privilegien der Mongolei, die noch 1691 feierlich bestätigt worden sind. Es habe für die auswärtigen Beziehungen der Mongolei ein besonderes Organ bestanden, das „Lifanjuan", in welchem die mongolischen Fürsten unter dem Präsidium eines mandschurischen Prinzen Sitz und Stimme hatten, und das bis 1861 die Beziehungen der Mongolei zu Rußland besorgte. Damals fand aber die russische Diplomatie es erniedrigend, mit dieser Körperschaft zu verhandeln. Sie trat statt dessen in Beziehung zum Tsungli-jamen und später zum Waiwupu. Auf diesem Wege ging die konkrete Vorstellung von einer Mongolei verloren. China aber sei kein Einheitsstaat und nicht berechtigt, in seinen Provinzen nach Belieben die autonomen Rechte seiner Untertanen zu erweitern oder zu beschränken, es sei vielmehr ein Staatenbund und der „Lifanjuan" nach wie vor das Organ der Mongolei für Rußland. Die Politik Chinas sei aber aggressiv und gehe darauf aus, die Autonomie der Mongolei zu vernichten. Eine chinesische Kolonisation dringe ins Land, chinesische Truppen füllen die Garnisonen und chinesische Generalgouverneure übernehmen die Regierung. Offenbar handele es sich um eine Annexion der Mongolei, die dann eine ernste, nicht zu duldende Gefährdung der sibirischen Bahn bedeuten würde. Der Vertrag von 1881, durch den China sich rechtfertige, sei veraltet. Japan und die Vereinigten Staaten seien seither als Konkurrenten Rußlands in China aufgetreten, Rußland müsse daher auf Herstellung der alten Rechte der Mongolei und darauf bestehen, daß der Artikel 12 des Vertrages von 1881 in Kraft bleibe, der ihm zollfreien Handel diesseits der Mauer, nördlich und südlich vom Tianschan gewährleiste.

Nun ist zwar die neue Doktrin vom chinesischen Staatenbund völlig unhaltbar, aber es bleibt die Absicht, eine von China möglichst unabhängige Mongolei zu schaffen, und bei den jetzigen pekuniären Nöten Chinas scheint es nicht unmöglich, daß die Gewährung der von China erbetenen Anleihe an diese Bedingung geknüpft wird.

Eine andere Frage, die ebenfalls von der „Nowoje Wremja" eingehend behandelt wird und die in Zusammenhang mit dem ganz Rußland durchdringenden Antisemitismus steht, betrifft den russisch-amerikanischen Handels- und Schiffahrtsvertrag von 1832. Zu Anfang dieses Jahres wurde in beiden Häusern des Kongresses der Antrag gestellt, diesen Vertrag aufzuheben. Der Antrag fiel zwar, aber die Agitation ist aufs neue aufgenommen worden, obgleich einem russischen Import im Werte von $11^1/_2$ Millionen Rubel ein amerikanischer Export nach Rußland von 58 Millionen Wert gegenüberstehe. Der Anlaß zu diesem überraschenden Antrag aber sei die Erbitterung der amerikanischen Juden darüber, daß ihnen auf russischem Boden die volle Handels- und Ansiedlungsfreiheit verweigert werde, welche sie für ihre geschäftlichen Unternehmungen brauchen. Auch spiele das weitere Motiv mit, daß, falls in Rußland den Juden volle Rechtsgleichheit verliehen wird, sich annehmen läßt, daß die Auswanderung der Juden aufhört, denn die 2 Millionen amerikanischer Juden hätten keinerlei Neigung, sich in den 6 Millionen russischer Juden Konkurrenten zu holen, mit denen sie das Geschäft in Amerika dann zu teilen hätten. Diese Agitation wird von Roosevelt begünstigt, der nicht nur gegen eine weitere Einwanderung von Juden ist, sondern womöglich auch einen Teil der amerikanischen Juden nach Rußland zurückschieben möchte. Er schlägt daher vor, für die amerikanischen Juden die unbehinderte Einwanderung in das gesamte russische Reich zu verlangen, was auf Grund des Vertrages von 1832 möglich sei; falls aber Rußland es verweigern sollte, will er den Vertrag gekündigt wissen und allen Russen die Einwanderung nach Amerika untersagen. Lasse sich auch das nicht erreichen, so gehöre die ganze Frage vor den Haager Schiedshof als „a proper case for arbitration". Das ist gewiß sehr klug kalkuliert, aber Rußland wird sich unter keinen Umständen dazu bequemen, diese innere Angelegenheit dem Haag zur Entscheidung vorzulegen, und man kann der „Nowoje Wremja" nicht unrecht geben, wenn sie meint, in solchem Fall sollten die Amerikaner vorher die Frage der Stellung der Neger und der Japaner schiedsgerichtlicher Entscheidung übergeben. An die drohende Koalition aller Millionäre und Multimillionäre zur Ruinierung der russischen Finanzen aber will sie nicht glauben. Diese Leute, bemerkt sie boshaft, würden allezeit für einen Profit von einigen Prozent zu haben sein und dann ihre „Ideologien" fahren lassen.

Übrigens glaubt man, daß mit der Ministerpräsidentschaft Kokowzews bessere Tage für die russischen Juden beginnen werden, und auch Graf Witte, der unerwartet wieder in den Vordergrund des politischen Lebens getreten ist, gilt im Gegensatz zu Stolypin für tolerant. Er hat sich dem Zentrum des Reichsrats angeschlossen und ist Präsident des Finanzkomitees geworden, was ihm eine einflußreiche und unabhängige Stellung sichert. Es wird alles darauf ankommen, ob er die verscherzte Gunst des Zaren wieder gewinnen kann.

Beiläufig sei hier bemerkt, daß der „Temps" äußerst scharf über das russische Budget urteilt. Es sei vor allem militaire et autocratique, ein Reichsbudget, kein Volksbudget. Ackerbau, Handel und Unterricht seien zu kurz gekommen, die Hälfte der vom Branntweinkonsum einlaufenden Summen betrage mehr als ihr kombiniertes Budget! Freilich ist es in Rußland damit früher noch weit schlimmer bestellt gewesen.

Zu den Veränderungen im englischen Ministerium bemerkt der „Economist" vom 28. Oktober u. a.:

„Es hat nie einen solchen Karneval von Ausgaben gegeben wie den, welchen M' Kenna in der Admiralität einführte. In drei Jahren fügte er dem Marinebudget 12 Millionen zu und verbrauchte dafür den Ertrag der enormen Steigerung der Einkommensteuer, die Lloyd George durchsetzte. Natürlich konnte das so nicht weitergehen, und wir wundern uns nicht, daß, um einem disaster zu entgehen, Mr. M' Kenna „befördert" worden ist. Winston Churchills Bestallung ist nicht nur Anerkennung für große Leistungen, sondern müßte der Marine, dem Lande und der Regierung ungeheueren Nutzen bringen. Er hat die Energie, die Findigkeit und die Gaben, die ihn befähigen, die Leistungen der ganzen Verwaltung zu steigern, große Einschränkungen durchzusetzen, Geist und Vertrauen dem Dienst einzuflößen und solche Fiaskos zu vermeiden, wie Luftschiffe, die nicht fliegen können, und Schlachtschiffe, die weder in Häfen einlaufen noch ihre eigene Breitseite abfeuern können. Die neue Stellung wird seinen Charakter und seine Fähigkeiten zeigen wie nie zuvor.... Ein anderer Grund, um den höchst wichtigen Wechsel freudig zu begrüßen, ist die Möglichkeit, daß ein Mann vom Genius Churchills Sir Edward Grey helfen könnte, mit Deutschland eine Verständigung herbeizuführen „as will put an end for some definite period to the german panic."..... Das intelligente Publikum ist der konstruierten Paniken, täuschender Angaben und der törichten diplo-

matischen Reibungen, durch welche man sie nährt und verteidigt, so müde, daß wir mit Hoffnung, wenngleich nicht sanguinisch, der Neuordnung des Prime Ministers entgegensehen. Einer der leitenden Finanzmänner der City, dessen Name, wenn er genannt werden dürfte, von großem Gewicht wäre, schreibt uns: „Ich bin ganz Ihrer Meinung, daß die Zeit reif ist für eine Verständigung mit Deutschland, aber unglücklicherweise ist sie mehr als einmal dazu reif gewesen, und man hat die Gelegenheit immer entschlüpfen lassen! Wird das auch jetzt geschehen?" Er ist einigermaßen skeptisch im Hinblick auf die außerordentliche Unwissenheit und auf das in großen Kreisen herrschende Vorurteil, aber er schließt: „Eine Entente mit Deutschland ist meiner Meinung nach das höchste Interesse Englands von jedem Gesichtspunkte aus. Ich kann eine Politik nicht verstehen, die sich nicht nur dieses Ziel nicht stellt, sondern im Gegenteil es zu bekämpfen scheint." Unser Widerspruch gegen die jetzige Politik geht nicht auf die Sentimentalität zurück — obgleich sich viel darüber sagen ließe. Wir sagen, daß etwas an ihr falsch ist „something stupid and unbusinesslike", wenn sie sich einem Umzinglungssystem anschließt, das uns bereits eine Steigerung der Abgaben für Rüstungen um 12 Millionen in 3 Jahren gekostet hat."

Das ist vortrefflich gedacht und gesagt und hoffentlich nicht die Stimme eines Predigers in der Wüste.

In Frankreich fühlt man offenbar mit dem Abschluß der Marokkoverhandlungen eine Minderung der kaum noch zu steigernden Spannung und Aufregung. Man wendet sich wieder den eigenen häuslichen Angelegenheiten zu und geht mit dem herrschenden System überaus scharf ins Gericht.

„Seit dem Tage, da man die Ministerien zu leichtfertig Parlamentariern ohne Autorität ausgeliefert hat — schreibt der „Temps" — haben die Kanzleien das Übergewicht gewonnen und bilden so viele unantastbare Heiligtümer, als es Parteihäupter gibt. Jeder dieser Herren ist Beherrscher seines Reviers und macht was er will mit den Ministerien, die kommen und gehen wie Seiltänzer, über die man sich lustig macht, um nicht weinen zu müssen. Wird das Parlament diese Krisis länger dulden? Wenn es nicht mit all diesem Skandal aufräumt und sich nicht selbst bessert, dann ist sein Ansehen verloren. Soll wirklich die neue Affäre den Charakter einer Pulververschwörung annehmen?"

Und die „Débats“ bemerken zu derselben Affäre Moissie:

„Nein, wenn etwas faul ist in Frankreich, so ist es noch nicht die Volksseele, nicht unsere Marine, nicht unsere heroische Armee, sondern es ist der Schaum von Strebern (arrivistes), die auf der Oberfläche schwimmen und dort zusammenfließen, wo die Politik einen Profit verspricht.“

Eine Betrachtung des „Gaulois“ mag den Abschluß geben:

„Die Administration, um die uns Europa schon lange nicht mehr beneidet, verliert den Kopf, versteht keinen Entschluß zu fassen und um nichts sagen zu müssen, singt sie halblaut den Refrain eines Offenbachschen Stückes:

Fermons les yeux, fermons les yeux,
C'est le gachis, c'est presque l'anarchie.

Und nun, meine Freunde, schließt euch der Republik an, wenn euer Herz euch dahin treibt.“

Der „Gaulois“ ist bekanntlich monarchistisch.

Bei der Korrektur dieser Ausführungen geht uns eine Reihe sensationeller Nachrichten aus den Morgen- und Mittagsblättern zu: Die Kämpfe um Tripolis hätten den Italienern eine völlige Niederlage gebracht und sie zur Räumung der Stadt veranlaßt. Die Türkei wolle nichts mehr von Vermittlungen wissen, Italien aber sei entschlossen, die Operationen seiner Flotte auf Mytilene, Smyrna, Saloniki und andere europäische und asiatische Häfen der Türkei auszudehnen. In China sei die Dynastie im Begriff, die Flucht zu ergreifen, Peking im Aufstande, die Truppen in der Mandschurei entschlossen, zu den Revolutionären überzugehen. Das alles kann wahr, kann aber auch ins Ungeheuerliche übertrieben sein. Im Orient treten Tatsachen nur selten in der Form nüchterner Wirklichkeit zutage. Die Bestätigung all dieser Nachrichten ist abzuwarten, ehe ein Urteil erlaubt wäre.

2. November 1911. Paragrafierung des deutsch-französischen Marokkovertrages.
Ernennung Juanschikais zum Ministerpräsidenten.
4. November. Unterzeichnung des Marokkovertrages in Berlin.
5. November. Italien erklärt die Annexion von Tripolis für endgültig.
7. November. Protest der Türkei gegen die Annexion.
8. November. Veröffentlichung des spanisch-italienischen Geheimvertrages.

8. November 1911.

Der Text unseres Abkommens mit Marokko liegt nunmehr vor und die nächsten Tage bereits werden uns an den Verhandlungen im Reichstage zeigen, zu welcher Stimmung sich unsere Volksvertretung durchgerungen hat. Bei der ungeheuren Agitation, die in unserer Presse dem Abschluß der Verhandlungen vorausgegangen ist, kann mit Bestimmtheit auf eine überaus scharfe Kritik des Abkommens gerechnet werden, zumal der überraschende Rücktritt des Staatssekretärs v. Lindequist eine von fachmännischer Seite ausgehende Bestätigung dieser Kritik zu bieten scheint. Es liegt uns sehr fern, die Motive, die diesen Rücktritt veranlaßt haben, oder die patriotische Gesinnung zu verdächtigen, welche die Opposition unserer Presse bestimmt. Über ein empfindliches nationales Bewußtsein wird sich jeder Patriot freuen, schon weil es zeigt, was wir von unserem tapferen Volke zu erwarten haben, wenn es einmal gelten wird, das Schwert zu ziehen. Das schließt aber nicht aus, daß jene nationale Empfindung in bezug auf ihre Objekte irregeht. Wir haben es erlebt, als alles in Begeisterung für die bulgarische Heirat flammte, und als die gesamte öffentliche Meinung in einen Weheruf über die Erwerbung Helgolands ausbrach. Auch die aus einem warmen Herzen und lebhaftem Gerechtigkeitsgefühl geborene Begeisterung für die Burenrepubliken hat sich, wie die Erfahrung gezeigt hat, als ein Irrtum unseres politischen Empfindens erwiesen, an dem der Unterzeichnete ebenso seinen Anteil gehabt hat wie die meisten unter uns. Heute wissen wir, daß im neuen Südafrika die

Buren prinzipielle Gegner der Deutschen sind und konsequent darauf hinarbeiten, selbst diejenigen von ihnen zu verdrängen, welche die $2^1/_2$ Jahre blutiger Kämpfe und schwerer Entbehrungen mit ihnen geteilt haben. Was aber den Rücktritt des Staatssekretärs vom Reichskolonialamt betrifft, so ist der Zeitpunkt dazu von ihm so ungünstig gewählt worden, daß er unseren politischen Interessen einen empfindlichen Schaden bereitet hat. Die Vertreter unserer Reichsämter nehmen in der Politik des Reichs die Stellung von Korpskommandeuren ein, die sich dem Höchstkommandierenden nicht unmittelbar vor der Entscheidungsschlacht versagen dürfen, etwa wie General v. Gripenberg am 2. Februar 1905 im russisch-japanischen Kriege getan hat. Doch das liegt nunmehr hinter uns. Der Vertrag ist perfekt, er wird so wie er ist historisch-politische Wirklichkeit. Er gibt uns in Marokko, was von jeher — soweit Deutschland in Betracht kam — unser Ziel gewesen ist: Erschließung des Landes für unseren Handel, unsere Industrie, unseren Unternehmungsgeist, und zwar besser und umfassender gesichert, als in Algeciras und im Abkommen von 1909 erreicht werden konnte, da das Interesse aller übrigen am Gedeihen Marokkos interessierten Mächte fortan dahin gehen muß, die Wahrung dieser Interessen zu sichern.

Das „Journal des Débats" bemerkt dazu:

„Was Marokko betrifft, so haben wir wahrlich keinen Grund, uns zu beglückwünschen. Was unvermeidlich war, ist geschehen. Wir tauschen gegen die Vormundschaft der Akte von Algeciras eine ökonomische Vormundschaft ein. Wir werden Marokko besetzen und verwalten, es wird aber unter unsrer hohen Aufsicht von unsren Konkurrenten ausgebeutet werden, die auf gleichen Fuß mit uns gestellt worden sind. Die Bank von Marokko hat man international gemacht, die Submission der öffentlichen Arbeiten wird aufrechterhalten; die ökonomische Gleichstellung, welche absolute Bedingung für den politischen Verzicht Deutschlands war, ist auf das peinlichste gesichert worden. Und was noch mehr bedeutet: unsere Befugnis, die scherifischen Territorien militärisch zu besetzen, hängt von der Zustimmung des Sultans und davon ab, daß sie im Interesse der Ordnung und unter Wahrung der ökonomischen Vorbehalte geschieht....."

Der Wortlaut des Abkommens kann allerdings als eine musterhafte Sicherung aller unserer r e a l e n Interessen betrachtet werden, und es wird nunmehr darauf ankommen, w a s w i r d a r a u s m a c h e n.

Was wir daraus machen, wird auch die faktische Bedeutung unserer Kompensationen im französischen Kongo bestimmen. Es ist ein Weg gewiesen worden, eine große Zukunftsperspektive eröffnet, aber beides wird nur von Nutzen sein, wenn wir entschlossen sind, die großen Schwierigkeiten, mit denen ohne Zweifel zu rechnen ist, kraftvoll zu überwinden. Die Nation, die aus des heiligen römischen Reiches Sandbüchse die Mark Brandenburg gemacht und in Südwestafrika ein zukunftsreiches Kolonisationsgebiet zu schaffen verstand, wird — das glauben wir fest — auch in Groß-Kamerun und in seinen Dependenzen das erreichen, woran bisher die französischen Anstrengungen gescheitert sind. Es ist ein tropisches Königreich fast vom Umfange Preußens; daß es wachse und gedeihe wie Preußen, ist unser Wunsch und unsere Hoffnung.

Die italienische Tripoliserpedition erinnert in mehr als einer Hinsicht an den Burenkrieg der Engländer und wird meist auch wie dieser beurteilt. Daß beiden eine Art historischer Notwendigkeit zugrunde lag, läßt sich nicht bestreiten. Ebensowenig, daß beide sich über gutes Recht gewaltsam hinwegsetzten und daß hier wie dort die Widerstandskraft des Gegners unterschätzt worden ist. In Südafrika hat der Ausgang des Ringens im Effekt zu einem früher undenkbaren Aufschwung der Unterlegenen und zu einer schließlichen Versöhnung der, wie es scheinen mußte, unversöhnlichen Gegner geführt, trotz all des Blutes und all der Tränen, die zwischen ihnen lagen. Man kann die Frage wohl aufwerfen, ob das nicht auch der Ausgang des jetzigen Krieges zwischen Italien und der Türkei sein könnte? Erscheint die Möglichkeit einer solchen Wendung heute auch ebenso unwahrscheinlich wie 1901 die Verbrüderung von Briten und Buren, so lassen sich doch schon jetzt Anzeichen dafür finden, daß die Wünsche der italienischen Regierung nach dieser Richtung gehen. Ein höchst interessanter Brief des römischen Korrespondenten der „Kreuz-Zeitung“ (Nr. 522), dem ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Giolitti zugrunde liegt, bringt ähnliche Gedanken zum Ausdruck. Italien hat eben jetzt die Annexion von Tripolis und Cyrenaika deklariert, und so wie die Verhältnisse liegen, ist die Türkei zwar in der Lage, auf lange Zeit hinaus die Verwirklichung dieses Anspruchs tatsächlich illusorisch zu machen, aber doch nur unter großen pekuniären Opfern, die sie erschöpfen, und ohne die Möglichkeit zu haben, sich der von den italienischen Schiffsgeschützen beherrschten Küstenstädte wieder zu bemächtigen. Sie könnten sie

höchstens zerstören, nicht aber behaupten. Anderseits muß die Türkei sich sagen, daß dieser ganze Küstenstrich, wenn Italien stille hielt, früher oder später England oder Frankreich zugefallen wäre, da sie nichts getan hat, um dort rechtzeitig eine haltbare Machtstellung und ein selbständiges wirtschaftliches Leben zu erwecken. Es gibt eben Versäumnisse, die zur historischen Schuld werden. Nur die in Hinblick auf Marokko-Ägypten von Frankreich und England mit Italien abgeschlossenen Verträge haben Tripolis vor Invasionen dieser Nachbarn geschützt. Inzwischen aber rüsten sich die Feinde der Türkei, die offenen und die versteckten, um die ungeheure Verlegenheit, die dieser unerwartete Krieg ihr bereitet hat, zu ihrem Vorteil auszunutzen. Wir meinen, daß Italien der Türkei greifbare Vorteile bieten müßte, wie etwa eine Garantie des europäischen Besitzstandes des Sultans, um es ihr möglich zu machen, den großen Verlust zu verschmerzen, den die Preisgabe von Tripolis jedem Osmanen bedeutet. Verstehen sich beide Mächte zu dieser Kombination, so kann sie allerdings durch die Folgen, welche sie aller Wahrscheinlichkeit nach sich ziehen würde, zu einem Wendepunkt in der Geschichte der Türkei führen, die mit dem alten Schlagwort vom kranken Mann endgültig aufräumt. Der große Anlauf, den die Türkei genommen hat, ihre asiatischen Besitzungen zu erschließen, könnte dann in Ruhe wieder fortgesetzt und vertieft werden und die auf diesem Boden gewonnene neue Stellung den afrikanischen Verlust zehnfach ersetzen.

Nun scheint freilich zunächst keinerlei Aussicht für die Verwirklichung dieser Idee vorzuliegen: ein italienisch-türkisches Bündnis liegt so weit, wie noch vor zwei Jahren die Möglichkeit eines russisch-japanischen Bündnisses zu liegen schien, und doch ist das die Kombination geworden, auf welche von Tokio wie von Petersburg aus hingearbeitet wird, ja, man könnte sagen, daß seit 1879 dies der ideale Ausgang ist, den ein Krieg nehmen sollte.

Bekanntlich hat die englische Presse schärfer noch als die anderer Länder Stellung genommen gegen die italienische Politik, die italienische Kriegführung und die Metzeleien um Tripolis — von denen wir hoffen, daß die italienische Regierung in der Lage sein wird, sie als ungeheuerliche Übertreibungen zu widerlegen. Der in letzter Zeit von uns mehrfach herangezogene „Economist" klagt in diesem Zusammenhang über

das Geheimnis, mit dem Sir Edward Grey seine Politik umgeben habe. Geheimnis sei keine Gewähr des Erfolges und erzeuge eine Atmosphäre des Mißtrauens. Der „Economist" exemplifiziert an der Reihe von Abkommen und „ententes", die England abgeschlossen hat, und möchte gern wissen, was denn eigentlich die Entente mit Frankreich zu bedeuten habe. Nichts könne besser sein, als gute Beziehungen zu Frankreich, solange diese nicht Friktionen oder sogar die Möglichkeit eines Krieges mit einer dritten Macht im Interesse Frankreichs involviere. Wenn man nun das britische Interesse an der Entente mit Frankreich feststelle, so ergebe sich, daß für das Zugeständnis, das Frankreich in Ägypten machte, England der Möglichkeit beraubt wurde, das Verlangen Deutschlands nach der offenen Tür in Marokko zu unterstützen, das auch England zugute gekommen wäre, während erst neuerdings die französische Regierung den englischen Handel durch eine feindselige Tarifpolitik empfindlich geschädigt habe. Das komme aber kaum in Betracht im Vergleich zum Schaden, den die lange andauernde Friktion mit Deutschland gebracht habe. Angenommen, daß beide Regierungen sich in der Schuld daran zu teilen haben, so bleibe doch wahr, daß beide Nationen darunter gelitten hätten. Es gebe dafür eine unwiderlegliche Tatsache. Motiv und Ursache, offizielle und nicht offizielle Rechtfertigung der enormen Steigerung der maritimen Ausgaben Englands während der letzten drei Jahre, seien die Zänkereien der englischen Diplomaten mit den deutschen gewesen.

„Die Deutschen sagen, daß sie ihre Flotte verstärken, weil ihre berechtigten Ansprüche überall in der Welt von der britischen Diplomatie durchkreuzt werden. Unsere Admiralität hat eine Rate von 4 Millionen ihrem Budget zugefügt, nur weil das deutsche Marinebudget um 1 Million stieg. Geht man so nur um drei Jahre zurück, so hat Sir Edward Greys Politik dem Lande nicht eine Gesamtsumme von 12 Millionen, sondern jährlich 12 Millionen gekostet, was einem Kapital von 400 Millionen gleichkommt, die dem Handel und der Industrie entzogen wurden."

Das bedeute doch, daß tatsächlich das englische Budget in Abhängigkeit von Deutschland stehe. Indem Deutschland in den letzten drei Jahren weniger als 3 Millionen seinem Marinebudget zuführte, habe es England veranlaßt, 12 Millionen hinzuzufügen, und dabei

schreie die Navy League noch nach mehr. Vor dem Burenkriege habe man eine Einkommensteuer von 8 d für die Flotte gezahlt, jetzt seien es 1 s 7 d.

„Wenn es keine andere Ursache gäbe als diese, würde der Lord Mayor von London unsern Dank für das Meeting verdienen, das er Donnerstag nach Mansion House berief, um für eine deutsch-englische Verständigung einzutreten. Es ist ein Jammer, daß Reden wie die von Sir Ernest Tritton nicht häufiger gehört werden. Seine Worte bestätigen durchaus die Ansicht, daß eine Verständigung mit Deutschland (a business understanding) in der City eine ungeheure Befriedigung hervorrufen würde."

Auch wir wollen nicht mehr als „a business understanding", eine Verständigung auf dem Boden der Achtung gegenseitiger Interessen; aber sie ist unmöglich, solange England als Drohung für uns an dem two power standard festhält und solange die englische Flotte vornehmlich als Werkzeug allen Gegnern Deutschlands zu Dienst gestellt wird. Wir haben bisher keine Gelegenheit gehabt, zu konstatieren, daß der Standpunkt der englischen Regierung in dieser Hinsicht ein anderer geworden wäre, und noch jüngst, während die Verhandlungen über Marokko in einem kritischen Stadium zu stehen schienen, erlebt, daß die „Times", um den Franzosen den Rücken zu stärken, die deutsche Armee schlecht machte und dabei eifrigst von der „New York Times" unterstützt wurde. Es war ein Gegenstück zu den insolenten Artikeln der „France militaire", die eine so bitteren Nachgeschmack der Marokkoverhandlungen hinterlassen haben. Wenn aber der „Economist" wissen will, was nach der Überzeugung der Franzosen die Entente mit England zu bedeuten hat, so findet er die Antwort in der Broschüre des Obersten Boucher: „La France victorieuse dans la guerre de demain", die vom 14. Oktober 1911 datiert ist. „England", schreibt Boucher, „wird uns in unwiderleglicher Weise zeigen, daß es fest entschlossen ist, uns nach voller Maßgabe seiner Kräfte zu helfen, indem es seine Machtmittel im Kanal konzentriert, und wir werden die Verteidigung unserer Küsten noch besser sichern, indem wir unsere Streitkräfte mit den englischen vereinigen."

Es wäre allerdings von Interesse zu wissen, ob Sir Edward Grey sich diesen Satz zu eigen macht.

Über den Ausgang des Kampfes zwischen den chinesischen Revolutionären und der Mandschudynastie und ihren Anhängern läßt sich noch immer nicht ein sicheres Urteil gewinnen. Was feststeht ist, daß die Revolution nach allen Richtungen hin an Boden gewinnt und daß die Stellung der Dynastie von dem Erfolg der Verhandlungen abhängen wird, die Juanschikai führt. Aber es ist bereits eine tatsächlich machtlose Regierung, für die er eintritt, und er hat selbst zugestanden, daß es nicht mehr als 10 000 Mann zuverlässiger Truppen sind, über die er verfügt. Bußerlasse und Sündenbekenntnisse, wie sie jetzt im Namen des fünfjährigen Kindes, das man den Sohn des Himmels nennt, veröffentlicht worden sind, tragen aber nicht, wie man in Europa wohl annimmt, den Charakter einer politischen Demütigung. Der letzte unglückliche Kaiser Kwangsü hat durch ein Edikt, das sich ebenfalls an die Nation richtete, in noch weit grelleren Farben seine Herrschersünden und seine Unfähigkeit bekannt. Es handelt sich vielmehr um einen religiösen Akt, durch den die Fürsprache der Ahnen und die Gunst des Himmels wiedergewonnen werden soll. Auch steckt viel chinesischer Höflichkeitsstil darin, und es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß der Eindruck solcher Kundgebungen von praktisch-politischer Bedeutung wird. Nebenher kann aber wohl mit Bestimmtheit angenommen werden, daß jenes kaiserliche Edikt die Forderungen enthält, an welche Juanschikai die Übernahme der Vermittlerrolle knüpfte, die er übernommen hat und daß es das Minimum, nicht das Maximum der Konzessionen bringt, zu denen die Regierung sich wird bequemen müssen. Die zwölf Punkte der Forderungen der aufständischen Truppen zeigen uns das Programm der Gegner der Regierung und zählen die Bedingungen auf, unter denen sie die Mandschudynastie auch ferner an ihrer Spitze dulden wollen. Sie lassen sich dahin zusammenfassen, daß ein konstituierender Reichstag die künftige Reichsverfassung bestimmen soll, wobei aber vorausgesetzt wird, daß die von den Führern des Aufstandes aufgestellten Prinzipien die Grundlage jener Verfassung bilden werden. Offenbar geht die Absicht dahin, der Krone nicht mehr zu lassen als Ehrenrechte, etwa wie sie dem Präsidenten der französischen Republik eingeräumt sind, und die Vorherrschaft des mandschurischen Adels endgültig zu beseitigen. Die Regierung soll in Zukunft eine parlamentarische sein, die Ausdehnung des Stimmrechts aber bleibt noch späterer Entscheidung vorbehalten. Unklar ist zurzeit noch immer,

welches der endgültige Entschluß von Juanschikai sein wird, so daß sein Zögern bereits in chinesischen Kreisen Erbitterung zu erregen beginnt. Aber es ist nicht unmöglich, daß er die ausgedehnten Vollmachten, die ihm übertragen wurden, noch immer nicht für ausreichend hält, um den Frieden herzustellen, denn daß eine allgemeine Versöhnung sein Ziel ist, kann als sicher gelten. Dahin drängen nicht nur die ungeheuren Verluste, welche die Revolution zur Folge hat, und das in einigen Provinzen bedenklich um sich greifende Räuberunwesen, sondern vor allem wohl die auswärtigen Angelegenheiten, d. h. die von Rußland und Japan der Integrität des Reiches drohenden Gefahren.

Die „Nowoje Wremja" fährt fort, für die Selbständigkeit der mongolischen Fürsten einzutreten und über die Verletzung der Rechte russischer Konzessionen in der Mandschurei zu klagen. Das Organ Gutschkows aber kündigt am 8. November bereits den Zusammenbruch des chinesischen Reiches an und meint, daß sowohl für den Fall eines Sieges der Regierung wie bei der Organisation einer chinesischen Föderativrepublik der schließliche Ausgang ein Krieg mit Rußland sein werde. Die Verhältnisse lägen analog wie in der Türkei, wo die Herrschaft der Jungtürken Rußland ebenso feindselig gesinnt sei wie die Abdul Hamids, weil der türkische Staatsorganismus als solcher diametral den russischen Interessen widerspreche. In solchen Fällen könne die russische Politik entweder sich völlig neutral verhalten oder den Augenblick benutzen, ihre eigenen Absichten zu verwirklichen oder endlich diejenige der beiden miteinander streitenden Parteien unterstützen, die weniger schädlich und gefährlich sei. Es ist das Rezept, das die russische Politik in Persien, nach allen drei in Vorschlag gebrachten Methoden zur Anwendung gebracht hat. Hieran schließt sich die Versicherung, daß Rußland weder den Hochmut noch die Rassenvorurteile der Angelsachsen teile und keinerlei prinzipielle Abneigung gegen die Chinesen empfinde. Für Rußland aber bedeuteten sie eine akute Gefahr, und das mache es zur Pflicht, diesen unbequemen Nachbar mit allen Mitteln zu schwächen und sich nach Möglichkeit vor ihm zu schützen. Um dies Ziel zu erreichen, bleibe nichts übrig als die ungeheuren, aber schwach bevölkerten und halb wüsten östlichen und westlichen Grenzmarken zu annektieren.

Die Annexion der Nordmandschurei, der Mongolei, der Dsungarei und Ost-Turkestans sowie die Herstellung der vollen Unabhängigkeit

Tibets, müsse daher das stete und nächste Ziel der russischen Politik in Asien sein. Das Land des eigentlichen China brauche Rußland nicht, und es wäre sogar schädlich, es zu okkupieren, während der Besitz jener Grenzmarken (die über 5 Millionen Quadratkilometer betragen) für Rußland unerläßlich sei, damit es sich die Chinesen vom Leibe halten könne. Um China selbst zu schwächen, bedürfe es zudem eines Systems von Allianzen: zunächst Frankreich, dann Japan, „unser natürlicher Verbündeter für die Zukunft", kämen dabei in Betracht. Da jedoch das allein nicht genügen würde, müsse man nicht nur die jetzigen Wirren fördern, sondern dahin wirken, daß China in zwei oder mehr Reiche zerfalle!

Wir übergehen die weiteren Ausführungen. Der liebenswürdige russische Macchiavell, der dieses politische Programm entworfen hat, scheint jedoch vergessen zu haben, daß im vorigen Jahre die russische Kriegsmacht in Asien nicht einmal ausreichte, um die angekündigte Besetzung des Ilitales auszuführen und daß von den 22 Millionen Quadratkilometern des jetzigen russischen Territoriums etwa ein Drittel noch der Besiedlung harrt: daß Rußland eben im Begriff ist, das nördliche Persien zu annektieren, daß es seine Hände tief im nahen Orient stecken hat und nebenher noch durch seine Bundespflichten Frankreich gegenüber genötigt ist, allezeit in Europa sprungbereit zu sein! Und abgesehen von alledem ist die innere Lage Rußlands unklarer als je, eine Mißernte hat 19 Gouvernements in die äußerste Not versetzt, Reichsrat und Duma stehen in scharfem Gegensatz einander gegenüber und ein tiefes Mißtrauen trennt die Parteien. Die Baueragrarreform hat die erwarteten wohltätigen Folgen keineswegs gebracht und die Klagen über die Unredlichkeit der Beamten wollen nicht verstummen. Das alles sollte von Abenteuern um so mehr abmahnen, als noch keineswegs feststeht, welche Rolle in dem großen chinesischen Drama Japan zu spielen gedenkt.

Eine Beurteilung der marokkanischen Frage, die wir angelegentlich empfehlen, bringt das Novemberheft der „Preußischen Jahrbücher" aus der Feder von Dr. Daniels.

9. November 1911. Beginn der Marokkoverhandlungen im Reichstage.
Vertrauensvotum für Mohammed Schewket Pascha.
Kanton erklärt sich unabhängig.
10. November. Rede von Asquith über den Abschluß des Marokkovertrages.
12. November. Bonar Law wird an Balfours Stelle zum Führer der Unionisten gewählt.
Juanschikai trifft in Peking ein.
14. November. Vertrauensvotum für das Ministerium Caillaux.
15. November. Einspruch der Mächte gegen die Blockade der Dardanellen.

15. November 1911.

Die dramatischen Tage der Debatten über das Marokkoabkommen liegen nunmehr hinter uns. In den Kommissionssitzungen werden diejenigen detaillierten Aufklärungen folgen, die aus dem einen oder dem anderen Grunde für eine öffentliche Diskussion nicht geeignet erscheinen. Den an dieser Stelle vertretenen Ansichten über das Abkommen haben wir nichts hinzuzufügen. Wir heißen nach wie vor das schließliche Resultat willkommen. Es hat die Reibungsflächen, die seit dem Marokkovertrag bestanden und bestehen mußten, der über unsern Kopf hinweg am 8. April 1904 zwischen England und Frankreich abgeschlossen wurde, soweit das überhaupt möglich ist, eingeschränkt. Aber wir hatten während der überaus schwierigen Verhandlungen mit der Tatsache zu rechnen, daß jener englisch-französische Vertrag bestand und daß England sich durch ihn, wie selbstverständlich war, gebunden fühlte. Das hätte unter gleichen Verhältnissen jede andere Macht getan, die sich dessen bewußt bleibt, daß die Ehre eines Staates an seiner Vertragstreue hängt. Wer es anders erwartete, hat sich schwer verständlichen Illusionen hingegeben. Wir haben während der bosnischen Krisis keinen Augenblick gezögert, die Konsequenzen zu ziehen, die sich für uns aus unserem Vertrage mit Österreich ergaben, obgleich die Gefahr eines Krieges mit den Mächten der Tripelentente daran hing. Daß England in der Marokkofrage eine analoge Stellung einnehmen mußte, war unbequem — und zwar nicht nur für uns, sondern erst recht für

England — aber es war nur natürlich. Eine Drohung von seiten der englischen Regierung hat jedoch nicht stattgefunden. Die Rede von Lloyd George, gegen welche so energisch von seiten des Reichskanzlers Protest eingelegt worden ist, weil sie den Anschein einer offiziellen Drohung enthielt, ist nicht, wie allgemein geglaubt wird, im Auftrage des englischen Kabinetts ausgesprochen worden, sondern war — wie der Unterzeichnete aus dem Munde eines Engländers weiß, der die Tatsachen kannte und dessen Glaubwürdigkeit über jedem Zweifel steht, für Mr. Asquith eine unangenehme Überraschung. Es kommt ihr daher die Bedeutung nicht zu, die ihr beigemessen wurde. Aber geschadet hat sie ohne Zweifel, und wir bedauern, daß man es in England nicht nötig gefunden hat, was öffentlich gesagt wurde, auch öffentlich zurechtzustellen. Eine weitere Erschwerung der Verhandlungen lag in den jetzt publici juris gewordenen Geheimverträgen zwischen Frankreich und Spanien, die wegen der schwer abzuweisenden spanischen Ansprüche dahin führten, daß den Franzosen, was sie in Marokko durch unseren politischen Verzicht gewannen, von geringerer Bedeutung erschien als allen denjenigen, die in das Geheimnis nicht eingeweiht waren.

Es kommen aber noch zwei andere Gesichtspunkte in Betracht, um den Wert des Errungenen und die Schwierigkeit der Verhandlungen recht zu würdigen. Einmal die Tatsache, daß infolge der endgültigen Erledigung der marokkanischen Differenz die auf der Gleichung Marokko-Ägypten ruhende politische Verpflichtung Englands Frankreich gegenüber als erledigt betrachtet werden muß, während andererseits Frankreich in Ägypten nach wie vor gebundene Hände hat. Oder anders formuliert, England ist in seinem Verhältnis zu Frankreich freier geworden, was freilich noch nicht beweist, daß es von dieser Freiheit in einer unseren Interessen genehmen Weise Gebrauch machen wird. Aber wir legen doch den Erklärungen großen Wert bei, die Mr. Asquith am Freitag auf dem Guildhall Bankett abgegeben hat. Er sagte nämlich im Lauf seiner Rede:

„Überall, wo britische Interessen im Spiele sind, suchen wir sie zu behaupten. Überall wo Verträge uns Verpflichtungen auflegen, ist es unsere Pflicht, sie zu erfüllen, wo wir Freundschaften und Vereinbarungen begründet haben, suchen wir sie loyal und ganz zu erfüllen. Aber unsere Freundschaften tragen keinen ausschließenden oder eifer-

süchtigen Charakter. Wir haben keinerlei Ursache, zu einem Konflikt, mit welcher Nation es auch sei. Mit einer Vergangenheit und einem Reich wie dem unsrigen, sind wir keineswegs geneigt, die natürlichen und legitimen Ansprüche anderer einzuschränken oder zu behindern. Wir freuen uns daher aufrichtig und ohne jede reservatio mentalis über jede Verständigung, die in ehrenvoller und dauernder Weise bestehende Zwistigkeiten beseitigt, welche die Nebel und die Mißverständnisse, mit denen die politische Atmosphäre geladen war, verscheucht, oder die Grundlagen erweitert, auf denen der Friede der Welt und Europas ruht."

Wir brauchen wohl nicht ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Praxis der englischen Politik Deutschland gegenüber nur selten diesen vortrefflichen Grundsätzen entsprochen hat; daß sie aber jetzt in direktem Zusammenhang mit der Tagespolitik zum Ausdruck gebracht worden, ist gewiß nicht gleichgültig. Es mag dabei bemerkt werden, daß der „Economist" in seiner Nummer vom 11. November bei Wiedergabe unserer Ausführungen in der letzten Mittwochnummer ausdrücklich bemerkt, daß er sie auf das dringlichste Sir Edward Grey zur Beachtung empfehle, und kurz vorher sagt, daß die zwei oder drei unglücklichen Sätze in der Rede von Lloyd George diesem vielleicht von Sir Edward Grey, aber gewiß nicht vom Kabinett eingegeben seien, was unsere obige Bemerkung über die Entstehung dieser Rede bestätigt.

Was aber die zweite Serie von Erschwerungen betrifft, unter denen die Marokkoverhandlungen zu leiden gehabt haben, so sind sie vom französischen Auswärtigen Amt ausgegangen. Es kommt jetzt über die Willkür, mit der dort untergeordnete politische Organe bemüht waren, ihre besondere Politik durchzusetzen, eine Enthüllung nach der anderen. Wir wollen dabei nicht auf die unsauberen Geldaffären zurückgreifen, die in den letzten Monaten bloßgelegt wurden — es ist schließlich überall möglich, daß unlautere Elemente in eine integre Umgebung eindringen — sondern auf das, was „Temps" und andere Blätter die „Anarchie" am Quai d'Orsay nennen. Vor wenigen Tagen fanden die schwersten Beschuldigungen gegen Herrn Herbette, den Chef du cabinet et du personel am Quai d'Orsay, im „Temps" Platz, heute treffen sie den Direktor der politischen und Handelsangelegenheiten Babst, der durch einen zweimonatlichen Urlaub bis auf weiteres von den Geschäften entfernt worden ist. Es sind nicht nur

absichtlich nach dem Rücktritt des Ministeriums Monis wichtige Tatsachen dem neuen Minister des Auswärtigen vorenthalten, sondern sogar Instruktionen für den Botschafter Cambon, die vom Gesamtministerium ausgearbeitet waren, willkürlich verändert worden, von den im Laufe des Oktober erfolgten Indiskretionen in der Presse nicht zu reden, die so wesentlich dazu beigetragen haben, die Atmosphäre zu erhitzen.

„Dieses stete und direkte Eingreifen eines Räderwerks, dem nur die Rolle der Übermittlung gehörte, in die Leitung der Geschäfte hat sehr üble Folgen gehabt, gegen welche übrigens der politische Direktor mehrmals und speziell in marokkanischen Angelegenheiten protestiert hat. Es scheint, daß diese Verwirrung der Befugnisse sehr weit ging, und zwar nicht nur in Verletzung der dienstlichen Vorschriften, sondern des Kriminalkodex, als Nachforschungen im Bureau von Herrn Hamon stattfanden, der jetzt im Gefängnis büßt; damals wurden Briefe eines Gesandten, die zur Untersuchungsakte gehörten, vom Chef des Kabinetts (Herbette) mehrere Wochen hindurch zurückgehalten und von ihm verschiedenen Personen gezeigt."

Der „Temps" teilt uns noch mit, daß Herr Georges Louis, der Botschafter in Petersburg, vorläufig die Vertretung von Babst übernimmt, und daß der Ministerpräsident Caillaux und de Selves über „die Lage am Quai d'Orsay" beraten. Es ist höchst wahrscheinlich, daß es sich dabei namentlich darum gehandelt hat, Herrn Jules Cambon zu beseitigen, der wohl das Opfer des Marokkovertrages geworden wäre wenn nicht der Rücktritt von Lindequists, der als Beweis einer Niederlage der deutschen Politik aufgefaßt wurde, die Lage plötzlich zu seinen Gunsten geändert hätte. Die Enthüllungen der letzten Tage haben dann erfreulicherweise Cambons Stellung vollends gesichert.

Wie in Frankreich die Frage der Kongokompensationen beurteilt wird, mag an der Hand eines Artikels von Gabriel Hanotaux, dem früheren Minister des Auswärtigen und Verfasser der „France contemporaine", gezeigt werden. In der „Revue hebdomadaire" vom 4. November führt er aus, daß Frankreich zwar Opfer bringen mußte, aber unter allen Umständen die Einheit von Französisch-Kongo und die Freiheit der Verbindungen zwischen seinen Teilen sich hätte sichern müssen. Nun sei trotz aller in letzter Stunde gemachter Anstrengungen die Einheit zerstört und die Verbindung abgeschnitten worden. ..Nous avions

un empire, on nous laisse des corridors." Zulässig seien Konzessionen am untern Schari, am Lagone und am Tschad gewesen, höchstens noch eine geringe Vergrößerung bei Spanisch-Guinea, dort wo die Ngoko Sangha Territorien liegen. Daß man aber zugelassen habe, daß Deutschland zum mittleren Kongo, zum Bassin des Sangha und des Ubanghi vordrang, das sei der Kapitalfehler, der Frankreichs Interessen empfindlich schädige und einen unendlichen Widerhall finden werde zum Schaden des französischen Einflusses in Afrika und des afrikanischen Gleichgewichts. Das Rückgrat des französischen Kongo sei gebrochen und damit auch das Rückgrat des schwarzen Kontinents, vier Mann und ein Korporal würden genügen, dem territorialen Zusammenhang und damit den Verbindungen ein Ende zu machen.

„Von Nord nach Süd, von Ost nach West wird unser ganzer Handel, werden alle unsre Transporte, wird alles Leben sich in den Flußtrichter zusammendrängen, den man uns gelassen hat" und der unter der Kontrolle unserer Rivalen, der Deutschen und Belgier stehen wird. Auch werde niemand Neigung haben, sich in diesem zerschnittenen und bedrohten Gebiete niederzulassen. „Sie haben dem französischen Kongo die Lenden gebrochen und die Kehle zugeschnürt; er wird in Paralyse oder erdrosselt sterben."

Wir übergehen den Rest der Ausführungen, obgleich er sehr lesenswert ist und ohne Zweifel dem gleichen nationalen Empfinden entspricht, das uns aus dem Teil unserer Presse entgegenklingt, die das ganze Abkommen schlankweg verurteilt. Aber das sind hier wie dort ungeheure Übertreibungen, und endlich, wir stehen vor einer vollendeten Tatsache, die uns eine bedeutende Vergrößerung unseres kolonialen Besitzes und fruchtbare Aussichten für die Zukunft gebracht hat. Mit dieser Tatsache, nicht mit vielleicht schönen, aber nicht verwirklichten Träumen haben wir zu rechnen, nicht zurückzublicken, sondern vorwärtszuschreiten und aus der neuen Lage, der allgemein politischen wie der besonderen kolonialen, zu machen, was deutsche Kraft, deutsche Wissenschaft und deutscher Unternehmungsgeist zu machen vermögen. Das sollte die Parole sein, nicht ein neues Losungswort für den Hader der Parteien, unter dem wir zum Schaden des Ganzen wahrhaftig bereits genug zu leiden haben.

Am 11. November haben König Georg V. und die Königin mit großem Gefolge und im Geleit von Kriegsschiffen auf der „Medina"

ihre Indienfahrt angetreten. Am 2. Dezember treffen sie in Bombay ein, nachdem sie vorher in Gibraltar und Aden gehalten haben, am 7. in Delhi. Das Krönungsdurbar findet am 12. statt. Am 14. folgt die Musterung von 50 000 Mann indischer Truppen und daran schließt sich ein Fußballturnier für die britischen Truppen. Am 30. treffen die Majestäten in Kalkutta ein, von wo aus die Abfahrt am 7. Januar erfolgt. Für das Eintreffen in Portsmouth ist der 29. Januar bestimmt.

Es ist das erstemal, daß ein König von England Indien besucht, die Krönung in Delhi ein Ereignis ohnegleichen. Sie wird mit dem Aufwande aller Herrlichkeit und aller Reize vor sich gehen, die der Orient aufbieten kann, unvergleichlich viel bunter und lebendiger als auf europäischem Boden trotz aller orientalischer Deputationen bei den in London gefeierten großen Festtagen des Empire möglich war. Wir wünschen dem unserem Herrscherhause so eng verwandten und befreundeten Könige und Kaisar-i-Hind einen glücklichen Verlauf dieser Festtage und als Effekt eine Festigung der Beziehungen zwischen Volk und Herrscher. Was in Indien am meisten die englischen Herren des Landes von der buntgemischten Bevölkerung der Beherrschten trennt, ist der Rassenhochmut, mit dem die regierende Bureaukratie der Engländer auf die Orientalen herabschaut. Sie lassen auch die edelsten Geschlechter der Eingeborenen nicht als ihresgleichen gelten und betrachten sie als Farbige und daher als mindere Menschen. Darin mag ein Merkmal nationaler Kraft und Eigenart liegen, aber es ist ein unüberwindliches Hindernis nicht nur für die Assimilation, die auch uns nicht als erstrebenswertes Ziel erscheint, sondern auch für die freundschaftliche und verständnisvolle Annäherung der Rassen. Ist es doch charakteristisch, daß England gerade in den bestgebildeten und zum Teil an europäischer Kultur genährten Indern seine erbittertsten Gegner findet. Darin aber liegt ohne Zweifel eine Gefahr, die gerade jetzt auch in den islamitischen Teilen Indiens — und das sind über 62 Millionen Köpfe — Berücksichtigung verdient. da eine Welle religiöser und politischer Erregung durch die mohammedanische Welt zieht. Rußland geht in dieser Hinsicht weit klüger vor als England. Es absorbiert allmählich den orientalischen Adel und stellt ihn völlig gleichberechtigt, politisch wie gesellschaftlich, den eigenen Geschlechtern zur Seite. Die von der englischen Regierung gemachten Versuche, die gebildeten Inder zum Mitregiment heranzuziehen, scheitern daran, daß die gesellschaftliche Annäherung unter allen Umständen

ausgeschlossen bleibt. Vielleicht gelingt es König Georg, nach dieser Seite hin eine Wandlung vorzubereiten, es wäre der größte Dienst, den er seinem Volke leisten könnte.

Am Vorabend der Abreise des Königs hat Mr. Balfour seine Stellung als Führer der Unionisten niedergelegt, und an seine Stelle ist an die Spitze der Partei nicht wie erwartet wurde, Mr. Austin Chamberlain oder Mr. Walter Long getreten, sondern Mr. Bonar Law, ein Mann, der sich als ein homo novus bezeichnen läßt, da er erst seit 11 Jahren einen Sitz im Parlament einnimmt und keine höhere Stellung in der englischen Regierungshierarchie eingenommen hat als die eines Parlamentssekretärs für den Handel. Im Juni dieses Jahres wurde er Privy Councillor. Er ist 53 Jahre alt, Kanadier von Geburt, sein Vater war presbyterianischer Prediger. Erst infolge einer reichen Erbschaft wurde es ihm 1900 möglich, sich um einen Parlamentssitz zu bewerben, seit fünf Jahren hat er seinen jetzigen Sitz inne. Die englischen Zeitungen heben hervor, daß er wie Balfour ein hervorragender Golfspieler ist. „Aus Who is who" erfahren wir, daß er von Beruf Kaufmann ist und einen Eisenhandel betreibt. Er gilt für einen tüchtigen Debatter und hat sich sein Ansehen in der Partei durch leidenschaftliches Eintreten für Chamberlainsche Ideen erworben. Jdenfalls ist er eine ganz andere Persönlichkeit als der auf den Höhen englischer Bildung stehende Balfour, dessen Geschlecht zu den ältesten und angesehensten Englands gehört. Die Wahl Bonar Laws bestätigt die durch Chamberlain eingeleitete Demokratisierung auch dieser Partei, und es scheint uns erstaunlich, daß aus den Kreisen der jüngeren Generation des englischen Hochadels sich keine Persönlichkeit gefunden hat, die zum Leiter der Partei geeignet war. Die Wahl von Bonar Law war in gewisser Hinsicht eine Notwahl. Man hat ihn genommen, weil die beiden anderen Kandidaten politische Gegner innerhalb der Partei waren und man einen Bruch befürchtete, der den Zerfall der Unionisten in die Gruppen der Stadtunionisten und Landunionisten zur Folge gehabt hätte. Der liberale „Daily Chronicle" charakterisiert diesen künftigen Primeminister — denn das wird er, wenn einmal die Tory ans Ruder kommen, folgendermaßen:

„Nun, da Balfour gegangen ist, hat an Klarheit und Geschicklichkeit Mr. Bonar Law keinen, der ihm auf den Bänken der Opposition überlegen wäre. Er hat einen männlichen Verstand und eine rasche und scharfe Intelligenz. Er spricht fließend, aber sein Stil ist trocken,

die Stimme zischend und tonlos. Unzweifelhaft ein Mann von starker Persönlichkeit, aber es fehlt ihm an Phantasie und er erweckt keine Sympathien. Mit einem Wort, er ist ein geriebener, hartköpfiger, tüchtiger Geschäftsmann von ungewöhnlichem Geschick. Die Liberalen erkennen in ihm einen starken Gegner, der harte Schläge versetzen und hinnehmen kann. Er hat im Hause den Ruf, kein Opponent zu sein, der ganz fair vorgeht. Eine merkwürdige Anlage seines Geistes führt dahin, daß er die Absichten seines Gegners verdreht, wenn er vorgibt, sie redlich wiederzugeben. Das ist keine liebenswürdige Charakteristik, und man empfindet es besonders wegen der übermäßigen Bitterkeit seiner Rede. Die Gewässer von Marah waren nicht bitterer als einige der Reden Bonar Laws. Er muß noch lernen, daß Bitterkeit kein Zeichen von Kraft ist. Im Privatverkehr ist er übrigens durchaus nicht bitter. Er ist ein charmanter, hochgesinnter Mann, sehr einfach in seinem Wesen mit hoher Vorstellung von den Pflichten, die Privatleben und Staat fordern."

Übrigens wird Bonar Law nur die Führung im Unterhause haben, im Hause der Lords behält Lansdowne die Leitung.

Zurzeit ist man in England wieder in Sorgen wegen drohender Arbeiterunruhen. Ausstände werden in den Kohlengruben von Northumberland und Wales erwartet, aber auch für Yorkshire und die Midlands wird gefürchtet. Die Lage der Eisenbahner erscheint gleichfalls drohend.

„Gott gebe", schreibt der „Standard", „warme Weihnachten und ein mildes neues Jahr, um das furchtbare Elend und die Not zu lindern, welche Millionen armer Leute wegen dieser künstlichen und zwecklosen Verteuerung des Heizungsmaterials werden ertragen müssen. Es ist schließlich wie fast überall, die urteilslose Masse folgt den Schlagworten ehrgeiziger Führer und hat dafür mit Frau und Kind zu büßen."

Von weit größerer Bedeutung für die Zukunft des politischen Lebens in England ist aber eine andere Tatsache. Am 7. November hat der Premierminister einer Deputation erklärt, daß die Regierung in der nächsten Parlamentssession eine Bill einbringen werde, welche das Stimmrecht jedem erwachsenen Manne (also nicht auch den Frauen) verleihen werde. Der „Daily Chronicle" berichtet darüber in einem Leitartikel, der die Spitzmarke führt: „Ein Vorstoß der Demokratie",

und darum handelt es sich ohne Zweifel. Die Pluralstimmen würden in Wegfall kommen und die Zahl der Stimmenden, die heute fast acht Millionen beträgt, auf über 11¾ Millionen anwachsen; auch wäre bei einer so weitgehenden Reform eine Neuverteilung der Wahlkörper, eine Redistributionsbill, nicht zu umgehen. Die ganze Basis der Volksvertretung müßte eine andere werden, bemerkt der „Daily Chronicle" mit Recht. Das große Organ der Liberalen weist zugleich darauf hin, daß die Zahl der irischen Vertreter in Westminster sinken werde als Konsequenz der Errichtung des irischen Parlaments in Dublin.

„Es ist ein großer demokratischer Vorstoß, zu dem die Regierung sich entschlossen hat, und die verschiedenen Teile desselben hängen voneinander ab: Jedem erwachsenen Mann eine Stimme, ein Mann nur eine Stimme, und jede Stimme von gleichem Gewicht. (Every adult male a vote, one man one vote, and one vote one value!) Das Land wird darüber zu entscheiden haben, ob auch die Frauen einzuschließen sind."

Es ist natürlich nicht daran zu denken, daß diese Revolution des englischen Verfassungslebens im ersten Anlauf durchgesetzt wird. Mr. Bonar Law wird die Führung im Kampf gegen die Bill zu übernehmen haben, ein Kampf, dem Balfour wahrscheinlich seine Kräfte nicht gewachsen fühlte.

In Rußland hat die Duma am Freitag einen großen Tag gehabt. Der Ministerpräsident Kokowzew hielt eine Programmrede, welche die Linke enttäuschte und ihm den Beifall der Rechten und des Zentrums eintrug. Das Wesentliche war, daß er sich als einen Fortsetzer der Politik Stolypins vorstellte und den Gedanken ausführte, daß es in Rußland nur eine Politik gebe, und das sei die Politik des Kaisers. In der Praxis wurde das an der Finnlandvorlage exemplifiziert, deren Annahme und Durchführung keinem Zweifel unterliegt. Aber gewiß täuscht sich Herr Kokowzew ebenso wie sein Vorgänger über die Motive der Opposition, welche die Finnländer den russischen „Reformen" entgegensetzen. Es ist keineswegs Verblendung und Verstocktheit, oder gar, wie behauptet wird, Separatismus, was diesen Widerstand veranlaßt, sondern die klare Erkenntnis, daß die Bresche, durch welche die russischen „Reformen" eindringen, mit Notwendigkeit einen Zusammenbruch der Landeskultur nach sich ziehen muß. Sie haben das

Beispiel der Ostseeprovinzen vor Augen, wo erst die Bauern zur Revolution erzogen, die guten Schulen des Landes ruiniert, die Universität Dorpat vernichtet, die bürgerliche Intelligenz aus dem Lande gedrängt wurde und das gesamte geistige Niveau der einst blühenden drei baltischen Provinzen herabgedrückt wurde. Das sind Tatsachen, die so offen zu tage liegen, daß niemand sich darüber täuschen kann; es wäre ein Wunder, wenn die Finnländer nicht fürchteten, daß ihnen ein gleiches Schicksal bevorsteht. Und deshalb verteidigen sie jeden Paragraphen des ihnen verbürgten Rechts und jede Scholle ihres Landes, so wohl oder übel es eben gehen will. Jedenfalls zeigt der Augenschein und lehren die Klagen, die Tag für Tag aus der russischen Presse aller Farben zu uns herüberklingen, daß Rußland wahrlich wichtigere Aufgaben zu lösen hätte, als Finnland zu drangsalieren.

In dem italienisch-türkischen Kriege ist noch keine Entscheidung abzusehen. Italien scheint sich mit der Absicht zu tragen, im Roten und im Ägäischen Meer, vielleicht an der syrischen Küste seine maritime Übermacht zur Geltung zu bringen. Gerüchte wollen sogar von der Absicht wissen, die Dardanellen zu forzieren, aber dies ist doch höchst unwahrscheinlich, da die türkischen Befestigungen an den Meerengen mit den schwersten modernen Geschützen armiert sind, so daß der Versuch, vor Konstantinopel zu gelangen, so gut wie undurchführbar sein dürfte. Von Friedensverhandlungen verlautet noch immer nichts.

Völlig unklar sind auch die Folgen, welche die chinesische Revolution nach sich ziehen wird. Sie umfaßt bereits fast das ganze eigentliche China und bedroht Peking auf das ernstlichste. Auch die Stellung Juanschikais ist noch nicht durchsichtiger als vor acht Tagen. Er scheint der Vertrauensmann beider, der Regierung wie der Revolutionäre, zu sein, und man fragt sich, wem er schließlich ganz zufallen wird. Offenbar dem Sieger, wenn er den rechten Augenblick so zu wählen weiß, daß man es ihm noch dankt. Ob die Dynastie sich behauptet, ob eine neue chinesische Dynastie, eine Republik, ob Einheitsstaat oder eine Föderation von Republiken oder Königreichen zu erwarten steht, das alles ist gleich ungewiß. Nach außen hin ist die Stellung die, daß die Mächte sich neutral verhalten und sich darauf beschränken, ihre Angehörigen zu schützen. Der Wunsch Europas ist allseitig auf Erhaltung der Integrität Chinas gerichtet, ob Japan und Rußland ihn teilen, erscheint trotz gegenteiliger Versicherungen zweifelhaft. Es wird darauf an-

kommen, ob eine der beiden Mächte den ersten Schritt tut — geschieht es, so folgt die andere wohl sicher nach.

Wir erkennen nicht, ob in Persien das gleiche bevorsteht. Rußland hat mit seinem Ultimatum einen Schritt getan, wird England den zweiten tun? Diese ganze antipersische Politik ist in ihrem Detail wie in ihren großen Zügen unendlich abstoßend. Wohl dem, der an ihr keine Mitverantwortung trägt.

16. November 1911. Erklärungen des Staatssekretärs v. Kiderlen-Waechter in der Budgetkommission des Reichstages.
19. November. Japan hat Truppen in Tschifu gelandet. Fortschritte der chinesischen Revolutionäre.
20. November. Niederlage Salar ed Daulehs durch Regierungstruppen.

22. November 1911.

Eine Zurechtstellung ist an die Spitze meiner Ausführungen zu stellen. Der Gewährsmann, auf dessen Autorität ich sagte, daß die Rede Lloyd Georges nach Verabredung mit Sir Edward Grey ohne Wissen von Mr. Asquith gehalten worden sei, schreibt mir, es läge ein Mißverständnis meinerseits vor.

„Asquith und Grey haben beide Georges Rede gesehen, aber ich bezweifele, daß sie die Wirkung voraussahen oder daß der Redner selbst es getan hätte. Asquiths Überraschung war, daß einige seiner leitenden Kollegen sofort protestierten. Der entscheidende Punkt bleibt aber, daß Lloyd Georges Rede nicht eine Äußerung des Kabinetts war."

Dagegen behauptet der Londoner Korrespondent der „Birmingham Daily Post" vom 17. November mit größter Bestimmtheit, Lloyd George habe gesprochen auf Wunsch des Kabinetts „acting by the cabinets desire as their mouthpiece of warning" und er fügt hinzu, daß das deutsche Auswärtige Amt dem englischen deutlich zu verstehen gegeben hätte (distinctly suggested), daß Mr. Lloyd George des Amtes zu entheben sei, wie es vor sechs Jahren in Frankreich mit Delcassé geschehen war. Daß die englische Regierung natürlich jede dahin zielende Andeutung zurückwies, habe dann wesentlich zu der gereizten Stimmung beigetragen, die darauf folgte. Offenbar spielt hier die Phantasie mehr mit als wirkliche Kenntnis der Tatsache. Was unser Botschafter in London beauftragt worden ist, Sir Edward Grey mitzuteilen, entzieht sich zunächst der Öffentlichkeit, wird ihr aber auf die Dauer nicht fremd bleiben und wohl den Beweis erbringen, daß unsererseits alles geschehen ist, was notwendig war, aber auch nicht mehr. Inzwischen

sind dann die Indiskretionen des unionistischen Parlamentsmitgliedes Kapitän Faber erfolgt, die uns zu dem einen sicheren und höchst bedeutsamen Ergebnis führen, daß wir allerdings einem gegen uns gerichteten Kriegsbündnis, nicht einer bloßen Entente Englands und Frankreichs gegenüberstehen, mit ihm zu rechnen haben und danach unsere Maßregeln treffen müssen, die militärischen zu Wasser und zu Lande und, was nicht scharf genug betont werden kann, auch die finanziellen. Die Tatsache ist um so erstaunlicher und ungeheuerlicher, als zwischen uns und England keinerlei reale Interessengegensätze bestehen und England sich zum Werkzeug französischer Revanchegelüste gemacht hat. Es hat noch vor diesen Faberschen Erklärungen in der englischen Presse eine Diskussion stattgefunden, die das Wesen dieser Frage trifft und die es nützlich sein wird, unseren Lesern vorzuführen. Sie begann mit einem Schreiben Herrn G. Stoffers aus Düsseldorf an den „Daily Chronicle" vom 17. November. Herr Stoffers ist ein Freund Englands und hat seit Jahr und Tag, wie er versichert und wie ihm der „Daily Chronicle" bestätigt, darauf hingearbeitet, eine Verständigung zwischen Deutschland und England zu fördern. Die jüngsten Ereignisse, schreibt er, hätten jedoch das Tafeltuch zwischen beiden Völkern auf mindestens 20 Jahre zerschnitten. Wie ist es, fragt er, zu diesem beklagenswerten Zustande gekommen?

Mit außerordentlicher Schärfe weist Stoffers, an diese Frage anknüpfend, den Anspruch Englands zurück, wegen der Sendung des „Panther" nach Agadir zu einer drohenden Haltung gegen Deutschland berechtigt zu sein, wie es Asquith durch seine Rede im Unterhause und danach Lloyd George getan haben. Befreundete Parlamentsmitglieder hätten ihm gesagt, daß die Erregung Englands sich durch die Befürchtung erkläre, daß Deutschland aus Agadir eine Kohlenstation machen könne. Nun habe England gewiß kein Recht gehabt, das zu verwehren.

„Fühlt Ihr denn nicht, daß es unser Blut in Wallung bringen muß, wenn, sobald wir uns bemühen, etwas von den elenden Resten zu gewinnen, die Ihr nachgelassen habt, uns ein hysterisches ‚hands off" von Euch zugeschrien wird."

Die so entstandene Entfremdung sei nicht mehr gut zu machen!

Mr. J. Campton Rickett hat diese Zuschrift vom englischen Standpunkt aus mit erstaunlicher Naivetät beantwortet. Wie alle englischen

Angriffe, die uns zu Gesicht gekommen sind, geht er nicht von Schädigungen aus, die England durch Deutschland erlitten hätte, sondern von Zukunftsmöglichkeiten. Die neue deutsche Flotte ängstigt ihn, weil sie gefährlich werden könnte, und deshalb werde die Entfremdung dauern, wenn diese Flotte in gleichem Maßstabe wie bisher weiter wachse. Es sei nur ein Vorwand, wenn Deutschland die Beschützung seiner Kolonien und seines Handels als Grund seiner Rüstungen angebe. Eine Schlachtflotte könne es doch nicht über See senden, da es ihm an Kohlenstationen fehle, in der Nord- und Ostsee aber sei unsere Flotte eine Drohung, bestimmt die deutsche Weltpolitik zu stützen. An eine Absicht Deutschlands, England anzugreifen, glaube zwar kein Mensch mit gesunden Sinnen, wohl aber daran, daß Deutschland sich mit der Absicht trage, Belgien, Holland oder Dänemark in die deutsche Föderation hineinzuzwingen und sich der Kolonien dieser Staaten zu bemächtigen, was England um der Erhaltung des Gleichgewichts in Asien und Afrika unmöglich dulden könne. Nun lasse sich zwar nicht bestreiten, daß ein souveräner Staat das Recht habe, seine Flotte nach Belieben auszubauen, für England aber sei das maritime Übergewicht eine Frage von Leben oder Sterben. Schon sei infolge der deutschen Rüstungen England genötigt worden, eine Macht zu entwickeln, wie nie vorher im Verlauf der Geschichte. Da nun von größter Wichtigkeit sei, daß Deutschland seine Nachbarn nicht zu Vasallen mache, sei England zu Kontinentalallianzen gezwungen worden, und jede Regierung, die von dieser Politik abweiche, würde sich einer Pflichtverletzung schuldig machen. Der Schluß lautet so: „Kein Freund und Bewunderer Deutschlands wird dies ohne Bedauern lesen können. Es ist jedoch nutzlos, auf Plattituden zurückzugreifen und Abrüstungen vorzuschlagen. Wir leben in einer imperialistischen Periode, und unsere mindeste Pflicht ist, das Erbteil unserer Besitzungen zu wahren..... Die Entwicklungsphase der menschlichen Gesellschaft, in der wir stehen, muß getragen werden, bis Zeit und Verhältnisse zu höheren Idealen führen."

Die zweite Zuschrift ist E. D. Morel gezeichnet. Da sie unsere eigene Ansicht wiedergibt, setzen wir sie wortgetreu her:

„Die inhaltliche Richtigkeit von Stoffers Brief ist nicht zu bestreiten. Nur können wir die Lage weit schärfer fassen, als er es getan hat. Am 7. April 1906 wurde Großbritannien in Algeciras Partner eines Vertrages über die Integrität und Unabhängigkeit Marokkos.

In den folgenden Jahren besetzte Frankreich marokkanische Territorien, bombardierte marokkanische Städte und schickte schließlich 30 000 Soldaten nach Fez. England erhob keinen Protest. Die britische Regierung ging so weit, den Marsch nach Fez zu billigen, ganz wie sie jetzt stillschweigend die Okkupation Nordpersiens durch Rußland deckt — obgleich die Korrespondenten französischer Zeitungen, welche die Expeditionstruppen begleiteten, als sie in Fez eintrafen, zugaben, daß die europäische Bevölkerung niemals gefährdet gewesen sei, noch die Stadt selbst einer Hilfeleistung bedürftig war.

Spanien beantwortete die Verletzung der Algecirasakte, indem es sie ebenfalls durchbrach, marokkanisches Territorium okkupierte und die Untertanen des Sultans bekriegte. England protestierte nicht.

Als aber Deutschland, das während der ganzen Periode zwischen 1907 und 1911 bemüht war, der Vollendung eines französischen Protektorats, das die Akte von Algeciras verletzte, entgegenzuwirken, und weder vorherige Garantien für die offene Tür noch anderweitige Kompensationen erhalten hatte, ein Kriegsschiff nach Agadir schickte, ohne auch nur einen Mann zu landen oder eine Elle Landes zu besetzen, da denunzierten wir es als internationalen Straßenräuber, warfen ihm vor, es habe die marokkanische Frage wieder eröffnet, den europäischen Frieden gefährdet und so fort.

Und von diesem Tage ab ist die allgemeine Haltung Englands gegen Deutschland im Streit darüber von unabläßiger und in vielen Fällen heftiger Parteilichkeit gewesen, die auf schlechte Kenntnis zurückging.

Wir sind nicht nur „unfair" gegen Deutschland gewesen, wir sind auch weit über jedes Abkommen zwischen uns und Frankreich hinausgegangen. Besteht ein geheimes Abkommen, welches unser Vaterland bindet, seine Diplomatie, und äußersten Falles seine Seemacht zur Verfügung der finanziellen und militärischen Einflüsse zu stellen, welche die französischen Minister nach Fez geführt haben? Die Existenz eines solchen Vertrages ist bestritten worden. Aber in dieser Woche hat der „Temps" mit Bestimmtheit den Charakter von zwei Artikeln angezeigt, und es ist keinerlei Widerspruch erfolgt. In voriger Woche hat der „Matin" den Text des französisch-spanischen Geheimvertrages veröffentlicht, dessen Mitkontrahent, wie der „Temps" erklärt, Großbritannien ist. Dieser Vertrag faßte die Teilung Marokkos ins

Auge, während Frankreich vor aller Welt als der Hüter der Selbständigkeit Marokkos posierte!

Das britische Volk ist wesentlich ein gerecht gesinntes (fair-minded) Volk und Herrn Stoffers Brief ist ein Dokument, das mächtig an das Gerechtigkeitsgefühl und an den gesunden Menschenverstand appelliert."

Ob nun dieser Appell und noch mehr die vortrefflichen Ausführungen Morels einen Widerhall finden werden, ist mindestens zweifelhaft, wenn man die Ausführungen Compton Ricketts als den Ausdruck der Meinung des wohlgesinnten Durchschnittsengländers gelten läßt. Sie sind in ihrer Naivetät unübertrefflich und lassen nur den einen Schluß zu, daß wir allerdings mit der offenkundigen Feindseligkeit Englands zu rechnen haben, und daß es uns, um nur eines anzuführen, die ganz unerläßliche Erwerbung von Kohlenstationen prinzipiell unmöglich zu machen entschlossen ist. Daß eine solche Haltung auf die Dauer den europäischen Frieden gefährden muß, liegt auf der Hand. Man müßte ja wie ein Blinder dem Gang der europäischen wie der Weltpolitik gegenüberstehen, wenn man bei uns nicht bemerken wollte, daß wir in allen politischen Fragen mit den kombinierten Nadelstichen Englands, Frankreichs und Rußlands zu rechnen haben, denen sich in der orientalischen Frage meist auch Italien anzuschließen pflegte.

Wenn uns heute gesagt wird, kein Mensch mit gesundem Verstande glaube an eine Absicht Deutschlands, sich auf Kosten Englands zu vergrößern, so heißt das bei uns ein kurzes Gedächtnis voraussetzen. Es ist nicht so lange her, daß ganz England die genau entgegengesetzte Ansicht vertrat, und auch jetzt geht kaum ein Tag hin, der nicht ähnliche Verdächtigungen brächte. Ganz ebenso töricht ist aber der Hinweis auf Belgien, Holland oder Dänemark. Der handelspolitische Gegner Englands ist Amerika, der Gegner, der die Weltstellung Englands gefährdet, ist Japan, nicht Deutschland. Darüber wird sich auch kein Engländer täuschen, der den Mut hat, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen.

Was aber das Bündnis Englands mit Frankreich betrifft, das wir jetzt als politische und militärische Tatsache akzeptieren — während bisher vor der Öffentlichkeit nur von den allbekannten Vereinbarungen von 1904, Delcasséschen Ursprungs, und einer „Entente" die Rede war, so muß es uns natürlich beide Mächte als eine politische und militärische

Einheit erscheinen lassen, und damit wird unter allen Umständen zu rechnen und danach zu handeln sein.

Zunächst aber wollen wir nicht glauben, daß jetzt, da faktisch die Gleichung Marokko=Ägypten gelöst ist, diese Kombination mit der gegen uns gerichteten Spitze, noch ferner im Interesse Englands liegen könnte. Auch ist es ein offenes Geheimnis, daß diese Politik in England selbst, bis in das Kabinett hinein, entschiedene Gegner hat. Waverley schreibt im „Eclair" vom englischen Standpunkte aus:

„Wir stehen vor einem Scheidewege. In einem wichtigen Teile des Landes, des Parlaments, der Regierung, macht sich eine merkliche Neigung zu einer Annäherung an Deutschland geltend. Die Meinungsverschiedenheiten sind bekannt, und jeder weiß die Namen der „pro" und der „anti". Wenn anderseits die Vereinigten Staaten, nachdem sie, wie es einer Großmacht geziemt, geschworen haben, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten Chinas einmischen würden, sich nunmehr beeilen sollten, dort Truppen auszuschiffen, so stehen wir vor einem neuen internationalen Wirrwarr, der offenbar gerade noch fehlte."

Alles erwogen wird hoffentlich unsere öffentliche Meinung sich zu der Erkenntnis durchringen, daß die Entsendung des „Panther" nach Agadir unter diesen Umständen ein kühner Schritt war, und daß es eine kluge und vorsichtig geführte Politik war, die uns einen nicht notwendigen Krieg erspart und eine zukunftsreiche Kolonie erworben hat.

Am Montag soll Sir Edward Grey über die Zusammenhänge der großen Politik reden. Es ist eine ungeheure Verantwortung, die an dieser Rede hängt. Sie wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf Jahre hinaus über das Verhältnis zwischen Deutschland und England entscheiden. Trotz aller Erbitterung, welche das Verhalten Englands während der letzten Krisis hervorgerufen hat, wünschen wir eine *Verständigung*, wenn es auch nur eine Busineßverständigung sein sollte. Viel mehr würde ein Zusammengehen beider Nationen in den Fragen großer Politik bedeuten. Vereint sind sie ein Faktor nicht nur von unermeßlicher Macht, sondern auch von durchgreifender moralischer Stärke. Getrennt können sie sich gegenseitig lähmen in ihren Interessen, schädigen in ihrem wirtschaftlichen Gedeihen, aber nicht vernichten. Sie können ganz Europa und würden wahrscheinlich die ganze Welt in ein blutiges Schlachtfeld verwandeln und damit Raum schaffen für feindselige Elemente, die ihrer Stunde harren. Das alles wartet der Entscheidung.

Über Deutschlands Entschluß, einen ihm aufgenötigten Kampf auch auszufechten bis ans Ende, täusche man sich nicht. Unser Volk steht in dieser Hinsicht fest zusammen, fester wahrscheinlich als jedes andere. Aber es sucht den Konflikt nicht. Wir haben an dieser Stelle lauter, als sonst geschehen ist, für die englisch-deutsche Verständigung geredet, nun warten wir auf den Widerhall.

Die Entwicklung, welche die chinesische Revolution nimmt, droht in eine Einmischung des Auslandes auszumünden. Nachrichten aus San Francisco melden, daß die amerikanische Flotte mobilisiert wird und des Befehls gewärtig ist, nach China zu dampfen. Die amerikanischen Bürger im Innern Chinas haben Befehl erhalten, sich in die Hafenstädte zu begeben. Gleichzeitig läuft die Nachricht ein, daß japanische Truppen in Tschefu gelandet sind, und die russische Presse läßt es nicht zweifelhaft erscheinen, daß eine Aktion in der Mongolei und wahrscheinlich auch in der nördlichen Mandschurei vorbereitet wird. Die Stellung Juanschikais zeigt ihn uns vorläufig an der Seite des Regenten, aber das Schicksal der Dynastie ruht in seinen Händen, und wir möchten eine Bürgschaft für das weitere Verhalten des verschlagenen und herrschbegierigen Mannes nicht übernehmen. Auch steht noch keineswegs fest, ob die Truppen der Regierung des Aufstandes Herr werden können. Eine Schlacht zwischen Tschingkiang und Nanking wird erwartet. Aber es sind verhältnismäßig kleine Heere, die einander gegenüberstehen, und es fragt sich, ob selbst eine Niederlage der Rebellen eine Entscheidung bringen kann. Voraussichtlich werden finanzielle Fragen eine Rolle spielen. Wo der kleine Kaiser sich aufhält, ist ungewiß, da die Berichte sich widersprechen. Unter allen Umständen drohen Verwicklungen, welche internationale Interessen in Mitleidenschaft ziehen müssen.

Im nahen Orient ist eine Art Stillstand eingetreten, den die mit großen Niederschlägen einsetzende Regenzeit in Tripolis beiden Parteien aufgenötigt hat. Auch von der italienischen Flotte verlautet nichts. Jedenfalls hat sie Operationen von großer Tragweite noch nicht ausgeführt. Von Rom wie von Konstantinopel kommt die Versicherung, daß weder von einer Vermittlung noch vom Abschluß eines Waffenstillstandes die Rede sein könne. Die Pforte hat den heiligen Krieg noch nicht erklärt, aber gerade die Araber, die bisher der Türkei soviel zu schaffen gemacht haben, drängen heute darauf, wie denn in der

Tat die Versöhnung von Türken und Arabern ein Ereignis von großer Tragweite werden kann.

Der Widerhall, den der tripolitanische Krieg in Tunis gefunden hat, macht in Frankreich doch ernste Sorgen. Es wird in der Presse offen zugestanden, daß der Haß der Araber gegen die europäischen Herren noch in alter Stärke lebendig ist, und man beeilt sich, Truppen nach Tunis zu werfen.

„Wären die Unruhen in mehreren Städten der Regentschaft ausgebrochen," schreiben die „Débats", „und nicht nur in Tunis, so wäre es uns materiell unmöglich gewesen, sie zu unterdrücken."

Ein Bekenntnis, das gewiß zu denken gibt.

Das Charakteristische der Entwicklung, welche die persischen Angelegenheiten genommen haben, liegt wohl darin, daß Rußland jetzt keinen Anstand nimmt, offen für Mohammed Ali Partei zu ergreifen und daß England in allen zwischen Rußland und Persien strittigen Fragen zu Rußland steht. Das haben Morgan Shuster, Major Stokes und Lecoffre erfahren müssen, als sie bemüht waren, im Verein mit der reformierten persischen Regierung eine Verwaltung des Finanzwesens durchzuführen, von der sich hoffen ließ, daß sie dem Staat zu neuem Leben verhelfen werde. Als Mohammed Ali den Versuch machte, den Thron zurückzugewinnen, ist er — wie jetzt feststeht — von Rußland mit kaum verhüllter Sympathie gefördert und unterstützt worden, heute wird kaum noch bestritten, daß der aufgebauschte Streit über die angebliche Beleidigung russischer Beamten dahin ausgenutzt werden soll, den Schah nach Teheran zurückzuführen und durch ihn die Okkupation der Gebiete legalisieren zu lassen, die Rußland entschlossen ist, sich zu eigen zu machen. Da vor der russischen Aktion bereits das Einrücken indischer Truppen in Südpersien angekündigt wurde, handelt es sich um ein vereinbartes Vorgehen, welches die Interessensphären beider Mächte in russische bzw. englische Provinzen verwandeln kann. Nun hat Mohammed Ali während seiner kurzen Regierung zur Genüge bewiesen, daß er zu den schlimmsten Typen orientalischer Tyrannen gehört. Es ist nicht denkbar, daß das konstitutionelle Persien sich seine Wiedereinsetzung geduldig gefallen lassen wird. Neue Wirren stehen demnach bevor, und in ihrem Verlauf wird auch die neutrale Zone, die als Puffergebiet zwischen dem russischen und dem englischen Persien liegt, den Schein von Selbständigkeit verlieren müssen, den

man ihr zu lassen vielleicht noch für einige Jahre vorteilhaft finden wird. Uns gehen diese Dinge ja direkt nicht an. Politische Interessen haben wir in Persien nicht zu vertreten, aber das ganze System dieser Politik beleidigt unser sittliches Bewußtsein. Unter dem Vorwande, für Recht und Gerechtigkeit die Stätte zu bereiten, drängen Gewalt und Willkür vor; ein System raffinierter Künste hält die Zwietracht im Lande aufrecht und macht jeden Versuch zuschanden, der dahin geht, eine wirksame und wahrhafte Regierung zu konstituieren. Der Regent, der anfänglich nicht genug wegen seiner persönlichen Eigenschaften von Rußland wie von England gerühmt werden konnte und der sich der Unterstützung beider Mächte versichert glaubte, hatte unzweifelhaft die besten Absichten: sie wurden durch den Bürgerkrieg, der die notwendige Folge der Rückkehr Mohammed Alis war, gelähmt und schließlich völlig zuschanden gemacht. Daß er von seiner Stellung zurücktrat, war ein Akt der Verzweiflung. „Persien", schreibt die „Nowoje Wremja", „existiert schon lange nicht mehr als Staat". Das halboffizielle Blatt will jetzt Morgan Shuster die Schuld für alles Unheil zuweisen und wittert in ihm den amerikanischen Feind, der auch im fernen Osten zurzeit für den gefährlichsten Gegner der russischen Politik gehalten wird. In Persien handelt es sich um die Verwirklichung eines alten Zieles russischer Politik, deren Anfänge bis in die Tage Peters des Großen zurückreichen, die Alexander I. und Nikolaus I. mit Energie wieder aufnahmen, die bisher aber stets daran scheiterte, daß England den Russen in den Weg trat. Sir Edward Grey hat sich nun nach Abschluß des Abkommens im Dezember dahin ausgesprochen, daß der Vorteil Englands darin liege, daß Rußland auf ein Vordringen nach Südpersien verzichte, und dabei angedeutet, daß dieser Vertrag nicht für ewige Zeiten abgeschlossen sei, was die „Westminster Gazette" dahin kommentierte, daß der Vertrag durch die Zeit erprobt werden müsse, daß er aber schon jetzt den Vorteil bringe, die drohende Umgehung der englischen Verteidigungspositionen an der Nordwestgrenze Indiens durch strategische Eisenbahnen auszuschließen. Aus der geplanten russisch-englischen Bahn nach Indien wird danach also nichts werden, trotz aller Anläufe, die russischerseits gemacht worden sind, um die englischen Kapitalisten für das Projekt zu gewinnen.

Bisher sind 4000 Mann russischer Truppen aller drei Waffen mit Maschinengewehren zum Einrücken in Persien bestimmt. Sie sollen zu-

nächst nach Kaswin dirigiert werden, und nichts ist unwahrscheinlicher, als daß sie in absehbarer Zeit zurückgezogen werden. Einen tragikomischen Ausgang wird wohl Herr Morgan Shuster nehmen, und es wird interessant sein, zu beobachten, wie man ihn hinausmanövrieren wird.

Eine große politische Aktion scheint sich in den Vereinigten Staaten vorzubereiten. Roosevelt hat seine Kampagne um die Präsidentschaft wieder aufgenommen. Zwischen ihm und Taft scheint nunmehr der Bruch endgültig vollzogen zu sein. Das jüngste Heft des „Outlook" ist in dieser Hinsicht besonders lehrreich. Es zeigt uns Roosevelt nicht nur als entschlossenen Gegner der Taftschen Schiedsverträge und als leidenschaftlichen Vertreter einer Macht- und Aktionspolitik, sondern zugleich im Bündnis mit dem Stahltrust und, was wohl noch wichtiger ist, mit der mächtigen Organisation der amerikanisch-katholischen Kirche, die mit ihren 18 Millionen Bekennern wahrscheinlich bei den nächsten Wahlen eine sehr bedeutsame Rolle spielen wird. Kardinal Gibbons hat die Führung in Händen, und der „Outlook" bringt eine emphatische Anpreisung der segensreichen Aufgabe, welche ihm in der amerikanischen Demokratie zugefallen sei. Auf diese Entwicklung hat bereits Ranke in seiner Geschichte der Päpste hingewiesen.

22. November 1911. Persien fügt sich einem russischen Ultimatum.
General Li wird zum Präsidenten der revolutionären Regierung der 18 aufständischen Provinzen Südchinas gewählt.
23. November. Tod des ehemaligen japanischen Ministers des Auswärtigen Komura.
24. November. Veröffentlichung des englisch-französischen Geheimvertrages von 1904.
27. November. Friedensschluß zwischen Kabylen und Spaniern.
Rede Sir Edward Greys über die Marokkofrage.
27. November. Eid des chinesischen Prinzregenten auf die Verfassung.
28. November. Der Kreuzer „Berlin" verläßt Agadir.

29. November 1911.

Am 24. November ist den Mitgliedern des englischen Parlaments unter dem Titel „An open letter on foreign policy. 1904—1911" ein von E. D. M. und F. W. H., zwei angesehenen Politikern, gezeichnetes Schreiben zugegangen, das folgendermaßen lautet:

„Sir. Die Montagsdebatte über auswärtige Politik steht unmittelbar bevor. Ihre Folgen können sich auf Jahre hinaus fühlbar machen. Jedes verantwortliche Mitglied des Hauses der Gemeinen muß fühlen, daß die Lage eine neue Prüfung und einen neuen Ausgang verlangt. Es ist ja möglich, daß der Ausbruch eines Krieges nicht wahrscheinlich gewesen ist; denn die deutsche Regierung dachte nie an einen Einbruch in Frankreich und die kriegerischsten unserer Politiker dachten nie daran, an einer Invasion der Franzosen gegen Deutschland teilzunehmen. Trotzdem hat die Aktion unseres Auswärtigen Amtes uns nahe an einen offenen Streit mit Deutschland herangeführt. Und unsere Haltung wurde *ausschließlich* bestimmt durch angebliche Interessen Frankreichs, die in striktem Widerspruch standen zum Interesse des britischen Handels und britischer Unternehmungen. Welches nun immer die geringeren und größeren Interessen unserer auswärtigen Politik sein mögen, darin stimmen wir alle überein, daß der Eckstein unserer Politik das nationale Interesse sein soll, welches das höchste Gut der Mehrzahl unserer Mitbürger und Mitsteuerzahler ist. Um ihretwillen existiert das Foreign office..... Da die finanziellen Lasten und die politischen

Gefahren der letzten Jahre vornehmlich auf den Mangel an wahrhaftiger Information und an Kritik, wie sie der gesunde Menschenverstand übt, zurückzuführen sind, bitten wir Sie, sich die Grundstriche unserer auswärtigen Politik seit 1904, da die Verwicklungen begannen, von denen unser Vaterland eben erst befreit worden ist, ins Gedächtnis zurückzurufen.

Im April 1904 schlossen wir ein Abkommen mit Frankreich, das tatsächlich diesem Staat freie Hand in Marokko als Gegenleistung für gewisse Vorteile gewährte. Diesem Abkommen folgte ein französisch-spanischer Geheimvertrag, der unter gewissen Voraussetzungen die Teilung Marokkos vereinbarte. Deutschland war nicht offiziell vom englisch-französischen Abkommen unterrichtet worden, obgleich es schon lange Interessen in Marokko hatte und über dessen Zukunft in frühere Verhandlungen mit Frankreich getreten war. Deutschland nahm es sehr übel, so behandelt zu werden, „als ob es im Rat der Völker nicht von Belang wäre", und schritt ein, was schließlich zur Konferenz aller Mächte in Algeciras führte.

Dies war der erste Grenzstein der neuen Politik. Die Verhandlungen der Konferenz zu Algeciras im April 1906 „basierten" auf der Integrität Marokkos, der Unabhängigkeit des Sultans und der offenen Tür. Das einzige Mandat, das Frankreich und in gleicher Weise Spanien durch die Akte erhielten, war, daß französische und spanische Offiziere zur Organisation der Polizei des Sultans angestellt werden sollten. Bald danach begann Frankreich seine Vertragsverpflichtungen zu zerreißen. Es besetzte einen Distrikt Marokkos nach dem anderen, bombardierte Casablanca, tötete eine große Zahl von Mauren, behauptete die Okkupation und marschierte schließlich gegen die Hauptstadt Fez. Darüber waren die Jahre 1907 bis 1910 hingegangen. Deutschland bemühte sich vergeblich, von Frankreich bindende Bürgschaften für die Freiheit des Handels in Marokko und eine Kompensation an anderer Stelle für das sich rasch entwickelnde Protektorat Frankreichs zu erlangen. Da das mißlungen war, ließ es ein Kanonenboot vor Agadir Anker werfen, es wurden aber weder Mannschaften ans Land gesetzt, noch Territorien okkupiert. Aber dieses Vorgehen wurde in unmäßigen Ausdrücken von Zeitungen denunziert, die in Beziehung zum Foreign Office standen (das die französische Invasion marokkanischen Territoriums öffentlich unterstützt

hatte), und es folgte danach Sir Edward Greys Unterredung mit dem deutschen Botschafter und die Rede Lloyd Georges. Wir hatten den Franzosen gestattet, die Akte von Algeciras zu verletzen und nicht protestiert; sobald aber Deutschland Schritte tat, um zu schützen, was es als legitimes Interesse betrachtete, nahm unser Foreign Office eine Haltung ausgesprochener Feindseligkeit an.

Dies war der zweite Grenzstein. Offenbar ist unsere Politik zu einem allgemeinen System diplomatischer Unterstützung Frankreichs und diplomatischer Gegnerschaft gegen Deutschland so weit geführt worden, daß selbst britische Interessen deshalb geopfert werden. Unsere diplomatische Maschinerie, und in letzter Instanz unsere Seemacht, sind ersichtlich zu direkt unter französische Einflüsse gestellt worden, deren Tätigkeit, wie in Madagaskar, Tunis und in dem französischen Kongo, dem britischen Handel direkt feindselig ist und die darauf hinzielen, uns Deutschland zu entfremden, dessen ökonomische Bestrebungen sich den unsrigen weit enger anschließen.

In derselben Weise haben unsere Beziehungen zu Rußland, wie es scheint, dahin geführt, daß das Abkommen vom August 1907, in welchem beide Teile sich verpflichtet hatten, Integrität und Unabhängigkeit Persiens zu wahren, ein Werkzeug geworden ist, das den Russen die Absorbierung Nordpersiens gestattet.

Es ist schwer glaublich, daß die Unfähigkeit unserer Regierung, auf die Ereignisse in Tripolis und Persien einen Einfluß auszuüben, nicht auf unsere kontinentalen Verpflichtungen zurückgeht. Daraus folgt, daß Allianzen, ja sogar Abkommen politischer Natur mit Kontinentalmächten, die uns zu Schritten nötigen können, die im gegebenen Augenblick gegen unsere nationalen Interessen sind, vermieden werden sollten. Das verhältnismäßige Risiko, das mit völliger Aktionsfreiheit verbunden ist, kann nicht mit den positiven Gefahren verglichen werden, die in Kontrakten liegen, welche uns an kontinentale Streitigkeiten fesseln. Die ungeheure Häufung moderner Rüstungen, die Voraussetzungen, unter denen ein moderner Krieg gewagt werden müßte, das Mitspielen ökonomischer und finanzieller Kräfte, das Wachstum der modernen Arbeiterbewegung, das alles wirkt dahin, Formeln unbrauchbar zu machen, die in einer hinter uns liegenden Periode hoch angesehen waren. Die Balanzierung des europäischen Gleichgewichts als Funda-

ment der britischen Politik hat mit der modernen Welt und ihren Realitäten nichts gemein.

Betrachten wir vom Standpunkte des britischen Interesses diese Politik für arm und reich. In drei Jahren diplomatischer Friktionen mit Deutschland sind unsere Ausgaben für die Flotte allein um 12 Mill. Lstr. gestiegen. Wäre diese Summe durch einige wenige Jahre für unsere Städte verwendet worden, so hätte man alle Spelunken in England, Schottland, Irland und Wales beseitigen können. Alle sozialen Projekte, die das geschäftige Hirn des Schatzkanzlers bedrücken, hätten finanziert werden können. Man nehme von zwei Dingen eines an: 1. eine freundschaftliche, rein geschäftliche Verständigung mit Deutschland, die es uns möglich macht, diese 12 Millionen wieder einzubringen, oder 2. fortgesetztes Mißverstehen, das uns eine neue Bürde von 12 Mill. auferlegt und dazu zwei oder drei neue Invasionspaniken bringen würde. Die Differenz, 24 Millionen, kommt der Verzinsung der gesamten Nationalschuld gleich. Wenn es ein kritisches Gefühl, einen Anspruch auf Prestige, eine Liebhaberei für Balanzierung des Gleichgewichts der Mächte, einen sentimentalen Wunsch gibt, kleine Nationen zu zermalmen oder halbzivilisierte Stämme auszurotten, und das Gewicht dieser Gefühle, Wünsche und Ansprüche größer ist als das überwältigende Interesse, das erwähnt wurde, so werden Sie ohne Zweifel am Montag davon hören.

Mag nun unsere Beurteilung des Verlaufs der Ereignisse falsch oder richtig sein, so können doch nicht zwei divergierende Meinungen darüber bestehen, daß es notwendig ist, unsere auswärtige Politik zu revidieren. Wir wünschen, daß der Abschluß der französisch-deutschen Verhandlungen über Marokko und Äquitorialafrika auch der Abschluß eines Kapitels unserer auswärtigen Politik werde, das voller Gefahren für das nationale Interesse war. Unser Land ist hart bis zu einem Bruch mit Deutschland geführt worden, indem das geschah, was unsere Minister auf Grund des Abkommens von 1904 Frankreich gegenüber zu tun sich verpflichtet fühlten. Aber man darf wohl sagen, daß eine erleuchtete öffentliche Meinung diese Verpflichtung nie anerkannt hätte. Die Konvention, welche diesen Monat von Frankreich und Deutschland unterzeichnet ward, mag ja in der Tat Keime späterer Streitigkeiten zwischen diesen Mächten enthalten. Die offene Tür für den Handel in Äquatorialafrika mag zweifelhaft geblieben sein. Der geheime spanisch-

französische Vertrag mag zu bitteren Diskussionen, das Problem der Sicherung der Durchfahrt durch die Straße von Gibraltar zu Schwierigkeiten führen, aber selbst wenn das alles zutrifft, behaupten wir, daß unsere Auffassung dadurch nur gekräftigt wird. Wir behaupten, daß das Wesentlichste aller nationalen Interessen im gegenwärtigen Augenblick ein business understanding mit Deutschland ist. Welche Form diese Verständigung annehmen soll, ist nicht unsere Aufgabe zu bestimmen. Aber wir sagen, daß sie beruhen müßte auf offener Anerkennung der Tatsache, daß eine große Nation, die jährlich an Bevölkerung, an industriellem Fortschritt, an jeder Form edler menschlicher Tätigkeit wächst, legitime Bedürfnisse hat, daß sie von Jahr zu Jahr freieren Zugang und billigere (fair) Behandlung in den Märkten der Welt beanspruchen darf, um der fruchtbaren Anlage ihrer Kapitalien und dem Unternehmungsgeist ihrer Bürger Raum zu schaffen. Die positiven Vorteile für unser eigenes nationales Interesse infolge einer derartigen business Verständigung sind zahlreich. Wir haben auf einige derselben bereits hingewiesen. Wenn auch die fiskalische Politik Deutschlands und Englands in ihren heimischen Märkten einander nicht entsprechen, so behandelt Deutschland doch den britischen Kaufmann und den britischen Handel in seinen überseeischen Märkten auf dem Fuß der Gleichberechtigung mit dem eigenen Handel und den eigenen Kaufleuten. Deutschlands ökonomisches Interesse in aller Welt ist dem unsern ähnlich — offene Tür für den Handel. Eine Interessenverständigung (business understanding) mit Deutschland würde es beiden Nationen möglich machen, sich gegenseitig bei Verhandlungen mit anderen Mächten über deren Dependenzen in den unentwickelten Regionen der Welt zu unterstützen, sowie bei allen Diskussionen über Beseitigung oder Revision alter und Abschluß neuer Verträge mit europäischen, amerikanischen und asiatischen Staaten.

Wir hoffen, daß diese Gesichtspunkte ihre ernstliche Beachtung finden werden."

(Folgen die Unterschriften.)

Dieses Schreiben, das als ein Dokument zur Zeitgeschichte voll wiedergegeben ist, kann uns naturgemäß nichts über Tendenz und Inhalt der Rede sagen, die wahrscheinlich gerade jetzt Sir Edward Grey unter der gespannten Aufmerksamkeit des Unterhauses hält. Daß

ganz Europa und darüber hinaus alle Kulturvölker in gleicher Spannung der Nachrichten harren, die morgen in aller Händen sein werden, zeugt für die Bedeutung, die mit Recht der Entwicklung der deutsch-englischen Beziehungen beigemessen wird. Die Veröffentlichung der bisher sekretierten Punkte des Vertrages vom 8. April hat uns nichts wesentlich Neues gebracht. Worauf es ankommt, ist die, wie es scheint, zwischen England und Frankreich bestehende Konvention für den Kriegsfall kennen zu lernen und zu erfahren, ob Sir Edward Grey die Freiheit gelassen wird, stillschweigend an ihr vorüberzugehen, oder ob er genötigt wird, sich zu ihr zu bekennen, oder endlich, ob er Anlaß nimmt, sich von ihr loszusagen. Nur das letztere würde einen Wendepunkt in der europäischen Lage bedeuten und danach wird man bei uns die Programmrede des Ministers zu beurteilen haben. Sir Edward wird aber noch zu einem anderen, im Augenblick aktuellen Problem Stellung nehmen müssen. Rußland hat 4000 Mann in Enseli gelandet. Diese Truppen befinden sich zurzeit in Resch, und da die russische Regierung sich mit der Erfüllung der zuerst von ihr aufgestellten Bedingungen nicht zufrieden gibt, obgleich diese durch das vermittelnde Eingreifen Englands zustande kam, sondern neue Forderungen stellt, unter denen die der Entlassung Shusters und seiner Gehilfen besonders demütigend für die persische Regierung ist, erwartet man den Vormarsch der russischen Truppen nach Teheran. Was dann geschehen soll, ist völlig unerfindlich. Die Restituierung Mohammed Alis, die dem Programm der von der „Nowoje Wremja" geführten öffentlichen Meinung Rußlands meist entspräche, würde in England einen Sturm der Entrüstung erregen. Es bliebe also die Regentschaft Nasr el Mulks, der in England persona gratissima ist, aber das russische Wohlwollen völlig verloren hat und dem es unter allen Umständen schwer fallen wird, einen willigen Medschlis zu finden, da allmählich zu der hochgradigen nationalen Erregung eine religiöse zu treten beginnt. Endlich ist mit den Bachtiaren zu rechnen, die nach wie vor zu Mohammed Ali stehen. Wenn man nun bedenkt, daß König Georg gerade jetzt unmittelbar vor der Landung auf indischem Boden steht, und daß ihm und der englischen Regierung nichts mehr am Herzen liegt, als sich der Treue der islamischen Bevölkerung zu versichern, begreift man, welche Verlegenheit für England die russische Aktion in Persien bringen muß, die nicht mit Unrecht in direkten Zusammenhang mit der Sendung indischer Truppen nach Südpersien gesetzt wird.

Daß die Affäre Shuster Verwicklungen mit Amerika bringen könnte, ist völlig ausgeschlossen; man wird den Mann, ohne mit der Wimper zu zucken, fallen lassen, zumal er sich neuerdings durch Taktlosigkeiten stark kompromittiert hat.

Die russischen Stimmen zur Lage in Persien klingen für England keineswegs erbaulich: Es sei kein Zweifel, schreibt die „Nowoje Wremja", daß die Truppensendung nach Persien die russophoben Kreise erregen werde; an den festen Entschlüssen der persischen Politik Rußlands könne sich aber deshalb nichts ändern. Indien werde durch das, was in Persien geschehe, nicht berührt, wohl aber der Kaukasus; und während England in Nordpersien keinerlei Interessen habe, sei dies Gebiet nicht nur durch kommerzielle, sondern direkt durch politische Interessen mit Rußland verbunden. Die revolutionäre Anarchie in Persien habe anarchische Bewegungen im Kaukasus zur Folge, und ebenso rufe die Knechtung der Armenier Persiens eine revolutionäre Verschwörertätigkeit unter den russischen Armeniern hervor; endlich führe die Schwäche der persischen Verwaltung dazu, daß persische Räuber die russischen Grenzen belästigen. Rußland sei daher unendlich viel mehr an Persien interessiert als England und müsse in Teheran aktiver vorgehen. Die realen Interessen Englands würden durch das Einrücken russischer Truppen nicht verletzt, und ebenso nicht die Bestimmungen des russisch-englischen Abkommens. „Dieses Abkommen hat bisher", so schreibt die „Nowoje Wremja", „einen mehr theoretischen Charakter getragen, nicht einen geschäftlichen. Über seine Lebensfähigkeit wird man danach urteilen können, wie es diese ernste Probe besteht." Es kann kaum zweifelhaft sein, daß diese allerdings ernste Probe darin ausmünden wird, daß England mit einer Verbeugung die Annexion Nordpersiens anerkennen wird. Denn wie die englische Kontinentalpolitik in Abhängigkeit von dem französischen Chauvinismus steht, so steht die asiatische Politik Englands in Abhängigkeit von den säkularen Plänen Rußlands. Zu diesen hat aber die Vasallenschaft Persiens von jeher gehört.

Übrigens muß man annehmen, daß Grey im Unterhause seiner Majorität sicher ist. In den Fragen auswärtiger Politik aus prinzipiellen Gründen ein Ministerium fallen zu lassen, ist gegen alle Traditionen englischer Staatskunst. Man duldet die Opposition, läßt ihr aber nicht die Entscheidung.

In den italienisch-türkischen Beziehungen sind

keine wesentlichen Änderungen eingetreten; auf tripolitanischem Boden wird mit wechselndem Erfolge gekämpft und an ein Vordringen der Italiener in das Innere des Landes ist noch lange nicht zu denken. Sie suchen daher an anderen Punkten verwundbare Stellen des Gegners zu finden. Die Aktion im Roten Meer, die durch die Fahrt König Georgs unterbrochen werden mußte, hat zu greifbaren Resultaten nicht geführt; eine Besetzung der Inseln des Ägäischen Meeres erschien, obgleich zeitweilig daran gedacht wurde, schließlich zwecklos, die Beschießung der Hafenstädte der Levante mußte aufgegeben werden, weil sie mehr europäische als türkische Interessen geschädigt hätte. So tauchte der Gedanke auf, die Dardanellen zu blockieren. Aber Rußland verwies auf den Artikel 3 des Londoner Traktats vom 13. März 1871, der ausdrücklich sagt, „das Schwarze Meer bleibt wie bisher für die Handelsmarine aller Mächte offen". Da auch im Protokoll der Konferenz keinerlei Vorbehalte gemacht sind und der Artikel in obiger Fassung einstimmig und ohne Diskussion angenommen worden ist, kann nicht zweifelhaft sein, daß Rußland mit seinem Widerspruch recht hat. Auch haben die anderen Mächte sich der russischen Auffassung angeschlossen. Nun heißt es jetzt, daß Italien die Dardanellen forcieren und mit seiner Flotte vor Konstantinopel erscheinen werde, um die Unterzeichnung des Friedenstraktats zu erzwingen. Es ist aber zweifelhaft, ob dieser Gedanke im Hinblick auf die starke Armierung der Dardanellen ausführbar ist, und ob nicht, trotz aller Vorbereitungen Italiens zum Auffischen oder Zerstören der Minen, das Risiko des Unternehmens allzu groß ist. Zunächst ist die Aussicht auf baldigen Abschluß des Krieges noch außerordentlich gering, da auf beiden Seiten die Stimmung gegen jede Konzession ist.

Dasselbe gilt von dem Kampf der Mandschudynastie mit den aufständischen Provinzen Chinas. Die Erfolge der Truppen der Regierung an einem Punkte werden durch Erfolge der Rebellen an anderer Stelle aufgewogen. Juanschikai hat noch immer nicht sein letztes Wort gesprochen und die Lage kompliziert sich dadurch, daß der tief in der Seele des Volkes ruhende Fremdenhaß sich in den Vordergrund drängt und bereits zu Ausschreitungen und Gewalttaten geführt hat, die ein Eingreifen zum Schutz der Europäer notwendig machen können. Auch tritt immer mehr die Neigung Japans zutage, sich die Gelegenheit zu einer Intervention nicht entgehen zu lassen. Die Gesandten in Peking

verlangen Verstärkungen ihrer Schutzmannschaften, Rußland hat bereits ansehnliche Entschädigungen für Verluste verlangt, die russische Untertanen betroffen haben, und so häuft sich der Zündstoff nach allen Richtungen hin. Die gesamte Flotte des Jangtsekiang ist zu den Revolutionären übergegangen, die jetzt 8 Kreuzer, 12 Flußkanonenboote, 6 Torpedoboote und einen Torpedojäger zur Verfügung haben. In der Mandschurei hat sich die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Chinesen militärisch organisiert, während eine Depesche, die vom 21. September datiert ist, dem Staatssekretär für Indien in London mitteilt, daß China seit einigen Jahren eine ungewöhnliche Tätigkeit an den indischen Grenzen entfalte und Ansprüche auf Souveränität über Nepal und Butan erhebe, auch Tibet faktisch okkupiert habe. Die wegen Ermordung eines Mr. Williamson gegen die Abors im Himalaja in Bewegung gesetzte Strafexpedition ist zugleich bestimmt, all die Streitfragen zu klären, deren eben gedacht war, was in seinen Konsequenzen wohl dahin führen könnte, daß die nationalchinesische Bewegung noch an Intensität gewinnt. Die Russen haben ganz recht, wenn sie in der Tatsache, daß China erwacht sei und nicht mehr in den Halbschlaf früherer Jahrhunderte zurückfallen könne, die eigentliche Gefahr der Zukunft erblicken. Wenn jene ungeheuren Massen sich in Bewegung setzen, könnten Nord- und Zentralasien eine neue Völkerwanderung erleben.

Nachwort. Die Rede Sir Edward Greys liegt jetzt vollständig vor. Sie hat keine der Erwartungen und Hoffnungen erfüllt, welche der „offene Brief über auswärtige Politik", den wir an die Spitze unserer Darlegungen stellten, erwecken konnte. Das tritt namentlich mit außerordentlicher Schärfe in den Ausführungen zutage, die auf den historischen Teil der Rede folgen. England ist entschlossen, bei seiner bisherigen Politik zu beharren, d. h. bei der Form seines politischen Zusammengehens mit Frankreich und Rußland, auf welche die Unsicherheit der Weltlage zurückzuführen ist. Die Versicherung, daß es weiter keine Geheimverträge zwischen England und Frankreich gebe, ändert nichts an der Tatsache, daß in der politischen Vorstellung beider Länder die bestehende Verbindung als ein Offensiv- und Defensivbündnis betrachtet wird, sobald es sich um Deutschland handelt: zu dieser Auffassung hat sich das „Journal des Débats" noch am 27. November bekannt. Dabei wehte durch den gesamten Inhalt der Rede Greys ein Geist

kühlen Mißtrauens, der natürlich nicht als Widerhall Vertrauen auf deutscher Seite erwecken kann. Auch gegen den historischen Teil der Ausführungen Greys lassen sich begründete Einwendungen erheben, die wohl von autorisierter Seite zur Geltung gebracht werden dürften. Jedenfalls hat Sir Edward Grey es verstanden, den status quo ante voll aufrechtzuerhalten, und das ist nichts weniger als erfreulich.

30. Nov. Rücktritt des österreichischen Generalstabschefs Konrad von Hötzendorf.
Zweites Ultimatum Rußlands an Persien.
1. Dez. Stillstand zwischen Regierungstruppen und Rebellen in China.
4. Dez. Eröffnung der 1. Session des 32. amerikanischen Kongresses zu Washington.
Eroberung der Oase Ain Zara durch die Italiener.
5. Dez. Schließung des deutschen Reichstages.

---

6. Dezember 1911.

Es ist begreiflich, daß die mit der Revolution in China aufgetauchten Fragen von Rußland mit großer Sorge verfolgt werden. Mündet die jetzige Krise dahin aus, daß eine starke Einherrschaft begründet wird, sei es in monarchischer Form unter der entmündigten alten, oder unter einer neuen Dynastie, sei es in Form einer Staatenföderation nach amerikanischem Muster, so wird in beiden Fällen befürchtet, daß der chinesische Drache seine 5 Flügel zu einem Flug benutzen könnte, der Rußlands Stellung in Zentral- und Nordasien nicht nur gefährdet, sondern direkt niederwirft. Der Streit um den Vertrag von 1881, der übrigens noch immer nicht ausgetragen ist, erscheint geringfügig im Vergleich zu den Gefahren, die erwartet werden müssen, wenn ein mit den Mitteln der modernen Kriegskunst ausgerüstetes China die Millionen streitbarer Männer, die es aufbieten kann, nach Norden und Westen in Bewegung setzen sollte. Denn nach den Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges hält man in Petersburg einen neuen Mongolensturm nicht für unmöglich, ja nicht einmal für unwahrscheinlich. Als im 13. Jahrhundert Batu Khan gegen Rußland vordrang, war freilich die Überlegenheit der Bewaffnung wie der Führung auf seiten der Mongolen und das hat ihre erstaunlichen Erfolge herbeigeführt. Seither meinte man bis zum japanischen Kriege, daß das Verhältnis sich dauernd zum Vorteil des Abendlandes geändert habe. Die Enttäuschungen der Jahre 1904 und 1905 haben diesen Glauben in Rußland gewaltig erschüttert und wie ein Alb drückt nun der Gedanke, daß, was vor unsern Augen in Japan an militärischen und technischen Fortschritten sich vollzog, in China wiederholt

werden könnte. In einem Leitartikel, den er „Eine Völkerlawine" überschreibt, hat Menschikow die Frage aufgeworfen, was China fehle, um Europa zu überholen, und sie dahin beantwortet, daß eine Generation patriotischen Regiments dazu genügen würde.

„Vielleicht", so fährt er fort, „ist es das letzte Mal, daß die Geschichte eine Gelegenheit bietet, Chinas leicht mächtig zu werden. Vielleicht bietet die Vorsehung zum letzten Mal der arischen Rasse die Möglichkeit, ihre Zukunft zu retten. Noch ein halbes Jahrhundert europäischer Aufklärung — und wer wird dann China verhindern Indien zu erobern und unter seinen Fahnen nicht nur ein Drittel, sondern zwei Drittel des Menschengeschlechts zu versammeln? Ja, weshalb sollte es dann nicht Beherrscher des Weltalls werden? Rußland, als der nächste europäische Nachbar wird durch eine solche Aussicht besonders bedroht. Daß Mongoleneinfälle überhaupt möglich sind, weiß man bei uns besser als in Europa. Daß sie erbarmungslos sind und herrliche Länder mit festen staatlichen Ordnungen vom Angesicht der Erde auslöschen können, das alles braucht man uns, die unter dem Joch der Tataren gestanden haben, nicht zu beweisen. Das ist aber, wie mir scheint, ein genügender Grund für Rußland, aufmerksamer als alle anderen die chinesischen Wirren ins Auge zu fassen. Unsere Nachkommen werden es uns nicht vergeben, wenn wir die kostbare Gelegenheit versäumen, uns und die Welt auf lange — wenn nicht für immer — vor der gelben Tyrannei zu sichern. Alle Mächte verstärken ihre Gesandtschaftsgarnisonen in Peking und schicken Verstärkungen in ihre Konzessionen. Das Gerücht weiß von großen Truppensendungen Japans und Amerikas. Ist das richtig, so müssen auch wir in höchster Eile eine Expedition in die zu uns gravitierenden Provinzen Chinas vorbereiten. Weshalb sollte nicht Rußland die Initiative zur Lösung der chinesischen Frage ergreifen, da es des Bündnisses mit England und Frankreich und der Freundschaft Deutschlands sicher ist? An der jetzt vorliegenden Frage ist nicht nur Rußland, sondern die ganze Menschheit interessiert: die Gefahr eines furchtbaren Übergewichts in der Zukunft droht nicht nur uns, sondern allen. Die berechtigten Ansprüche des chinesischen Stammes werden nicht verletzt, wenn man die verschiedenen Völkerschaften, aus denen China besteht, trennt, und sie vor der Feindschaft der Völker schützt, die sie umgeben und die sich mit verbrecherischen Anschlägen gegen ihre

Freiheit tragen. Die Teilung Chinas liegt in der Luft — aber vielleicht genügt es auch, China zu zersplittern!"

Wir fürchten, daß die Chinesen die Philosophie dieser Schlußbetrachtung sich nicht werden zu eigen machen wollen, und erlauben uns, daran zu erinnern, daß die Integrität Chinas von allen an den chinesischen Angelegenheiten interessierten Mächten in mehr oder minder bestimmter Form verbürgt worden ist. Auch erscheint uns jene russisch-französisch-englisch-deutsche Allianz zur „Teilung" oder „Zersplitterung" Chinas eine Utopie zu sein, deren Verwirklichung völlig ausgeschlossen ist. Daß Deutschland sich einer solchen Kombination zu solchem Zwecke anschließen sollte, ist ganz undenkbar. Man überlege die tatsächliche Lage. In Bewegung ist die chinesische Welt durch den japanisch-chinesischen Krieg gekommen; vollends geweckt wurde sie durch seine Folgeerscheinungen, die in den russisch-japanischen Krieg ausmündeten, die Okkupation der beiden Mandschureien und endlich das russisch-japanische Bündnis nach sich zogen, was wiederum das russisch-englische Abkommen und die Modifizierung des englisch-japanischen Bündnisses zur Folge hatte. Nun ist es gewiß kein Zufall, daß Herr Menschikow bei Komponierung jener großen Allianz zur Teilung Chinas, Japans nicht gedacht hat — denn trotz aller ostensibelen Freundschaft besteht bereits ein tiefer Gegensatz zwischen Japan und Rußland, während kaum zu bezweifeln ist, daß Japan sich an die Seite Chinas stellen würde, wenn es, von Europa geschwächt und beraubt, nach einer kräftigen Hand ruft, um sich wieder aufzurichten. Erst dann würde das eintreten, was unser Kaiser mit Recht die gelbe Gefahr genannt hat. Wir bestreiten aber mit aller Bestimmtheit die Prämissen, auf welche Menschikow seine Zukunftsphantasie aufbaut. Aggressive Tendenzen nach außen hegt China nicht. Daß es die ihm zu Recht gehörenden und durch keinen Vertrag abgesprochenen, oder durch eigene Schuld verwirkten mandschurischen Provinzen zurückzuerhalten wünscht, ist begreiflich. Es ist aber unwahrscheinlich, daß es um ihretwillen einen Kampf mit der mächtigen japanisch-russischen Koalition aufnehmen sollte, vielmehr läßt sich voraussehen, daß es diesen Verlust verschmerzen würde. Was China wünscht ist, soviel sich erkennen läßt, gerechteres Regiment und eine Entlastung seiner übervölkerten Provinzen durch Auswanderung einerseits in die Mongolei und nach Chinesisch-Turkestan, anderseits nach Tibet Der handelspolitischen Erschließung widerstrebt das heutige China nicht,

wohl aber ist zu erwarten, daß, falls den Chinesen der Ausweg in jene Auswanderungsgebiete verschlossen wird, all jenes Unheil einmal kommen kann, das Herr Menschikow in so grellen Farben ausgemalt hat. Daß der russisch-englische Vertrag, nach der Modifikation, die er neuerdings erfahren hat, sich das Ziel stellt, Mongolei und Tibet den Chinesen zu verschließen, erscheint uns demnach als ein verhängnisvoller Fehler, gerade im Hinblick auf die in Zukunft drohenden Möglichkeiten. Uns scheint die Aktion der Mächte, soweit sie sich heute übersehen läßt, die richtige zu sein. Sie beschränkt sich bisher auf Schutz ihrer Untertanen und Wahrung erworbener Rechte; im übrigen suchen alle Mächte eine strikte Neutralität zu wahren und aktiv in die inneren Wirren nicht einzugreifen. Die fremdenfeindlichen Ausschreitungen haben dort stattgefunden, wo die Chinesen mit Recht oder Unrecht die Neutralität verletzt glaubten. Eine Politik des „avilir puis démolir", wie sie Frankreich in Marokko verfolgt hat und wie sie zur Zeit auch in Persien an der Tagesordnung ist, würde auf China übertragen, zu Erschütterungen von unberechenbarer Tragweite führen. Es kann nicht ernst genug davor gewarnt werden.

Im Licht dieser Tatsachen ist die Nachricht höchst unerfreulich, daß „russische diplomatische Kreise", wie die „Nowoje Wremja" mitteilt, die Rückkehr des Dalai Lama nach Lhassa für „wahrscheinlich" halten, und auch der Feldzug der Engländer gegen die Abors, der einen neuen Weg nach Tibet eröffnet, muß beunruhigen, zumal englischerseits ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß es gelte, dem chinesischen Einfluß entgegenzutreten.

Die persischen Angelegenheiten drängen offenbar zu einer Entscheidung. Das Medschlis hat, trotz englischer Mahnungen, das zweite russische Ultimatum, das die Entfernung Shusters und seines englischen Gehilfen Lecoffre verlangte, abgelehnt, obgleich die englische Gesandtschaft auf einen telegraphischen Befehl Greys für die russischen Forderungen eintrat. Nun marschieren die russischen Truppen gegen Teheran, und es ist trotz aller patriotischen Erregung der Perser, ganz unwahrscheinlich, daß sie auf erheblichen Widerstand stoßen. Ziehen sie als Sieger in der persischen Hauptstadt ein, dann müssen die Geschicke Persiens sich erfüllen. Daß das Medschlis die Absetzung von Shuster und Lecoffre verweigerte, zeugt immerhin — so unpraktisch es gewesen sein mag — von politischem Ehrgefühl, wohl auch von einem nicht gerecht-

fertigten Optimismus. Amerika tritt für Shuster nur insofern ein, als es seine persönliche Sicherheit verlangt. Man soll in ihm den amerikanischen Bürger achten. Überlegt man diese Zusammenhänge, so kann wohl mit Bestimmtheit angenommen werden, daß Shuster in der Tat die persischen Finanzen energisch zu sanieren beabsichtigte, und daß er der Mann dazu war, hat seine finanzpolitische Tätigkeit in den Philippinen und in Kuba bewiesen. Aber offenbar war sein Fehler, daß er die Mächte, die eine solche Aktion ihren Interessen nicht entsprechend fanden, unterschätzt hat. Wie hätte er gegenüber der russisch-englischen Kombination aufkommen können?

Übrigens ist es erstaunlich, wie weit die russische Diplomatie ihre Aktionen ausdehnt. Jetzt verlangt sie freie Durchfahrt für ihre Kriegsflotte durch Bosporus und Dardanellen. Natürlich können die Türken diese Forderung ablehnen, aber man fragt: was dann? und kann sich doch unmöglich mit der Vorstellung befreunden, daß Rußland die Durchfahrt in solchem Fall zu erzwingen entschlossen ist; die russische Flotte im Schwarzen Meer ist einer solchen Aufgabe gewiß nicht gewachsen, und man sucht vergeblich nach den Kompensationsmöglichkeiten, die als Gegenwert für ein Zugeständnis der Pforte von so großer Tragweite dienen könnten. Daß ein Widerspruch Frankreichs und Englands den russischen Ansprüchen entgegentreten könnte, ist aber heute wohl auszuschließen.

In der Türkei hat sich eine neue parlamentarische Partei gebildet, die im Gegensatz zu der Partei „Einheit und Fortschritt" sich „Freiheit und Einvernehmen" nennt und nicht wie jene eine Verschmelzung der Nationalitäten anstrebt — das hat sich als undurchführbar erwiesen —, sondern sie auf dem Boden weitgehender Autonomie mit dem türkischen Regime versöhnen will. „Freiheit und Einvernehmen" sind zudem konstitutioneller gesinnt und dringen auf Reform der Verwaltung und der parlamentarischen Sitten. Der Großwesir Said Pascha steht zu dieser Partei, aber der alte Kiamil, der bereits 80 Jahre gegen die 76 Saids zählt, ist sein Rivale und wird von England entschieden begünstigt, wie sich noch jüngst bei der Indienfahrt König Georgs gezeigt hat. Wie weit die neue Partei ihren Einfluß durchzusetzen vermag, läßt sich noch nicht absehen, daß die außerhalb des Parlaments gravi-

tierende Partei „Einheit und Fortschritt" aber erheblich an Ansehen verloren hat, steht wohl fest.

Das erklärt sich wohl auch durch die dieser Partei als Schuld angerechnete geringe Wahrscheinlichkeit, daß die Türkei in dem Kriege gegen Italien ihren auf Behauptung von Tripolis und Cyrenaika gerichteten Willen wird durchsetzen können. Trotz all der blutigen Opfer, welche die Pforte gebracht hat, um die Italiener aus ihren Positionen an der Küste zu verdrängen, ist es ihr nicht möglich gewesen, dauernde Erfolge zu erringen. Die todesmutigen arabischen Reiter mußten notwendig dem Feuer der italienischen Infanterie unterliegen, und es läßt sich nur bewundern, daß die Araber überhaupt so nahe an den Feind herankamen. Größere Massen türkischer Infanterie auf den Kriegsschauplatz zu schaffen, aber ist nicht möglich gewesen. Die Sünden Abdul Hamids an der türkischen Flotte rächen sich, und da sie nicht gut gemacht werden konnten, wird früher oder später der Türkei nichts übrig bleiben, als die neue Stellung Italiens anzuerkennen. Daß auf beiden Seiten abscheuliche Grausamkeiten verübt worden sind, läßt sich leider nicht mehr bezweifeln; es liegen dafür die glaubwürdigsten Zeugnisse und beweisende photographische Aufnahmen vor. Aber wie sollte man sich darüber wundern? Daß die italienischen Soldaten zum großen Teil Analphabeten sind, daß sie voller Aberglauben stecken und nicht gewohnt sind, ihrer leicht wild aufbrausenden Leidenschaft Zügel anzulegen, ist zu bekannt, als daß es brauchte bewiesen zu werden. Es sind die Sikuler und die Süditaliener, an welche wir dabei denken, und wir verstehen es sehr wohl, daß diesen Instinkten gegenüber die humanen Bemühungen der Offiziere versagen; bei den Arabern aber setzt das Bewußtsein, daß alle Tapferkeit schließlich in Mißerfolge und blutige Verluste ausmündet, sich in Haß um, der schließlich vor keiner Grausamkeit zurückschreckt, um an dem Feinde Rache zu nehmen. Dazu kommt der wieder lebendig gewordene religiöse Fanatismus der Araber, den wahrscheinlich verwandte Empfindungen im italienischen Heere entsprechen.

Das ist alles um so trauriger, als selbst nach Abschluß eines Friedens, der Italien in den nominellen Besitz von Tripolis bringt, der Kampf gegen die arabische Bevölkerung der Oasen fortgesetzt werden muß.

Dem „Journal de Genève" vom 30. November, ist das folgende Telegramm aus Paris zugegangen:

Sir Edward Grey hat erklärt, daß zwischen Frankreich und England keine anderen Verpflichtungen bestehen als die, welche bereits veröffentlicht sind. Man hat daraus geschlossen, daß zwischen beiden Staaten keine Militärkonvention bestehe. Das ist ganz richtig; aber man darf daraus nicht folgern, daß England und Frankreich niemals die Möglichkeit ins Auge gefaßt hätten, ihre Streitkräfte zu vereinigen.

Folgendes ist der genaue Sachverhalt:

Jedesmal, wenn ein Krieg mehr oder minder drohend erschien, sind beide Regierungen in Beratungen getreten und haben versprochen, für einen begrenzten Zeitraum sich gegenseitig mit ihrer Kriegsmacht zu unterstützen.

Es war der Fall im Laufe des Sommers 1905, wie zur Zeit des Zwischenfalls von Casablanca. Im Laufe dieses Jahres aber war die entente cordiale ein so geschmeidiges Instrument, daß jedesmal, wenn die Umstände es zu verlangen schienen, eine militärische Abmachung mündlich abgeschlossen wurde, welche für die Dauer der Krisis gelten sollte und die zum Austausch sehr präziser Ansichten darüber führte, wie die Streitkräfte beider Nationen benutzt werden sollten."

Das klingt in höchstem Grade wahrscheinlich, wirft aber ein merkwürdiges Licht auf die reservatio mentalis, die in den Erklärungen lag, die Sir Edward Grey in seiner Parlamentsrede abgab. Diese Aufklärung, die mit dem stimmt, was wir vom Oberst Fabre erfahren haben, und dem nicht widerspricht, was bei uns beobachtet wurde, macht es verständlich, wenn die Freundschaftsversicherungen, die wir während der Parlamentsverhandlungen von jenseit des Kanals bekamen, hier nur einen schwachen Widerhall fanden. Man sagt sich: England ist in erster Reihe der Freund von Frankreich, das über kurz oder lang seinen Revanchekrieg haben will, in zweiter Reihe der Freund Rußlands, in dritter wiederum der Freund Frankreichs und erst danach bereit, unter Umständen auch auf unsere Interessen Rücksicht zu nehmen, wenn vorher die sehr weitgehenden und auf sehr verschiedene Motive zurückzuführenden Interessen der beiden anderen befriedigt worden sind. Auch kann man hier nicht vergessen, wie der Militärberichterstatter der „Times", offenbar um den Franzosen Mut zum Angriff gegen Deutschland zu machen, unsere Armee in jeder Weise herabgesetzt hat, darin mit den unqualifizierbaren Beleidigungen der „France militaire" wetteifernd. Wir bedauern das lebhaft, und müssen,

da Sir Edward Grey über die Fabreschen Enthüllungen hinwegvoltigierte, ein „business understanding" aber direkt ablehnte, uns um so mehr darauf einrichten, mit diesen Möglichkeiten oder Wahrscheinlichkeiten zu rechnen, als wiederum eine sehr wesentliche Vermehrung des englischen Marinebudgets in Aussicht genommen wird.

Wie in Rußland die Rede Greys verstanden worden ist, zeigt am deutlichsten die Charakteristik, die ihr von russischer Seite zu teil wurde. Die „Nowoje Wremja" schreibt nämlich: „In dieser Rede ist offiziell und kategorisch — wenn wir nicht irren, zum ersten Male — festgestellt worden, daß nach Ansicht der englischen Regierung Deutschland jetzt eine aggressive Politik treibe. Die Zeitungen haben darüber oft geschrieben, wir selbst haben immer diesen Standpunkt eingenommen. Wir wissen aber von keinem anderen Fall, daß in der offiziellen Rede eines verantwortlichen Ministers der schwere Vorwurf aggressiver Politik ohne Vorbehalt gegen Berlin erhoben worden wäre."

Wahrscheinlich würde Sir Edward gegen diese Auslegung seiner Worte protestieren. Wir empfehlen aber der „Nowoje Wremja" zu besserer Orientierung über den gesamten Marokkokonflikt, den sie während seines ganzen Verlaufes tendenziös in einem uns feindseligen Sinne angefaßt hat, die ganz vortrefflichen Ausführungen von Professor Delbrück im Dezemberheft der „Preußischen Jahrbücher". Sie verdienen auch bei uns sorgfältig erwogen zu werden.

Nun können wir wohl mit Bestimmtheit erwarten, daß die heute, am Dienstag, bevorstehende Wiederaufnahme der Marokkodebatte ein neues Licht auf die weit verbreiteten und als unfehlbar richtig angenommenen Halbwahrheiten werfen wird, die sich auch weiter behaupten und die Sir Edward Grey mit so vollendeter dialektischer Kunst aufs neue in Umlauf gebracht hat. Es ist die höchste Zeit, daß diese unser Ansehen schädigenden Legenden aus der Welt geschafft werden. Aber es ist eine sich stets wiederholende Tatsache, daß Irrtümer, die sich festgesetzt haben, schließlich ein Teil des politischen Willens werden, und nichts ist schwieriger, als die so entstandenen Überzeugungen zu einer sachlichen Beurteilung der Tatsachen zurückzuführen. Wir haben dieselben Strömungen in der Konfliktszeit erlebt, als Herr Twesten, sein Schuldig aussprach über die eigene Regierung und ihre Maßnahmen, und feierlich erklärte, „daß die Ehre der augenblicklichen Regierung nicht

mehr die Ehre des Staates und des Landes sei". Das geschah am 23. Februar 1863, als die Stellung Preußens zum polnischen Aufstande zur Diskussion stand, aber dieser Standpunkt ist bekanntlich auch nach der Durchführung der Aktion in Schleswig-Holstein aufrechterhalten worden und erst auf den Schlachtfeldern Böhmens ist er in sich zusammengebrochen. Die hinter uns liegende politische Aktion unserer Regierung leitet eine neue Ära deutscher Kolonialpolitik ein; wer das nicht einsehen kann und will, dem vermag nur die Zeit zu helfen.

Eine überraschende Frage wird von der „Sun", dem New Yorker Organ der „Times-Temps-Matin"-Verbrüderung, aufgeworfen. Bekanntlich hat Frankreich von seinem einst so aussichtsvollen vorderindischen Reich nur noch einige Enklaven gerettet: Chandernagor am Ganges, die Mündung des Godavery, Mahé an der Westküste, Pondicherry und Karikal südlich von Madras. Die „Sun" schlägt nun vor, diese Gebiete gegen englische Enklaven in Afrika und zwar gegen Gambia, Sierra Leone und die Goldküste auszutauschen, was für Frankreich eine fast ununterbrochene Küstenlinie von Tripolis bis zum Golf von Guinea ergeben würde, so daß nur zwei spanische, eine portugiesische Kolonie und Liberia als nicht französisch übrig blieben.

„Daß England alle diese Kolonien für Französisch-Indien hergeben würde, ist nicht zu erwarten, aber an anderer Stelle gibt es Tauschgebiete, speziell kämen die Neuen Hebriden in Betracht. Jedenfalls sind Veränderungen der Grenzen, Gambia mit eingeschlossen, und eine Grenzregulierung an der Goldküste keineswegs unwahrscheinlich.

Man kann zweifelhaft sein, ob dieser Fühler von England oder von Frankreich ausgeht. Wir glauben das letztere, denn für England bedeuten die französischen Enklaven in Indien nicht mehr als einen Schönheitsfehler im Kartenbilde, während Frankreich sehr reale Werte dagegen eintauschen würde.

Es fällt trotz der Begeisterung, mit der die Mehrzahl der französischen Blätter sich heute für die entente cordiale erwärmt, immer wieder auf, wie äußerlich diese ad hoc-Verbindung mit der populären Empfindung beider Nationen zusammenhängt. Wie nur selten die Sprache des Nachbarn jenseits des Kanals erträglich von einem Engländer bzw. von einem Franzosen gesprochen wird, so drängt sie auch ihre Weltanschauung, die politische wie die religiöse, voneinander.

„Die englische Seele", schreibt Emil de Saint Auban im „Eclair",

„schien bisher die Feindin unserer Seele zu sein, nicht die Feindin einer Stunde, oder eines Jahres, eines Jahrhunderts, sondern die stete, ewige Feindin. Vorzüge und Fehler, Tugenden wie Laster des Engländers, scheinen unsere Vorzüge, Fehler, Tugenden und Laster auszuschließen. Das moralische wie das physische Leben, Ethnographie und Zoologie zeigen uns solche Gegensätze, die sich bekämpfen und abstoßen. Wie gewisse Individuen sind auch gewisse Völker gezeichnet, sich zu schädigen und zu hassen."

Jetzt, so führt Saint Auban weiter aus, sei das „de l'histoire ancienne" geworden, denn das heutige England habe ein demokratisches Gewand angelegt, aber die englische Seele sei trotzdem dieselbe geblieben.

„Sie liebt den, der ihr dient und fährt lieber im eigenen Fahrwasser als im fremden. Die englische Seele ist unsere Schwesterseele nicht; aber so fremd sie immer unserer Rasse sein mag, sie verdrießt und irritiert uns weniger, als die teutonische Seele, als die Seele Preußens, als die gestiefelte Seele jener Biedermänner in Helm und Tressen, die Huysmans geschildert hat, wie sie steif vorüberziehen, ein Monocle von der Größe eines Wagenrads im Auge, an einer Zigarre vom Umfang eines Baumstammes unter Rauchwolken kauend, während ihr Säbel klirrend auf dem Pflaster nachschleppt."

Wir setzen die Tirade her, um nochmals darauf hinzuweisen, daß wir in England mit künstlich aufgebauschten Interessengegensätzen und der Tendenz einer Politik zu rechnen haben, die sich durch das Wachsen der Macht Deutschlands behindert glaubt, daß aber aus allem, was uns in der letzten Krisis aus Frankreich entgegenklang, die Antipathie unversöhnlichen Hasses sprach. Der „Eclair", dem wir das obige Kabinettstück entnommen haben, aber ist bekanntlich in seiner Grundrichtung anglophobe.

7. Dez. Einzug des englischen Königspaares in Delhi.
8. Dez. Auflösung des deutschen Reichstags.
9. Dez. Landung englischer Matrosen auf Cata.
12. Dez. Proklamierung König Georgs zum Kaiser i Hind.
13. Dez. Ablehnung der Saagossaabill durch das Oberhaus.

13. Dezember 1911.

Seit geraumer Zeit verfolgen wir die Tendenz der französischen Presse und einer Gruppe französischer Schriftsteller, den Franzosen das Bild eines dekadenten, in sich zerrissenen, von antidynastischen Instinkten beherrschten deutschen Volkes vorzuführen, das man eben deshalb auch nicht zu fürchten brauche. Ein Beispiel dafür gibt die mit dem falschen Mantel der Wissenschaftlichkeit drapierte Schrift von Henry Moysset: „L'esprit public en Allemagne vingt ans après Bismarck", welche eben jetzt von Professor Izoulet im „Eclair" in einer Reihe von Leitartikeln breitgetreten wird. Daneben geht dann die ausgedehnte Literatur der militärischen Schriften, die uns immer aufs neue beweist, daß wir in einem künftigen Kriege mit Frankreich die bösesten Schläge bekommen würden. Das zeigte „la France victorieuse dans la guerre de demain", ein Buch, das in 30 000 Exemplaren verkauft worden ist, wie Charles Malo in den „Débats" berichtet, und bewiesen die Schriften des Obersten Grouard wie des Hauptmanns Sorb, aus denen sich — wie Malo sagt — ergibt, daß Frankreich uns militärisch ein gut Stück vorausgekommen sei. Im November ist dann nach dem großen „moralischen Sieg", den diese Schriften nach Malo bedeuten, noch ein weiterer gewaltiger Fortschritt gemacht worden, denn wenn die „France victorieuse" durch ihre strategische Defensive den Sieg errang, „wie ein Löwe, der, wenn ein anderer, den er für stärker hält, ihn angreift, sich in sich zusammenrafft, um den Angreifer mit Zähnen und Klauen bis ins Herz zu treffen", so hat der Oberst Boucher in seinem Buch: „L'offensive contre l'Allemagne" sich zum Angriff entschlossen, um ein für alle Mal mit

uns abzurechnen. Die Kritik seines Planes, die uns gütig mitgeteilt wird, überlassen wir, wie billig, den Militärs, aber der charakteristische und lehrreiche Schluß gehört hierher:

„Als der Oberst Boucher — erzählt Malo — an das Ende seiner Studie gelangt war und nach einer Moral suchte, die sich an seine technischen Ausführungen schließen sollte, fiel ihm ein Artikel von Maximilian Harden aus der „Zukunft" in die Augen, und den hat er als „Finale" hingesetzt. Der „eminente deutsche Publizist" hatte zunächst konstatiert, „es gibt nicht eine Stimme in der Welt, die eine Politik billigt, welche Brutalität und Schwäche verbindet", und danach so geschlossen (Rückübersetzung aus dem Französischen): . . . „Die Franzosen fürchten uns nicht mehr; sie finden, daß die Art, wie wir unsere Nachbarn behandeln, unerträglich ist, und werden frohen Herzens gegen uns marschieren, „im psychologischen Augenblick" unter dem Schwarm ihrer Aviatiker". „Wir könnten das nicht besser sagen", ruft Oberst Boucher. Das Volk aber würde hinzufügen: „Und das haben sie selbst gesagt" („Et ce n'est pas nous qui le leur faisons dire")".

Nun, aus dem Rüstzeug der Zukunft, die übrigens auch die Hauptquelle für gewisse Abschnitte des Moyssetschen Buches gewesen zu sein scheint, hätte Herr Boucher sich noch ganz andere Kraftstellen holen können, wenn es ihm darauf ankam, den Niedergang Deutschlands zu schildern. Aber er scheint nicht zu wissen, daß an seinem Gewährsmann nichts echt ist, weder Name noch Nationalität noch Konfession, geschweige denn die Gesinnung. Wenn die „Moral" der Ausführungen von Boucher sich auf keine besseren Autoritäten zu stützen vermag, bricht sie kläglich zusammen. Was aber den „esprit public" Frankreichs betrifft, so haben die Ereignisse der letzten Jahre wohl den Beweis erbracht, daß sich ein Kodex nationaler und moralischer Würde aus diesem Geist nicht abstrahieren läßt. Wir haben kein Bedürfnis, auf dieses Thema näher einzugehen, es ist längst von den besten Organen der französischen Öffentlichkeit geschrieben worden.

Am 14. Dezember werden endlich die Marokkoverhandlungen vor die französische Kammer gebracht werden; eine allgemeine Debatte über die auswärtige Politik der Regierung soll jedoch erst nach Annahme der Verträge, die zweifellos erfolgt, stattfinden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß von dem Ausgang nicht nur das Schicksal de Selves, sondern des ganzen Kabinetts abhängen wird, denn die Unzufriedenheit

ist groß und der Ministrables gibt es viele, sowohl gewesene wie kommende Staatsmänner, die überzeugt sind, es besser machen zu können als die jetzigen Häupter der Nation. Es scheint, daß Clemenceau darauf rechnet, noch einmal die Führung übernehmen zu können und seine Beziehungen zu England, speziell zu Sir Edward Grey und zu den leitenden Köpfen im Bureau des Foreign office lassen diese Hoffnungen nicht als ganz aussichtslos erscheinen.

Wir haben nicht den Eindruck, daß die Elemente in England, die auf eine wirkliche Verständigung hinarbeiten, Aussicht haben, durchzudringen; auch müßten mehr als unbestimmte und allgemein gehaltene Versicherungen zu uns herüberklingen, um das tiefe Mißtrauen zu beseitigen, welches durch die Ereignisse des Juli und September hervorgerufen ist. Das ist ebenso sicher, wie daß eine wirkliche Verständigung auf dem Boden der beiderseitigen Interessen zu einer sehr erfreulichen Wendung führen würde. Der status quo ante bedeutet für beide Teile eine Wiederkehr der Gegensätze und Reibungen, welche die Politik des letzten Jahrzehnts beherrscht haben. Das aber gerade wollen wir vermieden wissen.

König Georg ist nun glücklich in Delhi eingetroffen, um sich seine indische Kaiserkrone aufs Haupt zu setzen, und nach den bösen Vorfällen, welche im Zeltenlager seiner Ankunft vorausgingen, läßt sich nunmehr wohl hoffen, daß der Verlauf der großartigen Festlichkeiten, die begonnen haben, ein harmonischer und ungetrübter sein wird. König Georg hat den Grundstein zu einem Denkmal seines Vaters gelegt; auf dem Sockel werden in einer auf die Phantasie der Orientalen geschickt berechneten Inschrift die Tugenden Eduards VII. und seine Verdienste um sein indisches Kaisertum gefeiert.

„Seine Regierung — so schließt die Inschrift — war ein Segen für sein vielgeliebtes Indien, ein Vorbild den Großen, eine Ermutigung für die Geringen, und sein Name wird von Vater auf Sohn durch die Folge der Zeiten gehen als der eines mächtigen Kaisers, eines Herrschers voller Güte und eines großen Engländers."

Das Denkmal soll in zwei Jahren fertiggestellt werden und die Reiterstatue des Kaiser-Königs tragen.

Daß die persischen Angelegenheiten einen Schatten auf die indischen Festtage werfen, ist freilich unverkennbar. Der Zusammenhang der islamischen Welt ist selten so klar zutage getreten, wie

in den letzten erregten Monaten, und wenn die russischen Truppen, die am 14. verstärkt in Kaswin eintreffen sollten, wirklich nach Teheran ziehen, könnte der Reflex der steigenden Erregung sich sehr weit fühlbar machen. Auch hat man in England durchaus das Gefühl, durch Rußland in eine sehr unbequeme Lage gebracht zu sein, obgleich russischerseits die bündigsten Versicherungen erteilt worden sind, daß das Abkommen vom 31. August 1907 unverletzt in Geltung bleiben solle. Aber die Ausdrücke Souveränität und Integrität lassen sich sehr weitherzig auslegen, und das gerade wird in London gefürchtet.

„Das Ultimatum — sagt die „Nowoje Wremja — erwähnt aus unverständlichen Gründen nichts über die weiteren Operationen der russischen Truppen für den Fall, daß ihnen befohlen wird, die inneren Provinzen Nord-Persiens zu besetzen. Wir möchten jedoch glauben, daß diesmal unsere Truppen nicht so leicht wieder Kehrt machen werden, wie es früher geschehen ist. Eine dauernde Okkupation Persiens würden wir nicht wünschen, denn sie wäre nur eine Last für uns. Aber es wäre unvernünftig und unzulässig, unsere Regimenter in den Kaukasus zurückzuführen, bevor jede Möglichkeit geschwunden ist, daß die persische Regierung künstlich gegen Rußland aufgehetzt wird.

Das klingt ziemlich genau wie die Versicherungen, die Frankreich uns in betreff Marokkos so oft gegeben hat, und Lord Curzon hat ähnliche Argumente im Oberhaus ins Feld geführt, wofür er sich freilich gefallen lassen muß, daß ihm die „Now. Wremja" sein „unanständiges Verhalten" und seine „Demagogie" in Indien vorhält. Aber wir glauben, daß der Londoner Korrespondent des „Temps" die Stimmung richtig zeichnet, wenn er schreibt, daß die Besorgnis wachse, jemehr die russischen Truppen sich Teheran nähern. Noch seien sie zwar erst in Kaswin, aber die von ihnen selbst gebaute und in Stand gebrachte große Straße nach Teheran sei in kurzen Etappen zurückzulegen. Selbst die Anhänger Sir Edward Greys machten ihm sein passives Verhalten zum Vorwurf. Man habe den Eindruck, als sei die englische Politik nur widerwillig der russischen gefolgt, ohne zu wissen, wohin der Weg führe. Im Interesse des englischen Ansehens am persischen Golf und in der islamischen Welt wäre eine aktivere Haltung nötig gewesen. Nun sei zwar sicher, daß den Russen ihr Wunsch, den alten Schah wieder einzusetzen, nicht in Erfüllung gehen werde. Der Korrespondent schließt mit folgendem Zitat aus der „Times":

„Jetzt würden die Ratschläge, die wir in Teheran geben könnten, von weit größerem Gewichte sein, wenn sie das Ergebnis eines mit voller Sachkenntnis von beiden Regierungen vereinbarten Programmes wären, und nicht — wie man in Teheran glauben konnte — ein mehr oder minder resigniertes Zustimmen zu vollendeten Tatsachen oder zu Lösungen, welche die russische Diplomatie in Vorschlag brachte."

Es scheinen aber noch von anderer Seite Komplikationen zu drohen. Aus Urmia geht der russischen Presse die Nachricht zu, daß Kurden plündernd in die umliegenden Gebiete eingebrochen seien, ein Teil der Bevölkerung wolle Schutz bei Rußland suchen. Der Endschumen, der am 24. November die so entstandene Lage beriet, sei zum Schluß gekommen, daß es sich um Intrigen der türkischen Politik handle, die darauf ausgehe, das Prestige Rußlands zu untergraben und die Perser zu Zugeständnissen an die Türkei zu nötigen, die sich in den von ihr okkupierten Gebieten endgültig festsetzen wolle. Schließlich sei dann durch die Drohung mit Rußland der türkische Konsul bewogen worden, die Kurden zur Ruhe zu verweisen. Es ist nicht möglich, festzustellen, was an diesen Nachrichten wahr und was Übertreibung ist. Tatsache ist, daß russische Truppen gegen Urmia vorrücken, und wahrscheinlich, daß die Türkei dieses strittige und heiß umstrittene Gebiet, in welchem Rußland gewohnt ist, als Anwalt Persiens aufzutreten, nicht leicht aufgeben wird. Es ist eine neue Schwierigkeit, die sich hier den Türken wie den Persern aufbaut, die in der Tat eine harte Prüfungszeit durchleben.

„Das melancholische Drama, das sich in Persien abspielt, schreibt der „Daily Chronicle", erregt bei uns große Traurigkeit. Da haben wir das Resultat unserer verschiedenen Allianzen. Welchen realen Vorteil bringen sie uns denn? Eine Politik, die das möglich macht, was jetzt geschieht, ist schwer zu verteidigen."

Nun ist es ja allerdings möglich, daß all diese Dinge sich zum Bessern wenden, da nunmehr Herr Sasonow wieder die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Rußlands in seine Hände nimmt. Uns ist dabei aufgefallen, daß der „Temps" bei Begrüßung des Ministers sich einige stark kritisch empfundene Bemerkungen über die Führung der russischen Politik während des Interimistikums Neratow erlaubt. Offenbar sind auch ihm die persischen Angelegenheiten, wie die so überraschend aufgetauchten Nachrichten von der

Wiederaufnahme der Dardanellenfrage, nicht nach Wunsch gewesen. Herr Poklewski in Teheran und Herr Tscharykow in Konstantinopel haben mehr geführt als daß sie geführt worden sind, und müssen sich jetzt gefallen lassen, daß ihre besondere Politik, soweit das noch möglich ist, redressiert wird. Als sicher kann, nach den autoritativen Äußerungen Sasonows gelten, daß der russische Botschafter in Konstantinopel keinen Auftrag gehabt hat, die Öffnung der Meerengen für russische Kriegsschiffe zu verlangen. Er hat einen großen Erfolg durch Überrumpelung gewinnen wollen und das ist ihm mißglückt. Nachdem Iswolski in England mit diesem Gedanken gescheitert war, hatte man ihn in Rußland zurückgestellt, und gewiß war der Augenblick ungeeignet, ihn wieder aufzunehmen. Ebenso scheint der Gedanke, der Türkei als Kompensation ein Bündnis mit den Balkan-Königreichen zu bieten, Tscharykowschen Ursprungs zu sein. Es war jetzt, wo das bulgarische Geheimkomitee seine verbrecherische Aktion in Mazedonien wieder aufgenommen hat, wahrhaftig auch nicht an der Zeit, Balkanbündnisse zu empfehlen.

Es ist eine lange Reihe von Attentaten, die von diesem Geheimkomitee ausgegangen sind. Erst war es der Versuch die Eisenbahn Saloniki-Konstantinopel durch eine Höllenmaschine zu sprengen, was wirklich soweit gelang, daß eine Entgleisung herbeigeführt wurde, die zwei Personen das Leben kostete. Dann folgte ein zweites Eisenbahnattentat bei Kupruli; die dazu verwandte Dynamitbombe beschädigte jedoch nur einen Wagen des Zuges; und bald danach ließen die Bulgaren an einem Festtage die Moschee von Istip in die Luft sprengen, wobei 12 Mann umkamen und 29 schwer verwundet wurden. Daß die Türken zu Repressalien greifen, ist verständlich. Sie sind um so mehr erbittert, als bereits anfangs Dezember eine Denkschrift dieser anarchistischen Patrioten ankündigte, daß Gewalttaten bevorstünden, um der Türkei begreiflich zu machen, daß man ihr Regiment nicht länger ertragen wolle. So sehr das offizielle Bulgarien jede Mitschuld abweist, und wir glauben ihr, läßt sich doch nicht übersehen, daß jene Ausschreitungen Auswüchse der Stimmung und der patriotischen Hoffnungen sind, die im Königreich Bulgarien gehegt und gepflegt werden. Man darf sich darüber nicht täuschen. Das Verhältnis der slavischen Staaten zur Türkei trägt im Bewußtsein der ersteren den Charakter eines Waffenstillstandes, nicht den eines aufrichtigen Friedens. Wenn die Türkei

auf die in den zwei letzten Menschenaltern verlorenen Gebiete verzichtet hat, sind doch die Ansprüche der vier Königreiche lebendig geblieben. Der Friede wird nur gewahrt, weil aus Rücksicht auf die allgemeine politische Weltlage die Großmächte es so haben wollen. Sind sie einmal nicht eines Sinnes über das Balkanproblem, so muß der Entscheidungskampf folgen.

Doch, wie dem auch sei, unzweifelhaft ist Sasonow bemüht, so viel an ihm liegt, zu tun, der kritischen Lage ihre Schärfen zu nehmen, und man kann nur wünschen, daß er damit zum Ziel kommt. Leicht ist die Aufgabe jedenfalls nicht und daß er den Grafen Benckendorff nach Paris gerufen hat, zeigt, daß er ihn persönlich und direkt über sein Verhalten in der persischen Frage instruieren will.

In den spanisch-französischen Verhandlungen ist eine Verständigung noch nicht gefunden worden. Es konnte scheinen, daß sie durch den Verzicht Frankreichs auf Larrasch und Elksar unter der Bedingung der Anerkennung der nominellen Oberhoheit des Sultans von Marokko über die spanischen Okkupationsgebiete erfolgen werde. Aber bisher hat Spanien dieses Zugeständnis mit aller Bestimmtheit abgelehnt. Die weiteren Verhandlungen finden in Madrid statt zwischen dem spanischen Minister des Auswärtigen Garcia Prieto, dem französischen Botschafter Geoffray und — dem englischen Botschafter Sir Maurice de Bunsen. Dieses Vermitteln Englands erklärt der Pariser Korrespondent der „Nowoje Wremje" in sehr instruktiver Weise folgendermaßen:

„An dem Tage, da Se. Majestät König Alfons XIII. mich in San Sebastian in Audienz empfing, sah ich den Botschafter einer Großmacht und teilte ihm mit, was der König gesagt hatte. Dabei machte ich darauf aufmerksam, daß der König mit besonderem Nachdruck betont hatte, daß nicht Deutschland die spanischen Ansprüche in Marokko unterstützt habe, woraus ich schloß, daß es eine andere Macht sein müsse — und zwar England.

Das ist ohne Zweifel so — bemerkte der Diplomat, und kann nicht anders sein. England kann durchaus nicht wünschen, daß sich eine starke Macht an der Straße von Gibraltar festsetzt, auch nicht, wenn es das befreundete Frankreich ist. Bündnisse und Abkommen dauern nicht ewig. Kommt es zu einer anderen Gruppierung der Mächte, so könnte sich England in eine Lage versetzt sehen, bei der es weder in das Mittelmeer

hinein noch aus ihm hinaus kann. Gibraltar ohne Tanger verliert jede Bedeutung. Von Spanien hat es eine solche Überraschung nicht zu fürchten, es würde wie ein Stäubchen weggefegt werden. Daher ist es klar, daß England hinter Spanien steht und stehen muß: es handelt sich um Englands vitale Interessen, vor allem um den Weg nach Indien. Die englische Diplomatie ist aber zu fernblickend, um eine solche Gefahr nicht zu erkennen."

Das ist gewiß richtig und deshalb wird Spanien trotz der entente cordiale von Frankreich erhalten, was es haben will.

Mit der Eroberung von Ain Zara hat sich die Stellung der Italiener in Tripolis wesentlich gebessert und sie wäre gesichert, wenn es sich bewahrheiten sollte, daß sie das Oberhaupt der Senussi dadurch gewonnen haben, daß sie seine geistliche Oberhoheit über Tripolis anerkennen. Aber zunächst erscheint uns das in hohem Grade unwahrscheinlich, schon, weil Italien unter den jetzigen Verhältnissen schwerlich Unterhändler bis nach Kufra schicken kann. Dagegen scheinen die Beziehungen der Italiener zu den Arabern im nördlichen Tripolis sich wesentlich gebessert zu haben. Einmal hat der letzte Erfolg in Ain Zara großen Eindruck gemacht — vorausgesetzt, daß der Sieg, den Enver Bei meldet, ihn nicht wieder verwischt —, dann aber behandeln sie jetzt die Eingeborenen mit großer Rücksicht und Klugheit. Das Beiramfest ist drei Tage lang unter offizieller Teilnahme der Italiener mit Illumination und Artillerie-Salven gefeiert worden. Der tripolitanische Korrespondent des „Temps" berichtet sogar, daß sich seither eine sichtliche Annäherung zwischen Italienern und Arabern konstatieren läßt. Im übrigen herrscht Kriegsrecht, das bekanntlich von Gnade wenig Gebrauch macht und notgedrungen zum Schutz der eigenen Leute dafür Sorge zu tragen hat, daß die gegen den Feind kämpfenden Truppen nicht hinterrücks angegriffen werden.

Ein Angriff auf die Dardanellen wird immer unwahrscheinlicher, kann aber nicht als ausgeschlossen gelten, und es ist durchaus zu billigen, daß die Türken sich vorbereiten, ihn energisch abzuweisen und ihre Position nicht umgehen zu lassen. Bei alledem ist es schwer, an den allseitig ersehnten baldigen Abschluß eines Friedens zu glauben. Die Gegner können sich nicht an Punkten treffen, deren Verlust zum Frieden zwingt, und alle Vermittlungsversuche finden nach wie vor kein Gehör. So wird wahrscheinlich erst die finanzielle Erschöpfung

eines Teiles die Entscheidung herbeiführen. Finanziell aber ist die Übermacht Italiens ebenso groß wie seine Überlegenheit zur See.

Die Verhandlungen Juanschikais scheinen nach dem Rücktritt des Regenten einen günstigen Verlauf zu nehmen, aber es ist noch zweifelhaft, ob er die Dynastie retten kann und retten will. Es heißt, daß der Ausgang eine Republik nach Muster der Vereinigten Staaten sein werde, aber es fällt schwer, an den Bestand einer solchen Konstruktion zu glauben, die mehr den Idealen einiger Führer als den Vorstellungen der großen Masse der Bevölkerung entspricht, die seit mehr als einem Jahrtausend gewohnt ist, einen Sohn des Himmels als Herrn zu verehren. Vielleicht gewinnt die jetzt verbreitete Vorstellung an Boden, daß Juanschikai ein Nachkomme der Ming-Dynastie sei, die 1640 von den Mandschu gestürzt wurde. Im Süden herrscht völlige Anarchie, die nördliche Mongolei hat sich unabhängig erklärt, was von der russischen Presse mit großer Befriedigung aufgenommen wird, in der Mandschurei gärt es; die Nachricht, daß der Dalai Lama nach Lhassa zurückkehren werde, gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Mit dem Fall der Dynastie, die das einzige Band war, das Mongolen, Mandschu und Tibetaner mit China verknüpfte — so argumentieren russische Blätter — hat Rußland „trotz seiner konservativen auswärtigen Politik" keinerlei Anlaß, die Unabhängigkeit dieser Nationalitäten nicht anzuerkennen. Man müsse mit den vollzogenen Tatsachen rechnen und vor allem die Mongolei als selbständigen Staat anerkennen.

Eine große Überraschung für alle Welt war es, daß im „Outlook", der Wochenschrift Roosevelts, am 2. Dezember ein Artikel erschien, der die Wiederwahl Tafts zum Präsidenten der Republik empfahl: „Präsident Tafts eigene Ansicht. Ein autorisiertes Interview". Der Verfasser des Artikels, der sich als einen alten „Freund" Tafts einführt, zeichnet Francis E. Leupp und bringt in Frage und Antwort eine Art politischen Programms und ein Verzeichnis der Verdienste wie der politischen Verfehlungen des Präsidenten vor. Das Interview Tafts schließt mit der Erklärung des Präsidenten, daß er die Ehre einer Wiederwahl zwar hochschätzen würde, daß aber sein Glück davon nicht abhänge und er gern in das Privatleben zurückkehren wolle, wenn das Volk es vorteilhafter finde, einen andern Mann an die Stelle zu setzen. Sollte nun Roosevelt durch die Aufnahme dieses Interviews seinem „Freunde" einen Dienst haben leisten wollen? Das ist schwerlich

anzunehmen, da jenes Interview mit großem Geschick so formuliert ist, daß der Gesamteindruck für Präsident Taft ungünstig ist. Nun hat Roosevelt kurz vorher den Philadelphia „North American" autorisiert zu erklären, daß er niemanden bei der „Nomination" 1912 unterstützen werde, weder Taft noch sonst jemanden, was gewiß nicht anders zu verstehen ist, als daß er entschlossen ist, Taft nicht wiederwählen zu lassen. Außer Taft aber gibt es nur noch zwei republikanische Kandidaten, deren einer Lafolette ist, für den sich keine Majorität finden läßt, während der andere Roosevelt heißt. Daß sich der „Outlook" nun für die Wahl des letzteren lebhafter interessiert, als für die Tafts, ist begreiflich, wenn es auch mit früheren Versicherungen Roosevelts in Widerspruch steht. Offenbar ist die Taktik, durch welche Roosevelt seine Wiederwahl vorbereitet, sehr geschickt. Für ihn ist die geschlossene und vorrückende Macht des amerikanischen Katholizismus, für ihn was man in Amerika „big business" nennt, die geldgewaltige Geschäftswelt und mit dieser das ebenfalls vorrückende amerikanische Judentum. Die amerikanischen Zeitungen sind voll von diesen Dingen, die bereits jetzt mehr Interesse erregen, als alle übrigen Fragen. Die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten der republikanischen Partei aber erfolgt erst im Juli 1912, und bis dahin wird es noch bittere Kämpfe geben.

14. Dez. Rückkehr des Kreuzers „Berlin" nach Kiel.
16. Dez. Schließung des englischen Parlaments.
19. Dez. Präsident Taft kündigt den russisch-amerikanischen Handelsvertrag von 1832.

20. Dezember 1911.

Die Verhandlungen, die in der hinter uns liegenden Woche in der französischen Kammer über den Marokkovertrag und über die Kongokompensationen stattgefunden haben, lassen sich in ihrem Effekt als eine glänzende Rechtfertigung der deutschen Politik bezeichnen und bringen den Beweis, daß in der Tat unter den einmal gegebenen Verhältnissen das von uns Errungene ein Maximum war, wenn wir nicht etwa beabsichtigten, durch einen Krieg, der ein Weltkrieg geworden wäre, ein Ziel zu erreichen, das noch neuerdings von einem Manne wie es der Generalfeldmarschall v. der Goltz ist, als keineswegs erstrebenswert bezeichnet worden ist. Diese letztere Absicht aber hat nie bestanden und konnte bei gewissenhafter Erwägung des Für und Wider auch nicht bestehen, wofür wir einen Beweis anzutreten weder für notwendig noch für opportun halten. Der „Temps" hat am 16. Dezember eine Zusammenfassung der französischen Kammerverhandlungen gegeben und ist — ein seltsames Schauspiel — dabei zum Verteidiger der deutschen Politik geworden. Der Graf de Mun hatte die Frage aufgeworfen, weshalb Frankreich einen Vertrag infolge der „Sommation" von Agadir abgeschlossen habe und wie es kam, daß infolge dieser kategorischen Aufforderung die Frage von Kompensationen und zwar von Kompensationen im Kongo aufkommen konnte. Weshalb, fragte er, haben wir uns zur Abtretung von Territorien bereit gefunden, weshalb in Marokko ein nur hypothetisches Protektorat erworben, das nur wenig vom politischen Privileg verschieden ist, das uns Deutschland im Februar 1909 zugestanden hat, und welches es uns dazu mit einer internationalen Staatsbank und mit der ökonomischen Gleichberechtigung beschwert? Der „Temps" beantwortet diese Fragen, indem er auf die Erklärungen

hinweist, die der Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter am 2. November in der Budgetkommission so lichtvoll abgegeben hat, und fügt hinzu, daß man sich doch nicht darüber wundern dürfe, wenn Deutschland Kompensationen verlangt habe, die vorher so freigebig den Italienern in Tripolis, den Engländern in New Foundland und Ägypten, den Spaniern in Marokko gewährt worden seien. Frankreich habe selbst die Präzedenzfälle geschaffen, auf welche Deutschland sich berufen konnte. Auch sei es nicht wundebar, daß der Name Kongo, den Delcassé 1905 nannte, am 10. Juli 1911 wieder lebendig wurde. Die Nachbarschaft von Kamerun wies auf den Kongo hin, in dem schon 1906 mehr als 100 km südlich von Kamerun 35 deutsche Niederlassungen bestanden, während der Kolonialminister Lebrun feststellte, daß noch vor 2 Jahren von Frankreich fast nichts im Kongo geschehen sei. Man habe von der Regierung vergeblich verlangt, daß sie ihre Pflicht erfülle. Sie wagte es nicht, weil eine systematische Kampagne, die von gewissen Kaufmannskreisen in Liverpool ausging, die sich durch das Ausbeutungssystem im Kongo geschädigt fühlten, in Frankreich aufgenommen wurde und alle diejenigen diskreditierte, die in näherer oder fernerer Beziehung zum Kongo standen [1]). Diese Verleumder des Kongo hätten das Bett für Deutschland bereitet, das auf die Gelegenheit zu einer legalen Annexion wartete. Wäre Pichon am Ruder geblieben, so wären die „Sümpfe des Sangha" der Kernpunkt des Widerstandes gegen das Vordringen der Deutschen geworden.

de Mun werde nicht bestreiten können, daß die fortgesetzte Okkupation von Fez durch die französischen Truppen, die der Vertrag von 1909 keineswegs vorgesehen hatte, für Deutschland die gebotene Gelegenheit war, die Kompensation zu fordern, nach der es seit 1905 strebte. Aber es sei ungerecht, die politischen, ökonomischen und administrativen Vorteile, die Frankreich 1911 errungen, wie de Mun es tue, für identisch oder analog mit den Verhältnissen von 1909 zu erklären. Wenn er frage, weshalb Frankreich zahle, solle er in die Vergangenheit blicken. Die Zukunft werde zeigen, was dafür erhalten wurde.

Die Debatte, auf deren Detail wir nicht eingehen können, nahm für den Minister de Selves einen ungünstigen Verlauf und mündete

*) Damit meint Herr Tardieu die Anfechtungen, die er selbst zu bestehen hat.

in einen politischen Erfolg für Millerand aus, dessen Darlegungen der Ministerpräsident Caillaux bei jedem treffenden Worte ostentativ mit seinem „Très bien" begleitete. Man gewinnt den Eindruck, als ob Caillaux sein Ministerium dadurch zu retten beabsichtigt, daß er de Selves fallen läßt und an seine Stelle in Millerand einen Politiker zu gewinnen sucht, der das Ohr des Hauses und das Vertrauen des Landes besitzt. Die „Débats", deren Urteil stets sehr ins Gewicht fällt, indentifizieren sich mit dem von Millerand entwickelten Programm.

„Man erkennt in ihm einen klaren Kopf und einen starken Willen. Das sind zwei Eigenschaften, die man schon allzu lange bei den Männern vermißt, die beauftragt sind, die Interessen Frankreichs zu wahren."

Der Antrag des Grafen de Mun, der die Verhandlungen über den deutsch-französischen Vertrag vertagen wollte, bis die Regierung über den Stand der Verhandlungen mit Spanien berichten und die Zustimmung der Mächte vorlegen könne, die den Vertrag von Algeciras unterzeichnet haben, wurde mit 448 gegen 98 Stimmen abgelehnt. Die nächsten Tage müßten wohl die Entscheidung über das Schicksal des Ministeriums Caillaux bringen. Daß de Selves seinen Ministersessel rettet, ist wenig wahrscheinlich, wahrscheinlicher, daß der Ministerpräsident sich rettet, dessen soeben bekannt gewordene Rede ein entschiedener Erfolg war, da man ihm Geschäftskunde und Energie nicht absprechen kann. Millerand als Minister des Äußern könnte der Retter sein. Aber es gibt noch andere Kandidaten für diesen Posten: Pichon, den der „Temps" jetzt zu begünstigen scheint, und Deschanel, falls der Ehrgeiz des letzteren nicht höher ausschaut; im Hintergrunde aber steht Clémenceau, der an der Sympathie, die Sir Edward Grey ihm entgegenbringt, eine sehr in Betracht kommende Stütze findet. Denn wenn in seinen Beziehungen zu Rußland England sich den von Petersburg ausgehenden Wünschen zu fügen gewohnt ist, hält es die auswärtige Politik Frankreichs mit angezogenen Zügeln in festen Bahnen. Als besonders interessant ist uns das Zugeständnis des „Temps" erschienen, daß die „fortgesetzte Okkupation von Fez" eine Verletzung des Vertrages von 1909 war. Es wird dadurch ein charakteristisches Licht auf das durch nichts zu rechtfertigende Eingreifen Englands in unsere Verhandlungen mit Frankreich geworfen, ein Eingreifen, von dessen Methode wir doch erst neuerdings eine deutliche Vorstellung gewonnen haben. Die vor acht Tagen mitgeteilte Pariser Meldung des „Journal de Genève",

daß während der letzten Krisis England und Frankreich jedesmal, wenn ein Krieg mehr oder minder drohend schien, in Beratung traten und versprachen, für einen beschränkten Zeitraum sich gegenseitig zu unterstützen, auch mündlich vereinbarten, wie die Streitkräfte beider Nationen benutzt werden sollten, ist bis zur Stunde nicht widerlegt worden, ebenso sind es nicht die positiven Angaben des Kapitän Faber, der jetzt dem Vorwurf, den ihm Grey machte, daß er politisch ein Alkoholiker sei, entgegenhält, daß, da Grey sich nie über die schicksalsschweren Tage zwischen dem 3. und dem 21. Juli geäußert habe, man ihn den großen politischen Temperenzler Englands nennen müsse und unter diesem Namen werde Sir Edward wohl der Nachwelt überliefert werden (the great political teetotaler of England). Faber hat bekanntlich auch behauptet, daß England durchaus nicht für einen Krieg gerüstet gewesen wäre. Feldmarschall Roberts hat es neuerdings in einer Rede bestätigt, die großes Aufsehen erregte, und die offenbar darauf berechnet war, die Haldanesche Armeereform herabzusetzen — wir können diese Kontroversen nicht entscheiden, sind auch nicht dazu berufen, aber was soll man zu den Enthüllungen sagen, die der letzte Spionage- und Hochverratsprozeß in Leipzig gebracht hat, aus dem sich ergibt, daß England nicht mit einem ehrlichen Krieg gegen Deutschland, sondern mit einem verräterischen Überfall rechnet. Wie soll man unter solchen Umständen den glatten Worten Sir Edward Greys Vertrauen entgegenbringen? Er ist von Anbeginn bis zum Ende der Marokkoverhandlungen von Frankreich, wie de Selves von Amts wegen vor der französischen Kammer erklärt hat, über alles Detail unterrichtet worden: er wußte, daß Deutschland mit Frankreich vereinbart hatte, daß keine deutsche Gebietserwerbung in Marokko, ja nicht einmal eine Landung der Mannschaft unseres Schiffes von Agadir aus erfolgen werde, und erklärte trotzdem am 21. Juli dem Unterhause, Deutschland scheine „nach allem, was man wisse", in Agadir landen und dort Konzessionen und eine Flottenbasis suchen zu wollen! Danach aber beauftragte er Lloyd George, seine als Drohung gedachte Rede zu halten! Uns fehlt der Ausdruck, um diesen Mangel an bona fides, oder, wie man in England sagt, an fair play gebührend zu bezeichnen. Die „Kölnische Zeitung" hat in einem Pariser Briefe vom 17. Dezember diese Seite der Marokkofrage noch eingehender beleuchtet. Man kommt an der Hand dieser Tatsachen zum Schluß, daß die, wie wir wissen, sehr

aufrichtig gemeinten und mit großer Energie vertretenen Bemühungen derjenigen Kreise, die auf eine Ausgleichung der deutsch-englischen Gegensätze und auf eine freundliche Verständigung hinarbeiten, ganz wirkungslos abprallen von dem heutigen Diktator der englischen Weltmacht und von dem geschlossenen Ring der in feindseliger Politik gegen Deutschland geschulten Räte des foreign office. Sowohl die vortrefflichen Ausführungen von Mr. F. W. Hirst in der statistischen Gesellschaft zu Manchester, wie Sir H. Normans und Lord Beresfords Reden im Parlament verpuffen dem gegenüber ohne jeden Effekt. Die Tatsachen der praktischen Politik entscheiden, und wenn gerade jetzt der „Temps" in der Lage ist, uns einen englischen Diplomaten vorzuführen, der eifrig bemüht ist, eine Verstärkung der französischen Flotte zu befürworten, so liegt auch diesen Bestrebungen die gleiche Absicht zugrunde, die Spitze aller englischen Politik gegen Deutschland zu richten. Erst wenn mit diesem System, dem wir überall begegnen, gebrochen wird, läßt sich auf eine Besserung der deutsch-englischen Beziehungen rechnen. Bis dahin bleibt uns nichts übrig als uns auf alle Möglichkeiten vorzubereiten, die englische Politik wie die Mittel, sie abzuwehren, sorgfältig zu studieren und unsere Interessen unbeirrt weiter zu verfolgen.

„La politique", sagt Friedrich der Große im Testament von 1752, „est la science d'agir toujours par des moyens convenables conformement à ses intérêts. Pour agir conformement à ses intérêts il faut les connaître, et pour parvenir à cette connaissance il faut de l'étude, du recueillement et de l'application." (Acta Borussica. IX. pg. 352.) Danach wollen wir handeln.

Nun sind wir der Meinung, daß trotz allem auch jetzt schon eine Reihe von Fragen vorliegt, in welchen das deutsche Interesse mit dem englischen handinhand gehen könnte. In solchen Fragen zusammenzuwirken, haben wir allen Grund, denn gemeinsam zu gutem Abschluß gebrachte Arbeit ist vielleicht das einzige Mittel, Gegensätze zu überwinden, die ihre Quelle mehr in dem übeln Willen einzelner und der Imagination der irregeführten Masse als in realen Notwendigkeiten haben. Vielleicht bietet sich eine solche Gelegenheit jetzt im Kongostaat.

Das dem englischen Parlament zugegangene Weißbuch über die Verältnisse im Kongostaat, dessen Annexion durch Belgien die britische Regierung bisher noch nicht anerkennt, hat die Congo Reform Association

veranlaßt, durch ihren Hon.-Sekretär, E. D. Morel, am 5. Dezember ein Schreiben an Sir Edward Grey zu richten, um seine Aufmerksamkeit zwei Fragen zuzuwenden, denen die Association die größte Bedeutung beimißt.

Es sind das erstens die Aufrechterhaltung der Zwangsarbeit oder vielmehr, wie der britische Konsul Armstrong es nennt, der „Sklaverei" in den nicht „reformierten" Teilen des Kongo, und zweitens die Erklärung des belgischen Kolonialministers Renkin, daß die von Armstrong in seinen Berichten gekennzeichneten Tatsachen Angelegenheiten seien, „welche ausschließlich die innere Verwaltung der belgischen Kolonie angehen".

„Gegen diesen Anspruch, daß nämlich die Angelegenheiten des Kongostaates nur Belgien angehen, legt die „Association" den bestimmtesten Protest ein. Sie will voraussetzen, daß der neue britische Gesandte in Brüssel erklärt haben wird, daß Sr. Majestät Regierung diesen Anspruch keineswegs anerkennen kann . . . Die „Association" ist der festen Ansicht, daß die Hartnäckigkeit, mit der die belgische Regierung anderen Mächten, welche die Kongoakte unterzeichnet haben, das Recht bestreitet, die Angelegenheiten des Kongostaats zu kritisieren und, falls es nötig werden sollte, (in dieselben) einzugreifen, so lange die Verwaltung des Kongostaats in einer Weise fortgeführt wird, die den Bestimmungen dieser Akte widerspricht, eine klare und eingehende Abweisung von seiten der Regierung Sr. Majestät verlangt. Herrn Renkins wiederholte Erklärungen verletzen die Vertragsrechte der Regierung Sr. Majestät und, falls diese Herausforderung nicht abgewiesen wird, könnten die Rechte und Pflichten Englands im Inlande wie im Auslande für zweifelhaft gehalten werden."

Das Schreiben schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der englische Gesandte in Brüssel entsprechende Instruktionen erhalten habe, und daß Sir Edward es möglich finden werde, die öffentliche Meinung Englands über diese Fragen zu beruhigen. Angeschlossen ist ein Memorandum, in welchem ausgeführt wird, daß bei der Annexion des Kongostaates im August 1908 die belgische Kammer die Annexion unter Bedingungen beschlossen habe, welche für lange Zeiträume die Mißbräuche und Ungesetzlichkeiten des alten Systems aufrechterhalten mußten. Erst im Juli 1910 und im Juli 1911 wurde dieses alte System in einem Teil des Kongostaates durch das Reformschema vom November 1909 ersetzt,

aber man habe auch in den reformierten Gebieten die früheren kompromittierten Beamten im Dienst belassen, die Stellung von Häuptlingen Leuten übertragen, die keine Erbansprüche auf diese Stellung hätten, und drittens die Erhebung der Abgaben in Silbergeld beibehalten, was bei dem Mangel an barem Geld nicht nur die Höhe der Abgaben beträchtlich steigere, sondern die Eingeborenen entweder zur Sklaverei oder zur Rebellion treibe. Das sei der Zustand in den „reformierten" Territorien des Kongostaates. Ganz unerträglich und ebenso schlimm wie unter dem alten System sei jedoch die Lage in den nicht reformierten Gebieten, in denen — wie die Berichte Armstrongs ergeben — „die belgische Regierung dasselbe unmenschlich grausame und zerstörende System der Sklaverei aufrecht erhalte, das an der Entvölkerung und ökonomischen Erschöpfung des Landes während der letzten 20 Jahre" die Schuld trägt.

Dazu komme der ungesetzliche Waffenhandel, den die belgische Regierung treibe, um Elfenbein und Kautschuk zu gewinnen; speziell im Gebiet des Uelle habe dieser Handel die bedenklichste Ausdehnung erfahren. Fast alle freien Männer seien bewaffnet, die Häuptlinge besäßen bis 150 Gewehre; Pulver und Patronen seien im Überfluß vorhanden, und dabei seien viele Häuptlinge den Belgiern feindselig gesinnt, andere unzuverlässig, obgleich die belgische Regierung ihnen despotische Rechte übertrage, die gebraucht werden, um die Lieferung von Elfenbein und Kautschuk zu erzwingen. Es schließen sich daran Ausführungen über die Lage der schwarzen Arbeiter, für welche wir die Interessenten auf den Text der Denkschrift und auf das Weißbuch verweisen, und endlich wird an der Hand der englischen Berichte gezeigt, daß die belgische Regierung in den reformierten wie in den nicht reformierten Teilen des Kongostaates den internationalen Handel auf jegliche Weise behindert und schädigt, und durch die Armee von Eingeborenen der neben den 17 800 regulären eingeborenen Truppen bewaffnete Räuber zur Seite stehen, bei der geltenden Mißwirtschaft Zustände schafft, die voller Gefahren für die Erhaltung europäischer Herrschaft in Zentralafrika sind.

Die Fragen, die uns hier zumeist interessieren, sind die des Waffenhandels und die der tatsächlichen Beschränkungen, welche die belgische Regierung dem Handel anderer Nationen auferlegt. In beiden Fällen ist die von der „Reform Association" vertretene Beschwerde durch die Bestimmungen der Kongoakte gerechtfertigt, und das Interesse Deutsch-

lands das gleiche mit dem Englands und der übrigen Nachbarn des belgischen Kongostaates; es würde sich also in diesem Fall ein Zusammenstehen und ein gemeinsamer Druck auf die belgische Regierung durchaus empfehlen.

Ebenso scheint uns England ein gleiches Interesse mit uns in den chinesischen Angelegenheiten zu haben, da jetzt alles darauf ankommt, der chinesischen Regierung, wie sie sich uns in der Person Juanschikais darstellt, die pekuniäre Möglichkeit zu gewähren, sich den Rebellen gegenüber so stark zu behaupten, daß diese sich zu dem Kompromiß bequemen, das ihnen so überaus vorteilhaft geboten wird. Das englisch-deutsch-französisch-amerikanische Konsortium wäre das gegebene Organ für eine Anleihe oder einen Vorschuß an die chinesische Regierung; bricht sie zusammen, so ist ein Chaos zu erwarten, durch welches alle Teile, zumeist aber England und Deutschland, geschädigt werden müßten.

In der Frage der Dardanellen hat wider Erwarten England durch seinen Widerspruch Herrn Sasonow, der inzwischen die Leitung der russischen Politik übernommen hat, veranlaßt, Herrn Tscharykow zu desavouieren, so daß die Gefahr, daß es darüber zum Aufrollen der orientalischen Frage kommen könnte, vorläufig als beseitigt gelten kann. Leider läßt sich das gleiche von anderen Seiten des Balkanproblems nicht sagen. In Albanien gärt es bedenklich, Montenegro hat wieder kriegerische Allüren angenommen und die ruchlose Wirtschaft des bulgarischen Komitees in Mazedonien ist in vollem Gange. Es ist in der Tat die höchste Zeit, daß der italienisch-türkische Krieg ein Ende nimmt und wenn wir recht sehen, ist die Neigung dazu in Konstantinopel vorhanden. Aber noch sind die Schwierigkeiten außerordentlich groß. Ein römisches Telegramm des „Temps" bringt uns die Nachricht von einer neuen Komplikation. Ein Irade des Sultans habe die provisorische Annexion von Sollum an Ägypten dekretiert, was der Schenkung eines Hafens und einer beträchtlichen Strecke der Küste von Cyrenaika an England gleichkäme. Sollte sich das bestätigen, so wäre die Stellung Englands im Mittelmeer wesentlich verstärkt und Italien um ein Gebiet von etwa 300 km gebracht, die es als zu Cyrenaica gehörig, durch Ankündigung der Annexion von ganz Tripolis beansprucht hat. In Rom herrscht deshalb begreifliche Aufregung, aber es ist wohl möglich, daß es sich auch hier um einen der vielen Geheimverträge handelt, die dem tripolitanischen Kriege vorausgegangen sind.

Völlig unmöglich scheint uns die Nachricht von einem bevorstehenden russisch-türkischen Kriege um persische Grenzgebiete. Sie gehen wohl darauf zurück, daß die Grenzrichtung zwischen Persien und der Türkei am Gebiet des Urmiasees, an welcher Rußland lebhaftes Interesse nimmt, noch immer nicht vollzogen ist. In den persischen Angelegenheiten hat übrigens Rußland den Schein eines Rückzuges angetreten, ohne im Prinzip etwas von seinen Ansprüchen aufzugeben; aber man hat sich zu etwas milderen Formen der persischen Regierung gegenüber bequemt, wie denn überhaupt das Regime Sasonow diplomatisch korrekter sein wird, als das vorausgegangene Interimistikum. Die asiatische Tendenz der russischen Politik aber bleibt sich gleich. Die Proklamation der Unabhängigkeit der Mongolei ist ohne Zweifel auf russischen Antrieb erfolgt und ebenso scheinen die mehrfach von uns erwähnten Pläne, die auf einen engeren Anschluß Bucharas hinzielen und die von der russischen Presse im vorigen und in diesem Jahre in einer ganzen Reihe von Leitartikeln traktiert worden sind, welche die Annexion verlangten, sich der Verwirklichung zu nähern. Es handelt sich wahrscheinlich zunächst um eine Eisenbahnverbindung nach Afghanistan, wohl als Gegenstück gegen die geplante englische Straße, die das südliche Persien mit Beludschistan verbinden soll. Herr Sasonow hat ein viel kommentiertes Interview der „Nowoje Wremja" gewährt und damit den offiziösen Charakter dieses vielgelesenen Blattes wiederum bekräftigt. Es wurden dabei alle politischen Tagesprobleme, an denen Rußland interessiert ist: die politischen Kombinationen der europäischen Großmächte, Persien, Dardanellen, chinesische Revolution und die Paßfrage der amerikanischen Juden berührt und alle in gleich optimistischer Weise behandelt. Dreibund und Tripelentente seien eine Garantie des europäischen Friedens, der Zug nach Persien sei unternommen worden, um aus einem aufrührerischen und verzweifelten, ein blühendes und ruhiges Persien zu machen, die Dardanellenfrage sei jetzt nicht offiziell aufgerollt worden und werde es jetzt auch nicht werden, dem alten chinesischen Nachbar wünschte er glückliches Bestehen der Prüfung, mit der er zu kämpfen habe, von den amerikanischen Juden wolle er aber nur die revolutionär-anarchistischen und sozialistischen von Rußland fernhalten. Kurz, das alles klang sehr erfreulich und wird noch erfreulicher aussehen, wenn es Wirklichkeit geworden sein wird.

19. Dez. Demission des persischen Kabinetts.
20. Dez. Ernennung Dr. Solffs zum Staatssekretär des Reichskolonialamtes.
20. Dez. Annahme des Marrokkovertrages durch die französische Kammer.
20. Dez. Kämpfe zwischen Italienern und Türken bei der Oase Bistobras.
21. Dez. Besetzung von Sollum durch ägyptische Truppen. Aufstände in Lhoisa.
22. Dez. Annahme des russischen Ultimatums durch Persien.
23. Dez. Verlängerung der Duma.
24. Dez. Kämpfe zwischen Russen und Persern in Täbris.
24.—27. Dez. Unterhandlungen zwischen Juanschikai und den Revolutionären.

28. Dezember 1911.

Am 12. Dezember hat in Carnegie Hall in New York ein Massenmeeting stattgefunden, das von dem Präsidenten der Columbia Universität, Nicholas Murray Butler, einberufen war, um eine Resolution zugunsten der vom Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten abgelehnten Schiedsverträge Amerikas mit England und Frankreich herbeizuführen. Auch Carnegie war anwesend und eine Rede von ihm im Programm vorgesehen. Alles nahm anfänglich einen günstigen Verlauf. Die Redner, speziell Präsident Butler, wurden mit schuldigem Respekt angehört und ebenso die vielleicht etwas zu langstilig formulierte Resolution, welche die Taftschen Schiedsverträge befürwortete. Da erhob sich ein Deutscher, Herr Koelble, amerikanischer Bürger und in Amerika geboren, um gegen die Resolution zu sprechen. Er sagte nach dem höchstwahrscheinlich nicht ganz wortgetreuen Referat der „New York Times“: Das ganze Vertragsschema sei ein Angriff auf Deutschland. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich wollten sich gegen Deutschland verbinden das sein Vaterland und das Vaterland derjenigen sei, die in dieser Versammlung dafür eintreten, daß der Vertrag nicht unterzeichnet werde. Es kam darüber zu Ausbrüchen lauter Entrüstung, die erregte Erwiderungen von seiten der Iren und der Deutschen zur Folge hatten, so daß eine Debatte völlig unmöglich wurde. Nur der Oberrabbiner Wiese behauptete sich eine Zeitlang auf der Tribüne, aber man hörte

nur einzelne Sätze von ihm wie: „Er brauche nur ein Wort zu sagen, um alle Teile zu befriedigen". Zu diesem einen Wort ist es nun leider nicht gekommen, und mit seinen charakteristischen Gestikulationen war bei dem allgemeinen Getöse die Frage nicht zu klären. Schließlich mußte auch er die Tribüne räumen, die Polizei trat dazwischen, und ohne daß eine Abstimmung möglich gewesen wäre, lief die Versammlung auseinander.

Uns liegt eine Reihe amerikanischer Zeitungen über das „Carnegie Hall incident" vor. Sie übergehen die Tatsache, daß der Lärm von den Freunden der Resolution ausging, die gegen Roelbles Ausführungen protestierten, und daß es nicht nur die Deutschen, sondern auch die zahlreich vertretenen Iren waren, die von den Schiedsverträgen nichts wissen wollten. Endlich zeigt das Votum der Senatskommission, „daß diese Schiedsverträge eher Krieg als Frieden zur Folge haben könnten" (that the Taft programme is more a breeder of war than of peace), daß auch unter Amerikanern, die weder deutscher noch irischer Herkunft sind, über diese Frage die Ansichten weit auseinandergehen. Es läßt sich kein Grund anführen, weshalb die politische Überzeugung des Herrn Roelble weniger Anrecht auf Beachtung haben sollte, als die der Anhänger der Schiedsverträge. Wir erinnern uns aber sehr wohl, daß, als die Frage jener Schiedsverträge auftauchte, die von dem „Times"-Konsortium inspirierte Presse Amerikas sehr nachdrücklich die Ansicht vertrat, daß die Verträge zu Bündnissen ausreifen müßten. Ob aber, falls das geschehen sollte, England in die amerikanische, oder Amerika in die englische Interessensphäre hinübergezogen werden würde, darüber gehen die Ansichten urteilsfähiger Männer weit auseinander. Wir sind keineswegs Gegner von Schiedsverträgen und haben uns zur Frage des Abschlusses eines Schiedsvertrages mit Amerika sehr entgegenkommend gestellt, sind aber auf eine erstaunliche Sprödigkeit von amerikanischer Seite gestoßen, weil Deutschland die Ausdehnung des Vertrages auf alle Staaten der Union wünschte, also nicht eine bloß prinzipielle, sondern eine praktisch greifbare Lösung des Problems anstrebte. Was aber die Versammlung in der Carnegie-Halle betrifft, so ist für uns als ein weiteres Symptom die Tatsache wichtig, daß die Vorstellung von dem *tiefen Gegensatze der englischen und der deutschen Politik* immer mehr Boden gewinnt.

Im Grunde ist das nicht verwunderlich. Wir haben zwar in den

letzten Monaten viel freundliche Worte von englischen Politikern gehört — so noch jüngst von der „Westminster Gazette", aber noch nicht das geringste Anzeichen dafür entdecken können, daß Sir Edward Grey seine antideutsche Richtlinie zu ändern beginnt. Er ist nach wie vor der geflissentliche Förderer alles dessen, was uns schädigen könnte. Das ist so offenkundig, daß kein Politiker sich dieser Erkenntnis entziehen kann. Waverley im „Eclair" sagte kürzlich: Die Feinde Deutschlands in der englischen Diplomatie seien nächst Sir Edward ein Rat im Foreign office und zwei Botschafter auf dem Kontinent. Es ist, als ob er sie mit Namen nennte. „Ich möchte" — sagte einer der Redner während der letzten Debatten im englischen Unterhause — „nicht in die Karten sehen, die der Staatssekretär des Auswärtigen in den Händen hält, aber ich will wissen, welches Spiel er spielt." Das ist allerdings die entscheidende Frage. Der allgemeine Glaube ist, daß sein Spiel einen Krieg gegen Deutschland vorbereitet, und ebenso allgemein verbreitet ist die Vorstellung, daß dieser Krieg ein Weltkrieg werden müßte. Lord Beresford hat jüngst gesagt, im Kriegsfalle müßten sofort 50 000 Mann nach Indien und 20 000 nach Ägypten geschickt werden. Man ist eben jetzt in der Sorge um diesen Krieg am Werk, neben Rosyth eine neue Marinebasis in Schottland zu schaffen, um, wie ausdrücklich dargelegt wird, jederzeit der deutschen Flotte in die Flanke fallen zu können, und wer die Ohren offen hält, kann hören, daß England in einem deutschen Kriege sich genötigt sehen würde, in Antwerpen und in Kopenhagen Fuß zu fassen, was wegen historischer Präzedenzfälle ja nicht ganz unwahrscheinlich klingt. Aber was ist es für eine politische Atmosphäre, in der solche Gerüchte wie Giftpflanzen emporschießen! Sie beunruhigt und schädigt England selbst mehr als Deutschland, sie gefährdet das eben erst so mühsam erreichte Abkommen mit Frankreich und hat das italienische Vorgehen gegen Tripolis, das die ganze islamische Welt in Aufregung versetzt hat, erst möglich gemacht. Das zeigt der jetzt ans Licht getretene Vertrag über Sollum, der eine bedenkliche Ähnlichkeit mit dem Cypernvertrage von 1878 trägt, durch den England der Türkei die Integrität ihres kleinasiatischen Territoriums garantierte, und sich die Stellung für die künftige Okkupation Ägyptens sicherte. Mit einem Worte: die Welt wird gezwungen bei dem System konkurrierender Rüstungen zu beharren, bei dem es

schließlich doch nicht nur auf die Kriegsmaschinen ankommen wird, sondern auf das Menschenmaterial, das ins Feld zieht und die Schiffe besetzt. Wir haben früher mehrfach dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß, wenn England die ernste Pflicht des allgemeinen Kriegsdienstes auf sich nehmen wollte, die englische Politik ihren ruhelos aggressiven Charakter verlieren würde, und halten das auch heute noch für richtig. Aber die Aussicht dazu ist in England nicht vorhanden. Lord Haldane hat sich vergeblich darum bemüht. Man glaubt eben in England, seine „kleinen Kriege" mit indischen und ägyptischen Truppen führen zu können, wie in Afrika oder in Indien, und begnügt sich damit, die Offiziere für diesen Sport zu stellen. Den großen Krieg durch andere Nationen, d. h. heute durch Franzosen und Russen, führen zu lassen, wie im Jahre 1904 durch Japan, das scheint die Methode zu sein, die Sir Edward Grey auch jetzt noch für durchführbar hält, und es ist ja möglich, daß seine Rechnung zutrifft, wenigstens so weit als Frankreich dabei in Frage kommt. Aber sicher ist es nicht, und wenn die Ablehnung der das Prisenrecht (Naval Prize Bill) betreffenden Paragraphen der Londoner Deklaration durch das Oberhaus darauf hinweist, daß England im Seekriege ein gutes Geschäft zu machen hofft und deshalb die humanitären Gedanken über Bord wirft, welche die Deklaration vom 26. Februar 1909 zu verwirklichen bestrebt war, so könnte auch diese Rechnung trügen.

Seit einiger Zeit sind die Unionisten bei den Ergänzungswahlen entschieden vom Glück begünstigt; man beginnt zu spüren, daß die öffentliche Meinung — offenbar infolge der Politik Greys — sich von der liberalen Koalition, die nunmehr volle fünf Jahre am Ruder ist, abzuwenden beginnt. Auch beunruhigt die „rote Gefahr", für die man die sozialistischen Elemente im Kabinett verantwortlich macht. Der „Standard" hat eine ganze Reihe von Artikeln gebracht, die diese beängstigende Frage behandeln, und die „Times" schlägt dieselben Töne an. Was zunächst Sorge macht, ist die Unsicherheit in einzelnen Stadtteilen von London. Die Hooligans, das englische Gegenstück zu den Apachen von Paris, nehmen an Zahl beständig zu und mit ihnen die Raubanfälle, Einbrüche und Gewaltakte. Eine falsche Humanität, die der Peitsche (lash) ihr Recht genommen habe, entkleide die Strafgewalt des Staates ihrer Schrecken. Die Primärschulen seien die Brutstätten der Hooligans im Embryo. In den Häusern fehle es ebenso an

jeder Disziplin wie in den Schulen. Wenn die frechen, spitzbübischen, unmanierlichen und einfältigen Buben in das Alter der billigen Zigaretten kämen, finde der Übergang in die Klasse der Hooligans statt. Alles, was dazu gehört, lasse sich an jeder Straßenecke lernen. Dort finde sich der sozialistische Agitator ein, der dem aufblühenden Hooligan die moralische Rechtfertigung für sein Treiben bietet. Er lernt, daß er Glied einer unterdrückten Klasse ist, daß anständige Leute seine natürlichen Feinde sind, und daß Krieg gegen die Gesellschaft ein edler Beruf sei. Man könne an jedem Sonn- und Feiertage diese Predigt auf den freien Plätzen Londons hören. Dazu komme die unmoralische und antireligiöse Tendenz der sozialistischen Schriften.

„Wir wollen nicht behaupten," — schreibt der „Standard" — „daß jeder Strolch, der die Straßen unsicher macht, über die Lehren von Marx meditiert hat und den Unterschied von Kommunismus und Kollektivismus kennt. Aber wir behaupten mit allem Nachdruck, daß die Sprache jener Straßenredner darauf berechnet ist, Verachtung der Gesetze und einen Appetit zur Zügellosigkeit bei der gedankenlosen Menge großzuziehen, die unter ihren Einfluß fällt. Der anarchistische Sozialismus blüht vornehmlich in Frankreich und England. In Frankreich haben gewaltsame Verbrechen so zugenommen, daß der Staat, um sich zu verteidigen, die Todesstrafe wieder einführen mußte. In England sind wir weit von einem Zustande entfernt, der die Beseitigung der schärfsten Strafen ratsam erscheinen ließe. Es läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, welcher Grad der Verantwortlichkeit den Predigern revolutionärer Grundsätze zufällt; ohne Zweifel ist aber ihr Einfluß sehr bedeutend und überall gegen die Achtung vor dem Gesetz und gegen ein ehrbares Verhalten gerichtet."

Das ist jedoch nur eine Seite der Gefahr. Die Unruhen, die in Liverpool und neuerdings in Dundee stattgefunden haben, können nicht auf Rechnung der Hooligans geschrieben werden. In Lancashire haben die Weber und anderen Arbeiter von zwei Fabriken die Arbeit eingestellt, weil zwei der in der Fabrik angestellten Arbeiter sich geweigert haben, der „Union" beizutreten. Darauf beschlossen die Baumwollspinner- und Manufakturvereine, ihre Fabriken zu schließen, wenn die Streiker nicht binnen 3 Tagen, das ist bis Donnerstag, den 28. Dezember, die Arbeit wieder aufnehmen. Es handelt sich dabei um 160 000 Arbeiter, die von den Fabrikherren verlangten, daß sie jene beiden Arbeiter, die

der Union nicht beitreten wollen, entlassen. Keinerlei Beschwerden über Lohn und Behandlung der Arbeiter liegen vor; sie kämpfen um eine Machtfrage, durch welche die tyrannische Herrschaft der Gewerkschaften über jeden selbständigen Willen ein für alle Mal festgestellt werden soll. Und das nennt der Sozialismus: Freiheit!

Eine zweite Gefahr droht von der Föderation der Grubenarbeiter. Sie wollen einen „Nationalstreik" zur Durchführung eines Minimallohnes herbeiführen. Die Bewegung geht von Süd-Wales aus. Noch ist die Entscheidung für den „Nationalstreik" nicht gefallen, und man hofft, daß der Plan scheitert, da ein Beschluß von solcher Tragweite nur mit $^2/_3$ Majorität gefaßt werden kann. Aber die Gefahr ist groß und kann, wenn sie heute noch beschworen wird, sehr bald und wahrscheinlich zu der für die „Gesellschaft" unbequemsten Zeit, wieder lebendig werden. Die „Times", die sich sehr besorgt ausspricht, meint, es handle sich um eine natürliche Folge der unglücklichen Einführung des Achtstundentages. Die Leute verdienen weniger als früher und hoffen, durch sozialistische Agitatoren angetrieben, daß, während der letzte hartnäckige Streik scheiterte, sie jetzt ihr Ziel erreichen werden.

Die Feierlichkeiten des Krönungsdurbars haben glücklich ihren Abschluß gefunden. Abgesehen von den mehr lästigen und kostspieligen als gefährlichen Bränden im Zeltlager und von dem Mangel an Respekt, den einer der indischen Fürsten dem Kaiser-i-Hind zeigte, ist alles vortrefflich verlaufen. Delhi, die alte Residenz des Großmoguls, ist wieder zur Hauptstadt Indiens erhoben und die von Lord Curzon angeordnete und durchgeführte Teilung Bengalens ist aufgehoben worden. Damit wurde Kalkutta depossediert und die Residenz in das Zentrum der islamischen Bevölkerung Indiens verlegt. Als Asquith dem Unterhause diese Nachricht mitteilte, war die Erregung groß. Bonar Law, der Führer der Unionisten, erklärte, er wolle sich jeden Urteils bis nach der Rückkehr des Königs enthalten. Im Oberhause betonte Lord Lansdowne, daß hier ohne Zweifel eine völlige Verurteilung der Politik Lord Curzons vorliege; im übrigen schloß er sich der Taktik Bonar Laws an, und das gleiche tat nach einigem Schwanken auch Lord Curzon. Ohne Zweifel wird Sir Edward Grey heftige Angriffe zu erwarten haben.

Die Entwicklung der persischen Angelegenheiten

dürfte zu dem gleichen Resultat führen. Hat das persische Ministerium sich auch dem zweiten russischen Ultimatum gefügt, so ist die Lage durch die Kämpfe, welche die russischen Truppen in Täbris und Rescht zu bestehen gehabt haben, doch wieder sehr verschärft worden. Die „Nowoje Wremja", die mehrere Autoritäten des russischen auswärtigen Amtes darunter den Direktor der persischen Abteilung, Persiani, man kann nicht sagen, interviewt, sondern verhört hat, ist höchst ungnädig und verlangt harte Bestrafung der Perser nach Kriegsrecht „die russische Gesellschaft würde es sonst nicht verzeihen". Im übrigen vertritt sie den Standpunkt, daß es in Persien keinerlei Regierung gebe, sondern in den verschiedenen Teilen des Reiches nur Räuberbanden, die nach eigenem Gutdünken handeln. Sie seien daher von den russischen Truppen als solche zu behandeln. Namentlich erbittert ist die „Nowoje Wremja" über den Widerstand von Täbris und Rescht.

„Es fließt russisches Blut. Es ist zu kostbar, als daß Räuber es ungestraft vergießen dürften. Die Regierung spricht von strenger Bestrafung. Jeder Räuber, der mit den Waffen in der Hand ergriffen wird, ist sofort zu erschießen. Alle die am Angriff auf russische Truppen Anteil haben, die russische Konsularverordnungen und russische Untertanen verletzt haben, müssen ausgerottet werden . . . Die wahre Humanität verlangt Härte. Außerdem sind noch andere Maßregeln zu ergreifen. In Täbris sind 300 000 Einwohner. Alle Führer der Räuberbanden sind den Einwohnern bekannt. Da sie die Räubereien nicht verhindert haben, sind sie für die Verbrechen verantwortlich. Die Räuber müssen ausgerottet werden, aber auch die untätigen Zuschauer und die heimlichen Anstifter sind zu bestrafen. Täbris muß eine Kontribution für die Familien der gefallenen russischen Soldaten entrichten. Es muß allen Schichten der Bevölkerung von Täbris ins Gedächtnis geprägt werden, daß man nicht ungestraft russisches Blut vergießen darf. Rußland kann an seinen Grenzen nicht zügellose Anarchie dulden, und daher traten die russischen Truppen auf persischen Boden nicht nur um zu strafen, sondern mit schöpferischen Absichten. Allerdings ist das letztere Sache der Zukunft. Jetzt handelt es sich um Bestrafung, und die Strafe wird erfolgen."

Uns ist bei dieser blutdürstigen Tirade eingefallen, daß die Perser sozusagen auch Menschen sind, die ein Vaterland vor eingedrungenen Fremden verteidigen, und daß die Russen doch nicht erwarten durften,

daß man ihnen mit Rosensträußen in den Händen entgegenziehen werde. Es handelt sich um einen Krieg, wie ihn die Russen selbst gegen die Franzosen geführt haben, mit weit schärferen und barbarischeren Mitteln, als es heute die Perser tun. Man lese die haarsträubenden Einzelheiten darüber in den Berichten des englischen Generals Wilson nach, der in den Reihen der russischen Armee den Feldzug mitmachte! Man wird in Rußland ja Anno 1912 die Gedenktage von Borodino und Beresina feiern. Daß die Perser schließlich unterliegen werden, da ihnen England gleichzeitig die Mittel sperrt, ihre nationalen Kräfte zusammenzufassen, ist ja nicht zu bezweifeln. Es ist ein Völkermord, wie so viele vollzogen werden. Aber darum ist er nicht minder tragisch, und darum sind diejenigen, die ihr Leben an die Verteidigung von Selbständigkeit und Vaterland setzen, nicht minder Helden und aller Verehrung würdig. Aber vielleicht hat Sir Edward Grey dem englischen Parlamente einen besseren Kommentar zu geben.

Nächst der Mongolei ist nun auch Tibet von China abgefallen, und eine Verständigung der Parteien in China ist noch immer nicht erfolgt. Es ist die höchste Zeit, denn die Nachrichten von einem bevorstehenden Einschreiten Japans gewinnen immer mehr an Konsistenz. Zum Glück ist es nicht unwahrscheinlich, daß die von allen Seiten drohenden Gefahren schließlich doch zu einer Einigung führen, und daß die wunderliche Idee Juanschikais, aus China eine Föderativrepublik mit einem Präsidenten und einem Kaiser an der Spitze zu machen, durchdringt. Was in China möglich ist und was als Übergangsstadium notwendig sein mag, beurteilt er ohne Zweifel besser als wir.

Daß die Türkei in ihrer Bedrängnis sich gleichfalls den gefährlichen Luxus unaufhörlicher Parteikämpfe erlaubt, ist in höchstem Grade bedauerlich und könnte ihr zum Verhängnis werden. Es sollte doch nicht vergessen werden, daß dem Staate, abgesehen von Italien, ernste Gefahren auf dem Boden der Balkanhalbinsel selbst drohen. Wenn nicht eine starke Hand die Zügel ergreift, kommen sie bestimmt. Es gärt in Montenegro, Albanien und Bulgarien; was sich in der Umgegend von Urmia abspielt, könnte ein Vorspiel weiterer Bedrängnisse werden. Überlegt man all die oben dargelegten Tatsachen in ihrem Zusammenhange, so drängt sich die Erwägung auf, daß diejenige Regierungsform, unter der im Orient wirkliches Gedeihen möglich war, stets die monarchische gewesen ist. Die schwierigen Formen eines parlamentarischen Lebens,

welche die Völker des Abendlandes kaum zu ertragen vermögen, wirken im Orient auflösend und zersetzend. Vor allem aber sind sie verderbend in Tagen äußerer Gefahr. Die Türkei könnte zurzeit nur durch eine militärische Diktatur gerettet werden.

In Frankreich geht die Senatskommission an die Durchsicht aller Stadien der Marokkofrage seit 1902. Das wird historisch sehr interessant sein, an der politischen Lage kann es nichts ändern. Man mag über den Marokkovertrag deklamieren, aber man muß ihn bestätigen. Tertium non datur.

Der „Eclair" widmet den großen Männern Frankreichs folgende Weihnachtsgeschenke:

M. Clémenceau — Ein Portefeuille — aus Caillaux-Leder.

M. Millerand — Ein Portefeuille — aus de Selves-Leder.

M. de Selves — Einen Atlas in Marocain gebunden.

M. Jaurès — Einen Pfropfen.

M. Delcassé — Das Geheimnis der Geheimverträge.

M. Caillaux — Nach dem Vertrag — die Rechnung, oder was kostet Agadir?

Sachregister.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

Abbas Hilmi, Khedive 39.
— Eisenbahnbau von Syrien nach Ägypten 40.
— Kalifatsübertragung 40. 41.
— u. panarabische Konferenz 39.
— Verhandlungen mit den Arabern 40.
Abdul Aziz 189.
Abdul Hamid 41. 266. 277. 366.
Abessinien, Lidji Jassus Ausrufung zum König 140.
A'Court Repington, Charles, Oberstleutnant 11.
Afghanistan 155.
— russ. Eisenbahn 389.
Afrika, engl.-ital. Verhandlungen 266.
— französ.-engl. Vertrag v. 1889 266.
— französ.-ital. Verständigung 266.
— Teilung 219.
— Südafrika 70.
— — Besuch des Herzogs von Connaught 6.
— — Einwanderungsfrage 90. 91.
— — u. England 101.
— — indische Arbeiter u. Händler 17.
— — auf der Reichskonferenz 186.
— — selbständ. Verteidigung 101.
— — Union 159.
— — Unionsparlament 90.
— Südwestafrika 323.
Agadir 206. 207. 216. 226. 246. 289. 342. 352. 381. 398.
Ägypten 35.
— u. Abbas Hilmi 41.
— Eisenbahn nach Syrien 40.
— u. England 51.
— engl. Beamte 52.
— engl. Marinestation 52.
— u. Indien 72.
— Lord Kitcheners Eintreffen 290.
Ägypten, konstitutionelle Bewegung 50.
— u. Marokko 346.
— Nationalisten 18.
— Offiziere 52.
— Studenten 51.
— u. Sultan 41.
— Verfassung 51.
Ahmed Riza, Präsident der türk. Kammer 295.
Aehrenthal, Graf 22. 77. 182. 192.
— u. russische Presse 6. 7.
Aigun, Eisenbahn nach Taonanfu 29.
Ain Zara, Eroberung durch die Italiener 361. 378.
Albanien, Aufstand 93. 233.
— Autonomie 200. 202.
— Frage 182.
— u. Türkei 214. 215. 216. 219. 220.
Alcazar, spanischer Vormarsch 216.
Alexander I., heilige Allianz 112.
Alexander II. 63. 92.
— Denkmalsenthüllung in Kiew 263.
Alexander III. 92. 263.
Alfons XIII. König v. Spanien 11. 102. 259. 377.
Alfonso, Dr. Andrés, venezolan. Deputierter 34.
Algeciras-Konferenz 267. 276. 352.
— Vertrag 21. 23. 115. 154. 175. 185. 189. 191. 198. 206. 208. 216. 217. 218. 219. 241. 322. 343.
— — Umgehung durch Frankreich 157. 247.
Algier 182. 183.
— -Tunis 245. 247.
Allahabad 17.
Altai, chines. Kreis 46.
Amerika, allgem. Lage 117.
— chines. Landerwerbungen 195.
— Columbische Union 34.
— Deutschfeindlichkeit 142.

Amerika u. ferner Osten 232.
— u. Japan 31.
— Pazifizistenpartei 33.
— Preßhetze gegen Deutschland 251.
— Südamerika, ABC-Allianz 34.
— Verein. Staaten, Abkommen mit China u. Deutschland 42.
— — anglo-amerik. Schiedsvertrag 27.
— — antiruss. Kampagne 118.
— — Chesterkonsortium 118.
— — u. China 42. 230. 301. 346. 347. 362.
— — u. deutsch-engl. Krieg 26.
— — deutsch-engl.-amerikan. Verständigung 144.
— — Deutsche u. Iren 26.
— — — gegen Schiedsverträge 390. 391.
— — deutschfeindl. Bewegung 118.
— — u. Deutschland 137.
— — — Krieg 142. 143.
— — — Schiedsgericht 152.
— — — Schiedsvertrag 157. 213.
— — u. England, Clayton-Bulwer-Vertrag 32.
— — — Hay-Pouncefote-Vertrag 33.
— — — Reichskonferenz 152. 173.
— — — Schiedsvertrag 127. 137. 143. 152. 213. 228. 246.
— — u. engl. Kolonien 111.
— — u. Frankreich, Schiedsvertrag 213. 246.
— — u. Japan 32. 95. 97. 98. 223. 228. 229. 315.
— — u. japan.-engl. Bündnis 252.
— — japan. Handelsvertrag 77. 136.
— — u. japan. Kriegsflotte 187.
— — Iren 26. 390. 391.
— — Judentum 380.
— — u. Kanada 70.
— — — Annexion 131.
— — — Handelspolitik 81.
— — — Krönungsfeier 153.
— — — ökonom. Annexion 81.
— — — Reziprozitätsvertrag 35. 81. 82. 101. 143. 172. 270.
— — Kathol. Kirche u. Roosevelt 350.
— — Katholizismus 380.
— — u. Korea 42.
— — Kriegsflotte, Stärkung 31.
— — u. Kuba 98.
— — u. Mexiko 117. 132.
— — — Aufstand 96.
— — — Intervention 147.
— — — Verwicklungen 112.
— — u. Neugranada 32.
Amerika, Verein. Staaten, u. New Foundland, Reziprozitätsvertrag 270.
— — — u. Panama (Republik) 33.
— — — Panamakanal, Befestigung 32.
— — — Präsidentschaftswahlkampagne 118.
— — — u. Rußland 202.
— — — — Handels- u. Schiffahrtsvertrag 317.
— — — — Handelsvertragskündigung 381.
— — — Reziprozitätsvertrag 113. 237.
— — — Schiedsvertrag 390. 391.
— — — — mit England und Frankreich 254.
— — — Schiedsverträge 270. 271.
— — — Tafts Schiedsvertragsidee 109.
— — — Teuerung 301.
— — — Weltschiedsvertrag 167.
— — — u. Zentralamerika 112.
Amurbahn 252.
Anarchisten 17.
Anglo-german friendship comittee 144.
Araber u. Italiener, Annäherung 378.
— im Tripoliskrieg 366.
— u. Türken gegen Italiener 312.
— u. Türken, Versöhnung 348.
Arabi Pascha, Tod 273.
Arabien, Aufstand 93.
— engl. Agitation 72.
— u. Türkei 39.
— Unabhängigkeit 40.
— Verlegung des Kalifats nach Mekka 40.
Argentinien, Allianz mit Brasilien u. Chile 34.
Argyrokastro 216.
Armenien 306.
Armstrong, brit. Konsul 386.
d'Arriaga, Manuel, Präsident von Portugal 246.
Asien den Asiaten! 225. 231.
— englische u. russische Interessen 298.
— mittelasiat. Staaten u. Rußland 202.
— Ostasien, Pest 57.
— Vorderasien, Araberaufstand 72.
— — türk. Eisenbahnpolitik 99.
— Zentralasien, Verschiebung der Machtverhältnisse 30.
Asquith 2. 25. 59. 68. 80. 120. 127. 160. 162. 211.
— an Balfour 236.
— u. Irlands Forderungen 175.
— Kabinett 18. 90. 208. 252.
— u. Lloyd Georges Rede 331. 341.
— über Marokko 216. 218. 246. 330.

Asquith, Mißtrauensvotum 246.
— und Opposition 237.
— Rede in der Guildhall 331.
— Rede im Unterhause 342.
— u. Verlegung der ind. Residenz 395.
— gegen Wards Antrag 161.
Associated Press 42.
Astrabad 236.
Atherton du Puy, W. 142.
Augagneur, franz. Arbeitsminister 210.
Australien 70.
— Ausschluß der Farbigen 174.
— u. England 101. 151.
— u. engl.-japan. Bündnis 174.
— Kriegsflotte 112.
— — u. Miliz 160.
— Milizsystem 101.

B.

Babel Mandeb, Straße von 305.
Bagdad, Aufstand 38.
— Gouverneur 50.
Bagdadbahn 20. 72. 99. 164.
— Vereinigung mit pers. Eisenbahnnetz 21.
— Verträge über Weiterbau 104.
Bagrow, Mörder Stolypins 262. 263. 268. 279.
Balfour 2. 69. 80. 110. 127. 150. 236. 336.
— gegen die Jung-Tories 90.
— u. Tarifreform 24.
Balkan 199. 233.
— Bund u. Türkei 310.
— Frage 165. 192. 376. 377. 388.
— — u. Tripoliskrieg 278.
— griech.-bulg.-armen. Koalition 65.
— Komitees 65.
— -Königreiche u. türk. Bündnis 376.
— Krisis 98. 99.
— u. Rußland 251.
— status quo 20.
— Unruhen 397.
de la Bara, Vizepräsident von Mexiko 153.
Bardoux 56.
Barrère, franz. Botschafter in Rom 266. 276.
Barthold, amerik. Parlamentarier 137. 168. 169.
Baschmakow, russ. Journalist 234.
Basra, Aufstand 38.
Bassermann, Reichstagsabgeordneter 308.
Batu Khan 361.
Bayonne, Aufstand 102.
Beduinen gegen Italien 303.
Belgien u. Deutschland 343.
— u. Kongostaat 240. 385. 386.
— Neutralität bedroht 11.
Belgrad, slavischer Journalistenkongreß 234.
Beludschistan, engl. Straße nach Persien 389.
Benadir 304.
Beneckendorff, Graf 377.
Bender-Jsseh 5.
Benghasi, Besetzung 303.
Bennet, William 71. 131.
Beresford, Lord 385. 392.
Beresina, Gedenktag 397.
Berlin, Hundertjahrfeier deutscher Turner 188.
— Moabiter Krawalle 15.
„Berlin", deutscher Kreuzer, Abreise von Agadir 351.
— Rückkehr nach Kiel 381.
Berliner Lokalanzeiger 36. 247.
Berlinski listok 253. 254.
Berteaux, franz. Kriegsminister 88. 90. 112. 196.
— Tod 155. 158.
Besant, Mrs. Annie 164.
v. Bethmann Hollweg, Reichskanzler 13. 20.
— Protest gegen Lloyd Georges Rede 331.
Bienerth, Ministerium 11.
— Rücktritt 205.
Biisk 221.
Birma u. China 154.
Birmingham Daily Post 341.
Birschewija Wjedomosti 105. 106.
Bismarck 175. 245.
Bistobras, Oase, ital.-türk. Kämpfe 390.
Bizerta 296.
Blagoweschtschensk, Eisenbahn 252.
Bloemfontein, Kongreß der „Orangia Unie" 186.
Boll, elsäss. Nationalist 36.
Bompard, franz. Botschafter 88.
Bonin-Inseln 187.
Borden, Sir Frederik, kanad. Kriegsminister 160.

Borden, kanad. Ministerpräsident 269. 270.
Borodino, Gedenktag 397.
Bosnien-Herzegowina 22.
— Frage 21.
Bosporus 306.
Botha 6. 25. 101. 153. 163. 186.
Boucher, Oberst 326. 371.
Bournemouth, Kolonie russ. Revolutionäre 279.
Brasilien, Allianz mit Argentinien u. Chile 34.
Bratianu, rumän. Kabinett, Demission 11.
Brémond, Major 113. 114. 115. 127.
Breslau, Universität u. Ligue des Unislaves 124.
Brest, Bewegung der Arsenalarbeiter 259.
— Stapellauf des „Jean Bart" 274.
Briand 23. 67. 77. 88.
— Attentat 19.
— Vertrauensvotum 38.
— u. Winzerunruhen 35.
Broqueville, belg. Ministerium 177.
Brüssel, Besuch des Präsidenten Fallières 130.
Bryce 110.
Buchlau 22.
Buffet, André 67.
Bugeaud 182. 183.
Bulgarien u. Albaniens Autonomie 202.
— Geheimkomitee 376.
— u. Griechenland 94.
— Komitees 65.
— Minister 65.
— u. Orientfrage 313.
— u. Österreich 201. 202.
— u. Rußland 201.
— Sobranje 65.
— u. Türkei 93. 310.
— türk Handelsvertrag 76.
— Verfassungsänderung 65. 68. 200. 201. 234. 236.
Bülow, Fürst 11. 267.
Buneau-Varilla 67.
de Bunsen, Sir Maurice, engl. Botschafter in Madrid 377.
Bureau Arabe 184.
Buren und Deutsche 322.
Butler, Dr. Nicholas Murray, Präsident 168. 390.
Buxton, Noel 65.
„Byloje", russ. Monatsschrift 16. 17.

C.

Caillaux, franz. Ministerpräsident 248. 281. 333. 398.
— über Marokkovertrag 383.
— u. Millerand 383.
— Programmrede 209.
— Ministerium 196. 197. 209. 283.
— Vertrauensvotum 330.
Calvert, Albert F., geograph. Schriftsteller 282.
Cambon, Jules, franz. Botschafter 88. 217. 226. 240. 295.
— u. Auswärtiges Amt Paris 333.
— u. v. Kiderlen-Waechter 281.
Campbell Bannerman 163.
Campton Rickett, J. 342. 345.
Canalejas, span. Ministerpräsident 190. 294.
— und seine Gegner 308.
— Ministerium 113. 259.
— — Rekonstruktion 1.
Cancale, Aufstand 102.
Cap Juby 188.
Carnegie, Andrew 56. 132. 169. 390.
Carp, rumän. Ministerium 11.
Casablanca 352. 367.
— Revolte 188.
Cata, Landung engl. Matrosen 371.
Cassel, Sir Edward 39.
Castro 284.
Cavour 176.
Chailar, Pest 10.
Chamberlain, Austin 2. 336.
— Joe 57. 69. 131. 212.
Champ Clark, amerik. Parlamentarier 131.
Chandernagor (Indien) 369.
Charbin, Deutsche Kolonie 10.
— Panik 193.
— Pest 9. 92.
Charmes 175.
Chateaugay, Treffen 1813 153.
Cheradame, André 164. 165.
Chicago, Friedenskongreß 1909 167.
Chile, Allianz mit Argentinien u. Brasilien 34.
China, Abkommen mit Amerika u. Deutschland 42.
— Anleihe 229.
— u. Birma 154.
— deutsche u. engl. Interessen 388.
— u. England, Schiedsvertrag 229.
— engl.-deutsch-franz.-amerik. Konsortium 388.

China u. engl.-russ. Vertrag 364.
— Föderativrepublik 397.
— Handelspolit. Erschließung 363.
— u. Japan 31. 108. 153. 154. 194. 222. 224. 230. 299. 301.
— — Annäherung 129.
— — Intervention 358.
— — Truppenlandung 341. 347.
— u. Indien 154. 359. 362.
— Integrität 363.
— Mandschudynastie, Flucht 320.
— Mandschurei 153.
— militär. Reorganisation 30.
— Ministerium Ching 130.
— u. Mongolei 29. 30.
— nationalist. Erregung 108.
— Nationalversammlung 9. 303.
— Niedergang 231.
— Parlament. Organisation 31.
— Reformen 154.
— Reichsrat und Senat 8.
— Revolution 295. 299. 305. 315. 327. 339. 358. 379.
— — und Ausland 347.
— — Fortschritte 341.
— — Waffenstillstand 361.
— russ. Vertrag v. 1880 30.
— russ.-franz.-engl.-deutsche Allianz 363.
— u. Rußland 62. 129. 193. 194. 195. 202. 215. 221. 222. 299. 301. 361.
— — Konflikt 85.
— — Krieg 47.
— — Streitfragen 45. 46. 315.
— — Verhandlungen 98.
— — Vertragserneuerung 252.
— — Zugeständnisse 108.
— u. Schiedsvertragsfrage 171.
— u. Tibet 397.
— Tibet-Okkupation 359.
— Unruhen in Kanton 121.
— Verfassungseid des Prinzregenten 351.
— Volksheer 193.
— Vorparlament 31.
— Waffenlieferung aus Deutschland 194.
— Wahlgesetz 31.
— Zopfverbot für Beamte 1.
Ching, Prinz, Vorsitzender des chines. Vorparlaments 31.
— chines. Ministerium 130.
Cholmski, russ. Journalist 222.
Christentum u. Islam 152.
Chulundschön 194.
Chunchusenplage 195.
Churchill, Winston 2. 59. 318.
Clauzel 182.
Clémenceau 398.
— u. England 373.
— u. Sir Edward Grey 383.
— Ministerium 78.
Clementi, Affäre 114.
Cochin, Denys, franz. Parlamentarier 21.
Columbia u. Panamakanal 34.
Combes, franz. Politiker 77. 87.
Comeiro, portug. Royalistenführer 275.
Congo Reform Association 385.
Connaught, Herzog 57. 58.
— Generalgouverneur von Kanada 294.
— in Südafrika 6.
Constant, Friedenspreis 73.
Constanza, Besuch des russ. Geschwaders 292.
Contemporary Review 143.
Costa, Affonso, portug. Justizminister 199.
Country Life 148.
Couyba, franz. Minister 210.
Crédit Lyonnais, Abdul Hamids Depotschein 41.
Cruppi, franz. Minister des Auswärtigen 87. 90. 101. 102. 115. 135. 158. 190. 217.
Curzon, Lord 5. 374.
— indische Politik 395.
Cyrenaica 288. 303. 388.

D.

Daily Chronicle 24. 71. 87. 173. 188. 258. 270. 304. 305. 336. 337. 342. 375.
Daily Graphic 295. 296. 297.
Daily Mail 16. 17.
Daily News 82. 83. 89. 309.
Daily Telegraph 4. 24. 120. 137.
Dalai Lama, Rückkehr nach Lhassa 364. 379.
Dalziel, Sir Henry 90.
Damaskus, engl. Offiziere 72.
Dänemark u. Deutschland 343.
Daniels, Dr. 329.
Danilo, Kronprinz v. Montenegro 214.
Dardanellen 162. 304. 339.
— Angriff Italiens 378.
— Blockade 330. 358.
— Frage 376. 388. 389.
Daschkow, Woronzow, Statthalter des Kaukasus 261.

Deakin 25.
Delbrück, Hans, Professor 143. 368.
Delcassé 48. 78. 87. 88. 89. 90. 101. 102. 115. 145. 208. 248. 259. 267. 283. 341. 382. 398.
— Marineminister 210.
— Vertrag v. 1904 175.
Delhi, Einzug des engl. Königspaares 371. 373.
— Hauptstadt Indiens 395.
— Krönungsdurbar 335.
Denissow, Bischof von Mohilew 121.
Dernburg, früherer Kolonialminister 42.
Déroulède, Paul 67.
Deschanel, franz. Parlamentarier 23. 78. 383.
Detschou, Arsenal 194.
Deutsche in Amerika 214.
— und Buren 322.
— und Iren in d. Verein. Staaten 3. 26.
Deutschland, Abkommen mit Amerika u. China 42.
— u. Afrikas Teilung 219.
— aggressive Politik 368.
— Auswärt. Amt u. Lloyd Georges Rede 341.
— Bagdadbahn 73. 99. 164.
— u. bosnisch-herzegowin. Frage 21.
— u. China 42. 230. 388.
— — „Iltis" nach Kanton 121.
— u. chines. Frage 362.
— u Cyrenaica 288.
— u. Elsaß-Lothringen 36.
— elsaß-lothr. Verfassung u. Frankreich 159.
— u. England 149. 332.
— — Annäherung 3. 346.
— — Bagdadbahn 82.
— — Beziehungen 100.
— — Entfremdung 353.
— — Freundschaft 168.
— — Friktion 325.
— — Greys Rede 96.
— — Handel 249.
— — Konflikt 23.
— — Lloyd Georges Rede 241.
— — marokk. Frage 344. 351. 352.
— — Marokkointeressen 218.
— — Mißtrauen 384.
— — Verständigung 4. 128. 290. 297. 318. 319. 326. 354. 373.
— engl. Krieg u. Verein. Staaten 26.
— engl.-amerik.-deutsche Verständigung 144.
Deutschland u. engl.-franz. Entente 3.
— u. engl.-franz. Kriegsbündnis 342.
— u. engl.-franz. Zusammenwirken 134.
— Flotte u. England 343.
— u. Frankreich 73.
— — afrikan. Reich 245.
— — Kolonienaustausch 244.
— — Kompensationsverhandlungen 302. 307.
— — Marokkoabkommen v. 1909 247.
— — Marokkokrisis 246.
— — Marokkopolitik 207.
— — Marokkoverhandlungen 217. 218. 226. 240. 254. 256. 265. 281. 291. 295.
— — Marokkovertrag 321.
— — Seelenfremdheit 370.
— — Vertrag von 1909 217.
— Friedenspräsenzstärke 77.
— und Holland 12.
— u. Japan, Handelsvertrag 226.
— — Kriegsschiffe in Tschemulpo 42.
— u. Italien Mittelmeerfrage 276.
— — Schutz der Italiener in der Türkei 277.
— — Tripoliskonflikt 268.
— Kolonialpolitik, neue Ära 369.
— Kongofragen u. England 385.
— Kongokompensation 282. 334.
— u. Kongostaat 387.
— Kronprinz, Aufnahme in Indien 4.
— u. Marokko 126. 154. 186. 206.
— — Debatte im Reichstag 368.
— — deutsch-französ. Verständigung 20. 21.
— — Frage 312.
— — — u. Frankreich 243.
— — Konflikt 254.
— — Politik 216. 217. 381.
— — Verhandlungen im Reichstage 330.
— Mittelmeer-Interessen 267.
— offene Tür 1.
— öffentl. Meinung gegen Italiens Tripolispolitik 276.
— u. oriental. Krisis 313.
— u. Persien 50.
— polnische Frage 22.
— Presse u. Frankr. 79.
— — u. Wesselitzki 164.
— Reichstagsauflösung 371.
— Reichstagsschluß 361.
— Reichstagsvertagung 312.
— u. Rußland 50. 202.
— — Abmachungen 28.
— — Beziehungen 21. 22. 107.

Deutschland u. Rußland, Freundschaft 4. 362.
— — Persien-Abkommen 246.
— — Politik, Systemwechsel 120.
— — Potsdamer Vereinbarung 11. 12. 48. 114.
— — Verständigung u. Frankreich 20. 21.
— u. Schiedsvertragsfrage 143. 171.
— u. Schweden, Handelsvertrag 121.
— u. Tafts Schiedsverträge 390.
— u. Tripolis-Kompromiß 276.
— u. Türkei 72. 193. 276. 313.
— — Schutz der T. in Tripolis 277.
— Unbeliebtheit im Ausland 144.
— u. Verein. Staaten 42. 137. 213.
— — Schiedsgericht 152. 157. 167. 169. 391.
De Wet, südafrik. Politiker 186.
Djavid Bey 75. 119.
— Rücktritt 139.
— Verabschiedung 147.
Diaz, Porfirio 56. 95. 117. 147. 148.
— Abdankung 153.
— Amtsniederlegung 157.
— Flucht 166.
— Rücktritt 130.
Dickinson, amerik. Staatssekr. 147.
Djibuti 5.
Dillon, Führer der engl. Arbeiterpartei 110. 143.
Ditmar, Korrespondent der Kölnischen Zeitung 42.
Dorpat, Studenten 74.
Doutté, Edmond 182. 184.
Dreibund 389.
— u. England 276.
— u. England u. Frankreich 134.
Dreyfus 67.
Dsungarei 328.
Dublin, irisches Parlament 338.
Duboſt, Antonin 66.
Ducrocq, George 243. 244.
Dumery (Tal der Marne), Winzerunruhen 35.
Dumont, J. L., franz. Journalist 283.
Dundee, Unruhen 394.
Dunschinbao (chines. Zeitung) 194.
Durazzo, Seegefecht 278.
„Dur Elsaß" 36.

E.

„Eber" vor Agadir 226.
Eclair 8. 59. 89. 128. 135. 208. 243. 283. 346. 369. 370. 371. 392. 398.
Eclair de l'Est 257.
Economist 249. 250. 289. 297. 302. 318. 324. 326. 332.
Ecuador u. Panamakanal 34.
Eduard VII., König v. Engl. 58. 78.
— Denkmal in Indien 373.
El Glawi, Berberhäuptling 189. 190. 206. 207.
Elkſar 206. 309.
Elsaß-Lothringen, französ. Kultur 22.
— u. französ. Presse 243.
— Verfassung 36. 159.
El Senussi, Sidi 286. 287. 313.
Empire Review 14.
Enseli, Landung russ. Truppen 356.
Enver Bei 378.
England u. Afghanistan 130.
— u. Afrika 266.
— u. Ägypten 51. 277. 278. 290.
— u. Algecirasvertrag 343.
— u. Amerika 345.
— — Schiedsvertrag 137. 143. 167. 169. 390. 391.
— — Tafts Schiedsvertragsidee 109.
— anarchist. Sozialismus 394.
— anglo-amerik. Schiedsvertrag 27.
— u. Arabien 72.
— Arbeiterorganisationen, Tyrannei 260.
— Arbeiterunruhen 337.
— u. Asien 298.
— auswärt. Beziehungen 50.
— auswärt. Handel 24.
— auswärtige Politik 351.
— u. Australien 101. 151.
— u. Bagdadbahn 72. 99. 164.
— u. Belgien 11. 12.
— u. Cap Juby 188.
— Chamberlainsches System u. Kanada 101.
— u. China 388.
— — Schiedsvertrag 229.
— Unruhen 154.
— deutsch-engl.-amerik. Verständigung 144.
— u. deutsch-franz. Marokkoverhandlungen 226. 265. 383.
— Deutschenfurcht 311.
— Deutschenhetze 143.
— deutscher Krieg u. Verein. Staaten 26.
— deutschfeindliche Haltung 249. 250.
— deutschfeindliche Politik 297. 359. 385. 391. 392.
— — u. Italiens Tripolisvorgehen 392.

England, deutschfeindl. Presseartikel 118.
— — Preßklique 241. 243.
— — Propaganda 289.
— Deutschfeindlichkeit 135. 142.
— deutschfreundl. Bewegung 289. 385.
— u. Deutschland 149. 332.
— — Annäherung 346.
— Bagdadbahn 82.
— — Beziehungen 100.
— — Einkreisung 4.
— — Entfremdung 353.
— — Flotte 343.
— — Freundschaft 168.
— — Friktion 325.
— — Greys Rede 96.
— — Handel 249.
— — Konflikt 23.
— — Kongofragen 385.
— — Lloyd Georges Rede 241.
— — marokk. Frage 344. 351. 352.
— — Marokkointeressen 218.
— — Verständigung 4. 128. 290. 297. 318. 319. 326. 354. 373.
— Diplomatie unter französ. Einfluß 353.
— u. Dreibund 276.
— Eisenbahnergeneralstreik 246.
— u. Euphratgebiet 50.
— Federal Homerule 82.
— Flottenprogramm 110.
— Flottenverstärkung 100.
— u. Frankreich, Abkommen 218. 352.
— — Bagdadbahn 82.
— — Bündnis 345.
— — gegen Deutschland 134.
— — und Dreibund 134.
— — eng verbunden 49.
— — Entente cordiale 4. 20. 250. 325. 326.
— — Gebietsaustausch 369.
— — Geheimvertrag 111.
— — Kombination geg. Deutschland 89.
— — Konvention v. 1862 5.
— — Konvention 356.
— — Kriegsbündnis gegen Deutschland 342.
— — Marokko-Ägypten 331.
— — Marokkopolitik 190.
— — Marokkovertrag v. 1904 330.
— — Maskat, Verhandlungen 5.
— — Militärkonvention 128. 367. 384.
— — militär. Verständigungen 83.
— — Seelenfeindschaft 370.
— — Vertrag 49. 218. 247.
— — Zusammenwirken 134.
England u. franz.-deutsche Marokkoverhandlungen 354.
— französ.-engl. Beziehungen 3.
— franz.-engl. Entente 145.
— u. franz.-span. Geheimvertrag 344.
— Freihandel 70.
— Homerule 25. 100. 175. 270.
— Home Rule all round 128. 163.
— Homerule für Irland 163.
— Homerule-Politik 80.
— u. Japan 4. 223. 307. 345.
— — Allianzerneuerung 174.
— — Anleihe 8.
— — Bündnisvertrag 284.
— — Bündnisvertragsrevision 226. 227. 232.
— — Handelsvertrag 58. 60. 113.
— — Tarif 42.
— jingoistische Kreise 134.
— Inder 70.
— u. Indien 130. 278. 335.
— indische Bahn 18.
— innerpolit. Verhältnisse 2.
— irischer Einfluß 80.
— Irische Frage 2. 3. 68.
— u. Irlands Forderungen 174.
— u. Islam 152.
— u. Italien, Tripolisfrage 296.
— — Tripoliskonflikt 268.
— Juden 55.
— Kalifat in Kairo 39.
— — in Mekka 39.
— u. Kanada 81. 131.
— — Wahlen 270.
— u. kanad.-amerik. Reziprozitätsvertrag 237. 238.
— u. Kapparlament 25.
— Kolonialkonferenz v. 1907 159.
— Kolonialkriege 22.
— Kolonien 69.
— — Sonderinteressen 212. 213.
— u. Kongo 282.
— u. Kongostaat 385. 386.
— Kriege 56.
— Kriegsbereitschaft 384.
— Krönung 130. 163.
— Krönungsfeier in London 204.
— Landarmee u. Frankreich 49.
— Legislaturperiode 79.
— Liberale 68. 80.
— Lords 79.
— u. Marokko 154. 185. 218. 297. 331.
— u. Mesopotamien 72.
— Ministerium, Veränderungen 318.
— Mißtrauen gegen Deutschland 384.

England u. Mittelmeer 295. 298.
— u. Mongolei, Handel 7.
Nationalstreik der Grubenarbeiter 395.
— u. Neuseeland 101. 151.
— Oberappellhof 213.
— Oberhaus, Rechte 68.
— — Reform 59. 79. 130. 133. 148. 150.
— u. oriental. Krisis 313.
— ostafrikan. Kolonien 304.
— u. Panamakanal 34.
— Parlament 58. 68.
— Parlamentsbill 79. 90. 120. 128. 133. 150. 163.
— Parlamentseröffnung 48.
— Parlamentskrise 150.
— Parlamentsschließung 381.
— Peersschub 2. 100. 133. 211. 236.
— u. Persien 5. 94. 112. 182. 232. 239. 252. 273. 288. 310. 311. 340. 348. 374. 375.
— u. pers. Golf 50.
— u. Portugal 191. 199.
— Presse 257.
— Preßhetze gegen Deutschland 251.
— Referendum 24. 80. 133.
— Reichskonferenz 24. 25. 58. 69. 101. 130. 151. 159. 173. 186.
— — u. auswärt. Politik 163.
— — u. Bündnis mit Japan 228.
— — Ergebnis 212.
— — u. Vereinigte Staaten 152.
— Reichsstaatsrat beantragt 160. 161.
— Reichsverteidigung 173.
— Reichszollverband 160. 212.
— rote Gefahr 393.
— u. russische Aktion in Persien 356. 357.
— und russ. Revolutionäre 280.
— russisch-engl. Entente 145.
— u. Rußland 203.
— — Abkommen 13. 14. 154.
— — Okkupation Nordpersiens 343.
— — Persienabkommen 238. 314. 353.
— — Persienpolitik 374.
— — Politik, Systemwechsel 119.
— — Schiedsvertrag 229.
— — Vertrag über China 364.
— Seeprisenbill, Ablehnung im Oberhaus 371.
— u. Schutzzollsystem 24.
— Seemannsstreik 206.
— Sollum, Annexion 388.
— u. Spaniens Marokkoforderungen 377.
— Spionage in Deutschland 112.
England u. Südafrika 101. 130.
— u. Südpersien 72.
— u. Tibet 31. 94.
— Tripleentente 82.
— u. Tripolis 290. 324. 353.
— u. Türkei 93.
— u. Überseestaaten 25.
— Unionisten 59. 68. 80.
— — u. Kabinett Monis 89.
— — u. Referendum 24.
— — Wahlerfolge 393.
— u. Vereinigte Staaten, Clanton-Bulwer-Vertrag 32.
— — Hay-Pouncefote-Vertrag 33.
— — Schiedsgericht 127. 152. 213. 228. 246. 254. 270.
— Verfassungsänderung 60.
— Verfassungsfrage 24. 37.
— Verfassungskrisis 211.
— Vetobill 87. 100. 140. 236. 246.
— Vorzugstarif 70.
— Waffenhandel in Arabien 39.
— Wahlreform 337. 338.
— u. Wilhelm II. 148. 149.
— u. Yemen, Aufstand 39.
— Zweimächte-Standard 168.
Engländer in Amerika 214.
Englisch-deutsche Freundschafts-Gesellschaft 144.
Englisch-franz. Geheimvertrag, Veröffentlichung 351.
Epernay, Winzerunruhen 35.
Erzberger, Reichstagsabgeordneter 307.
Erythrea 304.
d'Estournelles de Constant 66. 132.
Estrada, Präsident von Nikaragua 1.
Euphratgebiet u. England 50.
Europa u. China 339.
— u. Marokko 116.
— u. ferner Osten 232.
Evening-Times 13. 28. 48.

F.

Faber, Kapitän 341. 384.
Faber, Oberst 367.
Fallières, Präsident von Frankreich 88. 124. 197.
— in Brüssel 130.
Faure, Felix 4.
Feng, Befehlshaber der chines. Regierungstruppen 312.

Ferdinand v. Bulgarien 54. 66. 200. 234.
Fez 114. 115. 116. 183. 184. 206.
— Blockade 155.
— französ. Soldaten 344.
— Franzoseneinmarsch 113. 352.
— Moiniers Eintreffen 157.
— Okkupation 189. 382. 383.
Figaro 146.
Finnland 264.
— Landtagseröffnung 48.
— russische „Reformen" 338.
— u. russ. Studentenunruhen 108.
Fisher, Mr. 152.
Fisher, austral. Ministerpräsident 25. 163.
Formosa 224.
France militaire 35. 248. 282. 326. 367.
Franco, ehem. portugies. Minister 14.
Frankreich u. Afrika 266.
— afrikanisches Reich u. Deutschland 245.
— u. Algecirasvertrag 115.
— Algier-Tunis 245.
— u. Amerika, Schiedsvertrag 167. 169.
— anarchist. Sozialismus 394.
— Angriffe gegen Berteaux 112.
— Antimilitarismus 35. 226. 243.
— Arbeiterbewegungen 259. 260.
— Aufstände in Cancale u. Bayonne 102.
— Auswärtiges Amt, Enthüllungen 332.
— u. Bagdadbahn 164.
— Balkan-Unternehmungen 198.
— u. Belgien 11. 12.
— u. bosnisch-herzegowin. Frage 21.
— Chauvinismus 198.
— Delcassisten gegen Pichon 48.
— Deutschfeindlichkeit 142. 371.
— u. deutsch-russ. Verständigung 20. 21.
— u. Deutschland 73.
— — elsaß-lothr. Verfassung 159.
— — Kolonienaustausch 244.
— — Kompensationsverhandlungen 302. 307.
— — Marokkoabkommen v. 1909 247.
— — Marokkoverhandlungen 217. 218. 226. 240. 254. 256. 265. 291. 295.
— — Marokkovertrag 321.
— — Seelenfremdheit 370.
— — Vertrag von 1909 217.
— u. elsaß-lothring. Frage 24.
— u. England, Abkommen von 1899 218.
— — Bagdadbahn 82.
Frankreich u. England, Bündnis 49. 345.
— — gegen Deutschland 89. 134. 342.
— — u. Dreibund 134.
— — Entente cordiale 4. 20. 145. 250. 325. 326.
— — Gebietsaustausch 369.
— — Geheimvertrag 111.
— — Konvention v. 1862 5. 356.
— — Marokko-Ägypten 331.
— — Marokkovertrag v. 1904 330.
— — Maskat, Verhandlungen 5.
— — Militärkonvention 83. 128. 367. 384.
— — Seelenfeindschaft 370.
— — Vertrag 49. 218. 247.
— — Zusammenwirken 134.
— englische Hilfe 249.
— u. engl. Landarmee 49.
— engl.-franz. Beziehungen 3.
— u. finnländ. Frage 24.
— Flotte, Disziplinmangel 283.
— — u. engl. Berichte 248.
— — Kriegsbereitschaft 248.
— — Mißgeschick 274.
— — Verstärkung 385.
— Freimaurerei 198.
— Fremdenlegion 79. 88.
— Geldkultus 114.
— u. Griechenland 20.
— u. Holland, Vlissinger Befestigung 88.
— u. Japan 20.
— in Indien 369.
— innere Politik 196. 197. 198. 210. 319. 320.
— u. irische Frage 24.
— u. Italien 19. 20.
— — Marokko-Tripolis-Vereinbarung 267.
— — Tripoliskonflikt 268.
— Kammer, Budgetberatung 19.
— — Prügelei 216.
— u. Kleinasien 50. 198.
— Kolonialkriege 22.
— u. Kongokompensationen 333.
— u Liberia, Grenzregulierung 19.
— u. Mandschurei 198.
— Marineprogramm 102.
— Marinerevolten 249.
— Marineverwaltung 89.
— u. Marokko 23. 35. 112 126 145. 154. 155. 157. 182. 198. 206.
— — Anarchie 135.
— — Frage 114.
— — Konflikt 254. 255.

Frankreich u. Marokko, Politik 116. 188. 216. 217.
— — — u. Italiens Tripolisangriff 275.
— — Verhandlungen in der Kammer 372. 381.
— — Vertrag, Annahme in der Kammer 390.
— — Vertrag in der Senatskommission 398.
— u. Mesopotamien 50.
— Ministerium 77.
— u. Mulay Hafid, Geheimvertrag 219.
— Orientpolitik 313.
— u. Österreichs Interessen 20.
— u. Persien 50. 198.
— Politik in Wadai 72.
— u. polnische Frage 23.
— Presse 243. 257. 258.
— — Macht 198.
— — u. Marokkokrisis 246.
— Preßhetze gegen Deutschland 251.
— republikan. Gedanke 19.
— russ. Hilfe 249. 252.
— u. Rußland 4. 106. 107. 203.
— — Allianz 13. 14. 20. 22.
— — Politik, Systemwechsel 119.
— — Potsdamer Verständigung 114.
— Sabotage 235.
— Schule u. Kirche 210. 211.
— u. Spanien 20. 135. 190.
— — Differenzen 244.
— — Geheimvertrag 115. 331. 344. 352. 355.
— — Marokko 102. 175. 308. 377.
— Teuerungsunruhen 259.
— Tripleentente 82.
— u. Tripolis 291. 324.
— u. Türkei 20. 267.
— u. Verein. Staaten, Schiedsvertrag 213. 246. 254. 270.
— Wahlreform 198.
— Winzeraufstände 35. 112. 113.
Franz Ferdinand, Erzherzog 1. 75.
Friedenskonvention, internationale 272.
Friedrich der Große 385.
Fullerton, W. Morton, Journalist 134.

G.

Galizien, Kleinrussen 75.
Gambia 5. 369.
Gapon, Priester 180.
Garibaldi, Ricciotti 76.
Gaulois 320.
Gautsch, Frhr. v., österr. Ministerpräsident 205.
— Rücktritt 312.
Gelbe Gefahr 362. 363.
Gensan, japan. Festung 223.
Geoffray, franz. Botschafter in Madrid 377.
Georg V., König v. England 2. 58. 211. 236.
— in Delhi 373.
— u. Herzog v. Connaught 6.
— in Indien 334. 336. 356.
— Krönung 195.
— u. Prinz Heinrich von Preußen 3.
Germanen und Slaven 21.
Gibbons, Kardinal 350.
Gibraltar 295. 296.
— Durchfahrt 355.
— u. Tanger 378.
— Verstärkung der Garnison 190.
Giers, Gouverneur von Kiew 262.
Giolitti, Ministerium 304. 323.
Giornale d'Italia 249.
Gladstone 69.
Gladstone, Herbert 59.
Glavi, marokk. Großwesir, Absetzung 167.
Gneisenau, Feldmarschall 141.
„Gneisenau", deutsches Kriegsschiff, in Hankau 295.
Goiran, franz. Kriegsminister 159. 196.
Goldküste 369.
Golos Moskwy 29. 39. 42. 50. 107. 121. 139. 156. 229. 234. 261. 307.
v. d. Goltz, Generalfeldmarschall 381.
Gothein, Reichstagsabgeordneter307.
Granville Browne, Edward, Orientalist 310.
Grey, Earl 153.
Grey, Sir Edw. 62. 83. 99. 164. 208. 227. 250. 298. 314. 318. 325. 332. 341.
— u. auswärt. Politik 355. 356. 357.
— u. Clémenceau 383.
— u. deutscher Botschafter 353.
— u. deutsch-engl. Beziehungen 96.
— deutschfeindl. Politik 392.
— u. Kapitän Faber 384.
— u. franz.-engl. Entente 326.
— indische Politik 395.
— über Marokkofrage 351.
— pers. Politik 311. 349. 374.

Grey, Sir Edw., Reden 346. 359. 360. 367. 384.
— in der Reichskonferenz 163. 173.
— u. Taft 127.
— über Tafts Schiedsvertragsidee 109.
Griechenland u. Bulgarien 94.
— u. Frankreich 20.
— Kriegsminister, Verhaftung 28.
— Nationalversammlung 28. 167.
— u. Orientfrage 314.
— Rückhaltung 278.
— u. Türkei 310.
— Venizelos' Verfassungsprojekte 94.
— Verfassungsrevision 191.
Grigorowitsch 306.
v. Gripenberg, General 322.
Grouard, Oberst 371.
Guatemala, Syndikat Clare 112.
Guérin, Jules 67.
Guinea 5.
Guinea, Spanisch- 334.
Gutschkow 113. 220. 222. 229. 328.

H.

Haager Konferenz 169.
— Schiedshof 128. 272. 317.
— — u. Tripleentente 36.
Hajashi, Graf 136.
Hakki Bey 75. 119.
Halcombe, Charles, Ehrenmitglied der chines. Reformpartei 305.
Haldane, Armeereform 384. 393.
— Rede 173.
Halil Bey, Minister 58. 75.
Hamburg-Amerika-Linie u. Mexiko 147.
Hamilton, engl. General 231.
Hamon, Kassendirektor des Ausw. Amts in Paris, Verhaftung 113. 333.
Hamon-Rouet, Affäre 114.
Hankau, Erfolge der Revolution 295.
— Rückeroberung 315.
Hannekin—Teheran, Eisenbahn 164.
Hanotaux, Gabriel 333.
Hanji, elsäss. Nationalist 36.
Harcourt 186.
Harden, Maximilian 372.
Hardinge, Lord, Vizekönig v. Indien 17.
Harman, Gouverneur von Ohio 27.
Hassun Karamanli Pascha 304.
Hawai 98. 225. 315.
Hay-Pouncefote-Vertrag 33.
Hedschasbahn 39. 40. 99.
Heemskerk, Ministerium 13.
Heinrich v. Preußen, Prinz, u. Georg V. v. England 3.
Helgoland, Erwerbung 321.
Herbette, Kabinettschef im franz. Ausw. Amt 281. 332. 333.
Herlt, Gustav 72.
Hertzog, südafrik. Politiker 186.
Hirst, F. W. 385.
Hodeida 38.
Holland und Deutschland 12. 343.
— polit. Selbständigkeit 11.
— u. Tripleentente 36.
Honduras, revolutionäre Erfolge 48.
Hongkong 42.
v. Hötzendorf, Konrad, österr. Generalstabschef, Rücktritt 361.
Houndsditch-Affäre 15. 16.
Hugh, Vertreter Australiens 174.
Huysmans 370.

J.

Jackson, Sir John 50.
Jamain, elsäss. Nationalist 36.
Jameson, Leander 163.
Japan u. Amerika 31. 44. 95. 97. 98. 300.
— — Handelsvertrag 77. 136.
— Anleihe in England 8.
— Aufschwung 231.
— u. China 31. 108. 153. 154. 194. 222. 224. 299. 301. 329. 339. 358.
— u. Chinas Anleihe 229.
— — Annäherung 129.
— — Revolution 307. 315. 328.
— u. Deutschland 42.
— — Handelsvertrag 226.
— u. England 4. 42. 223. 307.
— — Allianzerneuerung 174.
— — Bündnisvertrag 284.
— — Bündnisvertragsrevision 226. 227. 232. 252.
— — Handelsvertrag 60. 113.
— u. Europa 44.
— u. europäische Mächte 300.
— u. Frankreich 20.
— Handel in der Mongolei 7.
— u. Hawai 225.
— u. Indien 225.
— Kaiser, Besuch in Peking 230.
— Komuras Rede 41.
— Kontinentalpolitik 224.
— u. Korea 31. 223. 224. 228.
— — Annexion 42. 60.

Japan u. Korea, Aufstand 43. 94.
— Eisenbahnen 43.
— Presse 43.
- korean. Gesandter in Petersburg, Selbstmord 41.
Kriegsflotte 187.
u. Mandschurei 222. 224.
u. Mexiko 97. 117.
— militär. Programm 223.
u. Panamakanal 224.
- u. Philippinen 225.
— u. russ.-chines. Krieg 47.
— u. Rußland 41. 42. 137. 202. 222. 224. 230. 307.
— — Abkommen 44. 130.
— — Annäherung 252.
— — furcht 224.
— — mandschur. Frage 154.
— sozialist. Verschwörung 94.
— Truppensendung nach China 362.
u. Verein. Staaten 187. 223. 228. 229. 315.
Jara, Präsident v. Paraguay 28.
Jaurès, Kommandant der „Liberté" 283. 291.
Jaurès, franz. Parlamentarier 21. 22. 23. 24. 87. 158. 398.
Idshuin, japan. Gesandter in Peking 108.
Jegorew, russ. Sozialdemokrat 105. 138.
Jehad (heiliger Krieg) 278. 287.
Jeramisi, japan. Oberst 307.
Jerebub, El Senussis Hauptstadt 287.
„Jestafii", russ. Kriegsschiff 293.
Jini 258.
Jiutschang, chines. General 295.
Iliodor, russ. Mönch 179. 180. 253. 264. 294.
Imam Jachja Hamiedin, Führer der aufständ. Araber 28. 39. 40. 41. 286.
Imjanpo 194.
Indien 225.
— u. Ägypten 72.
— u. China 154. 359.
u. England 335.
— Französisch- 369.
— Kaiser 58.
— Kaiserproklamierung König Georgs 371.
— Konferenz von Hindus und Brahmanen 17.
— Krönungsdurbar 395.
Indien, Krönungsvorbereitung 278.
— Legislative Council 17.
- Nationalkongreß 17.
- russ.-engl. Bahn 349.
Johannesburg 70.
Journal des Débats 78. 107. 110. 112. 132. 135. 155. 158. 207. 208. 209. 210. 256. 259. 320. 322. 348. 359. 371. 383.
Journal de Genève 366. 383.
Iren in Amerika 214.
— u. Deutsche in d. Vereinigten Staaten 26.
Irland 22.
— u. engl.-franz. Entente 3.
— Homerule 2. 68. 80. 186. 211.
— pekuniäre Leistungen 163.
— Protestanten u. Nationalisten 26.
— Reichsparlament 26.
Isabella, Königin von Spanien 258.
Iskandor Kahlda 286. 287.
Islam u. Christentum 152.
— u. England 152.
— Mobilisierung 268.
The Islamic Fraternity 225.
Issy-les-Moulineaux 196.
Iswolski 6. 22. 104. 106.
— Ansprache an Fallières 14.
— Ära 119.
— u. Dardanellenfrage 376.
Italien u. Afrika 266.
— u. Algeciraskonferenz 276. 285.
— u. Cyrenaika 388.
— Dardanellenangriff 378.
— deutschfeindl. Presseartikel 276.
— u. Deutschland, Mittelmeerfrage 276.
— u. England 276.
— — Tripolisfrage 296.
— u. Frankreich 19. 20. 276.
— — Marokko-Tripolis-Vereinbarung 267.
— u. Österreich-Ungarn 276.
— republikan. Strömungen 102. 103.
— u. Rußland 203. 276.
— u. Spanien, Geheimvertrag 321.
— u. Tripolis 266.
— — Ultimatum an die Türkei 275.
— Tripolis-Annexion 312. 321. 323.
— Tripoliskrieg 303. 366. 378.
— — u. englische Presse 324.
— — Niederlage 320.
— Tripolisunternehmen 285.
— Tripolisvorgehen und Englands deutschfeindl. Politik 392.
- u. Tunis 266.

Italien u. Türkei 267.
— — Bündnis 324.
— — Krieg 275. 314. 339. 358. 388.
Italiener u. Araber, Annäherung 378.
Ito 61.
Juanschikai 299. 327. 328. 339. 358. 379. 397.
— Diktator 315.
— u. Dynastie 347.
— Eintreffen in Peking 330.
— Rückberufung 256.
— Unterhandlungen mit den Revolutionären 390.
Juarez, provisor. Regierung 140.
Juden als Anarchisten 17.
Judet, franz. Journalist 208. 283.
Julang, Prinz v. China 8.
Jussuf Izzedin, türk. Thronfolger, in Berlin 246.
„Ivan Zlatoust", russ. Kriegsschiff 293.
Iwanowski, Prof. 74.
Izoulet, Professor 302. 371.

K.

Kabul 155.
Kabylen u. Spanier, Friedensschluß 351.
Kafilat, Zusammenkunft arab. Fürsten 40.
Kairo, Garnison 52.
— Kalifat 39.
— Offiziere 51.
Kalgan, chines. Eisenbahn 221.
— Zweigbahn von Peking 29.
Kalifornien, Anarchie 153.
Kaliobko, Chef der Kiewer Geheimpolizei 262.
Kalkutta 17.
Kamerun und Kongo 307. 382.
Kamerun, Groß- 323.
Kanada 6. 70.
— amerikan. Eisenbahnpolitik 81.
— — Reziprozitätsvertrag 35. 81. 82. 101. 113. 143. 160. 172. 237.
— Emanzipationsbewegung 152.
— Flotte 82.
— Handelspolitik 160.
— Hilfeleistung bei engl. Krieg 212.
— Konservativer Wahlsieg 265. 269.
— Kriegsflotte u. Miliz 160.
— Krönungsfeier 152. 153.
— u. Reichskonferenz 173. 186.
— Selbständigkeit 71. 127.
Kanada u. Verein. Staaten 56. 58. 70. 131.
— — Handelspolitik 81.
— Wahlen 269.
Kanton, Aufstand 154.
— revolutionäre Bewegungen 113.
— Unabhängigkeitserklärung 330.
— Unruhen 121.
Karikal (Indien) 369.
Kaschkar 221.
Kassso, russ. Minister für Volksaufklärung 65. 75. 84. 126. 253. 269.
Kaswin, russ. Truppen 350. 374.
Katsura 153.
Kiamil Pascha 365.
v. Kiderlen-Waechter, Staatssekretär 72. 73. 208. 226. 240. 265. 295.
— in der Budgetkommission des Reichstags 341. 382.
— u. Jules Cambon 281.
Kiel, Untergang des Unterseeboots U III 19.
Kiew, Attentat auf Stolypin 256.
— Gouvernement 63.
— Juden, Flucht 269.
— Ochrana, Revision 293.
Kjochto-Urga, Eisenbahn 221.
Kitchener, Lord 50. 290.
Kladderadatsch 181.
Kleinasien u. Frankreich 50.
Klofac, tschechischer Abgeordneter 142.
Klondyke, Schiedsspruch 152.
Knox, amerik. Staatssekretär 98.
— Projekt 195.
Kobdo, chines. Kreis 46.
— russ. Konsulat 108.
Kobe 42.
Kokowzew, russ. Finanzminister 106. 265. 269. 278. 288. 293.
— Programmrede 338.
— u. russ. Juden 318.
Koelble, deutsch-amerik. Bürger 390.
Kölnische Zeitung 4. 292. 306. 309. 384.
Kolokol 180.
Komura, Graf 41. 43. 60.
— Tod 351.
Kongo, französ. 255. 353.
— Kompensation 282. 302. 307. 323. 333. 381.
Kongostaat, Annexion durch Belgien 385.
— belg. Waffenhandel 387.
— Vorkaufsrecht 240.

Kongostaat, Zwangsarbeit 386.
Konstantinopel, Brände 48. 236. 240.
— Eintreffen des Khedive 167.
— Kaiserfahrt 276.
Kooperative Assoziation Ostasiens 299. 300.
Kopp, Kardinal 124. 140.
Kossowo, Albanesendemonstration 192.
v. Kotten, Chef der Petersburger Geheimpolizei 262.
Koweit 99.
Korea 31. 223. 224. 228.
— Abdankung des Kaisers 43.
— antijapan. Bewegung 43.
— Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit 42.
— Eisenbahnen 43.
— Erhebung gegen Japan 94.
— jap. Protektorat 60.
— internat. Vereinbar. 61.
— nationale Presse 43.
— Zolltarif 61.
Kramarsch 52. 53.
Krapotkin, Fürst 264.
Kreta, Demission der Regierung 303.
Kreuzzeitung 138. 212. 249. 323.
Kroatien, Landtagsauflösung 321.
Kronstadt, Studentinnen u. Matrosen 105. 106.
Kuba, Erhebung 98.
— Frage 170. 272.
Kufra, Oase 287.
Kuldscha 30. 47.
Kung, Prinz v. China 8.
Kupruli, Eisenbahnattentat 376.
Kurdistan 306.
Kwangsü, Kaiser von China 327.

L.

La Folette, amerik. Präsidentschaftskandidat 132. 380.
Lagone 334.
Lahasusu 194.
Lancashire, Arbeiterstreik 394.
Lanessan, franz. Admiral 310.
Langlois, H., franz. General 230.
Lansdowne, Lord 130. 133. 237. 298. 337. 395.
— Reformprojekt 148. 150.
Larrasch 206. 309.
— Besetzung durch die Spanier 177. 246.
Lascelles, Sir Franc 290.
„Lateinische See" 295. 298.
Laurier, Sir Wilfrid 25. 56. 131. 153. 172. 173. 186. 212. 213.
— Niederlage 269.
— Oppositionsführer 270.
Law, Bonar, Unionistenführer 330. 336. 338.
— u. Verlegung der indischen Residenz 395.
Lebrun, Kolonialminister 382.
Lecoffre 348. 364.
Leipzig, Spionageprozeß 384.
Leishman, John, amerik. Botschafter in Berlin 246.
Leopold II., König v. Belgien 240.
Leroy Beaulieu, Paul 302.
Lesbos 304.
Letten u. Sozialrevolutionäre 250.
Leupp, Francis E. 379.
Li, General, Präsident der revolut. Regierung Südchinas 351.
Liatschoff, russ. Oberst 311.
Liberia 369.
— Grenzregulierung 19.
„Liberté", franz. Linienschiff 265.
— Untergang 274. 282. 291.
Lidji Jassu, König von Abessinien 140.
Ligue des Unislaves 122. 123.
Lihjeankung, Führer der chines. Revolution 327.
Lincoln 273.
v. Lindequist, Staatssekretär, Rücktritt 321. 333.
Lissabon, Versammlung in der englischen Gesandtschaft 199.
Lister, K., britischer Gesandter in Marokko 188.
Liutschang 312.
Liverpool, Unruhen 394.
Lloyd George 2. 69. 318.
— Rede 241. 331. 341. 342. 353. 384.
Lodge, amerik. Senator 273.
London, Asylrecht 16.
— Ausstand der Docker 265.
— Frauenrechtlerinnen-Demonstration 188.
— Fremdenstatistik 16.
— Hooligans 393.
— Juden 55.
— Konferenz protestant. Geistlicher 152.
— Krönungsfeier 195. 196. 204.
— Moslem league 17.
— Russifizierung des Ostendes 17.
Londoner Traktat v. 1871 358.

Young, Walter, Unionist 336.
Lorient, Stapellauf des „Courbet" 274.
Lorraine Sportive 19. 24.
Louis, Georges, Botschafter in Petersburg 333.
Lukianow, Oberprokureur 179. 180.
Luneville 257.
Luzzatti, ital. Ministerium 48.
— Demission 104.
Lyttelton, Alfred, Rede in Selkirk 59. 289.

M.

McClures Magazine 144.
McCumber, amerik. Senator 172.
McKenna, erster Lord der Admiralität 290. 318.
Mackenzie, Donald 188.
Madagaskar 247. 353.
Madero, mexik. Rebellenführer 117. 147. 148. 153.
— Präsident von Mexiko 275.
Magdalenenbai 97. 98. 117. 273.
Mahé (Indien) 369.
Mahomed Ferid Bey 52.
Mahomet-Abdalla, türk. Abgeordneter 40.
Makarow, russ. Minister des Innern 269. 293.
Malo, Charles, Journalist 112. 371.
Malta, engl. Marinestation 52. 295. 296.
Manchester Guardian 297.
Mandschudynastie 358.
Mandschurei 29. 153. 299. 328.
— Frage 193. 194. 222. 224.
Mandschuria, Post 10.
Mangin, franz. Oberst 189.
Mangon 194.
Mariaviten 86.
Markow II., Mitglied des russ. Adelskongresses 84. 280.
Marokko 23. 126.
— Ägypten 346.
— deutsch-franz. Verhandlungen 217. 218. 226. 227. 291. 295.
— deutsch-franz. Verständigung 20. 21.
— u. Deutschland 206.
— Frage 154. 155. 185. 198. 206. 244. 329. 330. 331. 352.
— u. Frankreich 35. 135. 182.
— Frankreichs Patronat 265.
— Frankreichs Vormachtstellung 255.
Marokko, Frankreichs Vorrücken 145.
— Franzosen in Fez 113.
— franz. Kriegsmacht, Verstärkung 112.
— französ. Verluste 146.
— Integrität 116. 175.
— Kabylen gegen Spanien 190.
— Kompensationen 307. 312.
— Konflikt 254.
— Moiniers Eintreffen in Fez 148.
— offene Tür 247.
— u. Schiedsvertragsfrage 171.
— u. Spanien 136. 177. 258.
— Teilung 115. 344.
v. Marschall, Freiherr, Botschafter in Konstantinopel 288.
Marty, Bischof von Mantauban 210.
Maskat 5.
Masterman, engl. Staatssekr. 59.
Matin 67. 79. 116. 251. 307. 308. 344.
Maura, G., span. Abgeordneter 136.
Mazedonien, Agitation der Komitatschis 41.
— Aufstand 93.
— Bandenwesen 54. 233.
— bulgar. Komitee 376. 388.
— Reformen 165.
— revolutionäre Bewegung 226.
— Unruhen 76.
Mekines 183. 206.
Mekka, Kalifat 39.
— Wallfahrt des Khedive Abbas Hilmi 39.
Melilla 11. 259.
Menschikow, russ. Publizist 52. 156. 180. 181. 306. 362. 363. 364.
Meschtscherski, Fürst 293.
Mesopotamien, engl. Agitation 72.
— u. Frankreich 50.
— Unruhen 99.
Messimy, franz. Minister 210.
Meulemans, Affäre 114.
Mexiko, amerikan. Intervention 147.
— Aufstand 96.
— Diaz' Amtsniederlegung 157.
— — Flucht 166.
— — Rücktritt 130.
— Empörung gegen Porfirio Diaz 95.
— Friedensverhandlungen 121.
— Friedensvertrag zwischen Madero u. Porfirio Diaz 148.
— u. Hamburg-Amerika-Linie 147.
— u. Japan, Traktat 97.
— — Vertrag 117.
— Juarez, Eroberung durch die Rebellen 147.

Mexiko, Mobilisierung amerik. Truppen 87.
— Revolution 56.
— — Ende 153.
— — Erfolge 38. 48.
— u. Vereinigte Staaten 95. 97. 117. 132.
— — Verwicklungen 112.
— Verfassung, Sistierung 96.
— Waffenstillstand 117.
Meyendorff, Friedrich Baron 139.
Midlands, Arbeiterausstände 337.
Militärisch-politische Korrespondenz 143.
Militarismus u. Sozialismus 231.
Miljukow, russ. Parlamentarier 104. 107.
Millerand 67. 398.
— Erfolg in der Marokkodebatte 383.
Millet, Philippe, Korrespondent des „Temps" 81.
Millet, René, franz. Kolonialpolitiker 244.
Minsk, Gouv. 63.
Minto, Lord 154.
Miuschkowicz, Lazar 215. 219.
Moghrebel Aksa 219.
Mohammed V., Sultan 38.
— u. der heilige Krieg 288.
— Reise nach Mazedonien 192.
— Reise nach Saloniki 167.
— Reise nach Syrien u. Palästina 192.
Mohammed Ali, Exschah von Persien 233. 284. 310. 314.
— in Astrabad 236.
— Erfolge auf pers. Boden 246.
— Niederlage 246. 273.
— Restituierung 356.
— Rückkehr 238.
— u. Rußlands Unterstützung 348.
Mohammed Barakatullah of Bhopal, Redakteur von „The Islamic Fraternity" in Tokio 225.
Mohilew, Gouv. 63.
Mohonk Lake 168. 169.
Moinier, General 113. 148. 183. 185. 196. 207.
— in Fez 157.
Moissie, Affäre 320.
Monako, Verfassung 11.
Mongolei 252. 306. 328. 364.
— Autonomie 316.
— u. China 29. 30.
— Eisenbahnen 221.
— Popows Expedition 7.
Mongolei, russ. Aktion 347.
— Unabhängigkeitserklärung 379. 389.
Monis, Ministerpräsident 77. 115. 135. 158. 159.
Kabinett 87. 88. 101. 102. 259.
— u. engl. Unionisten 89.
Marokkopolitik 207.
Sturz 196.
— Verwundung 155. 196.
Monroedoktrin 127. 170. 272.
Montana, Versammlung in der Universität 213.
Montenegro u. Albanesenaufstand 192.
— u. Albanien 233.
— — Autonomie 202.
— u. Balkankrieg 251.
— kriegerische Stimmung 176. 199.
— Mobilisierung 216.
— u. Orientfrage 313.
— Rückhaltung 278.
— u. Türkei 165. 182. 214. 219. 310.
Montesquieu 183.
Moreaux, Kapitän 190.
Morel, E. D. 309. 343. 345. 386.
Morning Post 24.
Morris, Edward, Vertreter von Neufundland 25.
Mosambik, monarch. Unruhen 113.
Mosgrave, Charles E. 8.
Moskau, Adelskongreß 83.
— Anarchistenverhaftungen 293.
— Professoren 74.
— Studentenunruhen 91.
Moslem league in London 17.
Mosul, Aufstand 38.
Moysset, Henri 371. 372.
Mukden, Kriegsschule 193.
Mulay Hafid, Sultan von Marokko 114. 145. 177. 185. 189.
— u. franz. Protektorat 158.
— Geheimvertrag mit Frankreich 219.
de Mun, Graf, franz. Deputierter 381. 382. 383.
Mytilene 304.

N.

Nanking, Schlacht 347.
Napoleon I. 196.
Nasrul Mulk, Regent von Persien 87. 94. 238. 239. 356.
— Rücktritt 349.
Natal, Einwanderung von Indern 17.
„Nation" 82. 298.

National Review 134.
Natong, Mitglied des chines. Reichsrats 8.
Negrier, franz. General 305.
Neidthardt, russ. Senator 91.
Neratow, Sasonows Vertreter 279. 292. 375.
— Note 181. 182.
Neue Freie Presse 289.
„Neues Leben" (Charbiner Zeitung) 194.
Neues Wiener Tagblatt 244.
Neu-Hebriden 369.
Neuseeland 70.
— u. England 101. 151.
— Miliz 160.
— u. Reichskonferenz 173. 186.
New Foundland u. Verein. Staaten, Reziprozitätsvertrag 270.
New York, jüd. Meeting 54.
— Massenmeeting in Carnegie Hall 390.
New York Herald 31.
New York Times 326. 390.
Ngoko Sangha-Gesellschaft 309.
Nicholson 250.
Nikaragua, Estrada, Präsident 1.
— Revolution 58.
— Kanal 32.
Nikolaus, König v. Montenegro 176. 215. 219. 251.
Nikolaus I., Kaiser von Rußland 112. 203. 308.
Nikolaus II. 83. 107. 263. 269.
Ninguta 193.
Nobelstiftung, Friedenspreis 66.
Norddeutsche Allgemeine Zeitung 126. 146. 206.
Normandie, Milleniumsfeier 176.
Normans, Sir H. 385.
North American (Philadelphia) 380.
Northumberland, Arbeiterausstände 337.
Nowoje Wremja 7. 11. 18. 43. 46. 47. 53. 66. 75. 85. 93. 108. 109. 111. 136. 137. 138. 143. 156. 181. 186. 193. 194. 195. 200. 201. 202. 203. 204. 215. 217. 220. 222. 240. 251. 253. 262. 263. 269. 288. 293. 299. 301. 306. 307. 315. 316. 317. 328. 349. 356. 357. 364. 368. 374. 377. 389. 396.

O.

Obraszow, russ. Parlamentarier 105. 106.
O'Connor 80. 81.
Okuma, Graf 136.
Olney-Pouncefote-Vertrag 110.
Oman, Sultan von 5.
Orangia Unie 186.
Orenburg, Pest 57.
Orient, ferner 215. 220. 232. 315.
— ewig. Frieden 60.
— Frage 182. 268. 313.
— naher 276. 347.
Orlowski, A., Graf 122. 123. 140.
Orth, Johann (Erzherzog Johann) 130.
Osborn, Chase, Gouverneur von Michigan 172.
Osten-Sacken, Graf, russ. Botschafter in Berlin 4.
Österreich, Abgeordnetenhaus, Auflösung 113.
— u. Albanien 200. 202.
— u. Bosnien u. Herzegowina 22.
— u. bosnisch-herzegowin. Frage 21.
— u. Bulgarien 201.
— Deutsche u. Tschechen 142.
— Flotte 298.
— u. Frankreich 20.
— innere Politik 205.
— u. italien.-türk. Krieg 303.
— u. Kleinrussen 75.
— u. Orientfrage 313.
— u. Polen 52.
— Reichsratswahlen 177.
— u. Rußland 202.
— u. Türkei 192.
— u. Ukraine 52.
Ottawa 57.
Outlook 27. 271. 350. 379. 380.

P.

Paasche, Reichstagsabgeordneter 307. 308.
Panama 272.
— Vertrag mit Verein. Staaten 33.
— Kanal 27. 33. 97. 170. 224. 232.
— — Befestigung 32. 56.
Panrussismus 263. 264.
„Panteleimon", Flaggschiff des russ. Geschwaders 292.

„Panther", Kanonenboot 216. 217. 218. 246. 342. 346.
— Sendung nach Agadir 206. 207. 208.
Paraguay, Staatsstreich 28.
Paris, Sozialrevolutionärer Kongreß 250. 261. 279.
— Nationalfest v. 14. Juli 235.
Parker, amerik. Unternehmer 195.
Parroy 257.
Paschitsch, serb. Kabinett, Demission 206.
Patrie 79. 257.
Pearl Harbor (auf Hawai), Befestigungen 32.
Peary, Admiral, Niederlage 1813 153.
Peking, Aufstand 320.
— Besuch des japan. Kaisers 230.
— Militärschule 193.
— Zweigbahn nach Kalgan 29.
Persiani, Direktor im russ. auswärt. Amt 396.
Persien, deutsch-russ. Abkommen 246.
— u. Deutschland 50.
— u. England 5. 112. 348.
— Englands Ultimatum, Annahme 390.
— englische u. russische Politik 310.
— engl. Straße nach Beludschistan 389.
— u. Frankreich 50.
— Kabinett, Demission 390.
— Krise 373.
— Kurdenunruhen 375.
— Mohammed Alis Erfolge 246.
— — Niederlage 273.
— — Rückkehr 238.
— Prätendenten, Niederlagen 280.
— Regent 6.
— — Politik 112.
— — Rückkehr nach Teheran 216.
— — Vereidigung 87.
— russ. Politik, Schwenkung 314.
— russ.-engl. Abkommen 357.
— russ.-engl. Interessengemeinschaft 252.
— russische u. engl. Politik 310.
— u. Rußland 50. 112. 357.
— Rußland für Mohammed Ali 348.
— Rußlands Ultimatum 351. 364.
— Rußlands zweites Ultimatum 361. 396.
— Salar ed Daulehs Niederlage 341.
— u. Schiedsvertragsfrage 171.
— Schuldverhältnisse 94.
— Südpersien u. England 72.
— Teilung 340.
— Unruhen u. Kämpfe 246.
— Waffenhandel 94.
Persien, Wirren 232.
Persischer Golf 5. 306.
— u. England 50.
Peter, König, in Rom 76.
Petersburg, Anarchistenverhaftungen 293.
— Selbstmordstatistik 92.
— Stadtverwaltung, Revision 91.
— — Unterschleife 75.
— Studenten 68. 74.
— Universität 58.
— Verhaftung von Sozialrevolutionären 204.
Petersburger Zeitung 234. 293.
Philippinen 98. 225. 315.
Pichon, franz. Minister 19. 21. 22. 23. 48. 49. 50. 83. 87. 111. 164. 217. 382. 383.
— über Marokko 35.
— Rücktritt 78.
Portugal, Bürgerkrieg 310.
— u. England 191.
— innere Verhältnisse 235.
— Kirchenpolitik u. Mächte 199.
— Krisis 166.
— Monarchistenmißerfolge 294.
— Parteileben 102.
— Republik 14. 15.
— — Anerkennung 199.
— — Proklamierung 191.
— Revolutionsmuseum, Eröffnung 15.
— Royalisten, Einfall 275. 283.
— Todesstrafe, Abschaffung 246.
— Trennung von Kirche u. Staat 113.
Podolien, Gouv. 63.
Poklewski, russ. Gesandter in Teheran 376.
Pokuwski Kosel, russ. Gesandter in Teheran 314.
Polen, Frage 22.
— Orlowskis Agitation 140. 141.
— u. Österr. 52.
— u. Preußen 123.
— Rekonstituierung 123.
— und Russen 234.
Politische Telegraphen-Agentur 153.
Pondicherry (Indien) 369.
Pont-de-l'Arche, Eisenbahnattentat 210.
Popow, Oberst 7.
Portsmouth 258.
„Post" 256.
Postkongreß, internat. 130.

„Potemkin", russ. Kriegsschiff, Meuterei 292.
Potsdam, Steubendenkmal 246.
Potsdamer Vereinbarungen 72. 254. 279.
Power, kanad. Senator 153.
Preiß, elsäss. Politiker 36.
Preußen und Polen 123.
— Polnischer Aufstand 1863 369.
Preußische Jahrbücher 143. 329. 368.
Preveja, Seegefecht 278.
Prieto, Garcia, span. Minister des Auswärtigen 377.
Prinetti 266.
Pruschtschenko, Kurator des Dorpater Lehrbezirks 269.
Purischkewitsch, russ. Politiker 83. 84. 293.

R.

Racconigi, Zusammenkunft 276.
Recouly, Raymond, amerik. Staatsmann 72. 101. 115.
Redmond 3. 26. 174.
Regnault 281.
Reinbot, General, Prozeß 254.
— Verurteilung 177.
Renkin, belg. Kolonialminister 386.
Rennes, Normannenfest 176.
Resicht 356.
— Kämpfe mit russ. Truppen 396.
Review of Reviews 144.
Revue des deux mondes 175. 305.
Revue hebdomadaire 333.
Revue internationale 243.
Revue politique et parlementaire 72. 115. 182.
Rjetsch 107.
Rifaat 75.
Riga, Anarchistenversammlung 293.
Rigaer Tageblatt 294.
Roberts, Lord 155.
— Rede 384.
Rogow, M. J., Redakteur der „Nowoje Wremja" 261.
Rolandshay, Lord 164.
Rom, Denkmalsenthüllung 175.
— internat. Postkongreß 130.
Roosevelt, Theodore 27. 33. 54. 132. 254. 379. 380.
— u. amerik. Judentum 380.
— in Berkeley 118.
Roosevelt gegen Judeneinwanderung 317.
— u. Kathol. Kirche 350.
— u. Taft 271. 273. 350.
Root, Elihu, früherer amerik. Staatssekretär 169.
Roseberry, Lord 2. 59. 79.
Rossija 269.
Rosyth 392.
Roubaix, Turnfest 211.
Rougeaud, Albon 51.
Roume 72.
Rumänien, Bratianu, Demission 11.
— Carp, Ministerium 11.
— u. Rußland 202.
Russen und Polen 234.
Rußland, Adelskongreß in Moskau 83.
— u. Amerika, Handels- u. Schiffahrtsvertrag 317.
— u. amerik. Juden 389.
— Anarchismus 263.
— Antisemitismus 86. 317.
— Arbeiterversicherung 63.
— u. Asien 181. 298.
— u. Bagdadbahn 21. 164.
— u. Balkanstaaten 165. 251.
— Bauern 63. 64.
— Budget 318.
— u. Bulgarien 201.
— u. China 62. 129. 193. 194. 195. 221. 222. 299. 301. 306. 339. 359. 361. 379.
— — Anleihe 229.
— — Beziehungen 18.
— — Konflikt 85.
— — Krieg 47.
— — Revolution 328.
— — Streitfragen 45. 46. 315.
— — Ultimatum 68.
— — Verhandlungen 98.
— — Vertragserneuerung 252.
— — Zugeständnisse 108.
— u. chines. Grenzmarken 328. 329.
— chines.-mongol. Angelegenheiten 29.
— u. chines. Übergriffe 215.
— chines. Vertrag v. 1880 30.
— Cholera 57.
— Dardanellendurchfahrt 365.
— Deutschenhaß 43. 141.
— u. deutsch-franz. Marrokkoverhandlungen 226.
— deutsch-russ. Verständigung u. Frankreich 20.
— u. Deutschland 50.

Rußland u. Deutschland, Abmachungen 28.
— — Beziehungen 21. 22. 107.
— — Freundschaft 4. 362.
— — Persien-Abkommen 246.
— — Potsdamer Vereinbarung 11. 12. 48. 114. 164.
— Duma 63.
— — Budgetberatung 104.
— — Ferien 165.
— — letzte Session 253.
— — Verlängerung 390.
— — Vertagung 1.
— u. England, Abkommen 13. 14. 151. 238. 314. 353.
— — Parlamentarierbesuch vertagt 139.
— — Schiedsvertrag 229.
— — Vertrag u. China 364.
— engl.-russ. Entente 145.
— u. Europa 181.
— u. Finnland 264.
— Finnlandpolitik 18.
— Finnlandvorlage 338. 339.
— u. Frankreich 4. 106. 107. 252.
— — Allianz 13. 14. 20. 22. 329.
— — Bündnis u. Marokkokrieg 251.
— — Potsdamer Verständigung 114.
— und gelbe Gefahr 220.
— Getreideausfuhr aus dem Schwarzen Meer 285.
— Gewissensfreiheit 166.
— u. Greys Rede 368.
— Gutsbesitzer 64.
— u. Japan 137. 182. 222. 221. 230. 252. 307.
— — Abkommen 44. 130.
— — Bündnis 329.
— — Krieg 42.
— — mandschur. Frage 154.
— — Politik 41.
— Jesuitenorganisation 121.
— Jesuitenpropaganda 139.
— indische Bahn 18.
— innere Fragen 279. 329. 338.
— Intendanturprozeß 203.
— Judenflucht 269.
— jüd. Bevölkerung, Unzufriedenheit 120.
— Kleinrußland 53.
— u. Korea, Handel 42.
— u. korean. Verhältnisse 41. 42.
— Leibeigenschaft, Aufhebung 91.
— Lettische Revolution 17.
— u. Mächte 202. 203.
— u. Mandschurei 193. 222. 328.
Rußland, Mariaviten in Polen 86.
— u. Marokkofrage 154. 251. 254.
— materieller Fortschritt 92.
— u. Mohammed Ali 240. 310. 314.
— u. Mongolei 347. 389.
— u. Montenegro 192.
— Nationalist. Strömung 65.
— Nihilismus 92.
— Ochrana 280.
— u. Orientfrage 182. 278. 313.
— u. Orient, naher 307.
— u. Ostasien 220.
— u. Österreich 52.
— — Aehrenthalsche Note 192.
— Ostseeprovinzen 339.
— u. Persien 50. 94. 112. 182. 232. 238. 239. 252. 273. 280. 314. 328. 329. 340. 348. 357.
— — Kämpfe 396. 397.
— Persienpolitik u. England 356. 374.
— u. Polen 122. 124.
— Polen in der Duma 141.
— polnischer Aufstand 92.
— polnische Frage 22.
— polnisch-kathol. Aktion 122.
— u. Portugal, Anerkennung der Republik 283.
— Prinzipienfragen 156.
— Regierung gegen kathol. Geistliche 121.
— Reichsrat, Opposition 106.
— Reorganisation 251.
— republikan. Gedanke 19.
— Residenzverlegung 203.
— Revolution, Vorbereitung 250.
— Revolutionäre u. Frankreich 251.
— revolutionäre Umtriebe 138.
— russisches Konzil 122. 123. 165.
— Selbstmordstatistik 92.
— Semstwos 63.
— — in den Westprovinzen 113. 120. 121.
— Senatorenrevisionen 75. 177. 178. 264.
— Sozialrevolutionäre 261. 262.
— — Kongreß in Paris 250.
— Spionageaffäre 156.
— Stolypins Politik 138.
— Studenten 65.
— Studentenunruhen 74. 83. 91.
— — Vorgeschichte 107.
— Studentinnen u. Matrosen 105.
— u. Tibet 31. 94.
— Tibetexpedition 252.
— Tripleentente 82.
— und Tripolisfrage 292.

Rußland u. Türkei 165. 182. 200. 306. 328.
— persische Grenzrichtung 389.
Universitäten, Maßregelungen 125.
– Universitätsfrage 84. 85.
– u. Verein. Staaten, Handelsvertragskündigung 381.
– Verfassung 263. 264.
– Volksschulwesen 63.
– Westprovinzen 74.
Rykow, Sozialrevolutionär 261.

S.

Sabler, Oberprokureur des hl. Synods Rußlands 140. 156. 165. 180.
Said Pascha, Großwesir 275. 305. 365.
de Saint Auban, Emil 369.
Sajonji, japan. Ministerium 246.
Salar ed Dauleh, pers. Prätendent 233. 273.
— Niederlage 341.
Salisbury, Lord 132.
Saluces, Lur 67.
Samyslowski, russ. Parlamentarier 105.
Sana (Yemen) 38.
SanFranzisko, Befestigungen 32.
Sangha 334.
— Sümpfe 382.
San Giuliano, ital. Minister 267. 285. 286.
Sani ed Dauleh, pers. Kriegsminister 232.
Sasonow, russ. Minister 14. 98. 104. 106. 119. 138. 164. 165. 278. 292.
– Beurlaubung 167.
– u. Dardanellenfrage 388.
— Interview 389.
– persische Politik 389.
— Rückkehr 375.
Schanghai 42.
Scharassume, chines. Stadt 46.
— russ. Konsulat 108.
Schari 334.
Schewket Pascha, türk. Kriegsminister 39. 75. 119. 129.
— Vertrauensvotum 330.
— Verwundung 240.
Schidlowski, Oktobrist 104.
Schiedsgerichtsfrage 23. 143. 144. 152.
Schiedsvertragsfrage 167. 169. 213.
Schollaert, belg. Ministerium, Demission 177.
Schotten in Amerika 214.
Schottland, neue Flottenbasis 392.
— Homerule 80. 128. 211.
Schwarzes Meer, Rußlands Getreideausfuhr 285.
Schweden u. Deutschland, Handelsvertrag 121.
— Rücktritt des konservat. Ministeriums 275.
— u. Rußland 202.
Seattle, Befestigungen 32.
Selkirk 289.
de Selves, franz. Minister des Auswärtigen 210. 226. 281. 333. 372. 398.
— u. Marokkodebatte 382. 383.
Semipalatinsk 221.
Semschtschina 203.
Sepechdar, pers. Ministerpräsident 232.
Seraphin, Bischof von Podolien 181.
Serbien u. Albaniens Autonomie 202.
Serdar Assad, Führer der pers. Revolution 233.
Shuster, Morgan, amerik. Finanzmann in Persien 232. 239. 310. 348. 349. 350. 364.
— Affäre 357.
— Entlassung 356.
Siècle 310.
Sierra Leone 369.
Simers, amerik. Commander 26.
Sirnis, Alexander 280.
Siu Shetschung, Mitglied des chines. Reichsrats 8.
Siu Tschangpe 8. 9.
Slaven und Germanen 21.
Slavischer Journalistenkongreß 234.
Solf, Dr., Staatssekretär des Reichskolonialamts 390.
Soliman Pascha, Militärgouverneur v. Assir 93.
Sollum, Annexion 388.
— Besetzung 390.
— Vertrag 392.
Somaliland, französ. 304.
Sonjatsen, Organisator der chines. Revolution 299. 305.
Sorb, franz. Hauptmann 371.

Sóul 60.
Sozialismus u. Militarismus 231.
Spanien u. Algecirasvertrag 344.
Belagerungszustand 256.
u. England 377. 378.
u. Frankreich 20. 135. 190.
— — Differenzen 244.
— Geheimvertrag 115. 331. 344.
— Marokko 175. 308.
— — Verhandlungen 377.
u. Italien, Geheimvertrag 321.
u. Kabylen, Friedensschluß 351.
Kämpfe im Rif 246.
König u. revolutionäre Elemente 102.
u. Marokko 136. 177. 185. 190. 206. 216. 258. 308.
— Besetzung von Larasch 246.
— Erfolge 102.
u. portugies. Republik 191.
revolutionäre Bewegung 294.
Spithead, Flottenparade 195.
Standard 26. 48. 49. 54. 60. 61. 109. 110. 127. 146. 151. 155. 162. 172. 175. 199. 204. 216. 218. 248. 249. 277. 279. 280. 282. 286. 296. 337. 393.
Stawbulowski, bulgar. Bauernbundführer 200.
Stead, Friedensapostel 144.
Steeg, franz. Minister 210.
Stein, südafrik. Politiker 186.
Stemrich, Unterstaatssekretär, Tod 303.
Stimson, amerik. Staatssekr. 147.
Stischinsky, russ. Abg. 74.
Stocks, Affäre 252.
Stoffers, G., aus Düsseldorf 342. 343. 345.
Stokes, C. V., Major der ind. Armee 310. 348.
Stolypin, russ. Min. 63. 64. 71. 106. 107. 120. 121. 253. 254.
— Attentat 260.
— Demissionsgesuch 104.
— u. seine Gegner 156. 179.
— Politik, innere und äußere 181.
— Tod 256. 268.
— Verwundung 255.
Stone, amerik. Senator 172.
Strauß, amerik. Botsch. in Konstantinopel 54. 118.
Suchomlinow, russ. Kriegsminister 193. 306.
Suezkanal 296.
Sun 34. 56. 95. 369.
Swet 178.
Sydney Daily Telegraph 174.
Syrien, Eisenbahn nach Ägypten 40.
Szeptycki, Graf, Jesuitengeneral in Lemberg 121.

T.

Täbris, Kämpfe zwischen Russen u. Persern 390. 396.
Taft, Präsident 27. 71. 96. 132. 302.
— Friedensmedaille 132.
— u. Sir Edward Grey 127.
— u. Lauriers Niederlage 270.
— u. Mexiko 117.
— u. Osborns Rede 172.
— u. Panama (Republik) 33.
— u. Payne-Aldrich-Tarif 117.
— u. Reziprozitätsvertrag 117.
— u. Roosevelt 271.
— u. russ.-amerik. Handelsvertrag 381.
— u. Schiedsverträge 270. 272. 390.
— Schiedsvertragsantrag 169. 170.
— Schiedsvertragsidee 109.
— Schiedsvertragspolitik 228.
— u. Commander Sims 26.
— Wiederwahl empfohlen 379.
Talaat Bey, Rücktritt 58. 75.
Tanger u. Gibraltar 378.
— Verhaftung des franz. Konsuls durch die Spanier 226.
Tanin 72.
Taonanfu, Eisenbahn nach Zizikar u. Aigun 29.
Tardieu, franz. Journalist 48. 77. 227. 247. 309. 382.
Taschkentbahn 221.
Teheran 94.
— Annäherung russ. Truppen 374.
— -Hamekin, Eisenbahn 164.
— Rückkehr des Regenten 216.
Tennant, Sir Edward 59.
Temps 12. 19. 36. 41. 48. 50. 73. 77. 79. 111. 114. 115. 116. 127. 134. 135. 157. 158. 174. 175. 227. 230. 243. 246. 247. 259. 267. 268. 281. 283. 288. 308. 309. 318. 319. 332. 333. 344. 374. 375. 378. 381. 383. 385. 388.
Thiriet, franz. Leutnant 244.
St. Thomas 273.
Tibet 359.
— Dalai Lama, Rückkehr 364.
— engl.-franz.-russ. Zusammenwirken 94

Tibet, Frage 154.
— russ. Expedition 252.
— u. russ.-engl. Vertrag 31.
— Unabhängigkeit 329. 397.
Tientsin 29. 221.
— -Tjumen, Eisenbahn 224.
Times 2. 11. 12. 24. 249. 326. 367. 374. 391. 393. 395.
Tittoni, ital. Botschafter in Paris 267.
Tjumen-Tientsin 224.
Tobruk 296. 297.
Toguma, Higino, Führer des mexik. Aufstandes 95.
Tolstoi, Graf Leo 279.
Toulon, Bombenattentat 291.
— Flottenmanöver 248.
Toutée, General 309.
Treitschke, Heinrich v. 176.
Tripleentente 4. 198. 389.
— u. Bagdadbahn 164.
Tripolis 20.
— Beschießung 275.
— u. England 353.
— Frage 266. 289. 290. 296.
— italien. Niederlage 320.
— Italiens Ultimatum 275.
— Kämpfe 312. 358.
— Krieg 303. 323.
— — und Balkanfrage 278.
— — u. Deutschlands Kompromißversuche 276.
— — u. Tunis 348.
— Landung der Italiener 285.
— Regenzeit 347.
Tritton, Sir Ernest, Rede 326.
Trusewitsch, Senator 293.
Tschad 334.
Tscharykow, russ. Botschafter in Konstantinopel 98. 119. 165. 376. 388.
Tschemulpo 42.
Tschertkow, Wladimir 279. 280.
Tschifu, japan. Truppenlandung 341. 347.
Tschin Pomm Yi, Prinz 41.
Tschingkiang, Schlacht 347.
Tschiunschin, japan. Flottenbasis 223. 224.
Tschun, Regent v. China 8.
Tunis 266. 353.
— u. Tripoliskrieg 348.
Turkestan, Ost- 328.
Türken u. Araber gegen Italiener 312.
— — Versöhnung 348.
Türkei u. Albaner 220.
— Albaneraufstand 93. 193.
— u. Albanien 233.
— — Zugeständnisse 214. 215.
— albanisch-montenegr. Schwierigkeiten 219.
— u. Araber 38.
— Araberaufstand 93.
— Arabien, Erfolge 112.
— u. arabische Erhebung 99.
— arabische Kämpfe 193.
— u. arab. Nomadenstämme 40.
— Bagdadbahn 72. 164.
— — englisch-deutsche Verständigung 82.
— u. Balkanbund 310.
— u. Balkankönigreiche 376.
— u. Balkanpresse 165.
— u. Balkanunruhen 397.
— u. Bulgarien 93.
— — Handelsvertrag 76.
— Cholera im Heere 93.
— u. Crédit Lyonnais 41.
— Dardanellenverteidigung 378.
— Demission von Finanz- und Unterrichtsminister 130.
— u. Deutschland 72. 193. 276.
— Eisenbahnpolitik in Vorderasien 99.
— u. England 39. 93.
— u. Frankreich 20. 267.
— Grenzzwischenfälle 192.
— innere Politik 365.
— u. Italien 267.
— — Bündnis 324.
— — Krieg 339. 388.
— — Kriegserklärung 275.
— — Protest gegen Tripolisannexion 321.
— — Tripolisbesetzung 286.
— — Tripoliskrieg 314. 323. 358.
— — Ultimatum betr. Tripolis 275.
— jungtürk. Krisis 118. 119. 129. 139. 146. 156.
— Komitee u. Großwesir 93.
— u. Kreta 314.
— u. Mesopotamien, Unruhen 99.
— militär. Diktatur 398.
— Ministerkrisis 75. 146.
— u. Montenegro 165. 182. 233.
— u. Österreich, Aehrenthalsche Note 192.
— Parteikämpfe 397.
— und Persien 375.
— u. Rußland 165. 182. 200. 202. 328
— — Dardanellendurchfahrt 365.
— — persische Grenzrichtung 389.

Türkei u. Samos 314.
— u. Schiedsvertragsfrage 171.
— u. slavische Staaten 376.
— u. Tripolis 324.
— Tripoliskrieg 303. 366.
Unterrichtsminister 68.
— u. Yemen 99.
— — Aufstand 38. 41. 96.
Twesten 368.
Tyrnowo, Eröffnung der großen Sobranje 200.

U.

Ubanghi 334.
Uchida, Baron, japan. Botschafter in Washington 153.
Udschda 309.
Ukraine u. Österreich 52.
Union unislave u. Erklärung hoher deutscher Geistlicher 140.
Urga-Kjachta, Eisenbahn 221.
Urmia, Plünderung durch Kurden 375.

V.

Valensi-Chedanne, Affäre 114.
Venezuela 284.
— Affäre 135.
— u. Panamakanal 34.
Venizelos, griech. Ministerpräsident 28. 192.
Viktor Emanuel I., König von Italien 176.
Viktor Emanuel II. u. Abdul Hamid 266.
— Denkmalsenthüllung 167. 175.
Viktoria, Königin 69.
— Regierungsjubiläum 131.
Villey 198.
Vlissingen, Befestigung 11. 12. 36. 50. 88.
„Voltaire", franz. Panzerschiff 310.
Vorwärts 105. 106.

W.

Wadai 20.
— franz. Politik 72.
Waldeck-Rousseau 66. 79.
Wales, Arbeiterausstände 337.
— Homerule 80. 211.
Ward, Sir Josef, Ministerpräsident von Neuseeland 160. 162.
Warschau, Bombenlager 156.
— Studentenstreik 58.
Warzé, Affäre 114.
Washington, George 272.
Washington, Eröffnung des Kongresses 361.
Waverley 3. 4. 128. 346. 392.
Wedderburn, Sir William 17.
Weir, J. G. 69.
Weißenburg, Denkmal 243.
Weltfrieden 128. 161. 168. 169.
— Konvention 272.
Wenclaw, kathol. Priester in Nowgorod 294.
Werbenko, Korrespondent der Nowoje Wremja 201.
Werchnedioßk 221.
Wercinski, Jesuit 121.
Weserzeitung 72. 117.
Wesselitzki, Londoner Korresp. d. Nowoje Wremja 11. 28. 109. 143 164. 165. 186. 240. 288.
Westminster Gazette 133. 349. 392.
Wetterlé, elsäss. Nationalist 36.
Wheeler, Präsident 213.
Wien, Krawalle 260.
Wiese, Oberrabbiner 390.
Wilhelm I., Kaiser, u. Viktor Emanuel I. 176.
Wilhelm II. 146.
— engl. Krönungsfeier, Besuch 130.
— in Kiel 208.
— in London 69. 148.
— — Abreise 164.
— Orientreise 313.
— Rede in Hamburg 246.
— und Türkei 193.
— in Wien 113.
Wilhelm, Kronprinz, Aufgeben der Reise nach China u. Japan 38.
— in Delhi 19.
— in London 188. 195.
— in Petersburg 156.
Williamson, Ermordung 359.
Wilson, engl. General 397.
Witebßk, Gouv. 63.
Witte, Graf 74. 107. 139. 318.
— u. Englands Oberhausreform 120.
— Stolypins Gegner 156.
Witte, Serg. Jul. 63.
Wladiwostok, Handel mit Korea 42.
Wolff, Lucien, engl. Journalist 297.
Wolhynien, Gouv. 63.

Wonljärljärski, Demitri, Prozeß 177.
Woodrow-Wilson, Gouverneur von New Jersey 27.
Wyndham 59.

Y.

Yemen 99.
— Abberufung der türk. Beamten 39.
— Aufstand 38. 41. 206.
— Erfolge der Türken 96.
— Revolution 28.
Yemen, Unabhängigkeit 93.
Yokohama 42.
Yorkshire, Arbeiterausstände 337.

Z.

Zaritzyn, Treiben des Mönches Iliodor 179. 180.
Zislin, elsäss. Nationalist 36.
— Einkerkerung 36.
Zizikar 193. 194.
— Eisenbahn nach Taonanfu 29.
„Zukunft" 372.

Corrigenda.

Seite 56 statt Bardou—Bardoux.
„ 167 „ Glani—Glavi.
„ 371 „ Saagossaabill—Seeprisenbill.

175418 HG. S33284

Author Schiemann, Theodor

Title Deutschland und die grosze Politik. Vol.11

University of Toronto Library

DO NOT REMOVE THE CARD FROM THIS POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 12 22 06 07 007 7